Sozialdemokratie und Konservatismus

Ein empirischer und theoretischer Beitrag
zur regionalen Parteianalyse
am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Wolfgang Behr
aus Erlangen

1967

VERLAG FÜR LITERATUR UND ZEITGESCHEHEN GMBH · HANNOVER 1969

Sozialdemokratie und Konservatismus

Ein empirischer und theoretischer Beitrag
zur regionalen Parteianalyse
am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Wolfgang Behr
aus Erlangen

VERLAG FÜR LITERATUR UND ZEITGESCHEHEN GMBH • HANNOVER 1969

1969 № 358

Hiermit versichere ich, daß ich diese Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benützt habe.

Mannheim, 2. Mai 1967

Wolfgang Behr

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Referent: Professor Dr. W. Besson
Korreferent: Professor Dr. G. Pfeiffer
Tage der mündlichen Prüfung: 23. und 28. Juli 1967

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535706_0001

SCHRIFTENREIHE
DES FORSCHUNGSINSTITUTS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
B. Historisch-politische Schriften

WOLFGANG BEHR

Sozialdemokratie und Konservatismus

Ein empirischer und theoretischer Beitrag
zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte
und Nachkriegsentwicklung Bayerns

VERLAG FÜR LITERATUR UND ZEITGESCHEHEN · HANNOVER

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg, Kölner Straße 149
Copyright by Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, Hannover
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung des Verlages
Herstellung: Hildesheimer Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Hildesheim
Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk
Printed in Germany 1969

VORWORT

Auf Grund eines Forschungsvorhabens des Instituts für Zeitgeschichte (München) bildete Professor Dr. Waldemar Besson am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg einen Arbeitskreis, der sich den Problemen der bayerischen Nachkriegsentwicklung 1945—1949 widmete. Die vorliegende Arbeit entstand in diesem Rahmen und wurde von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1967 als Dissertation angenommen.

Herrn Professor Dr. Waldemar Besson verdanke ich nicht nur die Anregung, sondern vor allem jene allgemeinen Grundlagen und besonderen Kenntnisse der wissenschaftlichen Politik und Zeitgeschichte, ohne die die Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Er verstand es, durch seine dynamische Betrachtung der politisch und zeitgeschichtlich relevanten Phänomene, neben dem handwerklichen Können stets weiteren Ansporn und Freude an der wissenschaftlichen Durchdringung des gestellten Themas zu vermitteln. Des weiteren danke ich Herrn Dr. Wolf-Dieter Narr, dem Leiter des Arbeitskreises, für seine vielfachen Bemühungen um die Lösung methodischer und substantieller Probleme des „Bayern-Projekts".

Besonderen Dank schulde ich dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, das in großzügiger Weise die Veröffentlichung übernahm und mir noch reichlich Zeit ließ für Korrekturen sowie für die bis zum Erscheinen notwendig gewordenen Ergänzungen.

Schließlich bleibt mir noch der Dank an alle, die sich zu Interviews bereit erklärten oder mir großzügig Material überließen.

Mannheim, im Frühjahr 1969

Wolfgang Behr

INHALT

Vorwort 5

Einleitung 11

1. Prinzipieller Standort und normative Orientierung 13
2. Forschungsgegenstand und wissenschaftliche Disziplin 16
3. Theoretische und methodologische Grundlinien 18
4. Quellenlage 24
5. Zusammenfassende Bemerkungen 26

A. EMPIRISCHE DARSTELLUNG –
HISTORISCHER PROZESS UND ANALYSE DER PARTEI 27

Erster Teil: Historischer Prozeß – Die SPD in Bayern vor 1945 29

1. Die Anfänge der organisierten Arbeiterbewegung in Bayern 29
2. Der Aufbau der bayerischen Sozialdemokratie 32
3. SPD und USPD in Bayern 1918/19 38
4. Die Zeit der Weimarer Republik 44
5. Das Dritte Reich 47

Zweiter Teil: Die Partei 1945–1950 53

I. Politische Konstellationen und SPD in Bayern 1945–1950 53

1. Die amerikanische Militärregierung 53
2. Das Parteiensystem in Bayern 58
   a) SPD und CSU 58
   b) SPD und KPD 76
   c) SPD und andere politische Parteien 81
3. Die Verbände 83
   a) Die Kirchen 83
   b) Der Bayerische Bauernverband 86
   c) Die Gewerkschaften 89
   d) Die Unternehmerverbände 93
   e) Die Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände 94

II. Analyse der Partei: Formales Organisationssystem und informelle Organisationsstrukturierung 97

1. Die Wiedergründung 97
2. Die Entwicklung des regionalen Organisationssystems 101
3. Sondergruppen und Arbeitsgemeinschaften 112
   a) Jungsozialisten 113
   b) Frauengruppen 114
   c) Flüchtlings- und Vertriebenengruppen 115
   d) Betriebsgruppen 117
4. Kommunikation 118
   a) Presse 119
   b) Schulung 122
   c) Propaganda 123
5. Finanzierung 126
6. Kandidatenauslese 129
7. Parteiorganisation und politische Institutionen 136

III. Analyse der Partei: Sozialstrukturierung 144

1. Mitglieder 144
2. Führungspersonal 150
3. Wähler 155

IV. Analyse der Partei: Programmatik und Politik 157

1. Entnazifizierungspolitik 158
2. Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik 162
3. Verfassungspolitik 163
   a) Das bayerische Regierungssystem 164
   b) Selbstverwaltung 166
   c) Bayern und der Bund 168
4. Wirtschafts- und Sozialpolitik 170
5. Agrarpolitik 176
6. Kulturpolitik 181

V. Zusammenfassung und Bewertung 189

B. THEORETISCHE BETRACHTUNG – ELEMENTE UND THESEN EINER THEORIE REGIONALER POLITISCHER PARTEIEN IM RAHMEN EINER ALLGEMEINEN PARTEIENTHEORIE 193

Erster Teil: Voraussetzungen, Elemente und Zielsetzungen einer Theorie regionaler politischer Parteien 195
Zweiter Teil: Thesen als Grundlagen einer Theorie regionaler politischer Parteien 200

C. ANHANG 205

1. Zeittafel: Die bayerische SPD 1945—1950 207
2. Programme 209
   a) Entwurf eines Aktionsprogramms der bayerischen SPD, vorgelegt auf der 1. (außerordentlichen) Bayerischen Landeskonferenz der bayerischen Sozialdemokraten in Pfaffenhofen a. d. Ilm am 10./11. XI. 1945 . . 209
   b) Programm der Sozialdemokratischen Partei Augsburg, beschlossen am 1. Dezember 1945 in Augsburg 210
   c) Programm der Sozialdemokratischen Partei in Bayern bei Wiederzulassung auf Landesebene am 8. Januar 1946 211
   d) Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, beschlossen auf der Landeskonferenz am 15. Dezember 1946 in München 212
3. Statuten 217
   a) Satzung der Sozialdemokratischen Partei Augsburg vom 1. Dezember 1945 217
   b) Zusammenfassende Richtlinien für den Aufbau deutscher politischer Parteien, erlassen durch die amerikanische Militärregierung am 16. April 1946 221
   c) Satzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, beschlossen auf der Landeskonferenz der SPD in Ingolstadt am 19./20. Oktober 1946 222
   d) Statut des Landesverbandes der bayerischen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, angenommen auf der Landeskonferenz in Fürth am 12. Juni 1948 231
   e) Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Südbayern, vom 4. Juni 1949 233
4. Strukturen 237
   a) Die Grundstruktur der bayerischen SPD-Bezirke 1950 237
   b) Bayerische Sozialdemokraten in den SPD-Führungsstäben 1950 . . 238
   c) Quantitatives Verhältnis Gesamt-SPD — bayerische SPD 238
   d) Verflechtung des Führungspersonals der bayerischen SPD 1950 . . 239
   e) Fluktuation und Konstanz des Führungspersonals der bayerischen SPD 1949/1950 240
   f) Altersmäßige Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD (1949/1950) 241
   g) Berufliche Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD 1949—1950 242
   h) Gliederung der Bundestagskandidaten und -abgeordneten 1949 sowie der Landtagskandidaten und -abgeordneten 1950 der bayerischen SPD nach Berufen, Verbandszugehörigkeit und KZ- oder Gefängnishaft während des Dritten Reiches 243
   i) Vergleich der altersmäßigen Gliederung der sozialdemokratischen Fraktion im Bayerischen Landtag 1946 und 1950 244
   j) Vergleich der beruflichen Gliederung der SPD-Mitglieder mit der beruflichen Gliederung der Bevölkerung in Nürnberg-Stadt und -Land 1946/1948 244
   k) Mitgliederbewegung in den bayerischen SPD-Bezirken 1946—1950 . . 244
   l) Anzahl der Ortsvereine in den bayerischen SPD-Bezirken 1946—1950 . 245

m) Das Verhältnis der Mitgliederzahl der bayerischen SPD-Bezirke zur Einwohnerzahl 1946 und 1950 246
n) Zeitraum der Zugehörigkeit sozialdemokratischer Mitglieder zur Partei in einem Kreisverband (Würzburg-Stadt) am 31. 12. 1946 247

5. Wahlen 248
a) Zentrum und SPD in den bayerischen Landtagswahlen 1881—1912 . . 248
b) BVP und SPD in den bayerischen Landtagswahlen 1919—1933 . . . 248
c) SPD und CSU in den bayerischen Wahlen 1946—1950 249
d) Stimmenanteile der SPD an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen bei der Landtagswahl am 26. November 1950 250
e) Stadt- und Landwähler der bayerischen SPD 1946—1950 252

6. Finanzen 253
a) Beitragseinnahmen in den bayerischen SPD-Bezirken 1947—1950 . . 253
b) Beitragsleistungen in den bayerischen SPD-Bezirken im Verhältnis zu den zu entrichtenden Mindestsätzen der Mitglieder 253
c) Beitragsmarkenverkauf in den bayerischen SPD-Bezirken 1947—1950 . 254

7. Sonstiges 255
a) Liste der Bürgen für die SPD im Stadt- und Landkreis Augsburg, eingereicht an die amerikanische Militärregierung am 2. November 1945 . 255
b) Lizenzierungsurkunde der SPD im Stadt- und Landkreis Augsburg, ausgestellt durch die amerikanische Militärregierung SK/LK Augsburg am 3. Januar 1946 256
c) Beschluß des Landesausschusses der bayerischen SPD am 14. September 1947 über die Aufhebung der Koalition mit der CSU 257
d) Sozialdemokraten unter den Verlegern, Chefredakteuren und Redakteuren der Gemeinschaftszeitungen in Bayern 1946/1947 257
e) Die Zusammensetzung der Spruchkammern in Bayern nach Parteizugehörigkeit 1946/1947 259
f) Artikel 135 der bayerischen Verfassung und die Änderungsanträge von FDP, SPD und CSU sowie der drei Parteien gemeinsam während des bayerischen Schulkonflikts 1966—1968 260

8. Die bayerischen Kabinette 1945—1950 261

9. Kurzbiographien bayerischer Sozialdemokraten 265
a) Vor 1933 265
b) 1933—1945 266
c) Nach 1945 267

Abkürzungsverzeichnis 271

Quellen- und Literaturverzeichnis 273

Personenregister 293

Einleitung

1. PRINZIPIELLER STANDORT UND NORMATIVE ORIENTIERUNG

Ausgangspunkt und Ziel einer politikwissenschaftlichen Analyse sind mitbestimmt durch die Fixierung eines prinzipiellen Standortes, der zwar immer wieder in Frage gestellt und neu formuliert werden, im Rahmen der Untersuchung jedoch kontinuierlich durchgehalten werden muß. Selbstverständlich wird damit das Problem von Gegenstand und Inhalt der Politischen Wissenschaft im allgemeinen aufgeworfen. Der Ansatz Max Webers, Politik als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt"[1], zu definieren, ist in der jüngeren politikwissenschaftlichen Literatur in Deutschland mit Recht auf zunehmenden Widerstand gestoßen[2]. Erstaunlich ist, daß Weber selbst den Begriff der Macht an anderer Stelle als „soziologisch amorph" bezeichnet, indem „alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen ... jemand in die Lage versetzen (können)", „seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen"[3]. „Macht" wird damit von Weber selbst in eigenartigem Widerspruch als ein für die wissenschaftliche Analyse unbrauchbarer Terminus erkannt[4].

Nun hat Politik zweifellos in hohem Maße mit Macht zu tun, die Politische Wissenschaft demnach mit der Analyse eines Großteils dessen, was mit Macht zusammenhängt. Da „Macht" jedoch nicht per se, sondern nur im Rahmen gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Konstellationen existiert und funktioniert, gilt es, den Begriff der Macht aus dem Zentrum des Gegenstandsbereiches der Politischen Wissenschaft zu eliminieren und durch die politologisch relevanten prinzipiellen Erkenntnisobjekte der staatlichen und gesellschaftlichen Systeme[5], Strukturen und Funktionen zu ersetzen. Freilich wird damit der Begriff der Macht gleichzeitig der bei Weber geforderten Werturteilsfreiheit entzogen, indem durch die analytische Herstellung von Relationen zwischen manifesten und latenten[6] gesellschaftlichen und staatlichen Zuständen Diskrepanzen nachgewiesen werden, die nach einer Wertung verlangen[7].

[1] Max Weber, Gesammelte politische Schriften, München 1921, S. 397.

[2] Vgl. dazu Kurt Sontheimer, Zum Begriff der Macht als Grundkategorie der Politischen Wissenschaft, in: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, hg. von Dieter Oberndörfer, Freiburg 1962, S. 197 ff.; Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hg. v. W. Hennis und H. Maier, Bd. 14, Neuwied am Rhein und Berlin 1963, S. 14 ff.

[3] Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1947, 3. T., S. 28/29.

[4] Vgl. hierzu ebenfalls Harold D. Lasswell und Abraham Kaplan, Power and Society, New Haven 1950, S. XVII f.

[5] Zum politologischen Systembegriff vgl. David Easton, The Political System, New York 1953; ders., A Systems Analysis of Political Life, New York — London — Sidney 1965. Kritische Stellungnahme und Übersicht bei Wolf-Dieter Narr, David Eastons Systemanalyse. Ein Königs- oder Holzweg einer allgemeinen Theorie des politischen Verhaltens, in: PVS 1967, S 424—444. Neuester kritischer Überblick mit reichhaltigen Literaturhinweisen bei Franz Ronneberger, Verfassungswirklichkeit als politisches System, in: Der Staat, H. 4, 1968. — Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang vor allem auch auf die soeben erschienenen wichtigen Bände „Einführung in die moderne politische Theorie", Bd. 1: Wolf-Dieter Narr, Theorienbegriffe und Systemtheorie, Bd. 2: Frieder Naschold, Systemsteuerung, Stuttgart 1969.

[6] Die Begriffe „manifest" und „latent" werden hier und im folgenden nach der Definition von R. K. Merton, Social Theory and Social Structure, Glencoe (Ill.), 2. Aufl. 1959, S. 19 ff. angewandt.

[7] Zu der entgegengesetzten Position vgl. René König, Einige Überlegungen zu der Frage der „Werturteilsfreiheit" bei Max Weber, in: ZfS 1964, S. 1 ff.; Ossip K. Flechtheim, Zum Wertproblem in der Politik, in: PVS 1964, S. 188 ff. Vgl. auch die Kontroverse zwischen Manfred Hättich, Der Begriff des Politischen, in: PVS 1967, S. 40—50 und Heinrich Bußhoff, Ein offener politik-soziologischer Begriff des Politischen?, in: PVS 1969, S. 108—115. — Zusammenfassend und kritisch gegenüber Webers Position: Christian von Ferber, Der Werturteilsstreit 1909—1959, Versuch einer wissenschaftsgeschichtlichen Interpretation, in: ZfS 1959. — Auf die verschiedenen Aspekte des Begriffes „Werturteilsfreiheit" kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Vgl. dazu Viktor Kraft, Grundlagen einer wissenschaftlichen Wertlehre, 2. Aufl., Wien 1951, und Hans Albert, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 29, Berlin 1963.

Ist „Macht" als eine aus politischen, sozialen und ökonomischen Systemen und Strukturen resultierende Größe im Untersuchungsbereich der Politischen Wissenschaft erkannt, so ist weiter zu fragen, nach welchen Kriterien derartige Systeme und Strukturen Gegenstand von Wissenschaft und Forschung sein können. Es ist ohnehin nur bedingt möglich, staatliche und gesellschaftliche Systeme und Strukturen deskriptiv zu analysieren und sich normativer Festlegungen zu enthalten. Dies kann jedoch angesichts der Erfahrungen einer als werturteilsfrei postulierten Sozialwissenschaft und im Hinblick auf die Bedrohung der auf freiheitlicher Basis etablierten Staats- und Gesellschaftsordnungen durch Machtansprüche des Totalitären in keiner Weise Aufgabe einer zeitgemäßen politischen Wissenschaft sein, die aus den Fehlern der ihr verwandten Wissenschaften in Vergangenheit und Gegenwart gelernt hat[8]. Die Wissenschaft hat die realen Verhältnisse exakt zu analysieren und die zu konstatierenden Notwendigkeiten zur Kenntnis zu nehmen. Der Sinn einer human verstandenen Wissenschaft besteht jedoch nicht darin, daß sie sich mit der empirischen Erarbeitung von Ergebnissen in positivistischer Manier zufrieden gibt und sich auch unbefriedigenden Zuständen unterwirft, sondern daß sie das gefundene Resultat an den unaufgebbaren Prinzipien von Humanität und Freiheit mißt, um erst dadurch zu nützlichen und hilfreichen Aussagen zu gelangen.

Für Freiheit und Humanität als wesentliche normative Abstrakta eines gedanklichen Systems gilt, was Theodor W. Adorno wissenschaftstheoretisch zum Ausdruck brachte: „So wenig . . . jenes Ganze vom Leben, von der Kooperation und dem Antagonismus seiner Elemente abzusondern ist, so wenig kann irgenndein Element auch bloß in seinem Funktionieren verstanden werden ohne Einsicht in das Ganze, das an der Bewegung des Einzelnen selbst sein Wesen hat. System und Einzelheit sind reziprok und nur in ihrer Reziprozität zu erkennen[9]." Die Konsequenz daraus ist der notwendige permanente Prozeß des In-Frage-Stellens und Neu-Formulierens des eigenen Standortes, seines Systems und seiner Totalität ebenso wie seiner Elemente und ihrer aller Interdependenz. In dialektischer Methode ist der eigene Standort um der Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit seiner Norm willen immer wieder in der Weise den verschiedensten Verifikationen zu unterwerfen, wie es Ernst Bloch für die dynamische Dialektik der Urteilsbildung zwischen Theorie und Praxis formulierte: „. . . die immer wieder zu Praxis oszillierende Theorie hat Baukunst in sich eingeschrieben: sie ist die in den Prozeß und in die Strategie der Prozesse gebrachte Architektur des zu betreibenden, des wesenhaft erst als Tendenz sich mitteilenden Totum. Es gibt letzthin keinen anderen real-systematischen Zusammenhang als den so fundierten: System ist utopisch-konkretes Totum . . . Das derart mögliche, ja einzig mögliche offene System ist zielhaft zusammengehalten von der utopischen Totalität der Substanz als Subjekt, des Subjekts als Substanz in Einem[10]." Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß bei allem Engagement für Humanität und Freiheit und der Anerkennung dieser Werte als prinzipiellem Standort jeglicher Menschliches betreffenden wissenschaftlichen Analyse und der damit zu vollziehenden normativen Orientierung die beiden Begriffe dennoch nicht als absolut und indiskutabel im Sinne unwissenschaftlicher Tabus gesetzt werden dürfen.

Die mit den Begriffen der Humanität und der Freiheit angesprochenen, nur in einer pluralistisch-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu realisierenden Werte sind lediglich eine Seite in der permanenten dynamischen Polarität zwischen *Notwendigkeit,* verstanden als der aus den realen Konstellationen und Prozessen mehr oder weniger in-

[8] Waldemar Besson, Engagierte Wissenschaft, in: Offene Welt 75, 1962, S. 29 ff.; Ralf Dahrendorf, Sozialwissenschaft und Werturteil, in: ders., Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961, S. 27 ff.

[9] Theodor W. Adorno, Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: ZfS 1964, S. 251.

[10] Ernst Bloch, Subjekt-Objekt, Frankfurt/Main 1962, S. 469 f.

terdependent resultierende politische und soziale Zwang, und *Freiheit*, verstanden als die jedem einzelnen erstrebenswert scheinende ideale Möglichkeit des Durchsetzens eigener Vorstellungen und Willensanstrengungen — allerdings mit der selbstverständlichen Einschränkung der Anerkennung sozial unverzichtbarer Grundnormen[11]. Aufgabe einer jeglichen politikwissenschaftlichen Analyse ist es, das — um es undifferenziert auszudrücken — bonum commune als vernünftigerweise bestes zu erreichendes Resultat in dem permanenten dialektischen Prozeß zwischen Notwendigkeit und Freiheit zu fixieren[12], wobei unter Anerkennung der empirisch nachweisbaren Realitäten der Notwendigkeit das vertretbare Höchstmaß an Humanität und Freiheit, politisch also die unter den faktischen Bedingungen sozial-technisch[13] und sozial-substantiell[14] größtmögliche Realisierung des normativ intendierten Prozesses einer Demokratie, des Strebens nach Sicherung und Erweiterung der menschlichen Freiheit[15], das Ergebnis sein muß.

Der Gefahr einer Verengung des wissenschaftlichen Horizontes durch die Fixierung eines prinzipiellen Standortes und der daran zu vollziehenden normativen Orientierung wirkt das mit der Existenz von Humanität, Freiheit und Demokratie untrennbar verbundene Vorhandensein eines sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Pluralismus entgegen. Die Negation des Pluralismus als eines elementaren Phänomens jeglicher freiheitlichen Demokratie durch Carl Schmitt am Ende der Weimarer Republik[16] kann nur als das Mißverständnis der für das Funktionieren einer demokratischen Ordnung zwangsläufigen Zuordnung von Vielheit und Einheit, von Pluralismus und Konsensus[17] gedeutet werden. Die Ausdrucksformen von Humanität und Freiheit in dem Pluralismus einer Demokratie sind die besten Garanten für die Spannweite, Kontrolle und Selbstkontrolle einer Wissenschaft, die sich als „Wissenschaft der Demokratie" ständig ihrer prinzipiellen Prämissen bewußt bleibt.

[11] Durch diese Formulierung wird bewußt nicht Bezug genommen auf Kants ethischen Rigorismus, der sich in der absoluten Unterordnung der Freiheit (Neigung) unter die — freilich sittlich motivierte — Notwendigkeit (Pflicht) ausdrückt, ohne daß dadurch eine für die individuelle Freiheit befriedigende Lösung gefunden wird. Auf dieses Dilemma der Kantschen Sitten- und Freiheitslehre wies bereits Hegel nachdrücklich hin (vgl. Emanuel Hirsch, Die Beisetzung der Romantiker in Hegels Phänomenologie, in: Die idealistische Philosophie und das Christentum, Gütersloh 1926). Zu der soziologischen Motivierung einer „Verantwortungsethik" vgl. dagegen Max Webers Forderung, „daß man für die Folgen seines Handelns aufzukommen hat" (Gesammelte politische Schriften, S. 441).

[12] Die Erkenntnis dieser Dialektik beinhaltet die historische Staatsphilosophie eines Rousseau (vgl. Contrat Social, II, 3) oder Kant (vgl. Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Ausgewählte kleine Schriften, Hamburg 1965) ebenso wie selbstverständlich die eines Hegel (vgl. Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Sämtliche Werke, herausgegeben von Hermann Glockner, Bd. XI, Stuttgart 1928, S. 71, passim) oder Marx (vgl. Das Kapital, Bd. III, Berlin 1949, S. 874, passim). Die Frage allerdings, wo in diesem Spannungsfeld das „bonum commune" angesiedelt werden solle, wurde unterschiedlich beantwortet. — Die jüngste Diskussion um das „bonum commune" (vgl. Dieter Oberndörfer, Politik als praktische Wissenschaft, in: ders. (Hg.), Wissenschaftliche Politik, S. 49 ff., Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie, Neuwied 1963, passim; mit Recht kritisch: Hans Mommsen, Zum Verhältnis von politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, in: VZG 10, 1962, S. 371 A. 90; Wolf-Dieter Narr, CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966, S. 245 A. 34, 39) macht erneut deutlich, wie wichtig es für das Selbstverständnis der Politischen Wissenschaft in der Bundesrepublik ist, sich über den aus der dialektischen Spannung resultierenden Standort des Staates und über seine Funktionen klar zu werden.

[13] Vgl. Joseph Alois Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl., München 1950, S. 428. Zu der praktischen Bedeutung der sozialtechnischen Handhabung eines Regierungssystems unter Anwendung des Prinzips wechselseitiger Hemmungen und Gleichgewichte (checks and balances) vgl. Ernst Fraenkel, Das amerikanische Regierungssystem, Köln und Opladen 1960, SS. 40 ff., 224 ff.

[14] Vgl. Otto Stammer, Politische Soziologie, in: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, herausgegeben von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, 2. Aufl., Düsseldorf 1955, S. 262. Die bei Stammer anzutreffende Auffassung eines Gegensatzes zwischen sozial-technischer und sozial-substantieller Bestimmung der Demokratie erscheint keineswegs zwingend definitionsimmanent. Vgl. hierzu auch Max Gustav Lange, Politische Soziologie, Berlin und Frankfurt a. M. 1961, S. 29, der sich allerdings einer Wertung enthält.

[15] Vgl. hierzu vor allem Franz L. Neumann, The Democratic and the Authoritarian State. Essays in Political and Legal Theory, ed. by Herbert Marcuse, Glencoe (Ill.) 1957; ders., Angst und Politik, Tübingen 1954.

[16] Vgl. Carl Schmitt, Der Hüter der Verfassung, Beiträge zum öffentlichen Recht der Gegenwart, Nr. 1, Tübingen 1931, S. 71 ff; ders., Der Begriff des Politischen, Hamburg 1933, S. 22 ff.

[17] Vgl. Reinhold Niebuhr, Consensus in einer demokratischen Gesellschaft, in: PVS 2, 1961, S. 202 ff., passim.

2. FORSCHUNGSGEGENSTAND UND WISSENSCHAFTLICHE DISZIPLIN

Die Definition einer politischen Partei als einer sozialen Gruppe, deren Ziel in der politischen Führung von Staat und Gesellschaft besteht und der die entscheidende Rolle bei der Bildung, Integration und Durchsetzung politischen Willens zufällt[1], ist im allgemeinen unwidersprochen. Anders der Begriff der regionalen politischen Partei, der — bedingt durch seinen relativ seltenen Gebrauch — bisher keine einheitliche Bestimmung erfahren hat. Wir wollen im folgenden unter einer regionalen politischen Partei einen ausschließlich existierenden, geschlossenen oder in eine überregionale Partei mehr oder weniger stark integrierten Landesverband einer politischen Partei verstehen.

Die Analyse einer regionalen politischen Partei mit der zeitlichen Begrenzung auf die Jahre von 1945 bis 1950 kann sowohl als Gegenstand der politischen Wissenschaft als auch der Geschichtswissenschaft angesehen werden, ohne daß sich ein wissenschaftlich-disziplinärer Widerspruch ergeben müßte, sofern Zeitgeschichte[2] nicht als ausschließliche Disziplin eines der beiden Wissenschaftszweige betrieben werden soll[3].

Die Auseinandersetzung zwischen Karl Dietrich Bracher und Waldemar Besson über die methodische und begriffliche Behandlung eines zeitgeschichtlichen Gegenstandes wie der Endphase der Weimarer Republik[4] machte deutlich, — worauf Hans Mommsen und Peter von Oertzen mit Recht verweisen[5] — daß trotz aller Unterschiedlichkeit des Forschungsansatzes, der Fragestellung, Vorgangsweise und Zielrichtung keineswegs ein diametraler Gegensatz der Auffassungen beider Kontrahenten besteht, da sowohl Bracher im Rah-

[1] Vgl. Wilhelm Grewe, Parteienstaat — oder was sonst?, in: Der Monat, 3. Jg., 1951, Heft 36, S. 563 ff.; Stammer, insbesondere S. 260 f.

[2] Es spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle, ob der Beginn der Periodisierung der Zeitgeschichte, verstanden als Fixpunkt gravierender allgemein-politischer Konstellationsänderungen und deren Einwirkung auf das zeitgenössische öffentliche politische Bewußtsein, 1917 (Hans Rothfels, VZG 1, 1953), 1945 (Ludwig Dehio, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, 1955) oder anders datiert wird (vgl. hierzu Waldemar Besson, Periodisierung, Zeitgeschichte, in: Geschichte, Fischer-Lexikon 24, herausgegeben von W. Besson, Frankfurt/M. 1961, S. 264 ff.

[3] Die wissenschaftlichen Auffassungen zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft im Rahmen der zeitgeschichtlichen Forschung sind unterschiedlicher Natur. Hans Mommsen (Zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, in: VZG 10, 1962, S. 369 ff.) tritt für die politologische wie geschichtswissenschaftliche Behandlung der Zeitgeschichte ein, ohne daß allerdings die bei ihm konstatierten prinzipiellen Unterschiede zwischen Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft auf Grund einer „isolierenden Betrachtung der politischen Prozesse" in der Politischen Wissenschaft und der „Interpretation (des Gegenstandes) innerhalb des geistigen Gesamtzusammenhanges, als der sich die Vergangenheit dem Historiker darstellt" in der Geschichtswissenschaft als Schlüssel für das rechte Verständnis der Politischen Wissenschaft angesehen werden können; vielmehr sind dies Zeichen eines einseitigen und unhistorischen Verständnisses eines Historikers für die Politische Wissenschaft. Hans Maier (Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: VZG 10, 1962, S. 243/244 A. 77) stellt institutionell die Prognose der ausschließlichen Eingliederung der Zeitgeschichte in die historischen Abteilungen der Universitäten, wobei offenbleibt, inwieweit hier der Wunsch Vater des Gedankens ist. Hans Buchheim (Die nationalsozialistische Zeit im Geschichtsbewußtsein der Gegenwart, in: Gibt es ein deutsches Geschichtsbild? (Studien und Berichte der katholischen Akademie in Bayern, H. 14) Würzburg 1961, S. 63) fordert die ausschließliche Behandlung der Zeitgeschichte durch die Politische Wissenschaft. Dieses Postulat erscheint wegen der Unleugbarkeit eines legitimen Interessenanspruches der Geschichtswissenschaft an dem Gegenstand der Zeitgeschichte extrem.

[4] Vgl. hierzu Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 4), Stuttgart-Düsseldorf 1957; Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928—1933, Stuttgart 1959, S. 18 f.; K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 14), Köln und Opladen 1960, S. 35 f.; Besson, Neuere Literatur zur Geschichte des Nationalsozialismus, in: VZG 9, 1961, S. 323 A. 10.

[5] Hans Mommsen, Zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, in: VZG 10, 1962, S. 358/359 A. 55; Peter von Oertzen, Überlegungen zur Stellung der Politik unter den Sozialwissenschaften, in: ZfS 1965, S. 513 ff.

men seiner Bemühung um eine Strukturanalyse der Auflösung der Weimarer Republik individualisierenden Detailuntersuchungen breitesten Raum gewährt als auch Besson — bei aller Betonung des Historisch-Individuellen — keineswegs in einer überdimensioniert idiographischen Betrachtungsweise verharrt, sondern meist bestrebt bleibt, Generelles und Typisches herauszuarbeiten, und somit ebenfalls — wenn auch ungleich stärker induktiv als Bracher — den Bedingungen und Veränderungen der politischen Strukturen und Machtkonstellationen Rechnung trägt.

Letzten Endes drehte sich der gesamte Disput um das Problem der politikwissenschaftlichen Methodik bei der Analyse zeitgeschichtlicher Phänomene und brachte erneut klar zutage, daß die Politische Wissenschaft in Deutschland trotz aller Hinweise auf die ihr verwandten wissenschaftlichen Disziplinen vom 16. bis 18. Jahrhundert[6], trotz gewisser Vorbilder in der angelsächsischen und französischen politischen Wissenschaft[7] und trotz vielfacher Bemühungen deutscher Politologen um die Gewinnung des rechten Selbstverständnisses zu Gegenstand, Methodik und Theorie ihrer Wissenschaft[8] noch nicht über eine allgemein akzeptierte und damit verbindliche Grundkonzeption ihrer Funktion als wissenschaftliche Disziplin verfügt. Otto Heinrich von der Gablentz[9] unterscheidet in einer nur sehr vordergründigen Kategorisierung Vertreter einer „Gestaltungs-" von denjenigen einer „Machttheorie", wobei letztere zweifellos bis in jüngste Zeit das Übergewicht in der politischen Forschung und Lehre der Bundesrepublik hatte[10]. Wilhelm Hennis[11] sprach in diesem Zusammenhang in treffender Ironie von der politischen Wis-

[6] Vgl. Hans Maier, Die Lehre der Politik an den deutschen Universitäten vornehmlich vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, herausgegeben von Dieter Oberndörfer, Freiburg 1962. Allerdings kommt auch Maier zu dem Ergebnis, daß „die Politische Wissenschaft in der neueren deutschen Universität zweifellos ein neues und in gewissem Sinne ein traditionsloses Fach" (Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: VZG 10, 1962, S. 232/233) ist.

[7] Vgl. die zusammenfassenden Berichte von Sigmund Neumann, Die politische Forschung in den Vereinigten Staaten, in: Politische Forschung, Beiträge zum 10jährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, herausgegeben von Otto Stammer, Köln und Opladen 1960, S. 1 ff.; Samuel E. Finer, Research in Political Science in Britain 1945—1960, in: ebenda, S. 21 ff.; Alfred Grosser, Die politisch-wissenschaftliche Forschung in Frankreich, in: ebenda, S. 39 ff. Vgl. dazu auch die Rezension von Gilbert Ziebura in: PVS 4, 1963, S. 94 ff. Für die Methodik der französischen Politologie vgl. insbesondere noch die einflußreiche Arbeit von Maurice Duverger, Méthodes de la science politique, Paris 1959, in der in Fortführung der Definition Max Webers die Politische Wissenschaft in Gegenstand und Methode überwiegend als Herrschaftssoziologie verstanden wird (siehe dazu oben S. 13).

[8] Für die Entwicklung bis 1960 vgl. die zusammenfassende Darstellung von Otto Heinrich von der Gablentz, Politische Forschung in Deutschland, in: Politische Forschung, S. 153 ff. Von den neueren Veröffentlichungen vgl. Karl Dietrich Bracher, Wissenschafts- und zeitgeschichtliche Probleme der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: ZfS, 17. Jg. 1965, S. 447—464; Jürgen Fijalkowski, Die Bedeutung der Soziologie für die politische Wissenschaft, in: Gesellschaft - Staat - Erziehung, 10. Jg. 1965, S. 6—11; Ossip K. Flechtheim, Die politische Wissenschaft zwischen Ideologie und Utopie, in: Wh werkhefte — zeitschrift für probleme der gesellschaft und des katholizismus, München 20. Jg., Mai 1966, S. 157—166; Jürgen von Kempski, Wissenschaft von der Politik — sozusagen, in: Merkur — Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, XX. Jg., H. 5 — Mai 1966 — S. 454—468; Peter von Oertzen, Überlegungen zur Stellung der Politik unter den Sozialwissenschaften, in: ZfS, 17. Jg. 1965, S. 503—520. Siehe weiterhin: Dieter Oberndörfer, Politik als praktische Wissenschaft, in: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, herausgegeben von D. Oberndörfer, Freiburg 1962, S. 5 ff.; Wilhelm Hennis, Politik und praktische Philosophie, Neuwied 1963.

[9] Macht, Gestaltung und Recht — die drei Wurzeln politischen Denkens, in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 2) Berlin 1952, S. 139 ff.

[10] Vgl. insbesondere die für letztere Richtung typischen Auffassungen bei Franz Neumann, Die Wissenschaft von der Politik in der Demokratie (Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik), Berlin 1950, und Ossip K. Flechtheim, Grundlegung der Politischen Wissenschaft, Meisenheim 1958. Vgl. auch den kritischen Überblick von Kurt Sontheimer, Zum Begriff der Macht als Grundkategorie der Politischen Wissenschaft, in: Wissenschaftliche Politik, S. 197 ff.

[11] Bemerkungen zur wissenschaftsgeschichtlichen Situation der politischen Wissenschaft, in: Gesellschaft - Staat - Erziehung, H. 5/1960, S. 203.

senschaft als einer Disziplin, die heute noch „auf der Suche nach ihrem Gegenstand" ist[12]. Bei der enormen Vielfalt und Spannweite der bisweilen miteinander völlig unvereinbaren Grundauffassungen verschiedener Autoren besteht kaum die Aussicht, daß sie als „Fragmente in Wirklichkeit Ansätze zu einer neuen Einheit sind"[13].

3. THEORETISCHE UND METHODOLOGISCHE GRUNDLINIEN

Der allgemein zu konstatierende Mangel an spezifisch politologischer Theorie und Methodik trifft auch auf den Gegenstand der politischen Parteien im allgemeinen, der regionalen politischen Parteien im besonderen, zu. Trotz der Arbeiten von Duverger[1] kann von einer allgemeinen Theorie politischer Parteien, die als Gerüst einer empirischen Parteianalyse benutzt werden könnte, noch keine Rede sein[2]. Methodisch kann trotz einer Vielzahl wissenschaftlicher Publikationen über politische Parteien keine als vorbildlich oder richtungweisend bezeichnet werden.
Speziell für das Thema der vorliegenden Arbeit kommen als theoretische und methodische Schwierigkeiten weiter hinzu,

1. daß es wegen der Zäsur, die die nationalsozialistische Ära für die Entwicklung politischer Parteien in Deutschland bedeutete, nicht möglich ist, kontinuierliche Linien der Parteientwicklung in Deutschland zu zeichnen;
2. daß Struktur und Funktion der politischen Parteien in ihren Anfängen nach 1945 mehr oder weniger stark durch die Besatzungsmächte bestimmt waren und von einer normalen demokratischen Verhältnissen entsprechenden eigenständigen Entfaltung politischer Parteien nur mit Einschränkung gesprochen werden kann.

Bei dem Versuch, die angedeuteten grundsätzlichen Probleme zu meistern, hält sich die Arbeit nicht prinzipiell an vorgegebene Beispiele. Sie sieht ihre Aufgabe darin, auf Grund einer breitangelegten empirischen Analyse[3] und des Versuches eines theoretischen Abrisses mit der Bildung von Thesen[4] einen Beitrag zur politologischen Forschung in vierfacher Weise zu leisten:

1. zu der politologisch-historischen Erforschung der deutschen Zeitgeschichte nach 1945,
2. zu der empirischen Untersuchung regionaler politischer Parteien,

[12] Vgl. demgegenüber Gilbert Ziebura (S. 94), der sich verzweifelt gegen die „fanatische ‚Suche nach dem Gegenstand'" wendet und sie als „zerstörerisch" brandmarkt. — Zutreffend, jedoch in der Sache nicht weiterführend ist die Feststellung von Hans-Peter Schwarz (Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland, in: Wissenschaftliche Politik, S. 298): „So kommt es, daß jene zahlreichen Diskussionen, die im Verlauf der letzten Jahre über Erkenntnisziele, Methoden, Gegenstandsbereiche und praktische Absichten der Soziologie und der Politikwissenschaft geführt worden sind, wenigstens ein gewisses Maß an Konvergenz in der Anerkennung der Tatsache erreichten, daß eine allseits anerkannte unité de doctrine noch nicht erreicht sei."
[13] v. d. Gablentz, Politische Forschung, S. 173.

[1] Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, Bd. 9, Tübingen, 1959. — Vgl. zur Kritik vor allem G. E. Lavau, Partis politiques et réalités sociales. Contribution à une étude réaliste des partis politiques. Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques, vol. 38, Paris 1953.
[2] Vgl. dazu unten S. 195 ff.
[3] Siehe A) Empirische Darstellung, S. 27—188
[4] Siehe B) Theoretische Betrachtung, S. 193—204

3. zu der Theorie regionaler politischer Parteien im Rahmen der allgemeinen Parteientheorie,
4. zu der Methodik der Analyse politischer Parteien.

Die Arbeit berücksichtigt stark die *interdependente* Rolle einer politischen Partei:

1. Chronologisch:
   Das Verhältnis von Geschichte und Tradition einer Partei[5] zu ihrer Gegenwart und nachfolgenden Entwicklung[6].
   Selbstverständlich ist es dabei im Rahmen des Themas nicht möglich, dem historischen Bezug zu breiten Raum zu gewähren. Es ist vielmehr erforderlich, mit spezifischen Fragestellungen an die Geschichte der politischen Partei, Kernpunkte ihrer historischen Entwicklung herauszukristallisieren, die für ihre spätere Entwicklung von Relevanz sind. Für die Geschichte der bayerischen SPD scheinen uns die Fragen nach der Institutionalisierung einer einheitlichen bayerischen Arbeiterorganisation[7], nach dem Aufbau dieser Organisation, ihrer Struktur und der Programmatik und Politik ihrer Führungskräfte[8], nach ihrem Taktieren in kritischen Situationen (Revolution in München unter Eisner)[9], nach ihrer Stellung im Parteiensystem und der Resonanz ihrer Programmatik und Politik in der öffentlichen Meinung[10] sowie nach dem Verhalten ihrer führenden Persönlichkeiten in der Zeit der Unterdrückung und Verfolgung[11] von hervorragender Bedeutung zu sein. Das ansonsten wünschenswerte und dringend erforderliche Eingehen auf soziale und wirtschaftliche Strukturen und deren Einwirken auf die Parteistruktur kann im historischen Teil nur in geringem Umfange erfolgen, da
   a) die bisher vorliegenden sozialen und wirtschaftlichen Strukturanalysen Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert zu sehr auf lokale oder regionale Abschnitte begrenzt oder als Kompendien zu knapp gefaßt sind[12], als daß sie eine brauchbare Synopsis Bayerns lieferten;
   b) der auf die Zeit von 1945—1950 begrenzte thematische Rahmen der Arbeit[12a] durch eine umfangreiche, erst zu erarbeitende Strukturanalyse Bayerns in der Zeit vor 1945 gesprengt würde.

   Es bedeutet keinen Widerspruch gegenüber unserer für die Theoriebildung politischer Parteien — insbesondere auf regionaler Ebene — erhobenen Forderung, allgemeine Strukturphänomene stärkstens in die Parteianalyse miteinzubeziehen[13], wenn wir in unserer historischen Betrachtung der bayerischen SPD diesem Prinzip nicht in umfassender Weise Rechnung tragen. Hier liegt zunächst noch ein Betätigungsfeld für Wirtschafts-, Sozial- und Landeshistoriker[13a]. Eine Isolierung der Analyse der bayerischen SPD von den sie umgebenden „Totalphänomenen"[14] wird durch Hinweise auf die politischen Wandlungserscheinungen sowie die permanente Bezugnahme auf die SPD als

[5] Siehe A, Erster Teil. Vor 1945, S. 29—52
[6] Siehe A, Zweiter Teil: 1945—1950, S. 53—192
[7] Siehe A, Erster Teil, 1, S. 29—32
[8] Siehe A, Erster Teil, 2, S. 32—38
[9] Siehe A, Erster Teil, 3, S. 38—44
[10] Siehe A, Erster Teil, 4, S. 44—46
[11] Siehe A, Erster Teil, 5, S. 47—52
[12] Als Beispiele sind etwa zu erwähnen Wolfgang Zorn, Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1648—1870. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des schwäbischen Unternehmertums, Augsburg 1961; derselbe, Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806—1933, Bayerische Heimatforschung H. 14, München-Pasing 1962. Vgl. weiterhin unten S. 29, A. 1.
[12a] Zu einer Überschreitung dieses zeitlichen Rahmens vgl. unter S. 185—188
[13] Vgl. unten S. 195 ff., passim.
[13a] Es ist zu hoffen, daß die von Karl Bosl seit 1968 herausgegebenen „Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter" bald diese Lücken schließen werden.
[14] Vgl. unten S. 197

Gesamtpartei vermieden, wodurch Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen den organisatorischen, programmatischen und politischen Konzeptionen der SPD als Gesamtpartei und der SPD in Bayern aufgezeigt und Schlußfolgerungen über die strukturellen Differenzierungen in Deutschland und deren unterschiedliche Einschätzung durch die sozialdemokratischen Führer im Reich und in Bayern gezogen werden können.

2. Systematisch:
   a) Die Partei als maßgeblicher Faktor in der Reziprozität politischer Konstellationen[15];
   b) die Partei als Organisation, geprägt durch übergreifende innere und äußere Systeme (G. C. Homans), formale und informelle Struktur (E. Mayo), manifeste und latente Funktionen (R. K. Merton)[16];
   c) die Partei als soziale Gruppe, deren Struktur in Interdependenz mit den ihr entsprechenden Teilen der allgemeinen — in unserem Falle — regionalen Sozialstruktur gesehen werden muß[17];
   d) die Partei als Subjekt und Objekt bei der Fixierung ihrer kurz-, mittel- und langfristigen politischen Zielsetzungen[18].

ad 2. a): Die Bestimmung des politischen Standortes einer Partei im Rahmen der allgemeinen politischen Konstellationen wirft eine Fülle von Fragen und analytischen Möglichkeiten auf. Eine Analyse der politischen Konstellationen und der SPD in Bayern 1945 bis 1950 hat in erster Linie die Rolle der amerikanischen Militärregierung zu berücksichtigen. Es muß festgestellt werden, inwieweit überhaupt eine freie Entfaltung politischer Parteien im Rahmen der Proklamationen, Direktiven und Erlasse der Militärregierung möglich war. Erst wenn gesichert ist, daß im Zuge des Formationsprozesses der zugelassenen politischen Parteien deren organisatorisches System, die dadurch initiierten Strukturen und Funktionen sowie die Prinzipien ihrer Programmatik und Politik unverfälscht entstehen konnten, ist es sinnvoll, die SPD als autonome politische Gruppe in Bayern zu behandeln, durch eine Konstellationsanalyse die Frage nach ihrer Rolle im Rahmen des Parteiensystems in Bayern aufzuwerfen und zu beantworten, inwieweit es ihr gelang, auf das von Parteien und Verbänden bestimmte Kräfteparallelogramm einzuwirken und eigene Vorstellungen zur Geltung zu bringen. Die Darstellung der Relation von SPD und CSU bietet zugleich den Ansatz für einen Abriß der durch deutsche Initiative und mit deutscher Verantwortung unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung getriebenen Politik in Bayern von 1945 bis 1950. Mit der dynamischen Betrachtungsweise des Verhältnisses der SPD zu der CSU als stärkster Partei des Landes von 1946 bis 1950 lassen sich die Einordnung der SPD in das Koordinatensystem der bayerischen Politik sowie ihres sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergrundes und damit konstellationsbedingte Ursachen des Erfolges oder Scheiterns ihrer Programmatik und Politik in vergleichender Analyse darstellen. Spezifische Ausprägungen der sozialdemokratischen Programmatik und Politik werden bei aller Bedeutung historisch-ideologischer Ingredienzien und organisatorisch-systematischer wie sozial-struktureller Grundmerkmale der Partei im wesentlichen erst durch die Kompromisse 1946 und die scharfen Auseinandersetzungen mit der CSU 1947—1950 verständlich. Selbstverständlich ist hierbei wie in anderem Zusammenhang die Verbindung von bayerischer SPD und Gesamtpartei und

[15] Siehe A, Zweiter Teil, I, S. 53—96
[16] Siehe A, Zweiter Teil, II, S. 97—143
[17] Vgl. hierzu die grundlegende Arbeit von M. und C. W. Sherif, Groups in Harmony and Tension. An Integration of Studies on Intergroup Relations, New York 1953, SS. 60 ff., 83 f., 157. — Siehe unten Zweiter Teil, III, S. 144—157
[18] Siehe A, Zweiter Teil, IV, S. 157—188

ihre programmatische und politische Abstimmung ein in hohem Maße zu berücksichtigendes Moment.

Mit der Behandlung der politischen Multidimensionalität in Bayern 1945—1950 wird gleichzeitig versucht, die soziale Restrukturierung zu verdeutlichen, über die leider bis heute keine brauchbare Detailuntersuchung vorliegt. Im Rahmen einer Darstellung der Politischen Wissenschaft kann allerdings auf spezifisch soziale und wirtschaftliche Strukturanalysen verzichtet werden; es interessiert vielmehr jene Effizienz der morphologischen Gegebenheiten, die sich in den politisch relevanten Gruppenstrukturen und -konstellationen sowie deren Interessenrichtungen niederschlägt. Während es Aufgabe der politischen Soziologie ist, die Zusammenhänge zwischen Gesellschaftsstrukturen und deren politische Ausdrucksformen durch Gruppenbildungen aller Art zu analysieren, hat sich die Politische Wissenschaft in erster Linie mit den Auswirkungen der Interessen und Zielsetzungen dieser Gruppen im politischen Rahmen zu beschäftigen. In diesem Sinne gewinnen wir den für unsere Arbeit relevanten politischen Bezug zu den sozialen und wirtschaftlichen Strukturmerkmalen im Bayern der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Einbeziehung der politischen Funktionen dieser Strukturen in Gestalt von politischen Parteien und Verbänden sowie des mutuellen Verhältnisses zwischen diesen Gruppen und der SPD im Rahmen des allgemeinen politischen Systems. Hierdurch ist der Standort der SPD in Bayern zu bestimmen. Selbstverständlich kann es bei der Einordnung einer politischen Partei in das Bezugssystem politischer Konstellationen nicht Aufgabe sein, dieses in seiner Gesamtheit, das heißt unter Einbeziehung aller in irgendeiner relativ unbedeutenden Weise auf die politischen Konstellationen einwirkenden Kräfte, darzustellen. Es gilt vielmehr, sich auf die im Rahmen der Multidimensionalität repräsentativen und typischen Faktoren zu konzentrieren. Ziel der Konstellationsanalyse in der vorliegenden Arbeit ist die Bestimmung des politischen Standortes der bayerischen SPD 1945—1950 unter Berücksichtigung der Interdependenzrelationen und unter Ausschluß der Gefahr einer isolierten Parteibetrachtung.

ad 2. b): Der Versuch der möglichst totalen Analyse einer politischen Partei müßte mißlingen, würde nicht das durch die Konstellationen bedingte „äußere System" in Beziehung zu dem „inneren System"[19] der Partei gesetzt. Erst die Interdependenzrelation beider Systeme macht jene Phänomene des formalen und informellen Organisationssystems[20] einer politischen Partei mit den daraus resultierenden manifesten und latenten Funktionen[21] verständlich. Es gilt deswegen, durch die Darstellung der statuarischen Fixierungen der Parteiorganisation und die Analyse der organisatorischen Funktionen in der Praxis unter Berücksichtigung der primär politischen Konstellationen Erklärungen für Effektivität und Ineffektivität der Parteiorganisationen sowie deren Änderungen zu finden.

ad 2. c): Die Einordnung von Mitgliedern, Führungspersonal und Wählern in soziale Gliederungskategorien (Beruf, Konfession, Alter, Geschlecht, soziale Schichtung, vertikale soziale Mobilität) ermöglicht es, die Frage nach dem sozialen Standort der Partei mit spezifischen daraus resultierenden politischen Konsequenzen zu beantworten. Nicht nur sind durch Nachweise einer starken allgemeinen sozialen Homogenität Rückschlüsse

[19] Zu der genauen Definition der beiden Begriffe siehe George C. Homans, Theorie der sozialen Gruppe, Opladen 1960, S. 162 ff.

[20] Vgl. hierzu insbesondere die auf industriesoziologischen Forschungen basierenden Arbeiten von Elton Mayo, Probleme industrieller Arbeitsbedingungen, Frankfurt/M., 1950; Chester I. Barnard, The Functions of the Executive, 9. Aufl., Cambridge, Mass. 1951 sowie die bereits erwähnte Arbeit von Homans.

[21] Vgl. oben S. 13

auf Homogenität und Kohäsion der Partei zu ziehen, sondern auch determinierende parteiinterne Faktoren für programmatische Festlegungen und das Verhalten der Partei in bestimmten politischen Situationen zu gewinnen. Die Interdependenz der sozialen Hauptkomponenten einer demokratischen politischen Partei: Mitglieder — Führungspersonal — Wähler ergibt sich aus dem Konnex Mitglieder — Führungspersonal und der prägenden Auswirkung der Sozialstruktur der Mitgliederschaft auf die Sozialstruktur der Wählerschaft.

ad 2. d): Eine der wesentlichsten Aufgaben der Analyse einer politischen Partei besteht darin, die maßgeblichen Faktoren und den Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung nachzuweisen. Dies geschieht im Rahmen der Untersuchung der politischen Einflüsse auf und durch die sich wandelnden allgemeinen politischen und sozialen Strukturen, durch den Nachweis der stärksten meinungs- und willensbildenden Gruppen und Instanzen innerhalb der Parteiorganisation sowie durch das Aufzeigen der grundlegend gegebenen Vorbedingungen durch Tradition und Sozialstruktur der Partei. Die Arbeit würde jedoch in den Fehler einer statischen Betrachtungsweise verfallen, würde sie nicht die Frage nach den Ursachen programmatischer und politischer Schwerpunktbildungen und Akzentverlagerungen aufwerfen und zu beantworten suchen. Programmatik und Politik einer politischen Partei sind somit nicht von ihren allgemeinen Interdependenzrelationen zu isolieren, sondern in engem Zusammenhang mit dem „äußeren" und „inneren System" der Partei zu sehen.

So interessant und aufschlußreich Analysen über Programmatik und Politik sind, die sich ausschließlich mit der Logik des Gesamtkonzepts, der Resonanz in der öffentlichen Meinung, Möglichkeit und Unmöglichkeit der Realisierung sowie den Konsequenzen für Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Kultur und nicht zuletzt für die Partei selbst beschäftigen — dem Anspruch der Analyse einer politischen Partei werden sie damit bereits vom Ansatz her nicht gerecht.

Die vorliegende Arbeit huldigt bei aller Anerkennung der Brauchbarkeit der strukturell-funktionalen Analyse[22] dieser wissenschaftlichen Methodik keineswegs in verabsolutierter Form. Die der historischen Methode[23] immanenten Prinzipien dienten in mindestens gleicher Intensität als Richtschnur für Untersuchung und Explikation. Der Gegenstand einer regionalen politischen Partei verlangt danach, in seiner historischen, geographischen, personellen und mentalitätsbedingten Singularität behandelt zu werden. Gerade bei der Betrachtung der regionalen Partei eines Landes wie Bayern müßte jede politologische Untersuchung zu unrichtigen oder zumindest stark verfälschten Ergebnissen gelangen, wäre sie nicht bereit, ihre wissenschaftlichen Methoden in hohem Maße an dem Gegenstand Bayerns mit all seinen Eigen- und Besonderheiten zu orientieren, um nicht durch sachfremde Mittel, sondern durch adäquate Anwendung der geisteswissenschaftlichen Hermeneutik der durch das Thema gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Es ist das methodische Anliegen dieser Arbeit, strukturelle und funktionale Analyse bei der systematischen Untersuchung sowie individualisierendes und generalisierendes Verfahren der historischen Methode bei der chronologischen Betrachtung in sinnvollem, von dem jeweils zu untersuchenden Detail her bestimmten Zusammenhang zu gebrauchen. Ebensowenig wie ein chronologisches oder systematisches Entweder-Oder für eine zeitlich begrenzte regionale Parteianalyse als praktikable Darstellungsform bezeichnet werden

[22] Vgl. dazu insbesondere Talcott Parsons, The Social System, London 1952, passim und den kritischen Aufsatz von Ralf Dahrendorf, Struktur und Funktion, Talcott Parsons und die Entwicklung der soziologischen Theorie, in: derselbe, Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961, S. 49 ff.

[23] Vgl. dazu Hans Mommsen, Historische Methode, in: Geschichte, Das Fischer-Lexikon 24, herausgegeben von Waldemar Besson, Frankfurt/M. 1961, insbesondere S. 87 f.

könnte, wäre es angängig, die ausschließliche Anwendbarkeit *einer* Methode zu postulieren.

Der Wert der individualisierenden Methode wird — außer ihrer generellen Relevanz als geschichtswissenschaftliches Forschungsprinzip[24] — insbesondere durch ihre Bedeutung für jegliche personal-biographische Untersuchung erhellt. Bei aller Anerkennung der Wichtigkeit struktureller Substrate für Wesen und Wirken politischer Parteien ist doch nicht zu übersehen, daß es die Führerpersönlichkeiten sind, die jeder politischen — auch regionalen — Partei ihr spezifisches Gepräge zu geben vermögen. Für die bayerische SPD waren dies von 1945 bis 1946 Wilhelm Hoegner, von 1947 an Waldemar von Knoeringen. Hoegner als ein in bajuwarischen Traditionen wurzelnder Sozialdemokrat stellte innerhalb seiner Partei — obwohl er in Personalunion das Amt des Landesvorsitzenden mit dem des Ministerpräsidenten vereinigte — einen politischen Akteur in einer „Marginalexistenz"[25] dar, das heißt er kann nur mit starken Einschränkungen als Repräsentant der Normen und Werte seiner eigenen politischen Gruppe, der bayerischen SPD, bezeichnet werden, während bei ihm gleichzeitig gewisse ideelle Übereinstimmungen mit politischen Vorstellungen in CSU-Kreisen als einer Art Bezugsgruppe[26] feststellbar sind. Seine Selbstcharakteristik als „schwieriger Außenseiter"[27] trägt diesem Tatbestand sehr genau Rechnung. Hoegner ist ein exemplarischer Fall für das Scheitern eines Politikers in seiner eigenen Partei auf Grund des Normenkonflikts zwischen ihm und seiner Gruppe, wobei sich die allgemein akzeptierten Normen in der Partei als ungleich stärker gegenüber denjenigen des Landesvorsitzenden erwiesen.

Es wird strukturell und funktional zu analysieren sein, worin die spezifischen in-group[28]-Merkmale der bayerischen SPD 1945—1950 bestanden und inwieweit bzw. ob überhaupt von einer in-group im Verhältnis zu der Gesamtpartei gesprochen werden kann. Die gewonnenen Ergebnisse sind mit den individuellen Charakteristika der Führungspersönlichkeiten Hoegner und Knoeringen zu konfrontieren, wobei die Arbeit ihre Aufgabe nicht in einer psychoanalytischen Ermittlung der Persönlichkeitsstrukturen — so interessant ein derartiger Beitrag zweifellos wäre — sieht, sondern in der Erarbeitung von historisch-biographischen Fakten, die Rückschlüsse auf Personen und Ideen erlauben. Der für das Gesamtbild der bayerischen SPD wichtige Umfang von Intensität oder Frustration eines interdependenten „Rückkoppelungseffekts" zwischen Führer und Partei ist daraus zu ermitteln.

Der abschließende dritte Teil der Arbeit versteht sich als eine komprimierte Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Stand der Theorie politischer Parteien und der Methodik regionaler Parteianalysen sowie als Versuch einer theoretischen Abstrahierung der durch die vorliegende Untersuchung empirisch gewonnenen Ergebnisse. Aus der Analyse der Stellung der bayerischen SPD im Rahmen der politischen Konstellationen in Bayern 1945 bis 1950 und aus dem Vergleich ihrer politischen Mittel mit denjenigen der CSU folgt zwangsläufig die Erkenntnis, wie unzureichend die Resultate der Mehrzahl globaler Parteianalysen sind, die nicht die wie auch immer gearteten regionalen Spezifika einbeziehen. Das gleiche gilt für Führungspersönlichkeiten politischer Parteien, die — wie

[24] Nicht zu vernachlässigen ist allerdings die strukturelle historische Forschung, wie sie etwa Werner Conze (Strukturgeschichte als Forschungsproblem des technisch-industriellen Zeitalters, Köln 1961) fordert. Vgl. hierzu auch O. F. Anderle, Theoretische Geschichte, in: HZ 185, 1958.

[25] Vgl. hierzu grundlegend E. V. Stonequist, The Marginal Man, New York 1937.

[26] Zu dem von der Soziologie in zunehmender Intensität erforschten Phänomen der Bezugsgruppe (reference group) vgl. insbesondere Robert K. Merton, passim.

[27] Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1959.

[28] Vgl. hierzu die grundlegenden Ausführungen bei William G. Sumner, Folkways, Boston - New York - Chicago - London 1940 (zuerst 1906), die bis heute ihre Gültigkeit behalten haben.

Kurt Schumacher — nicht versuchten, die Landes- oder Bezirksverbände der Partei den nach 1945 nur latent vorhandenen regionalen Strukturen anzunähern, um dadurch zunächst einmal Möglichkeiten für starke regionale Bastionen der Partei zu schaffen und erst dann aus einer parlamentarisch starken Position heraus die regionalen Strukturen den politischen Vorstellungen der Partei zu adaptieren, sondern die radikale Anpassung der Strukturen an die Zielvorstellungen der Partei ohne irgendwelche temporäre Kompromisse anstrebten. Der theoretische Teil versteht sich als erster Ansatz zu einer Theorie regionaler politischer Parteien im Rahmen einer allgemeinen Parteientheorie und versucht darüber hinaus Hinweise auf weiterführende Aufgaben dieses Bereiches zu geben.

4. QUELLENLAGE

Die Quellenlage der unmittelbaren Nachkriegszeit ist dadurch gekennzeichnet, daß

1. auf Grund der chaotischen Zustände viele — zum Teil wichtige — Dokumente verlorengingen;
2. auf Grund der knappen Papierzuteilung an die politischen Parteien durch die amerikanische Militärregierung[1] Veröffentlichungen aller Art nur in sehr geringen Auflagenhöhen erschienen.

Hinzu kommen Lücken in den Quellenbeständen, die darauf zurückzuführen sind, daß — von wenigen Ausnahmen abgesehen[2] — in den Parteisekretariaten keine systematische Archivierungsarbeit betrieben wird. Durch mühsame Kleinarbeit und wiederholte Reisen in ganz Bayern gelang es dem Verfasser, das für die Darstellung der SPD in Bayern 1945 bis 1950 nötige Quellenmaterial zusammenzutragen. Besonders schwierig gestaltete sich aus begreiflichen Gründen die Beschaffung von Unterlagen aus den Jahren 1945/46, während für 1947 umfangreicheres, für 1948 sogar umfassendes Material vorlag. Mit den organisatorischen Änderungsmaßnahmen der bayerischen SPD im Laufe des Jahres 1948 und der völligen Integration in die Gesamtpartei vollzog sich — 1949/50 deutlich erkennbar — eine entsprechende publizistische Koordination, die sich nach der vollzogenen ersten Wiederaufbauphase in Bayern in sachlich identischen Stellungnahmen von Partei- und Landesvorstand zu wichtigen politischen Problemen in Bayern niederschlug. Ab 1949 stand die gesamte bayerische Politik zudem deutlich im Schatten der Bundespolitik. Lediglich die Landtagswahl 1950 warf erneut ein Schlaglicht auf die Bedeutung regionaler politischer Fragen in Bayern. So bilden die Verlautbarungen der SPD innerhalb und außerhalb Bayerns im Landtagswahlkampf eine ebenso wichtige Quelle wie die Verhandlungskonzepte der sozialdemokratischen Delegation vor der Bildung der Landesregierung für die Legislaturperiode 1950—1954. Der Vergleich der politischen Prätentionen der bayerischen SPD mit ihren tatsächlichen Leistungen kann dadurch in skizzenhaften Umrissen über den eigentlichen Berichtszeitraum hinaus fortgeführt werden, so daß eine durch einen abrupten Abbruch der Darlegung des kontinuierlichen politischen Prozesses verursachte zeitliche Isolierung vermieden wird.

Neben offiziellen, offiziösen und inoffiziellen Materialien aus den Parteiarchiven erwiesen sich die stenographischen Berichte des Verfassungsausschusses der Bayerischen Ver-

[1] Vgl. unten S. 119.

[2] Erwähnenswerte Ausnahmen in Bayern bilden das Landessekretariat in München und der Unterbezirk Mittelschwaben in Augsburg.

fassunggebenden Landesversammlung und des Landtags als unentbehrliche Fundgrube für die durch die Partei im parlamentarischen Bereich offiziell vertretene Politik. Als unbedeutend für eine Untersuchung der bayerischen SPD stellten sich dagegen die stenographischen Berichte des Zweizonenwirtschaftsrates, des Parlamentarischen Rates und des Bundestages heraus, da — wie in der Arbeit zu zeigen sein wird — in diesen Institutionen einseitig die Vorstellungen des Parteivorstandes dominierten, denen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Bayern ohne nennenswerte Ausnahme unterwarfen. Unentbehrlich für die kontinuierliche Darstellung waren die ab Ende 1945 zunächst zweimal, später dreimal wöchentlich und ab 1949 täglich erscheinenden Zeitungen, insbesondere die „Süddeutsche Zeitung", die „Nürnberger Nachrichten" und der „Südost-Kurier". Die von der amerikanischen Militärregierung herausgegebene „Neue Zeitung" vertrat einseitig amerikanische Interessen und war in der Darstellung der politischen Parteien in Bayern im allgemeinen, der SPD im besonderen, wenig objektiv.

Die Darstellung des historischen Prozesses der bayerischen SPD wurde erleichtert durch die Monographien von Franz Schade[3] und Reinhard Jansen[4], die außer der Darlegung der thematisch relevanten Fakten und deren Beurteilung wichtige Hinweise auf Quellen und Sekundärliteratur enthalten[5]. Schade liefert zudem erste Ansätze zu einer strukturgeschichtlichen Betrachtung der bayerischen SPD durch Einarbeitung von Daten über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Bayern im 19. Jahrhundert[6]. Beide Arbeiten können als brauchbare Vorstufe für eine Gesamtdarstellung der bayerischen SPD und der Entwicklung des Parteiensystems in Bayern im 19. Jahrhundert angesehen werden, an dessen Erarbeitung im Rahmen der regionalen Untersuchung des deutschen Parteiwesens herangegangen werden sollte[6a].

Den Zeitraum der Entwicklung der bayerischen SPD, dessen Quellen noch am allergeringsten aufgespürt und durchforstet wurden, bilden die Weimarer Republik und das Dritte Reich. Es konnte nicht das Anliegen dieser Arbeit sein, eigens intensive Detailstudien über die Zeit von 1919 bis 1945 anzustellen. Dieses dringende Vorhaben muß einer anderen Untersuchung vorbehalten bleiben. Für das vorliegende Thema galt es, aus den spärlichen Anhaltspunkten in den für diese Zeitspanne essentiellen Arbeiten von Werner G. Zimmermann[7], Wilhelm Hoegner[8] und Karl Schwend[9] das für die Analyse der bayerischen SPD nach 1945 Wesentliche herauszudestillieren, um wenigstens die hauptsächlichen Bezugspunkte vor und nach 1945 zu fixieren. Ein gesondertes Quellenstudium fand naturgemäß nur in sehr begrenztem Umfange statt. Für die Zeit des Dritten Reiches zielten die Fragestellungen auf das eventuelle illegale Weiterbestehen sozialdemokratischen Gruppen in Bayern und deren Tätigkeit sowie auf die Aktivität der nach

[3] Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1961.

[4] Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958.

[5] Keine neuen Erkenntnisse vermittelt trotz Einarbeitung zahlreicher bislang unberücksichtigter Quellen die methodisch nicht befriedigende Veröffentlichung von Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19, München 1967. — Außer der Wiedergabe von Interviews mit beteiligten Zeitgenossen unbrauchbar ist die Arbeit von Harald J. Hurwitz, The Bavarian Revolution and its Significance for the Sociology of Revolution and National Development, Bates College 1946.

[6] Vgl. dazu unten S. 29 A. 1.

[6a] Einen wertvollen Beitrag hierzu liefert die Arbeit von Hugo Eckert, Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung, Industrielle Welt, Bd. 9, Stuttgart 1968. Leider konnte sie nicht mehr in den histoischen Teil des bereits in der Drucklegung befindlichen vorliegenden Buches eingearbeitet werden. Es sei noch vermerkt, daß die hier dargestellten historischen Grundlinien der bayerischen SPD durch Eckerts Untersuchung einer Fülle struktureller Details prinzipiell bestätigt werden.

[7] Bayern und das Reich 1918—1923, München 1953.

[8] Der schwierige Außenseiter, a. a. O.

[9] Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918—1933, München 1954.

1945 führenden bayerischen Sozialdemokraten in Widerstand und Emigration — gegebenenfalls auch deren Aufenthalt in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Der fast vollständige Mangel aufschlußreichen Materials zur Beantwortung dieser Fragen — Ausnahmen bilden die Arbeiten von Matthias[10], Edinger[11] und neuerdings Röder[12], die sich in erster Linie mit dem Parteivorstand beziehungsweise mit der Partei in Nord- und Mitteldeutschland befassen[13], sowie eine Broschüre über den sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Bebo Wager[14] — machte die Untersuchung abhängig von persönlichen Interviews. Hierbei war das Interesse des Befragenden darauf gerichtet, ein möglichst klares Bild von dem prägenden Eindruck der Hitlerzeit und den persönlichen Gedanken und Erlebnissen bayerischer Sozialdemokraten in Widerstand, KZ, Emigration oder passiver Zurückgezogenheit innerhalb Deutschlands zu gewinnen. Den Angaben Wilhelm Hoegners und Waldemar von Knoeringens, der beiden Führer der bayerischen SPD in der Nachkriegszeit, galt — nicht ohne kritische Auswertung — die besondere Aufmerksamkeit.

5. ZUSAMMENFASSENDE BEMERKUNGEN

Die Arbeit stellt vom Thema her eine zeitlich eingeschränkte Parteimonographie dar. Sie ist nach der Intention des Verfassers in Gegenstand, Methode und Quellenerschließung jedoch weiterreichend. Sie versucht durch eine die Interdependenzrelationen einbeziehende Analyse, jener Form moderner Wissenschaftlichkeit, die nicht mehr in säuberlicher Gewanneinteilung das Ziel ihres Strebens sieht, gerecht zu werden. Es ist die feste Überzeugung des Verfassers, daß die Wissenschaft nur durch interdisziplinäre Arbeitstechnik in der Lage ist, eine Hilfe für die Lösung der in ihrer Komplexität und Interdependenz immer diffizileren Aufgaben unserer modernen Welt zu sein sowie Anstoß und Richtungsweisung zu Fortschritten im Dienste von Freiheit und Humanität zu geben.

[10] Siehe unten SS. 43 A. 26, 44 A. 5, 47 A. 6, 50 A. 34.
[11] Siehe unten SS. 47 A. 6, 50 A. 34.
[12] Siehe unten S. 50 A. 34
[13] Matthias, siehe unten S. 44 A. 5
[14] Eugen Nerdinger, Die unterliegen nicht, die für eine große Sache sterben! Fragen und Antworten über Tat,

A. Empirische Darstellung – Historischer Prozeß und Analyse der Partei

ERSTER TEIL:
HISTORISCHER PROZESS – DIE SPD IN BAYERN VOR 1945

1. DIE ANFÄNGE DER ORGANISIERTEN ARBEITERBEWEGUNG IN BAYERN

Auf Grund der um die Mitte des 19. Jahrhunderts überwiegend agrarisch bedingten sozio-ökonomischen Strukturen in Bayern waren sozialrevolutionäre Bewegungen lediglich durch die beginnende Industrialisierung in den Städten feststellbar[1]. Die ersten Ansätze einer organisierten Arbeiterbewegung waren schwach und umfaßten neben Arbeitern auch Handwerksgesellen, zum Teil auch Handwerksmeister und Intellektuelle[2]. Zentren bildeten vor allem Nürnberg und Augsburg, wo sich auch in besonderem Maße das Problem einer einheitlichen Organisation der bayerischen Arbeiterbewegung stellte. Nürnberg war in der Revolution von 1848 für Franken[3], Augsburg für Schwaben ein

[1] Über die ökonomische Struktur Bayerns im 19. Jahrhundert vgl. Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 8. Auflage, Stuttgart 1954, S. 394; Karl Theodor Eheberg, Die industrielle Entwicklung Bayerns seit 1800, Erlangen 1897, S. 31; derselbe, Allgemeine bäuerliche Verhältnisse in Bayern, in: Bäuerliche Zustände in Deutschland 3 (1883). Umfassende Spezialliteratur zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns im 19. Jahrhundert liegt nicht vor. Das amtliche statistische Material (Stat. Hdbb. für das Deutsche Reich; Stat. Jbb. für den Freistaat Bayern; Bayerns Entwicklung nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik seit 1840, herausgegeben vom Königlichen Statistischen Landesamt, München 1915) ist derart lückenhaft und unsystematisch, daß es für eine konkrete Anwendung nur von geringem Nutzen ist. Da es nicht Aufgabe dieser Arbeit sein kann, eine fundierte politische, wirtschaftliche und soziale Strukturanalyse Bayerns im 19. Jahrhundert als Bezugsrahmen zu einer Analyse der frühen Arbeiterbewegung in Bayern zu liefern, sei verwiesen auf die Arbeiten von Ludwig Zimmermann, Die Einheits- und Freiheitsbewegung und die Revolution von 1848 in Franken, Würzburg 1951, S. 170 ff. und Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961, S. 11–15, die erste Ansätze – bei Zimmermann zeitlich und auf Franken beschränkt, bei Schade auf Grund der relativ schmalen Quellenbasis notwendigerweise sehr lückenhaft – einer globalen Analyse bieten. Die brauchbarste Darstellung, die den oben skizzierten Anforderungen genügt, liegt – wenn auch (entsprechend dem Untertitel) vorwiegend auf sozioökonomische Strukturen und Arbeiterbewegung im Raum Nürnberg begrenzt – mit der Untersuchung von Hugo Eckert, Liberal- oder Sozialdemokratie, vor (vgl. oben S. 25 A. 6a). Wir beschränken uns in Anbetracht unseres Themas in diesem Kapitel auf die historische Darstellung der Versuche zur Institutionalisierung einer einheitlich organisierten Arbeiterbewegung in Bayern. Vgl. weiterhin Sigmund von Riezler, Das glücklichste Jahrhundert bayerischer Geschichte 1806–1906, München 1906, S. 46 f.; Karl Alexander von Müller, Das Bayerische Problem in der deutschen Geschichte, München und Berlin 1931, S. 33; Bruno Bauer, Geschichte der konstitutionellen und revolutionären Bewegungen im südlichen Deutschland in den Jahren 1831 bis 1834, Charlottenburg 1845, Bd. 1, S. 217; Karl Bosl / H. Schreibmüller, Geschichte Bayerns, Bd. 2, München 1955, S. 74.

[2] Vgl. Frolinde Balser, Sozial-Demokratie 1848/49–1863, Stuttgart 1962, SS. 20, 47 ff. Für Franken vgl. L. Zimmermann, S. 188 ff.

[3] Für Oberfranken spielte zunächst auch Bamberg eine hervorragende Rolle (L. Zimmermann, S. 237 ff.). – Über die Unwahrscheinlichkeit eines erwähnenswerten kommunistischen Einflusses vgl. – im Gegensatz zu L. Zimmermann, S. 359 f. – Balser, S. 187.

sozialrevolutionärer Mittelpunkt mit starker Ausstrahlungskraft[4]. In München gab es zwar ebenfalls eine Arbeiterbewegung; sie trat jedoch hinter dem eigentlichen Grund der Revolution in der Residenz, der aufgebrachten Volksstimmung gegen die Mätresse Lola Montez, zurück[5]. Darüber hinaus zeigte das altbayerische Gebiet die geringste revolutionäre Aktivität aller bayerischen Kreise[6].

Seit der Gründung der „Arbeiter-Verbrüderung"[7] auf dem 1. Deutschen Arbeiterkongreß in Berlin (23. August bis 3. September 1848) stand das Problem der einheitlichen Organisation auf der Tagesordnung sämtlicher Arbeiterkongresse. Unter dem Zentralkomitee Leipzig sollten für Bayern zunächst Bezirkskomitees in Nürnberg, Augsburg, München und Bamberg eingerichtet werden, denen Lokalkomitees unterstehen sollten. Der vom 2. bis 4. April 1849 in Nürnberg tagende erste „Allgemeine Bayerische Arbeiterkongreß"[8], an dem stimmberechtigte Delegierte von 46 Arbeitervereinen aus Bayern teilnahmen[9], sowie ein erneuter Kongreß in Augsburg (13./14. November 1849), an dem Delegierte aus Nürnberg, Augsburg, Fürth, Würzburg, Bamberg, München, Kempten und Schwa-

[4] Berichte der bayerischen Regierungspräsidenten auf Grund eines königlichen Befehls vom 30. August 1849 über die Ursache und den Verlauf der Revolution in ihren Kreisen (H. St. A., M. Inn.; teilweise abgedruckt bei: Gabriele Glashauser, Das Entstehen der politischen Parteien in Bayern 1848, phil. Diss., München 1944, S. 55). — Eine umfassende Gesamtdarstellung der bayerischen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert fehlt ebenso wie Einzeldarstellungen wichtiger lokaler Arbeitervereine (vor allem Augsburg und München). Für Nürnberg vgl. Georg Gärtner, Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868—1908, Nürnberg 1908. Die Arbeiten von Glashauser und Karl Rüdinger, Die Arbeiterbewegung in Bayern 1848—1850. Ein Beitrag zur Geschichte der 48er Bewegung in Bayern, phil. Diss. München 1933, Bottrop 1934, ermangeln einer eingehenden Analyse der spezifischen soziologischen und organisatorischen lokalen Verhältnisse und deren übergreifende Zusammenhänge. Sie beschränken sich stattdessen ausschließlich auf die Verarbeitung von amtlichen Verlautbarungen und Sekundärliteratur. — Die Arbeit Balsers suggeriert bereits durch den Untertitel „Die erste deutsche Arbeiterorganisation" eine Einheitlichkeit des ersten Versuchs einer Organisierung der Arbeiterbewegung in Deutschland, die es auf Grund mannigfacher lokaler und regionaler Differenzierungen nicht gab (vgl. dazu Balser selbst, SS. 164 ff., 341 ff.). Entsprechend geht Balser auf lokale und regionale Besonderheiten der Arbeiterbewegung im allgemeinen, der „Arbeiterverbrüderung" im besonderen wenig ein. Der Versuch, „in den handelnden Menschen selbst die Träger einer etwaigen Kontinuität in Verhaltens- und Organisationsformen und vor allem in den Zielvorstellungen zu sehen" (S. 18) und die biographische Darstellung der Arbeiterführer, die auf der Leipziger Generalversammlung (20.—26. Februar 1850) vertreten waren (S. 155 ff.), können das Desideratum eingehender lokaler und regionaler Strukturanalysen über soziale Zusammensetzung, formale und informelle Organisation, geographische Ausbreitung und Programmatik nicht beheben. Die Behandlung des württembergischen „Modells" (S. 339 ff.) ist für die Verhältnisse in Bayern in hohem Grade irrelevant. — Eine Vielzahl von Veröffentlichungen durch die Partei ist wegen der überwiegenden Darstellung allgemeiner Zeitumstände fast völlig wertlos. Tatsächlich interessierende Probleme werden überhaupt nicht oder unbefriedigend behandelt (vgl. etwa Eugen Kirchpfennig, Der Weg in die Freiheit, 80 Jahre Sozialdemokratie in Bayern, München 1948).

[5] Vgl. hierzu die neuesten Quellenpublikationen bei Karl Alexander von Müller, Lola Montez und ein Münchener Polizeidirektor, in: Am Rande der Geschichte, 1957, insbesondere S. 89 ff.

[6] Berichte der bayerischen Regierungspräsidenten . . . — Zu der Entwicklung in der Pfalz, auf die wir hier nicht eingehen, vgl. Erich Schneider, Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—1899, phil. Diss., Mainz 1956.

[7] An Gesamtdarstellungen über die „Arbeiterverbrüderung" vgl. Wilhelm Friedensburg, Stephan Born und die Organisation der Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongreß, Leipzig 1923; Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus, Leipzig 1924; Heinz Pflaume, Organisation und Vertretung der Arbeitnehmer in der Bewegung von 1848, phil. Diss. Jena 1933, Weimar 1934; Balser, S. 45 ff.

[8] Akten des Stadtkommissariats Nürnberg Nr. 30 (St. A. N.); Allgemeiner Bayerischer Arbeiterkongreß im Bamberger Hof zu Nürnberg am 2. 4. 1849, Zeitungsausschnitt aus „Der freie Staatsbürger" Nr. 94 (St. B. N.); L. Brunner, Politische Bewegungen in Nürnberg 1848/49, Heidelberg 1907, S. 112; Georg Gärtner, Arbeiterbewegung, S. 7 ff.; Richard Lipinski, Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, 1. Bd., Leipzig 1929, S. 97; L. Zimmermann, S. 389; W. Koeppen, Die Anfänge der Arbeiter- und Gesellenbewegung in Franken (1830—1852), Erlangen 1935, S. 89.

[9] Lipinski spricht im Gegensatz zu den Quellen von nur 16 Arbeitervereinen.

bach beteiligt waren, sollte der Gründung eines bayerischen Landesverbandes der „Arbeiter-Verbrüderung" dienen. In Abänderung des Beschlusses von Berlin sollten neben Nürnberg und Augsburg Würzburg und Landshut Sitze von Bezirkskomitees werden[10]. Die starken organisatorischen und programmatischen Einigungsbemühungen und die rasche Gründung neuer Arbeitervereine trotz der zunehmenden Behinderungen durch die bayerischen Behörden[11] lassen die These zu, daß die Gründung einer einheitlichen Organisation der Arbeiterbewegung in Bayern unmittelbar bevorstand[12]. Das Verbot aller bayerischen Arbeitervereine, mit dem die Bayerische Regierung ein Exempel für ganz Deutschland statuierte[13], setzte — bestätigt durch den Beschluß des Bundestages vom 13. Juli 1854 — der zur Vereinigung drängenden organisierten Arbeiterbewegung in Bayern ein abruptes Ende[14].

Erst zu Beginn der 60er Jahre lebte in Bayern die organisierte Arbeiterbewegung wieder auf[15]. In Nürnberg wurde 1861 ein Arbeiterverein Schulze-Delitzsch'scher Richtung gegründet, von dem sich 1866 der sogenannte Arbeiterbildungsverein, der den Ideen Lassalles nahestand, abspaltete[16]. In Augsburg bildete sich 1864 eine Gruppe des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" Lassallescher Prägung mit Auswirkungen nach München, Ansbach, Würzburg, Schweinfurt, Hof, Kaufbeuren und Kolbermoor[17]. Auf dem 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg (5. bis 7. September 1868)[18] nahmen die Delegierten unter dem Vorsitz von August Bebel mit Mehrheit ein Programm an, das sich zu den Grundsätzen der Internationalen Arbeiter-Assoziation bekannte[19]. Trotz der starken Attraktivität des Vereinstags Deutscher Arbeitervereine unter der Führung August Bebels blieb jedoch auch nach dem Nürnberger Vereinstag die Spaltung zwischen den Arbeitervereinen in Bayern — im wesentlichen immer noch repräsentiert durch die Zentren Nürnberg und Augsburg — aufrechterhalten. Die Ursache dafür lag weniger in den durch den Grad der Industrialisierung bedingten strukturellen Unterschieden oder programmatischen Meinungsverschiedenheiten als in dem Fehlen einer

[10] H. St. A., M. Inn. 45 543 (zit. nach Glashauser, S. 124); L. Zimmermann, S. 389.

[11] Balser, Anhang Nr. 19 (Mitgliederzahlen der bayerischen Arbeitervereine); L. Zimmermann, S. 437 ff.; Adolf Braun, Die Gewerkschaften. Ihre Entwicklung und Kämpfe, Nürnberg 1914, S. 29.

[12] So auch für Bayern: Glashauser, S. 124; allgemein: Balser, SS. 435 ff., 440.

[13] Bayerisches Vereinsgesetz vom 26. Februar 1850; Anweisung des Innenministeriums vom 6. Mai 1850. Vgl. Rüdinger, S. 10 ff.; Balser, S. 299 ff.

[14] Auch nach dem Verbot bemühten sich die bayerischen Behörden, eine kommunistische Unterwanderung der Arbeitervereine nachzuweisen. Einen geeigneten Vorwand hierzu lieferte ein am 10. Mai 1851 in Bayern verhafteter Agent des „Kommunistischen Bundes" (Hauptsitz London), aus dessen sichergestelltem Adressenmaterial hervorging, daß auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen strukturellen Bedingungen, des Verhaltens der Arbeiterschaft und ihrer geographischen Konzentration Nürnberg, Augsburg, Fürth, Würzburg, München, Regensburg und Hof als potentielle Basen einer sozialistischen Revolution in Bayern angesehen wurden. Am revolutionärsten wurde Nürnberg eingeschätzt, wo der Hauptsitz des „Kommunistischen Bundes" in Bayern errichtet werden sollte. Eine Resonanz auf die kommunistischen Bemühungen war jedoch in den bayerischen Arbeitervereinen nicht festzustellen. (H. St. A., M. Inn. 45 543, zit. nach Glashauser, S. 119; vgl. auch L. Zimmermann, SS. 359, 439).

[15] Vgl. dazu die allgemeine Darstellung bei Balser, S. 479 ff.

[16] Statuten des Arbeiter-Bildungs-Vereines Nürnberg, 1866 (Av. N. Stadtkommissariat IX 34 b); vgl. auch Gärtner, Arbeiterbewegung, SS. 16, 20 ff., der den Einfluß Lassalles betont. Anders: Lipinski I, S. 147.

[17] Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 3, 2. Aufl., Stuttgart 1903; Walter Böhm, 100 Jahre SPD in Augsburg, in: Schwäbische Volkszeitung, 28. November 1964.

[18] Genehmigung des Staats-Ministeriums des Innern zur Abhaltung (des 5. Vereinstages) des Deutschen Arbeitervereins am 5., 6. und 7. September in der Stadt Nürnberg vom 24. 8. 1868 (St. A. N., Reg. v. Mfr. Abg. 1932, Tit. II, Nr. 584 I); Bericht über den 5. Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine vom 5., 6. und 7. September 1868 in Nürnberg, 2. Aufl. (Neudruck 1928), (St. B. N.). Zu den konträren Positionen liberaler und sozialistischer Prinzipien unmittelbar vor dem Nürnberger Vereinstag vgl. den Briefwechsel zwischen Bebel und dem Vorsitzenden des Nürnberger Arbeitervereins, Rögner (auszugsweise zit. bei August Bebel, Aus meinem Leben, 1. Bd., Berlin 1946 (unveränderter Nachdruck der 1. Auflage), S. 167 f.). — Vgl. weiterhin Bebel I, S. 173 ff.; Gärtner, Arbeiterbewegung, S. 24 ff.

[19] Das Programm ist abgedruckt bei Bebel I, S. 175/176; Gärtner, S. 29/30.

Persönlichkeit, die als Führer einer einheitlichen bayerischen Arbeiterbewegung allseitige Anerkennung gefunden hätte, in den verschiedenartigen Organisationsformen und gegenseitigem Mißtrauen[20]. Die Auseinandersetzungen um die Vormachtstellung des einen oder anderen Arbeitervereins für die organisierte Arbeiterbewegung in Bayern dauerten an. Der Versuch des dynamischen August Bebel, nach Auflösung des „Vereinstags Deutscher Arbeitervereine" und Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" in Eisenach (10. August 1869)[21] die in Augsburg am 23./24. Januar 1870 tagenden Lassalleschen Arbeitervereine zu gewinnen, schlug deshalb fehl[22].
Die dauernden Aufspaltungen, Schwächungen und Auflösungen anderer Arbeitergruppierungen[23] ließen die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" unter der kraftvollen Führung Bebels allerdings mehr und mehr zu der in Deutschland dominierenden Organisation der Arbeiterbewegung werden. Auch die zunehmende Angleichung der strukturellen Bedingungen des industriellen Prozesses in den großen bayerischen Städten und das Bewußtsein der Arbeiter, daß die organisierte Arbeiterbewegung in Deutschland nur in Einheit stark sein konnte, führte dazu, daß sich die der süddeutschen Lassalleschen Arbeiterpartei angehörenden Arbeitervereine mit dem Zentrum Augsburg auf dem zweiten Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart (4. bis 7. Juni 1870) der Eisenacher Partei anschlossen[24]. Damit war die Einigung der bayerischen organisierten Arbeiterbewegung noch vor der Einigung auf Reichsebene[25] auf der Grundlage des Eisenacher Programms vollzogen. Der erste Schritt zum Aufbau der bayerischen Landesorganisation war getan, aber noch fehlte das integrierende Element einer Führungspersönlichkeit, das erst eine einheitliche Organisation und eine den besonderen Bedingungen in Bayern Rechnung tragende Programmatik und Politik konzipierte.

2. DER AUFBAU DER BAYERISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Parteizentren nach 1870 waren Nürnberg und — in immer stärkerem Maße — München[1]. Die weiterhin bestehenden harten Bestimmungen des bayerischen Vereinsgesetzes, die das „Inverbindungtreten" politischer Vereine mit deren Auflösung bedrohte, ließen eine statuarische Fixierung und entsprechende Praktizierung einer sozialdemokratischen Landesorganisation mit enger Zusammenarbeit der lokalen Organisationen weder vor noch unmittelbar nach dem Sozialistengesetz zu[2]. Die politische Aktivität der sozialdemokra-

[20] Vgl. Hdb. der Parteitage 1863—1908, München 1910, S. 408; Lipinski I, S. 245 f.
[21] Hdb. der Parteitage 1863—1908, S. 408; Bebel II, S. 75 ff. (dort auch der Abdruck des „Eisenacher Programms" [S. 80 ff]).
[22] Vgl. Bebel II, S. 95 ff. Andere Version bei Mehring III, S. 379.
[23] Hdb. der Parteitage 1863—1908, S. 408 f.; Jahresbericht 1909/10, S. 7; Lipinski I, S. 247.
[24] Hdb. der Parteitage 1863—1908, S. 409; Gärtner, Arbeiterbewegung, S. 39.
[25] Die Einigung zwischen der Eisenacher Partei und den Resten der Lassalleschen Bewegung erfolgte erst auf dem Parteitag in Gotha im Mai 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (vgl. Mehring IV, S. 85 ff.).

[1] Vgl. Mehring IV, S. 252 ff.; Georg Gärtner, Karl Grillenberger, Nürnberg 1930, S. 73; Hdb. der Parteitage 1863—1908, S. 409 ff. (Angabe der Delegierten auf Parteitagen).
[2] Zu den Organisationsstatuten der Gesamtpartei, die allerdings bewußt die lokale Organisation ausklammerten vgl. Hdb. der Parteitage 1863—1908, S. 357 ff. — Vgl. weiterhin Wilhelm Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, in: Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung 4—5, herausgegeben von Max Grunwald, Dresden 1912, S. 71 ff.

tischen Gruppen in Bayern beschränkte sich auf die legalen Wahlvereine, die nur in Angelegenheiten, die den Wahlkreis — vor allem vor Wahlen — betrafen, tätig werden durften, und auf illegale lokale Organisationen, deren Vertrauensleute — wie in Nürnberg Karl Grillenberger[3] — den Kontakt zwischen Parteivorstand und örtlicher Parteiorganisation aufrechterhielten[4]. In Nürnberg und München wurden außerdem Agitationsvereine gegründet, die durch Schulung, Referentenausbildung, Pressearbeit und Propaganda für eine einheitliche Information der Mitglieder sorgten und für die Gewinnung neuer Anhänger — insbesondere in ländlichen Gebieten — warben. Auch die Frage der Finanzierung wurde geregelt[5]. Die durch die politischen Umstände erzwungene lose Organisation bewährte sich selbst in der Zeit des Sozialistengesetzes[6] und wurde mit Abänderungen bis zur Aufhebung des Verbindungsverbotes in Bayern (1898) beibehalten[7].

In der Zeit der Verfolgung bildete sich eine informelle Organisationsstruktur der Partei heraus, die auch nach Aufhebung des Verbindungsverbotes Auswirkungen auf die zu fixierende formale Organisation haben mußte:

1. Die lokalen Organisationseinheiten waren weitestgehend souverän und in Aufbau und Willensbildung wenig demokratisch[8] (zu Ausnahmen siehe Punkt 3).
2. Die organisatorische Zusammenarbeit zwischen lokalen Parteiorganisationen erfolgte wegen der in den einzelnen Ländern unterschiedlich erlassenen Vereinsgesetze am ehesten auf regionaler Ebene.
3. Der Parteivorstand hatte durch Personalunionen mit der Reichstagsfraktion — sofern er von dieser Herrschaftsposition Gebrauch machte — eine gleichsam diktatorische Macht über die Gesamtpartei[9].

Georg von Vollmar[10], der seit 1883 für die Partei in München wirkte, erkannte, daß bei der nach 1890 nötigen Reorganisation eine Berücksichtigung der durch die politisch-historischen Umstände entstandenen informellen Organisationsstruktur erfolgen mußte. Darüber hinaus sah er nach Aufhebung des Sozialistengesetzes auch den Zeitpunkt für gekommen, eine Neuformulierung der Programmatik und Politik unter starker Berücksichtigung der gewandelten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vorzunehmen. Er ging dabei weder von einem internationalen noch von einem nationalen

[3] Über Karl Grillenberger (1848—1897), die bedeutendste Persönlichkeit der Sozialdemokratie in Franken vor der Jahrhundertwende vgl. die bereits oben erwähnte Biographie Gärtners sowie Schade, S. 17 ff. Vgl. auch Lebenslauf im Anhang (S. 265/266).

[4] Gärtner, Arbeiterbewegung, S. 61 ff.; derselbe, Grillenberger, S. 69 ff. Vgl. auch Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen politischen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 302 ff.

[5] Auf dem Bayerischen Arbeitertag in Nürnberg am 5. April 1874 wurden 2 Kreuzer festgesetzt, die pro Mitglied und Monat an die Nürnberger Organisation entrichtet werden sollten (Gärtner, Grillenberger, S. 69). Auf einer Arbeiterversammlung in Nürnberg am 31. Januar 1876 wurde ein Beitrag von wöchentlich 5 Pfennigen vereinbart (Gärtner, Arbeiterbewegung, S. 63).

[6] Grillenberger wurde als erster bayerischer Sozialdemokrat ab 1881 ohne Unterbrechung bis zu seinem Tod als Abgeordneter des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf in den Reichstag gewählt. In München erhielten Georg von Vollmar (1884 und 1890 im Wahlkreis München II) und Georg Birk (1890 im Wahlkreis München I) Mandate als Reichstagsabgeordnete. Somit war Bayern 1890 durch 3 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag vertreten. Gärtner, Grillenberger, SS. 90 f., 104 ff., 116, 124, 126; Ignaz Auer, Nach zehn Jahren, Nürnberg 1913, SS. 114, 133, 136; Mehring IV, S. 323).

[7] Gärtner, Arbeiterbewegung, S. 140 f.; derselbe, Grillenberger, S. 125; vgl. außerdem Nipperdey, S. 315 ff.

[8] Vgl. Philipp Scheidemann (Memoiren eines Sozialdemokraten, 1. Bd., Dresden 1928, S. 84) über die Verhältnisse in der Nürnberger Organisation unter Grillenberger.

[9] Nipperdey, S. 315; Reinhard Jansen, Georg von Vollmar, Düsseldorf 1958, S. 37 f.

[10] Vgl. über Vollmar die oben erwähnte Biographie von Jansen, Schade, S. 19 ff. sowie den stark subjektiv-ideologisch orientierten Aufsatz von Wilhelm Hoegner, Georg von Vollmar — ein bayerischer Parlamentarier, in: politische studien, heft 153, 15. jg., jan./febr. 1964, herausgegeben von günter olzog, münchen, S. 53—64. Siehe auch Lebenslauf im Anhang (S. 266).

Standpunkt aus, sondern hatte primär die regionale Situation in Bayern vor Augen. Dank seiner starken Persönlichkeit und Ausstrahlungskraft, die ihm zu allgemeiner Anerkennung innerhalb und weithin auch außerhalb der Partei verhalfen, wurde er zum Führer der Partei in Bayern. Erst unter Georg von Vollmar war der organisatorische und programmatisch-politische Aufbau der nun von den bayerischen Sozialdemokraten stolz und wegen ihrer relativ großen Autonomie innerhalb der Gesamtpartei mit gewissem Recht so genannten „Bayerischen Sozialdemokratie" möglich.

1. Organisation:

Unter Anerkennung der bestehenden informellen Organisationsstruktur forderte Vollmar, daß das „örtliche Element"[11] auf Grund der „so verschiedenen Entwicklungsgänge(n) und Einrichtungen, wie sie Deutschland bietet", innerhalb der Gesamtorganisation der Partei eine große Selbständigkeit zum Vorteil der gesamten Partei haben sollte. Die Dezentralisation der Parteiorganisation sollte gleichzeitig der Stärkung der Organisationseinheiten auf regionaler Ebene dienen[12]. Als sich Vollmar mit seinem Vorschlag einer Gliederung der Partei in drei vertikale Organisationsebenen (Reich — Land — Ort) mit jeweils relativer Selbständigkeit beim Parteivorstand nicht durchzusetzen vermochte[13], begann er eigenmächtig, seine Vorstellungen in Bayern zu realisieren. Seit dem ersten Landesparteitag in Regensburg (26. Juni 1892) trat durch die Anerkennung und Praktizierung der organisatorischen Prinzipien Vollmars die Bayerische Sozialdemokratie als regionale Partei in Funktion[14]. Mit dem Einzug von fünf Sozialdemokraten in den Bayerischen Landtag 1893 konnte Vollmar seine Stellung als Führer der Bayerischen Sozialdemokratie und seine Position als Chef der sozialdemokratischen Landtagsfraktion weiter verstärken, zumal die SPD in Franken und in der Rheinpfalz mit ihren Führern Grillenberger und Franz Josef Ehrhart[15] fast ausnahmslos zu Vollmar stand[16]. Das bayerisch-sozialdemokratische „Triumvirat" machte die soziale, sozialpsychische und kulturelle Situation in den von ihm bearbeiteten bayerischen Landesteilen zu der Grundlage seines politischen Handelns[17] und trat wegen der besonderen Rolle Bayerns im Reich für ein föderatives System in Staat und Partei ein, um regionale Interessen zur Geltung bringen zu können und um jeglichem Zentralismus entgegenzuwirken[18]. Durch die Arbeit im Landtag wurde diese Konzeption der Bayerischen Sozialdemokratie zusätzlich verdeutlicht[19].
Nach der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine in Bayern (1898) war die Fixierung eines Organisationsstatutes und dessen Realisierung auf den einzelnen Organisationsebenen möglich. Die Bedeutung des „örtlichen Elements" fand ihren sta-

[11] Vgl. „Münchner Post", 13.—16. August 1890.
[12] Konzept eines Briefes von Vollmar an P. Lafargue (wahrscheinlich vor dem 1. Oktober 1890 verfaßt), zit. bei Jansen, S. 38 A. 3.
[13] Vgl. Prot. PT Halle 1890, S. 193 f.
[14] Vgl. Prot. LPT Regensburg 1892; Schneider, S. 148 ff.; Gärtner, Arbeiterbewegung, S. 141.
[15] Über Ehrhart (1853—1908), den bedeutendsten Sozialdemokraten seiner Zeit in der Rheinpfalz, vgl. Schneider, insbesondere SS. 41 f., 189 f.; J. Bloch, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 1908, Bd. 2, S. 1082 f.; Jansen, S. 50 f. Siehe auch Lebenslauf im Anhang (S. 265).
[16] In Nürnberg bildete sich vorübergehend eine oppositionelle Gruppe unter dem ehemaligen Grillenberger-Protégé Karl Oertel, der die zentralistische Linie des Parteivorstandes vertrat. Vgl. Jansen, SS. 42, 50 f., 55 A. 5.
[17] Vgl. Mehring, der von der „‚Gefühlsdemokratie' des bayerischen Stammes" (IV, S. 257) spricht.
[18] Vollmar, Prot. PT Frankfurt 1894, S. 112 f.; derselbe, Prot. LPT Würzburg 1898, S. 34 f.
[19] Vgl. Die Sozialdemokratie im Bayerischen Landtag 1893/99, S. 105; Die Sozialdemokratie im Bayerischen 1899/1905, S. 189. Selbstverständlich war dies sowohl als regionale Waffe gegen den Zentralismus Bebels in der Partei als auch politisch gegen den Zentralismus des „Wilhelminismus" gedacht.

tuarischen Niederschlag: Die lokalen Parteiorganisationen konnten die örtlichen Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken regeln. Die Gauvorstände in München (Oberbayern, Niederbayern, Schwaben und ein Teil der Oberpfalz), Nürnberg (Franken und der größere Teil der Oberpfalz) und Ludwigshafen am Rhein (Rheinpfalz) hatten ihren subregionalen Bereich organisatorisch zu integrieren[20]. Die eigentliche Macht der Landesorganisation lag — vergleichbar der Bedeutung der Reichstagsfraktion für die Reichsorganisation (mit Ausnahme Bayerns) — bei der Landtagsfraktion. Die Mitgliederwerbung wurde energisch vorangetrieben[21]. Durch die Festsetzung von Pflichtbeiträgen an Stelle der vorherigen freiwilligen Beitragsleistungen wuchs die Finanzkraft der Landesorganisation beträchtlich[22].

Der Erfolg der Vollmarschen organisatorischen Maßnahmen in Bayern blieb nicht ohne Einfluß auf die Gesamtpartei. Das auf dem Parteitag in Jena 1905 beschlossene Organisationsstatut trug dem bayerischen Landesorganisationsstatut dadurch Rechnung, daß der Entwurf Vollmars von der Statutskommission in das Organisationsstatut für die Gesamtpartei, das erstmals drei Paragraphen über die Gliederung der Partei enthielt, eingearbeitet wurde[23]. Der in dem Statut verfügten organisatorischen Trennung von Landes- und Fraktionsvorstand entsprachen die Statutsänderungen auf dem Landesparteitag in Schweinfurt (1906)[24]. Vollmar wurde auf den folgenden Landesparteitagen einstimmig oder mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Schaffung von Positionen besoldeter Parteisekretäre[25] konnte seiner unumschränkten Machtstellung in der Partei keinen Abbruch tun, da größtenteils Vollmar genehme Leute eingesetzt wurden[26]. 1908 betraute Vollmar Erhard Auer[27] mit der Leitung des Landessekretariats der bayerischen SPD, was ein absolutes Novum in der Organisation der Gesamtpartei darstellte[28]. Da Auer nach dem Tode Grillenbergers und Ehrharts Vollmars engster Vertrauter war, bildete er als mächtigster „Parteibeamter" der Landesorganisation keine Gefahr für die politische Führung Vollmars. Ein „Duumvirat" hatte das „Triumvirat" abgelöst und teilte sich in die politischen und organisatorischen Aufgaben. Wenn auch Nürnberg weiterhin eine hervorragende Bedeutung für die Bayerische Sozialdemokratie behielt — zum Zentrum war endgültig München geworden.

[20] Prot. LPT Würzburg 1898, S. 27; 1903, S. 33.

[21] Mitgliederbewegung

	1904	—	1914
Südbayern	5 750		29 741
Nordbayern	14 139		48 063
Rheinpfalz	5 565		12 805
Bayern gesamt	25 454		90 609

In der sog. Roten Woche traten im Sommer 1914 nach intensiver Werbung weitere 9879 Mitglieder bei. Die bayerische Landesorganisation umfaßte damit zu Kriegsbeginn 100 288 Mitglieder. (Vgl. für diese und weitere Angaben die Aufstellung bei Jansen, S. 100 A. 3).

[22] Von 1894/96 bis 1912/14 stiegen die Einnahmen der Landesorganisation von 1287,21 auf 147 503,89 Mark. Vgl. dazu die Aufstellung bei Jansen, S. 95 A. 3.

[23] Hdb. 1863—1909, S. 374 ff. (insbesondere §§ 4—6). Vgl. auch Prot. PT Jena 1905, S. 162 ff. — Jansen sieht in dem Statut unverständlicherweise keine Rezeption Vollmarscher Gedanken (S. 96).

[24] Vgl. Prot. LPT Schweinfurt 1906.

[25] In Nürnberg war auf Anregung Grillenbergers die erste Stelle eines besoldeten Arbeitersekretärs in Deutschland geschaffen worden (1894), dessen vorbildliches Wirken rasch zur Nachahmung dieser Einrichtung in anderen lokalen SPD-Organisationen führte (Gärtner, Grillenberger, S. 128).

[26] Die Anzahl der besoldeten Funktionäre stieg von 1 im Jahre 1902 (in Nürnberg) auf 20 im Jahre 1914. Vgl. Aufstellung bei Jansen, S. 96 A. 3.

[27] Über Erhard Auer vgl. Schade, S. 26. Vgl. weiterhin Lebenslauf E. Auers im Anhang (S. 265) und unten S. 38 ff.

[28] Hoegner, Vollmar, S. 56. Vgl. außerdem Robert Rellik (Pseudonym, Verfasser ist führendes Mitglied des SPD-Bezirks Südbayern), Streiflichter auf hundert Jahre, in: 1863—1963, 100 Jahre SPD . . . ihr Wirken in Bayern, Festschrift, herausgegeben vom SPD-Bezirk Südbayern, München o. J. (1963), S. 24; Jansen, S. 96.

2. Programmatik:

Durch die sozialpolitischen Februar-Erlasse des Kaisers, die Ablösung Bismarcks und die bald darauf erfolgende Aufhebung des Sozialistengesetzes hielt Vollmar die Zeit einer neuen Taktik der Sozialdemokratie für gekommen[29]. „Dem guten Willen, wo er sich zeigt, die offene Hand, dem schlechten Willen, Drohungen und Anfechtungen, die Faust!"[30] war das Prinzip von Vollmars neuer Politik. Die unumgängliche Einbeziehung von staatssozialistischen Gedanken in diese Konzeption führte in den folgenden Jahren vor allem mit norddeutschen Parteivertretern zu scharfen Auseinandersetzungen[31]. Vollmar vermochte sich auf dem Erfurter Parteitag (1891) mit seinen Vorstellungen ebensowenig durchzusetzen, wie Bebel und Liebknecht auf dem Frankfurter Parteitag (1894) mit einem Mißtrauensantrag gegen Vollmar wegen der Zustimmung der „königlich-bayerischen Sozialdemokratie"[32] zum bayerischen Staatshaushalt[33]. Vollmar konnte allerdings mit Stolz darauf verweisen, daß die Parteiführung es bei den bayerischen Delegierten nicht mit „Einzelpersonen zu tun (habe), sondern mit der ganzen bayerischen Sozialdemokratie"[34]. Vollmars reformistische Einstellung prägte die bayerische und in zunehmendem Maße auch die süddeutsche Sozialdemokratie[35].

Die Prinzipien der pragmatischen Politik Vollmars beruhten auf treffenden Analysen der sozio-ökonomischen Strukturen in Bayern. In einem Brief an Mehring schrieb Vollmar über Bayern: „Wenn man rein nach den sozialen Verhältnissen, dem Stande der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen urteilen und dazu den Bestand des Katholizismus anschlagen wollte, so könnte kein Land und könnten wenige Städte weniger für die Sozialdemokratie geeignet erscheinen[36]." In der Broschüre „Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern" legte Vollmar sein Agrarprogramm vor, das wegen der agrarisch bedingten Strukturen Altbayerns zugleich ein umfassendes Programm für diesen bayerischen Landesteil darstellte. Quintessenz seiner Konzeption war die Feststellung, daß es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein könne, die zu neun Zehntel selbständigen Bauern in Bayern in das Proletariat absinken zu lassen. Vielmehr garantiere die Verhinderung eines derartigen Prozesses die soziale Umstrukturierung in Bayern im Sinne der SPD[37]. Diese von Vollmar immer wieder auch öffentlich vertretene Anschauung sicherte ihm einen starken persönlichen Einfluß in Altbayern.

Ein gewisses Einwirken der Vollmarschen Programmatik auf die Gesamtpartei ist nicht zu leugnen. Auf dem Parteitag in Breslau 1895 bekannte sich selbst Bebel taktisch zu „staatssozialistischen" Ideen, als er ausführte, man müsse dem Staat immer mehr Kultur-

[29] Georg von Vollmar, Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Zwei Reden, gehalten am 1. Juni und 6. Juli im „Eldorado" zu München, München 1891; 2. Auflage mit den Reden auf dem Parteitag zu Erfurt und vier Aufsätzen vom „Optimismus", München 1898.

[30] Vollmar, Über die nächsten Aufgaben, S. 6.

[31] Georg von Vollmar, Über Staatssozialismus, Nürnberg 1892; derselbe, Der Staatssozialismus unter Bismarck und Wilhelm II., in: Die Gesellschaft, H. 11, 1892; derselbe, Zur Streitfrage über den Staatssozialismus, in: Die neue Zeit, Stuttgart, 11, 1, 1892. — Vgl. Bebels und Liebknechts Reaktion auf dem Parteitag in Erfurt (Prot. PT Erfurt 1891, SS. 173, 181, 198, 209, 243) und Vollmars Erwiderungen (ebenda, SS. 182, 260). — Vgl. auch Schneider, S. 191 ff.

[32] Vgl. zu dieser Bezeichnung Schade, S. 30 f.

[33] Prot. PT Frankfurt 1894, SS. 108, 133.

[34] Ebenda, S. 109 f. Vgl. auch Prot. LPT München 1894, S. 28 ff.

[35] Vgl. Schneider, S. 195.

[36] Brief Vollmars an Mehring (undatiert), abgedruckt bei Paul Kampffmeyer, von Vollmar und die Sozialdemokratie. Gegen das Vollmartum in der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 1892, S. 95. Die Darlegungen Vollmars bestimmten nach Mehrings eigener Aussage (Mehring IV, S. 366) den Inhalt des Kapitels „Die bayerische Eroberung" (ebenda, S. 252 ff.).

[37] G. v. Vollmar, Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern, Nürnberg 1896, S. 10.

aufgaben aufbürden, um ihn dadurch zu Fall zu bringen. Die Sozialdemokratische Partei könne sich nicht nur nach den Forderungen des „Kommunistischen Manifestes" ausrichten, da diese „heute zum erheblichen Teil veraltet" seien[38]. Das Vollmarsche Postulat einer differenzierten sozialdemokratischen Programmatik für die in den einzelnen regionalen Bereichen in Deutschland sehr unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen blieb auf Bebel und Liebknecht nicht ohne Wirkung[39]. Die Breslauer Agrarresolution[40] wandte sich unter dem Eindruck der Rede Kautskys[41] zwar gegen die Anerkennung eines unabhängigen Bauerntums durch die deutsche Sozialdemokratie, das Abstimmungsverhältnis von 158:63 Stimmen zeigte jedoch, daß sich ein erheblicher Teil der Delegierten — zum überwiegenden Teil aus Süddeutschland — zu der Vollmarschen Konzeption bekannte. Die Agrardebatte war deswegen von großer Bedeutung, da sich hier auf höchster Parteiebene zum ersten Male zeigte, daß es starke Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie gab, die — vor allem beeinflußt durch die Bayerische Sozialdemokratie — nicht gewillt waren, die SPD als ausschließliche Proletarierpartei zu begreifen.

Die richtige Einschätzung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konstellationen in Bayern um die Jahrhundertwende durch die Führung der Bayerischen Sozialdemokratie ermöglichte es der Partei, aus der politischen Isolation herauszukommen[42]: Bereits seit 1894 stimmte die sozialdemokratische Gruppe im Bayerischen Landtag dem Staatshaushalt zu, da „die Bewilligung des Gesetzes zur Fortführung der Geschäfte des Gemeinwesens notwendig ist"[43]. Vor der Landtagswahl 1899 schloß die bayerische SPD in München und in der Pfalz ein Wahlbündnis mit dem Zentrum[44]. Ab Herbst 1903 beteiligte sie sich maßgeblich an der Landtagsdebatte über die Einführung des direkten Wahlrechts[45]. Vor der Reichstagswahl 1907 wurde erneut ein Wahlbündnis mit dem Zentrum[46], vor der Landtagswahl 1912 mit dem Deutschen Bauernbund und dem Bayerischen Bauernbund[47] vereinbart. Mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Podewils verband Vollmar ein relativ gutes Verhältnis[48]. Beim Einzug in den Landtag 1893 stellte die Bayerische Sozialdemokratie fünf von 159 Abgeordneten, 1912 waren es 30 von 163[49].

[38] Prot. PT Breslau 1895, S. 119.

[39] Vgl. ebenda, SS. 153, 157. — Vgl. weiterhin Brief Bebels an Victor Adler (20. Oktober 1895), abgedruckt in: Viktor Adler, Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S. 193 ff.

[40] Prot. PT Breslau 1895, S. 176.

[41] Ebenda, S. 124; vgl. auch Georg Friedrich Wilhelm Schlessinger, Die Agrartheorien der deutschen Sozialdemokratie vom Breslauer PT 1895 bis 1914, staatswirtschaftliche Diss., München 1938, S. 6.

[42] Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. Auflage, herausgegeben von Wilhelm Mommsen, München — Wien 1965, S. 167.

[43] Grillenberger, Prot. LPT München 1894, S. 15. Vgl. hierzu die harte und kompromißlose Kritik Bebels, abgedruckt in: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863—1909, S. 100; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart 1947, Bd. 1, S. 203.

[44] Zu der innerparteilichen Diskussion hierüber vgl. Prot. LPT Fürth 1900, SS. 28, 37, 52 ff.

[45] Dies erneut in striktem Gegensatz zu der Auffassung Bebels. Vgl. hierzu Keil, Bd. 1, S. 206, sowie die parteioffizielle Darstellung in: Die Sozialdemokratie im Bayerischen Landtag 1905/07, München, S. 154 ff.

[46] Zur Wertung vgl. Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 108; Jahresbericht 1909/10 des Sozialdemokratischen Vereins für die Reichstagswahlkreise München I und II, 1910, S. 10 f.; G. v. Vollmar, Sozialdemokratie und Vaterland, Rede zum Militäretat am 11. Januar 1906, München 1906, S. 13.

[47] Vgl. Prot. LPT Landshut 1912, S. 80 ff.

[48] Jansen, S. 83 f.; Ernst Deuerlein, Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten 1870—1918, Regensburg 1955, S. 172.

[49] Vgl. Landtagswahlergebnisse 1893—1932 (SPD und Zentrum bzw. BVP) im Anhang. Bereits vor der Landtagswahl 1899 schloß die bayerische SPD ein Wahlbündnis mit dem Zentrum ab (Prot. LPT Fürth 1900, S. 52 ff.). Zur wahlsoziologischen Analyse vgl. R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik N. F. 2, 1905, S. 507 ff., mit „Bemerkungen im Anschluß an den vorstehenden Aufsatz" von Max Weber.

Die Ursache dafür, daß Vollmars Werk dennoch nicht zu dem Fundament einer starken sozialdemokratischen Bewegung in Bayern, Süddeutschland oder gar nördlich der Mainlinie wurde, lag in seiner Haltung in den Jahren 1912—1918[50] begründet:

1. Die Politik der Sozialdemokratie in Bayern stand in zunehmendem Maße unter dem Druck der stark anwachsenden Gewerkschaften[51]. Vollmar gelang es nicht zu verhindern, daß die bayerische Regierung unter Podewils die Gewerkschaften als eigentliche Vertretung der Arbeiterschaft anerkannte und ihnen aufgeschlossener gegenüberstand als der SPD[52].
2. Bei dem Versuch, seine Konzeptionen gegenüber dem Vorstand der Gesamtpartei, auf Reichsparteitagen und in der Reichstagsfraktion durchzusetzen, zeigte sich der Mangel an politischem Einfalls- und Durchsetzungsvermögen bei Georg von Vollmar[53]. Er blieb häufig den Reichstagssitzungen und Reichsparteitagen der SPD — nicht nur wegen seiner schweren Krankheit — fern. Wenn sich Vollmar mit seiner Meinung in der Sozialdemokratie auf Reichsebene nicht durchzusetzen vermochte, zog er sich nach Bayern zurück. Damit begab er sich der Möglichkeit, seine Ideen über Bayern hinaus zur Geltung zu bringen und ihnen ein festes Fundament in der Gesamtpartei zu sichern. Die mangelnde Kontinuität der politischen Aktivität Georg von Vollmars bewirkte ungewollt den immer stärkeren Einfluß der Parteizentrale seit 1906 auf Bayern[54].

Der deutschnationale Kurs Vollmars und Erhard Auers bestimmte in der Zeit des Ersten Weltkrieges die politische Linie der Bayerischen Sozialdemokratie. Im Gegensatz zu dem Parteivorstand in Berlin, der Generalkommission der Freien Gewerkschaften und dem Zentralbildungsausschuß der Partei begrüßte die Führung der Bayerischen Sozialdemokratie die Beteiligung der sozialistischen Jugend an vormilitärischen Ausbildungen[55]. Die militaristischen, imperialistischen und nationalistischen politischen Irrwege des späten Vollmar[56] taten ein übriges, seine große Leistung für die Partei und das in Bayern so erfolgreiche System seiner politischen Konzeptionen zu zerstören.

3. SPD UND USPD IN BAYERN 1918/19

Die Spaltung der SPD auf der Gothaer Konferenz (9. bis 11. April 1917) und die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) mit ihrer entschiedenen Forderung gegen die Fortsetzung des Krieges waren besonders für Bayern von historischer Bedeutung. Ohne nennenswerten Rückhalt in der Bayerischen Sozialdemokratie gelang es dem Unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner, begünstigt

[50] 1918 zog sich Vollmar vollständig aus dem politischen Leben zurück.
[51] 1914 umfaßten die Gewerkschaften in Bayern rd. 235 000 Mitglieder (Prot. LPT 1914, S. 126). — Vgl. hierzu auch Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920). Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 9, Düsseldorf 1956, S. 58 ff.
[52] Johannes Timm, Die Arbeiterpolitik im bayerischen Landtag, in: SM XIV (1908), S. 1154 ff.
[53] Vgl. Brief Julia v. Vollmars an Mehring, zit. bei Jansen, S. 124; Brief Vollmars an Julia (10. März 1894), zit. ebenda.
[54] Jansen, S. 99.
[55] Franz Schmitt an Vollmar (7. Oktober 1914; 14. Oktober 1914), zit. bei Jansen, S. 118.
[56] Vgl. Jansen, S. 108 ff.

durch die sich steigernde allgemeine Unzufriedenheit über die stetige Verschlechterung der politischen und militärischen Lage[1], die Führung einer revolutionär aufbegehrenden Massenbewegung in München zu übernehmen, am 7. November 1918 einen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat zu bilden und die nur dem Anschein nach noch so stabile Monarchie in Bayern[2] als erste im Laufe der allenthalben in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges aufflammenden revolutionären Aktionen zu stürzen[3]. Erhard Auer und die „rechtsstehende Sozialdemokratie"[4] wurden wegen ihrer unklaren Haltung und Handlungsunfähigkeit vollständig überspielt[5].

Der Triumph Eisners wäre ohne die groben militärischen und politischen Fehleinschätzungen der Mehrheit der Bayerischen Sozialdemokratie während der Kriegsjahre nicht denkbar gewesen. Die allgemeine Kriegsmüdigkeit entzog den militaristischen und imperialistischen Thesen eines Georg von Vollmar und Erhard Auer ebenso wie anderen Parteipolitikern den politischen Boden. Nun schlug das Pendel der öffentlichen Meinung um in einen massiven Anti-Kriegs-Radikalismus. Es war das Verhängnis der Bayerischen Sozialdemokratie in dieser Zeit der revolutionären Entscheidung, daß sie kein Programm besaß, auf dessen Grundlage eine geschlossene Aktion möglich gewesen wäre. Eisner war ein Außenseiter ohne jede engere Bindung oder feste Basis in der Partei. Seine politischen Handlungen trugen von allem Anfang an den Stempel der Improvisation und des Provisoriums. Dennoch genügte die Zeit seines Wirkens als Revolutionär und Ministerpräsident in Bayern (8. November 1918 bis 21. Februar 1919), um die wachsende Sympathie für die Sozialdemokratie in der bayerischen Bevölkerung vor der Zeit des Ersten Weltkrieges für die Ära der Weimarer Republik entscheidend und anhaltend zu reduzieren.

Verhängnisvoll für die SPD in Bayern wurde die politische Rolle Eisners vor allem dadurch, daß sich die gescheiterte politische und soziale Revolution in der öffentlichen Meinung als dauernd belastender Faktor gegen die Bayerische Sozialdemokratie niederschlug. Den wiedererwachenden Sympathien für den bayerischen König nach dem Sturz der Monarchie und nach den revolutionären Unruhen insbesondere in der altbayerischen

[1] Vgl. hierzu Darstellung und Quellenhinweise bei Ernst Deuerlein, Der Freistaat Bayern zwischen Räteherrschaft und Hitler-Putsch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/64, 28. Oktober 1964, S. 3 ff.

[2] Vgl. den Brief des Historikers Karl Alexander von Müller an den Kabinettschef des bayerischen Königs, Otto von Dandl (abgedruckt in: Karl Alexander von Müller, Mars und Venus, Erinnerungen 1914—1919, Stuttgart 1953, S. 137 ff.), in dem er neben einer sich verstärkenden antipreußischen Tendenz auf die immer unverhohlener zutage tretende antimonarchische Stimmung unter den „kernbayerischen, bisher grundkonservativ und königstreu gesinnten Bauern" im südlichen Bayern hinwies. Von Müller betonte: „Jeder umstürzenden Agitation ist in dieser Stimmung ein Boden geboten, wie ihn das bayerische Bergland in seiner ganzen tausendjährigen Geschichte noch nicht geboten hat." — Ludwig Thoma, der politisch der alldeutschen Richtung angehörte und sich an der Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei" in Berlin beteiligte, schrieb am 14. Januar 1919: „Wir in Bayern stehen vor der furchtbaren Gefahr der Revolutionierung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten . . . Es ist nicht wahr, daß sie gute Katholiken sind; sie sind etwas abergläubisch, aber nicht tiefgläubig. Der altbayerische Dienstbote ist unwissend, unbändig, zu wilden Ausschreitungen aufgelegt und wird in sozialistischen Theorien nur die Aufforderung wie die Möglichkeit zu schlimmsten Verbrechen sehen" (abgedruckt in: Ludwig Thoma, Ein Leben in Briefen (1875—1921), München 1963, S. 358). — Vgl. auch die zwei wichtigen neuesten Untersuchungen im Rahmen der von Karl Bosl herausgegebenen „Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter": Karl-Ludwig Ay, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des 1. Weltkrieges, Berlin 1968; Willy Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912—1918, Berlin 1968.

[3] Über Eisner und die Revolution in Bayern 1918/19 vgl. vor allem Schade, S. 56 ff.

[4] So die Aufzeichnungen des Innenministeriums, zit. bei Michael Doeberl, Sozialismus, Soziale Revolution, Sozialer Volksstaat, München 1920, S. 172.

[5] Gustav Noske (Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1947, S. 96): „Auer ist von . . . Eisner und seiner Gefolgschaft überrannt worden." — Vgl. auch Werner Gabriel Zimmermann, Bayern und das Reich 1918—1923, München 1953, S. 15; Ernst Müller-Meiningen, Aus Bayerns schwersten Tagen, Berlin und Leipzig 1923, S. 30 ff.

Bevölkerung[6] verlief die Beschuldigung und Verfemung der bayerischen SPD als einer angeblich unbayerischen und antimonarchistischen Partei parallel, obwohl sich die Führung eben dieser regionalen Partei weder in der monarchischen, noch in der Weimarer Zeit ausgesprochen anti-monarchistisch gab[7]. Die bayerische SPD stellte sich ohne innere Überzeugung hinter die provisorische Regierung und den „provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern", die am 8. November 1918 unter der Regie Eisners ihre Arbeit aufnahmen[8]. Die durch Eisner initiierte Entwicklung bestimmte vorübergehend die politischen Aktionen der bayerischen SPD: In Ermangelung einer eigenen rechtzeitigen und richtigen Einschätzung der Lage und einer eigenen Initiative mußte sie sich der Bewegung Eisners beugen, ja sie unterstützen, wollte sie nicht die gesamte demokratische Revolution der Gefahr des Scheiterns aussetzen und damit ihre eigenen fundamentalsten Prinzipien verraten. Die SPD stellte vier der neun Mitglieder der provisorischen Regierung und den Präsidenten des Provisorischen Nationalrates[9].
Das Unvermögen der Führung der bayerischen SPD, sich in Anbetracht der revolutionären Situation von der Vollmarschen Programmatik und Politik evolutionärer Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse in Bayern zu lösen, um durch eine möglichst mit anderen politischen Gruppen — wie der USPD oder dem Bayerischen Bauernbund[10] koordinierte Aktion Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern revolutionär umzustrukturieren, wurde in zwei Schwerpunkten offenbar:

1. Die unklare Linie gegenüber der Politik Eisners.

Am 13. Oktober 1918 war Erhard Auer Nachfolger Vollmars als Vorsitzender der Bayerischen Sozialdemokratie geworden[11]. Unter Vollmar war der revolutionäre Elan der Partei fast vollständig einem den bayerischen Verhältnissen Rechnung tragenden Pragmatismus gewichen; unter Auer waren in hohem Maße Prinzipienlosigkeit und Opportunismus die Triebkräfte der Politik der SPD in Bayern[12]. Damit konnte er

[6] Vgl. Schade, S. 137 A. 170; W. G. Zimmermann, S. 13 f. Beide Verfasser gehen allerdings fälschlicherweise von einer kontinuierlichen Sympathiekurve für die bayerische Monarchie in der altbayerischen Bevölkerung aus.

[7] Vgl. Reformprogramm vom 28. September 1917, abgedruckt bei Max Süßheim, Revolution und Bayerische Verfassung, München o. J., S. 3. Süßheim bezeichnet das Programm zwar „in seinen letzten Wirkungen" als Schritt zur „Republikanisierung" (S. 5), im Vordergrund hätten jedoch „zeitgemäße demokratische Reformen" gestanden, „die nicht auf die Absetzung der Monarchie" hinzielten (ebenda; vgl. auch: Die bayerische Sozialdemokratie vom 8. November 1918 bis 2. Juni 1920, herausgegebenen vom Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayern, München 1921, S. 49).

[8] Die Attentate im Bayerischen Landtag, Der Prozeß gegen Alois Lindner und Genossen vor dem Volksgericht München, München 1919, SS. 9, 77; Franz August Schmitt, Der 21. Februar vor Gericht II, Der Lindner-Prozeß, in: Politische Zeitfragen, Jg. 2, H. 4 (15. Februar 1920), SS. 48, 56, 62; Doeberl, S. 37.

[9] Darunter Auer als Innenminister. Sten. Ber. Prov. N. R., 1. Sitzung am 8. November 1918, Bd. 1, S. 3.

[10] Die revolutionäre Rolle des Bayerischen Bauernbundes und Möglichkeiten, die sich daraus für eine wirtschaftliche und soziale Umgestaltung Bayerns ergaben, sind leider noch nicht eingehend untersucht worden. Vgl. die knappen Hinweise bei Heinz Gollwitzer, Zur Geschichte des bayerischen Parteiwesens, in: Unser Geschichtsbild. Wege zu einer universalen Geschichtsbetrachtung, herausgegeben von Karl Rüdinger, München 1954, S. 181 ff.

[11] Prot. LPT München 1918, S. 208.

[12] Vgl. Die Attentate, SS. 48, 62; „Die Leimrute", in FT, 30. November 1918; Müller-Meiningen, SS. 31, 48 ff.; Herbert Speckner, Die Ordnungszelle Bayern, phil. Diss., Erlangen 1955, S. 23 f.; Theo Eberle, Die großen politischen Parteien und die Revolution 1918/19 in München, phil. Diss., Tübingen 1951, S. 28; Schade, S. 130 A. 74 (Interviews mit Hoegner u. a.).

allerdings die Partei nicht geschlossen hinter sich bringen[13] und die Abwanderung eines Teiles der bayerischen SPD zu der USPD nicht verhindern. Das Phänomen der Führerschaft Vollmars wiederholte sich nicht mehr[14] — aus der Bayerischen Sozialdemokratie war die SPD in Bayern geworden.

Der vorläufig unaufhebbare Gegensatz zwischen SPD und USPD wurde in Bayern durch massive persönliche Antipathien verstärkt: Auer war nicht gewillt, die von Eisner eingeschlagene revolutionäre Richtung in dem zum Gelingen nötigen Maße zu unterstützen. Wegen seiner Fehleinschätzung der Politik Eisners einerseits, der vehement beginnenden Sammlung reaktionärer Kräfte andererseits[15] widersetzte sich Auer den Appellen Eisners, die sozialistische Einheitsbewegung wiederherzustellen[16], und bestritt stattdessen die Landtagswahl vom 12. Januar 1919 mit getrennten Listen. Das Wahlergebnis brachte der SPD einen Stimmenanteil von 33 %, der USPD von nur 4,5 %. Zusammen hatten die beiden sozialistischen Parteien mit knappem Vorsprung vor der Bayerischen Volkspartei (1 193 101) die meisten Stimmen erhalten (SPD: 1 124 584; USPD: 86 254); sie erhielten allerdings zusammen weniger Abgeordnetenmandate (SPD: 61; USPD: 3) als die BVP (66)[17]. Der Bayerische Bauernbund erreichte 9,1 % der Stimmen und damit 16 Mandate[18]. Es darf die These gewagt werden, daß die konzeptionelle Abstimmung und organisatorische Integration beider Parteien sowie ihre politische und parlamentarische Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernbund ihnen bessere Voraussetzungen für die zum Erfolg nötige Wirkung auf die Öffentlichkeit gegeben und den Parlamentarismus in Bayern auf eine stabilere Basis gestellt hätte.

Nach der Landtagswahl zeigte Auer eine immer deutlichere Tendenz zur Ausschaltung Eisners[19] und zur Bildung einer Koalitionsregierung mit der Bayerischen Volkspartei. Wohl nur für den Fall des völligen Scheiterns von Kontaktversuchen zwischen SPD und BVP zog Auer die Eventualität einer Koalition der bayerischen SPD mit den Demokraten oder dem Bayerischen Bauernbund in Betracht[20]. Damit waren Eisner und die USPD in Bayern endgültig isoliert — die SPD zog die parlamentarische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien einer Fortsetzung des revolutionären Kurses Kurt Eisners vor[21].

Auer hat nie die Bedeutung der gegenüber der erfolgreichen Zeit Vollmars rasch und vollständig gewandelten Situation 1918/19 erkannt. Seine den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der neuen politischen und sozialen Lage in Bayern, die sich aus

[13] Haas und Felder (I) führten mehrere Beispiele von krassen Meinungsverschiedenheiten zwischen der *Augsburger bzw. schwäbischen* und *Nürnberger bzw. fränkischen* SPD einerseits und Auer andererseits an, wobei sich Auer nicht durchzusetzen vermochte.

[14] Vgl. Die Südpost, 24. Dez. 1954.

[15] Eisner zu Auer am 20. Febr. 1919: „Ich warne Sie, Sie wissen gar nicht, was vorgeht!" (Schmitt II, S. 52).

[16] Die Attentate, S. 9; Rudolf Schricker, Rotmord über München, Berlin o. J., S. 52; Bayerische Staatszeitung, 13. Jan. 1919, 18. Jan. 1919; Felix Fechenbach, Der Revolutionär Kurt Eisner, Berlin 1929, S. 54; Erhard Auer, Das neue Bayern, München 1919, S. 32. — Die von dem Gesamtausschuß des sozialdemokratischen Vereins München geforderte Einigungsbewegung scheiterte allerdings auch an dem doktrinären Kampf Eisners gegen den „alten Organisationsfanatismus" (Die Attentate, S. 15; Bayerische Sozialdemokratie, S. 17; Fechenbach, S. 55; Hans Beyer, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin 1957, S. 28), seinem „Sozialismus der Masse" (Bayerische Staatszeitung, 17. Jan. 1919) und an der konzeptionellen Uneinigkeit über die Stellung der Räte im parlamentarischen System (vgl. hierzu Punkt 2).

[17] Zur BVP vgl. Anton Pfeiffer, Gedankenwelt und Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei, München 1922; Herbert Speckner, Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, phil. Diss. Erlangen 1955.

[18] Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern, 14. Jg., 1919, S. 584 ff.

[19] Bayerische Sozialdemokratie, S. 172; Fechenbach, S. 55.

[20] Bayerische Sozialdemokratie, S. 173.

[21] Gustav Landauer (Mein Lebensgang in Briefen, 2. Bd., Frankfurt 1929, S. 376): „Es ist alles verdorben, was die paar Kühnen in den ersten Novembertagen begonnen haben". Vgl. auch Beyer, S. 30.

Kriegsmüdigkeit und revolutionärem anti-autoritärem Verhalten weiter Kreise der bayerischen Bevölkerung — neben Arbeitern, vor allem Bauern und Teile des Mittelstandes sowie Intellektuelle — ergab, nicht Rechnung tragende Politik der Anpassung von Fall zu Fall überspitzte den von Vollmar praktizierten Pragmatismus in einer Zeit, da eine aus der revolutionären Grundsituation in der Bevölkerung entspringende politische Bewegung zugunsten der Durchsetzung vieler der Ziele, um die die SPD jahrzehntelang vergeblich gerungen hatte, möglich gewesen wäre.

2. Der freiwillige Verzicht auf jede revolutionäre Innovation.

Im gesamten Reich war der bayerische Ministerpräsident Eisner der einzige Verantwortung tragende Politiker, der sich durch die Aufnahme diplomatischer Kontakte energisch bemühte, das feindliche Ausland von dem Wandel der deutschen Politik durch den Sturz der Monarchien zu überzeugen[22]. Während er radikal das Eingeständnis der vollständigen Alleinschuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkrieges nachzuweisen suchte, um dadurch die Alliierten für einen milden Frieden gegenüber dem neuen Deutschland zu gewinnen[23], beschränkte sich Erhard Auer auf teils agitatorische, teils beschwichtigende Reden, in denen er „ein allmähliches Übergehen und Hineinwachsen in die kommende Ordnung"[24] befürwortete und statt eigener Initiativen und Handlungen auf eine günstige Entwicklung in der Zukunft rechnete[25]. Die Sozialdemokratie in Bayern wie im Reich versäumte die aus den politischen, militärischen und sozialen Konstellationen mit Notwendigkeit sich ergebende Möglichkeit, in eindeutiger Frontstellung gegen die alten politischen Institutionen bessere Bedingungen der Siegermächte zu erlangen und damit ihre eigene Position nach dem Zusammenbruch der Monarchie grundlegend zu festigen als Ausgangspunkt für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik in der Nachkriegszeit. Ein derartiger Versuch, der für Partei und Staat zu diesem Zeitpunkt kein untragbares politisches Risiko im Falle des Scheiterns in sich geborgen hätte, wurde nicht einmal konstruktiv in die Überlegungen mit einbezogen, wohl auch aus dem Eingeständnis, daß die SPD in ihrer Mehrheit allzu lange diesen Krieg gerechtfertigt und moralisch und politisch unterstützt hatte.
Die ausschließliche Alternative institutioneller Art zur Errichtung einer funktionsfähigen Demokratie schien sich in einem parlamentarischen oder in einem Rätesystem

[22] Vgl. zu diesen und den folgenden Ausführungen: Sten. Ber. Prov. N. R., 2. Sitzung am 13. Dez. 1918, Bd. 1, S. 12; Bayer. Staatszeitung, 12. Nov. 1918, 17. Nov. 1918; Kurt Eisner, Die neue Zeit, München 1919, SS. 20 ff.; 51 ff.; ders., Welt werde froh!, hg. v. der Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929, S. 203; Franz August Schmitt, Die neue Zeit in Bayern, München 1919, SS. 14 f., 93 ff; Schricker, S. 25 f.; Fechenbach, SS. 48 ff., 56 ff.; Friedrich Wilhelm Foerster, Erlebte Weltgeschichte 1869—1953, Nürnberg 1953, SS. 29, 187 ff., 194 f., 211, 217 ff.; Hermann Lange, Ideen und Praxis der sozialdemokratischen Außenpolitik in der Deutschen Republik (1918—1926), phil. Diss. Erlangen 1949, SS. 77, 109 f.; Pius Dirr, Auswärtige Politik Kurt Eisners und der Bayerischen Revolution, in: Süddeutsche Monatshefte, Febr. 1922, S. 246 ff.; ders., Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, 3. Auflage, München und Berlin 1925, SS. XXVII, 44; Müller-Meiningen, SS. 59, 62 f.

[23] Eisner versuchte, seine Auffassung anhand von vier Dokumenten des Bayerischen Staatsministeriums des Äußeren zu beweisen, die er reichlich subjektiv kürzte. Originaltext und Kürzungen Eisners bei Dirr, Bayerische Dokumente. Vgl. weiterhin: Die Kriegsschuldlüge vor Gericht, Bericht über den Prozeß um Eisners Dokumenten-Fälschung am Amtsgericht München I, 27. April bis 11. Mai 1922, in: Süddeutsche Monatshefte, Mai 1922, S. 49 ff.

[24] Auer, S. 27.

[25] Vgl. auch „Besorgnis einer Gegenrevolution", in: Bayerische Staatszeitung, 28. Nov. 1918; „Die Sozialdemokratie und die Wahlen", in: ebenda, 30. Nov. 1918; „Minister Auer gegen jede Diktatur", in: ebenda, 1. Dez. 1918.

zu bieten[26]. Auer bekannte sich — im Gegensatz zu Eisner[27] — zum ausschließlichen Parlamentarismus, wandte sich gegen eine beratende und kontrollierende Tätigkeit der Räte aus juristischen Gründen und trat stattdessen für Arbeiter-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern ein[28]. Die Ablehnung des Rätesystems durch die Führung der bayerischen SPD, die sich dabei im Einklang mit der Haltung der Gesamtpartei befand, läßt sich in drei Hauptmotiven begründen[29]:

a) Der Führung der bayerischen SPD erschien die wie auch immer geartete Institutionalisierung der Räte als weitaus größeres Risiko gegenüber der ausschließlichen Einführung des Parlamentarismus. Die SPD zog häufig eine Parallele zwischen der Russischen Revolution und der Situation in Deutschland 1918/19[30].
b) Die Gewerkschaften fürchteten um ihre Position und übten auf die SPD einen starken Druck gegen die Räte aus[31].
c) Die Führung der Gesamtpartei verwies auf die Erklärung der Entente, sie erkenne nicht Arbeiter- und Soldatenräte, sondern lediglich eine von der Mehrheit des deutschen Volkes getragene Regierung an. Dies war zwar keine eindeutige Aussage der Alliierten gegen die Existenz von Räten; die SPD benutzte jedoch dieses Argument, da es ihren eigenen politischen Vorstellungen entsprach. Gleiches gilt für die Haltung Eberts und des Parteivorstandes gegenüber den Bedingungen der Obersten Heeresleitung[32]. Die Spitze der bayerischen SPD billigte diese Politik[33].

Die Führung der Sozialdemokratie in Bayern wie im Reich gab die sich zwingend anbietende Möglichkeit der revolutionären Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsstrukturen preis und paßte sich — freilich nicht ohne die utopische Hoffnung eines Wandels der Verhältnisse durch einen evolutionären Prozeß — den sozialen Gegebenheiten an, so instabil und heterogen sie in der unmittelbaren wie weiteren Folge des Weltkrieges auch sein mochten. Sie trat für den Wandel der politischen Institutionen ein, der sich ja bereits seit dem Ausgang des Kaiserreiches mit der Einführung der parlamentarischen Monarchie auf Reichsebene vollzogen hatte und durch das Votum der Entente zum unumgänglichen Gebot wurde, ließ jedoch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ebenso wie personelle Positionen in Militär und

[26] Vgl. zu diesem für die Beurteilung der Sozialdemokratie grundlegenden Problem Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963; Walter Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954; Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1955; G. Scheele, The Weimar Republic, Overture to the Third Reich, 1946; A. J. P. Taylor, The Course of German History, 1945; G. Barraclough, Factors in German History, 1946; Rudolf Coper, Failure of a Revolution, Germany in 1918—19, Cambridge 1955. Alle genannten Autoren sehen in der Entscheidung der Sozialdemokratie zugunsten des „reinen" parlamentarischen Systems am Anfang der Weimarer Republik unter Verzicht auf jede revolutionäre Innovation den Grund für das spätere Scheitern der SPD und der Demokratie in Deutschland. — Vgl. außerdem in der Diskussion um einen 3. Weg zwischen Parlamentarismus und Rätesystem K. D. Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VZG 3, 1955, S. 6 ff.; P. v. Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1919; in: VZG 6, 1958; Eugen Prager, Geschichte der USPD, Berlin 1921; Erich Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945, Tübingen 1954; ders., Zur Geschichte der Weimarer Republik, in: Die Neue Gesellschaft 3 1956, S. 312 ff. — Zum Rätesystem in Bayern vgl. Wilhelm Mattes, Die bayerischen Bauernräte, Stuttgart-Berlin 1921.

[27] Wilhelm Hausenstein, Erinnerung an Eisner, in: Der Neue Merkur, 3. Jg., April 1919, S. 56 ff.

[28] Ministerratsprotokolle vom 11. und 15. Nov. 1918, zit. bei Schade, SS. 75, 149, A. 79.

[29] Vgl. auch Schade, S. 150 A. 83.

[30] Auer, S. 29 ff. — Zur wissenschaftlichen Unhaltbarkeit dieser These vgl. Helmut Neubauer, München und Moskau 1918/19. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern, München 1958.

[31] Tormin, S. 83 f.; Varain, S. 121 ff.

[32] Vgl. hierzu als neueste, knapp zusammenfassende Darstellung Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Düsseldorf 1967, S. 15 ff.

[33] Auer, S. 25.

staatlicher Bürokratie unangetastet. Dadurch, daß die SPD nach 1918 lediglich für die Änderung der staatlichen Institutionen eintrat und dies — begünstigt durch die gegebene Situation — formal auch durchzuführen vermochte, nahm sie bewußt die Diskrepanz zwischen dem Versuch einer staatlichen Neuorientierung und der Beibehaltung traditionaler Gesellschaftsstrukturen in Kauf. Die unvollendete soziale Revolution von 1918/19 in Bayern war die Voraussetzung für den Wiederaufstieg konservativer und reaktionärer Kräfte in der Zeit der Weimarer Republik, die durch ihre Politik wesentlich zum Scheitern der Demokratie in Bayern und im Reich beitrugen[34].

4. DIE ZEIT DER WEIMARER REPUBLIK

Das Wirken der bayerischen SPD in der Zeit der Weimarer Republik war in einem Großteil der öffentlichen Meinung — vor allem in Altbayern — von Anfang an belastet durch:

1. die unvollständige Revolution Eisners und die Räterepublik. Weite Kreise der bayerischen Bevölkerung, insbesondere der Bauern und des bürgerlichen Mittelstandes, sahen darin eine gemeinsame Aktion sozialistischer Parteien zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und brachten damit die bayerische SPD in unbedingten Zusammenhang[1].
2. die für die Öffentlichkeit häufig dubiose Haltung Erhard Auers.
   a) Er galt als sozialistischer Revolutionär, obwohl er seiner ganzen Grundeinstellung nach mehr als konservativ-bajuwarischer Patriot anzusprechen war[2].
   b) Im allgemeinen bekannte sich Auer zu der parlamentarischen Demokratie, bedauerte jedoch andererseits, daß es 1918 nicht zu einer parlamentarischen Monarchie in Bayern gekommen war[3]. In der Krisenzeit unmittelbar vor 1933 trat er ebenso wie Wilhelm Hoegner[4] für eine Restauration der Wittelsbacher Monarchie ein[5].
3. die im Vergleich zu der Zeit Vollmars stärkere Verbindung von Bezirken (Franken, Pfalz) oder Teilen von Bezirken (Schwaben) der bayerischen SPD mit der Gesamtpartei und dem Parteivorstand in Berlin, die insbesondere in Bayern südlich der Donau

[34] Vgl. hierzu die erstaunlich freimütige Feststellung des früheren BVP-Politikers Schwend: „Als Reaktion auf die Erlebnisse der revolutionären Erschütterung entstand jenes Kahr-Bayern als ein Gemisch konservativ-bayerischer Kräfte, gegenrevolutionär nationalistischer Bestrebungen und erwachender faschistischer Strömungen . . ." (Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S. 151).

[1] Vgl. Schwend, SS. 143, 200, der bei aller Einseitigkeit der Darstellung (vgl. dazu Heinz Gollwitzer, Bayern 1918—1933, in: VZG 4, 1955, S. 366 ff.) doch eine als treffend zu bezeichnende knappe Darstellung der Rolle und Einschätzung der bayerischen SPD in der Zeit der Weimarer Republik gibt. — Vgl. weiterhin Gollwitzer, S. 382; Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 16.

[2] Vgl. Erwein von Aretin, Krone und Ketten, hg. v. Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin, München 1955, S. 216 ff.

[3] Schwend, S. 516. Vgl. auch Hoegner, Außenseiter, S. 17 f., der sich die geistige Urheberschaft für diese Einstellung Auers zuschreibt.

[4] Über Hoegner vgl. seine bereits erwähnte Autobiographie. — Siehe weiterhin Lebenslauf im Anhang (S. 269).

[5] Hoegner; Felder (I). Vgl. auch Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 164; Hoegner, Außenseiter, S. 79 f., Aretin, SS. 143, 215; Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, SS. 448, 491.

den Verdacht einer preußisch-gelenkten und un-, wenn nicht sogar anti-bayerischen Partei zu bestätigen schien[6].

Die fraglose Selbstverständlichkeit einer ablehnenden Haltung gegenüber der Sozialdemokratie in Bayern für große Teile des Bürgertums und für die gesamte Aristokratie, die ihre tiefste, häufig unbewußte Ursache in den genannten Punkten fand, wird charakteristisch verdeutlicht durch die Einstellung einer renommierten bayerischen Persönlichkeit wie des Freiherrn Erwein von Aretin, über den sein Sohn schreibt: „In späteren Jahren hat er es als einen Fehler bedauert, daß er niemals versucht hat, Verbindung mit sozialdemokratischen Kreisen aufzunehmen ... der Gedanke, mit der Sozialdemokratie ein Ziel zu verfolgen, lag jedoch — ein interessanter Beitrag zur Psychologie der Weimarer Zeit — so außerhalb der Gedankenwelt dieses universal gebildeten und allen Problemen der Zeit aufgeschlossenen bayerischen Grand Seigneurs, daß die Frage niemals, auch aus taktischen Gründen nicht, erwogen wurde[7]."

Dem starken politischen Rückschlag der SPD in Bayern in der Weimarer Zeit verliefen nicht unwesentliche Änderungen in der Organisation parallel. Auf die Periode der immer stärkeren Integration der Ortsvereine und Bezirke innerhalb des bayerischen Landesverbandes mit Vollmar als Landesvorsitzendem erfolgte nicht die zu erwartende Phase der Konsolidierung, sondern eine auffallende informelle Desintegration, ohne daß allerdings die Kohäsion des Landesverbandes gefährdet gewesen wäre. Der Landesvorstand mit Auer an der Spitze und das Landessekretariat mit dem Auer ergebenen Nimmerfall wurden beibehalten. Die Kompetenzen des Landesvorstandes wurden jedoch nicht zuletzt durch die Einrichtung eines Landesausschusses, in dem neben dem Landesvorstand die Bezirke Oberbayern-Schwaben, Franken, Niederbayern-Oberpfalz und Pfalz vertreten waren, eingeschränkt. Die Landtagsfraktion verselbständigte sich im Vergleich zu der Zeit Vollmars, als die Partei in hohem Maße von der Spitze der Fraktion her geführt wurde.

Die Bezirke waren in ihrer programmatisch-politischen Konzeption bei weitem nicht mehr in dem Maße auf den Landesvorstand zugeschnitten wie in der Ära Vollmar. Im Unterschied zu der guten Zusammenarbeit zwischen Südbayern, Franken und der Pfalz durch das „Triumvirat" Vollmar-Grillenberger-Ehrhardt bildete sich in der Zeit der Weimarer Republik immer wieder ein gespanntes Verhältnis zwischen dem oberbayerischen Teil des Bezirkes Oberbayern-Schwaben, der die Hausmacht Auers darstellte, einerseits und insbesondere dem Bezirk Franken[8], teilweise auch dem Bezirk Pfalz und dem schwäbischen Teil des Bezirkes Oberbayern-Schwaben andererseits heraus. Auer sah sich immer wieder mit prinzipiellen Einstellungen in großen Teilen der bayerischen SPD konfrontiert, die mehr den Vorstellungen des Parteivorstandes als denjenigen des Landesvorstandes entsprachen, und mußte wiederholt bei internen Auseinandersetzungen nachgeben, um nicht die Einheit der Sozialdemokratie in Bayern überhaupt zu gefährden[9]. Die bayerische SPD vermochte die politischen und organisatorischen Probleme, die sich ihr mit dem Zusammenbruch der Monarchie in Bayern und im Reich stellten, in der gesamten Zeit der Weimarer Republik nicht zu meistern. Daraus resultierten das

[6] Schwend (S. 88) charakterisiert die Politik des Nachfolgers von Eisner im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten, Johannes Hoffmann: „... sein Sinn und seine Neigungen waren auf keine bayerische Staatspolitik eigener Prägung gerichtet." Vgl. weiterhin ebenda, SS. 80, 90 f., 138, 143, 250. Für die prinzipielle politische Andersartigkeit der BVP vgl. ebenda, SS. 99, 131.

[7] Karl Otmar Frhr. von Aretin, Kurzes Lebensbild, in: Aretin, S. 11 f.

[8] Im Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung bezeichnete der fränkische sozialdemokratische Abgeordnete Hans Vogel (der spätere Vorsitzende der SPD im Londoner Exil) die Münchener sozialdemokratische Richtung um Auer als Partikularismus und befürwortete einen weitaus mehr zentralistischen Kurs nach dem Beispiel des Ministerpräsidenten Hoffmann (Schwend, S. 86).

[9] Diese und die unmittelbar vorhergehenden Angaben nach Felder, Hoegner, von Knoeringen, Göhler und Haas (I).

Ende des stürmischen Anstiegs der Mitgliederzahlen und die dürftigen Ergebnisse in den den Landtagswahlen mit Ausnahme der Wahl am 12. Januar 1919[10].
Die Bemühungen Auers 1919 um eine enge Verbindung zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien in Bayern wurden während des Kapp-Putsches völlig vernichtet, als der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann nach einer übereilt durchgeführten Abstimmung im Kabinett[11], bei der er unterlag, mit den sozialdemokratischen Ministern zurücktrat und sich an der neuen Regierung von Kahr nicht beteiligte[12]. Mit dieser Aktion, die die ganze Widersprüchlichkeit der sozialdemokratischen Politik in Bayern von 1918 bis 1920 enthüllte, gab die Partei ihre Position als Verantwortung tragende und gestaltende Potenz in der bayerischen und damit auch der deutschen Politik für die weiteren Jahre der Weimarer Republik preis. Es folgte eine zunehmende Entfremdung zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, insbesondere der BVP, so daß eine wirksame Einflußnahme der SPD auf das politisch-parlamentarische Geschehen in Bayern bis zum Ende der Republik nicht mehr feststellbar war. Siebzehn Monate nach dem Ausbruch der November-Revolution wurde die erste rein bürgerliche Regierung in Bayern in der Weimarer Zeit gebildet. Der bayerischen SPD gelang es nicht mehr, als Gegengewicht gegen die wachsenden Einflüsse konservativer, klerikaler, reaktionärer und nationalistischer politischer Gruppen aufzutreten.
Das Krisenjahr 1923 mit der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich sowie dem Hitler-Putsch in München sah eine völlig teilnahmslose und inaktive bayerische SPD. Hoegner schreibt: „Wir Sozialdemokraten waren in der ganzen Angelegenheit beiseitegestanden. Wir waren nicht benötigt, wir waren politisch bedeutungslos geworden[13]." Freilich war die SPD in Bayern in ihrer Wirksamkeit stark durch das vorübergehende Verbot der sozialdemokratischen Presse behindert[14]; letzten Endes war ihre politische Sterilität jedoch nur die konsequente Weiterführung der „Laissez-faire"-Haltung ihres Landesvorsitzenden Auer, der ohne Konzeption und völlig hilflos sämtlichen Krisensituationen der Jahre 1918 bis 1933 gegenüberstand. Dennoch folgte ihm die bayerische SPD — zwar nicht immer widerspruchslos —, aber sie folgte ihm[15], auch als Hitlers Reichskommissar von Epp am 9. März 1933 die Macht in Bayern übernahm[16].

[10] Vgl. Tabelle im Anhang (S. 248).

[11] Das Kabinett setzte sich ursprünglich zusammen aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialisten und einem Vertreter des „damals noch sehr links stehenden und radikalen Bauernbundes" (Schwend, S. 87). Am 21. Mai 1919 übernahmen BVP und DDP je einen Kabinettssitz (ebenda, S. 99).

[12] Vgl. Schwend, S. 148; zu den Absichten der BVP in diesem Stadium der politischen Entwicklung vgl. ebenda, S. 144. Siehe weiterhin W. G. Zimmermann, S. 82 ff. (dort auch weitere wichtige Literaturhinweise); Hoegner, Außenseiter, S. 16.

[13] Hoegner, Außenseiter, S. 34. — Vgl. allerdings die mutigen Reden Hoegners gegen die Nationalsozialisten im Reichstag und in öffentlichen Kundgebungen (ebenda, S. 57 ff.).

[14] Gert Rückel, Die Fränkische Tagespost, hg. im Auftrag der Stadt Nürnberg — Schul- und Kulturreferat — von der Stadtbibliothek, Nürnberg 1964, S. 74 f.; Hoegner, Außenseiter, S. 34 f.

[15] Auf den immer wieder auftretenden Widerspruch in der Partei gegen Auer, den dieser allerdings in jedem Falle ohne ernsthafte Gefährdung seiner Position als Landesvorsitzender zu überwinden verstand, wies Felder (I) hin.

[16] Über die unmittelbar vorhergehenden Ereignisse und den 9. März 1933 in München, die Fehleinschätzungen Auers, das Versammlungsverbot und die Aktionen der SA gegen das Gewerkschaftshaus und die sozialdemokratische „Münchner Post" siehe Hoegner, Außenseiter, S. 79 ff. — Die Machtübernahme in Nürnberg am 9. März 1933 erfolgte reibungslos (Martin Treu, Der 9. März in Nürnberg, in: FT, 7. März 1946); in Augsburg erst am 13. März 1933, was Felder (I) auf die geschlossene Abwehrhaltung der Gewerkschaften und Sozialdemokraten in Augsburg zurückführt. — Die Verlagsgebäude der sozialdemokratischen Presse gehörten überall zu den ersten Zielen nationalsozialistischer Vernichtung, so in Nürnberg die „Fränkische Tagespost" (Rückel, S. 92 ff.) und in Augsburg die „Schwäbische Volkszeitung" (Schwäb. Volkszeitung, 28. Nov. 1964 [Sonderausgabe]). Die FT mußte erst mit dem 9. März 1933 endgültig ihr Erscheinen einstellen und gehörte damit zu den letzten durch den Nationalsozialismus unterdrückten sozialdemokratischen Blättern überhaupt (vgl. Kurt Koszyk [Zwischen Kaiserreich und Diktatur, Heidelberg 1958, S. 214], der die „Bremer Volkszeitung", die ab 10. März 1933 unterdrückt wurde, „als eines der letzten Blätter der alten Sozialdemokratie" bezeichnet. Leider geht Koszyk auf die Presseerzeugnisse der SPD in Bayern nur unzureichend ein).

5. DAS DRITTE REICH

Durch die nationalsozialistischen Gleichschaltungsgesetze vom 31. März und 7. April 1933 verloren die Landesparlamente vollständig ihre in der Weimarer Verfassung fixierten Rechte als Volksvertretungsorgane[1]. Die Sekretariate der SPD in Bayern wurden von der SA besetzt, die führenden Mitglieder waren oder kamen in Haft — so Erhard Auer[2] und der Vorsitzende des Ortsvereins München, Thomas Wimmer[1a] —, befanden sich auf der ständigen Flucht oder hatten sich bereits ins Ausland abgesetzt — wie Waldemar von Knoeringen[3], der damals leitender Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend Münchens war und im März 1933 auf Veranlassung Auers nach Tirol ging[4]. Die Münchner Reichstagsabgeordnete Toni Pfülf beging am 8. Juni Selbstmord, nachdem sie im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Reichstagssitzung vom 17. Mai 1933, auf der die sozialdemokratische Fraktion der Reichsregierung unter Hitler ihr Vertrauen ausgesprochen hatte[5], bereits einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte.

Auer legte erneut keinerlei durchdachte Konzeption für die Einstellung der Partei zu der immer kritischeren Lage vor. Er rechnete auf seine guten Beziehungen zu dem nunmehrigen bayerischen Reichsstatthalter General von Epp und sah in den nationalsozialistischen Aktionen nur eine vorübergehende Erscheinung[6]. Allerdings trat Auer bei allem Unvermögen, mit klaren Vorstellungen die Partei zu führen, doch entschieden wie die überwiegende Mehrheit der bayerischen Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus ein. Eine Ausnahme in München bildete ein Stadtrat Schilling, für den sich Auer bei der Kandidatenaufstellung verbürgt hatte, der jedoch noch im April 1933 mit einigen Anhängern aus der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion austrat und eine „deutsch-sozialistische" Gruppe bildete, die ganz auf die Linie der Nationalsozialisten einschwenkte. Später fielen noch der ehemalige Fraktionssekretär Fritz Endres und der ehemalige Vorsitzende der Landtagsfraktion Johannes Timm wegen ihrer nicht ganz eindeutigen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus in der Partei in Ungnade[7]. Unverständlich war das Verhalten führender bayerischer Gewerkschaftsmitglieder, die sich zunehmend von der SPD distanzierten, den Nationalsozialisten das Gewerkschaftsvermögen in die Hände fallen ließen und zum 1. Mai 1933 ihre Mitglieder aufforderten, an den nationalsozialistischen Maifeiern teilzunehmen. Auch vor ihnen machte jedoch die nationalsozialistische Verhaftungswelle am 2. Mai 1933 nicht Halt[8]. Im Mai/Juni wurde das Vermögen der Partei, der

[1] Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben Hoegner, Außenseiter, S. 95 ff.

[1a] Über Wimmer vgl. Lebenslauf im Anhang (S. 270).

[2] Auer wurde im April für 3 Tage, im Mai für 2 Wochen verhaftet (Hoegner, Außenseiter, SS. 96, 112 f.).

[3] Lebenslauf im Anhang (S. 269).

[4] Hoegner, Außenseiter, S. 88.

[5] Vgl. dazu die Darstellung bei Hoegner, Außenseiter, S. 107 ff.

[6] Zu der Haltung des Parteivorstandes, die durchaus derjenigen Auers vergleichbar war, vgl. Matthias, SPD, (1960), S. 101 ff. (dort auch umfassende Literaturhinweise); ders., Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933, in: VZG 4, 1956, SS. 179–226, 250–286; Lewis J. Edinger, German Social Democracy and Hitler's „National Revolution" of 1933: A Study in Democratic Leadership, in: World Politics, vol. V., No. 3 (April 1953), S. 330 ff.

[7] Hoegner, Außenseiter, S. 190.

[8] Ebenda, S. 105. — Zu der Haltung der Führung der Freien Gewerkschaften und des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vgl. Ursula Hüllbüsch, Gewerkschaften und Staat, Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik, phil. Diss., Heidelberg 1958; Rolf Thieringer, Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik, phil. Diss., Tübingen 1954, SS. 140 ff., 145 ff.; Hans Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung (Schriftenreihe des Inst. für wissenschaftliche Politik, Marburg/Lahn, 6), Hannover und Frankfurt/M. 1958, S. 53 ff.; Wolfgang Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaften, Berlin, 13), Köln und Opladen 1959, S. 38 f.; Matthias, SPD (1960), S. 175 ff.

Fraktion und ihrer Verlage von der NSDAP beschlagnahmt und von den jeweiligen sozialdemokratischen Geschäftsführern gewissenhaft abgeliefert[9].
Das Ende der Organisation und der politischen Arbeit der SPD brachte der Erlaß der Reichsregierung am 22. Juni 1933, der die Partei als „staats- und volksfeindlich" erklärte und alle ihre Abgeordneten auf Reichs-, Landes- und Gemeindeebene von der weiteren Ausübung ihrer Mandate mit sofortiger Wirkung ausschloß. Alle Versammlungen der Partei, ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen und alle sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags wurde aufgelöst, ihr Vorsitzender Albert Roßhaupter verhaftet[10]. Auer löste als Vorsitzender den Bezirk Oberbayern-Schwaben formell auf und entließ alle Mitglieder aus der Treuepflicht. Am 29. Juni verhaftete die Politische Polizei alle sozialdemokratischen Mandatsträger in München mit Ausnahme von Auer und Hoegner, die dem Zugriff entgehen konnten. Wenige Tage später erfolgte dann allerdings auch die Festnahme Auers. Die bayerische SPD war zerschlagen, ein großer Teil ihrer führenden Mitglieder saß in München oder Landsberg in Haft oder wurde im Konzentrationslager Dachau mißhandelt oder getötet[11]. Die aus der Haft Entlassenen — wie Thomas Wimmer und Albert Roßhaupter — enthielten sich während der Zeit des Hitler-Regimes jeder erneuten politischen Aktivität[12].
Von einem organisierten, ganz Bayern umfassenden sozialdemokratischen Widerstand gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem konnte keine Rede sein, da der Kontakt zwischen den ehemaligen Parteimitgliedern viel zu gering war, als daß eine weiterreichende illegale Kooperation möglich gewesen wäre. Eine gewisse organisationstechnisch-konspirative Bedeutung erlangte allerdings die Gruppe der „Revolutionären Sozialisten", die im Sommer 1933 durch Hermann Frieb[13] in München aus ehemaligen Mitgliedern der „Sozialistischen Arbeiterjugend" und der „Kinderfreunde" gebildet wurde[14]. Frieb nahm mit den Augsburger Sozialdemokraten Bebo Wager[15] und Eugen Nerdinger Verbindung auf und fand deren volle Bereitschaft, aus Mitgliedern der ehemaligen Jugend-, Sport- und Bildungsverbände der SPD in Augsburg eine entsprechende Gruppe zu organisieren[16]. Frieb und Wager, die bereits nach einem halben Jahr gegen die illegale Methodik und politische Taktik des nach Prag emigrierten Parteivorstandes opponierten und nur durch ein radikalisiertes Programm die sozialistische Bewegung in Deutschland neu formieren zu können glaubten[17], wurden die Leiter der illegalen südbayerischen Gruppe mit den Zentren in Augsburg und München. Sie arbeiteten eng mit einer österreichischen sozialdemokratischen Widerstandsorganisation zusammen, deren Schwer-

[9] Hoegner, Außenseiter, SS. 113, 117. — Über die „legalen" Grundlagen zur Durchführung dieser Aktionen der NSDAP vgl. ebenda, S. 113.
[10] Vgl. zu diesen und den folgenden Ausführungen ebenda, S. 117 ff. — Über Roßhaupter siehe Lebenslauf im Anhang (S. 270).
[11] Eine unrühmliche Rolle im KZ Dachau spielte eine Reihe kommunistischer Insassen, die in hohe Funktionen in der Hierarchie der Lagerselbstverwaltung gelangt waren und diese Positionen zu demütigenden Handlungen gegenüber sozialdemokratischen Gefangenen ausnutzten. Vgl. dazu auch den zahlreiche Augenzeugenberichte auswertenden Aufsatz von H. G. Adler, Selbstverwaltung und Widerstand in den Konzentrationslagern der SS, in: VZG 1960, SS. 225, 232 f. — Die persönlichen Erlebnisse vieler bayerischer Sozialdemokraten in Dachau schlugen sich nach 1945 in starken Ressentiments gegen die KPD nieder (Haas [I], 1934—36 Häftling im KZ Dachau).
[12] Hoegner, Außenseiter, SS. 120, 190.
[13] Kurzbiographie im Anhang (S. 266/267).
[14] Nerdinger, SS. 12, 15.
[15] Kurzbiographie im Anhang (S. 267).
[16] Nerdinger, S. 15. Diese und die folgenden Angaben wurden bestätigt durch Felder (I). Vgl. auch Schwäbische Volkszeitung, 28. 11. 64 (Sonderausgabe).
[17] Nerdinger, S. 22.

punkte unter Leitung des Mittelschullehrers und Parteitheoretikers Johann Otto Haas in Wien, Wörgl, Salzburg, Kufstein, Kitzbühel und Zell im Zillertal lagen[18].

Der Anfang der illegalen Arbeit war von dem Versuch gekennzeichnet, durch getarnte Flugblätter und Broschüren propagandistisch-infiltratorisch zu wirken[19] und „aus allen Schichten und möglichst vielen großen Betrieben Vertreter in die Gruppe"[20] zu ziehen, um eine möglichst breite soziale revolutionäre Aktionsbasis zu gewinnen. Anfänglich war es Wagers Auffassung, „daß Widerstand allein nicht ausreichend sei, um ‚. . . die letzten Ausläufer eines im Faschismus zusammengerotteten Bürgertums . . .' zurückzuschlagen, sondern daß der Gegner mit revolutionären Mitteln vernichtet werden müsse[21]." Entsprechend reichte die von ihm intendierte revolutionäre Eskalation von der massenagitatorischen Vorbereitung über Streiks, betriebliche und öffentliche Einzelaktionen, sich allgemein steigernde Pressionsakte, Generalstreik und Bewaffnung bis zum organisierten Aufruhr[22].

Die Mißerfolge der ersten Widerstandsphase 1933—1935 bewogen die Gruppe, in der zweiten Phase zu einer abwartenden und langfristig kalkulierten Strategie und Taktik überzugehen. Ziel wurde nun, „. . . in der letzten Phase der nationalsozialistischen Macht aktionsfähig zu sein und alle Kräfte auf die Abkürzung der Endkatastrophe zu konzentrieren"[23]. Hierfür wurden in dem Landhaus Hermann Friebs in Fischen am Ammersee ein Waffenlager angelegt und ein detaillierter Aufstandsplan (Deckname: „Rollkommando") ausgearbeitet. In dem Plan waren die Bildung von bewaffneten Kampfgruppen, die Vorbereitung von Sabotageakten großen Ausmaßes in Rüstungsbetrieben und Einzelaufgaben für die Kampfgruppen während des Aufstandes festgelegt[24]. Knoeringen, der bis 1939 mit der südbayerisch-österreichischen sozialdemokratischen Widerstandsorganisation in engem Kontakt gestanden hatte und ihr Anweisungen und Informationen aus dem Ausland hatte zukommen lassen[25] sowie selbst Nachrichtenmaterial erhalten hatte[26], zog sich infolge der zunehmenden, für die Beteiligten in Anbetracht des nationalsozialistischen innenpolitischen Sicherheitssystems höchst gefährlichen militärischen Zielsetzung der Gruppe zurück und brach schließlich — nicht ohne Mitglieder und Sozialdemokraten, die mit den Leuten um Wager in losem Kontakt standen, zu warnen[27] — die Verbindung vollständig ab[28]. Von der Gestapo eingeschleuste Agenten in der österreichischen Gruppe der „Revolutionären Sozialisten" bewirkten im Frühjahr 1942 die Aufdeckung der gesamten Widerstandsgruppe und die Verhaftung aller Mitglieder[29]. Wager und Frieb wurden am 12. August 1943 im Gefängnis Stadelheim in München hingerichtet.

Wilhelm Hoegner, der als einziger führender bayerischer Sozialdemokrat bis zuletzt in Bayern der Verhaftung entging, flüchtete am 11. Juli 1933 nach Österreich, wo er unter anderem mit Waldemar von Knoeringen und dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Josef Felder zusammentraf und unter falschem Namen als Parteisekretär der österreichischen Sozialdemokratie in Innsbruck arbeitete[30]. Als die politische Situation in Österreich

[18] Ebenda, S. 12 ff.
[19] Ebenda, S. 24.
[20] Ebenda, S. 15.
[21] Ebenda, S. 16.
[22] Ebenda, S. 24.
[23] Ebenda, S. 26.
[24] Ebenda, S. 27.
[25] Ebenda, SS. 23/24, 27; Knoeringen (I).
[26] Ebenda, S. 26.
[27] Knoeringen (I), Felder (I) bestätigten dies.
[28] Nerdinger, S. 27.
[29] Ebenda, S. 28.
[30] Über Hoegners Zeit im Exil in Österreich und insbes. seine Arbeit gegen den Nationalsozialismus vgl. Hoegner, Außenseiter, SS. 120 ff., 127 ff. — Über Felders Lebenslauf siehe Anhang (S. 268).

für die deutschen Emigranten immer bedrohlicher wurde, gingen Hoegner mit seiner Familie in die Schweiz, Knoeringen nach Prag und Felder zunächst nach Brünn, dann ebenfalls nach Prag[31]. Aus einem Brief Knoeringens an Hoegner geht hervor, daß insbesondere die bayerischen Sozialdemokraten der jüngeren Generation in der Emigration Hoegner eine große Autorität zusprachen. „Die Stimmung unserer Leute ist ziemlich kritisch dem Parteivorstand gegenüber. Du hast noch ein großes Maß von Vertrauen und Dein Name wird ziemlich oft in den Kreisen der Jungen genannt. Auer und alle anderen sind vollständig unten durch[32]." Knoeringen bemühte sich in seiner Prager Zeit, die Verbindungen zwischen den sozialdemokratischen Führern von gestern und aufstrebenden jüngeren Kräften in der Partei nicht abreißen zu lassen, mußte jedoch erkennen, daß „die Wels und Stampfer ... viel zu sehr mit der Epoche des Niedergangs verflochten (sind), als daß sie noch Fahnenträger des Aufstiegs werden könnten. Ich habe das Gefühl, als ob man das dort nicht recht begreifen wollte. Trotzdem sehe ich es als meine Pflicht an, den Freunden drüben die Notwendigkeit einer Verbindung mit der gesamtdeutschen Organisationszentrale immer wieder vor Augen zu führen. Aber ich merke zusehends die Entfremdung"[33].

England und die Schweiz wurden zu den hauptsächlichen Sammelpunkten derjenigen Sozialdemokraten, die nach dem Kriege wieder leitend in der Partei tätig wurden. Hans Vogel wurde in England als Nachfolger von Otto Wels zum Vorsitzenden der Exil-SPD[34] gewählt; er starb am 6. Oktober 1945 vor seiner Rückkehr nach Deutschland[35]. Knoeringen versuchte in England, nachdem er Erfahrungen in der Untergrundarbeit als Leiter der illegalen Auslandsstelle der SPD für Bayern in Österreich (1933), der Tschechoslowakei (1934) und Frankreich (1938) gesammelt hatte, durch die Leitung der unabhängigen sozialistischen Sendestation „Europäische Revolution" (1939) und als Mitglied der Aktion „Neu Beginnen"[36] eine Umsturzbewegung durch konspirative Tätigkeit im Reich zu fördern und Richtlinien für einen politischen und sozialen Neuaufbau Deutschlands zu entwickeln. Er hielt sich vorübergehend sogar illegal in Deutschland auf, um die Elemente des Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur zusammenzufassen und die Kontakte zu alten Parteigenossen nicht abreißen zu lassen[37]. In England, Nordafrika und Italien bemühte er sich um die Zusammenfassung von antifaschistischen Kriegsgefangenen in besonderen Lagern[38]. Außer seiner Tätigkeit, die auf eine Mobilisierung des ideellen und aktiven organisierten Widerstandes gegen den Nationalsozialismus abzielte, war es sein Bestreben, das Deutschlandbild in Großbritannien zu korrigieren, das in jener Zeit durch den Vansittartismus sein allgemein anerkanntes offizielles Gepräge erhielt. Vor allem durch Kontakte zu führenden Mitgliedern der Labour Party, wie Hugh Gaitskell und

[31] Ebenda, SS. 141, 151; vgl. auch Landtagshandbuch, 1951, SS. 138, 154.

[32] Brief Knoeringens an Hoegner vom 29. Dez. 1934, abgedr. in: Hoegner, Außenseiter, S. 151.

[33] Brief Knoeringens an Hoegner vom 18. Febr. 1934, abgedr. ebenda.

[34] Über die Sozialdemokratie im Exil vgl. neuerdings Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–45, Hannover 1969; ders., Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942–45, in: VZG 17, 1969, S. 72–86. – Vgl. weiterhin Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933–1945, Hannover/Frankfurt/M. 1960; Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938, Stuttgart o. J. (1952); Walther G. Oschilewski, Ernst Paul und Peter Raunau, Erich Ollenhauer, der Führer der Opposition, Berlin o. J.

[35] Klaus Schütz, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 6), Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 161; Hoegner, Außenseiter, S. 230.

[36] Vgl. dazu Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen", phil. Diss. Marburg 1957, S. 12 ff., passim; Matthias, SPD (1960), S. 191 ff.; Hans J. Reichhardt, Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 12 (1963).

[37] Felder (I).

[38] Landtagshandbuch 1951, S. 154.

Richard Crossman, suchte er Verständnis für Deutschland nach der sich immer deutlicher abzeichnenden katastrophalen Niederlage des Hitler-Regimes. Knoeringen entwickelte die Idee der Schule für deutsche Kriegsgefangene in Wilton-Park und wirkte an Aufbau und Unterricht tatkräftig mit. Er verband mit dieser Institution die Absicht, fähiges Führungspersonal der Wehrmacht für die künftigen Aufgaben in Deutschland nach Hitler vorzubereiten, mußte allerdings bald feststellen, daß er dabei mit der Intention der britischen Politik zusammenstieß, die in Wilton-Park eine willkommene Umerziehungs- und Ausbildungsstätte für willfährige künftige deutsche Befehlsempfänger unter einer britischen Militärregierung in Deutschland sah. Knoeringens Konzeptionen, die die Überwindung liebgewordener ideologisch orientierter Denkkategorien der Führung der alten Sozialdemokratie einschlossen, fanden keineswegs die Zustimmung der in England im Exil lebenden Mitglieder des Parteivorstandes der SPD[39]. Erst nach harten Kontroversen gelang es Friedrich Adler, dem Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, eine Verständigung zwischen Knoeringen und dem Exil-Parteivorstand herzustellen, so daß Knoeringen seine Tätigkeit fortsetzen konnte. Er arbeitete allerdings — im Gegensatz zu Hoegner im Schweizer Exil — kein konkretes politisches Programm für die nachfaschistische Periode in Deutschland aus, obwohl er „von der ersten Stunde der Emigration an die Rückkehr nach Deutschland" dachte. Auch hatte er keine konkreten Vorstellungen über die Funktionen, die er beim Wiederaufbau der Partei übernehmen könnte, obwohl es seine feste Absicht war, sich wieder in der Partei politisch zu betätigen. So waren es in erster Linie die Auflösung der Weimarer Republik und das Erlebnis der englischen Demokratie, die fundamental sein politisches Handeln in der Zukunft bestimmten und den sozialdemokratischen Politiker von Knoeringen für die Zeit nach seiner Rückberufung nach Bayern durch Hoegner 1945/46 formten[40].

In der Schweiz trafen sich von den bayerischen Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner, der frühere Reichstagsabgeordnete Hans Unterleitner, der nach schweren Mißhandlungen aus dem KZ Dachau entlassen worden war und später in die USA emigrierte, sowie — gegen Ende des Krieges — der Augsburger Valentin Baur, der seit 1933 als politischer Flüchtling teilweise in Internierungslagern in der Schweiz lebte[41]. Hoegner, der sich in der Schweiz intensiv mit dem Neuaufbau Bayerns und Deutschlands beschäftigte, hatte Kontakte mit Rudolf Hilferding, dessen ethischer Sozialismus ihn tief beeindruckte[42], dem ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Rauschning und dem ehemaligen Reichskanzler Brüning[43]. Für bayerischen Staat und bayerische SPD nach 1945 wurden die durch Hoegner in der Schweiz niedergelegten Gedanken von großer Wichtigkeit. Hoegner wurde Allan Dulles, dem Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Bern, durch Hans Vogel in London für die Ausarbeitung einer Denkschrift über die Neueinteilung Deutschlands nach dem Kriege empfohlen. Er verfaßte daraufhin einen „Vorschlag für eine Neugliederung Deutschlands", in dem er eine „Gliederung nach Stämmen und anderen geschichtlichen Gegebenheiten" postulierte und — ohne sich auf die politische

[39] Über den originären Konflikt zwischen dem in seinen „Legalitätsillusionen" verharrenden Parteivorstand und dem Realismus der jüngeren Parteigeneration in „Neu Beginnen" (bereits die Bezeichnung verhieß ja den Abschied von der alten Sozialdemokratie) vgl. Kliem, S. 47 f.; Matthias, SPD (1960), SS. 190, 199 f.

[40] Alle Angaben über Knoeringen im Exil — soweit nicht andere Quellen aufgeführt sind — nach Knoeringen (I).

[41] Hoegner, Außenseiter, S. 147 f.; Baur (I); Baur, Lebenslauf (Manuskript). Baur arbeitete im Juli 1945 als Mitglied der Gewerkschafts-Kommission der „Union deutscher Sozialisten in der Schweiz" mit an einem Entwurf zum Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung als einer in 12 Industriegruppen gegliederten Einheitsgewerkschaft mit dem Namen „Unabhängige Gewerkschaft Deutschlands" (Akte „U. G. D." [SPD-A]).

[42] Hoegner, Außenseiter, SS. 149, 223.

[43] Ebenda, S. 158 ff.

Struktur eines Bundesstaates oder Staatenbundes in Deutschland festzulegen[44] — zwölf Länder vorsah, unter denen Bayern inklusive der Rheinpfalz nach dem bedeutend verkleinerten Preußen das zweitgrößte sein sollte[45]. In einer weiteren Denkschrift nannte Hoegner Bayern einen wirtschaftlich durchaus selbständigen Staat unter bestimmten Voraussetzungen, befürwortete jedoch „aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen (den) Anschluß Bayerns an eine deutsche Föderation", da „ein Anschluß Bayerns an Österreich" — wie er von amerikanischer Seite im Gespräch erwähnt wurde — „sehr wahrscheinlich die Abtrennung der protestantischen Gebietsteile im Norden zur Folge haben" würde[46]. Nach Mitteilung Dulles' gegenüber Hoegner waren Hoegners Denkschriften seine ausschließlichen Unterlagen für die Konferenz der Alliierten in Quebec[47].

Die in der Schweiz lebenden deutschen Emigranten bildeten 1943 eine lose Organisation, die sich im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft die Bezeichnung „Das demokratische Deutschland" gab[48]. In einem Memorandum und einer Broschüre „Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinn"[49] legten die führenden Mitglieder des Arbeitskreises, der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth, der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun, Wilhelm Hoegner, der Schriftsteller Kindt-Kiefer und der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ritzel ihre Gedanken über das künftige Deutschland nieder. Gefordert wurden ein Bundesstaat mit Länderkammer, der Aufbau einer Demokratie von unten nach oben, die Aufhebung aller nationalsozialistischen Rechtsvorschriften und Einrichtungen sowie die Sühne der nationalsozialistischen Verbrechen, die Selbstverwaltung der Kirchen und anderer Weltanschauungsgemeinschaften und ihre Befreiung von staatlicher Bevormundung, der Neuaufbau des gesamten Erziehungswesens, die Planmäßigkeit der Wirtschaftsgestaltung, die gesetzliche Enteignung des Großgrundbesitzes für bäuerliche Besiedlungszwecke, die Lenkung des Währungs- und Kreditwesens nach den Bedürfnissen der Volksgesamtheit, die Aufrechterhaltung des bäuerlichen, gewerblichen und persönlichen Privateigentums, die gesetzliche Rückführung der Bodenschätze und Kraftquellen und die Überführung der Schwer- und Großindustrie in Gemeinbesitz unter Benutzung der genossenschaftlichen Betriebsform. Diese Richtlinien erlangten besondere Bedeutung, da sie in den ersten Programmen nach 1945 zu unabdingbaren Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik in Bayern erklärt wurden und zum Teil durch die Verfassungsentwürfe Wilhelm Hoegners Eingang in die bayerische Verfassung fanden. Eine größere Bedeutung erlangte „Das demokratische Deutschland" in der deutschen organisierten Emigrantenbewegung nicht, doch wurde durch die dort diskutierten politischen Konzeptionen stark die künftige politische Haltung Hoegners beeinflußt. Am 6. Juni 1945 wurde Hoegner auf Befürwortung von Dulles in einem amerikanischen Jeep nach München gefahren[50], wo er bald unter der Regie der amerikanischen Militärregierung den Posten eines bayerischen Ministerpräsidenten übernahm.

[44] Dulles befürwortete im Auftrage der amerikanischen Regierung ausschließlich einen Bundesstaat (ebenda, S. 166).

[45] Ebenda, S. 165 ff.

[46] Ebenda, S. 169 ff.

[47] Ebenda, S. 172; gemeint ist wohl die 2. Quebec-Konferenz vom 11.—19. Sept. 1944. Die alliierten Quellen sagen darüber nichts aus (vgl. Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, Bd. I, Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941—1949, Darstellung und Dokumente, Frankfurt/M. und Berlin 1961, S. 243).

[48] Über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft siehe Hoegner, Außenseiter, S. 173 ff.

[49] Hg. v. Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Deutschland": Dr. Josef Wirth, Reichskanzler a. D.; Dr. Otto Braun, Preuß. Ministerpräsident a. D.; Dr. Wilhelm Hoegner, Staatsanwalt; Dr. J. J. Kindt-Kiefer, Schriftsteller; H. G. Ritzel, Oberregierungsrat, Bern 1945.

[50] Hoegner, Außenseiter, SS. 185, 189.

ZWEITER TEIL:
DIE PARTEI 1945—1950

I. Politische Konstellationen und SPD in Bayern 1945—1950

1. DIE AMERIKANISCHE MILITÄRREGIERUNG

Die Wiederzulassung politischer Parteien in Deutschland wurde nach dem Willen der Besatzungsmächte vollzogen[1]. Für Bayern (amerikanische Zone) wurden Lizenzen auf Kreisebene ab 27. August 1945, auf Landesebene ab 23. November 1945 und auf Zonenebene ab 28. Februar 1946 erteilt[2]. Die Besetzung der politischen und administrativen Positionen erfolgte allerdings noch ausschließlich durch die Ernennungen der amerikanischen Militärregierung[3]. Als ersten bayerischen Ministerpräsidenten bestellte die Militärregierung in Bayern den früheren BVP-Vorsitzenden Fritz Schäffer, der am 28. September 1945 jedoch bereits abgelöst und auf Empfehlung des Beraters General Eisenhowers, Walter Dorn, durch Wilhelm Hoegner ersetzt wurde[4].

Noch vor der Festlegung von Richtlinien über Organisation und Funktion politischer Parteien fixierte die amerikanische Militärregierung in der Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 die Kompetenzen der legislativen, exekutiven und richterlichen Gewalt. Die zu schaffende demokratische Ordnung in Deutschland sollte damit zunächst durch die Übertragung verantwortungsvoller Positionen in Politik und Verwaltung an Persönlichkeiten, die die Zeit des Nationalsozialismus unbelastet überstanden oder Widerstand geleistet hatten, von oben her in deutsche Hände gelegt werden. Die durch die Militärregierung ernannten Personen — Ministerpräsident, Staatsminister, Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister und Beamte der kommunalen Verwaltung — hatten vor der effektiven Reorganisation politischer Parteien die Möglichkeit, „nach

[1] Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli—2. Aug. 1945) war festgelegt worden, daß „alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben" und „in ganz Deutschland . . . zu fördern" seien (Deuerlein, S. 350; Keesing's Archiv der Gegenwart 1945, S. 345).

[2] Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950, S. 490 A. 4. — Die Angabe in SPD-Jb. 1946 (Zulassung ab Mitte Sept. auf Kreisebene [S. 14]) ist falsch. — Zu der Wiedergründung sowie der informellen und formalen Organisierung der SPD in Bayern siehe unten S. 90 ff.; Michael Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland, Düsseldorf 1959, S. 307.

[3] Einen umfangreichen Einblick in die politischen Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung gegenüber Verwaltung und politischen Parteien in Bayern vermittelt Lutz Niethammer, die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: VZG 15, 1967, S. 153—210. Im übrigen vgl. unten S. 136.

[4] Über die Bedeutung der Bestellung und die Hintergründe des Sturzes von Schäffer im Rahmen der Politik der amerikanischen Militärregierung vgl. Niethammer, der sich auch kritisch mit der hierzu vorliegenden Literatur — insbesondere den entsprechenden Veröffentlichungen Hoegners — auseinandersetzt (SS. 154 ff., 202 ff.). — Vgl. von Hoegner, Die Entlassung des Ministerpräsidenten Schäffer im Jahre 1945, in: Die Südpost, April 1955, S. 3 f.; ders., Außenseiter, S. 198 ff.; ders., Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit (1945—1963), Historisch-politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München, H. 2, München o. J., S. 4 f.

Maßgabe des deutschen Rechts ... wie es zur Zeit der Besetzung in Kraft war und wie es zu gegebener Zeit durch den Kontrollrat für Deutschland und durch die Militärregierung oder mit deren Genehmigung abgeändert worden ist oder abgeändert wird"[5], Gesetze zu erlassen und Regierungsgewalt auszuüben „unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnisse der Militärregierung"[6]. Hoegner war als Ministerpräsident unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung höchstes Organ der Exekutive und Legislative in Bayern[7]. Er benutzte jedoch seine „kontrollierte Macht" nicht dazu, durch den Erlaß einer vorläufigen Verfassung bestimmte grundlegende politische Fragen zu regeln — wie dies bereits im Herbst 1945 die Ministerpräsidenten von Hessen und Württemberg taten —, sondern hielt seinen im Schweizer Exil ausgearbeiteten Verfassungsentwurf zurück, bis die amerikanische Militärregierung offiziell die Ausarbeitung einer Verfassung für Bayern forderte.

Der Übertragung von Führungspositionen in Politik und Verwaltung an deutsches Personal von oben folgte nach dem Willen der amerikanischen Militärregierung der Aufbau der Demokratie von unten[8] durch die Durchführung von Wahlen auf Gemeinde-, Kreis-, Stadt- und Landesebene sowie zu einer Verfassunggebenden Landesversammlung im Laufe des Jahres 1946[9]. Die Theorie der amerikanischen Politik eines Aufbaus der Demokratie in Deutschland von unten nach oben kann allerdings nicht einschränkungslos auf die politische Praxis übertragen werden. Zwar nannte General Clay Wahlen, die „so früh wie möglich ... abzuhalten" waren, „ein amerikanisches Credo"[10]; auch nach den Wahlen behielt sich jedoch die amerikanische Militärregierung jede Eingriffsmöglichkeit vor, um damit „von oben" die Demokratisierung „von unten" im Sinne ihrer politischen Konzeption zu regulieren[11]. Das vordringlich mit den Wahlen verbundene Ziel war, daß „... die Deutschen demokratische Methoden lernen sollen ..."[12]. Dem Dilemma der Demokratisierung „von oben" und „von unten" entsprach die ambivalente Haltung der amerikanischen Militärregierung gegenüber den politischen Parteien, die sie einerseits als unerläßliche Elemente des Demokratisierungsprozesses erkannte, ihnen jedoch andererseits nicht die Förderung angedeihen ließ, die zu einer raschen Reorganisation und Stärkung ihrer politischen Funktion mit dem Zeitpunkt ihrer Wiederzulassung notwendig gewesen wäre. Erst mit dem Erlaß der „Zusammenfassenden Richtlinien für den Aufbau deutscher politischer Parteien" am 16. April 1946 schuf die Militärregierung die formale Voraussetzung für die statuarische innerparteiliche Regelung von organisato-

[5] Prokl. Nr. 2, Art. IV. — Die Proklamation Nr. 2 ist abgedr. in: Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven, hg. v. R. Hemken, 3. Aufl., Stuttgart 1946, M Proklamation Nr. 2.

[6] Prokl. Nr. 2, Art. III.

[7] Vgl. Franz Heubl, Die staatsrechtliche Entwicklung Bayerns im Jahre 1945, Diss. München 1948, S. 65 ff.

[8] Vgl. John Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945—1952, Köln-Berlin, 1964, S. 207 ff. Robert Haerdter, Die Parteien und die deutsche Demokratie, in: Die Gegenwart, Nr. 58/59, 1948, S. 7 ff.; Elmar Lapp, Vorgeschichte und Gesetzgebung des Länderrates der US-Zone, Diss., München 1948, S. 17. Neuerdings Peter Beyersdorf, Militärregierung und Selbstverwaltung. Eine Studie zur amerikanischen Besatzungspolitik auf der Stufe einer Gemeinde in den Jahren 1945—48, dargestellt an Beispielen aus dem Stadt- und Landkreis Coburg, phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1966.

[9] Über die Termine der einzelnen Wahlen vgl. Tabelle im Anhang (S. 249).

[10] Frank L. Howley, Berlin Command, New York 1950, S. 119.

[11] Erlaß der amerikanischen Militärregierung vom 26. Dez. 1945 (abgedr. in: Wilhelm Hoegner, Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, München 1949, S. 18 ff.; ders., Außenseiter, S. 213 f.).

[12] Clay an McCloy, 16. Sept. 1945, zit. bei J. F. J. Gillen, State and Local Government in West Germany 1945—1953, Bad Godesberg-Mehlem 1953, S. 8. Vgl. auch Clay, S. 103 ff.

rischen Vorgängen[13]. Auch die im Gegensatz zu skeptischen Prognosen[14] ermutigenden Ergebnisse der ersten Wahlen[15] änderten vorerst nichts an den harten Vorschriften der amerikanischen Militärregierung gegenüber den politischen Parteien. Die Politik der Militärregierung konzentrierte sich auf die demokratische Legitimation der Repräsentanten in den staatlichen politischen und administrativen Institutionen und vernachlässigte die politischen Parteien, die sie gleichwohl als entscheidende Gruppen für das Funktionieren einer demokratischen Ordnung anerkannte.

Der im Auftrage der Militärregierung für Bayern durch Hoegner am 9. Februar 1946 einberufene vorbereitende Verfassungsausschuß, in dem von der SPD Hoegner, Innenminister Seifried, Arbeitsminister Roßhaupter und der Münchner Bürgermeister Wimmer, von der CSU die Staatssekretäre Ehard, Pfeiffer und der Münchner Bürgermeister Scharnagl sowie von der KPD Sonderminister Schmitt vertreten waren[16], hatte den Entwurf für eine bayerische Verfassung zu erarbeiten[17]. Den für den Entwurf der zukünftigen bayerischen Verfassung äußerst bedeutsamen Hoegnerschen Verfassungsentwurf beurteilte „Interdivisional Committee & Governmental Structures", ein Ausschuß der amerikanischen Militärregierung für Deutschland in Berlin, als „besonders voll von sozialistischer Philosophie". Der Ausschuß erhob jedoch dagegen keine Einwendungen in der Überzeugung, „daß der Länderrat und die Organisation der Militärregierung die Durchführung vieler dieser Programmpunkte unmöglich machen"[18]. In die Beratungen der Verfassunggebenden Landesversammlung in Bayern[19] griff die Militärregierung in Form von Richtlinien ein, grenzte ihrer Ansicht nach zu unpräzise formulierte Verfassungsparagraphen in ihrem Sinne ab und verfügte die Streichung der Paragraphen über zentrale und wirtschaftliche Planung, die auf den Hoegnerschen Entwurf zurückgingen[20]. Außerdem behielt sich die Militärregierung ausdrücklich Vollmachten zur „Durchführung der grundsätzlichen Richtlinien der Besetzung" gemäß der Proklamation Nr. 2 vor und fixierte durch die Direktive vom 30. September 1946 und die Proklamation Nr. 4 ihre künftigen Befugnisse[21]. Eine relativ autonome, von Deutschen geleitete Politik war mit der Annahme der bayerischen Verfassung und der Wahl des ersten Bayerischen Landtages nach dem Kriege am 1. Dezember 1946 im Rahmen der der Militärregierung zustehenden Vollmachten gewährleistet[22].

[13] Text im Anhang (S. 221/222). — Die Weisung „politische Betätigung zu ermutigen" („encouragement of political activity" [Instruction on Registration for Elections, abgedr. in: Germany under Occupation, Illustrative Materials and Documents, hg. von James K. Pollock, James H. Meisel und Henry Bretton, Ann Arbor, Michigan 1949, S. 117]) blieb eine in hohem Maße formale Forderung. Vgl. auch Hans Meyerhoff (The Reconstruction of Government and Administration, in: The Struggle for Democracy in Germany, hg. von Abraham Almond, Chapel Hill 1949, S. 201), der den Begriff „democratization" einschränkt: „ . . . used here in a highly restricted sense . . ."

[14] Clay, S. 106 f.; Clay an McCloy, 16. Sept. 1945, zit. bei Gillen, S. 8; Hoegner an OMGB, 8. Dez. 1945, zit. ebenda.

[15] Die amerikanische Militärregierung faßte vor allem die hohe Wahlbeteiligung (vgl. Tabelle im Anhang [S. 249]) als erfolgversprechenden Ausgangspunkt für die weitere Demokratisierung auf (Clay, S. 107).

[16] Staatssekretär Krehle (CSU) vertrat zeitweise den erkrankten Arbeitsminister Roßhaupter. Zu einigen Sitzungen wurde der Staatsrechtslehrer Hans Nawiasky zugezogen (Hoegner, Außenseiter, S. 248).

[17] Zu der Arbeit des Vorbereitenden Verfassungsausschusses vgl. unten S. 164.

[18] Hoegner, Außenseiter, S. 249.

[19] Vgl. unten S. 165 f.

[20] Hoegner, Außenseiter, S. 256; Clay, S. 108. — Vgl. auch die Berichte über Reden Clays in: NZ, 7. Juni 1946; NN, 29. Juni 1946.

[21] Relationship between Military and Civil Government (US Zone) Subsequent to Adoption of Land Constitutions, abgedr. in: Germany under Occupation, S. 146 ff.; Proclamation No. 4, abgedr. in: ebenda, S. 149 f. — Vgl. weiterhin Clay, S. 108 f.

[22] Ende Juli 1949 kam es allerdings wegen einer Intervention der amerikanischen Militärregierung in ein schwebendes Strafverfahren gegen den WAV-Abgeordneten Loritz zu einer schweren Kontroverse zwischen dem Bayerischen Landtag und der amerikanischen Militärregierung. Der Landtag beschloß mit den Stimmen der Sozialdemokraten, einen derartigen Eingriff nicht zu dulden und unterbrach aus Protest seine Sitzungen bis Ende August (Erklärung der Fraktionen des Landtags, Sten. Ber. LT, 26. Juli 1949, S. 579).

Wesentlich illiberaler verhielt sich die Militärregierung gegenüber den politischen Parteien. Erst im Juli 1947 milderte die amerikanische Militärregierung für Bayern die Vorschriften über Versammlungen und Gründungen von politischen Parteien im Kreismaßstab durch neue Verordnungen. Es genügte nun, öffentliche Versammlungen 48 Stunden vor dem angesetzten Termin der zuständigen amerikanischen Dienststelle zu melden; bei internen Wahlversammlungen waren lediglich Mitteilungen von Ort und Zeit erforderlich. Bei der Gründung einer politischen Partei im Kreismaßstab mußten nur noch 10 — statt bisher 25 — Bürgen benannt werden, wenn die Partei bereits auf Landesebene zugelassen war[23]. Auch die propagandistische Tätigkeit der politischen Parteien in Bayern durch Plakate wurde erleichtert, als im August 1947 die zuvor erforderliche Genehmigung vor und nach der Drucklegung durch die Militärregierung — wovon die Papierzuteilung abhing[24] — wegfiel und eine Übersendung von je drei Probeexemplaren aller Plakate und Handzettel von Landesparteien an das Office of Military Government for Bavaria (OMGB), Research and Analysis Branch, in München von der Militärregierung als ausreichend erachtet wurde[25]. Die Direktive über die „interne Organisation politischer Parteien" vom 1. September 1947[26] gab abschließende Richtlinien für innerparteiliche formale Organisationssysteme und erlaubte den politischen Parteien — verstärkt durch inoffizielle Zugeständnisse der Militärregierung — eine freie Entfaltung ihrer Tätigkeit auf demokratischer Basis.

Das Verhältnis der SPD in Bayern zu der amerikanischen Militärregierung wurde 1945/46 auf Landesebene vor allem durch die Beziehung der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zu den amerikanischen Besatzungsinstanzen bestimmt und war gut[27]. Hoegner hatte ein angenehmes Verhältnis zu dem amerikanischen Militärgouverneur von Bayern, Generalmayor W. Muller, dem amerikanischen Stadtkommandanten in München, Oberst Keller, und Professor Walter Dorn. Es kam zwar zu Differenzen in bestimmten Sachfragen, die jedoch primär Notmaßnahmen im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik und kaum spezifische politische Programmpunkte der SPD betrafen[28]. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder vermieden parteipolitischen Dogmatismus, so daß es — besonders wegen der politischen Haltung Hoegners und des sozialdemokratischen Arbeitsministers Roßhaupter — zu keinen Auseinandersetzungen zwischen SPD und Militärregierung in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik kam[29]. Teilweise änderte sich dies allerdings, als die bayerische SPD durch ihre Zustimmung zu der durch den SPD-Parteiausschuß gefaßten Kölner Resolution vom 25. September 1946[30] intransigente Sozialisierungsforderungen übernahm, obwohl General Clay auf einer Pressekonferenz am 14. August 1947[31] und die amerikanische Militärregierung durch ihre Haltung zu dem Artikel 41 in der hessischen Verfassung[32] deutlich machten, daß sie Sozialisierungsmaß-

[23] KdL 8, 21. 7. 47 (SPD-LV 48).
[24] Information Control Instruction No. 2, zit. nach KdL 12, 11. 8. 47 (SPD-LV 48).
[25] KdL 12, 11. 8. 47.
[26] Internal Organization of Political Parties, abgedr. in: Germany under Occupation, S. 123 f.
[27] Hoegner, Außenseiter, SS. 201 ff., 264 f., 280 f.; Hoegner (I). In dem unterschiedlichen Verhältnis Hoegners und Schumachers zu der amerikanischen Militärregierung lag eines der vielen Spannungsmomente zwischen den beiden sozialdemokratischen Politikern (vgl. L. J. Edinger, Kurt Schumacher, A Study in Personality and Political Behaviour, Stanford (Cal.) — London 1965, SS. 128, 181 ff.).
[28] z. B. Protest Hoegners gegen die wiederholte Beschlagnahmung von Wohnungen durch die amerikanische Militärregierung (Brief Hoegners abgedr. in: Hoegner, Außenseiter, S. 263 f.); trotz anfänglicher Weigerung der Militärregierung, Kriegsbeschädigten eine Rente auszuzahlen,setzte die Regierung mit Unterstützung der SPD das Körperbeschädigtengesetz durch (Hoegner [I]). Vgl. den entsprechenden Vorgang in Hessen (SPD-Jb. 1947, S. 147).
[29] Hoegner (I).
[30] Abgedr. in: SPD-Aktionsprogramm mit Erläuterungen, beschlossen auf der Landeskonferenz der SPD am 15. Dez. 1946 in München, München 1947, S. 27 f. (SPD-LV 45—46).
[31] NZ, 18. Aug. 1947.
[32] SPD-Jb. 1946, S. 82 f.

nahmen sehr distanziert gegenüberstanden. So hatte die SPD in Bayern bei dem Versuch der Realisierung ihrer auf der Resolution der Gesamtpartei basierenden wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen nicht nur mit dem Widerstand der CSU und FDP im Bayerischen Landtag, sondern auch mit dem der amerikanischen Militärregierung zu rechnen. Das Verhältnis zwischen dem politischen Hauptgegner der SPD, der CSU, und der amerikanischen Militärregierung wurde durch die Auseinandersetzung um die Wählbarkeit Josef Müllers und Anton Pfeiffers zum bayerischen Ministerpräsidenten[33] sowie die klerikal-konservative Kulturpolitik Alois Hundhammers schwer belastet[34]. Andererseits unterhielt Ehard von allem Anfang an beste Beziehungen zu der amerikanischen Militärregierung[35]. Vorübergehend vermochten sowohl SPD als auch CSU eine Unterstützung in Teilen ihrer Politik durch die amerikanische Militärregierung durchzusetzen. So hatte die CSU bei der Auseinandersetzung um die Regelung von Volksbegehren und Volksentscheid im Landeswahlgesetz die Militärregierung auf ihrer Seite, da diese für die ausschließliche Verantwortung jedes Abgeordneten für seinen Stimmkreis als grundlegende Voraussetzung für eine parlamentarische Demokratie in Bayern eintrat[36], während die SPD in Fragen der Schulpolitik[37] und in der Debatte um den Direktor für Wirtschaft in Frankfurt 1948[38] der amerikanischen Militärregierung näher stand als die CSU.

Insgesamt enthielt sich die Militärregierung der Eingriffe in die allmähliche Strukturierung eines funktionsfähigen Parteiensystems in Bayern. Sie beobachtete anfänglich scharf den Aufbau der einzelnen politischen Parteien, ließ allerdings jenseits dieser Kontrollmaßnahmen der Konkurrenz der politischen Parteien untereinander und ihrer programmatischen und politischen Profilierung freien Lauf. Freilich erkannte sie in weit höherem Maße die politische Autonomie der gewählten Ministerpräsidenten als diejenige der Spitzengremien politischer Parteien an, so daß die amerikanische Besatzungspolitik gegenüber politischen Parteien und staatlichen Institutionen die Tendenz einer allmählichen stufenweisen Liberalisierung von unten nach oben aufwies, wobei die geringste Liberalität gegenüber den untersten Parteiorganisationen, die größte gegenüber den obersten staatlichen Institutionen feststellbar war[39]. Auf keinen Fall jedoch wurde das Verhältnis der politischen Parteien zueinander durch irgendwelche Richtlinien der Militärregierung verfälscht. Die politischen Parteien waren in dem Sinne autonom, daß sie durch ihre Organisation, ihre Programme, ihre Politik und nicht zuletzt ihre Führerpersönlichkeiten ihren Standort in der politischen Multidimensionalität in Bayern nach 1945 selbst bestimmten.

[33] Vgl. unten S. 60.
[34] Vgl. unten S. 183 f.
[35] Hoegner, Außenseiter, S. 265; Hoegner (I).
[36] Hoegner (I).
[37] Vgl. unten S. 183 f.
[38] Vgl. unten S. 179/180.
[39] Vgl. dazu etwa die erstaunlich freimütigen Erklärungen der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz vom 6.—8. Juni 1947 (bei der die bayerische SPD allerdings keine erwähnenswerte Rolle spielte), abgedr. in: Europa-Archiv 1948, S. 1145.

2. DAS PARTEIENSYSTEM IN BAYERN

a) SPD und CSU

SPD und CSU bildeten sich als diejenigen politischen Parteien heraus, zwischen denen die Entscheidung um die politische Führung in Bayern nach 1945 fallen mußte. Das Verhältnis der beiden Parteien in der Zeit von der Wiederzulassung politischer Parteien bis zu der Landtagswahl am 1. Dezember 1946 wurde maßgeblich durch vier Entwicklungen bestimmt:

1. Die Zusammenarbeit in der kommissarischen Regierung Hoegner.
   Die CSU war bis zum Ende der Regierung Hoegner mit drei — zunächst einem, dann zwei — Ministern und zwei — früher drei — Staatssekretären im Kabinett vertreten[1]. Dennoch verstanden sich die Regierungsmitglieder der CSU als Opposition gegen den Ministerpräsidenten und die SPD[2], was ursächlich in der rechtlichen und politischen Stellung des Ministerrates als legislativem und exekutivem Organ begründet lag. Die CSU bestritt überhaupt, daß es sich bei der Regierung Hoegner um eine Koalitionsregierung handle, und vertrat stattdessen die Anschauung, daß lediglich unabhängige Persönlichkeiten verschiedener politischer Richtungen die legislativen und exekutiven Aufgaben wahrnähmen[3]. Dieses politische Verhalten muß primär unter dem taktischen Aspekt gesehen werden, daß sich weder die CSU als Partei noch die führenden Persönlichkeiten der CSU unmittelbar nach dem Kriege als Instrumente der unpopulären Besatzungspolitik — insbesondere zur Durchführung der Entnazifizierung — gebrauchen lassen oder auch nur den Anschein hierfür erwecken wollten[4]. Die Hauptlast der chaotischen Jahre 1945/46 trug Ministerpräsident Hoegner, der dadurch in der Öffentlichkeit für sich und seine Partei mehr Undank als Anerkennung fand[5]. Die Mitarbeit der CSU-Mitglieder des Ministerrates in diesem Zeitabschnitt darf weder unterschätzt noch ihre konstruktive Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern herabgemindert werden. Der wesentliche Unterschied zwischen CSU- und SPD-Ministern und -Staatssekretären lag vielmehr in der momentanen Aktion und Verantwortung bei der SPD, der abwartenden Taktik und Zurückhaltung bei der CSU.
2. Die Wahlen des Jahres 1946.
   Aus den Wahlen des Jahres 1946[6] ging die CSU als eindeutig stärkste, die SPD als eindeutig zweitstärkste Partei hervor. Es ist nicht verfehlt, das bayerische Parteiensystem des Jahres 1946 als einem Zwei-Parteien-System stark angenähert zu bezeich-

[1] Vgl. Verzeichnis der Bayerischen Kabinette 1945—1950 im Anhang (S. 261—264).

[2] Vgl. hierzu Hoegners Ausführungen auf einer Rede in Nürnberg (NN, 5. Dez. 1945).

[3] Vgl. „Ein Jahr Regierung Hoegner", in: SZ, 27. Sept. 1946. — Zu der Diskussion, ob es sich bei den ersten, von den Militärregierungen bestellten Landesregierungen um Koalitionsregierungen gehandelt hat, vgl. Schütz (S. 218 A. 180) (verneinend) einerseits und Rudolf Wildenmann (Macht und Konsens, Frankfurt/M. 1963, S. 56) (bejahend) andererseits. Für die kommissarische Regierung Hoegner steht eine eindeutige Gruppierung der Kabinettsmitglieder nach Parteizugehörigkeit außer Zweifel, so daß Wildenmann zuzustimmen ist. Eine eingehende analytische Darlegung dieser Frage liegt nicht im Rahmen dieser Arbeit. Hier ist lediglich das tatsächliche politische Verhalten von SPD und CSU und deren Führungspersonal zu untersuchen.

[4] Vgl. dazu die Darstellung Hoegners über das Verhalten Anton Pfeiffers bei den Angeboten, die Stelle des Staatssekretärs bzw. des Ministers im Sonderministerium (für Entnazifizierung) (letztere akzeptierte Pfeiffer, nachdem einige Bedingungen erfüllt waren) zu übernehmen (Außenseiter, SS. 233, 236). Hoegner berichtet auch von dem hartnäckigen Sträuben Josef Müllers, sich und seine Partei an der Entnazifizierung zu beteiligen (Außenseiter, S. 233 f.). Vgl. weiterhin Hoegners Rede vor dem Bayerischen Beratenden Landesausschuß (Niederschrift der dritten Arbeitstagung des Bayerischen Beratenden Landesausschusses am 12. und 13. Juni 1946 in der Universität München, Hörsaal 224, S. 14 f.) sowie unten S. 161.

[5] „Wenn man schon die Arbeit leistet und vom deutschen Volk keinen Dank zu erwarten hat, braucht man sich nicht auch noch beschimpfen zu lassen." (Hoegner, Außenseiter, S. 236/237).

[6] Vgl. Tabelle im Anhang (S. 249).

nen[7]. Die hohen Stimmenanteile der beiden Parteien machten die Entscheidung, ob sie sich zu einer Zusammenarbeit auf Landesebene in Form einer Koalition bereitfanden oder — nicht bereit zu Kompromissen wie in der Weimarer Zeit — als Regierungs- bzw. Oppositionspartei einander bekämpfen wollten, zum Kardinalproblem der bayerischen Nachkriegspolitik.

3. Die Verhandlungen in der Verfassunggebenden Landesversammlung.
   Die Arbeit in der Verfassunggebenden Landesversammlung demonstrierte zum ersten Male in der bayerischen Nachkriegsgeschichte das Funktionieren des neuen bayerischen Parteiensystems und die Bereitschaft zu Kompromissen, wobei die SPD der CSU in der Kulturpolitik, die CSU der SPD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegenkam[8]. Die parteipolitische Konstellation in der Verfassunggebenden Landesversammlung war ein deutlicher Hinweis auf die kommende „Große Koalition".
4. Das Verhältnis der führenden Persönlichkeiten innerhalb und zwischen den beiden Parteien.
   Die SPD präsentierte sich bei den Verhandlungen des Verfassungsausschusses wie bei den Abstimmungen in der Vollversammlung der Verfassunggebenden Landesversammlung — mit Ausnahme der Abstimmung über den Staatspräsidenten[9] — als eine homogene und disziplinierte Partei, während bei der CSU drei Hauptrichtungen festzustellen waren, die in Ehard, Hundhammer und Josef Müller ihre Repräsentanten hatten. Das brachte Schwierigkeiten für die Zusammenarbeit beider politischer Parteien, denn während ein Zusammengehen zwischen Hoegner und Ehard durchaus möglich erschien, war eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Hundhammer und Müller für die SPD weit weniger denkbar. Andererseits eröffnete sich durch die Gegensätze in der CSU die Möglichkeit einer Parteispaltung, wodurch sich die Zusammenarbeit zwischen einer geschwächten CSU und einer etwa gleichstarken SPD in einer Koalition angeboten hätte.
   Hoegner faßte eine „Große Koalition" in Bayern früher ins Auge als die meisten bayerischen Politiker der Nachkriegszeit. Bereits im Schweizer Exil sah er in einer künftigen Koalition zwischen der SPD und der Nachfolgepartei der BVP die beste Lösung zur Bewältigung der Nachkriegsprobleme in Bayern[10]. Während für die Mehrzahl der bayerischen sozialdemokratischen Politiker — durchaus im Sinne Kurt Schumachers[11] — die sozialistische und demokratische Neuordnung nach dem Kriege oberstes Gebot war, ging es Hoegner — in starker Anlehnung an sein Vorbild Vollmar — darum, eine den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Bayern Rechnung tragende Politik durchzusetzen, wobei er bereit war, Abstriche an der sozialdemokratischen Parteiprogrammatik vorzunehmen. Hoegner erstrebte eine nach den Wahlergebnissen proportionale Kooperation zwischen CSU und SPD und trat für das Amt des Staatspräsidenten deswegen so entschieden ein, da er in ihm eine oberste staatliche Institution in Bayern sah, die — als Gegengewicht gegen die mit Sicherheit zu erwartende Regierungsmehrheit der CSU — mit einem Sozialdemokraten besetzt werden sollte[12]. Ein großer Teil führender sozialdemokratischer Politiker zog jedoch — ganz nach den Vorstellungen des Parteivorstandes und der Kölner Resolution — die

[7] Hans Nawiasky, Sten. Ber. V. A., 28. Aug. 1946, Bd. II, S. 514.
[8] Vgl. unten SS. 170, 181.
[9] Vgl. unten S. 165 f.
[10] Hoegner (I).
[11] Vgl. dazu Lewis J. Edinger, Kurt Schumachers politische Perspektive, in: PVS 3, H. 4, Dez. 1962, S. 339 ff.
[12] Hoegner (I) ließ erkennen, daß er bereit gewesen wäre, dieses Amt zu übernehmen (I).

Opposition gegenüber einer Beteiligung an der Regierung unter gleichzeitigem Verzicht auf die Möglichkeit einer uneingeschränkten Realisierung der sozialdemokratischen Programmatik vor.

Die erste Landtagswahl in Bayern nach dem Kriege am 1. Dezember 1946 brachte der CSU einen überwältigenden Sieg: Sie erhielt von 180 Abgeordnetensitzen 104, die SPD 54, die WAV 13 und die FDP 9[13]. Die SPD berief zum 14./15. Dezember 1946 eine Landeskonferenz nach München, die CSU am gleichen Wochenende nach Eichstätt ein. Grundsätzliche Entscheidungen fielen auf beiden Konferenzen nicht, da bei den sozialdemokratischen Delegierten eine starke Strömung zur Übernahme der Opposition im Landtag bestand[14], während bei der CSU persönliche Auseinandersetzungen um den Posten des Ministerpräsidenten immer offener ausbrachen[15]. Die verabschiedeten Programme, das Aktionsprogramm der SPD[16] und das Grundsatzprogramm der CSU[17], wiesen auf wirtschafts- und kulturpolitischem Gebiet Gegensätze auf. Obwohl sich beide Parteien zu der neuen bayerischen Verfassung bekannt hatten, trugen sie in ihren Parteiprogrammen den bestehenden Verfassungsbestimmungen nur bedingt Rechnung und suchten eigene politische Vorstellungen, die im Rahmen der Beratungen des Verfassungsausschusses durch Kompromisse abgeschwächt werden mußten, im weiteren zu verwirklichen. Brachte die ideologisch begründete Differenz der Parteiprogramme bereits Schwierigkeiten für eine einigermaßen homogene Regierungskoalition, so traten zusätzlich starke personelle Vorbehalte hinzu. Erst als Josef Müller, der Landesvorsitzende der CSU, in seiner eigenen Fraktion eine Abstimmungsniederlage erlitt[18], Sonderminister Pfeiffer verzichtete[19] und Müller in einer Kampfabstimmung im Landtag unterlag[20], war im zweiten Wahlgang der Weg für die Präsidentschaft Hans Ehards frei[21]. Die Exponenten einer großen Koalition — Ehard und Hoegner — hatten sich in ihren Fraktionen durchgesetzt. Die Zusammensetzung des Kabinetts gab Ehard unmittelbar nach seiner Wahl am 21. Dezember 1946 bekannt; die personelle Besetzung war am 31. Januar 1947 abgeschlossen[22].

Die Zusammensetzung der Regierung entsprach dem sozialdemokratischen Wunsch nach einem „Konzentrationskabinett“[23]. Der Machtverteilung sollte das Ergebnis der Landtagswahl zugrunde liegen. Auf den ersten Blick schienen die Sozialdemokraten in der

[13] Bayern in Zahlen, hg. v. Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1947, S. 122.

[14] Hoegner, Außenseiter, S. 285. Ollenhauer vom Parteivorstand sprach sich — sicher in Einklang mit der Auffassung Kurt Schumachers — dafür aus, daß sich die bayerischen Sozialdemokraten „persönlich und sachlich so stark wie möglich an der Regierung beteiligen“ sollten (ebenda). Die Formulierung im SPD-Jb. 1946, S. 87, daß „. . . gewisse politische Entscheidungen des bayerischen Landesverbandes der SPD . . . im Reich nicht immer volles Verständnis bei den Parteifreunden gefunden . . .“ hätten, läßt allerdings darauf schließen, daß sich der PV — vor allem wegen Hoegners Eigenwilligkeit und der daraus erwachsenden Möglichkeit der Nichtbeachtung programmatischer Prinzipien des PV — nicht ohne Bedenken mit dem Eintritt der bayerischen SPD in die Koalition einverstanden erklärte.

[15] „Wird Dr. Müller Ministerpräsident?“, in: SZ, 17. Dez. 1946; Hoegner, Außenseiter, S. 284 ff.; „Warum sind wir in der Regierung?“, in: Tribüne der Partei, Mitteilungen für Funktionäre, Jan. 1947 (Sondernummer), S. 10 ff. (SPD-LV 1945—46).

[16] Siehe Anhang (S. 212—216).

[17] Abgedr. bei Wolfgang Treue, Deutsche Parteiprogramme 1861—1956, Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1956, S. 185 ff.; Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hg. v. Ossip K. Flechtheim, Berlin 1962 ff., Bd. 2, T. 1 Programmatik der deutschen Parteien, S. 213 ff. — Bereits im Nov. 1946 hatte Josef Müller die „30 Punkte der Union“ als „Richtlinien der Christlich-Sozialen Union in Bayern zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes“ herausgegeben, die neben dem Grundsatzprogramm weiterhin ihre Geltung behielten (vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 286 f.).

[18] SZ, 19. Dez. 1946; NZ, 20. Dez. 1946.

[19] Hoegner berichtet über seine persönliche Aussprache mit Pfeiffer (Außenseiter, S. 287 f.). Vgl. weiterhin SZ, 19. Dez. 1946; 21. Dez. 1946; NZ, 20. Dez. 1946; 23. Dez. 1946.

[20] Sten. Ber. LT, 21. Dez. 1946, S. 24.

[21] Ebenda, S. 25.

[22] Siehe Verzeichnis der Bayerischen Kabinette 1945—1950 im Anhang (S. 261—264).

[23] Sten. Ber. LT, 21. Dez. 1946, S. 23.

Besetzung der Ministerposten eine stärkere Position zu haben, als es sich nach dem Wahlergebnis rechtfertigen ließ. Die Berufung von Sozialdemokraten zu Ministern in den Ressorts der Wirtschaft und des Innern entsprach den Absichten der SPD in Bayern, die sich damit in völligem Einklang mit der Ressort-Beteiligung der SPD in anderen Landesregierungen befand, so daß eine entsprechende Weisung des Parteivorstandes naheliegt[24]. Die dadurch angestrebten Ziele waren die Durchsetzung der sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und ein möglichst starker Einfluß auf die staatliche Verwaltung als Grundlagen weiterreichender politischer Strukturveränderungen. Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten in keinem Ressort ausschließlich den Minister und die Staatssekretäre stellten, zeigte jedoch deutlich genug, daß die erste bayerische Landesregierung der Nachkriegszeit auf demokratischer Grundlage nur dann erfolgreich arbeiten konnte, wenn die Koalitionsparteien der CSU und der SPD so zum Kompromiß bereit waren, wie sie es in der Verfassunggebenden Landesversammlung demonstriert hatten.

Der Anfang der Zusammenarbeit zwischen CSU und SPD in der bayerischen Regierungskoalition war verheißungsvoll: Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Ehard vor dem Bayerischen Landtag am 10. Januar 1947[25] stand durchaus auch auf dem Boden des SPD-Aktionsprogrammes, dessen Akzeptierung durch die CSU die SPD zur Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung gemacht hatte[26]. Die Regierungserklärung bekannte sich im Sinne des SPD-Aktionsprogrammes „zur sorgfältigen Planung von Produktion und Verteilung, nicht aus doktrinären Gesichtspunkten, sondern aus praktischer Notwendigkeit"[27]. Institutionell sollte der Staatssekretär für „Planung und Wiederaufbau" im Staatsministerium für Wirtschaft diese Aufgaben durchführen. Der Ministerpräsident sagte zu, umgehend die Möglichkeiten für eine Sozialisierung von Bodenschätzen, wichtigen Kraftquellen, Eisenbahnen und Unternehmungen der Energieversorgung zu prüfen. Am 28. Januar 1947 unterzeichneten CSU und SPD eine Koalitionsvereinbarung, die eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Programme beider Parteien auf Landesebene sowie in Gemeinden, Kreisen und Städten vorsah[28].

Die Regierungserklärung überdeckte jedoch ebenso wie die zuvor so fruchtbar erscheinende Zusammenarbeit zwischen CSU und SPD die tatsächlichen Spannungen, die zwischen beiden Parteien traditionell und erneut seit ihrem ersten Auftreten im Bayern der Nachkriegszeit bestanden. In der Verfassunggebenden Landesversammlung zwang die Haltung der amerikanischen Militärregierung zum Kompromiß, die eine neue bayerische Verfassung zur unbedingten Voraussetzung des zu wählenden Bayerischen Landtages und der daraus hervorgehenden Bayerischen Landesregierung machte. Die Bildung der Koalitionsregierung im Anschluß an die Landtagswahl hatte ihre Ursache in dem Willen führender Politiker beider Parteien, durch eine Konzentration der Kräfte die Regierung möglichst zu stärken und in der Verzahnung von „checks and balances" einer Regierung der „Großen Koalition" politische Initiativen des Partners einerseits zu kontrollieren, andererseits eigene Vorstellungen unter Ausnutzung bestimmter Koalitionskonstellationen durchzusetzen. Je mehr jedoch die CSU in ihre Rolle als Regierungspartei mit absoluter Mehrheit hineinwuchs, um so problematischer wurde die politische Zusammenarbeit in der Koalition. Die CSU wurde sich zunehmend ihrer politischen Macht bewußt und

[24] Vgl. SPD-Jb. 1946, S. 94 (über die Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen): „Die Besetzung des Innenministeriums durch einen SPD-Mann war letzten Endes die Gretchenfrage, an der die ersten Verhandlungen mit der CDU scheiterten."). Siehe auch Schütz, S. 218.

[25] Sten. Ber. LT, 10. Jan. 1947, S. 32 ff.

[26] Anhang (S. 212–216).

[27] Sten. Ber. LT, 10. Jan. 1947, S. 40.

[28] KdL 15, 15. 9. 47.

fühlte sich immer weniger an gemeinsame Vereinbarungen gebunden. Die bei der Regierungsbildung vereinbarten Koalitionsgespräche zwischen SPD- und CSU-Vertretern wurden immer wieder vertagt. Die politischen Gegensätze innerhalb der CSU weiteten sich aus: Die politische Linie des CSU-Parteivorsitzenden Josef Müller war eine andere als die des bayerischen Regierungschefs Ehard oder die des Kultusministers und CSU-Fraktionsvorsitzenden Hundhammer. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder trachteten danach, ihre politische Homogenität auf das gesamte Kabinett zu übertragen[29], und stießen dabei doch immer wieder auf die Heterogenität der CSU. Das hatte starke Rückwirkungen auf die gesamte bayerische SPD, in der mehr und mehr die Gegner der Regierungskoalition die Oberhand gewannen. Die treibenden Kräfte in dieser Richtung waren vornehmlich jene SPD-Politiker[30], die ganz im Sinne Kurt Schumachers[31] entweder für die völlige Durchsetzung der SPD-Programmatik und -Politik in der Regierung oder für die Übernahme der Opposition plädierten.

Auf der Landeskonferenz der SPD in Landshut am 9./10. Mai 1947 traten die Kritiker der Regierungskoalition deutlicher als zuvor in den Vordergrund[32]. Lediglich der Tatsache, daß sie nicht in der Lage waren, ein klares Programm für eine sozialdemokratische Opposition im Bayerischen Landtag vorzulegen, und daß der Landesvorstand immer noch an der Koalition festhielt[33], war es zuzuschreiben, daß auf dieser Konferenz der Beschluß zum Austritt der SPD aus der bayerischen Regierung noch nicht gefaßt wurde; dies konnte jedoch nur noch eine Frage der Zeit sein[34]. Die Landeskonferenz billigte ein Neun-Punkte-Programm, das sich im Rahmen der Regierungserklärung hielt[35] und in dem die prinzipiellen Voraussetzungen für ein Fortbestehen der Koalition niedergelegt waren[36], sowie ein Arbeitsprogramm von zehn Punkten, das in Punkt 1 „die verstärkte Fortführung einer aktiven sozialistischen Politik in der Regierung und im Parlament mit dem Ziel der Durchsetzung unseres Aktionsprogrammes“[37] zu einem Zeitpunkt verfolgte, zu dem die CSU weniger als jemals zuvor gewillt war, Forderungen des Koalitionspartners entgegenzukommen.

Die Landeskonferenz der bayerischen SPD in Landshut leitete den letzten Teil der Regierungskoalition zwischen CSU und SPD ein. Der Termin für interfraktionelle Besprechungen der Koalitionspartner zögerte sich weiter hinaus trotz eines Gesprächs zwischen Knoeringen und Ministerpräsident Ehard Ende Mai, in dem Ehard zusagte, „die Einberufung des interfraktionellen Zehnerausschusses in den nächsten Tagen (zu) veranlassen“[38]. Es folgte ein Artikel Knoeringens im „Münchner Mittag“[39], in dem das unablässige Dringen der SPD auf die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der CSU fortgesetzt wurde. Trotz erneuter Gespräche unter vier Augen zwischen Knoeringen und

[29] Die CSU fürchtete die politische Homogenität der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder (offizielles Protokoll eines CSU-Gremiums, dem Verf. bekannt; Informant darf nicht genannt werden).

[30] Als Exponenten müssen insbesondere die Abgeordneten Albert, Frau Albrecht, Beck, Hielscher, Huber, Loßmann, Marx und Pöschke genannt werden, die eine Koalition mit der CSU von Anfang an abgelehnt hatten (vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 285).

[31] Vgl. Schütz, S. 242 ff.

[32] Vgl. Knoeringens Rede über Radio München am 15. 9. 1947 (abgedr. in: KdL 15, 15. 9. 47).

[33] Hoegner, Außenseiter, S. 294.

[34] SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48, München 1948, S. 1 ff. (SPD-LV 1947; SPD-A); Bayerische Koalition, in: Sopade Informationsdienst, Nr. 210, 30. Juni 1947 (SPD-LV 1947).

[35] KdL 10, 30. 7. 47.

[36] SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48, S. 3.

[37] Arbeitsprogramm, abgedr. in: Tribüne der Partei, Nr. 11, 1947; Sopade-Informationsdienst Nr. 210, 30. Juni 1947 (Beide SPD-LV 1947).

[38] KdL 1, 2. 6. 47.

[39] 30. 6. 47.

Ehard sowie Müller[40] und trotz des stetigen Hinweises der SPD, daß ihr Verbleiben in der Regierung von einer „klaren Koalitionspolitik" der CSU abhänge[41], konnten die interfraktionellen Besprechungen erst am 15. Juli 1947 beginnen, da die CSU nicht eher eine Delegation benannte[42]. An den Koalitionsverhandlungen nahmen teil:

Von der SPD: Landesvorsitzender Knoeringen, Justizminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten Hoegner, Innenminister Seifried, Fraktionsvorsitzender Stock, Landessekretär Albert und der Landtagsabgeordnete Marx.

Von der CSU: Landesvorsitzender Josef Müller, Kultusminister und Fraktionsvorsitzender Hundhammer, Landtagspräsident Horlacher, die Landtagsabgeordneten Lacherbauer und Donsberger sowie der Generalsekretär der CSU Franz-Josef Strauß[43].

Die Delegationen kamen jedoch über unverbindliche Diskussionen nicht hinaus. Die Stellung Müllers als Verhandlungsführer von seiten der CSU war in seiner Partei viel zu wenig gefestigt, als daß er eindeutige Vereinbarungen mit der SPD-Delegation hätte treffen können, obwohl er für seine Person dazu Anstalten machte[44]. Der Leiter der SPD-Delegation, Knoeringen, stand in Kontakt mit Kurt Schumacher in Hannover und wurde von diesem gedrängt, in den Koalitionsverhandlungen „einen festen Standpunkt" gegenüber der CSU einzunehmen[45].

Die Spannungen zwischen den Delegationen beider Parteien verschärften sich, als die Vereinbarung, die Regierung habe ein Notprogramm vorzulegen, nicht durchgeführt wurde. Die Interpretation der Auseinandersetzung um die Wahl des Direktors des Amtes für Wirtschaft beim Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt[46] durch Josef Müller nach Aufforderung der SPD als „eine nicht beabsichtigte Verkettung von Umständen"[47] bezeichnete die SPD als ungenügend, da für sie damit eine grundlegende Vorentscheidung über die Prinzipien der künftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland und die Stellung der Partei im Rahmen der politischen Konstellationen der Bizone gefallen war, die naturgemäß auch das Verhältnis der SPD in Bayern zu der CSU betraf[48]. Die in der Zwischenzeit durch die CSU veröffentlichten Koalitionsbedingungen [49] entsprachen nicht den auf der Landeskonferenz der SPD in ihrem Programm aufgestellten Prämissen für eine Fortsetzung der Regierungskoalition. Da sich weder die CSU-Delegation bei den Koalitionsverhandlungen noch Veröffentlichungen der CSU über die Koalition auf bestimmte politische Aussagen festlegten, wurde immer deutlicher, daß sich die CSU wegen ihrer internen Zerrissenheit auf gar keine einheitliche politische Linie einigen konnte[50]. Die SPD-Delegation unterbreitete nochmals einen Vorschlag, der unterstrich, daß die Führungsspitze der SPD in Landesvorstand, Fraktion und Regierung trotz aller Schwierigkeiten noch immer bemüht war, an der Koalition festzuhalten. Der Vorschlag ging

[40] KdL 3, ohne Datum (2. Junihälfte 1947).
[41] KdL 6, 7. 7. 47; „Zu den Koalitionsverhandlungen", in: Tribüne der Partei, Juli 1947 (SPD-LV 47).
[42] KdL 5, 1. 7. 1947.
[43] Parlamentsdienst der SPD, 13. Juni 1947; Tribüne der Partei, Juli 1947 (beide SPD-LV 1947).
[44] KdL 8, 21. 7. 1947.
[45] KdL 9, 28. 7. 1947. Knoeringen (I) betonte allerdings, daß Schumacher ihm „die Entscheidungen in der bayerischen Politik überlassen" habe. Vgl. hierzu unten S. 107 A. 72.
[46] SPD und CDU/CSU hatten dieses Direktorat jeweils für sich beansprucht. Als mit den Stimmen der FDP/LDP der Kandidat der CDU/CSU, Semler, gewählt wurde, erklärte die SPD die Zurückziehung ihrer Kandidaten für die weiteren Ämter und gleichzeitig die Übernahme der Opposition. (Vgl. Erwin Schöttle, Sten. Ber. Zweizonenwirtschaftsrat, 2. Vollversammlung, 22.—24. Juli 1947, S. 36).
[47] KdL 10, 30. 7. 1947.
[48] KdL 9, 28. 7. 47; „SPD in Opposition", in: Das Volk, Nr. 23, Sept. 1947; „Wandlung in Frankfurt", in: Das Volk, Nr. 5, Dez. 1947.
[49] Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union, Nr. 15, 1947.
[50] KdL 12, 11. 8. 1947; 13, 25. 8. 1947.

dahin, einen Ausschuß von Fachleuten beider Parteien zu bilden, der prüfen sollte, ob überhaupt eine Basis für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gegeben sei. Zugleich sollte dieser „Koalitionsausschuß" konkrete Gesetzentwürfe und grundsätzliche Stellungnahmen auf folgenden Gebieten ausarbeiten:

1. Sozialisierung in Bergbau und Energiewirtschaft
2. Strukturveränderungen und -verbesserungen der bayerischen Wirtschaft
3. Wirtschaftsdemokratie
4. Wirtschaftsplanung
5. Lastenausgleich
6. Kulturpolitik, insbesondere Schulreform
7. Flüchtlingssiedlung[51].

Knoeringen gab bekannt, daß „von dem Ergebnis der Arbeiten dieses Ausschusses ... die weitere Stellungnahme der SPD im Sinne des ihr von der Landeskonferenz erteilten Auftrages" abhänge[52]. Im Grundsatz erklärte er sich nach wie vor bereit, die Regierungsmitverantwortung zu tragen.

Eine Einigung zwischen beiden Parteien wurde immer unwahrscheinlicher, als die ohnehin mangelhafte Kontinuität der Verhandlungen gänzlich dadurch unterbrochen wurde, daß sich Josef Müller für die Sitzung am 9. August 1947 vertreten und Hundhammer entschuldigen ließ. Staatssekretär Pfeiffer (CSU) erklärte unverbindlich, daß die CSU den Vorschlag der SPD als mögliche Grundlage weiterer Verhandlungen ansehe[53]. Zu derselben Zeit forderten starke Kräfte innerhalb der bayerischen SPD bedingungsloser als zuvor die Beendigung der Koalition mit der CSU[54]. Der immer mehr anschwellenden Opposition innerhalb der Partei gegen die Koalition mußte der Landesvorstand Rechnung tragen und forderte deshalb parteiintern die unteren und untersten Parteiorganisationen auf, „Fälle von reaktionärem Verhalten und feindlicher Einstellung" der CSU gegenüber der SPD zu melden[55]; in der Öffentlichkeit begann er eine Kampagne, deren Tenor war, daß der Landtag in seiner derzeitigen Zusammensetzung nicht mehr als demokratische repräsentative Institution der Bevölkerung Bayerns angesehen werden könne, da 500 000 Neubürger und ein Teil der jüngeren Generation 1946 noch nicht wahlberechtigt gewesen seien[56]. Die uneinheitlichen Äußerungen und Maßnahmen des Landesvorstandes stellten letzten Endes den Versuch dar, die Auseinandersetzungen um die Frage der Fortsetzung der Koalition auf eine neue Basis zu heben: Nicht mehr die Koalitionsfrage sollte im Vordergrund stehen, sondern die Forderung nach einer gänzlichen Neuverteilung der politischen Kräfte in Bayern auf Grund einer Landtagsneuwahl nach einer eventuellen Spaltung der CSU auf dem Parteitag in Eichstätt[57]. Damit hoffte der Landesvorstand, insbesondere Knoeringen selbst, die gesamte bayerische SPD in einer problematischen politischen Situation wieder hinter sich zu einigen, ohne gezwungen zu sein, einseitig den Koalitionsvertrag aufzukündigen.

Die unmittelbar darauf folgende Entwicklung bewies jedoch, daß weder mit einer Änderung der hinhaltenden Taktik der CSU noch mit ihrem Auseinanderbrechen kurzfristig

[51] KdL 10, 30. 7. 1947.
[52] Ebenda.
[53] KdL 12, 11. 8. 1947.
[54] Hierzu das Dementi des Landesvorstandes in: KdL 10, 30. 7. 47.
[55] KdL 6, 7. 7. 47; 8, 21. 7. 47.
[56] KdL 6, 7. 7. 47; 8, 21. 7. 47.
[57] Wie stark der Landesvorstand mit einer derartigen Spaltung rechnete, geht aus den Berichten über die permanenten Spannungen in der „Sieben-Flügel-Partei" hervor (KdL 5, 1. 7. 47; 6, 7. 7. 47; 7, 14. 7. 47; 12, 11. 8. 47; 13, 25. 8. 47). Auch Knoeringen (I) bestätigte dies.

zu rechnen war. Auf einer Arbeitstagung der SPD-Fraktion in Berneck vom 26. bis 30. August und während einer erneuten Besprechung zwischen einer dreiköpfigen Abordnung der bayerischen SPD unter Knoeringen einerseits, Schumacher und Ollenhauer vom Parteivorstand andererseits wurde der Koalitionsaustritt so gut wie beschlossen[58]. Knoeringen stimmte mit Schumacher überein, daß die SPD weiterhin „in der Koalition nur der Blitzableiter der CSU" sei und die CSU mache, was sie wolle. Nun sollte der Koalitionsaustritt der Hebel sein, um in der CSU als alleiniger Regierungspartei die Spannungen und Gegensätze weiter aufzureißen und durch eine Spaltung die Partei entscheidend zu schwächen[59].

Die letzte offizielle Ursache für den Austritt der SPD aus der bayerischen Koalitionsregierung lieferte die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten auf der CSU-Landeskonferenz in Eichstätt am 30. August 1947:

> „Wer sich aus irgendwelchen Gründen und Gefühlen ‚Sozialist' nennt und dem Sozialismus die Chance für die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Verfassung der Völker zuspricht, müßte sich klar darüber sein, daß der aus dem Gedankengut des historischen Materialismus erwachsene Sozialismus, gleich welcher Art, ob er nun integral oder revisionistisch sein mag, der Weg zur kollektivistischen Wirtschaft ist und damit zwangsläufig in autoritäre und totalitäre Staatsformen hineinführt. Wer zur Demokratie will, muß dieser Wegrichtung abschwören, und es wäre an der Zeit, daß Demokraten es sich abgewöhnen, ihre sozialen Gesinnungen als Sozialismus zu bezeichnen[60]."

Die Gezieltheit der antisozialistischen Bemerkungen des Ministerpräsidenten mußte — auch wenn er später erklärte, er habe damit „in keiner Weise die Sozialdemokratie treffen" wollen[61] — um so eklatanter hervortreten, als die SPD in den Koalitionsverhandlungen besonders den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zum eigentlichen Prüfstein der Koalition gemacht hatte. Der für den 13./14. September 1947 nach München einberufene erweiterte Landesausschuß der SPD stellte in einer Entschließung fest, daß auf Grund der Haltung des bayerischen Ministerpräsidenten auf der CSU-Landeskonferenz in Eichstätt sowie der bereits zurückliegenden Entscheidung der CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat und der „Gesamthaltung der CSU im Landtag und in vielen Stadt- und Landkreisen"[62] eine Zusammenarbeit der SPD mit der CSU in der bayerischen Regierung auf der Basis der Koalitionsvereinbarungen vom 28. Januar 1947 nicht mehr möglich sei[63]. Eine weitere latente Ursache für Spannungen zwischen SPD und CSU und die Auflösung der Koalition war die „intransigente Kulturpolitik Hundhammers"[64]

[58] Hoegner, Außenseiter, S. 295.

[59] Knoeringen (I).

[60] Abgedr. in: RD, Nr. 39, Dez. 1947; Hoegner, Außenseiter, S. 295.

[61] KdL 15, 15. 9. 47. Vgl. auch Hoegner (Außenseiter, S. 295), der nicht in Ehard den Verfasser des Redemanuskripts sieht. Als Verfasser gilt allgemein der Ministerialdirektor der Staatskanzlei, Karl Schwend, ein enger Vertrauter Ehards.

[62] Wie Knoeringen später bekanntgab, hatte die Parteileitung der CSU ihre unteren Organisationseinheiten von dem Geltungsbereich der Koalitionsvereinbarung auch für Gemeinden, Kreise und Städte überhaupt nicht unterrichtet (Rundfunkrede über Radio München am 15. 9. 47, abgedr. in: KdL 15, 15. 9. 47).

[63] Entschließung des Landesausschusses am 14. 9. 1947 zur politischen Lage (SPD-LV 1947); ebenfalls abgedr. in: Hoegner, Außenseiter, S. 297. Siehe auch Anhang (S. 257). — Über die gegensätzliche Meinung Hoegners vgl. ebenda, S. 295 ff. — Über die parteiinterne Konstellation vor und während der Sitzung des erweiterten Landesausschusses vgl. unten S. 106 f.

[64] Hoegner (I). Claus Pittroff (spk, 10. 12. 47): „Gerade aus dem Kultusministerium wurde ein gut Teil jenes Sprengstoffes geliefert, der die Zertrümmerung der Koalition bewirkte." — Vgl. hierzu unten S. 183 f. — Die ungeheure politische Aktivität, die die bayerische SPD 1947 durch ihre hohe Zahl von Gesetzesanträgen und -ausarbeitungen für den bayerischen LT bewies, kann ebenfalls als Ursache dafür angesehen werden, daß die CSU diesen disziplinierten Koalitionspartner möglichst bald außerhalb der Koalition haben wollte. Die Möglichkeit der Realisierung der sozialdemokratischen Entwürfe in Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik durch die Koalition wurde dadurch ausgeschaltet.

Die Entschließung wurde in dem Punkt, der den Austritt der sozialdemokratischen Minister und Staatssekretäre aus der Regierung vorsah, gegen die Stimmen der vier sozialdemokratischen Minister, des Fraktionsvorsitzenden Stock und weiterer sieben Delegierten angenommen[65]. Am 15. September 1947 erklärten die sozialdemokratischen Minister der bayerischen Staatsregierung dem Ministerpräsidenten ihren Rücktritt[66]. In der Sitzung des Landtags am 20. September 1947 wurde der Rücktritt genehmigt, und Ministerpräsident Ehard gab sein neues, nur aus CSU-Politikern zusammengesetztes Kabinett bekannt. Der Landtag stimmte zu und übertrug damit der CSU die alleinige Regierungsverantwortung in Bayern[67].

Auf der Landesausschußsitzung der SPD hatte Hoegner in seinem „wutig"[68] gesprochenen Diskussionsbeitrag unter dem Beifall der Delegierten ein Junktim zwischen einem Koalitionsaustritt und der Auflösung des Landtages hergestellt[69]. Damit hatte er die Initiative an sich gebracht und den dem Koalitionsaustritt folgenden Schritt der bayerischen SPD gegen den Willen des Landesvorsitzenden Knoeringen bestimmt. Knoeringen unternahm keinen Versuch, sich gegen den Landesausschuß durchzusetzen[70], der beschloß, Landtagsfraktion und Vorstand zu beauftragen, „alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um durch Neuwahlen zum Landtag eine Klärung der politischen Verhältnisse herbeizuführen"[71]. Am 20. September 1947 — in der gleichen Sitzung, in der der Landtag den Austritt der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder billigte — stellte die SPD-Fraktion den Antrag, den Landtag aufzulösen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Stock und der Landesvorsitzende Knoeringen begründeten den Antrag damit, daß Ministerpräsident Ehard bei seiner Wahl seinerzeit mehr Stimmen der jetzigen Opposition als seiner eigenen Partei erhalten habe. Da die CSU immer wieder in eine Regierungs- und in eine Oppositionspartei zerfallen sei, müsse jetzt durch eine Auflösung des Landtags und eine Neuwahl Klarheit geschaffen werden. Dies erfordere auch die Tatsache, daß die Zusammensetzung des Landtags nicht mehr der veränderten sozialen Struktur in Bayern durch Neubürger und jugendliche Neuwähler entspreche[72]. Der Landtag lehnte den Antrag mit 123:49 Stimmen ab[73].

Der Anfang der Oppositionstätigkeit der SPD in Bayern war belastet durch das Odium der „Flucht aus der Verantwortung"[74], wogegen sich die Partei heftig zur Wehr setzte[75]. Knoeringen definierte den Begriff der Opposition im parlamentarischen System als „untrennbar mit dem der Verantwortung" verbunden[76]. Die SPD werde den Beweis erbringen müssen, dieser Verpflichtung gerecht zu werden. Deswegen sei nicht Obstruktion sondern Opposition die neue politische Rolle der SPD.

[65] Hoegner, Außenseiter, S. 298.
[66] Sten. Ber. LT, 20. Sept. 1947, S. 3. — Vgl. auch Rede Knoeringens über Radio München am 15. 9. 47 (abgedr. in: KdL 15, 15. 9. 47).
[67] Sten. Ber. LT, 20. Sept. 1947, S. 4 f. — Kabinett Ehard II im Anhang (S. 263).
[68] Knoeringen (I).
[69] Rede abgedr. bei Hoegner, Außenseiter, S. 297.
[70] Knoeringen (I): „Durch den Antrag auf Auflösung des Landtags wurde das Ausscheiden aus der Regierung lächerlich." Demgegenüber bezeichnete Hoegner Knoeringens Befürwortung der Auflösung der Koalition als „Primanerpolitik" (Knoeringen [I]). — Im Rückblick halten alle interviewten Politiker (siehe Anhang [S. 279]) — mit Ausnahme Knoeringens — den Koalitionsaustritt für einen Fehler, obwohl sie ihn — außer Hoegner — seinerzeit befürwortet hatten.
[71] Beschluß des Landesausschusses am 14. Sept. 1947 zur politischen Lage, Punkt 3 (SPD-LV 1947), s. unten Anhang, S. 257. Ebenfalls abgedr. in: Hoegner, Außenseiter, S. 297.
[72] Sten. Ber. LT, 20. Sept. 1947, SS. 7, 11 ff.; Beilage 690.
[73] Ebenda, S. 16.
[74] So die Interpretation einer Rundfunkrede Ehards durch den Landesvorstand der SPD (KdL 17, 24. 9. 47). — Vgl. dazu auch die ausführliche Darstellung bei Hoegner, Außenseiter, S. 298 f.
[75] KdL 16, 17. 9. 47; 17, 24. 9. 47 u. ö.
[76] Rede über Radio München am 26. 9. 47 (teilweise wiedergegeben in: KdL 18, 29. 9. 47).

Das Hauptgewicht ihrer Aktivität als Oppositionspartei legte die SPD in drei deutlich zu unterscheidenden Phasen auf:

1. Wirtschafts- und Sozialpolitik, hierbei insbesondere Aufbaupolitik mit dem Schwergewicht auf dem Sozialen Wohnungsbau (1947/48),
2. Deutschlandpolitik (1948/49),
3. Kulturpolitik (1950)[77].

Vor allem aber geisterte von nun an die Herbeiführung eines Volksbegehrens und Volksentscheides zur Auflösung des Landtages als essentieller Bestandteil der sozialdemokratischen Oppositionsprogrammatik durch die bayerische Politik. Knoeringen wußte dem Dilemma, in dem sich die Partei in dieser Frage befand, nicht wirkungsvoll zu begegnen, sprach sich einmal für, einmal gegen die Auflösung des Landtages aus[78] und erhöhte dadurch die Verwirrung in Partei und Öffentlichkeit. Tatsächlich wurde nun die bayerische SPD den Geist, den sie gerufen hatte, nicht mehr los[79]. Der Landesvorstand unter Knoeringen hatte die Initiative verloren und mußte in diesem Punkt für eine Politik der Negation eintreten, die er nicht gewollt hatte. Nolens volens arbeitete die SPD im Verfassungsausschuß des Landtages auf die Fertigstellung eines Wahlgesetzes für Volksbegehren und Volksentscheid hin[80]. Am 12. Dezember 1947 wurde nach Anträgen der SPD[81] die Regierung durch den Landtag aufgefordert, möglichst bis 1. Januar 1948 ein Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vorzulegen[82]. Die Forderung nach Volksbegehren und Volksentscheid zur Auflösung des Landtages wurde in der Folge — entgegen der ursprünglichen Absicht des Landesvorstandes — zum immer wiederholten Bestandteil der sozialdemokratischen Oppositionspolitik gegenüber der Regierung und der CSU. Da sich die bayerische SPD jedoch in ihrer Mehrheit nur widerwillig dazu bekannte, resultierte daraus ein Grund für ihre Politik der Worte, denen keine Taten folgten. Darüber hinaus trug dies eher zur Kohäsion der divergenten Kräfte in der CSU bei, anstatt die von Knoeringen ursprünglich beabsichtigte rasche Spaltung und „Abbröckelung" der Partei durch „Isolierung des konservativen Blocks"[83] zu fördern.

Für das Jahr 1948 legte die SPD in Bayern das Schwergewicht ihrer Politik mehr und mehr auf den sozialen Wohnungsbau[84]. Mit der Kritik an der gesamten Politik des Aufbaus des ersten bayerischen Nachkriegsparlaments verband Knoeringen in einer Rede vor dem Landtag am 18. Februar 1948 die Präzisierung der Prinzipien der sozialdemokratischen Oppositionspolitik im Landtag[85]: Die SPD mache die gesamte Politik des Aufbaus und insbesondere des sozialen Wohnungsbaus „zum Prüfstein unserer Demokratie und zum Prüfstein dieses Landtages". Entspreche die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung auf diesem Gebiet nicht den Anforderungen der sozialdemokratischen Oppo-

[77] Die sozialdemokratische Programmatik und Politik wird hier nur in dem für die Erklärung der parteipolitischen Konstellationen notwendigen Maß berücksichtigt. Zu den Details vgl. unten S. 157 ff.

[78] Auf einer Pressekonferenz am 9. Okt. 47 nannte Knoeringen die Auflösung des Landtags an erster Stelle der künftigen Programmatik der SPD in der Opposition (Manuskript im SPD-LV 1947); in seiner Rundfunkansprache am 26. 9. 47 erwähnte er diesen Punkt trotz ausführlicher Darlegung des sozialdemokratischen Programms in der Opposition überhaupt nicht (KdL 18, 29. 9. 47); in einem Interview mit dem „Südost-Kurier" sprach er sich ausdrücklich gegen die Ausschreibung eines Volksbegehrens zur Herbeiführung der Auflösung des Landtags „im gegenwärtigen Zeitpunkt" aus (Südost-Kurier, 28. 9. 47).

[79] Knoeringen (I) bedauerte vor allem die „Aufbauschung" der angeblich prinzipiellen sozialdemokratischen Politik zur Auflösung des Landtags in der Presse. — Hoegner (I) bemerkte, daß die Herbeiführung eines Volksbegehrens und Volksentscheids zur Landtagsauflösung „später nicht mehr so ernst gemeint" gewesen sei.

[80] KdL 24, 20. 11. 47.

[81] Beilagen 780 (15. 10. 47) und 862 (18. 11. 47).

[82] Sten. Ber. LT, 12. 12. 47, S. 511.

[83] Knoeringen (I).

[84] Vgl. unten S. 173 ff.

[85] Sten. Ber. LT, 18. 2. 1948, S. 879 f.

sition und würden die sozialdemokratischen Vorschläge auf diesem Gebiet nicht von der Regierung aufgegriffen und in eine konstruktive Politik umgesetzt, so „wird die Sozialdemokratie ins Volk gehen und wir werden den sozialen Druck der Massen mobilisieren, damit der Bau von Wohnungen möglich wird“[86]. Die SPD war sich bewußt, daß es einer konsequenten Politik des Aufbaus bei genügender Publizität nicht an Popularität fehlen würde. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD wurde deswegen an dieser Stelle als Hebel angesetzt, um parteitaktisch ein Zweifaches zu erreichen:

1. der Regierung Unfähigkeit nachzuweisen und die Risse in der Regierungspartei zwischen Befürwortern und Gegnern eines geplanten sozialen Wohnungsbaus zu vertiefen,
2. eine „Volksbewegung“[87] gegen die Regierung und für die sozialdemokratische Politik in diesem Punkt, später auch in ihrer Gesamtheit, zu entfachen.

Weiterhin bestand eine zweifache politische Drohung:

1. durch Volksbegehren und Volksentscheid eine Auflösung des Landtages zu erzwingen,
2. durch eine Neuwahl des Landtages eine bessere Ausgangsposition zur Durchsetzung der sozialdemokratischen Politik auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues, später auch in ihrer Gesamtheit zu erlangen[88].

Als ab März 1948 eine Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung durch den allmählichen Anstieg der Lebensmittelrationen (Fett, Zucker, Fisch, Eipulver, Früchte) erfolgte, keimte in der Bevölkerung nach den Jahren der Entbehrungen neue Hoffnung. Eine Änderung der sozialen und sozialpsychischen Situation war die Folge. Die Sozialdemokratie konnte der Regierung nicht mehr vorwerfen, daß sie nicht in der Lage sei, die elementarsten Bedürfnisse der Menschen in Bayern zu befriedigen. Die CSU und die Regierung andererseits konnten einen psychologisch-politischen Erfolg verzeichnen, obwohl sie selbst keinen Anteil an der Bereitschaft der USA hatten, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Mit ihrem Plan zum Wohnungsbau und vier Gesetzentwürfen zur Demokratisierung der Wirtschaft[89] suchte die SPD eine wegweisende Programmatik für die soziale und wirtschaftliche Strukturierung vorzulegen und die neue soziale Dynamik für ihre politischen Ziele zu gewinnen.

Am 25. April 1948 fanden die Gemeinde- und Kreistagswahlen, am 30. Mai 1948 die Stadtkreiswahlen statt. Sie waren — wenn auch nicht absolut übertragbar auf die landespolitischen Verhältnisse — ein Test für die Konstellation des Parteiensystems, insbesondere der beiden großen Parteien, in Bayern. Die Ergebnisse waren für die SPD allerdings nicht ermutigend, obwohl sie relativ weit besser als die CSU abschnitt[90]. Der Ausgang der Kommunalwahlen konnte jedoch als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Zusammensetzung des Landtags nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entsprach und das Problem einer Landtagsneuwahl aktuell war[91]. Die SPD forcierte deswegen weiter ihre Bemühungen, durch ein konstruktives Aufbauprogramm die Zustimmung breiter

[86] Ebenda, S. 879.
[87] Ebenda. — Vgl. auch SZ, 9. März 1948; 27. März 1948.
[88] Knoeringen (I) bezeichnete es als sein tiefstes Anliegen, „eine ausstrahlende Politik als Werbung“ zu betreiben bzw. „Politik und Werbung psychologisch miteinander zu verbinden“. — Letzten Endes beinhaltet dies nichts anderes als die richtige Erkenntnis, daß erfolgreiche Politik nur in adäquater Kombination von a) sachlich begründeter und notwendiger Politik, b) parteitaktischer Anwendbarkeit dieser Politik und c) größtmöglicher positiver Resonanz in der Öffentlichkeit für diese Politik betrieben werden kann. Selbstverständlich dürfen dabei erstarrte oder verhärtete soziale Strukturen nicht übersehen werden, die gerade in der bayerischen Politik von eminenter Bedeutung waren und noch immer sind. (Vgl. dazu auch oben S. 18—24).
[89] Hinweise für Referenten, hg. vom Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayerns, 17. 3. 48 (SPD-LV 48). — Vgl. unten S. 172 ff.
[90] Siehe Tabelle im Anhang (S. 249).
[91] RD, Nr. 131, 27. 4. 48; spk, 28. 4. 48; SZ, 1. 6. 48; 5. 6. 48.

Kreise der Bevölkerung — nicht zuletzt der Flüchtlinge und Vertriebenen[92] — zu gewinnen, um im Falle einer Neuwahl des Landtages als stärkste Partei hervorzugehen[93].
Auf eine kurze Anfrage der SPD-Fraktion[94] teilte Ministerpräsident Ehard am 28. April 1948 mit, der Entwurf des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid sei fertiggestellt und gehe in den nächsten Tagen dem Ministerrat zu, so daß er in der nächsten Zeit dem Landtag vorgelegt werden könne[95]. Als die Regierung jedoch keinerlei Anstalten machte, diese Ankündigung zu verwirklichen, monierte Knoeringen am 9. Juni 1948 in scharfen Worten dieses Verhalten, wies erneut auf die Diskrepanz zwischen der veränderten Sozialstruktur Bayerns seit 1946 und der Zusammensetzung des Landtages hin und nannte ein Volksbegehren eines der „geeigneten Mittel", den Landtag aufzulösen[96].
Die Einwirkungen der SPD auf die weitere Entwicklung der politischen Konstellationen in Bayern waren dadurch gekennzeichnet, daß sie konsequent hinarbeitete auf

1. die Vervollständigung des Aufbauplanes und seine Umsetzung in die Praxis,
2. die Auflösung des Landtages durch Volksbegehren und Volksentscheid („Der Plan zum sozialen Wohnungsbau wird der Mittelpunkt im Kampf um die Auflösung des Landtages sein")[97].

Das Verhältnis von CSU und SPD war in dieser Phase der politischen Auseinandersetzung bestimmt durch:

1. die Bemühungen Ministerpräsident Ehards, den Vorsprung der SPD auf dem Gebiete der Planung des Aufbaus — insbesondere des sozialen Wohnungsbaues — aufzuholen, um dadurch den zentralen Punkt der SPD-Programmatik in ihrer Opposition gegen Regierung und CSU unwirksam zu machen[98],
2. die aus taktischen Gründen der SPD konformen Bemühungen Josef Müllers, ebenfalls eine Auflösung des Landtages zu erreichen. Die Gründe hierzu waren nach Ansicht führender bayerischer Sozialdemokraten:
   a) Der SPD sollte es nicht ermöglicht werden, in einer langfristigen Aufklärungsarbeit ihren Aufbauplan zu propagieren, den Landtag aufzulösen und gestärkt aus Neuwahlen hervorzugehen.
   b) Die im Aufbau begriffene Organisation der Bayernpartei, deren Wählerreservoir in hohem Maße aus früheren CSU-Wählern bestand, sollte durch eine frühzeitig angesetzte Wahl einen Rückschlag erleiden.
   c) Die Landtagsneuwahl sollte eine Stärkung des Müller-Flügels in der CSU bringen[99].
3. Das Gerücht einer neuen CSU-SPD-Koalition. Der SPD-Landesvorsitzende Knoeringen trat dieser Mutmaßung jedoch energisch entgegen. Die Devise der bayerischen SPD sei: „Opposition und Auflösung des Landtages[100]." Ebenso dementierte Stock angebliche Koalitionsgespräche mit Müller[101].

[92] Vgl. unten S. 162 ff.
[93] spk, 28. 4. 48. — Das Aufbauprogramm der SPD hatte im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle gespielt und war von der CSU als „plumper Wahlschlager" abgetan worden (KdL 33, 29. 4. 48). Über Propaganda und Werbung der bayerischen SPD siehe unten S. 123 ff.
[94] Beilage 1290. — Über das Prinzipielle dieser politischen Taktik der bayerischen SPD: spk 7. 4. 48; RD, Nr. 134, 27. 4. 48.
[95] Sten. Ber. LT, 28. 4. 48, S. 1285.
[96] Sten. Ber. LT, 9. 6. 48, S. 1531 ff.; Beilage 1466.
[97] KdL 33, 29. 4. 48.
[98] Ebenda; Knoeringen auf der SPD-Landeskonferenz in Fürth (Südost-Kurier, 16. 6. 48).
[99] KdL 34, 11. 5. 48; Stock auf der SPD-Landeskonferenz in Fürth (Südost-Kurier, 16. 6. 48).
[100] spk, 19. 5. 48; SZ, 22. 5. 48.
[101] Südost-Kurier, 16. 6. 48.

Mit der Veröffentlichung der Broschüre „An alle Aufbauwilligen, Aufbauplan A, der erste Schritt, 100 000 Wohnungen“[102] begann die SPD in Bayern die Hauptphase ihrer konstruktiven Oppositionspolitik: „Mit diesem Programm tritt unsere Partei in eine neue Phase ihres politischen Kampfes ein[103].“ Die Prioritätenfolge der sozialdemokratischen Oppositionspolitik war damit: Aufbauplan — „Volksbewegung“ — Schwächung der CSU und Stärkung der SPD (evtl. Auflösung des Landtages durch Volksentscheid) — Umsetzung des SPD-Aufbauplanes in die Praxis — Erfolg der sozialdemokratischen Aufbaupolitik als Voraussetzung der Popularisierung der sozialdemokratischen Gesamtpolitik[104]. Unmittelbar darauf war jedoch bereits der Höhepunkt für Propaganda und Realisierung der sozialdemokratischen Aufbauprogrammatik überschritten. Der ehrgeizige Plan der SPD scheiterte an ihrer wenig einflußreichen Position in der Opposition, der eine Regierungspartei mit absoluter Mehrheit gegenüberstand, an der Währungsreform und der Zurückdrängung der Bedeutung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der öffentlichen Diskussion sowie an der neuen Phase der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik. Was sich 1948 mit der Konstituierung des bizonalen Wirtschaftsrates bereits angekündigt hatte, wurde 1949 zum beherrschenden Thema: Die Deutschlandpolitik errang den absoluten Primat über jede, wie auch immer spezifizierte Landespolitik. Die bayerische SPD trug der neuen politischen Konstellation Rechnung und kündigte für 1949 im Sinne ihrer Deutschlandidee einen „umfassenden Aufklärungsfeldzug gegen die Separatisten in Bayern“ an[105]. Am 4. Mai 1949 veröffentlichte sie ein Flugblatt „An die bayerische Regierung!“[106], in dem sie die Regierung vor separatistischen Bestrebungen in Bayern warnte. Insbesondere wurde in dem Flugblatt darauf hingewiesen, daß „Vertreter dieser Richtung ... Mitglieder des bayerischen Kabinetts“ seien; deswegen werde „die Sozialdemokratie ... die Bevölkerung Bayerns zum schärfsten Kampf aufrufen“. Die SPD in Bayern war bestrebt, durch und für ihre Deutschlandpolitik — wie zuvor durch und für ihre Aufbaupolitik — eine breite dynamische Basis in der Bevölkerung zu gewinnen, und behielt die Forderung nach Auflösung des Landtages entsprechend als taktisches Instrument bei[107]. Höhepunkte im Landtag waren die Begründung Knoeringens zu einer SPD-Interpellation[108] am 13. Mai 1949 und die Erklärung der bayerischen SPD zum Bonner Grundgesetz am 19. Mai 1949. Die SPD-Interpellation wies auf die monarchistisch-separatistischen Äußerungen führender bayerischer Politiker hin und stellte an den Ministerpräsidenten die Frage, ob er bereit sei, „vor der Volksvertretung eine eindeutige Erklärung abzugeben und die Verurteilung der Äußerungen verschiedener Mitglieder seines Kabinetts auszusprechen?“[109]. In der Begründung wies Knoeringen darauf hin, daß es der bayerischen SPD darum gehe, eine eindeutige Aussage der bayerischen Staatsregierung über das Verhältnis Bayerns zu Deutschland zu erhalten. Er griff vor allem Josef Baumgartner und die Bayernpartei sowie den CSU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag und Kultusminister Hundhammer an. Wiederum bestand ein Widerspruch zwischen einer Erklärung des Ministerpräsidenten — in diesem Falle zum Bonner Grundgesetz[110] — und

[102] Hg. vom Landesverband Bayern der SPD, verantwortlich: von Knoeringen, Rosenheim 1948 (SPD-LV 48).
[103] Knoeringen in einem Interview mit dem Südost-Kurier (16. 6. 48).
[104] Vgl. hierzu auch Münchner Post, 2. Okt.-Ausgabe 1948.
[105] Südost-Kurier, 2. 2. 49. — Zu der Deutschlandpolitik der SPD vgl. unten S. 168 ff.
[106] Verantwortlich: Karl Füß, Auflage: 50 000 (SPD-LV 49—50).
[107] SZ, 7. 8. 48; 9. 10. 48 (siehe auch Kommentar ebenda); 19. 10. 48; Südost-Kurier, 2. 2. 49.
[108] Beilage 2451.
[109] Sten. Ber. LT, 13. 5. 49, S. 5.
[110] Ebenda, S. 2 ff.

einem Mitglied seines Kabinetts[111]. Die Antwort des Ministerpräsidenten[112] und die anschließende heftige Debatte[113] brachten kein Ergebnis. In der Landtagssitzung am 19./20. Mai 1949 bekannten sich SPD und FDP — im Gegensatz zu CSU und einzelnen, keiner der drei Parteien angehörenden Landtagsabgeordneten — zu dem am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat in Bonn beschlossenen Grundgesetz[114], unterlagen jedoch bei der namentlichen Abstimmung über den ersten Antrag der Staatsregierung[115] mit 63:101 bei 9 Enthaltungen[116]. Bei der Abstimmung über einen zweiten Antrag der Staatsregierung, der die Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes auch für Bayern vorsah, falls es in zwei Drittel der deutschen Länder angenommen werden sollte[117], enthielt sich die sozialdemokratische Fraktion gemäß der Erklärung Stocks[118] der Stimme[119]. Die CSU-Fraktion stimmte über Antrag 1 und 2 fast geschlossen mit „nein" bzw. „ja" ab.
Unmittelbar im Anschluß an die Abstimmungen beteiligte sich die SPD-Fraktion an einem Antrag, einen Volksentscheid über das Bonner Grundgesetz durchzuführen und damit eine Volksbefragung über die Auflösung des Landtages zu verbinden[120]. Da jedoch für die Durchführung eines Volksentscheides immer noch keine gesetzliche Grundlage vorhanden war, sprach sich die Mehrheit des Landtages gegen eine Abstimmung aus. Der SPD-Antrag muß als ein Versuch gewertet werden, deklamatorisch zu unterstreichen, wie unbefriedigend die politische Konstellation in Bayern für die SPD war. Durch die absolute Mehrheit der CSU im Landtag, die seit 1948 — wie die bayerische SPD ungeachtet verfassungsmäßiger Bestimmungen wiederholt argumentierte — nicht mehr dem Willen der Wählerschaft entsprach, war die SPD nicht in der Lage, ihre Auffassungen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Deutschlandpolitik auch nur im entferntesten durchzusetzen. Der von der SPD — allerdings keineswegs zielstrebig — verfolgte Versuch, den Landtag aufzulösen und damit eine neue politische Konstellation im bayerischen Parlament zu erzwingen, scheiterte daran, daß die bayerische Regierung und die CSU die Durchführung des Landeswahlgesetzes mit verfassungsmäßigen Grundlagen für Volksentscheid und Volksbegehren systematisch verzögerten[121]. Da sich die SPD bewußt war, daß die Entscheidung der CSU gegen das Bonner Grundgesetz insbesondere in Nordbayern unpopulär war, stellte sie den Antrag, um die für sie als Opposition so unbefriedigende Lage stärker in der Öffentlichkeit unterstreichen zu können und damit zu versuchen, durch starke Strömungen in der öffentlichen Meinung eine „Volksbewe-

[111] Hundhammer und Baumgartner sprachen sich für einen Volksentscheid aus über das Grundgesetz, wobei Hundhammer betonte, es könne „durchaus möglich" sein, daß „der Bund . . . zunächst ohne Bayern entstehen" würde (SZ, 3. 5. 49). Dem Antrag Hundhammers (Beilage 2470) wurde durch den Landtag einstimmig stattgegeben (Sten. Ber. LT, 19./20. 5. 49, S. 178), die Militärregierung verwarf ihn jedoch, da das Grundgesetz durch die Zustimmung von mehr als zwei Drittel der Länder bereits Rechtskraft erlangt hatte und damit eine Volksabstimmung in Bayern irrelevant geworden war (SZ, 24. 5. 49).

[112] Sten. Ber. LT, 13. 5. 49, S. 13 ff.

[113] Ebenda, S. 17 ff.

[114] Vgl. insbesondere die im Namen der sozialdemokratischen Fraktion abgegebene Erklärung Knoeringens (Sten. Ber. LT, 19./20. 5. 49, S. 93 ff.), die persönliche Erklärung Hoegners zur Abstimmung (ebenda, S. 169 f.) und die im Namen der SPD-Fraktion abgegebene Erklärung Stocks zur Abstimmung (ebenda, S. 172). — Siehe weiterhin unten S. 170.

[115] Beilage 2470: Antrag 1: Der Landtag wolle darüber beschließen, ob dem Grundgesetz in der vorliegenden Fassung die Zustimmung erteilt werden soll.

[116] Sten. Ber. LT, 19./20. Mai 49, S. 174.

[117] Beilage 2470: Antrag 2: Der Landtag wolle einen Beschluß herbeiführen, daß bei Annahme des Grundgesetzes in zwei Dritteln der deutschen Länder, in denen es zunächst gelten soll, die Rechtsverbindlichkeit dieses Grundgesetzes auch für Bayern anerkannt wird, wie es Art. 144 Abs. 1 des Grundgesetzes vorsieht.

[118] Ebenda, S. 172.

[119] Ergebnis der Abstimmung über Antrag 2: 97 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 70 Stimmenthaltungen (ebenda, S. 177).

[120] Ebenda, S. 178.

[121] So auch Hoegner (I).

gung gegen die CSU in Gang zu bringen"[122] und eine schnellere Verabschiedung des Landeswahlgesetzes zu erreichen.

Die sechste Landeskonferenz der SPD in Rosenheim (4. bis 6. Juni 1949) brachte die endgültige Abkehr der Partei von der erfolglosen und reichlich widerwillig gehandhabten Taktik der Herbeiführung eines Volksbegehrens zur Landtagsauflösung[123] und stattdessen die Fixierung von Schwerpunkten für die Fortsetzung der Oppositionspolitik:

1. Deutschlandpolitik: Die bayerische SPD bekannte sich zu der Politik Kurt Schumachers, der auch das Hauptreferat auf der Konferenz hielt[124].
2. Kulturpolitik: Verschärfung der Auseinandersetzung mit der Politik Hundhammers bis zum „kulturpolitischen Belagerungszustand"[125].
3. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Rosenheim brachte vorübergehend eine Verschärfung der sozialdemokratischen Politik in Bayern mit nachträglicher Kampfansage gegen die Kompromisse in der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung und deren Hauptbefürworter Wilhelm Hoegner. Teilweise mochte die Verhärtung eines antagonistischen Verhältnisses zwischen SPD und CSU — in zunehmendem Maße in der Kulturpolitik — durch die Wahl Ehards zum Landesvorsitzenden seiner Partei und die Niederlage Josef Müllers, die faktisch eine Stärkung Hundhammers und seiner Politik in der CSU bedeutete, bedingt gewesen sein[126].

Gemäß den auf der Landeskonferenz in Rosenheim festgelegten Richtlinien kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen bayerischer SPD und bayerischer Staatsregierung bzw. CSU auf den Gebieten

1. der Kulturpolitik: Am 23. Juni 1949 brachten SPD und FDP eine gemeinsame Interpellation gegen Kultusminister Hundhammer ein, in der sie ihm vorwarfen, zur Durchsetzung seiner Kulturpolitik weder Verfassung noch Gesetze einzuhalten[127].
2. der Wirtschafts- und Sozialpolitik: In einer Interpellation warf die SPD der bayerischen Staatsregierung und der CSU den ständigen Anstieg der Arbeitslosigkeit vor, durch den Bayern mit an der Spitze aller deutschen Länder lag[128]. In Verbindung damit

[122] Knoeringen (I). Knoeringen versuchte damals taktisch wiederum — wie zuvor mit dem Aufbauplan und in den 50er Jahren mit seinem kulturpolitischen Plan (Plan Z [= Zukunft]) — „Politik und Werbung zu verbinden."

[123] Von der Herbeiführung eines Volksbegehrens und Volksentscheids zur Auflösung des Landtags sprach kein einziger Redner der Landeskonferenz. Später griff lediglich Hoegner diese Forderung nach der Bundestagswahl 1949 (SZ, 18. Aug. 49) und nach dem Entscheid des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs über das Landeswahlgesetz (2. Dez. 49) noch einmal auf (SZ, 3./4. Dez. 49). — Beschlossen wurde das Bayerische Landeswahlgesetz durch den Rechts- und Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags am 26. Jan. 1949. Anschließend wurde es noch vielfachen, von allen Fraktionen gewünschten Modifikationen unterworfen und war Gegenstand verschiedener verfassungsgerichtlicher Verfahren. Auch die amerikanische Militärregierung machte Bedenken geltend (vgl. oben S. 57). Gedruckt erschien es erst im Okt. 1950, also gerade noch rechtzeitig zu der Landtagswahl am 26. Nov. 1950. — Vgl. Hermann Feneberg, Das Bayerische Landeswahlgesetz schen Landeswahlgesetzes, in: SZ, 7. 10. 48; ferner: SZ, 28. 10. 48; 13. 11. 48; 18. 11. 48; 27. 11. 48; 4. 1. 49; Sten. Ber. LT, 26. 1. 49, S. 549 ff.; Beilage 2147; Sten. Ber. LT, 27. 1. 49, S. 616 f.; Beilage 2150; SZ, 15. 2. 49; 3. 3. 49; Sten. Ber. LT, 16. 3. 49, SS. 768 ff., 779 ff.; Beilage 2280; SZ, 3./4. 12. 49; 10. 1. 50; 9. 5. 50; Sten. Ber. LT, 17. 5. 50, S. 448 ff.; Beilage 3759. — Eine Hypothese des Verfassers, die SPD habe in Bayern ihre energische Forderung nach schnellstmöglicher Fertigstellung des Landeswahlgesetzes mit den Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid zur Auflösung des Landtags nur taktisch als Druckmittel gegen Regierung und CSU benutzt, tatsächlich jedoch nach Kräften mit dazu beigetragen, die Verabschiedung des Landeswahlgesetzes durch immer neue Änderungsanträge und Anrufung des Verfassungsgerichtshofes hinauszuzögern, um nicht zur Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheid gezwungen zu sein, konnte weder nach den schriftlichen Unterlagen noch durch Interviews verifiziert werden. Diese Möglichkeit ist jedoch schon deswegen nicht von der Hand zu weisen, da sowohl Knoeringen (SZ, 4./5. 3. 50) als auch Hoegner (SZ, 18. 8. 49) zugaben, daß die SPD in Bayern nicht in der Lage sei, die mit Volksbegehren, Volksentscheid und Landtagswahl entstehenden Kosten zu tragen.

[124] SZ, 4. 6. 49; 7. 6. 49.

[125] SZ, 7. 6. 49.

[126] Über die Landeskonferenz der CSU in Straubing vgl. SZ, 21. 5. 49. Vgl. auch den Kommentar zur Wahl Ehards zum CSU-Landesvorsitzenden in: SZ, 7. 6. 49.

[127] Sten. Ber. LT, 23. 6. 49, SS. 383 ff., 394 ff.; Beilage 2594.

[128] Sten. Ber. LT, 22. 6. 49, S. 547; Beilage 2715.

kritisierte die SPD die Prinzipien der Wirtschaftspolitik der Regierung und wies als Alternative auf die sinnvolle Lenkung und Planung in der Wirtschaft hin[129].

Im Wahlkampf für den ersten Deutschen Bundestag betonte die SPD in Bayern in deutlicher Frontstellung gegen die CSU insbesondere:

1. das Verhältnis Bayerns zum Bund: Die SPD verwahrte sich dagegen, eine antibayerische Politik „unter dem Kommando von Hannover"[130] zu führen. Sie sprach sich für eine bayerische *und* deutsche Politik aus.
2. die Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die SPD prangerte das „unsittliche System einer freien Wirtschaft"[131] an und trat für eine soziale Neuordnung und einen planmäßig gelenkten wirtschaftlichen und sozialen Neuaufbau ein.

Die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag mußte in Bayern als ein noch deutlicherer Test für die aktuellen politischen Konstellationen gegenüber den Gemeinde-, Kreistags- und Stadtkreiswahlen 1948 angesehen werden. Ein Vergleich des prozentualen Stimmenanteils von CSU und SPD bei der Landtagswahl 1946 und der Bundestagswahl 1949[132] demonstriert die veränderte politische Situation:

	Landtagswahl 1. Dezember 1946	Verluste (–)	Bundestagswahl 14. August 1949
CSU	52,3 %	– 23,1 %	29,2 %
SPD	28,6 %	– 5,9 %	22,7 %

Die relativen Hauptgewinner der Bundestagswahl in Bayern waren die Bayernpartei (20,9 %), die WAV (14,4 %) und die FDP (8,5 %). Im gesamten Bundesgebiet erreichte die CDU/CSU 31,0 %, die SPD 29,2 %. Die CSU blieb so um 1,8 %, die SPD in Bayern um 6,5 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Welche Konsequenzen zog die bayerische SPD aus dem Ergebnis der Bundestagswahl für ihre künftige Oppositionspolitik und ihr Verhältnis zu Regierung und CSU? Die Gemeinde-, Kreistags- und Stadtkreiswahlen 1948 wie die Bundestagswahl 1949 hatten eindeutig gezeigt, daß die bayerische SPD zwar den Unterschied des Stimmenanteils in Wahlen zwischen der CSU und sich verringern konnte, jedoch nicht auf Grund einer Zunahme der Wählerstimmen für die SPD, sondern wegen des verheerenden Rückgangs der Stimmen für die CSU. Die Erkenntnis für die bayerische SPD daraus mußte sein, daß ihre Politik in der Opposition 1947–1949 keinen Erfolg in dem Sinne gebracht hatte, daß es der Partei möglich gewesen wäre, in neue Wählerschichten einzubrechen. Es war deswegen ein schwacher Trost für die Partei, daß die führenden Persönlichkeiten der SPD in Bayern und die Spitzengremien auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene das Wahlergebnis dahingehend interpretierten, daß die CSU „zusammengebrochen"[133] sei. Weit wichtiger für die SPD war es, daß sie in dem noch verbleibenden Jahr bis zur Landtagswahl 1950 die richtigen Schlußfolgerungen aus dem Bundestagswahlergebnis zog, um den erlittenen Stimmenschwund zu egalisieren und aus der deutlichen Schwächung der CSU Nutzen zu ziehen. Knoeringen stellte in einer Analyse der Bundestagswahl realistisch fest, daß sich die bayerische SPD seit ihrem Austritt aus der Koalition in zunehmendem Maße in der Gefahr der politischen Isolierung befinde[134]. Dennoch sprach er sich dafür aus, daß die SPD „ohne jede Bindung in den (Landtags-) Wahlkampf eintreten" wolle[135].

[129] Ebenda, SS. 547, 549.
[130] Waldemar von Knoeringen, Die SPD im Wahlkampf, in: SZ, 9. 8. 49.
[131] Ebenda.
[132] Vgl. Tabelle im Anhang (S. 249).
[133] Knoeringen (SZ, 15. 8. 49).
[134] Waldemar von Knoeringen, das Wahlergebnis der Bundestagswahlen vom 14. 8. 49 im Verhältnis zur SPD, Landesverband Bayern (Manuskript, SPD-LV 1949–50). Die Schlußfolgerungen der Analyse sind abgedruckt in: SZ, 30. 8. 49. – Vgl. dazu auch unten S. 156/157.
[135] SZ, 9. 11. 49.

Die Beschlüsse des SPD-Landesausschusses am 7. November 1949[136] bedeuteten keine Revision des Programms der SPD als Opposition im Bayerischen Landtag. Es blieb jene für die SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit cum grano salis so kennzeichnende alternativlose politische Persistenz, die jeden Ansatz zu einer flexiblen, anpassungsfähigen Politik als Verrat an den Prinzipien der Sozialdemokratie brandmarkte, obwohl sich zwischen SPD und Teilen der CSU durchaus Anknüpfungspunkte für eine konstruktive Politik des Kompromisses boten[137]. Die bayerische SPD verstand sich auch weiterhin primär als Teil einer überregionalen Partei und hielt an ihrem Prinzip fest, daß regionale Erfordernisse und Interessen in Bayern Ideologie und Programm der Gesamtpartei — und hier insbesondere des Parteivorstandes — unterzuordnen seien. Die SPD ignorierte damit die Ursachen der Erfolge ausschließlicher Landesparteien in Bayern, wie der CSU 1946 und der Bayernpartei 1949. Es wandelte sich allerdings die sozialdemokratische Taktik in der politischen Praxis im Zeitraum zwischen der Bundestagswahl 1949 und der Landtagswahl 1950. „Die intransigente Opposition"[138] als deutlich hervorstechendes Wesensmerkmal der bayerischen SPD seit ihrer Einordnung in die Gesamtpartei[139] erreichte auf der Landeskonferenz in Rosenheim mit dem Auftreten Kurt Schumachers ihren Höhepunkt. In der Folge traten jedoch in unerwartet kurzer Zeit bedeutsame Modifikationen der sozialdemokratischen Politik in Bayern ein: Die bayerische SPD, die nach dem Koalitionsaustritt Regierung und CSU als Ganzes rücksichtslos angegriffen hatte, befleißigte sich einer zunehmenden personellen und sachlichen Differenzierung. Dies zeigte sich insbesondere in der Kultur- und Wirtschaftspolitik:

1. Die entschiedene Absage an Hundhammer als Repräsentanten katholisch-konservativer und bajuwarisch-partikularistischer Politik in Bayern bestand fort. Aber die SPD nannte nun diesen Exponenten einer von ihr bekämpften politischen Richtung beim Namen und setzte die Politik Hundhammers nicht mehr gleich mit der der gesamten CSU oder zumindest eines großen Teils dieser Partei[140].
2. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik verteufelte die bayerische SPD — in völligem Einklang mit der Gesamtpartei — nach wie vor den Neoliberalismus des ehemaligen Direktors der Verwaltung für Wirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet und seit 1949 zum Bundeswirtschaftsminister bestellten Ludwig Erhard. Dies geschah allerdings nicht ohne den Hintergedanken, daß es in der CSU Kräfte gab, die ähnliche Vorstellungen von Planungen und leitenden Eingriffen des Staates zugunsten eines konzentrierten Neuaufbaues der deutschen Wirtschaft hatten wie die SPD[141]. Allerdings mußten Landes- und Fraktionsvorstand der SPD in Bayern immer wieder Rücksicht nehmen auf parteiinterne Gruppen, die jegliche Kompromißbereitschaft mit „bürgerlichen" Parteien scharf bekämpften[142]. Knoeringen meinte eben dies, wenn er feststellte, daß es „unerschütterliche Anhänger der SPD . . . nicht verstehen (würden), wenn die Partei um eines momentanen Wahlerfolges willen auch nur einem ihrer Grundsätze untreu würde"[143].

136 Veröffentlicht durch von Knoeringen auf einer Pressekonferenz in München am 8. 11. 49 (SZ, 9. 11. 49).

137 Außer der Arbeit in der Verfassunggebenden Landesversammlung bot die Rede des ehemaligen bayerischen Wirtschaftsministers Rudolf Zorn (SPD) im Landtag und auf dem Parteitag der SPD in Düsseldorf 1948 ein Beispiel dafür (vgl. unten S. 171).

138 Theo Pirker, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945—1964, München 1965, S. 110 ff. Pirker bezieht sich hierbei auf die Opposition der SPD-Fraktion im 1. Deutschen Bundestag.

139 Vgl. unten S. 157 f.

140 Knoeringen in einem Interview mit Hans Ulrich Kempski über das Wahlprogramm der SPD in Bayern, abgedruckt in: SZ, 4./5. 3. 50; Bezirksparteitag der SPD-Südbayern in Penzberg (SZ, 6. 3. 50).

141 Vgl. unten S. 172/173.

142 So führte etwa die Annahme des Kultusetats durch die sozialdemokratische Landtagsfraktion (Sten. Ber. LT, 16. 2. 50, S. 846) zu einer scharfen Mißbilligung der Generalversammlung des SPD-Ortsvereins München am 25. 2. 50, der dazu in einer Entschließung feststellte, „die Front der demokratischen Parteien" könne „nicht durch Preisgabe der sozialdemokratischen Grundsätze geschaffen werden" (SZ, 27. 2. 50).

143 SZ, 4./5. 3. 50.

Die wohl wesentlichste Erkenntnis der Führung der SPD in Bayern nach der Bundestagswahl 1949 war die in hohem Grade ineffektive Rolle einer Partei in der Opposition, der eine Partei mit absoluter Mehrheit in der Regierung gegenüberstand. Spätestens jetzt mußte die SPD in Bayern erkennen, daß der Koalitionsaustritt 1947 ein entscheidender Fehler war und für die Beibehaltung der Regierungsbeteiligung vor allem drei Punkte gesprochen hätten:

1. Da die SPD den Innenminister stellte, hätte sie zumindest so lange in der Regierung bleiben müssen, bis ihr Innenminister das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid im Rahmen des Landeswahlgesetzes vorgelegt hätte, damit die Partei bei einem Übergang in die Opposition sofort die Möglichkeit der Wahrnehmung dieser Institution gehabt hätte.
2. Da die SPD den Wirtschaftsminister stellte, hätte sie die Möglichkeit gehabt, ihren Aufbauplan — wenn auch modifiziert — als Regierungspartei zu verwirklichen, nicht jedoch in der Opposition.
3. Die SPD hätte in der Regierung durch Einflußnahme auf die Stellenbesetzung in der Ministerialbürokratie und durch taktische Maßnahmen weit besser dahingehend wirken können, die CSU in Regierung und Fraktion zu spalten[144].

Es kam dem Eingeständnis des Scheiterns der Oppositionspolitik der bayerischen SPD gleich, wenn Knoeringen einräumte, daß es das Ziel der SPD bei der Landtagswahl 1950 in Bayern sein werde, größtmöglichen Einfluß auf das gesamte gesellschaftliche Leben zu nehmen, diese Einflußnahme jedoch nur von der Regierung ausgehen könne[145]. Die grundsätzliche Koalitionsbereitschaft der bayerischen SPD für die Zeit nach der Landtagswahl 1950 war damit eindeutig ausgesprochen!

Das Ergebnis der Landtagswahl am 26. November 1950 entsprach in etwa den Erwartungen auf Grund der vorhergehenden Wahlergebnisse. Die größte Überraschung bildete der prozentuale Stimmenanteil der SPD, der jedoch auf Grund der Bestimmungen des Landeswahlgesetzes nicht dazu ausreichte, daß die SPD im Bayerischen Landtag die stärkste Fraktion stellte[146]. Da die CSU die meisten Abgeordnetenmandate erhielt, ergriff Ehard die Initiative bei den sich anschließenden Verhandlungen um die Regierungsbildung, die ein genaues Bild der parteipolitischen Konstellationen nach den ersten vier Jahren parlamentarischer Arbeit in Bayern der Nachkriegszeit vermittelten. Eine Person und deren Politik standen im Mittelpunkt: Hundhammer und die Kulturpolitik. SPD, FDP und BHE/DG waren sich in der Ablehnung einig[147]. Während jedoch SPD und BHE/DG ausdrücklich für eine „Große Koalition" plädierten[148], waren in der CSU starke Bedenken gegen eine Koalition mit der SPD vorhanden[149]. Die FDP lehnte eine Koalition mit der SPD wegen der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ab[150].

Je näher der 18. Dezember 1950 rückte, um so gespannter wurde die politische Situation in Bayern, da gemäß der Verfassung der Landtag spätestens am 15. Tage nach der Wahl

144 Demgegenüber ist Knoeringen (I) der Auffassung, daß programmatische Schwerpunkte der SPD in Bayern, wie etwa der Aufbauplan, auch bei fortdauernder Regierungsbeteiligung der SPD nicht hätten durchgesetzt werden können. Knoeringen sieht den Erfolg des Regierungsaustritts in der Gründung der Bayernpartei, der damit verbundenen Abspaltung einer Gruppe von der CSU und der Schwächung der CSU.

145 SZ, 4./5. 3. 50.

146 Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 9; Landeswahlgesetz Art. 48 Abs. 2 und 4, Art. 50. Siehe dazu Feneberg, SS. 80 ff., 83 f.; Hans Ulrich Kempski, Parlamentssitze unter dem Rechenstift, in: SZ, 29. 11. 50. — Vgl. auch Tabelle im Anhang (S. 249).

147 Der SPD-Landesausschuß bestätigte auf seiner Sitzung am 4. 12. 50 in München die Ablehnung Hundhammers durch die SPD mit der Erklärung, er sei „als Kultusminister . . . untragbar" (SZ, 5. 12. 50). — Die FDP-Landesleitung und -Landtagsfraktion beschlossen am 9./10. 12. 50 die Ablehnung Hundhammers und der von ihm vertretenen Kulturpolitik. — Landesleitung und Fraktion des BHE/DG beschlossen in einer Sitzung am 10. 12. 50 ebenfalls die Ablehnung Hundhammers als Kultusminister (SZ, 11. 12. 50).

148 Landesausschußsitzung der SPD am 4. 12. 50 (SZ, 5. 12. 50); Landesleitung und Fraktion des BHE/DG beschlossen am 10. 12. 50, „auf keinen Fall an einer kleinen Koalition teilzunehmen" (SZ, 11. 12. 50).

149 Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes der CSU am 30. 11. 50 (SZ, 1. 12. 50; 2./3. 12. 50).

150 FDP-Landesleitung und -Landtagsfraktion am 9./10. 12. 50 (SZ, 11. 12. 50).

zusammentreten[151] und der Ministerpräsident spätestens innerhalb einer Woche danach gewählt werden mußte[152]. Es zeigte sich, daß nicht nur die bayerische SPD unbedingt gewillt war, bestimmte politische Forderungen durchzusetzen, sondern daß auch die anderen für eine Regierungsbildung in Frage kommenden Fraktionen zunächst nicht bereit waren, Kompromisse auf bestimmten Gebieten zu schließen. Die CSU-Fraktion hatte bereits am 4. Dezember 1950 Hundhammer mit 50 von 59 abgegebenen Stimmen wiederum zu ihrem Fraktionsvorsitzenden gewählt und seine Beibehaltung als Kultusminister als „unabdingbar"[153] bezeichnet. Die Regierungsbildungskrise in Bayern, hervorgerufen durch die starre Haltung der politischen Parteien, die in hohem Maße durch die umstrittene Politik Hundhammers bestimmt war, drohte bereits in eine bayerische Staatskrise umzuschlagen[154], als nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Bayernpartei und den dabei zu Tage getretenen unüberbrückbaren Spannungen zwischen Ehard und Baumgartner der CSU-Landesausschuß sich am 17. Dezember 1950 gegen Hundhammer aussprach[155]. Damit war das zentrale Problem der Koalitionsverhandlungen nach langem Ringen gelöst, obwohl sich aus den politischen Konstellationen von Anfang der Regierungsbildungsgespräche an deutlich ergeben hatte, daß Hundhammer und die von ihm vertretene Kulturpolitik ein Hindernis für das Zustandekommen einer stabilen Koalition waren. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik waren bei den Verhandlungen zwischen CSU und SPD zufriedenstellende Gemeinsamkeiten in den beiderseitigen Standpunkten deutlich geworden, so daß die entsprechenden Forderungen der SPD-Delegation eine Koalition mit der CSU nicht mehr in Frage stellten[156].
Die bayerische Koalitionsregierung aus CSU, SPD und BHE/DG für die zweite Legislaturperiode nach dem Kriege wurde — nachdem es zwischen CSU und SPD im allerletzten Augenblick noch zu einer Einigung gekommen war — ohne nennenswerte Schwierigkeiten gebildet[157]. Die Erfahrungen von CSU und SPD nach vier Jahren des Bestehens einer bayerischen parlamentarischen Demokratie in der Nachkriegszeit ließen hoffen, daß sich ein politisch fruchtbareres Verhältnis zwischen beiden Parteien anbahnte. Beide mußten nun gemeinsam in der Regierung beweisen, daß sie — entsprechend den gewandelten politischen Konstellationen seit 1946 — in der Lage waren, ohne die auf einer absoluten Mehrheit im Landtag beruhende Selbstgefälligkeit und ohne übereilte Kündigung der Koalition zusammenzuarbeiten. Die bayerische SPD war dazu bereit — sie hatte aus ihrer freiwilligen, jedoch bitteren Rolle in der Opposition gelernt!

b) SPD und KPD

War die CSU für die SPD in Bayern von allem Anfang der Parteienlizenzierung an der politische Hauptgegner, so die KPD — trotz ihrer relativ geringen Resonanz in Bayern[158] — ein lästiger Nebenbuhler, der in antifaschistisch-demokratischem Gewande auftrat und

[151] Verf. Bayern, Art. 16 Abs. 1.
[152] Verf. Bayern, Art. 44 Abs. 1.
[153] SZ, 12. 12. 50.
[154] SZ, 12. 12. 50; 13. 12. 50.
[155] SZ, 18. 12. 50.
[156] Knoeringen, in: Südost-Kurier, 12. 12. 50. — Zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der SPD in Bayern vgl. unten S. 175 f.
[157] Vgl. die Zusammensetzung des Kabinetts Ehard III im Anhang (S. 263 f.).
[158] Die KPD hatte bei den Wahlen in Bayern 1946—1950 folgende Stimmenanteile:
Landtagswahl 1946 . . . . . 6,1 %
Stadt- und Landkreiswahl 1948 . . . . 4,6 %
Bundestagswahl 1949 . . . . . 4,2 %
Landtagswahl 1950 . . . . . 1,9 %
(Quelle: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 78/79. Siehe auch die Ergebnisse in den Kreisen und Bezirken ebenda, S. 62 ff.).

um die Stimmengunst der Arbeiterschaft warb. Die KPD verfolgte die Taktik der Bildung einer „antifaschistischen Front", deren erster Schritt in einer Verschmelzung von SPD und KPD bestehen sollte. Diese Methode der Gewinnung einer stärkeren politischen Einflußnahme versuchte die KPD zunächst auf lokaler Ebene anzuwenden und hatte damit etwa in Kulmbach[159] und ansatzweise in Nürnberg[160] Erfolg.

Sehr frühzeitig strebten die Kommunisten eine gemeinsame politische Operationsbasis für ganz Bayern mit den Sozialdemokraten in München an. Hier trafen sich bereits am 8. Mai 1945 eine sozialdemokratische und eine kommunistische Gruppe unter der Leitung von Albert Roßhaupter bzw. Ludwig Ficker und Alfred Kroth[161], ohne daß es allerdings zu irgendwelchen bindenden Absprachen kam. Nach der Veröffentlichung des Aufrufes des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945[162] suchten die Münchener Kommunisten auf dieser Basis die gemeinsame Aktion mit den Sozialdemokraten zu erreichen[163]. In einem Gespräch im Bayerischen Arbeitsministerium am 28. Juni 1945, an dem auf sozialdemokratischer Seite erstmals Wilhelm Hoegner teilnahm, wurde zwar nicht die von den Kommunisten gewünschte Einigung über den Aufruf ihres Zentralkomitees erreicht, wohl aber erklärten sich die beteiligten Sozialdemokraten bereit, Mitglieder für einen Arbeitsausschuß zu bestimmen, dessen Aufgabe sein sollte, „über alle wichtigen Probleme (zu) beraten und ein gemeinsames Vorgehen (zu) vereinbaren"[164]. Von kommunistischer Seite wurde angeregt, „Verbindung mit bürgerlich-demokratischen Kreisen (ehemalige BVP) aufzunehmen, um alle antifaschistischen Kräfte in einem Block zusammenzuschließen"[165].

In einer „Plattformverhandlung"[166] im Bayerischen Arbeitsministerium am 22. Juli 1945, an der außer Sozialdemokraten und Kommunisten auch das einzige Mal ehemalige Mitglieder der BVP beteiligt waren, erklärte Roßhaupter, die Münchener Sozialdemokraten seien nicht bereit, in einer derart entscheidenden Frage ohne Konsultation übergeordneter Parteiinstanzen zu handeln; sie hätten deshalb ihre Stellungnahme zu dem Aufruf der KPD nach Berlin gesandt[167]. Gemeint war damit offensichtlich jener „Zentralausschuß der Berliner SPD", der unter der Leitung von Otto Grotewohl und Max Fechner gegen Kurt Schumacher in Hannover und den Rest-Emigrations-Vorstand in London den Anspruch auf die Führung der Gesamtpartei erhob[168]. Es ist jedoch fraglich, ob die Erklärung Roßhaupters den Tatsachen entsprach, da sich weder ein entsprechender Brief noch ein Ant-

159 NN, 5. 1. 46.

160 In Nürnberg wurde am 15. 1. 46 ein Komitee der vier zugelassenen Parteien gegründet, das in seiner Losung „jedem Versuch, die freie demokratische Entwicklung zu verhindern oder reaktionäre Tendenzen ins politische Leben zu tragen, die gemeinsame Abwehr aller vier Parteien entgegenzustellen" Anklänge an die kommunistische Volksfronttaktik verriet (NN, 19. 1. 46). — Das Aktionskomitee erlangte trotz vereinzelter massiver Unterstützung — so etwa durch die „Nürnberger Nachrichten" und deren Lizenzträger Joseph E. Drexel (vgl. dazu „Gemeindewahlen", in: NN, 9. 1. 46) — keine weitere Bedeutung (Haas [I]).

161 Vgl. hierzu die ausführliche — freilich subjektiv-kommunistische — Darstellung von Walter Müller, Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/46, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3 (1961), Sonderheft anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED, S. 117—138.

162 Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Berlin o. J. (1945), S. 5 ff., abgedr. in: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hg. von Ossip K. Flechtheim, Berlin 1963, Bd. 3, S. 313 ff.

163 Brief an Roßhaupter (zit. bei Walter Müller, S. 122).

164 Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD, München, hg. von der Kommunistischen Partei, Landesbezirk Bayern, o. O. (München), o. J. (1946), S. 6. (SPD-LV 45—46).

165 Ebenda.

166 Ebenda, S. 9.

167 Ebenda.

168 Vgl. dazu ausführlich Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, SS. 38 ff., 164 ff.

wortschreiben aus Berlin nachweisen läßt[169]. Wohl aber erhärtet ein Antwortschreiben Thomas Wimmers an Kurt Schumacher vom 10. November 1945, in dem betont wird, die Münchener Sozialdemokraten stünden „nicht im geringsten mit ihm (dem „Zentralausschuß" in Berlin, W. B.) in Verbindung"[170], die Vermutung, daß Roßhaupter am 22. Juli 1945 durch eine fiktive Erklärung zunächst einmal Zeit gewinnen und die weitere Entwicklung abwarten wollte, da ein einheitlicher Willensbildungsprozeß unter den Münchener Sozialdemokraten noch nicht im Gange war.
In einer erneuten Sitzung am 8. August 1945 legten die Kommunisten den Entwurf einer „Deklaration einer Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD" vor, der „als Anregung zur Herstellung der Aktionsgemeinschaft in allen Orten Bayerns dienen sollte"[171]. Die anwesenden Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten dem Entwurf zu und unterzeichneten ihn. Praktisch erlangte die Deklaration in Bayern jedoch keine Bedeutung[172].
Zweifellos lag den gemeinsamen Gesprächen der Wunsch der sozialdemokratischen Seite zugrunde, „den Bruderkampf der Vergangenheit endgültig und für immer zu überwinden"[173]; für eine möglichst rasche Fusion trat jedoch lediglich der sozialdemokratische Stadtrat Hans Schmidt — ein Außenseiter der Partei, wie sich später erwies — ein. Offensichtlich waren zu einer sofortigen Vereinigung beider Parteien bei der Wiederzulassung anfänglich nicht einmal die Kommunisten bereit; Ficker betonte jedenfalls, erst aus der Gemeinsamkeit der Aktion würden die Voraussetzungen für die Einheit erwachsen[174]. Den Protokollen und dem gemeinsamen Aufruf vom 8. August 1945[175] ist jedoch eindeutig zu entnehmen, daß die Sozialdemokraten „überfahren"[176] werden sollten und teilweise auch überfahren wurden. Letzteres traf — wie die Protokolle beweisen — auf Roßhaupter, den Stadtrat und späteren Vorsitzenden der Münchener SPD Christian Roith und den bereits erwähnten Hans Schmidt zu. Teils taktisch lavierend, teils aggressiv antikommunistisch argumentierend verhielten sich Hoegner, der Münchener Bürgermeister Thomas Wimmer, der Stadtrat Karl Kröpelin und der spätere Vorsitzende des Bayerischen Gewerkschaftsbundes Gustav Schiefer. Die vorübergehenden gemeinsamen Absprachen und das zeitweise Zusammengehen zwischen SPD und KPD in München ist in Kenntnis der auf seiten der Sozialdemokratie beteiligten Personen dadurch erklärbar, daß die Sozialdemokraten durch eine gemeinsame Aktion mit den Kommunisten zunächst einmal versuchten, eine breitere Basis zu finden „für die vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Nazipartei" und „für die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes"[177], also den vollständigen Abbau der Diktatur und möglichst ungehinderten Aufbau einer demokratischen Ordnung. Die Vorstellung der führenden Münchener Sozialdemokraten und Gewerkschafter, man müsse auf Grund der bitteren Erfahrungen in der Weimarer Republik und angesichts der katastrophalen Nachkriegssituation

[169] Es ist interessant festzuhalten, daß Walter Müller die in den Protokollen niedergelegte Erklärung Roßhaupters mit keinem Wort erwähnt. Seine Interpretation der Sitzung vom 22. Juli 1945 widerspricht damit weitgehend dem tatsächlichen Inhalt des entsprechenden Protokolls.
[170] Brief in SPD-LV 1945–46. Nach Rücksprache mit den Münchener Sozialdemokraten auf der inoffiziellen Landeskonferenz am 10./11. November in Pfaffenhofen konnte der Nürnberger Parteisekretär Julius Loßmann, der ein gutes Verhältnis zu Schumacher hatte, die Angaben in Wimmers Brief bestätigen (Kaden, S. 176).
[171] Protokolle der Aktionsgemeinschaft, S. 13.
[172] Lediglich in Dachau soll Mitte September 1945 eine „gemeinsame Kundgebung der SPD, KPD und BVP" abgehalten und die „antifaschistische Einheit" demonstriert worden sein (Deutsche Volkszeitung, 14. 9. 45, zit. bei Kaden, S. 177).
[173] Protokolle der Aktionsgemeinschaft, S. 5.
[174] Ebenda, S. 12.
[175] Abgedr. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin (Ost), o. J., S. 98.
[176] So Hoegner, der seine Zustimmung zu der Deklaration später wieder zurückzog (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv Nr. 45/02/975, zit. bei Walter Müller, S. 123).
[177] Dokumente und Materialien, S. 98.

das Gemeinsame zwischen SPD und KPD stärker als das Trennende betonen, führte zu jener „Aktionsgemeinschaft", zu der es bei rechtzeitiger richtiger Einschätzung der kommunistischen „Strategie und Taktik"[178] von sozialdemokratischer Seite nie gekommen wäre.

Mißtrauen und Zurückhaltung gegenüber der „Aktionsgemeinschaft" war von seiten der beteiligten Münchener Sozialdemokraten zum erstenmal bei der von den Kommunisten gewünschten Vereinbarung einer paritätischen Besetzung der angestrebten Einheitsgewerkschaft[179] festzustellen. Insbesondere Gustav Schiefer und Karl Kröpelin wandten sich dagegen mit dem Argument, die Kommunisten seien früher nicht an der Gewerkschaftsführung beteiligt gewesen und beabsichtigten nun auf dem Wege einer Vereinbarung, die Gewerkschaften für ihre Parteipolitik zu mißbrauchen[180]. Um der kommunistischen Agitation und Propaganda unter Ausnutzung gewerkschaftlicher Positionen einen Riegel vorzuschieben, verlangten Schiefer und Kröpelin behördliche Maßnahmen, um jegliche Form parteipolitischer Aktionen in den Betrieben zu verbieten[181]. Die „Aktionsgemeinschaft" begann somit ab jenem Zeitpunkt Konfliktsmomente zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Gesprächspartnern aufzuweisen, als die Kommunisten über allgemeine programmatische Parolen hinaus versuchten, sich unter Zustimmung und Mithilfe der SPD praktisch-institutionelle Vorteile und Ausgangsbasen für eine wirksamere politische Einflußnahme auf Gesellschaft und Staat in Bayern zu sichern.

Die völlige Aufhebung der „Aktionsgemeinschaft" ging im wesentlichen auf die Initiative Hoegners zurück, der von allem Anfang an die sozialdemokratisch-kommunistischen Absprachen nicht als dauerhafte oder gar ausschließliche politische Grundlage für den demokratischen Wiederaufbau Bayerns betrachtet hatte[182]. Im Gegensatz zu Roßhaupter, der die „Aktionsgemeinschaft" als ein brauchbares Instrument für ein „einheitliche(s) Vorgehen"[183] ansah und noch in der Sitzung am 18. Dezember 1945 für einen Antrag auf ihre Legalisierung bei der amerikanischen Militärregierung eintrat[184], veranlaßten Hoegner und andere führende Münchener Sozialdemokraten durch das Münchener Parteisekretariat eine Veröffentlichung in der Presse, in der darauf hingewiesen wurde, daß die früheren Vereinbarungen über die „Aktionsgemeinschaft" nicht von Parteien, „die damals noch gar nicht bestanden haben", sondern von Einzelpersonen abgeschlossen worden seien[185]. Demgegenüber stellten die Kommunisten[186] fest, daß sich ihre sozialdemokratischen Gesprächspartner als Repräsentanten ihrer Partei bezeichnet hätten, als sie in der Deklaration vom 8. August 1945 dem Passus zustimmten: „Die Arbeiterparteien sind sich . . . einig . . ."[187].

Als grundlegendes Faktum bleibt zu berücksichtigen, daß die sozialdemokratischen Teilnehmer an den Gesprächen im Rahmen der „Aktionsgemeinschaft" keinen Auftrag irgendwelcher Parteiinstanzen hatten — die es in der Tat noch gar nicht gab —, somit auch in keiner Weise legitimiert waren, Vereinbarungen im Namen ihrer Partei zu präjudizie-

178 Darauf spielte Hoegner auf einer Kundgebung der SPD in München am 25. November 1945 an (SZ, 27. 11. 45). Zu den kommunistischen Rechtfertigungsversuchen vgl. Walter Müller, S. 128.

179 Je ein christlicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Vertreter.

180 Protokolle der Aktionsgemeinschaft, SS. 6, 31.

181 Ebenda. — Vgl. auch Schiefers Brief an den Landesvorstand der bayerischen SPD, unten S. 89.

182 Diese im Interview gemachte Aussage Hoegners wird bestätigt von Walter Müller, der feststellt: „Auch Hoegner war damals gezwungen, nach außen hin für die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf der beiden Arbeiterparteien einzutreten. Es war aber von seiner Seite, wie sich später herausstellte, kein ehrliches Bemühen" (S. 123).

183 Protokolle der Aktionsgemeinschaft, S. 28.

184 Ebenda, S. 38; SZ, 1. 1. 46.

185 SZ, 8. 1. 46.

186 Walter Müller, S. 131.

187 Protokolle der Aktionsgemeinschaft, S. 14.

ren. Mit der Presseveröffentlichung distanzierte sich der Vorstand der seit dem 1. November 1945 in München zugelassenen SPD[188] von der „Aktionsgemeinschaft" und bewirkte, daß die für den 3. Januar 1946 vorgesehene Sitzung, auf der eine gemeinsame Wahlvorbereitung abgesprochen und einheitliche Wahlaufrufe vereinbart werden sollten[189], abgesetzt wurde und kein neuer Termin mehr zustande kam[190].

Zu einer ersten persönlichen Aussprache zwischen Albert Roßhaupter als Vertreter der bayerischen SPD und Kurt Schumacher über organisatorische und politische Fragen im allgemeinen und das Verhältnis zu der KPD im besonderen kam es am 29. November 1945 in Frankfurt/Main[191], also zu einem Zeitpunkt, als durch Hoegner bereits eine deutliche Absage an die kommunistischen Vereinigungsbestrebungen ausgesprochen war[192]. Die wiederholten Gespräche auf interzonaler Ebene unter Beteiligung Schumachers und bayerischer Sozialdemokraten ergaben die Übereinstimmung in der Frage der Ablehnung weiterreichender Kontakte zwischen SPD und KPD und der Nicht-Teilnahme von Sozialdemokraten an kommunistischen Veranstaltungen[193].

Die Einheitlichkeit der Auffassung in der gesamten SPD bekräftigte Hoegner auf einer Pressekonferenz der Bayerischen Staatsregierung Anfang April 1946[194] ebenso wie die Resolution, die in einer Vorkonferenz der Landeskonferenz von Erlangen (13./14. April 1946) einstimmig angenommen wurde:

„Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Bayern hält unter den gegebenen Verhältnissen eine Vereinigung zwischen der Sozialdemokratischen und Kom-

188 Zu der Gründung vgl. unten S. 97 f.

189 Walter Müller, S. 132.

190 Die Beendigung der „Aktionsgemeinschaft" in München wird sowohl in der kommunistischen Deutung (Walter Müller, S. 132 ff.) als auch bei Kaden (S. 174 ff.) primär der Einflußnahme Schumachers auf die Entwicklung der SPD in Bayern zugeschrieben. Wie wir jedoch auf Grund der Quellen nachweisen können, war
1. der Einfluß Schumachers auf die bayerische SPD (insbesondere in Südbayern) 1945/46 noch sehr gering (vgl. unten S. 101 ff.)
2. das Eintreten Roßhaupters, Roiths und Schmidts für die „Aktionsgemeinschaft" keineswegs symptomatisch für die Führungsspitze der Münchener oder der bayerischen SPD.

Im übrigen führt Kaden selbst Material auf (SS. 176, 178), das die von ihm zitierte Nachricht über den Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten in München zu einer „Einheitsfront" (Keesing 1945, S. 498 C, bei Kaden S. 174) als Falschmeldung erweist.

Zum Quellenwert der „Protokolle der Aktionsgemeinschaft" als Edition der KPD weist Kaden (S. 177) nach, daß die KPD gleichzeitig Protokolle einer angeblichen Aktionsgemeinschaft zwischen SPD und KPD in Hamburg veröffentlichte, so daß die Vermutung naheliegt, die KPD wollte durch die Herausgabe der Protokolle eine nachträgliche Rechtfertigung ihrer „demokratischen und aufbauwilligen Gesinnung" (Protokolle der Aktionsgemeinschaft, S. 16) liefern und die „imperialistische" und „militaristische" Führung der SPD (vor allem Schumacher) diffamieren (vgl. dazu Walter Müller, S. 133 ff.). Das Fehlen einer sozialdemokratischen Stellungnahme zu diesen kommunistischen Veröffentlichungen kann zweifellos nicht als Eingeständnis der Richtigkeit des Inhalts des Protokolls interpretiert werden.

Allgemein ist zu der Darstellung der bayerischen SPD bei Kaden anzumerken, daß sie der Ausgewogenheit ermangelt. Einerseits hält es Kaden für „nicht notwendig, die organisatorische Entwicklung der SPD in Bayern gesondert zu beschreiben" (S. 122), andererseits wendet er sich jedoch in großer Ausführlichkeit den sozialdemokratisch-kommunistischen Verhandlungen in München im Rahmen der „Aktionsgemeinschaft" zu und gelangt dadurch zwangsläufig zu einer Überbewertung dieses Vorganges, die den Aussagen der Quellen nicht entspricht. Seine Feststellung: „Während . . . der Aufbau des sozialdemokratischen Parteiapparates in dem britischen und dem westlichen Teil der amerikanischen Zone fast vollendet war, . . . , lagen die bayerischen Bezirke in ihrer Entwicklung noch zurück . . ." (S. 123), tut ein übriges, um den falschen Eindruck zu erwecken, die bayerische SPD hätte sich ohne Intervention Schumachers auf ein „Einheitsfront"-Abenteuer mit den Kommunisten eingelassen. In dieser Hinsicht ist die ansonsten sehr verdienstvolle Arbeit Kadens unter Hinweis auf die von ihm nicht ausgewerteten Quellen zu der bayerischen SPD einer Kritik zu unterziehen und die faktische Akzentuierung ganz entscheidend zu verändern.

191 Kurzer Bericht in SPD-LV 1945—46.

192 Vgl. oben S. 79 A. 178.

193 Konferenz von Sozialdemokraten der Britischen Zone am 4. 1. 46 unter der Leitung Kurt Schumachers in Hannover (NN, 9. 1. 46); Konferenz von Sozialdemokraten der US-Zone in Frankfurt/M. am 6. 1. 46 (Keesing 1946/47, S. 607 f.); Konferenz der Bezirke der SPD in der Amerikanischen und Französischen Zone am 26. 2. 46 in Offenbach/M. (NN, 2. 3. 46); Konferenz der sozialistischen Parteiführer der Britischen Zone unter Leitung Schumachers am 3. 3. 46 in Iserlohn (Keesing 1946/47, S. 667 f.).

194 NZ, 12. 4. 46.

munistischen Partei Deutschlands und die Gründung einer Vereinigten Arbeiterpartei für nicht möglich. Es steht den Mitgliedern der Kommunistischen Partei, wenn sie auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehen, jederzeit frei, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen und dadurch die Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft herzustellen. Der Landesvorstand schlägt vor, daß diese Resolution Gegenstand einer Urabstimmung der Parteimitgliedschaft bilden soll[195]."

Die Urabstimmung wurde in den einzelnen SPD-Bezirken durchgeführt und erbrachte die eindeutige Ablehnung einer Fusion[196]. In einem Antwortschreiben an den Landesvorstand der KPD in Bayern Anfang August 1947 bekräftigte der Landesvorstand der bayerischen SPD erneut diese Haltung[197] und warnte eindringlich die unteren Organisationseinheiten der Partei vor Verhandlungen mit der KPD[198] und der Teilnahme an Veranstaltungen der kommunistischen Tarnorganisation „Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden"[199]. Sozialdemokraten, die diesen Richtlinien des Landesvorstandes zuwiderhandelten, mußten sich als aus der Partei ausgeschlossen betrachten[200]. Durch diese Maßnahme war mit Zustimmung aller Organisationseinheiten der SPD in Bayern eine deutliche und dauernde Absage an jeglichen engeren Kontakt oder gar eine Verschmelzung zwischen SPD und KPD ausgesprochen.

c) SPD und andere politische Parteien

Das Verhältnis der SPD zu den anderen politischen Parteien in Bayern war von untergeordneter Bedeutung. Der Hauptgegensatz zwischen bayerischer SPD und FDP[201] lag seit der Wiederzulassung auf Kreis- und Landesebene auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik[202]. Zwischen SPD und Bayernpartei[203] bestanden unvereinbare Gegensätze über das künftige Verhältnis Bayerns zu einem deutschen Staat[204]. Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen SPD und WAV waren auf Grund der allgemeinen Konzeptionslosigkeit der Partei unter Alfred Loritz schwer auszumachen[205]. Zwischen SPD und BHE bestand in erster Linie ein Konkurrenzkampf um die Stimmen der Flüchtlinge und Vertriebenen[206].

[195] NN, 16. 4. 46.
[196] Angaben von allen interviewten Personen außer Knoeringen und Gabert.
[197] KdL 11, 4. 8. 47.
[198] KdL 21, 30. 10. 47. — Besonders energisch setzte sich gegen jegliche Kontaktaufnahme zwischen untersten Organisationseinheiten der bayerischen SPD und der KPD der SPD-Landessekretär Göhler ein, wie aus einer Vielzahl von Briefen an das Sekretariat des Unterbezirks Würzburg hervorgeht (SPD-W „Landesvorstand 1. 1. 49—31. 12. 55").
[199] KdL 25, 5. 12. 47; 28, 5. 1. 48. — Eine weitere propagandistisch-taktische Aktion leitete die KPD mit ihrem Herner Beschluß vom 27. April 1948 ein, sich in „Sozialistische Volkspartei Deutschlands" (SVD) umzubenennen (Informationsblatt der Kommunistischen Partei, Landesvorstand Bayern, 3. Jg., Nr. 9, 18. Mai 1948). In Bayern stieß sie damit jedoch auf keine Resonanz. Die Durchführung des Beschlusses wurde schließlich durch die westlichen Besatzungsmächte verhindert. Vgl. auch Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945—1956, Köln und Opladen 1959, S. 27 f.
[200] KdL 28, 5. 1. 48.
[201] Vgl. Berthold Mauch, Die bayerische FDP 1945—49, Porträt einer Landespartei, phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1965.
[202] Vgl. dazu u. a. Zulassungsprogramme der politischen Parteien in Nürnberg, abgedr. in: NN, 7. 11. 46.
[203] Programm 1948 abgedr. bei Flechtheim, Dokumente, Bd. 2, S. 238 f.; Treue, S. 239 f. Was ist, was will die Bayernpartei? hg. vom Bayernverlag, München 1950; Arnold Bauer, Die Bayernpartei als föderalistische Landespartei, in: Parteien in der Bundesrepublik, S. 470 ff.
[204] Vgl. unten S. 169.
[205] Vgl. Arnold Bauer, Die WAV, der gescheiterte Versuch einer mittelständischen Massenpartei, in: Parteien in der Bundesrepublik, S. 483 ff.
[206] Vgl. unten S. 96.

Die FDP bekannte sich zu einer liberalen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung und war sich mit der bayerischen SPD auf dem Gebiete der Kulturpolitik gegen die CSU einig. Die Bayernpartei trat für eine stark partikularistische Rolle Bayerns in Deutschland ein, hatte ansonsten allerdings nur verschwommene Vorstellungen von einer für ihren Wählerstamm besonders wichtigen wegweisenden Agrarpolitik in Bayern. Knoeringen sah mit der Gründung der Bayernpartei seine These von dem nach einem Koalitionsaustritt der SPD unmittelbar bevorstehenden „Abbröckeln" der CSU bestätigt. Er hätte gerne mit der Bayernpartei auf agrar- und sozialpolitischem Sektor zusammengearbeitet, was jedoch an der wenig einfallsreichen Programmatik der Bayernpartei und dem Gegensatz zwischen beiden Parteien in der Frage der Struktur eines künftigen deutschen Staates scheiterte[207]. Die WAV verstand sich — will man bei der Heterogenität dieser Partei nach dem Programm ihres Führers Loritz gehen — als Partei der „Kleinbürger" und der „kleinen Geschäftsleute"[208]. Sie hatte damit unter soziologischem Gesichtspunkt nur wenige Berührungspunkte mit Wählerreservoir und Mitgliederschaft der SPD. Allerdings gelang es einem Teil der später mehrfach gespaltenen WAV, starken Einfluß auf die Flüchtlings- und Vertriebenenbewegung in Bayern zu nehmen, was wesentlich zu dem Scheitern der sozialdemokratischen Politik einer möglichst umfangreichen Gewinnung der Flüchtlinge und Vertriebenen für die SPD beitrug[209]. Im BHE vereinigten sich schließlich die politischen Gruppen der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern[210]. Der BHE trat als reine Interessenpartei rückhaltlos für die Forderungen der Flüchtlinge und Vertriebenen ein und machte bei den Koalitionsverhandlungen 1950 die Besetzung des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen durch ein Mitglied seiner Fraktion zur „conditio sine qua non"[211]. Andere politische Gruppen, wie etwa die „Deutsche Gemeinschaft" August Haussleiters blieben völlig unbedeutend.

Die Konstellation des Parteiensystems in Bayern 1945—1950 wurde bestimmt durch die beiden großen Parteien, CSU und SPD. Wenn auch die CSU von der Landtagswahl 1946 bis zur Landtagswahl 1950 einen starken Stimmenverlust hinnehmen mußte und die SPD ihre Position nicht durch eigene Stimmengewinne, sondern nur durch die Verluste der CSU stärken konnte, so blieben diese beiden Parteien doch in Bayern bestimmend. Die Regierungsbildung nach der Landtagswahl 1950 stellte dies eindeutig unter Beweis. Die seit 1948 bzw. 1950 neuen Kräfte im bayerischen Parteiensystem — die Bayernpartei und der BHE — konnten trotz ihrer vorübergehenden starken Stimmengewinne nichts an dieser grundlegenden parteipolitischen Konstellation ändern. Die Tendenz zum Vielparteiensystem in Bayern, die sich um das Jahr 1950 auszuprägen schien, wich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich einem erneuten Trend zum Zweiparteiensystem, wobei die Entwicklung in Bayern in hohem Maße durch die parteipolitischen Konstellationen in der Bundesrepublik bestimmt wurde.

[207] Knoeringen (I).
[208] Die Gegenwart, 1. 7. 51.
[209] Vgl. unten SS. 95, 96 A. 121.
[210] Martin Virchow, Der GB/BHE — ein neuer Parteientyp?, in: Parteien in der Bundesrepublik, S. 452.
[211] SZ, 11. 12. 50.

3. DIE VERBÄNDE

a) Die Kirchen

Die Bedeutung der Kirchen in Bayern wurde nach 1945 — neben der traditionell sehr starken Rolle der katholischen Kirche im altbayerischen Gebiet[1] — noch dadurch erhöht, daß sie als einzige Verbände die nationalsozialistische Zeit in Deutschland formal-organisatorisch unversehrt überstanden hatten[2] und durch die amerikanische Militärregierung als Stützen des Neuaufbaues gefördert wurden[3]. Nicht zuletzt wegen ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus — wobei der Anteil der Mitläufer und Schrittmacher unter den evangelischen Geistlichen wesentlich höher lag als bei den katholischen — fühlten sie sich berufen, bei dem Aufbau mitzuwirken[4], wobei sich katholische Kirche und CSU besonders eng liierten[5].

Hoegner stellte in seiner Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident am 26. November 1945 den Kontakt zu den Kirchenführern in Bayern, Kardinal Faulhaber und Landesbischof Meiser, her[6]. Im Namen der bayerischen SPD erklärte Hoegner, daß seine Partei „den religiösen Frieden in Bayern für so wichtig" halte, daß sie ihren „grundsätzlichen Standpunkt gegenüber dem Standpunkt . . . in den Kirchenverträgen" zurückstelle[7]. In ihrem Aktionsprogramm vom 8. Januar 1946 sprach sich die bayerische SPD für die „Selbstverwaltung der Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften (und) religiöse Toleranz" aus[8]. Hoegners Regierungserklärung vom 22. Oktober 1945 hatte in Übereinstimmung mit der amerikanischen Militärregierung und den politischen Parteien, deren Mitglieder im Kabinett vertreten waren, Gleiches zum Ausdruck gebracht[9]. Im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt erschien am 25. März 1946 das auf der Grundlage eines Entwurfes über die „Befreiung der Kirchen vom staatlichen Zwang" zwischen den beiden christlichen Kirchen und Ministerpräsident Hoegner ausgearbeitete Gesetz Nr. 14 vom 16. Januar 1946. Es trug den Wünschen der Kirchen in hohem Maße Rechnung. Auf Anordnung der Militärregierung mußte es ohne Begründung nachträglich wieder zurückgezogen werden[10].

Daß jedoch in der bayerischen SPD das Verhältnis zu den Kirchen, insbesondere zu der katholischen Kirche, nicht einheitlich war, ging aus den wiederholten Zwistigkeiten in

1 Vgl. dazu auch die statistischen Angaben im Kapitel „Kulturpolitik" (S. 181) und im Anhang (S. 237) — Eine brauchbare Darstellung über die Kirchen in Bayern nach 1945 fehlt.

2 Matthias Simon, Evangelische Kirchengeschichte Bayerns, 2. Aufl., Nürnberg 1952, S. 670.

3 Über die Heranziehung von Priestern durch die US-Militärregierung für den Aufbau vgl. unten S. 136 A. 1.

4 Vgl. erste bayerische Bischofskonferenz nach dem Kriege am 29. Juni 1945 in Eichstätt (Keesing 1945, S. 300 B); Konferenz der evangelischen Kirchenführer in Treysa Ende August 1945 (Keesing 1945, SS. 401 D, 407 E); Stuttgarter Schuldbekenntnis am 19. 10. 45 (Keesing 1945, S. 487 H); Gründung des Katholikenausschusses in München am 1. 11. 45 (Keesing 1945, S. 504 A).

5 Vgl. Rede Fritz Schäffers in Rosenheim am 27. 11. 45 (Keesing 1945, S. 541 J).

6 Hoegner, Außenseiter, S. 257 f.; NN, 29. 11. 45.

7 Sten. Ber. V. A. Bd. 1, S. 255. Vgl. auch die grundsätzlichen Ausführungen Hoegners auf SPD-Versammlungen in München, Nürnberg und Augsburg (Hoegner, Außenseiter, SS. 223, 238; NN, 5. 12. 45). — Hoegner bezog sich auf die Kirchenverträge von 1924/25 (vgl. hierzu Werner Weber (Hg.), Die deutschen Konkordate und Kirchenverträge der Gegenwart, Göttingen 1962, S. 38 ff.).

8 Siehe Aktionsprogramm im Anhang (Punkt 4, S. 212).

9 Die Regierungserklärung ist veröffentlicht in: GVBl. 1. 11. 45; teilweise Wiedergabe bei Hoegner, Außenseiter, S. 209 ff.

10 Hoegner (Außenseiter, S. 239; [I]) führte die Haltung der Militärregierung darauf zurück, daß das Gesetz „zu kirchenfreundlich ausgefallen" gewesen sein könnte.

dieser Frage zwischen Ministerpräsident Hoegner und dem sozialdemokratischen Kultusminister Fendt hervor. Ohne Rücksprache mit dem Kabinettschef gab Fendt Anfang Januar 1946 einen Erlaß über die Einführung der „Christlichen Gemeinschaftsschule" in Bayern heraus[11]. Nach der Aufhebung des Gesetzes Nr. 14 durch die amerikanische Militärregierung sprach sich Fendt am 26. September 1946 ohne Wissen seines Parteivorsitzenden und Regierungschefs in einem erneuten Erlaß stärker für das System der Gemeinschaftsschule als das der Bekenntnisschule aus[12]. Durch einmütigen Beschluß des Ministerrates wurde der Erlaß ausgesetzt. Eine Vereinbarung zwischen den beiden Kirchen und Hoegner kam am 20. Dezember 1946 zustande, die jedoch nach Überwindung der ersten Nachkriegsschwierigkeiten in den Schulen durch die Kirchen wieder aufgekündigt wurde. Die Toleranz Hoegners und der bayerischen SPD gegenüber den Bekenntnisschulen wurde mitbestimmt durch die einschränkungslose Anerkennung des Konkordats von seiten der amerikanischen Militärregierung[13], deren Haltung in dieser Frage jedoch alles andere als eindeutig war, ließ sie doch einerseits zu, daß Verfassungsbestimmungen über die Bekenntnisschulen in ihrer Tragweite über die Vereinbarungen des Konkordats hinausgingen, lehnte jedoch andererseits verfassungsrechtlich vertretbare Passagen des Hundhammerschen Schulgesetzentwurfes ab, da sie glaubte, diese nicht mit dem Anspruch eines liberalen Erziehungs- und Bildungssystems in Einklang bringen zu können. Auch der den Wünschen der Kirchen ablehnend gegenüberstehende Teil der SPD in Bayern akzeptierte temporär resigniert diese verworrene Kirchen-, Schul- und Kulturpolitik.

Das Verhältnis der bayerischen SPD zur katholischen Kirche wurde durch traditionelle und tief verwurzelte Vorbehalte sowie die wiederholt bemerkbare distanzierte Haltung Kardinal Faulhabers belastet[14]. Politisch wirkte sich die Tätigkeit des Kultusministers und CSU-Fraktionsvorsitzenden Hundhammer negativ auf die beiderseitigen Beziehungen aus. Hundhammer trug als einseitiger Exponent des politischen Katholizismus in Bayern wesentlich dazu bei, eine Situation des Kulturkampfes zu schaffen[15]. In seinen extremsten Stellungnahmen äußerte er, daß die Politik in Bayern im Sinne des Vatikans gemacht werden müsse, und rechtfertigte den Zuschuß von 5,1 Millionen RM an die katholische gegenüber nur 787 000 RM an die evangelische Kirche mit den Bestimmungen des Konkordats und der Säkularisation von 1803. Als Ausweg schlug er die Rückgabe des bei der Säkularisation an den Staat gefallenen Kirchengutes vor[16]. Weiterhin trat Hundhammer für eine vierte Landesuniversität mit katholisch-konfessioneller Ausrichtung in Bamberg/Regensburg ein und betrieb einseitig die Errichtung von Konfessionsschulen[17]. Seine Politik stieß nicht nur auf die Ablehnung der bayerischen SPD, sondern auch vieler evangelischer Mitglieder in der CSU, ja sogar katholischer Würdenträger, wie etwa des Bischofs von Regensburg[18]. Teile der bayerischen SPD allerdings steigerten sich in eine wahre Psychose hinein wegen einer „Offensive des politischen Katholizismus"[19] und trugen damit wenig zu einer Versachlichung der ohnehin gespannten Atmosphäre bei.

Im Rahmen der „individuellen Werbung im Bereiche der politisch Andersdenkenden"

[11] Hoegener, Außenseiter, S. 238. Vgl. auch unten S. 181 f.
[12] Ebenda, S. 239.
[13] Rededispositionen zum Volksentscheid und zur Landtagswahl am 1. Dez. 1946 in Bayern (SPD-LV 1945—46).
[14] Knoeringen (I). Anders Hoegner (I), der sein gutes Verhältnis zu Faulhaber betonte; vgl. auch Hoegner, Außenseiter, S. 237 f.
[15] So auch die Auffassung Hoegners (I). Anders Knoeringen, der meinte, Hundhammer sei „nicht so wichtig für das Verhältnis der bayerischen SPD zu der katholischen Kirche" gewesen.
[16] RD, Nr. 20, Okt. 47.
[17] KdL 26, 9. 12. 47. Vgl. auch unten S. 183 f.
[18] Sten. Ber. LT, 5. 7. 50, S. 589.
[19] Kdl 26, 9. 12. 47 Vgl. auch unten S. 183 f.

veröffentlichte die SPD-Landtagsfraktion die Broschüre „Christentum unmodern — Sozialismus unchristlich?“[20]. Der Sinn dieser Schrift lag darin, das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Geistlichen beider Konfessionen, der Caritas, der Inneren Mission sowie den Christlichen Vereinen und Bünden zu entkrampfen[21]. Evangelische Geistliche äußerten sich hierzu vielfach positiv; die Antworten von katholischer Seite waren „fast ausschließlich ablehnend“[22].

Einen weiteren Versuch, das Verhältnis der Sozialdemokratie zumindest zur evangelischen Kirche zu verbessern, stellte die Anregung der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Sozialisten in der SPD Bayerns“ dar, ein gemeinsames Gespräch zwischen evangelischer Kirche und Sozialdemokratie in Bayern durchzuführen. Am 1. März 1948 erklärte der Nürnberger Kirchenrat Simon die Bereitschaft der evangelischen Kirche zu einer derartigen Aussprache, „da . . . maßgebende Männer und Frauen bestimmter nichtsozialistischer Parteien ständig Fühlungnahme und Verbindung mit zahlreichen ihrer (d. i. der evangelischen Kirche) Vertreter suchen und halten, so daß sie (d. i. die evangelische Kirche) dadurch möglicherweise nicht nur in den Verdacht, sondern auch in die Gefahr einer einseitigen Stellungnahme“ gerate. „Als Gegengewicht“ sei der evangelischen Kirche „das in Aussicht genommene Gespräch ganz besonders willkommen“. Weiterhin sei es „bei dem weithin bemerkbaren geistigen Neubau innerhalb der SPD unmöglich, auf andere Weise als durch ein solches Gespräch ein wirklich zutreffendes Bild von dem gegenwärtigen Wesen der SPD zu gewinnen“[23]. Am 31. März 1948 fand die Aussprache zwischen Vertretern der bayerischen SPD und der evangelischen Landeskirche Bayerns in Fürth unter Leitung des Dekans der Theologischen Fakultät der Universität Erlangen, Künneth, und des Landesvorsitzenden der bayerischen SPD, Knoeringen, statt. Auf Grund der von beiden Seiten vorgetragenen Referate zu dem Hauptthema „Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und evangelischer Kirche einst und jetzt“ kam es zu regen Diskussionen, die allerdings nur zu unverbindlichen Vereinbarungen führten[24]. Im Oktober 1948 fand ein zweites Treffen statt, bei dem die Erläuterung der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik nach der Konzeption Rudolf Zorns[25] im Vordergrund stand[26]. Die evangelische Kirche in Bayern konnte und wollte keine engere Bindung an eine politische Partei eingehen, was zum einen dem abstinenten Verhalten der evangelischen Kirche gegenüber der Politik entsprang[27] und sich für Bayern in der Betonung der neutralen Eigenständigkeit der evangelischen Kirche in Mittelfranken besonders deutlich niederschlug, zum anderen durch die Einsicht bedingt war, daß eine Stellungnahme der evangelischen Kirche zugunsten der SPD in Bayern einen Kirchenkampf unausweichlich gemacht hätte.

Die einseitige politische Stellungnahme vieler katholischer Geistlicher in Bayern führte selbstverständlich ebensowenig zu einer Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und katholischer Kirche wie die drohenden Äußerungen sozialdemokratischer Politiker gegenüber der katholischen Kirche: „Eines Tages werden in Bayern nicht mehr die Pfarrer auf der Kanzel das Geschehen in Bayern lenken, sondern die Realitäten

[20] Verfasser war Arno Hennig, Leiter der Sozialistischen Kulturzentrale beim Parteivorstand in Hannover. Erschienen im November 1946.
[21] Erläuterung in: KdL 24, 27. 11. 46.
[22] KdL 30, 26. 2. 48.
[23] Brief des Kirchenrates Simon vom 24. Febr. 1948 an die SPD-Landesleitung (SPD-LV 1947).
[24] NN, 3. 4. 48; SZ, 3. 4. 48.
[25] Vgl. unten S. 171.
[26] SZ, 19. 10. 48.
[27] Vgl. hierzu die polemische Schrift von Thomas Ellwein, Klerikalismus in der deutschen Politik, Heiße Eisen, Bd. 1, München 1955, S. 88.

werden entscheiden[28]!" Der zentrale Angriffspunkt des politischen Katholizismus wurde für die SPD in Bayern im Laufe der ersten Legislaturperiode mehr und mehr Hundhammer und die von ihm vertretene Kulturpolitik, die sich schlechthin mit der Einstellung des katholischen Klerus in Fragen der Schulpolitik identifizierte. In der sozialdemokratischen Agitation spielte Hundhammer die Rolle des politischen Pfeils in dem Kocher der katholischen Kirche[29]. Die Auffassung der katholischen Kirche in der Schulfrage artikulierte im Landtag außerdem der CSU-Abgeordnete, Bamberger Domkapitular und päpstliche Hausprälat Georg Meixner[30]. Die klerikalistische Färbung der bayerischen Kulturpolitik machte es der SPD schwer, zwischen politischem Gegner und katholischer Kirche zu trennen. Das bereitete wiederum den Nährboden für die pauschal ungerechtfertigte Behauptung, die SPD sei anti-religiös und bekämpfe das Christentum[31]. Die Anti-Hundhammer-Politik der SPD, die vor allem in dem Wahlkampf zu der Landtagswahl 1950 mit aller Deutlichkeit hervortrat, trug andererseits nicht dazu bei, den Anspruch der SPD, „für religiöse Duldsamkeit"[32] einzutreten, glaubwürdig zu machen. Um aus dem Dilemma herauszukommen, einerseits die Hundhammersche Kulturpolitik zu bekämpfen, andererseits jedoch nicht die katholische Kirche zu treffen, gab es für die SPD in Bayern nur eine Lösung: Die „unabdingbare"[33] Forderung, bei Bildung einer Großen Koalition in Bayern nach der Landtagswahl 1950 Hundhammer als Kultusminister abzulösen[34]. Als diesem Anspruch der SPD nach langem Zögern durch die CSU nachgegeben wurde, zeichneten sich Möglichkeiten für ein entspannteres Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und katholischer Kirche in Bayern ab, das sich nach dem Ableben Kardinal Faulhabers 1952 in einer „besonderen Auflockerung" der Beziehungen zwischen seinem Nachfolger, Kardinal Wendel, und der bayerischen SPD niederschlug[35]. Der „eigentliche Durchbruch" für bessere Beziehungen in beiden Richtungen erfolgte allerdings erst Ende der fünfziger Jahre, wobei eine Tagung der Katholischen Akademie in Bayern vom 10. bis 12. Januar 1958 in München als Auftakt angesehen werden kann[36].

b) Der Bayerische Bauernverband

Der agrarischen Bevölkerung galt seit Georg von Vollmar das besondere Interesse der bayerischen SPD[37]. Der Sozialdemokratie ging es dabei um den strukturellen Ausgleich zwischen Stadt und Land[38], zwischen Arbeitern und Bauern, und — im organisatorischen Bereich — um die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Bauernverband. Der 1. Vorsitzende des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Gustav Schiefer, bekannte sich am 28. Oktober 1945 zu der Zusammenarbeit zwischen seiner Organisation, dem am 7. September 1945 gegründeten Bayerischen Bauernverband[39], und der SPD[40]. Im Juli 1947 fand

[28] Knoeringen am 13. 7. 49 in Berlin (SZ, 14. 7. 49). Vgl. auch Knoeringens Rede „Sozialdemokratie und katholische Kirche" in Weismain bei Bamberg am 4. Juni 1950 (SZ, 6. 6. 50).
[29] Vgl. Verlautbarung des SPD-Landesvorstandes, abgedr. in: SZ, 13. 6. 50.
[30] Vgl. Sten. Ber. LT, 5. 7. 50, S. 578 ff. u. ö.
[31] Vgl. SZ, 25./26. 11. 50 u. ö.
[32] SZ, 25./26. 11. 50.
[33] Knoeringen, SZ, 6. 12. 50.
[34] Vgl. oben S. 75 f.
[35] Knoeringen (I).
[36] Knoeringen (I). Die Referate der Tagung sind veröffentlicht in: Christentum und demokratischer Sozialismus, Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, hg. von Karl Forster, Heft 3, München 1958. Vgl. hierin das Referat Knoeringens „Kulturpolitik als Staatspolitik" (S. 167 ff.).
[37] Vgl. oben S. 36 f. — Eine umfangreichere, die Gesamtkonstellationen einbeziehende Darstellung des Bayerischen Bauernverbandes nach 1945 fehlt. Vgl. allerdings die in den folgenden Anmerkungen 39 und 57 genannte Literatur.
[38] So auch nach 1945 Hoegner, NN, 5. 12. 45.
[39] Vgl. hierzu Alois Schlögl, Bayerischer Bauernverband, Entstehung und Geschichte, München 1947, S. 13.
[40] Hoegner, Außenseiter, S. 207 f.

die erste gemeinsame Kundgebung beider Verbände statt, auf der der Präsident der Gewerkschaften, Lorenz Hagen, und der Generalsekretär des Bauernverbandes, Alois Schlögl, ihren Willen zu einer Zusammenarbeit artikulierten[41]. Am 3. September 1947 kam es zu einer Vereinbarung zwischen Vertretern der bayerischen Sozialdemokratie und des Bayerischen Bauernverbandes, die auch den gemeinsamen Beschlüssen zwischen bayerischen Gewerkschaften und Bayerischem Bauernverband Rechnung trug. Die Unterzeichneten verpflichteten sich, die gemeinsamen Interessen der bayerischen Gewerkschaften und des Bayerischen Bauernverbandes im Landtag „nach Kräften zu unterstützen", „einen neuen Rechtskurs in Bayern mit allen Mitteln zu verhindern, sowie zu Konsultation und Zusammenarbeit auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet in Landtag, Kreistagen und Gemeinderäten"[42].

Der wenige Wochen später erfolgende Austritt der bayerischen SPD aus der Regierungskoalition machte die Vereinbarung hinfällig und begünstigte die Entwicklung in Bayern, die den Bayerischen Bauernverband durch die Aufnahme seines Generalsekretärs Alois Schlögl in das Kabinett als Landwirtschaftsminister und Nachfolger Baumgartners im Februar 1948 der SPD entfremdete und der CSU annäherte, sowie im weiteren Verlauf eine immer stärkere Interessengemeinschaft zwischen Bauernverband und Bayernpartei bewirkte. Eine weitere negative Folge des Regierungsaustritts war für die bayerische SPD, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen Bauernverband und Gewerkschaften mit Ausnahme von München nicht funktionierte[43]. Das Gros der Funktionäre des Bauernverbandes war an der gemeinsamen Aktion direkt mit einer Regierungspartei oder indirekt über die einer Regierungspartei nahestehenden Gewerkschaften interessiert; als die SPD in die Opposition ging, lief dies den lobbyistischen Ambitionen des Bayerischen Bauernverbandes zuwider. Es war in Anbetracht dieser Konstellation nur konsequent, daß Schlögl den Austritt der SPD aus der Regierungskoalition als „großes Unglück"[44] bezeichnete und die neue parteipolitische Situation bedauerte.

Die katastrophale Ernährungslage im Januar/Februar 1948 brachte noch einmal eine Aktionsgemeinschaft zwischen dem Bayerischen Gewerkschaftsbund und dem Bayerischen Bauernverband zustande. Nachdem die Gewerkschaften der Bayerischen Regierung am 17. Januar 1948 ein Sieben-Punkte-Programm mit Forderungen zur Überwindung der Ernährungskrise überreicht hatten[45], traten Vertreter des Bayerischen Gewerkschaftsbundes und des Bayerischen Bauernverbandes am 19. Januar 1948 zu Konsultationen zusammen. In einer Entschließung, die der Landesausschuß der SPD in Bayern am 18. Januar 1948 faßte[46], attackierte die SPD scharf die Regierung und die CSU und versuchte damit zum letzten Male, die gefährdete Zusammenarbeit zwischen SPD, Gewerkschaften und Bauernverband auf Grund einer gemeinsamen Aktion in einer gemeinsamen Notlage aufrechtzuerhalten. Aus Protest gegen die Ablehnung ihres Sieben-Punkte-Programmes durch die Bayerische Regierung rief der Bayerische Gewerkschaftsbund am 23. Januar 1948 einen 24stündigen Proteststreik aus, ohne daß es darüber vorher zwischen Gewerkschaften und Bauernverband zu einer Einigung gekommen wäre[47]. Die Staatsregierung leitete getrennte Verhandlungen mit den Gewerkschaften und dem Bauernverband ein und hatte durch die immer latent vorhandenen Interessengegensätze zwischen beiden

[41] KdL 8, 21. 7. 47.
[42] Die Vereinbarung ist im Wortlaut abgedr. bei: Hoegner, Außenseiter, S. 208. Zu den vorhergehenden Kontakten zwischen Bauernverband und Gewerkschaften vgl. auch SZ, 17. 6. 47.
[43] Maag, Sten. Ber. LT, 27. 11. 47, S. 206.
[44] SZ, 19. 9. 47; NZ, 19. 9. 47.
[45] SZ, 20. 1. 48. Vgl. dazu auch unten S. 90.
[46] Die Entschließung ist abgedr. in: SZ, 20. 1. 48.
[47] SZ, 27. 1. 48.

Verbänden[48] leicht die Möglichkeit, die Spannungen bloßzulegen und den Einfluß von Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf den Bauernverband einzudämmen[49]. Und in der Tat zeigten sich — bei Übereinstimmung in einzelnen Punkten — recht unterschiedliche Auffassungen in der Beurteilung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtsituation bei den beiden Verbänden. Von den elf Punkten des Gewerkschaftsprogramms erklärte sich der Bauernverband nur mit sieben einverstanden[50].

Eine sehr wichtige Entscheidung für das Verhältnis zwischen Bauernverband und Sozialdemokratie bildete die Berufung Schlögls als Landwirtschaftsminister in das Kabinett Ehard[51]. Damit band die CSU den entscheidenden Mann des Bayerischen Bauernverbandes an die Regierung und schob einer möglichen zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Bauernverband einen Riegel vor. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte entgegen sonstiger Gepflogenheit nicht gegen Schlögl, sondern enthielt sich der Stimme[52]. Sie versuchte damit, nach der fehlgeschlagenen Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, die eine der wesentlichen Grundlagen für eine erfolgreiche Politik der SPD in Bayern gewesen wäre, ihr Verhältnis zu dem Bayerischen Bauernverband durch eine etwaige Ablehnung Schlögls als Landwirtschaftsminister nicht vollständig zu zerstören. Aber die sozialdemokratische Entscheidung kam zu spät. Schlögl als ein „Mann von sozialer und fortschrittlicher Gesinnung"[53] bemühte sich durchaus um ein gutes Verhältnis zu den bayerischen Sozialdemokraten, doch er war nun Mitglied der CSU-Regierung und damit den Richtlinien der Regierungspolitik unterworfen, die die SPD als Opposition gerade auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet so hart bekämpfte. Die unter Ministerpräsident Hoegner für die Sozialdemokratie so hoffnungsvolle Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernverband[54] wich einer zunehmenden „Entfremdung"[55], die nicht zum wenigsten ihre Ursache in der neuen parteipolitischen Konstellation nach dem Regierungsaustritt der SPD hatte. Nach der organisatorischen und politischen Konsolidierung des Bayerischen Bauernverbandes hatte die SPD auf diesen Verband so gut wie überhaupt keinen Einfluß mehr[56]. Die traditionellen Vorbehalte und Gegensätze zwischen SPD und Gewerkschaften einerseits sowie dem Bauernverband[57] andererseits traten wieder zunehmend in den Vordergrund[58].

[48] Hoegner (I) verwies auf eine gewisse Arroganz vieler Gewerkschaftsfunktionäre und deren z. T. fanatische Agitation auf dem Lande gegenüber Vertretern des Bauernverbandes. Andererseits maß er aber auch dem Verhalten vieler Bauern in der Zeit der Zwangswirtschaft eine erhebliche Mitschuld an den Gegensätzen zwischen beiden Verbänden bei. Am entscheidendsten erschien Hoegner das finanzielle Problem für die Landwirtschaft, das vor allem deswegen so deutlich hervortrat, da die Löhne der Arbeitnehmer in der Industrie zu gering waren, als daß sie durch einen stärkeren Konsum eine Besserung der finanziellen Situation in der Landwirtschaft hätten herbeiführen können. Als Modell zur Lösung dieses Problems verwies Hoegner auf die Schweiz.

[49] SZ, 27. 1. 48.

[50] SZ, 31. 1. 48.

[51] Sten. Ber. LT, 26. 2. 48, S. 938.

[52] Ebenda.

[53] Stock, ebenda.

[54] Auch Knoeringen (I) bekannte, daß dies „eine gute Idee Hoegners" gewesen sei.

[55] Hoegner (I).

[56] Knoeringen (I).

[57] Vgl. hierzu Alois Schlögl (Hg.), Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts, München 1954, S. 566 ff.; Alois Hundhammer, Geschichte des Bayerischen Bauernverbandes, phil. Diss., München 1924; ders., Die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern, staatswiss. Diss., München 1926.

[58] Hoegner (I).

c) Die Gewerkschaften

Aus traditional völlig einsichtigen Gründen bestand unmittelbar nach dem Kriege in Bayern wieder eine enge Interessen- und Personalverflechtung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei[59]. In ihrem Aktionsprogramm zur Wiederzulassung auf Landesebene machte sich die bayerische SPD Forderungen der Gewerkschaften zu eigen, wenn sie in Punkt 6 Koalitionsfreiheit, Wiederherstellung freier Gewerkschaften als gleichberechtigter Glieder der Wirtschaft, Wiederherstellung des Betriebsräterechts, angemessene Mindestlöhne, Recht auf Arbeit und bezahlten Jahresurlaub, 40-Stunden-Woche und Mitbestimmung der Arbeitnehmerorganisationen an der Entwicklung der Produktivkräfte forderte[60]. Der Aufruf an „Bayerische Arbeiter, Bauern und Bürger!" brachte gleiches zum Ausdruck[61]. Damit in Verbindung stand die Absicht der SPD, in gemeinsamer Arbeit mit wirtschaftlichen Verbänden die „Wirtschaftsdemokratie" zu verwirklichen, wie sie programmatisch in den „Vier Gesetzen zur Demokratisierung der Wirtschaft" niedergelegt wurde[62].
tisch in den „Vier Gesetzen zur Demokratisierung der Wirtschaft" niedergelegt wurde[62].
Der Bayerische Gewerkschaftsbund trat für die „überparteiliche Einheit der Gewerkschafts-Bewegung" ein und forderte sogar die Auflösung der durch die Parteien organisierten Betriebsgruppen, um eine Neutralisierung und Entpolitisierung der Gewerkschaften zu erreichen[63]. Tatsächlich wirkte sich jedoch dieses persönliche Vorgehen des Präsidenten des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Schiefer, trotz allgemeiner Anerkennung der „Einheitsgewerkschaft" nicht aus, da personelle Verflechtung und Übereinstimmung der Interessen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften so stark waren, daß auch die Aufhebung der Institution der Betriebsgruppen keine Veränderung in dem engen Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften bedeutet hätte[64]. Die Ausführungen des Generalsekretärs des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Georg Reuter, auf einer öffentlichen Kundgebung der SPD in München am 22. September 1947 verdeutlichten dies zusätzlich, als er sich persönlich zur Sozialdemokratischen Partei und der „Durchsetzung ihrer Ziele und Forderungen" bekannte[65]. Die bayerische SPD unterstützte andererseits voll die Maßnahmen der Gewerkschaften, so etwa die 40-Stunden-Woche-Aktion „Hunger tut weh", wobei der Landesvorstand die gesamte Parteiorganisation aufrief, „gegebenenfalls positiv in diese Aktion einzugreifen"[66].
Bei aller Selbstverständlichkeit der Interessenparallelität zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie war in der Folge die Frage, welcher der beiden Teile die eigentlich treibende Kraft zur Durchführung wirtschafts- und sozialpolitischer praktischer Maßnahmen war. Die Antwort fällt nicht schwer, wenn sich bei einer Analyse der stenographischen Berichte des Bayerischen Landtags zeigt, daß es in erster Linie führende Mitglieder des Gewerkschaftsbundes in der SPD-Landtagsfraktion waren, die unzweideutig und unnachgiebig die Forderung nach Wirtschaftsplanung in großem Umfange erhoben, die

[59] Über die Personalunionen vgl. Tabelle im Anhang (S. 243). — Zu der Wiedergründung und Entwicklung der Gewerkschaften vgl. Wilhelm Merl, Die arbeits- und lohnpolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in Bayern nach 1945 bis Ende 1947, staatswirtschaftl. Diss., München 1948, S. 1 ff. Merl behandelt allerdings leider die Gewerkschaften unter ausschließlich organisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten und isoliert sie von der Gesamtkonstellation, insbesondere von der SPD.
[60] Siehe Anhang (Programmpunkt 6, S. 212).
[61] Flugblatt (SPD-LV 1945—46).
[62] Vgl. unten S. 172.
[63] Brief des Präsidenten des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Gustav Schiefer, vom 22. 8. 47 an die CSU, SPD und KPD, abgedr. in: KdL 13, 25. 8. 47. — Zu dem Thema „Einheitsgewerkschaft und Parteien" vgl. die grundsätzlichen Ausführungen bei Hirsch-Weber, S. 51 ff.
[64] Baur, Göhler, Höhne (I).
[65] KdL 17, 24. 9. 47.
[66] KdL 7, 14. 7. 47; Gewerkschaftszeitung, Sondernummer vom 30. 6. 47.

Wirtschaftspolitik der Regierung hart kritisierten[67] und wegen der zum Kompromiß mit der CSU neigenden sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und eines Teiles der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auch entschlossen für die Beendigung der Koalition eintraten[68]. Die schärfsten Angriffe von bayerisch-sozialdemokratischer Seite gegen die Wirtschaftspolitik Erhards und deren Unterstützung im Kabinett Adenauer gingen von Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus, die in Personalunion Mitglieder der Gewerkschaften waren[69].

In ein ernstes Dilèmma gerieten Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Bayern durch die in Aussicht stehende Marshallplanhilfe, denn die wirtschaftliche Unterstützung der Westzonen durch die Vereinigten Staaten war gleichbedeutend mit einer Rückstellung der Sozialisierung[70], die in der amerikanischen Besatzungspolitik ohnehin keine günstige Resonanz fand[71]. Gewerkschaften und SPD in Bayern nahmen die durch die Bayerische Staatsregierung angekündigten Kürzungen der Lebensmittelrationen im Januar/Februar 1948 zum Anlaß, um — trotz der durch die amerikanische Militärregierung bindend zugesagten Besserung der Lebensverhältnisse mit Hilfe des Marshallplanes im Frühjahr 1948 — mit aller Macht gegen die Regierung vorzugehen. Die Initiative ergriff der Gewerkschaftsbund, der dabei vollkommen durch die SPD und teilweise durch den Bayerischen Bauernverband unterstützt wurde[72]. Die SPD stellte jedoch ausdrücklich fest, „daß die Gewerkschaften die Aktion der Arbeitsniederlegung selbständig durchgeführt haben", und bestritt, daß ein Kontakt zwischen Landesvorstand und Gewerkschaften bestanden habe[73]. Ihre Parteinahme für die Gewerkschaften rechtfertigte die SPD mit der Resolution der Landesausschußsitzung vom 18. Januar 1948, in der sie die Regierung der Mitschuld an der katastrophalen Ernährungslage bezichtigte[74]. Auf jeden Fall stellte die Aktionsgemeinschaft zwischen Bayerischem Gewerkschaftsbund und SPD einen letzten Versuch dar, die drohende Alternative zwischen der mit Unterstützung der Marshallplanhilfe bevorstehenden liberalen Wirtschaftsordnung auf der einen und einem sozialistischen Wirtschaftssystem auf der anderen Seite dadurch abzumildern, daß die Regierung unter dem Druck der schweren Ernährungskrise des Winters 1947/48 zu Zugeständnissen an die Forderungen der Gewerkschaften und der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD gezwungen wurde. Trotz eines 24stündigen Proteststreiks in München am 23. Januar 1948 erklärte sich die Regierung jedoch nur zu unverbindlichen Verhandlungen bereit[75]. Die von seiten der Gewerkschaften mit Zustimmung der SPD so heftig geführte Auseinandersetzung war ebenso schnell erloschen, wie sie aufgeflammt war[76]. Der Versuch von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die bayerische Regierung in einer Krisensituation zur Übernahme ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen zu zwingen und auch den Bayerischen Bauernverband für eine derartige Aktion zu gewinnen, war gescheitert.

[67] Vgl. insbesondere Lorenz Hagen, Sten. Ber. LT, 28. 11. 47, S. 267 ff. Generell bestätigte Göhler (I) die starke Initiative der Gewerkschaften in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen und ihren Einfluß auf die SPD. Göhler und Höhne (I) verwiesen dabei gleichzeitig auf die „harmonisierten Bestrebungen" (!) zwischen SPD und Gewerkschaften. Anders Hoegner (I), der die Gewerkschaften als Interessengruppen bezeichnete, die die SPD ausschließlich gebrauchten, um ihre „verbandsegoistischen Ziele" zu realisieren.

[68] Hoegner, Höhne, Baur (I). — Vgl. unten S. 106 f.

[69] Vgl. insbesondere Max Wönner, MdB, Generalsekretär des Bayerischen Gewerkschaftsbundes: „Erhard-Politik nur unter Bajonetten",'in: SZ, 6. 8. 49; „Kein Vertrauen mehr zu Adenauer", in: SZ, 5./6. 8. 50.

[70] Als einer der ersten sprach Hans Böckler, der damalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Britischen Zone, diese Alternative aus (NZ, 15. 9. 47).

[71] Vgl. oben S. 56 f.

[72] Vgl. SZ, 20. 1. 48.

[73] KdL 29, 26. 1. 48.

[74] Die Resolution ist abgedr. in: RD 86, 19. 1. 48.

[75] SZ, 27. 1. 48; 7. 2. 48.

[76] SZ, 7. 2. 48.

Durch weitere gemeinsame Aktionen wurde die enge Interessengemeinschaft zwischen SPD und Gewerkschaften dokumentiert:

1. Der Bayerische Gewerkschaftsbund beteiligte sich auf Vorschlag des Landesvorstandes der bayerischen SPD an der Gründung des „Volksbauwerks Bayern" zur Realisierung des Aufbauplanes der SPD auf überparteilicher Ebene[77];
2. Gewerkschaften und SPD lehnten gemeinsam das Beamtengesetz ab, in dem sie eine gefährliche Stärkung der Bürokratie und ein Hemmnis für die Entwicklung der Demokratie sahen[78];
3. Es bestand eine enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und SPD in der Ernährungskrisenlage im Mai 1948[79];
4. Es bestand eine gemeinsame Haltung zur Frage der Preisentwicklung im November 1948 und August/September 1950[80].

Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Bayern arbeiteten in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen eng zusammen[81]. Keine gemeinsame Aktion kam jedoch anfänglich in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung zustande, obwohl Knoeringen dringend auf die Bedeutung des Primats einer stabilisierenden sozialen Strukturierung hinwies, ohne die „eine Verteidigung des Westens . . . ein zweifelhaftes Beginnen" sei[82].

Als exemplarischer Fall für das politische Zusammenwirken zwischen SPD und Gewerkschaften in Bayern auf Grund eines gewerkschaftlichen Interessenprimats und gewerkschaftlicher Initiative[83] ist die Haltung der beiden Gruppen in der Debatte um das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes anzusehen. Bei der parlamentarischen Auseinandersetzung über diesen wichtigen Punkt der sozialdemokratischen Programmatik und Politik[84] wurden die entscheidenden Beiträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im wesentlichen von führenden Gewerkschaftsfunktionären geleistet. Die gesamte Diskussion um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer erreichte ein Höchstmaß an Aktualität durch das Programm für die soziale Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, das der Generalpräses der Katholischen Arbeitervereine, Prälat Hermann Joseph Schmidt, der dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, nahestand, auf dem Bochumer Katholikentag vortrug[85]. Die bayerischen Gewerkschaften griffen diese Anregung auf und machten sie zum Hauptgegenstand ihrer Öffentlichkeitsarbeit[86]. Die SPD-Fraktion aktivierte die Arbeit in den Ausschüssen des Landtags an einem entsprechenden Gesetzentwurf, den sie bereits im Herbst 1947 als Initiativ-Antrag im Bayerischen Landtag eingereicht hatte[87]. Auf einer Sondersitzung der SPD-Landtagsfraktion am 27./28. Januar 1950 sprachen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gemeinsame Aktionen in der Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer ab. Beratungsgrundlage waren nicht nur der Betriebsrätegesetz-Entwurf der SPD und der Gesetzentwurf des „Sozialpolitischen Unterausschusses des Landtags", sondern auch die grundsätzliche Einstellung der Gewerkschaften[88].

[77] SZ, 23. 10. 48; vgl. unten S. 173 f.
[78] SZ, 24. 2. 49.
[79] KdL 34, 11. 5. 48.
[80] Stellungnahme des stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD, Richard Reitzner, in: SZ, 11. 11. 48; 21. 8. 50; 6. 9. 50. — Über die Preis- und Lohnpolitik der bayerischen Gewerkschaften vgl. Merl, SS. 49 ff., 96.
[81] Das bestätigten alle interviewten Personen.
[82] SZ, 18. 10. 50.
[83] Hoegner, Baur, Höhne (I).
[84] KdL 26, 9. 12. 47.
[85] SZ, 9. 12. 49.
[86] Vgl. Max Wönner, in: SZ, 9. 12. 49.
[87] Beilage 7812. Vgl. dazu die Erklärung der SPD in: SZ, 9. 12. 49.
[88] SZ, 28./29. 1. 50.

Die entscheidende Phase in der Auseinandersetzung um das Mitbestimmungsrecht begann mit einer scharfen Kampfansage der bayerischen Gewerkschaften an die Unternehmer im Mai 1950. Der Sprecher der Gewerkschaften, Georg Reuter, wandte sich gegen jeden Versuch, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu verzögern[89]. Am 6. Juni 1950 trat die Vollversammlung des Landtages in die Beratungen des Betriebsrätegesetzes ein[90]. Der SPD-Abgeordnete und Gewerkschaftspräsident Lorenz Hagen war in dieser wie in den folgenden Sitzungen des Landtages bei den Diskussionen um das Betriebsrätegesetz der Wortführer der sozialdemokratischen Fraktion[91]. Weitere Beratungen wurden durch die Parlamentsferien unterbrochen. Die SPD nutzte die Pause, „um . . . in öffentlichen Aufklärungsversammlungen die Arbeiterschaft zu einer Erörterung dieser Fragen aufzurufen"[92]. Weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften in Bayern legten jedoch ihre Öffentlichkeitsarbeit in der Frage des Mitbestimmungsrechtes von Arbeitnehmern breit genug an, um auch soziale Schichten außerhalb der Arbeiterschaft wirksam anzusprechen, obwohl Lorenz Hagen vor dem Landtag ausdrücklich erklärt hatte, daß Arbeiter und Angestellte der privaten Wirtschaft genau so in den Bereich dieses Gesetzes gehörten wie Beamte und Angestellte des Staates und der Kommunen[93].

In der zweiten Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Vollversammlung des Bayerischen Landtages am 17. August 1950 wurde zwar der bedeutsame § 11 in der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Form angenommen: „In allen Betrieben, die in der Regel 10 Arbeitnehmer beschäftigen, darunter 5 wählbare, sind Betriebsräte zu errichten[94]." In der Schlußabstimmung am 18. August 1950 aber stimmte die SPD-Fraktion gegen das Gesetz in der vorliegenden Form und unterlag mit 86:66 Stimmen bei zwei Enthaltungen[95]. Die SPD vertrat den Standpunkt der Gewerkschaften, wenn sie argumentierte:

1. Die Wiedereinführung der Gruppenwahl störe den Betriebsfrieden und zerschlage die Betriebseinheit. Durch die Aufspaltung des Betriebsrates in Gruppenräte werde es den Arbeitgebern leicht gemacht, die einzelnen Gruppen gegeneinander auszuspielen;
2. Der Begriff der tariflich zuständigen Gewerkschaften komme in dem Gesetz nicht vor, so daß auch nichttariffähige, unbedeutende Splittergruppen von Arbeitnehmerorganisationen auf die Betriebe Einfluß nehmen können;
3. Der Schutz der Arbeitnehmer in Betrieben ohne Betriebsrat gegen willkürliche Kündigungen sei ungenügend geregelt;
4. Die Mitwirkung der Beamtenbetriebsräte sei inhaltlos, da die vorgesetzte Behörde endgültig entscheidende Instanz sei. Der Antrag der Sozialdemokratie, ein überparteiliches Schiedsgericht einzuschalten, sei aus unbegreiflichen Gründen abgelehnt worden. Da auch die nur gutachtliche Äußerung des Betriebsrats bei dienstlichen Beurteilungen gestrichen worden sei, sei der Abschnitt des Betriebsrätegesetzes über die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Öffentlichen Dienst völlig entwertet[96].

SPD und Gewerkschaften in Bayern hatten gemeinsam für die Rechte der Arbeitnehmer, insbesondere für die Arbeiter, im Rahmen ihrer gemeinsamen Konzeption der „Wirtschaftsdemokratie" gekämpft. Sie hatten gemeinsam eine Niederlage erlitten und gleichzeitig ihr gegenseitiges Verhältnis präzisiert, das trotz des Anspruchs der Gewerkschaften

[89] SZ, 15. 5. 50.
[90] Zuvor waren Anträge des FDP-Abgeordneten Bezold und Hundhammers auf Vertagung bzw. Zurückweisung des Entwurfes zu erneuter Beratung in Abstimmungen abgelehnt worden (Sten. Ber. LT, 6. 7. 50, S. 133 ff.). — Über die Entstehungsgeschichte des Betriebsrätegesetzes im einzelnen vgl. Trettenbach (CSU) (Berichterstatter), Sten. Ber. LT, 6. 7. 50, SS. 640 ff., 645 ff. Siehe weiterhin SZ, 16. 8. 50.
[91] Vgl. Sten. Ber. LT, 6. 7. 50, S. 649 ff.; 12. 7. 50, SS. 668, 671, 676 ff., 681 f.; 13. 7. 50, S. 689 f.
[92] Landesvorstand der SPD in Bayern, abgedr. in: SZ, 14. 7. 50.
[93] Sten. Ber. LT, 12. 7. 50, S. 668.
[94] Sten. Ber. LT, 17. 8. 50, S. 755 ff.
[95] Sten. Ber. LT, 18. 8. 50, S. 773.
[96] Sten. Ber. LT, 18. 8. 50, S. 768.

auf Überparteilichkeit durch Interessenverbindungen und Personalunionen so eng war, wie es nur zwischen einer politischen Partei und einem Interessenverband sein konnte.
Einen Versuch mit dem Ziel massiver Kandidaten- und Wahlbeeinflussung führten die Gewerkschaften in Bayern als einzige der Gewerkschaften der Westzonen vor der Bundestagswahl 1949 durch. Der Bayerische Gewerkschaftsbund legte im Juni den einzelnen Kandidaten der verschiedenen politischen Parteien seine Forderungen vor, um möglichst viele der künftigen Abgeordneten darauf zu verpflichten. Das Programm umfaßte zehn Punkte, von denen die Hälfte rein gewerkschaftliche Forderungen waren[97]. Die Kandidaten der SPD und KPD in Bayern bekannten sich geschlossen zu den gewerkschaftlichen Programmpunkten; gleiches taten einzelne Kandidaten der anderen politischen Parteien, so daß die Ortsverwaltungen der bayerischen Gewerkschaften berichteten, die Hälfte der Kandidaten habe sich auf das Programm der Gewerkschaften festgelegt[98]. Umgekehrt veranstaltete die SPD insbesondere vor Wahlen Treffen mit den Gewerkschaften, um zu einem Höchstmaß an gemeinsamen politischen Konzeptionen für den Wahlkampf zu gelangen[99].
Umstritten war vor der Landtagswahl 1950 die Frage der Wahlkampffinanzierung der bayerischen SPD durch die bayerischen Gewerkschaften. Knoeringen bezeichnete die SPD in Bayern als eine „arme Partei", die „nicht mehr die materielle Unterstützung der Gewerkschaften wie früher" habe[100]. Die SPD müssen den Wahlkampf allein aus Beitragsaufkommen bestreiten. Anfang November 1950 berichtete eine Stuttgarter Zeitung über einen Betrag von 250 000,— DM, den der Deutsche Gewerkschaftsbund der SPD zugesagt habe. Knoeringen dementierte energisch[101]. Die zugänglichen Quellen sagen nichts über eine finanzielle Unterstützung der SPD durch die Gewerkschaften aus[102].

d) Die Unternehmerverbände

Das Verhältnis der bayerischen SPD wie der SPD überhaupt zu Unternehmerverbänden war traditionell gespannt und blieb es in Anbetracht der völlig unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Interessenlage auch nach 1945. Das Programm der SPD bei Wiederzulassung auf bayerischer Landesebene forderte die „Überführung der Bodenschätze, Kraftquellen, lebenswichtiger Großindustrien, Großbanken und großer Versicherungsunternehmungen in gemeinsamen Besitz". Es trat ein für die Lenkung des Währungs- und Kreditwesens nach den Bedürfnissen der Gesellschaft und empfahl die weitgehende Förderung des Genossenschaftswesens[103]. Die Grundpositionen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften einerseits, Unternehmerverbänden andererseits kontrastierten damit evident. Offizielle Kontakte zwischen der SPD in Bayern und Unternehmerverbänden bestanden nicht. In den öffentlichen Auseinandersetzungen bediente sich die SPD häufig klassenkämpferischer Parolen und prangerte die arbeiterfeindliche Haltung vieler Unternehmer und ihre positive Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus als Ursache für das Scheitern der Weimarer Demokratie an.
Einen Höhepunkt erreichten diese Angriffe, die letzten Endes die unbedingte Identität von Anti-Sozialismus und Pro-Faschismus postulierten, als Wilhelm Hoegner in einer

97 SZ, 25. 7. 49.
98 SZ, 11. 8. 49.
99 Höhne (I).
100 SZ, 24. 4. 50.
101 SZ, 7. 11. 50. Allmer (I) argumentierte, eine finanzielle Unterstützung der SPD durch die Gewerkschaften sei in der Zeit nach der Währungsreform allein deswegen nicht möglich gewesen, „da die Gewerkschaften finanziell genau so schlecht standen wie die SPD."
102 Zu derselben Feststellung kommt Hirsch-Weber, S. 54.
103 Vgl. Aktionsprogramm im Anhang (Punkt 5, S. 212).

Rede im Verfassungsausschuß des Landtages am 24. Januar 1950 die Industrie in Bayern der Verbindung mit den Führern neofaschistischer Bewegungen beschuldigte. Der Landesausschuß der bayerischen Industrie, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern und die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Industrie- und Handelskammern veröffentlichten daraufhin am 30. Januar 1950 in der „Süddeutschen Zeitung" eine Erklärung, in der sie Hoegner energisch widersprachen und ihn aufforderten, Namen zu nennen. Zu einem frontalen Zusammenstoß zwischen Unternehmerverbänden und Sozialdemokratie in Bayern kam es nicht, da weder die Unternehmerverbände die Äußerungen Hoegners auf die gesamte Sozialdemokratie in Bayern übertrugen, noch Hoegner seine Beschuldigungen gegenüber „der bayerischen Industrie" schlechthin aufrechterhielt, sondern sich in der Sitzung des Verfassungsausschusses des Landtages am 31. Januar 1950 auf „gewisse Kreise der Industrie" beschränkte, die mit der „Vaterländischen Union" in Verbindung stünden[104]. Namen nannte Hoegner nicht, sondern lediglich die Anfangsbuchstaben der betreffenden Personen. In einer weiteren Äußerung präzisierte Hoegner, daß Karl Feitenhansl, der Bundesvorsitzende der „Vaterländischen Union", sich mit Spendenlisten an „gewisse Industrie-Kreise" gewandt habe[105]. Die erneute Aufforderung der bayerischen Industrieverbände, Material über die Unterstützung der „Vaterländischen Union" durch Teile der bayerischen Industrie zu veröffentlichen, wies Hoegner zurück[106]. In die gesamte Auseinandersetzung griff zwar keine Instanz der bayerischen SPD offiziell ein, verurteilte jedoch auch andererseits die Angriffe Hoegners nicht, so daß die Reihe der Erklärungen und Gegenerklärungen und spezifisch die Darstellung Hoegners als symptomatisch für die Grundeinstellung der SPD zu den Unternehmerverbänden gewertet werden kann. Sie sah in ihnen Kräfte der „kapitalistischen Reaktion", die jederzeit bereit waren, erneut mit nationalistischen Gruppen zu paktieren, um dadurch ihre Position gegenüber SPD und Gewerkschaften sowie deren wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen zu stärken. Den Versuch von Unternehmerseite, Landtagsabgeordnete bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes zu beeinflussen[107], wertete die bayerische SPD als Bestätigung ihrer Auffassung von dem grenzenlosen Egoismus und Lobbyismus der Unternehmervertreter, deren ungestörtes Agieren eine fundamentale Gefahr für eine funktionsfähige Demokratie darstelle. Eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte ließ sich bei der weitgehenden Verschiedenheit grundlegender Positionen nicht erreichen.

e) Die Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände

Am 1. Januar 1948 machten die Flüchtlinge 27 % der bayerischen Gesamtbevölkerung aus[108]. Hatte die bayerische SPD in ihrem Programm bei Wiederzulassung als Landespartei im Januar 1946 überhaupt nichts über ihr Verhältnis zu Flüchtlingen und Vertriebenen ausgesagt, so änderte sich das in der Folgezeit sehr rasch. Das politische Interesse der SPD ging insbesondere dahin, die Vertriebenen und Flüchtlinge sozial und wirtschaftlich in die bayerische Bevölkerung zu integrieren und sie im Zuge dieses Prozesses gleichzeitig möglichst stark an die Sozialdemokratie zu binden, die traditionell für die „Rechte der Schwachen und Hilfsbedürftigen" eingetreten war[109]. Institutionell sollte die Verbindung zwischen Sozialdemokratie, Vertriebenen und Flüchtlingen hergestellt werden

[104] SZ, 1. 2. 50.
[105] SZ, 9. 2. 50.
[106] SZ, 14. 2. 50.
[107] Sten. Ber. LT, 6. 7. 50, S. 650.
[108] RD 126, 4. 3. 48.
[109] An die deutschen Ausgewiesenen in Bayern, in: Unser Weg im Geiste des demokratischen Sozialismus, 1. Landeskonferenz am 13./14. April 1946 in Erlangen, S. 18 (SPD-LV 1945–46).

durch Flüchtlingsvertrauensleute bei den einzelnen Organisationseinheiten der SPD in Bayern, Flüchtlingsreferate bei den Ortsvereinen, Flüchtlingssekretariate bei den Bezirksverbänden und beim Landesverband sowie durch die Vertrauensmännerkonferenz ostdeutscher Sozialdemokraten[110]. Trotz der Interessenparallelität vieler Flüchtlinge und Vertriebenen mit der Sozialdemokratie und trotz der organisatorischen Bemühungen der SPD in Bayern gelang es der Partei langfristig nicht, den Flüchtlingen und Vertriebenen in der SPD eine neue politische Heimat zu geben[111].

Ursprünglich lehnte die SPD Flüchtlings- und Vertriebenenverbände ab. Nachdem sich in Bayern jedoch derartige Verbände konstituiert hatten, es der SPD nicht gelang, die Vertriebenen- und Flüchtlingsgruppen politisch an die SPD zu binden oder sogar zu integrieren[112] und das Ergebnis der Kommunalwahlen 1948 einen enormen Anstieg der Stimmen für selbständige Flüchtlingsgruppen zeigte[113], vollzog die SPD einen Wandel ihrer Auffassung: Sie versuchte durch starke Mitarbeit in diesen Verbänden die Leitung in die Hand zu bekommen[114]. Die Konstituierung eines Flüchtlings-Notparlaments wurde durch den stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden, Vorsitzenden des Flüchtlingsausschusses beim Landesvorstand und ehemaligen stellvertretenden Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, Richard Reitzner, forciert. In diesem Flüchtlings-Notparlament waren die Landesflüchtlingsausschüsse der politischen Parteien, der „Neubürgerbund", der „Förderungsverband zur Eingliederung der Flüchtlinge" und die „Notgemeinschaft der Flüchtlinge" vertreten[115]. Die Wahl war mittels einer Einheitsliste unter der Bezeichnung „Für Recht und soziale Gerechtigkeit" erfolgt. Spitzenkandidat war Richard Reitzner[116]. Während die SPD das „Notparlament" tatkräftig von den ersten Planungen an unterstützt hatte, distanzierte sich die CSU immer stärker und beabsichtigte sogar, es als verfassungswidrig erklären zu lassen[117]. Das Wahlergebnis brachte der SPD zwar die meisten Mandate, nicht jedoch die absolute Mehrheit. Als die nicht-parteigebundenen Flüchtlings- und Vertriebenenverbände die Wahl Reitzners zum Vorsitzenden verhinderten und stattdessen Günther Götzendorff (WAV) bestellten, zogen sich Reitzner und die bayerische SPD mehr und mehr von einer Mitarbeit und finanziellen Unterstützung zurück, was die zunehmende Bedeutungslosigkeit des „Notparlaments" und dessen Bankrotterklärung im März 1950 zur Folge hatte[118]. Gleichzeitig war damit der Versuch der bayerischen SPD gescheitert, auf indirektem Wege Einfluß auf Flüchtlings- und Vertriebenengruppen, die sich in größeren Organisationen zusammengeschlossen hatten, zu gewinnen.

Das größte Problem für das Verhältnis von Sozialdemokratie und Flüchtlings- und Vertriebenenverbänden in Bayern war die Uneinheitlichkeit der Meinungen in den Interessenvertretungen der Vertriebenen und Flüchtlinge, die von der Bekundung nach einem Anschluß an die bestehenden politischen Parteien bis zu dem Bestreben nach Gründung einer eigenen Flüchtlingspartei reichten[119]. Mit allen Mitteln versuchte die bayerische SPD, die Organisation einer regionalen Flüchtlingspartei zu verhindern. Sie bot sich immer wieder als geeignete politische Interessenvertretung für die Flüchtlinge und

[110] Vgl. unten S. 115 f.
[111] Über das Eintreten der SPD in Bayern für Flüchtlinge und Vertriebene in Programmatik und praktischer Politik vgl. unten S. 162 f.
[112] SZ, 1. 6. 48; „Wahlübereinkommen SPD-Neubürgerbund" (SZ, 12. 5. 49); „SPD strebt weitere Wahlübereinkommen an" (SZ, 2. 6. 49).
[113] Vgl. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 31.
[114] Gabert (I).
[115] SZ, 2. 9. 48.
[116] SZ, 2. 10. 48.
[117] SZ, 7. 10. 48.
[118] SZ, 23. 12. 48; 7. 3. 50; Gabert (I).
[119] Vgl. „Politik mit Flüchtlingen", in: SZ, 21. 7. 49.

Vertriebenen an[120]. Zwar erklärte sie die Mitgliedschaft im „Neubürgerbund"[121], im „Block der Heimatvertriebenen", in der „Deutschen Gemeinschaft"[122] und in der „Union der Ausgewiesenen"[123] als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD, wandte jedoch nichts gegen die Mitarbeit in überparteilichen Organisationen, insbesondere den Landsmannschaften ein, solange deren Überparteilichkeit gesichert war. Die Entscheidung über eine parteipolitische Vertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern lag zu diesem Zeitpunkt in der Alternative:

1. Aufteilung der bestehenden Flüchtlings- und Vertriebenengruppen je nach ihrer Interessenlage und politischen Ausrichtung auf die bestehenden politischen Parteien;
2. Gründung einer politischen Flüchtlingspartei.

Es war abzusehen, daß vor der Landtagswahl 1950 eine Entscheidung über diese Alternative fallen mußte. Auf der Landesflüchtlingskonferenz der bayerischen SPD in Augsburg im Juni 1950 versuchte Knoeringen mit den beschwörenden Worten „Die Probleme der Vertriebenen sind die Probleme der SPD schlechthin"[124] noch eine Entscheidung im Sinne der Sozialdemokratie herbeizuführen, obwohl das gewachsene Selbstbewußtsein der Vertriebenen- und Flüchtlingsfunktionäre eine Angliederung ihrer Gruppen an die SPD gar nicht mehr zuließ[125].

Im September 1950 vereinigten sich der „Block der Heimatvertriebenen" und der zunächst ohne Zustimmung des BHE-Vorsitzenden Waldemar Kraft gegründete Landesverband Bayern des BHE zum „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten"[126]. Damit war eine für die SPD wichtige Vorentscheidung für die Landtagswahl 1950 gefallen. Zwar versuchten führende bayerische Sozialdemokraten mit dem Hinweis auf die Gefahr der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Desintegration der Flüchtlinge durch ihre politische Isolierung in einer eigenen Partei noch eine Wende zu erzwingen[127], der Versuch, den größeren Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen an die SPD zu binden, war allerdings bereits endgültig gescheitert.

[120] Landesausschußsitzung der SPD im Jan. 1950 (SZ, 26. 1. 50).
[121] Der WAV nahestehend. Vorsitzender: Günther Götzendorff (WAV).
[122] Beide genannten Verbände hatten stark ausgeprägte parteipolitische und nationalistische Ambitionen, die den Interessen der SPD zuwiderliefen.
[123] Als Arbeitsgemeinschaft der CSU angehörend (Angaben nach: SZ, 27. 1. 50).
[124] SZ, 19. 6. 50.
[125] So wurde etwa bei der Kemptener Pfingsttagung der Sudentendeutschen Landsmannschaften 1950 überhaupt kein Vertreter von CSU oder SPD in den Vorstand gewählt (SZ, 19. 6. 50).
[126] Virchow, S. 452.
[127] Knoeringen, in: SZ, 19. 7. 50.

II. Analyse der Partei: Formales Organisationssystem und informelle Organisationsstrukturierung

1. DIE WIEDERGRÜNDUNG

Die Wiedergründung der Partei als Organisation — programmatisch hatte sie in mehreren Gruppen die Zeit des „Dritten Reiches" überdauert[1] — vollzog sich in der amerikanischen Besatzungszone nach dem Willen der Militärregierung auf Kreisebene ab 27. August 1945[1a]. Die lokalen Behörden der Militärregierung wurden ermächtigt, politische Parteien vorläufig zuzulassen und sie zu kontrollieren. Bürgen hatten Fragebogen auszufüllen und ein Programm der Partei bei der lokalen Militärregierungsbehörde einzureichen[2]. Eine politische Bewegung war ausschließlich in den Städten festzustellen. Zentren der SPD in Bayern wurden bald die Sitze ihrer Bezirksorganisationen in München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Würzburg. Dies waren jedoch keineswegs die ersten Städte in Bayern, in denen politische Parteien 1945 lizenziert wurden; in Kaufbeuren etwa erhielt die SPD bereits am 29. August 1945 ihre Lizenz. Überall war die Organisation der Partei vollständig zerschlagen[3]. Die ersten Anfänge des Wiederaufbaus vollzogen sich im Rahmen von Versammlungen kleiner Gruppen, in denen sich alte, vor 1933 auf lokaler Ebene führende Sozialdemokraten, Funktionäre, Stadtratsmitglieder, Landtags- und Reichstagsabgeordnete, die miteinander bekannt waren, trafen[4]. Die Zusammenkünfte fanden bis in den Herbst 1945 meist illegal statt. Politische Gruppen waren nicht zugelassen. Es durften nach Vorschrift der Militärregierung nicht mehr als fünf Personen zu Gesprächen zusammentreffen[5]. In München[6] und Würzburg[7] duldete die amerikanische Militärregierung jedoch frühzeitig eine informelle Organisierung früherer sozialdemokratischer Parteimitglieder. Am schwierigsten gestalteten sich die ersten Begegnungen in Regensburg, wo ein starker Widerwille der örtlichen Militärregierung gegen sich bildende politische Gruppen feststellbar war. Die führenden Regensburger Sozialdemokraten wurden sogar bei einem Treffen in Tirschenreuth zusammen mit anderen Parteifreunden vorübergehend wegen illegaler politischer Betätigung und des Überschreitens der für jeden Deutschen verbindlichen 30-Kilometer-Zone inhaftiert[8].

Im einzelnen vollzog sich die Wiedergründung in den größten bayerischen Städten in folgender Weise:

In *München* waren es Wilhelm Hoegner, Albert Roßhaupter, Josef Seifried, Thomas Wimmer, Gustav Schiefer, Franz Fendt, Erwin Hielscher und Max Peschel, die sich zu Zusammenkünften in der Nähe des Sterntores trafen. Sie sahen ihre Hauptaufgabe in der Wiedererrichtung einer Parteiorganisation und Fixierung einer allgemein verbindlichen Politik für die wiederzugründende bayerische SPD. Im Rahmen derartiger Zusammentreffen wurden die der Militärregierung vorzuschlagenden sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung Hoegner nach Absprachen ausgewählt. Die Vertreter anderer

[1] Vgl. oben S. 50 ff.
[1a] Vgl. oben S. 53 ff. — Zum Prinzipiellen des Wiedergründungsprozesses vgl. Kaden.
[2] Gillen, S. 6.
[3] Angabe aller interviewten Personen.
[4] Hoegner, Höhne, Felder, Haas, Laufer, Baur (I).
[5] Hoegner, Höhne, Felder, Haas, Laufer, Baur (I).
[6] Hoegner (I).
[7] Laufer (I).
[8] Höhne (I).

politischer Richtungen wurden teils zu den Verhandlungen zugezogen, teils fanden Aussprachen im größeren Rahmen im Rathaus statt. Auf diese Weise wurden die nichtsozialdemokratischen Regierungsmitglieder bestimmt. Wie die Zusammensetzung der frühen sozialdemokratischen Versammlungen nach dem Kriege und die Auswahl der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zeigte, ergab sich mit den Exponenten Hoegner, Roßhaupter und Seifried eine klare Dominanz der Anhänger der Vollmar-Linie[9], der auch die anderen Gruppenmitglieder nicht ablehnend gegenüberstanden[10]. Am 1. November 1945 wurde die SPD in München durch die amerikanische Militärregierung zugelassen[11].

In *Nürnberg* trafen sich Julius Loßmann, August Meier, Joseph Simon, Lorenz Hagen und ab Juni 1945 Franz Haas in dem alten Parteiverlagsgebäude in der Breiten Gasse, nach der Lizensierung der Partei am 3. November 1945[12] in dem notdürftig wiederhergestellten Parteigebäude des Unterbezirks Nürnberg in der Karl-Bröger-Straße[13]. Die SPD in Nürnberg nahm nach ihrer Zulassung einen sehr raschen Aufschwung: In kürzester Zeit umfaßte sie 6000 Mitglieder in Nürnberg-Stadt. Die Militärregierung stellte ein gutes Verhältnis zu der Partei durch einen Verbindungsmann her[14].

In *Augsburg* bildeten August Ulrich, Karl Wernthaler, Hans Kramer, und ab Ende August 1945 Valentin Baur den Kern der neuen Organisation[15]. Sie trafen sich wöchentlich im Dienstzimmer des Direktors des Arbeitsamtes zu geheimen Zusammenkünften. Im Mittelpunkt der Besprechungen standen die örtliche Situation und Fragen des Wiederaufbaus von Partei und Gewerkschaften. Nach Erweiterung des Kreises bestand die Gruppe zum größeren Teil aus älteren Parteimitgliedern, zum geringeren Teil aus ehemaligen Mitgliedern der Jungsozialisten[16]. Am 1. Dezember 1945 wurde die Gründungsversammlung abgehalten, nachdem am 2. Oktober 1945 die mündliche Genehmigung der Militärregierung für die politische Arbeit der Gruppe eingeholt und am 2. November 1945 die zur Lizensierung nötigen Unterlagen eingereicht worden waren. Am 3. Januar 1946 wurde die SPD in Augsburg offiziell genehmigt[17]. Bis zum 15. Dezember 1945 umfaßte die Partei 752 Mitglieder; der Kassenbestand betrug zu Weihnachten 1945 15 000 Reichsmark aus Spenden der Mitglieder[18].

Am Wiederaufbau der SPD in *Regensburg* arbeiteten in erster Linie Franz Höhne, Martin Ernst, Max Schinabeck, Leo Hoffmann und Franz Sichler. Die ersten Treffen fanden illegal im „Thomaskeller" statt, später — nachdem der amerikanischen Militärregierung eine großzügigere Behandlung der noch nicht zugelassenen Partei „abgerungen"[19] worden war — im Rathaus, Zimmer Nr. 7, das seitdem für die Regensburger SPD von historischer Bedeutung ist. Die Bemühungen zur Wiedergründung der Partei und zu einer größeren

[9] Zu Hoegners Vollmar-Bild vgl. seine Aufsätze „Georg von Vollmar — ein bayerischer Parlamentarier", in: politische studien, heft 153, 15. jg., jan./febr. 1964, S. 53—64, und „Sozialismus in bayerischer Tracht. Ein Porträt Georg von Vollmars zu seinem 100. Geburtstag", in: SZ, 4./5. 3. 50, sowie natürlich sein Buch „Der schwierige Außenseiter", passim.

[10] Alle Angaben Hoegner (I). — Vgl. demgegenüber jedoch die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Hoegner und Roßhaupter in der Frage der „Aktionsgemeinschaft" mit den Kommunisten in München (oben S. 79) und bei der Diskussion um die Kündigung der Koalition mit der CSU 1947 (Hoegner, Außenseiter, S. 296).

[11] Lizenzierungsurkunde SPD-München (SPD-BS).

[12] Lizenzierungsurkunde SPD-Nürnberg (SPD-N).

[13] Dort mußten an Regentagen Bretter auf das Dach gelegt werden, um in einigermaßen trockenen Räumen behelfsmäßig arbeiten zu können (Haas [I]).

[14] Alle Angaben Haas (I).

[15] Walter Böhm, Hundert Jahre SPD in Augsburg, in: Schwäbische Volkszeitung, 28. 11. 64 (Sonderausgabe); Baur (I).

[16] Böhm.

[17] Siehe Lizenzierungsurkunde im Anhang (S. 256).

[18] Böhm.

[19] Höhne (I).

Beteiligung sozialdemokratischer Politiker an der kommunalen Selbstverwaltung zur Besserung der allgemeinen Lebensverhältnisse gingen bei der Arbeit der Gruppe Hand in Hand. Im Oktober 1945 wurde die SPD in Regensburg als erstem Kreis von Niederbayern-Oberpfalz zugelassen[20].

In *Würzburg* bestand über die gesamte nationalsozialistische Zeit hinweg eine Gruppe von etwa dreißig Sozialdemokraten, die sich in Gastwirtschaften trafen und deren Zentrum der letzte Parteisekretär vor 1933, Kern, sowie Georg Sittich und Brandmann bildeten. Sie beantragten sofort nach Kriegsende bei der amerikanischen Militärregierung die Wiederzulassung und versuchten, Gegner des Nationalsozialismus für die Partei zu gewinnen. Der Anfang nach 1945 gestaltete sich besonders schwierig, da die Stadt durch die verheerenden Kriegseinwirkungen nur noch etwa 5000 (!) Einwohner zählte. Es dauerte deswegen in Würzburg trotz der günstigen Voraussetzungen durch die Existenz eines Parteikerns und reger Zusammenkünfte im Hause Kerns verhältnismäßig lange, bis ein größerer Mitgliederstand erreicht wurde[21]. Die frühzeitige Einrichtung eines Parteibüros konnte keine deutliche Besserung schaffen[22].

Die Aufnahme von Kontakten zwischen den großen Städten und den Stadt- und Landkreisen in den Bezirken verlief sehr unterschiedlich. Während sich die Sozialdemokraten in München bis zu der inoffiziellen Landeskonferenz in Pfaffenhofen am 10./11. November 1945 ausschließlich auf den Aufbau ihrer lokalen Parteiorganisation konzentrierten[23], bemühten sich die sozialdemokratischen Mitglieder in Augsburg[24] und Würzburg[25] um Kontakte mit anderen Organisationseinheiten in ihrem Bezirk. Am aktivsten wandten sich die sozialdemokratischen Gruppen in Nürnberg und Regensburg der Schaffung neuer Bezirksverbände zu. In Nürnberg fand bereits am 23. September 1945 eine Bezirkskonferenz statt, an der 210 Delegierte aus 62 Orten teilnahmen. Die Konferenz billigte einstimmig den Beschluß der Obmänner vom 7. August 1945, den neu zu bildenden Bezirk Franken der Gesamtpartei mit dem derzeitigen Sitz in Hannover einzugliedern[26]. In Anbetracht der für die Arbeit der Sozialdemokratie sehr unzuträglichen sozialen Struktur in Niederbayern-Oberpfalz gestaltete sich der Wiederaufbau der Bezirksorganisation hier relativ erfolgreich. Es war die Initiative in einzelnen Kreisen, vor allem aber die Aktivität der Regensburger Genossen, die bereits im Oktober 1945 — unmittelbar nach Zulassung der SPD in Regensburg — auf einer Bezirkskonferenz im „Landshuter Hof" in Regensburg zur Gründung des Bezirkes führte[27]. Wie erfolgreich die organisatorische Arbeit verlief, geht daraus hervor, daß bereits Mitte 1946 in fast allen Kreisen Niederbayerns und der Oberpfalz Kreisverbände eingerichtet worden waren. Der Bezirksver-

[20] Alle Angaben Höhne (I).

[21] Vgl. Tabelle über die Parteimitgliederschaft in Würzburg nach 1945 im Anhang (S. 247).

[22] Alle Angaben Frau Laufer (I).

[23] Hoegner, Allmer (I).

[24] Für den Aufbau des Bezirksverbandes Schwaben spielten die sozialdemokratischen Gruppen in Lindau und Kaufbeuren eine wichtige Rolle als starke Stützpunkte. In Kaufbeuren wurde die SPD bereits am 28. August 1945 wieder zugelassen (60 Jahre Sozialdemokratische Partei in Stadt und Kreis Kaufbeuren, Festschrift, hg. von der Sozialdemokratischen Partei des Kreises Kaufbeuren, Kaufbeuren o. J. [1947], S. 3 [SPD-LV 1947]).

[25] Bei dem Aufbau der Organisation des Bezirksverbandes Unterfranken spielten die Sozialdemokraten in Brückenau eine besonders bedeutsame Rolle (Frau Laufer [I]).

[26] Bericht über die Reorganisation der Partei im Bezirk Franken von Julius Loßmann, Nürnberg, vom 28. Januar 1947, an den Parteivorstand der SPD in Hannover (SPD-BF).

[27] Höhne (I) berichtete von ausgedehnten Reisen in Niederbayern-Oberpfalz und der verzweifelten Suche nach alten Sozialdemokraten. Namenslisten existierten nicht mehr, so daß er auf die Auskünfte der Ortsansässigen angewiesen war. Eine Szene in Oberviechtach verdient wegen ihrer für eine altbayerische Landschaft typischen Art festgehalten zu werden: Höhne fragte einen alten Mann nach ehemaligen Sozialdemokraten, worauf dieser erschrocken erwiderte: „O mei Bua, hör' doch bloß auf mit so am g'fährlichen Zeug!" Ähnlich erging es Höhne beim Apotheker. Erst der katholische Ortsgeistliche wußte Rat und verwies Höhne an einen alten Sozialdemokraten, der auf Höhnes Betreiben einen Ortsverein gründete und zu einer wertvollen Stütze der Bezirksorganisation wurde.

band Niederbayern-Oberpfalz nahm — trotz aller Erschwernisse durch die Bestimmungen der amerikanischen Militärregierung — frühzeitig Verbindungen zu anderen Bezirken und dem Parteivorstand in Hannover auf. Der Bezirksvorstand Niederbayern-Oberpfalz trat von allem Anfang an für die Wiedererrichtung einer einheitlichen sozialdemokratischen Gesamtpartei ein und wandte sich gegen Hoegners Pläne einer selbständigen sozialdemokratischen Landespartei in Bayern.

Eine besondere Note erhielt die Bezirksarbeit in Regensburg durch häufige Besuche Otto Grotewohls aus Berlin[28]. Ende 1945 bemerkte der Bezirksvorstand, daß der auf Empfehlung Grotewohls von der Bezirkskonferenz zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählte Willi Buch tatsächlich als Verbindungsmann des „Zentralausschusses der Berliner SPD" fungierte[29]. Buch berief auf Agitationsreisen durch Niederbayern und die Oberpfalz bis zu drei Kreiskonferenzen am Tage und hielt Referate, um eine möglichst große Anzahl von Sozialdemokraten für eine Fusion mit der KPD nach sowjetzonalem Muster zu gewinnen. Die Entdeckung kam für den Bezirksvorstand um so überraschender, da Grotewohl selbst in einem Referat am 25. November 1945 „Wo stehen wir, wohin gehen wir?"[30] sowie in wiederholten privaten Gesprächen in Regensburg bis zum Frühjahr 1946 — vergleichbar dem taktischen Rezept der KPD — gegen eine Fusion und für den demokratischen Sozialismus eingetreten war. Zweifellos besteht die Behauptung nicht zu Unrecht, Grotewohl und seine Gruppe hätten von dem relativ schwachen und dem „Büro Dr. Schumacher" allein schon geographisch fernstehenden Bezirksverband Niederbayern-Oberpfalz aus die SPD in den Westzonen „aufrollen" wollen[31]. Die fristlose Kündigung des Grotewohl-Vertrauten Buch durch den Bezirksvorstand und dessen überstürzte Flucht in die sowjetisch besetzte Zone machten diesen Plan zunichte. Um sich zu versichern, daß der Subversionsversuch Grotewohls und Buchs in Niederbayern und der Oberpfalz keine für die SPD negativen Konsequenzen hatte, setzte der Bezirksvorstand unmittelbar nach der Flucht Buchs eine Urabstimmung über die Frage der Fusion in allen sozialdemokratischen Ortsvereinen und Kreisverbänden durch, die eine überwältigende Mehrheit gegen eine Fusion erbrachte[32].

Mit der Erlaubnis der Militärregierung, einen Landesverband der SPD in Bayern einzurichten, und mit der Zulassung auf Landesebene am 8. Januar 1946[33] war die Wiedergründung der SPD in Bayern formal abgeschlossen. Nun galt es, in Übereinstimmung mit den Richtlinien für die Organisation politischer Parteien, die die amerikanische Militärregierung erlassen hatte[34], eine funktionierende Landesorganisation statuarisch zu konzipieren und in der Praxis effektiv zu gestalten. Von besonderer Wichtigkeit war es dabei, die einzelnen Organisationseinheiten in ein integriertes Verhältnis zueinander zu bringen, so daß eine sozialdemokratische Landespartei als regionaler Bestandteil der mit Zustimmung der Siegermächte neu zu schaffenden Gesamtpartei ermöglicht wurde.

[28] Höhne (I) sprach von gut einem Dutzend Besuchen. Vgl. hierzu den ausführlichen Bericht bei Kaden, S. 165 f.
[29] Über die Rolle Buchs als Verbindungsmann des „Zentralausschusses der Berliner SPD" vgl. Kaden, S. 164 f.
[30] Gedruckt (SPD-BN-O). Die Auflage betrug 50 000 Stück. Vgl. hierzu die beiden Berichte Gustav Dahrendorfs: „Bericht über eine Reise, die Otto Grotewohl und Gustav Dahrendorf in der Zeit vom 17. bis 26. Nov. 1945 nach Frankfurt/M., Stuttgart, München und Regensburg führte" und „Bericht vor dem Zentralausschuß am 4. Dez. 1945" (zit. bei Kaden, SS. 165 A. 362, 166).
[31] Höhne (I). Diese Auffassung wird durch die Darlegung Kadens (S. 164 f.) gestützt.
[32] Alle Angaben Höhne (I).
[33] Lizenzierungsurkunde in SPD-LV 1945—46.
[34] Vgl. oben S. 55 ff. Siehe auch Anhang (S. 221).

2. DIE ENTWICKLUNG DES REGIONALEN ORGANISATIONSSYSTEMS

Ende 1945 und über große Teile des Jahres 1946 funktionierte die Organisation der SPD in Bayern in vorwiegend improvisierter Form[1] und in weitgehender Unabhängigkeit von den Organisationseinheiten der Partei außerhalb Bayerns. An der von Schumacher einberufenen ersten „Reichskonferenz" in Wennigsen bei Hannover am 6. Oktober 1945, die den Beginn der organisatorischen Koordination der SPD auf Westzonenebene darstellte[2], nahm kein Vertreter aus Bayern teil[3].

Um eine möglichst starke Homogenität der lokalen Organisationsstatuten[4] innerhalb Bayerns sicherzustellen, fand in Pfaffenhofen am 10./11. November 1945 eine erste inoffizielle Landeskonferenz statt, auf der sämtliche bayerische Bezirke und wichtige Kreisverbände[5] vertreten waren. Dies war die erste Möglichkeit für die Sozialdemokraten in Bayern, Aussprachen auf regionaler Ebene zu führen und Erfahrungen über die Wiederanfänge der lokalen Organisationseinheiten auszutauschen. Organisationsstatuten wurden nicht ausgearbeitet[6]. Am 2. Februar 1946 wurde — wiederum in Pfaffenhofen — auf einer weiteren außerordentlichen Landeskonferenz ein Landesvorstand mit Wilhelm Hoegner als Landesvorsitzendem bestellt[7]. Es folgte am 13./14. April 1946 die erste ordentliche Landeskonferenz nach dem Kriege in Erlangen, wo jedoch wiederum keine organisatorischen Beschlüsse gefaßt wurden[8]. Erst nachdem auf dem Parteitag der Gesamtpartei in Hannover (9. bis 11. Mai 1946) ein Gesamtparteistatut erarbeitet worden war[9], drängte Hoegner auf ein eigenes Landesparteistatut und legte einer erneuten außerordentlichen Landeskonferenz in Ingolstadt am 19./20. Oktober 1946 einen von ihm gefertigten Entwurf vor[10], der von den Delegierten ohne Einwände gebilligt wurde[11].

Obwohl bereits seit Februar 1946 der zonale Zusammenschluß politischer Parteien möglich war, hatte sich Hoegner gegen einen derartigen Schritt der bayerischen SPD zur Wehr gesetzt[12] und dokumentierte in dem Ingolstädter Statut die völlige Eigenständigkeit der bayerischen SPD. Die Ortsvereine stellten demnach die Grundorganisationseinheiten der SPD in Bayern dar, wobei in größeren Orten die Ortsvereine in Distrikte und Sektio-

[1] Angabe aller interviewten Personen. Sehr eingehend berichtete darüber der jetzige Sekretär des Bezirkes Franken Heinz Schmude (I), der in der unmittelbaren Nachkriegszeit Sekretär des Kreisverbandes Bamberg-Land war. — Für den Bereich München sei der Aufruf der jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaft und eines Aktionsausschusses als Beispiel angeführt (SPD-LV 1945—46). — Die Angabe Rudolf Wildenmanns (Partei und Fraktion, Meisenheim 1954, S. 18), „der organisatorische Aufbau der Partei (sei) mit dem Parteitag 1946 nahezu abgeschlossen" gewesen, ist nur bei formaler Betrachtung der Organisationsstruktur zutreffend.

[2] SPD-Jb. 1946, S. 14 f.

[3] Der ursprünglich als Teilnehmer vorgesehene Albert Roßhaupter erhielt keine Reisegenehmigung von der amerikanischen Militärregierung (Brief Thomas Wimmers an Kurt Schumacher vom 10. 11. 45 [SPD-LV 1945—46]).

[4] Vgl. Organisationsstatut der SPD-Augsburg im Anhang (S. 217—221).

[5] Die genaue Anzahl der vertretenen Kreisverbände läßt sich nicht mehr feststellen. Bis 30. 11. 45 bestanden in Bayern 23 SPD-Kreisorganisationen. Die SPD hatte damit die meisten Kreisorganisationen vor der KPD (21) (Keesing 1945, S. 545 C).

[6] Schriftliche Aufzeichnungen über die organisatorischen Beratungen dieser Konferenz liegen nicht vor. Die Angaben stammen von Hoegner und Baur (I). — Zu dem Programmentwurf von Pfaffenhofen vgl. Anhang (S. 209).

[7] Hoegner, Außenseiter, S. 228.

[8] Unser Weg . . . (SPD-LV 45—46).

[9] Prot. PT 1946, S. 3 ff.

[10] Bestätigt durch alle interviewten Personen.

[11] Das Organisationsstatut befindet sich im Anhang (S. 222—230).

[12] Besprechungsprotokoll zwischen dem Landesvorsitzenden Hoegner und dem Landessekretär Albert vom 28. 3. 46 (SPD-LV 45—46). Demgegenüber ersuchte der Sekretär des Bezirks Mittel- und Oberfranken, Loßmann, in einem Brief vom 30. 4. 46 alle Bürgen der Parteigründung um die Ausfüllung eines Fragebogens als Voraussetzung zur Genehmigung der zonalen Zusammenfassung der SPD (SPD-LV 45—46).

nen untergliedert werden konnten[13] und die Ortsvereine des Landkreises zu Kreisverbänden zusammengefaßt wurden[14]. Die Ortsvereine der kreisunmittelbaren Städte und die Kreisverbände sollten selbständig im Rahmen des Bezirksverbandes arbeiten[15]. Die Organe des Ortsvereins waren die Vorstandschaft[16], der Parteiausschuß[17], der sogenannte Funktionärkörper[18] und die Hauptversammlung[19]. Die Organe des Kreisverbandes waren der Kreisvorstand[20] und die Kreiskonferenz[21]. Die Ortsvereine und Kreisverbände eines Regierungsbezirkes bildeten einen Bezirksverband[22], dessen Organe der Bezirksvorstand[23], der Bezirksausschuß[24] und die Bezirkskonferenz (Bezirksparteitag)[25] waren. Die Bezirksverbände bildeten den Landesverband[26], dessen Organe der Landesvorstand[27], der Landesausschuß[28] und die Landeskonferenz[29] waren.

Auf Grund der Satzung von Ingolstadt, der auch die Statuten der Bezirke[30] und Kreise Rechnung trugen, war die Stellung des Landesverbandes ungemein stark. Landesvorstand und Landessekretär hatten die Aufgabe, Propagandamaterial für die Bezirksverbände bereitzustellen und Parteizeitungen, Zeitschriften und Broschüren herauszugeben. Zu diesem Zweck konnten geeignete Unternehmen geschaffen werden. Der Landesvorstand pflegte den Verkehr mit den „außerbayerischen" Verbänden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und nur durch seine Delegation konnten die Bezirksverbände in Bayern derartige Aufgaben wahrnehmen. Der Landesvorstand der bayerischen SPD war die Repräsentanz aller Organisationseinheiten der SPD in Bayern nach innen und nach außen, die bayerische SPD „eine Landespartei mit dem Sitz in München"[31]. Diese Konstruktion einer in sich geschlossenen Landespartei entsprach ganz der Auffassung Wilhelm Hoegners über Struktur und Funktion von Parteien und Verbänden in dem neu zu schaffenden Deutschland. Er sah in „Reichsparteien" und „Reichsverbänden" Organisationen zur Manifestation der Tendenz zum Einheitsstaat und setzte sich — um dieser Entwicklung vorzubeugen — für die ausschließliche Existenz von Landesparteien und Landesverbänden ein, die lediglich im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften überregionale Entscheidungen treffen konnten[32]. Die Konzeption Hoegners wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Politik der Besatzungsmächte begünstigt, die bewußt starke Landesparteien und Landesverbände wollten.

Die formale Organisation des Landesverbandes Bayern der SPD mußte zu einem Zusammenstoß mit dem Parteivorstand in Hannover führen. Zwar war dem Parteivorstand die Haltung der bayerischen Sozialdemokraten und ihres Exponenten Hoegner durch die

[13] § 2.
[14] § 21.
[15] § 21.
[16] § 7.
[17] § 9. Nur bei Ortsvereinen mit Distriktsgliederung.
[18] § 4.
[19] § 3.
[20] § 23.
[21] §§ 5, 8, 14, 24.
[22] § 31.
[23] § 33.
[24] § 35.
[25] § 37.
[26] § 46.
[27] § 48.
[28] § 53.
[29] §§ 55, 58.
[30] Siehe Bezirksstatut von Südbayern im Anhang (S. 233—236).
[31] §§ 1, 51, 52.
[32] Hoegner (I).

völlig eigenständige Wahl eines Landesvorstandes am 2. Februar 1946 in Pfaffenhofen hinreichend bekannt[33], und die Feststellung Hoegners auf der Landeskonferenz in Erlangen „Wir sind heute in Bayern wohl die innerlich geschlossenste Partei"[34] wurde in Hannover sicherlich nicht überhört. Aber es erfolgte hierauf ebensowenig eine offizielle Reaktion des Parteivorstandes wie auf die erste Sitzung des bayerischen Landesvorstandes der SPD in Garmisch am 4. Mai 1946, auf der in einer Resolution der Bildung einer Reichsorganisation der SPD und der Wahl eines Reichsparteivorstandes eine Absage erteilt wurde, „da eine Reichspartei überhaupt noch nicht zugelassen" sei; „auf die Aufrechterhaltung einer bayerischen Landesorganisation (könne) deshalb nicht verzichtet werden"[35]. Es folgte in der Resolution zwar der Hinweis, daß die bayerische SPD „zur politischen Zusammenarbeit mit den übrigen sozialdemokratischen Organisationen des ganzen Reiches . . . nach wie vor bereit" sei, aber die Tatsache, daß Hoegner dem Parteitag in Hannover im Mai 1946 fernblieb und lediglich der Landessekretär Albert, Bürgermeister Loßmann von Nürnberg, Valentin Baur (Augsburg) und Arno Behrisch (Hof) anwesend waren, zeigte deutlich genug, wie stark die Gegensätze zwischen dem Parteivorstand in Hannover und dem Landesvorstand der SPD in Bayern waren. Um die integrierte Westzonen-Kooperation zu unterstreichen, wählte der Parteitag in Hannover Valentin Baur und Julius Loßmann als unbesoldete Mitglieder in den Parteivorstand[36], Hoegner in den Ausschuß für verfassungspolitische Fragen und in den außenpolitischen Ausschuß und Stock (Aschaffenburg) ebenfalls in den Ausschuß für verfassungspolitische Fragen[37]. Gleichzeitig übte jedoch Schumacher — im Gegensatz zu Ollenhauer, der von Anfang an um einen Ausgleich mit dem bayerischen Landesverband und den bayerischen Bezirken bemüht war und bereits in Hannover zu vermitteln suchte[38] — scharfe Kritik an der Konstituierung des bayerischen Landesvorstandes und lehnte es ab, dessen Existenz anzuerkennen[39]. Die bayerischen Vertreter bezogen keine eindeutige Stellung, sie „vertraten Hoegner, billigten ihn jedoch nicht"[40]. Bei diesen Besprechungen wurde eine erste grundsätzliche Einigung über die organisatorische Einheit der Partei erzielt[41].

Auf der Landesvorstandssitzung in Veitshöchheim am 2. Juni 1946 sprachen sich allerdings Landesvorstand und Vertreter der bayerischen Bezirke[42] erneut für die starke Eigenständigkeit der bayerischen Landesorganisation aus[43]. Auf einer Sitzung am 30. Juli 1946 wandte sich der bayerische Landesvorstand in Anwesenheit von Erich Ollenhauer und Alfred Nau vom Parteivorstand gegen die „Vormundschaft eines einzigen Genossen". Karl Kröpelin, Mitglied des bayerischen Landesvorstandes, formulierte: „Unsere Politik in Bayern war logisch und richtig. Autokratische Unarten des Genossen Schumacher kön-

[33] Hoegner war außerdem mit Schumacher während dessen Kundgebungsreise durch Bayern vom 15.—20. März 1946 zusammengetroffen (SZ, 22. 3. 46). Dies war allerdings nicht — wie Edinger (Kurt Schumacher [1965], S. 129) schreibt — die einzige Begegnung. Schumacher und Hoegner trafen sich noch am 10./11. Jan. 1947 in München (SZ, 18. 1. 47. — Vgl. auch unten S. 104) und bei späteren Parteikundgebungen (Hoegner [I]).

[34] Unser Weg . . . , S. 12 (SPD-LV 45—46).

[35] Resolution in SPD-LV 1945—46. Vgl. auch Hoegner, Außenseiter, S. 229.

[36] SPD-Jb. 1946, S. 15 f.

[37] SPD-Jb. 1946, S. 17. — Baur (I) bezeichnete dies als eine taktische Maßnahme Schumachers, um Hoegner und die Spitzen der SPD in Bayern stärker an den Parteivorstand und die Gesamtpartei zu binden.

[38] Baur (I). — Vgl. demgegenüber Hoegner, Außenseiter, S. 230. Im Gespräch mit dem Verfasser äußerte sich Hoegner im Sinne der Darstellung Baurs.

[39] Vgl. in diesem Zusammenhang den interessanten Vergleich der Haltung Schumachers gegenüber seinen drei maßgeblichen Opponenten innerhalb der Partei: Hoegner, Kaisen, Reuter, bei Edinger, Kurt Schumacher (1965), S. 128 ff.

[40] Baur (I).

[41] Baur, Hoegner (I).

[42] Letzteres betonte vor allem Hoegner (I).

[43] Hoegner, Außenseiter, S. 230.

nen wir nicht gebrauchen. Wir müssen wieder lernen, von ‚Wir' zu sprechen. Wir müssen von dem Führerprinzip auch in der Sozialdemokratie wegkommen, wir haben keine Schumacherpartei[44]." Selten seit Vollmar kam das Selbstbewußtsein der bayerischen SPD gegenüber dem Parteivorstand so deutlich zum Ausdruck. Hoegners und des Landesvorstandes Haltung erinnerte an die Auseinandersetzungen zwischen Vollmar und Bebel, als Vollmar sich gegen die „Parteidiktatur" Bebels und dessen Äußerungen wie „Ich werde nicht dulden", „Ich werde euch den Kopf waschen", „Ich habe die Massen hinter mir" verwahrte[45]. Ollenhauer und Nau stimmten der Anerkennung der Landesorganisation zu[46]; auf der Landeskonferenz in Ingolstadt am 20. Oktober 1946 bekräftigte Ollenhauer diese Haltung[47]. Am 10./11. Januar 1947 fand eine Tagung des Parteivorstandes und Parteiausschusses der Gesamtpartei in München statt; es kam allerdings zu keiner Annäherung der Standpunkte zwischen Hoegner und Schumacher. Im Gegenteil, Hoegner polemisierte auf einer anschließenden öffentlichen Kundgebung scharf gegen Schumacher, als er sagte: „Wir sind keine Partei, in der es heißt: ‚Führer befiehl, wir folgen dir!'[48]." Der Druck gegen die politischen und organisatorischen Vorstellungen Hoegners[49] verstärkte sich in den bayerischen Bezirken — vor allem in Franken[50] —, in der Landtagsfraktion, in den Gewerkschaften[51] und durch den Parteivorstand in Hannover so sehr, daß er im Frühjahr 1947 seinen Rücktritt als Landesvorsitzender bekanntgab[52].

Auf der Landeskonferenz in Landshut am 10./11. Mai 1947 wurde Waldemar von Knoeringen als Nachfolger Hoegners gewählt[53]. Die Landeskonferenz verabschiedete erneut eine Satzung des SPD-Landesverbandes Bayern, die jedoch nur unwesentlich von der Satzung von Ingolstadt abwich[54]. Nach der Landeskonferenz von Landshut waren Landesvorstand und Bezirksvorstände der SPD in Bayern bereit, auf Konferenzen mit den sozialdemokratischen Ministern und Bezirksvorsitzenden der drei westlichen Zonen Absprachen über die Koordination der politischen Arbeit zu treffen. Am 31. Mai und 1. Juni 1947 tagte eine derartige Konferenz in Frankfurt, in der Einigung erzielt wurde über die Beteiligung der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten an der Münchener Konferenz und über die Bildung eines Koordinierungsausschusses für den Zweizonenwirtschaftsrat, dem je zwei Vertreter der Landtagsfraktionen beider Zonen und der jeweils amtierende sozialdemokratische Ministerpräsident oder ein sozialdemokratischer Minister angehören sollten[55]. Der Koordinierungsausschuß war eine Einrichtung zur Stärkung der weiteren Tätigkeit des Parteivorstandes, wie sich auf der ersten Sitzung am 13. Juni 1947 zeigte,

[44] Ebenda.
[45] Hoegner, Vollmar (1964), S. 60.
[46] Hoegner, Außenseiter, S. 230.
[47] Ebenda, S. 231. Hoegner (I) wies zwar darauf hin, daß bereits in seiner Zeit als Landesvorsitzender eine Verständigung zwischen Parteivorstand und Landesverband erreicht worden sei. Die weitere Entwicklung zeigte jedoch, daß es sich bestenfalls um ein vorübergehendes Stillhalteabkommen gehandelt haben konnte.
[48] SZ, 18. 1. 47.
[49] Hoegner (I) betonte, er habe die organisatorischen Kompetenzen der Bezirke nie bestritten. Die anderen interviewten Personen bestätigten dies.
[50] Hoegner (I) hob dies mehrmals besonders hervor.
[51] Hoegner (I). Baur, Höhne und Haas (I) hielten den Einfluß der Gewerkschaften in der Frage „Hoegner" für nicht so bedeutend.
[52] Hoegner, Außenseiter, S. 293 f. Hoegners (I) Begründung: „Ich war müde." „Als ich Rücktrittsabsichten äußerte, griff man sofort mit beiden Händen zu." Auf die Frage, was er getan hätte, wenn man ihn zu bleiben gebeten hätte, antwortete er ohne Zögern: „Dann wäre ich geblieben." — Knoeringen gab in der Isar-Post (16. 5. 47) folgende Begründung der Ablösung Hoegners: Die SPD habe in Ingolstadt beschlossen, daß ein Minister zwar Vorstandsmitglied, nicht jedoch ausübender 1. Vorsitzender sein dürfe. Deshalb habe Hoegners Amt als Vorsitzender in den letzten Wochen nur eine „ruhende Vorstandschaft" dargestellt.
[53] SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48, München 1948, S. 4 (SPD-LV 48).
[54] Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, beschlossen am 11. Mai 1947 in Landshut (SPD-LV 1947 und SPD-A).
[55] KdL 1, 2. 6. 47.

die bezeichnenderweise in Hannover am Sitz des Parteivorstandes stattfand und auf der Kurt Schumacher in einem Grundsatzreferat die Politik der SPD im Wirtschaftsrat absteckte. Weiterhin wurden organisatorische Fragen und die personelle Zusammensetzung des Wirtschaftsrates beraten[56]. Mit der Ablösung Hoegners als Landesvorsitzender der bayerischen SPD durch Knoeringen, der in seinen Stellvertretern Richard Reitzner und Lisa Albrecht Gleichgesinnte fand[57], wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Bezirke und der Landesverband der SPD in Bayern in die Gesamtpartei integriert wurden[58]. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die anglo-amerikanische Politik, die eine zunächst bizonale Annäherung vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet zuließ. Im Zweizonenwirtschaftsrat saßen zum ersten Male nach dem Kriege einheitliche Fraktionen aus den einzelnen Ländern der Bizone. Für die SPD brachte dies den endgültigen Durchbruch des Führungsanspruches des Parteivorstandes in Hannover, der nun auch in Bayern anerkannt wurde.

Um Lösungen für die organisatorischen Probleme, insbesondere im Zusammenhang mit der bayerischen Landesorganisation, zu finden, richtete der Parteivorstand ein Referat für Organisationsfragen ein und bildete einen Organisationsausschuß, dem von seiten des bayerischen Landesverbandes der SPD Heinz Göhler angehörte. Der Parteivorstand versuchte bewußt, wie dies auch durch verschiedene gemeinsame Tagungen zwischen Bezirkssekretären und Parteivorstand zum Ausdruck kam, die bayerische Landesorganisation zu schwächen und den direkten Kontakt zwischen Bezirken und Parteivorstand herzustellen[59]. Der Parteivorstand war nur bereit, die Zusammenarbeit mehrerer Parteibezirke in einem Land im Rahmen eines Landesausschusses zuzulassen, dessen Kompetenzen sich jedoch auf landespolitische Fragen ohne organisatorische Befugnisse zu beschränken hatten. Für Organisatorisches sollten „nach wie vor die Bezirke zuständig" sein[60]. Die für die Arbeit des Landesausschusses durch den Organisationsausschuß beim Parteivorstand ausgearbeiteten Richtlinien akzeptierten die bayerischen Bezirke und der bayerische Landesausschuß nur insoweit, als der Landesausschuß nicht als ausschließliches Koordinationsorgan des Landesverbandes Bayern angesehen wurde, sondern nach wie vor Landesvorstand und Landessekretariat in den für die bayerischen Bezirke gemeinsamen politischen, zum Teil auch organisatorischen Fragen tätig wurden[61].

Am 10. Juni 1947 billigte der Landesvorstand die Geschäftsordnung für das Landessekretariat, das diesem in Zusammenwirken mit dem Fraktionsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter und dem Fraktionssekretär nicht nur politische, sondern teilweise auch organisatorische Kompetenzen gab[62]. Die Einrichtung von 14 vorwiegend politischen Referaten des Landesverbandes unterstrich dessen politische Vormacht in der Organisation der SPD in Bayern. Folgende Referate wurden errichtet:

Referat I: Geschäftsstelle
Referat II: Parteikassier
Referat III: Presse und Propaganda

[56] Die bayerische SPD war durch Roßhaupter und Baur vertreten (KdL 3, ohne Datum [2. Junihälfte 1947]).

[57] Knoeringen (I).

[58] Knoeringen (I): „Ich suchte ab 1947 den Ausgleich mit dem Parteivorstand". Göhler, Höhne, Haas, Baur (I) bestätigten dies. — Es ist — unter dem Aspekt der Kompromißbereitschaft und bei Berücksichtigung der politischen Gesamthaltung Knoeringens bis zu Schumachers Tod — zweifellos nicht ohne Einschränkung zutreffend, Knoeringen als „a devoted Schumacher supporter" (Edinger, Kurt Schumacher [1965] S. 128) und als Werkzeug für Schumachers Kontrolle über die Partei (ebenda, S. 115) zu bezeichnen. Vgl. unten SS. 106, 107 A. 72.

[59] Vgl. SPD-Jb. 1947, S. 35 f.

[60] Ebenda, S. 36.

[61] Die Richtlinien für die Arbeit der Landesausschüsse sind abgedr. in: ebenda, S. 36. — Göhler (I) bestätigte, daß sich der Parteivorstand mit der bayerischen Landesorganisation „abfand" und sie „als Ausdruck der Sonderinteressen Bayerns respektierte." Die durch den Organisationsausschuß erarbeiteten Richtlinien waren nicht bindend.

[62] KdL 2, 10. 6. 47. Geschäftsordnung des Landessekretariats der SPD, Landesverband Bayern (SPD-LV 1947).

Referat IV: Politische Bildungszentrale
Referat V: Frauensekretariat
Referat VI: Jugendsekretariat
Referat VII: Betriebsarbeit
Referat VIII: Kommunalpolitik
Referat IX: Agrarpolitik
Referat X: Wirtschaftspolitik
Referat XI: Sozialpolitik
Referat XII: Kulturpolitik
Referat XIII: Flüchtlinge und Ausgewiesene
Referat XIV: Archiv und Registratur

Im Juli 1947 wurde zusätzlich ein Personalreferat geschaffen, dessen Aufgabe darin bestand, „alle Unterlagen für eine bessere Personalpolitik der Partei zu sammeln"[63]. Der Landesvorstand konnte damit direkten Einfluß auf sämtliche personellen Fragen der SPD in Bayern nehmen[64]. Die politische Stärkung des Landesvorstandes gegenüber der Landtagsfraktion, den Bezirken und den Landesausschüssen für politische Spezialgebiete[65] erfolgte durch die Bildung des sogenannten Gehirn-Trusts, dem Experten der Partei zur Beratung des Landesvorstandes in speziellen politischen Fragen angehörten[66], und durch den Praktiker-Ausschuß zur Schaffung eines Notprogramms (sogenannter Gehirn-Trust II)[67]. Durch den Pressedienst, insbesondere die „Kurzinformationen des Landesvorstandes", hatte sich der Landesvorstand darüber hinaus publizistische Möglichkeiten geschaffen, die Organisationseinheiten der SPD in Bayern anzusprechen und für die Politik des Landesvorstandes einzusetzen[68].

Durch den Parteitag der Gesamtpartei in Nürnberg (29. Juni bis 2. Juli 1947) sowie durch eine Besprechung zwischen dem Landesvorsitzenden Knoeringen und Landessekretär Opten Orth mit Kurt Schumacher am 21. Juli 1947 in Hannover wurden endgültig die letzten organisatorischen und politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteivorstand und bayerischem Landesverband ausgeräumt[69]. Formal hatte allerdings das in Nürnberg verabschiedete Organisationsstatut der Gesamtpartei vorläufig keine Bedeutung für die bayerische SPD, da es die amerikanische Militärregierung für Bayern nicht sofort anerkannte[70]. Das führte zu zahlreichen Protesten über satzungswidrige Ausschlußverfahren wegen der wahllosen Anwendung der unterschiedlichen Statuten[71]. In seinem offiziellen Antwortschreiben an den Landesvorstand der KPD in Bayern Anfang August 1947 stellte der Landesvorstand der bayerischen SPD jedoch ausdrücklich fest, „daß wir als Sozialdemokraten unsere Politik in Bayern nicht isoliert von der sozialdemokratischen Gesamtbewegung durchführen . . ."[72].

Daß der Landesvorstand trotz einer Vielzahl formaler und informeller Kompetenzen dennoch nicht als autokratisches Führungsorgan der bayerischen SPD angesehen werden

[63] KdL 9, 28. 7. 47.
[64] Knoeringen, Göhler, Höhne, Haas (I). Die Eingriffe des Landesvorstandes bezogen sich vornehmlich auf Kandidatenaufstellungen (siehe unten S. 133 ff.). Im Zuge der Reorganisation 1948 wurde das Personalreferat aufgelöst (siehe unten S. 108 f.).
[65] Vgl. unten S. 113.
[66] KdL 12, 11. 8. 47.
[67] KdL 16, 17. 9. 47; 17, 24. 9. 47.
[68] So forderte der Landesvorstand die Organisationseinheiten wiederholt auf, durch Übersendung von entsprechenden Informationen die Stellung des Landesvorstandes in der Auseinandersetzung mit CSU und KPD zu unterstützen (KdL 6, 7. 7. 47; 8, 21. 7. 47; 13, 25. 8. 47; 21, 30. 10. 47 u. ö. Vgl. auch oben S. 64 und unten SS. 120 f., 123 ff.).
[69] KdL 9, 28. 7. 47.
[70] KdL 23, 20. 11. 47.
[71] KdL 23, 20. 11. 47; 24, 27. 11. 47.

kann, zeigten die parteiinternen Konstellationen bei der Diskussion um den Austritt aus der Regierung 1947. Obwohl der Landesvorstand bis August 1947, die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und etwa die Hälfte der Fraktion[73] sogar bis zuletzt für die Beibehaltung der Koalition eintraten, erzwangen die durch einen großen Teil ihrer Mitglieder bestimmten Stimmabgaben der Vertreter der Bezirke[74], vor allem Frankens, und der Gewerkschaften[75] auf der Sitzung des Landesausschusses endgültig den Austritt aus der Koalition. Diese Entscheidung wurde durch die Haltung des Parteivorstandes erleichtert, dessen Vertreter Schumacher und Ollenhauer in einer Unterredung mit Mitgliedern des Landesvorstandes am 30. August 1947 in Frankfurt „die Auflösung der bayerischen Koalition . . . gebilligt" hatten[76]. Hätte der Landesvorstand an der Koalition festgehalten, so hätte er sich mit dem Parteivorstand, den bayerischen Bezirken, insbesondere Franken, und dem Bayerischen Gewerkschaftsbund überworfen, was unausbleiblich eine Schwächung seiner Position, die Abwahl seiner Mitglieder oder sogar seine völlige Aufhebung zur Folge gehabt hätte. Der Landesvorstand der SPD in Bayern war zu einer Instanz der Partei geworden, die zwar politisch eine große Machtfülle bei sich konzentrierte, äußerst stark jedoch von Willensäußerungen des Parteivorstandes, der Bezirke und der Gewerkschaften abhängig war. Der Landesvorstand war zwar faktisch das permanente politische Führungsgremium der bayerischen SPD, das jedoch auf Landeskonferenzen und Landesausschußsitzungen sich immer wieder der Zustimmung der Bezirke, der Fraktion und der Mitglieder von Interessengruppen unter den Delegierten zu vergewissern hatte, ja wie das Beispiel der Diskussion um den Regierungsaustritt zeigte, sich in bestimmten Konstellationen sogar deren Auffassung zu eigen machen mußte. Es lag im Grunde an dem Vermögen des Landesvorstandes zu taktieren und flexibel zu agieren[77], um von seiner Führungsposition innerhalb der bayerischen SPD optimalen Gebrauch zu machen.

Auf der Landeskonferenz der bayerischen SPD in Fürth im Juni 1948, dem in vieler Hinsicht entscheidendsten Landesparteitag der SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wurde ein Organisationsstatut verabschiedet, das dem Abschluß der ersten Phase des organisatorischen Wiederaufbaues der Partei Rechnung trug[78]. Der vom Parteivorstand in Hannover geforderten unmittelbaren Unterstellung der Bezirksverbände unter den Parteivorstand wurde bereits in der Bezeichnung des Statuts Rechnung getragen, das nicht mehr — wie in Ingolstadt und Landshut — „Statut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern" hieß, sondern „Statut des Landesverbandes der bayerischen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Entsprechend lautete § 1: „Die bayerischen Bezirksverbände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bilden einen Landesverband mit dem Sitz in München." In seinen politischen Aufgaben hatte sich der Landesverband in den „Rahmen der Gesamtpolitik der Sozialdemokrati-

[72] KdL 11, 4. 8. 47. Knoeringen betonte allerdings immer wieder — so auch bei den Koalitionsverhandlungen im Anschluß an die Landtagswahl 1950 —, daß der Parteivorstand „keinerlei Einfluß auf die Haltung der bayerischen Sozialdemokratie zu nehmen" wünsche, sondern Schumacher den von der bayerischen SPD vertretenen Standpunkt vollkommen teile (SZ, 9./10. 12. 50). Die Ursache hierfür lag allerdings weniger in der bewußten Zurückhaltung Schumachers als in der Politik Knoeringens, die in ihren Prinzipien völlig mit der Politik Schumachers übereinstimmte (Knoeringen [I]). — Die Kontakte zwischen Schumacher und Knoeringen waren gut und rege. Von 1947—1951 trafen sie — nach einer Aufstellung bei Edinger (K. Schumacher [1965], S. 319) — 40mal zusammen.

[73] Die Abstimmung in der Fraktion am 13. Sept. 1947 ging mit 23:20 Stimmen zugunsten der Befürworter des Regierungsaustritts aus. Dabei ist zu berücksichtigen, daß mehrere Abgeordnete, die für die Beibehaltung der Koalition gestimmt hätten, fehlten (Hoegner, Außenseiter, S. 295; Hoegner [I]). Andere befragte Personen legten sich in ihrer diesbezüglichen Antwort nicht fest.

[74] KdL 16, 17. 9. 47.

[75] Hoegner (I) verwies namentlich auf den Nürnberger Bürgermeister Loßmann und den Generalsekretär des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Georg Reuter. Vgl. auch Hoegner, Außenseiter, S. 295.

[76] Hoegner, Außenseiter, S. 295. Knoeringen (I) verwies darauf, daß es „kein Befehl" war.

[77] Hoegner, Knoeringen (I).

[78] Organisationsstatut im Anhang (S. 231 f.).

schen Partei Deutschlands" einzuordnen[79]. Die Institutionen der Landeskonferenz, des Landesausschusses und auch des Landesvorstandes blieben, wenn auch mit satzungsmäßigen Änderungen der Delegiertenbestellung, erhalten[80]. Die Beibehaltung des Landesvorstandes bedeutete ein weiteres Nachgeben des Parteivorstandes gegenüber den Bezirken im bayerischen Landesverband. Organisatorische Bestimmungen über die Bezirke, Kreisverbände und Ortsvereine der SPD in Bayern fehlten in dem Statut von 1948, da sich die bayerischen Bezirksverbände und zum Teil auch die Kreisverbände in der Zwischenzeit gemäß dem Organisationsstatut der Gesamt-SPD eigene Statuten geschaffen hatten[81].

Die Konstituierung des Wirtschaftsrates in Frankfurt ermöglichte zum ersten Male eine bizonale politische Zusammenarbeit der Sozialdemokraten in den Ländern der amerikanischen und britischen Besatzungszone. In den bayerischen Bezirken bildete sich durch die politische Arbeit außerhalb des bayerischen Landesverbandes ein gewisses Selbstbewußtsein heraus, das sich durchaus auf Traditionen vor 1933 berufen konnte[82]. Es waren insbesondere die beiden fränkischen Bezirke und der Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, die Einspruch erhoben gegen die Bestellung der Mitglieder für den Frankfurter Wirtschaftsrat durch den bayerischen Landesvorstand. Julius Loßmann, Sekretär des Bezirks Mittel- und Oberfranken, sprach von der ungünstigen Stimmung der Bezirke wegen der Nominierung der Kandidaten, die „immer nur von München aus vorgenommen wird, selbst wenn diese keine Münchner sind"[83]. Höhne (Bezirk Niederbayern-Oberpfalz) wandte sich offen gegen den Landesvorstand und drohte mit der Verweigerung der Mittel seines Bezirkes, um dadurch die Auflösung des Landesvorstandes zu erzwingen[84]. Der Bezirk Unterfranken hatte ein Statut verabschiedet, das in völligem Widerspruch zu dem Statut des Landesverbandes stand und den Anspruch erhob, daß der Landesvorstand die Beschlüsse der Bezirkskonferenz anzuerkennen habe[85].

Die Währungsreform war der Anlaß einer stärkeren Abhängigkeit des Landesvorstandes vom Parteivorstand und einer interdependenten Intensivierung des Verhältnisses zwischen dem Landesvorstand und den Bezirken in Bayern. Die finanziell prekäre Lage führte zu der Realisierung der Vorschläge des bereits 1947 durch den Landesvorstand eingesetzten fünfköpfigen Reorganisationsausschusses[86], dessen Aufgabe ursprünglich darin bestand, Pläne für eine allgemeine Verbesserung der Organisation der bayerischen SPD unter Berücksichtigung der Vorstellungen des Parteivorstandes auszuarbeiten. Der Zwang zur verstärkten organisatorischen Arbeitsteilung im Zuge der Rationalisierung und Intensivierung der Organisation der SPD in Bayern und die durch den Parteivorstand mit Zustimmung des Landesvorstandes allmählich herbeigeführte Aufhebung der organisatorischen Kompetenzen des SPD-Landesverbandes in Bayern mit der daraus resultierenden organisatorischen Dezentralisierung vom Landesverband auf die bayerischen Bezirke bildeten 1948 eine Koinzidenz von großer Tragweite für die Organisation der Sozialdemokratie in Bayern. Mit Ausnahme der Informations- und Bildungsarbeit wurden sämtliche Referate beim Landesvorstand aufgelöst und durch die Bezirke, die Fraktion oder die jeweiligen Arbeitsgemeinschaften der SPD in Bayern übernommen, die

[79] § 2.
[80] § 15.
[81] §§ 3, 4.
[82] Vgl. oben S. 44 f.
[83] Prot. Landesvorstandssitzung am 14. 2. 48 in München (SPD-LV 1948).
[84] Ebenda.
[85] Ebenda.
[86] Die Einsetzung erfolgte auf Beschluß des Landesvorstandes vom 1. 2. 1947. Der Ausschuß stand unter dem Vorsitz von Albert Roßhaupter (KdL 26, 9. 12. 47). Die Fortsetzung der Reorganisationsberatungen erfolgte auf der Landesvorstandssitzung am 14. 2. 48.

die Beschlüsse ihrer Landesausschüsse mit dem Landesvorstand der bayerischen SPD koordinieren sollten[87]. Eine politische Schwächung des Landesvorstandes durch die organisatorische Dezentralisierung sollte dadurch vermieden werden, daß er die oberste politische Koordinationsinstanz der SPD in Bayern blieb. Das Landessekretariat hatte die geschäftliche Korrespondenz des Landesverbandes zu bearbeiten, den Parteiverkehr abzuwickeln, die Personalangelegenheiten zu regeln und ein politisches Archiv zu führen. Politisch war es zuständig für die landespolitische Propaganda und Planung sowie den Einsatz der Landesreferenten in Verbindung mit den Bezirken, die Vorbereitung von Wahlen, die Durchführung von landespolitischen Tagungen, Statistik, Kontakt zur Militärregierung und Aufsicht über die Finanzierung des Landesverbandes[88]. Durch eine starke Einschränkung des Personals beim Landesvorstand in Anbetracht der Währungsreform war zur Erfüllung der politischen Aufgaben eine stärkere personelle Konzentration erforderlich, so daß auf politischem Sektor aus anderen Gründen ebenfalls eine Koinzidenz eintrat, indem durch die finanziell bedingte Einschränkung des Personals und die Vereinigung mehrerer Positionen in einer Person jene Stärkung der politischen Kompetenzen des Landesverbandes eintrat, wie sie der Landesvorstand im Rahmen der durch die Währungsreform unausweichlichen Reorganisation und organisatorischen Dezentralisierung beabsichtigte. Es folgte die Zusammenfassung der politischen Arbeit des Landesvorstandes mit der Landtagsfraktion und die Verbindung des Landesvorsitzenden mit dem Fraktionsvorsitzenden nach 1950 sowie vorübergehend das Fraktions- und Landessekretärs in Personalunion[89]. Dem Landesvorstand gelang es somit 1948, aus der Not der Verringerung seiner organisatorischen Kompetenzen eine Tugend für die Stärkung seiner politisch zentralen Stellung in der bayerischen SPD zu machen, indem er organisatorische Entlastung mit politisch-personeller Konzentration im Einvernehmen mit den bayerischen Bezirken verband.

Exemplarisch wurde die organisatorische Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instanzen der SPD in Bayern verdeutlicht durch die Aktion „A" zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms „Plan ‚A'" der bayerischen SPD. Die Aktion nahm ihren Anfang mit der bedeutsamen Landeskonferenz in Fürth 1948, die die entscheidende organisatorische und politische Weichenstellung für die bayerische SPD in der Zeit nach 1945 brachte. Die Festlegung der Richtlinien durch den Landesvorstand demonstrierte dessen zentral-koordinierende Funktion auf bayerischer Landesebene[90]. Die Aktion „A", deren Aufgabe es neben der Durchsetzung des politischen Programms der SPD war, sämtliche Organisationseinheiten und Mitglieder der SPD in Bayern zu aktivieren, sollte folgenden Verlauf nehmen:

1. Auf der Landeskonferenz in Fürth sollten die Bezirke die Plakate mit dem Symbol „A" ausgeben, die unmittelbar danach überall in Bayern angeschlagen werden sollten.
2. Unmittelbar nach der Landeskonferenz sollten vom Landesvorstand die Beschlüsse der Landeskonferenz und das für die Durchführung der Aktion „A" notwendige Material in Druck gegeben und über die Bezirke und Kreise an die Ortsvereine versandt werden.
3. Nach dem Erhalt des Materials sollten die Vorstände der Ortsvereine Mitgliederversammlungen einberufen und die Mitgliederschaft für den Plan „A" aktivieren.

[87] Bericht über die Aufgaben des Landesvorstandes und des Landessekretariats (SPD-LV 1948).
[88] Ebenda, S. 3.
[89] Vorschlag des Reorganisationsausschusses; KdL 29, 26. 1. 48. Göhler (I) bestätigte, daß „es bei den im Zuge der Reorganisation vorgesehenen Maßnahmen blieb."
[90] Landeskonferenz der SPD in Fürth vom 11.—13. 6. 48. Richtlinien zur Durchführung der Aktion „A" (SPD-LV 1948).

4. In jedem Ortsverein sollte ein Ausschuß gewählt oder ein Mitglied damit beauftragt werden, sich ausschließlich mit den Fragen des örtlichen Aufbaus zu beschäftigen.
5. Der „Aufbaufunktionär oder Aufbauausschuß" sollte innerhalb von vier Wochen einen ausgefüllten Fragebogen an den Landesvorstand schicken, in dem Aufschluß über den örtlichen Stand des Aufbaues gegeben werden sollte.
6. Unmittelbar danach sollten in ganz Bayern Kreiskonferenzen abgehalten werden, auf denen die mit den Aufbaufragen beschäftigten Funktionäre der Ortsvereine Bericht erstatten sollten. Jeder Kreisverband sollte einen Arbeitsplan für die Durchführung des Planes „A" aufstellen.
7. Einen Monat nach der Landeskonferenz sollten alle Kreisverbände einen Bericht über den Stand der Aktion „A" einreichen. Sie sollten über die Resonanz bei den SPD-Mitgliedern und in der Öffentlichkeit berichten. Die Kreisverbände sollten Verbesserungsvorschläge an den Landesvorstand senden, der wiederum darüber die Bezirke benachrichtigte. (Organisatorisch ist der Weg von den Kreisverbänden über den Landesvorstand zu den Bezirken zu beachten!)
8. In größeren Ortsvereinen sollten Arbeitsgemeinschaften zur Bearbeitung des Planes „A" gebildet werden.
9. Öffentliche Versammlungen über den Plan „A" sollten durchgeführt werden. Der „Referenten-Dienst" des Landesvorstandes sollte dazu entsprechendes Material für die Referenten versenden.
10. Die Kreisverbände sollten Karteien über Personen anlegen, die sich für den Plan „A" interessierten und im Sinne der Aktion „A" zu aktivieren waren. Fachleute sollten besonders umworben werden.
11. Die Bezirke sollten weiteres Propagandamaterial, Plakate und Flugblattentwürfe an die Kreise versenden.
12. Im Zuge der politischen Entwicklung sollte die Aktion „A" in Verbindung gebracht werden mit der Einschreibung in Listen zur Durchführung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages.

Der organisatorisch groß angelegte Plan scheiterte. Ursache hierfür waren im wesentlichen nicht organisatorische Mängel im Landesverband oder in den Bezirken, sondern die häufig anzutreffende mangelnde Initiative in den untersten SPD-Organisationseinheiten[91] oder die Funktion vieler Kreisvorsitzender als „Mädchen für alles"[92], die ihre Ursache in der Knappheit finanzieller Mittel und einer zu geringen Anzahl geeigneten Personals hatte. Damit in Verbindung stand die statuarisch in diesem Umfange nicht beabsichtigte Entpolitisierung der unteren Organisationseinheiten. Wiederholt beklagten Delegierte der Bezirke auf den Landesausschußsitzungen, daß die Kreiskonferenzen überhaupt nicht mehr zu wirklich wichtigen politischen Fragen Stellung nähmen. Neben Vertretern Frankens trat insbesondere Joseph Schäfer (Südbayern) hervor, der den Vorschlag machte, die Kreiskonferenzen — falls ein geeigneter Nachwuchs geschult worden sei — völlig zu Fachgruppenkonferenzen umzuorganisieren[93]. Eine umfangreichere Zweiteilung der statuarisch vorgesehenen politischen und organisatorischen Aufgaben auf Kreisebene erfolgte erst im Laufe der fünfziger Jahre. Die Ortsvereine blieben allerdings auch weiterhin politisch völlig bedeutungslos[94]. Das Scheitern der Aktion „A" demonstrierte die Unmöglichkeit, eine groß angelegte Mobilisierung innerhalb der Sozialdemokratie in

[91] Göhler (I) nannte die Arbeit der untersten Organisationseinheiten teils gut, teils schlecht. Den Aufbauplan bezeichnete er als „organisatorischen Fehlschlag."
[92] Knoeringen, Landesausschußsitzung am 7. 11. 49 (SPD-LV 1949—50).
[93] Ebenda.
[94] Vgl. Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Soziologische Gegenwartsfragen, N. F., Nr. 18, Stuttgart 1963, S. 41 ff.

ganz Bayern durchzuführen, die sich auf die Bevölkerung übertrug und eine „Volksbewegung" einleitete. Die organisatorischen und politischen Erkenntnisse der Aktion „A" für den Landesvorstand und die Bezirke der SPD in Bayern waren bitter. Sie mußten einsehen, daß die Organisation in ihrem gegenwärtigen Stadium den an sie gestellten größeren Anforderungen nicht gewachsen war. Die Verbesserung der Organisation auf unterster Ebene war mit eine der Voraussetzungen für eine in der Zukunft organisatorisch funktionsfähigere und politisch erfolgreichere Partei.

Nur teilweise erkannten Landesverband, Bezirke und einzelne Kreisverbände, daß die bloße Quantität ihrer Mitglieder und Organisationseinheiten nicht genügte, sondern daß eine Stärkung des Engagements der Mitglieder und insbesondere der verantwortlichen Führungsgremien auf den unteren Organisationsebenen[94a] verbunden mit der Hebung der organisatorischen und politischen Qualität des Führungspersonals in den einzelnen Organisationseinheiten erforderlich war. Die bayerische SPD hielt zwar Sekretärkonferenzen ab[95], in deren Mittelpunkt jedoch lediglich prinzipielle organisatorische Absprachen über aktuelle politische Maßnahmen der Partei standen. Eine qualitative Verbesserung der organisatorischen Arbeit der Sekretäre war damit nicht verbunden. Wiederholt mußte der Landesvorstand feststellen, daß „die Behandlung der Organisationsfragen ... eine Reihe von Mängeln zum Vorschein" brachte[96], und forderte, „daß die Sekretäre von sich aus auf diesen Konferenzen präziser auf Grund ihrer Erfahrungen zu den Fragen der Organisationsarbeit Stellung zu nehmen haben"[97]. Es war jedoch nicht nur ein Problem des Engagements und der Erfahrung allein, vielmehr fehlten bei den meisten Parteisekretären die qualitativen Voraussetzungen. Hinzu kam das Problem der Überalterung des Funktionärskorps der Partei und der Unfähigkeit vieler alter Sozialdemokraten, die veränderten Verhältnisse nach 1945 voll zu erfassen und entsprechend zu handeln. Das seit Juli 1947 beim Landesvorstand bestehende Personalreferat konnte offensichtlich keine Besserung der personellen Situation der Parteiorganisation in Bayern erreichen.

Es entsprang einer falschen Analyse der Lage, wenn sich Landesverband, Bezirke und Kreisverbände verwirrt zeigten über den Rückgang der Mitgliederbewegung 1948, andererseits jedoch stolz darauf verwiesen, daß bis zum Ende des Jahres 1948 die Zahl der Ortsvereine auf 1877 in Bayern anstieg[98]. Das formale Organisationssystem mußte — so eindrucksvoll statistische Zahlenangaben darüber sein konnten — so lange wirkungslos bleiben, als es der Partei nicht gelang, die Funktionärspositionen mit qualitativ geeigneten Leuten zu besetzen. Die wegen der finanziellen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Währungsreform erfolgte Zusammenlegung der fränkischen Bezirke zum Bezirk Franken am 1. Oktober 1948 und die bald darauf erfolgende Fusion der Bezirke Oberbayern und Schwaben zu dem Bezirk Südbayern konnte aus eben denselben Gründen keine wirksame Konzentration der Organisationen erbringen, solange die von jedem Sekretär zu leistende organisatorische Arbeit nicht wesentlich verbessert und die Mitglieder zur stärkeren Mitarbeit herangezogen wurden. Allzu oft waren die altgedienten Genossen anzutreffen, die mit der Partei vor 1933 gegen die „Reaktion" gekämpft hatten, auch in der Zeit des „Dritten Reiches" nicht in den Verdacht geraten waren, ihrer alten politischen Linie untreu zu werden, und nach 1945 rasch wichtige Positionen in den einzelnen Organisationseinheiten der Partei besetzt hatten[99]. Daran hielten sie fest und erschwerten die Erneuerung der SPD von innen heraus, wenn sie sie nicht gar unmöglich

[94a] Vgl. zu dieser prinzipiellen Problematik von Organisation und Struktur einer politischen Partei Hans Wagner, Die Organisation der politischen Parteien auf der Unter- und Mittelstufe, Diss. Würzburg 1964.
[95] z. B. in Regensburg am 10. 6. 47 (KdL 1, 2. 6. 47).
[96] KdL 3, ohne Datum (2. Junihälfte 1947).
[97] Ebenda.
[98] 6. Landeskonferenz der SPD in Rosenheim vom 4.—6. Juni 1949, Vorlage Nr. 3, Organisationsbericht des Landesverbandes (SPD-LV 1949—50).
[99] Felder, Haas, Göhler (I).

machten[100]. Der Landesvorsitzende Knoeringen war es im wesentlichen, der in richtiger Einschätzung der Situation eine Verjüngung in der gesamten Parteiarbeit forderte; die SPD war jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen, weil sie sich nicht zuletzt durch ihre traditionelle Betonung des gemeinschaftlichen Denkens und Handelns von Gleichen in der Partei den Weg verbaute, überaltertes, der Situation nach 1945 nicht mehr gewachsenes Personal aus Führungspositionen abzuwählen[101]. Hierin lag zugleich die wesentliche Ursache, daß die formale Organisation in der Praxis in keiner Weise statutengerecht funktionsfähig war. Daß die organisatorische Situation der bayerischen SPD keine Ausnahme in der Gesamtpartei darstellte, ging aus der Herner Konferenz des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission am 16. November 1949 hervor, die mit den sogenannten Herner Beschlüssen organisationspolitische Richtlinien für die Parteiarbeit aufstellte[102]. Der organisatorische Aufbau wurde in Ortsverein — Unterbezirk — Bezirk gegliedert. Die Bedeutung von Landesorganisationen wurde von den Spitzengremien insbesondere für Wahlvorbereitungen erkannt und die Bildung von Landeswahlausschüssen — jedoch *nur* für Wahlaufgaben — gestattet[103].

In der Folgezeit bildeten sich Landesorganisationen mit Landesvorständen an der Spitze mehr und mehr als Selbstverständlichkeiten des Organisationssystems der SPD heraus. In Bayern waren zwar noch 1950 die politischen Kompetenzen des Landesvorstandes, der in Verbindung mit der Landtagsfraktion landespolitisch eindeutig die Bezirke dominierte, von seiten des Parteivorstandes und des Bezirks Franken nicht unbestritten[104]; später bekannten sich jedoch Parteivorstand und Bezirk Franken in zunehmend stärkerem Maße zu der Landesorganisation und dem Landesvorstand[105]. Diese Entwicklung der ausdrücklichen Anerkennung und Ermutigung der Arbeit des bayerischen Landesvorstandes der SPD fand einen Höhepunkt im März 1965 durch die Bestätigung der besonderen Rolle eines SPD-Landesverbandes in einem Bundesland wie Bayern durch das SPD-Parteipräsidium unter Willy Brandt[106]. Damit fand die modifizierte Vollmar-Linie der modernen SPD in Bayern ihre späte Anerkennung durch den Parteivorstand.

3. SONDERGRUPPEN UND ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Jungsozialisten und Frauengruppen fanden als Sondergruppen innerhalb der Organisation der bayerischen SPD besondere Erwähnung in den Satzungen von Ingolstadt[1] und Landshut[2], nicht mehr jedoch in dem Landesstatut von 1948. Diese Gruppen bildeten sich

[100] Vgl. Wildenmann, Partei, S. 26: „So geht man nicht fehl, im Mitgliederstamm der heutigen SPD eine dem Alter und der Überzeugung nach eigentlich konservative Gruppe zu sehen, etwas klüngelhafte Ortsvereine, mit einer, ach so menschlichen Erinnerung an die Zeit der Auseinandersetzung mit der ‚Reaktion'."

[101] Allmer (I) wies darauf hin, daß die Partei mit diesem Problem bis heute zu kämpfen habe. Vgl. auch Wildenmann, Partei, S. 32: „Neben der personellen Tradition ist die Organisation der SPD der stärkste Faktor ihres straffen Parteizusammenhaltes".

[102] Herner Beschlüsse, Arbeitsaufgaben für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1952. Abgedr. in: Flechtheim, Dokumente, Bd. 5, S. 135 ff.

[103] Vgl. unten S. 134.

[104] Prot. Landesausschußsitzung am 7. 11. 49, Kritik von Loßmann (Nürnberg); Prot. Landesausschußsitzung vom 12. 12. 50, Kritik von Haas (Nürnberg) (SPD-LV 1949—50).

[105] Hoegner, Knoeringen, Gabert, Göhler (I).

[106] Hoegner, Knoeringen, Gabert, Göhler (I).

[1] §§ 71—75.

[2] §§ 66—70.

bei den Ortsvereinen, sie konnten geschäftsführende Organe wählen und ihre Vorsitzenden gehörten den Vorständen in den Ortsvereinen, Kreisverbänden, Bezirksverbänden und dem Landesverband an. Gleiche Regelungen galten für Arbeitsgemeinschaften[3], jedoch bedurften sie „der ausdrücklichen Bestätigung durch den Landesvorstand" bis 1948. Die bedeutendsten Arbeitsgemeinschaften waren die Flüchtlingsausschüsse und ab 1949 die Betriebsgruppen. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Landesausschüsse von Fachleuten der Partei auf bestimmten politischen Gebieten, die insbesondere auf Landesebene wesentliche Beiträge für die Programmierung der Politik der bayerischen SPD lieferten. Von besonderer Wichtigkeit waren der wirtschafts-[4], der schul-[5] und der kommunalpolitische Landesausschuß[6].

a) Jungsozialisten

Die Arbeit der Jungsozialisten lief auf Grund organisatorischer Mängel unter den ersten Landesvorsitzenden dieser Sondergruppe, Franz Marx, Sepp Rob und Rudolf Kitzmann nur sehr langsam an. Ende 1946 zählten die Jungsozialisten in der SPD erst 2800 Mitglieder in 111 Arbeitsgemeinschaften. Ende 1947 waren es 5200 Mitglieder in 220 Arbeitsgruppen[7]. Erst 1950 zeichnete sich eine deutliche Wende ab, als Volkmar Gabert zum Landesvorsitzenden der Jungsozialisten gewählt wurde und durch neue Ideen und starke Unterstützung der Bezirksvorsitzenden der Jungsozialisten einen andauernden Aufschwung einleitete. Gabert versuchte, die Bewegung der Jungsozialisten auf alle jungen Sozialdemokraten, etwa die Gewerkschaftsjugend, Studenten und Naturfreunde, auszudehnen und den Vertretern der Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaften Sitz und Stimme im Vorstand zu geben. Er schlug für die neue Organisationsform die Bezeichnung „Bund junger Sozialisten (oder Sozialdemokraten)" vor, die allerdings vom Parteivorstand in Hannover nicht genehmigt wurde. Dennoch erhielt Gabert die Kontakte zu den anderen jungen Sozialdemokraten aufrecht und erreichte durch Kampagnen, wie „Politik ohne uns?" und Diskussionen zwischen Jungsozialisten, Junger Union und Jungdemokraten eine starke Aktivität der jungsozialistischen Bewegung.
Organisatorisch übernahmen die Jungsozialisten den Gliederungsaufbau des Landesverbandes, wobei allerdings der Landesvorsitzende nicht einem eigenen Landesvorstand präsidierte, sondern Mitglied eines Landesausschusses war, dem weiterhin die fünf Bezirksvorsitzenden der Jungsozialisten und eine Vertreterin für die weiblichen Mitglieder angehörten. Stark und souverän waren auch bei den Jungsozialisten die Bezirke, insbesondere der Bezirk Franken, der in Hans Balderer und Paul Stranka sehr aktive Vorsitzende hatte. Ab 1950 verzeichnete vor allem der Bezirk Südbayern eine starke Aufwärtsentwicklung, während die Zahl der Organisationen der Jungsozialisten auf Kreisebene nach wie vor unbefriedigend blieb.
Die Koordination auf Landesebene erfolgte seit der ersten Landeskonferenz der Jungsozialisten am 19./20. April 1947[8]. Bereits am 28. Oktober 1947 beschloß der Landesvorstand, seine finanziellen Zuschüsse für das Landessekretariat der Jungsozialisten zu streichen und wies die Finanzierung den Bezirken und der Gesamtpartei zu[9]. Ziel der

[3] Ingolstadt § 76; Landshut § 71.
[4] Vgl. unten S. 172.
[5] Vgl. unten S. 182.
[6] Vgl. unten S. 166.
[7] SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48, S. 12 (SPD-LV 1947).
[8] Ebenda.
[9] KdL 24, 27. 11. 47.

Jungsozialisten in der SPD in Bayern war in Übereinstimmung mit der Gesamtbewegung der Jungsozialisten, „durch ihre geschlossene und systematische Arbeit unter der deutschen Jugend die Bereitschaft zu wecken und zu stärken, mit ihnen gemeinsam an der Überwindung der sozialen Notlage und den daraus sich ergebenden Ungerechtigkeiten zu arbeiten" und Verständnis dafür zu erwecken, daß sich „der Aufbau Deutschlands ... nur nach sozialistischen Grundsätzen vollziehen" könne[10]. Ihre „eigentliche Aufgabe" sahen die bayerischen Jungsozialisten in der „Schulung der jungen Generation", weswegen sie Landesvorstand und Bezirke der SPD in Bayern aufforderten, „ihre Anstrengungen zur Schaffung von Schulungsheimen zu vervielfachen, denn für den Aufbau der Demokratie ist Schulung und Erziehung gerade der jüngeren Generation, die meist nur die Ideologien des Nazismus kennengelernt hat, eine Lebensnotwendigkeit"[11]. Die bayerischen Jungsozialisten wandten sich gegen die Überbetonung des „Bajuwarischen", das in der bayerischen SPD zur Zeit Hoegners dominierte und standen deswegen Hoegner persönlich zum großen Teil ablehnend gegenüber[12]. Der Landesausschuß der Jungsozialisten führte eine Reihe von Landesschulungswochen seit dem April 1947 durch, auf denen sich allerdings „ein bedenklicher Mangel an Kenntnissen" zeigte[13]. Erst ab 1950 setzte auch die Schulung auf Bezirksbasis in größerem Maßstab ein. Über ein eigenes Programm verfügten die Jungsozialisten nicht. Praktisch beschränkten sie sich auf Empfehlungen an Partei und Fraktion.
Der beruflichen Gliederung nach waren vor allem junge Arbeiter, weiterhin Angestellte und Studenten vertreten[14]. Der hohe Anteil von weiblichen Mitgliedern (um 1950 etwa 30—40 % der gesamten Mitgliederschaft) hatte seine Ursache in den nicht ausschließlich politischen Motiven, die Jugendliche zum Beitritt zu den Jungsozialisten veranlaßte. Der Abbau der einseitigen Dominanz des Politischen erfolgte stark auf Initiative Gaberts. Politische Arbeitskreise sollten nur in politisch interessierten Jungsozialistengruppen gebildet werden. Die führenden Jungsozialisten wuchsen fast ausnahmslos in die Parteiarbeit hinein und übten frühzeitig leitende Funktionen aus. Der Landesvorsitzende der Jungsozialisten von 1950, Gabert, wurde 1963 Nachfolger Knoeringens als Landesvorsitzender[15].

b) Frauengruppen

Die Anzahl der organisierten Mitglieder in den Frauengruppen der SPD in Bayern entsprach einem in etwa gleichbleibenden Verhältnis zu der gesamten Mitgliederzahl[16]. Eine Ausnahme bildete allerdings der Bezirk Schwaben, der 1947 mit 28,4 % den höchsten Anteil von Frauen an der Mitgliederschaft in allen Bezirken der SPD hatte[17]. Die Ursache hierfür ist vor allem in der guten organisatorischen Arbeit zweier Frauensekretärinnen,

[10] Entschließung, angenommen auf der 2. Landeskonferenz der Jungsozialisten in der SPD Bayern in Landshut (17./18. 4. 48), abgedr. in: spk, 19. 4. 48.
[11] Ebenda.
[12] Gabert (I).
[13] Resümee der Jungsozialistenschulungswoche vom 9.—14. 6. 47 in Neuburg/D. (KdL 5, 1. 7. 47).
[14] Hierüber waren keine statistischen Angaben zu erhalten. Gabert (I) bezeichnete seine Antworten als pauschal richtig, konnte sie jedoch nicht im einzelnen konkretisieren. Gaberts Bemühungen, den früheren Vorsitzenden der Jungsozialisten, Kitzmann, zu einer Einsichtnahme privat archivierter Materialien zu veranlassen, hatten keinen Erfolg. Der erste Vorsitzende der Jungsozialisten in Bayern nach dem Kriege, Franz Marx, verweigerte ein Gespräch. Der zweite Vorsitzende Rob verunglückte tödlich. Landessekretär Göhler erklärte, er habe keine Dokumente über die Jungsozialisten im Archiv.
[15] Alle Angaben — soweit nicht anders vermerkt — durch Gabert (I).
[16] Vgl. SPD—Jbb. 1946, S. 23; 1947, S. 39; 1948/49, S. 61; 1950/51, S. 170. Siehe auch unten S. 146.
[17] SPD-Jb. 1947, S. 37.

Lisa Albrecht und Lisabeth Weinberger[18], zu suchen. Am schlechtesten war die Frauenarbeit im Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, der allerdings auch erst als letzter aller bayerischen Bezirke eine Frauensekretärin einstellte[19]. Auf Landesebene entwickelte sich die Frauenbewegung unter der Landesfrauensekretärin Lisa Albrecht erfolgreich.
In der beruflichen Gliederung dominierten unter den Mitgliedern der Frauengruppen der SPD die Hausfrauen[20], während Arbeiterinnen verhältnismäßig wenig vertreten waren[21]. Einen hohen Anteil machten Flüchtlings- und Vertriebenenfrauen aus. Bei der einheimischen Bevölkerung gestaltete sich die Organisierung der Frauen weit schwerer[22].

c) Flüchtlingsgruppen

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen blieb nicht nur für das ganze Land Bayern, sondern auch für die bayerische SPD — obwohl sie sich am stärksten von allen politischen Parteien in Bayern darum bemühte — letzten Endes ein in den ersten Nachkriegsjahren ungelöstes Problem. Die SPD erkannte die Flüchtlingsfrage als eine dringende soziale Aufgabe, die sie auf drei Ebenen zu bewältigen hatte:
1. Durch die Flüchtlingspolitik auf kommunaler und Landesebene[23];
2. Durch ein gutes Verhältnis zu den Flüchtlings- und Vertriebenenverbänden, soweit dies auf Grund deren politischer Orientierung möglich war[24];
3. Durch eine möglichst umfassende Bindung von Flüchtlingen und Vertriebenen an die SPD. Darüber ist im folgenden zu sprechen.

Die Anzahl geflohener oder vertriebener Sozialdemokraten, die nach Bayern kam, betrug ca. 35 000. Der größere Teil ließ sich in den Bezirken Schwaben und Oberbayern nieder. Durch den SPD-Landesverband wurde der Landesflüchtlingsausschuß gegründet, dem entsprechende Einrichtungen auf Bezirks- und Kreisebene folgten. Beim Landessekretariat wurde ein Flüchtlingsreferat eingerichtet, das jedoch im Zuge der Reorganisationsmaßnahmen 1948 wieder aufgehoben wurde. Die bayerische SPD versuchte, die Sozialdemokraten unter den Flüchtlingen und Vertriebenen landsmannschaftlich zu gliedern und zu organisieren, was ihr bei den sudetendeutschen Vertriebenen gelang, bei den schlesischen Sozialdemokraten jedoch große Schwierigkeiten bereitete[25]. Beim Landesflüchtlingsausschuß wurde eine Geschäftsstelle eingerichtet, der ähnliche Stellen bei den Bezirksverbänden folgten, wobei die sozialdemokratischen Flüchtlinge und Vertriebenen selbst die Finanzierung übernahmen. Die bayerische SPD versuchte auch, durch ein Flüchtlingsreferat im Rahmen der Arbeiterwohlfahrt, Flüchtlinge und Vertriebene indirekt an die SPD zu binden. Die dazu nötigen Gesetze und Verordnungen kamen jedoch nicht in dem Sinne zustande, wie es für eine umfangreichere Tätigkeit der SPD in diesem Rahmen nötig gewesen wäre.
Im Dezember 1946 bestanden in Bayern 151 Flüchtlings-Ausschüsse der SPD, davon

[18] Diese Angabe wurde mir freundlicherweise auf Anregung von Frau Laufer durch Hans Kramer, MdL, übermittelt. Die Bitte Frau Laufers beim Frauenbüro der SPD in Bonn um vorübergehende Überlassung von Materialien zur Einsichtnahme hatte leider keinen Erfolg.
[19] SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48, S. 9 (SPD-LV 1947).
[20] Vgl. Anhang (S. 244).
[21] Frau Laufer (I) führte dies auf die arbeitsmäßige Überlastung dieser weiblichen Berufsgruppe zurück. Wichtiger erscheint dem Verf. noch das weithin beobachtbare mangelnde Bewußtsein über den eigenen Standort in der Gesellschaft und die fast völlige Teilnahmslosigkeit an Ereignissen außerhalb des ganz persönlichen Bereichs, die für die Berufsgruppe der Arbeiterinnen typisch zu sein scheint.
[22] Alle Angaben — soweit nicht anders vermerkt — durch Frau Laufer (I).
[23] Vgl. unten S. 162 ff.
[24] Vgl. oben S. 94 ff.
[25] Als Grund hierfür wird angegeben, daß die Sudetendeutschen zum großen Teil in geschlossenen Transporten in Bayern ankamen (SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48, S. 14 [SPD-LV 1947]).

60 in Oberbayern
41 in Niederbayern-Oberpfalz
34 in Schwaben (mit 1700 Mitgliedern)
14 in Ober- und Mittelfranken
— in Unterfranken[26].

Vor den Kommunalwahlen 1948 unternahm der Landesvorstand besondere Anstrengungen, Flüchtlinge und Vertriebene für die Politik der SPD in Bayern zu gewinnen und wies die untergeordneten Parteiorganisationen an, Neubürgern sogar eine gewisse Vorzugsstellung auf den Kommunalwahllisten und in der Kommunalpolitik einzuräumen[27]. Die Klagen von Flüchtlingen beim Landessekretariat über die „mangelnde Berücksichtigung der Flüchtlinge durch örtliche Parteiinstanzen"[28] zeigten jedoch, daß diese Absicht des Landesvorstandes nur unzureichend durchgeführt wurde. Dennoch war die SPD in Bayern in der unmittelbaren Nachkriegszeit diejenige politische Partei, die — trotz vieler Mängel — sich am erfolgreichsten um eine Gewinnung der Flüchtlinge und Vertriebenen bemühte[29]. Die Kommunalwahlen brachten den ersten entscheidenden Einbruch von Flüchtlingswählergemeinschaften in die Gemeinde-, Stadträte und Kreistage Bayerns, von dem die SPD am härtesten betroffen wurde. Von diesem Zeitpunkt an ging der Einfluß der bayerischen SPD auf die Flüchtlingsbewegung ständig zurück. Die SPD fand keinen Weg, einen großen Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen fest an die Partei zu binden. Daß dies nicht gelang, war kaum dem Versagen der allgemeinen Organisation der Partei in dieser Frage oder Vorständen und Sekretären auf den einzelnen Organisationsebenen zuzuschreiben, als vielmehr in hohem Maße den Flüchtlingsfunktionären in der SPD, die sich häufig zu wenig darum bemühten, Flüchtlinge und Vertriebene für die Partei zu gewinnen und stattdessen versuchten, im Rahmen der SPD-Organisation und -Politik eigene politische Interessen zu verfolgen[30].

Deutlich tritt eine Divergenz zwischen bayerischer SPD und Flüchtlingsinteressen in dem „Aktenplan für die Tätigkeit des Landesflüchtlingsausschusses und seiner Geschäftsstelle" hervor[31]. Das sich ständig verschlechternde Verhältnis zwischen der Führung der bayerischen SPD und den Flüchtlingsvertretern in der Partei hatte seine parteiinterne Ursache in der Auflösung des Flüchtlingsreferates beim Landesvorstand im Zuge der Reorganisationsmaßnahmen der Partei im Zusammenhang mit der Währungsreform[32]. Zwar wurde zunächst die Übertragung der Aufgaben des Landesflüchtlingsreferates an Bezirksflüchtlingsreferate ins Auge gefaßt, die Bezirke wurden jedoch in dieser Frage genausowenig tätig wie in der Frage der Finanzierung der Flüchtlingsausschüsse auf Bezirks- und Landesebene mit Ausnahme des Bezirks Südbayern. Eine finanzielle Aufteilung der Ausgaben für die Flüchtlingsausschüsse auf die drei bayerischen Bezirke kam nicht zustande, da der Landesflüchtlingsausschuß keinen ausreichenden Kostenvoranschlag vorlegte[33]. Knoeringen wies dem Sekretariat des Landesflüchtlingsausschusses die Schuld an der schlechten Zusammenarbeit zwischen dem Landesvorstand und dieser Institution zu[34].

Zu einer gewissen Annäherung, die in Anbetracht der bevorstehenden Landtagswahl 1950 mehr taktisch bedingt war, kam es durch die auf der Sitzung des Landesflüchtlings-

[26] Monthly Report of the SPD Bayern, Dec. 1946 (SPD-LV 1945—46).
[27] KdL 7, 14. 7. 47.
[28] KdL 24, 27. 11. 47.
[29] Bei den Wahlen der Flüchtlingsvertrauensleute im Febr. 1948 erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 27 443 Personen sozialdemokratische Kandidaten 14 594 Stimmen gegenüber nur 7 518 der CSU (spk, 26. 2. 48; weitere Angaben in: spk, 17. 12. 47; RD, Nr. 184, 13. 1. 48; KdL 30, 26. 2. 48).
[30] Brief Willy Fischers (Vorsitzender des Bezirks Franken der SPD) an den Landesausschuß der SPD Bayerns vom 22. 1. 50 (SPD-LV 1949—50). Ähnliche Angabe durch Gabert (I).
[31] Anlage eines Briefs von Uhlmann (Landesflüchtlingsausschuß) an den Landesvorstand der SPD in Bayern vom 3. 5. 50 (SPD-LV 1949—50).
[32] Prot. der Landesvorstandssitzung am 10. 1. 48 in München (SPD-LV 1948).
[33] Prot. der 8. Landesausschußsitzung am 27. 2. 50 in München (SPD-LV 1949—50).
[34] Brief Knoeringens an den Bezirk Südbayern der SPD am 26. 4. 50 (SPD-LV 1949—50).

ausschusses am 20. März 1950 beschlossene Landesflüchtlingskonferenz im Juni 1950 in Augsburg[35]. Die Vereinigung der 1950 gegründeten Flüchtlingsparteien in Bayern im „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) hatte — wie das Ergebnis der Landtagswahl 1950 unter Beweis stellte — jedoch eine derartig starke Anziehungskraft auf die Flüchtlinge und Vertriebenen, daß die parteiinterne organisatorische Arbeit der Sozialdemokratie in Bayern auf diesem Gebiet mehr und mehr an Bedeutung verlor.

d) Betriebsgruppen

Eine intensive, von der Partei unterstützte Betriebsgruppenarbeit ließ sich bei der SPD in ganz Bayern erst als Konsequenz des Ergebnisses der Bundestagswahl 1949 feststellen[36]. Aufgabe der Betriebsgruppen sollte es sein, die Bestrebungen der Gewerkschaften zu unterstützen und Einfluß auf die Betriebsangehörigen im Sinne des demokratischen Sozialismus zu nehmen, das heißt eine Identifikation der Interessen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den Betrieben zu bewirken[37]. Die Richtlinien zur Betriebsgruppenarbeit der bayerischen SPD sahen vor: „In allen Betrieben, Verwaltungen und Anstalten sind Betriebsgruppen zu bilden, in Betrieben, wo dazu die Voraussetzungen fehlen, sind Vertrauensmänner zu berufen." Die sozialdemokratischen Betriebsgruppen und Vertrauensmänner bekannten sich ausdrücklich zu den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft. Die Spitze einer Betriebsgruppe bildeten ein Vorsitzender, ein Stellvertreter und ein Verbindungsmann zum Betriebsrat. Die Zusammenarbeit zwischen den Betriebsgruppen einzelner Industriezweige auf Ortsebene war in Arbeitsgemeinschaften vorgesehen. Vertrauensmänner, Betriebsgruppenleiter, Leiter der Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaftsfunktionäre sollten eine örtliche „Soziale Arbeitsgemeinschaft" bilden, deren Vorsitzender zugleich berechtigt war, an den Sitzungen und Beratungen des örtlichen SPD-Parteivorstandes teilzunehmen. Die Vorsitzenden der örtlichen „Sozialen Arbeitsgemeinschaften" sollten einen Ausschuß beim Bezirksvorstand einrichten, dessen Vorsitzender an den Sitzungen und Beratungen des Bezirksvorstandes teilnahm. Die Vorsitzenden der bezirklichen Ausschüsse sollten an den Sitzungen und Beratungen des SPD-Landesausschusses teilnehmen.
Bei der Verwirklichung der organisatorischen Richtlinien bildeten sich jedoch enorme Schwierigkeiten für die bayerische SPD heraus. Die Bezirksverbände trugen durch mangelnde Initiative wesentlich dazu bei, daß durch die Kreisverbände und Ortsvereine keine Anstrengungen unternommen wurden, in ihrem Bereich möglichst viele Betriebsgruppen zu bilden[38]. Außerdem fehlte es an geeigneten Leuten[39]. Der Landesvorstand sah schließlich den einzigen Ausweg in der Aufnahme offizieller Kontakte mit den Gewerkschaften, um wenigstens zu einem besseren Verhältnis zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären und den anderen Sozialdemokraten in den Betrieben zu kommen. Innerbetrieblich gingen die größten Schwierigkeiten für die Bildung und das Funktionieren sozialdemokratischer Betriebsgruppen davon aus, daß die Gewerkschafts-

[35] Prot. der Sitzung des Landesflüchtlingsausschusses vom 20. 3. 50 in München (SPD-LV 1949—50). Über die Landesflüchtlingskonferenz berichtet: SZ, 19. 6. 50.
[36] Beschluß des SPD-Landesausschusses am 7. 11. 49, veröffentlicht durch Knoeringen auf einer Pressekonferenz in München am 8. 11. 49 (SZ, 9. 11. 49). — Den „schlechten Anfang" der Betriebsgruppen unterstrich auch Göhler (I). Anders: Baur und Höhne (I), die dabei allerdings von lokalen Verhältnissen ausgingen.
nissen ausgingen.
[37] Richtlinien zur Betriebsgruppenarbeit, hg. v. Landesverband der SPD Bayern, verantw.: Heinz Göhler, München o. J. (1950) (SPD-LV 1949—50).
[38] Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß Betriebsgruppen nur in großen Mittel- und Großbetrieben sinnvoll sind. Darauf wiesen Höhne und Baur (I) hin.
[39] Knoeringen (I).

funktionäre die Überparteilichkeit der Einheitsgewerkschaft betonten, und sich selbst sozialdemokratische Mitglieder in den Gewerkschaften stärker an die Überparteilichkeit ihrer Gewerkschaft als an Programmatik und Politik ihrer Partei gebunden fühlten. „Die Gewerkschaftsfunktionäre überschlagen sich in ihrer Überparteilichkeit", das war der Tenor einer Debatte über die sozialdemokratische Betriebsgruppenarbeit auf der 5. Landesausschußsitzung der SPD am 7. November 1949 in München[40]. Größere Erfolge der sozialdemokratischen Betriebsgruppen wurden außerdem durch die Kommunisten und „Christen"[41] verhindert. Die Kommunisten waren „viel rühriger und taktisch klüger"[42]. Es ging ihnen „nicht um Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sondern um ihre Machtstellung"[43] in den Betrieben, verbunden mit dem Versuch, zersetzend und spaltend auf die Arbeit der Gewerkschaften und der SPD einzuwirken[44]. Da in den Betrieben bei Betriebsratswahlen Personen und nie Parteien zur Wahl standen, war die bayerische SPD den geschickt taktierenden Kommunisten unterlegen. Bei den CSU-Mitgliedern, die insbesondere in der Gewerkschaft Textil sehr stark waren[45], glaubten die bayerischen Sozialdemokraten die deutliche Tendenz zu erkennen, immer stärker in die Gewerkschaften einzudringen und Einfluß auf die Betriebe zu nehmen, oder — im Falle des Scheiterns dieses Vorhabens — die Gewerkschaften zu spalten. Die SPD in Bayern war sich der Bedeutung ihrer Arbeit durch Betriebsgruppen bewußt, aber es gelang ihr nicht, ihre formal konzipierte Organisation und Politik in der Praxis zu realisieren, obwohl sie zur Beratung des Landesvorstandes einen Landesausschuß für Betriebsarbeit eingerichtet hatte.
Die organisatorische Verflechtung von SPD und Gewerkschaften wurde seit 1949 zunehmend vom SPD-Parteivorstand in Hannover und vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sich im Oktober 1949 in München konstituiert hatte, vorangetrieben[46]. Die Betreuung der Betriebsgruppen übernahm das Betriebsgruppen-Sekretariat beim SPD-Parteivorstand in Hannover, was den Einfluß des SPD-Landesverbandes Bayern sowie der Bezirke und Unterbezirke wesentlich herabminderte und für eine zunehmende Zentralisierung im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie sorgte[47].

4. KOMMUNIKATION

Nach den Statuten von Ingolstadt und Landshut gehörte die Kommunikation zu den Kompetenzen des Landesverbandes[1]. Die Einrichtung und Unterhaltung von Schulungsheimen war Aufgabe des Landesvorstandes[2]. 1947 wurden beim Landesvorstand die Referate für Presse, Propaganda und die politische Bildungszentrale eingerichtet[3]. Das Statut 1948 wies dem Landesverband die Kontrolle über die auf Landesbasis erscheinende

[40] Zitat von Höhne, Prot. der Landesausschußsitzung vom 7. 11. 49 (SPD-LV 1949—50).
[41] So die in der SPD übliche Bezeichnung der in den Gewerkschaften tätigen CSU-Mitglieder (Stock, Piehler ebenda).
[42] Erwin Essl, ebenda.
[43] Horlacher, ebenda.
[44] In der Abwehr gegen die Kommunisten sah Göhler (I) die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Betriebsgruppen bis 1950. Vgl. auch SPD-Jb. 1950/51, S. 296.
[45] Göhler, Baur (I).
[46] SPD-Jb. 1950/51, S. 294.
[47] Ebenda, S. 298.
[1] Ingolstadt § 51; Landshut § 47.
[2] Ingolstadt § 77; Landshut § 72.
[3] Geschäftsordnung für das Landessekretariat der SPD, Landesverband Bayern (SPD-LV 1947). Vgl. auch oben S. 105/106.

Parteipresse zu[4]. Der Landesvorsitzende war Vorsitzender der Landespressekommission, der weiterhin je ein Vertreter eines Bezirkes angehörte[5]. Über die Aufgaben der Landespressekommission war in dem Statut von 1948 ebensowenig ausgesagt wie über die Kompetenzen des Landesvorstandes in Fragen der Schulung und Bildung von Parteifunktionären und Mitgliedern. Die Führung der bayerischen SPD unter Knoeringen erkannte die Kohärenz zwischen der Kommunikation nach außen (Presse, Propaganda) und der Kommunikation nach innen (Schulung, Bildung) für die parteiinterne Meinungs- und Willensbildung und die parteiexterne Öffentlichkeit sowie deren mögliche Konvergenzbeziehungen. Schulung und Bildung der Parteifunktionäre und -mitglieder wurden durch den Landesverband in besonderem Maße betrieben.

a) Presse

Bei dem Wiederaufbau der Parteipresse hatte die bayerische SPD mit den ungünstigen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und mit Unzulänglichkeiten in der eigenen Organisation zu kämpfen. In den bayerischen Bezirken erschienen Anfang 1946 wieder die vor 1933 bestehenden Parteizeitungen:

„Münchner Post"	in Oberbayern
„Schwäbische Volkszeitung"	in Schwaben
„Fränkische Tagespost"	in Mittelfranken
„Oberfränkische Volkszeitung"	in Oberfranken
„Fränkischer Volksfreund"	in Unterfranken
„Volkswacht"	in Niederbayern-Oberpfalz[6].

Die Parteipresse litt darunter, daß die Militärregierung — abgesehen von der ohnehin knappen Zuweisung an Druckpapier — mit Verfügung vom 22. April 1946 „wegen der Schwierigkeiten, solche Veröffentlichungen sowohl in bezug auf ihre Verbreitung als auch auf ihren Inhalt zu kontrollieren"[7], nur Parteinachrichtenblätter für ganz Bayern genehmigte, die „keineswegs den Eindruck einer Zeitung erwecken" durften und „den Charakter von Flugblättern tragen sollten"[8]. Parteipresseerzeugnisse auf lokaler und Bezirksebene wurden verboten, die Auflagenzahl wurde für die SPD — ebenso für die CSU und KPD — auf 250 000 begrenzt. Die Blätter durften nur alle zwei Wochen im Umfang von maximal vier Seiten und in einer Größe von 23 x 32 cm erscheinen[9]. „Um ja nicht Zeitung zu sein"[10], nannten sich die ehemaligen Parteizeitungen der SPD in Bayern nach einer Bestimmung der amerikanischen Militärregierung vom Mai 1946, die die alten Zeitungsköpfe verbot[11], „SPD-Nachrichtenblatt". In Verhandlungen erreichte die bayerische SPD, daß wenigstens eine Seite der ausschließlich durch den Landesverband redigierten Ausgabe des Nachrichtenblattes für lokale Informationen den Bezirken zugestanden wurde. Das Nachrichtenblatt erreichte eine Gesamtauflage von 231 000 Exemplaren, die sich wie folgt auf Bayern verteilten:

Oberbayern und Schwaben	78 000
Niederbayern und Oberpfalz	52 000

4 § 2.
5 § 9.
6 Arbeitsbericht der Abteilung Presse und Propaganda für das Berichtsjahr 1946/47, München, 24. 3. 47, S. 4 (SPD-A).
7 Zit. nach Hoegner, Außenseiter, S. 227.
8 SPD-Nachrichtenblatt, Ausgabe Ende Jan. 1947 / Nr. 2.
9 Hoegner, Außenseiter, S. 227.
10 SPD-Nachrichtenblatt, Ausgabe Ende Jan. 1947 / Nr. 2.
11 Arbeitsbericht der Abteilung Presse . . . , S. 4 (SPD-A).

Mittelfranken	50 000
Unterfranken	22 000
Oberfranken	15 000
(davon in Hof 14 000)[12].	

Am 9. November 1946 erhielt der Landesverband der SPD eine Verlagslizenz als Voraussetzung zur Gründung des Parteiverlages „Das Volk", in dem folgende Publikationen regelmäßig erschienen:

	Auflage	Umfang	Erscheinungsfolge[13]
1. Nachrichtenblatt	230 000	4 Seiten	vierzehntägig
2. „Das Volk. Zeitschrift für grundsätzliche und aktuelle Fragen des demokratischen Sozialismus"	30 000	32 Seiten	halbmonatlich
3. Sozialistische Hefte	10 000	32 Seiten	monatlich
4. Tribüne der Partei	10 000	8 Seiten	zehntägig

Nach der Lockerung der Bestimmungen der amerikanischen Militärregierung gegenüber der Parteipresse erschienen ab September 1948 die Parteizeitungen wieder unter ihren traditionellen Namen[14]. Weiterhin bestanden jedoch einschränkende Auflagen der Militärregierung[15]. Die bayerische SPD führte deswegen eine entschiedene Kampagne für die völlige Wiederherstellung der Pressefreiheit[16]. Die Verabschiedung eines Pressegesetzes durch den Bayerischen Landtag als Voraussetzung zur Aufhebung der Pressezensur zog sich allerdings über beträchtliche Zeit hin und kam nach Änderungsforderungen der Militärregierung erst am 15. September 1949 endgültig zustande[17]. Die neuen sozialdemokratischen Zeitungen sollten nicht im Stile von Funktionär- oder Vereinsblättern aufgemacht sein. Sie bekannten sich zu einer objektiven Berichterstattung, wobei lediglich in Glossen und Kommentaren die „sozialistische Meinung unzweideutig zum Ausdruck"[18] gebracht werden sollte. Der Presse der bayerischen SPD wurde durch die Abteilung Presse und Propaganda beim Landesvorstand die Aufgabe gestellt, „einen vorzüglichen Wirtschaftsteil und eine gute Unterhaltung (zu) bieten, den Sport und die lokalen Ereignisse ausführlich (zu) beachten und über die Ereignisse in der Welt besondere Information und Aufklärung (zu) verbreiten"[19].

Auf den durch die amerikanische Militärregierung geschaffenen Zeitungstyp der Lizenzpresse versuchte die SPD einen möglichst starken Einfluß zu gewinnen. Von den 22 Gemeinschaftszeitungen in Bayern stellte die SPD 1947 18 Lizenzträger für 16 Zeitungen. Von diesen 18 Lizenzträgern besaßen elf die Schlüsselstellung eines Chefredakteurs. Bei einer weiteren Zeitung arbeitete ein sozialdemokratischer Redakteur mit. Nur drei Zeitungen erschienen ohne Beteiligung eines Sozialdemokraten[20]. Der Kontakt zwischen Partei und Presse verlief allerdings nicht befriedigend. Als die Partei auf einer gemeinsamen Konferenz mit Vertretern der Presse im Juni 1946 zu deutlich versuchte, Einfluß auf die journalistische Tätigkeit von Parteimitgliedern auszuüben, verließen die

[12] Ebenda.
[13] Das Volk GmbH., Aufbau des Wirtschaftsunternehmens der Partei, München, März 1947, SS. 3, 8 (SPD-A).
[14] Vgl. FT, Erste Septemberausgabe 1948 / Nr. 18.
[15] Vgl. ebenda.
[16] FT, 6. 11. 48; 27. 11. 48.
[17] Sten. Ber. LT, 122. Sitzung vom 15. 9. 49, S. 595 (Beilagen 2784 und 2804).
[18] Arbeitsbericht der Abteilung Presse . . . , S. 4 (SPD-A).
[19] Ebenda.
[20] Ebenda, S. 6. Vgl. Aufstellung über die Beteiligung sozialdemokratischer Verleger, Chefredakteure und Redakteure an „Gemeinschaftszeitungen" in Bayern im Anhang.

anwesenden Redakteure die Sitzung. Nur allmählich gelang es dem Pressedienst beim Landesvorstand, die begangenen Fehler gegenüber den sozialdemokratischen Mitarbeitern an den Gemeinschaftszeitungen zu korrigieren[21]. Auf einer zweiten Konferenz zwischen Partei und Presse in Veitshöchheim am 23. August 1946 übten die sozialdemokratischen Vertreter der Presse scharfe Kritik an der Pressepolitik des Landesvorstandes und insbesondere der wenig pressefreundlichen Haltung der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder. Der Landesvorstand versprach, Abhilfe zu schaffen und versuchte gleichzeitig, durch Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der in der Presse tätigen Sozialdemokraten eine enge Bindung zwischen Partei und Presse sicherzustellen und den Einfluß der Partei auf die Tätigkeit von Sozialdemokraten in der Presse zu erhöhen. Auf der dritten Tagung von Partei und Presse am 19. Oktober 1946 in Ingolstadt wurde die Arbeitsgemeinschaft offiziell gegründet[22]. Die Schaffung eines eigenen Nachrichtendienstes zwischen Landesvorstand und sozialdemokratischen Mitgliedern der Redaktionen der Gemeinschaftszeitungen stellte eine enge Verbindung zwischen Partei und Presse her[23].
Parteiintern war die bayerische SPD publizistisch sehr aktiv. 1947 gab der Landesvorstand heraus:

1. Der Pressebrief
2. Parlamentsdienst der sozialdemokratischen Pressekorrespondenz (auch: Parlamentsdienst der SPD)
3. Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz (spk)
4. Kurzinformation(en) des Landesvorstandes
5. Referenten- und Informationsdienst.

Neben dem Landesvorstand gaben auch die Bezirke sowie die Arbeitsgemeinschaften und Sondergruppen der Partei eine Vielzahl parteiinterner Publikationen in Bayern heraus[24]. Finanzielle Schwierigkeiten und organisatorische Mängel in der publizistischen und propagandistischen Auswertung in vielen Organisationseinheiten der Partei führten allerdings zu unbefriedigenden Ergebnissen der Arbeit des Pressedienstes beim Landesvorstand[25]. Eine Verbesserung der Pressearbeit sollte durch eine stärkere Konzentration der parteiinternen Publikationen erreicht werden. Der Mangel an Kapital und geeigneten Redakteuren ließ jedoch eine effektivere publizistische Tätigkeit auch weiterhin nicht zu[26]. Die Konzeptionen für die sozialdemokratische Presse in Bayern konnten unter diesen Umständen nur teilweise in der Praxis realisiert werden.

[21] Ebenda.
[22] Am 1. 2. 48 erfolgte dann auf einer Interzonen-Tagung der sozialdemokratischen Chefredakteure in Hannover die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Presse beim Parteivorstand für die Westzonen (KdL 30, 28. 2. 48).
[23] Ebenda, S. 7.
[24] Vgl. im Literaturverzeichnis die Veröffentlichungen der SPD Bayern (S. 279/280).
[25] KdL 17, 24. 9. 47.
[26] Göhler (I). Knoeringen (I) berichtete, wie er selbst als Leiter der Landespressekommission oft kurz vor Redaktionsschluß eine große Anzahl der Artikel schrieb. — Über die schlechte finanzielle Situation der „Südpost" in München wurde auf der Landesausschußsitzung am 7. 11. 49 (Prot. der 5. Landesausschußsitzung [SPD-LV 1949—50]) gesprochen. 1948 nahm der Landesvorstand ein Darlehen auf, das in Teilen zu je DM 5,- von SPD-Mitgliedern gezeichnet werden sollte. Die Parole hierzu lautete: „Jeder Ortsverein in Bayern erwirbt 4 Darlehensscheine!" (Hektographierter Brief von Erich Fleischer [SPD-LV 1947]). Wegen eigenmächtiger Verwendung der durch die Darlehensscheine eingegangenen Beträge in Höhe von DM 8000,- entzog die Militärregierung Fleischer die Lizenz. Der Landesvorstand nominierte drei neue Lizenzträger (darunter J. Kiene und F. Höhne) (Prot. der Landesausschußsitzung am 12. 12. 50 [SPD-LV 1949—50]).

b) Schulung

Das Funktionieren der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Bayern und die Effektivität ihrer Programmatik und Politik hingen wesentlich von der Qualifikation der sozialdemokratischen Parteifunktionäre und der aktiven Mitgliederschaft in der Partei ab[27]. Eine Hebung der Qualität der gesamten Parteiarbeit war identisch mit einer verstärkten Schulung und Bildung des sozialdemokratischen Führungspersonals und der Nachwuchskräfte auf allen Organisationsebenen. Gleichzeitig konnte dadurch die gesamte Parteimitgliederschaft mobilisiert werden. Die Führung der bayerischen SPD erkannte, daß es nur durch Hebung des qualitativen Niveaus der Parteiarbeit möglich war, in die Spitzenpositionen von Wirtschaft und Staat einzudringen und damit der Politik der Partei durch die persönliche Aktivität ihrer Mitglieder zum Durchbruch zu verhelfen. Auch die Erarbeitung und Rezeption eines Programms, das den veränderten Konstellationen nach 1945 Rechnung trug, verlangte die gründliche intellektuelle Reflexion über den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Standort der Sozialdemokratie bei möglichst großer Anteilnahme ihrer gesamten Mitgliedschaft. Knoeringen gehörte nach 1945 mit zu den ersten Sozialdemokraten, die erkannten, daß die SPD veralteten ideologischen Ballast über Bord werfen mußte, um durch eine neue geistige Durchdringung und Einschätzung der allgemeinen Situation ihre konkrete Aufgabenstellung zu formulieren. Knoeringen wollte qualifizierte Mitarbeiter für die „Schaltstellen der Wirtschaft und des Staates"[28] heranbilden, denn „eine Sozialdemokratie, die nicht in der Lage ist, sich den neuen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der nachfaschistischen Zeit anzupassen, wird keinen Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft nehmen können"[29].

Am 1. Oktober 1946 wurde die Politische Bildungszentrale der SPD als besondere Abteilung beim Landesvorstand geschaffen[30]. Die Arbeit der Politischen Bildungszentrale stand unter dem Leitgedanken des demokratischen Sozialismus[31]. Die Aufgabenstellung war folgende:

1. Vermittlung sozialistischer und politischer Grundbegriffe;
2. Lenkung (!) einer systematischen Diskussion innerhalb der Partei als Voraussetzung einer Neuorientierung;
3. Auswertung der theoretischen Arbeit für die politische Praxis[32].

Bildungskonferenzen im Januar/Februar 1947 warben in allen bayerischen Bezirken für Institution und Aufgabenstellung der Politischen Bildungszentrale[33].

Für die politische Schulungsarbeit der bayerischen SPD wurde ein Schulungsheim in Schüttersmühle (Fränkische Schweiz) und am 28. Juli 1948 die Georg-von-Vollmar-Schule, die als „freie sozialistische Hochschule" die einzige dieser Art in Deutschland war und blieb[34], in Kochel eingerichtet[35]. Die Politische Bildungszentrale arbeitete Vortragsdispositionen und Diskussionsgrundlagen aus, die den Parteireferenten zur Verfügung gestellt wurden[36]. Sie gab Publikationen heraus, verbreitete sie und diente als Vermittlungsstelle

[27] Vgl. oben S. 110 ff.
[28] SPD-Nachrichtenblatt, Nr. 19 vom 20. 9. 46.
[29] Information der Politischen Bildungszentrale der SPD, Landesverband Bayern (SPD-LV 1945—46).
[30] SPD-Nachrichtenblatt, Nr. 19 vom 20. 9. 46.
[31] Zu der Einordnung des Begriffes in Programmatik und Politik der SPD in Bayern vgl. unten S. 158.
[32] Brief Knoeringens an alle sozialdemokratischen Kreisverbände und Ortsvereine in Bayern vom 14. 11. 46, abgedr. in: Tribüne der Partei, Dez. 1946, S. 5.
[33] Ebenda.
[34] Vgl. Knoeringen zum 10jährigen Bestehen der Vollmar-Schule in: Der Kochel-Brief 1958, abgedr. in: Flechtheim, Dokumente, V, S. 131 ff.
[35] Zur Gewährung von Freiplätzen für die Vollmar-Schule wurden sog. Bildungsfondmarken durch die SPD-Organisationseinheiten in Bayern herausgegeben (6. Landeskonferenz der SPD in Rosenheim vom 4.—6. Juni 1949, Vorlage Nr. 4/2 [SPD-LV 1949—50]).
[36] Referentendienst der SPD, hg. v. Landesvorstand der SPD Bayern, Okt. 1947 ff.

von Referenten für Parteischulungszwecke[37]. Weiterhin stand die Politische Bildungszentrale der SPD in Bayern in ständiger Verbindung mit der Sozialistischen Kulturzentrale beim Parteivorstand in Hannover, um eine aufeinander abgestimmte sozialdemokratische Schulungsarbeit im gesamten amerikanischen und britischen Zonengebiet zu erreichen. Kontakte bestanden ebenfalls zu der amerikanischen Militärregierung[38]. Die Gründung sozialistischer Studentengruppen an den Universitäten München und Erlangen[39] gehörte ebenso zu ihrem Aufgabengebiet wie die Etablierung und Unterstützung von Arbeitsgemeinschaften und Sondergruppen im Rahmen der bayerischen SPD[40]. Interessant für die geistige Ausgangsbasis der Arbeit der Politischen Bildungszentrale waren die ersten Veröffentlichungen in dem Parteiverlag „Das Volk":

1. Das Kommunistische Manifest
2. Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft"
3. Die Rede des sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretikers Viktor Agartz auf dem SPD-Parteitag in Hannover 1946 „Sozialistische Wirtschaftspolitik"
4. Paul Sering[41], „Jenseits des Kapitalismus"[42].

Die für die Gesamtpartei richtungweisenden Konzeptionen der parteiinternen Bildungsarbeit der bayerischen SPD brauchten selbstverständlich eine gewisse Anlaufzeit, um so mehr, als die Interessen eines großen Teils der Mitgliederschaft — wie nicht zuletzt auch die sehr zahlreichen Austritte des Jahres 1948 belegten — mehr auf Aufbau und Sicherung der eigenen Existenz ausgerichtet waren als auf die durch geistige Reflexion zu vollziehende programmatische Neuorientierung der Partei[43]. Die Bildungsarbeit des Landesvorstandes konnte nur erfolgreich sein im Zusammenhang mit der Aktivierung der Partei in Organisation, Programmatik und Politik. Die Erreichung dieses umfassenden Zieles war für die gesamte Sozialdemokratie deswegen so schwer, da es ihr nach 1945 im ersten Anlauf nicht gelungen war, jene Mobilisierung der Gesellschaft zu erreichen, die als Grundlage der Praktizierung des demokratischen Sozialismus unbedingt notwendig gewesen wäre. Das persönliche Engagement der Parteimitglieder konnte die Bildungsarbeit der Partei allein nicht ersetzen, aber sie war ein wichtiger Bestandteil der „Mobilisierung der Demokratie"[44].

c) Propaganda

Inhalt, Gehalt und Resonanz der sozialdemokratischen Propaganda in Bayern nach 1945 waren sehr unterschiedlich. Meist hing es von lokalen, strukturell bedingten Verhältnis-

[37] Brief Knoeringens an alle sozialdemokratischen Kreisverbände und Ortsvereine in Bayern . . . ; Information der Politischen Bildungszentrale der SPD, Landesverband Bayern (SPD-LV 45—46).

[38] Ebenda.

[39] Über die Tätigkeit einer sozialistischen Studentengruppe an der Universität Würzburg liegen keine Angaben vor.

[40] z. B. die Arbeitsgemeinschaft der leitenden Beamten, Arbeitsgemeinschaft für sozialistische Ärzte, kultur- und erziehungspolitischer Ausschuß und besonders die stetige enge Verbindung mit den Gruppen der Jungsozialisten.

[41] Pseudonym für Richard Löwenthal.

[42] Über die Bedeutung der beiden letztgenannten Veröffentlichungen für die Sozial- und Wirtschaftspolitik der SPD in Bayern vgl. unten SS. 171, 172 A. 16.

[43] Als Beispiel ein Zitat aus einem Brief Gerda Veys (später Frau Laufer), Sekretärin des Bezirks Unterfranken (später Unterbezirk Würzburg) an den Sekretär des Bezirks Franken, Max Seidel, vom 22. 2. 51 (SPD-W): „Wir haben so viele primitive Menschen in den Ortsvereinen, die man immer antreiben muß; unermüdliche Arbeit im Kleinen ist dazu nötiger als die Kunst der ‚Politischen Führung' . . .". „Von den Vorarbeiten für die Gemeindewahlen verspreche ich mir eine Belebung aller Ortsvereine. Bei der eigenen Kandidatur erwachen die Genossen aus dem Schlaf."

[44] So der Titel einer unter der Leitung Knoeringens erarbeiteten Broschüre im Rahmen der Bildungsarbeit der Vollmar-Schule (München 1966). Die Arbeit beweist die Kontinuität der prinzipiellen Anliegen Knoeringens für Parteistruktur und Politik und enthält gleichzeitig das Eingeständnis, daß es der SPD im Bund und in Bayern bis heute noch nicht gelungen ist, jene Aktivität innerhalb und außerhalb der Partei zu entwickeln, wie sie etwa die Bildungsarbeit in Kochel seit 1948 anstrebt.

sen ab, ob die durch Plakate[45] und Redner verbreiteten Parolen Anklang fanden. Das Problem für die Sozialdemokratie in Bayern waren jedoch weniger die Art ihrer Propaganda oder die kontrollierenden und restriktiven Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung[46] als vielmehr große Mängel in der Verbreitung von Druckerzeugnissen und dem Einsatz von Referenten. Es fehlte an Kraftfahrzeugen und Benzin; Bahn und Post waren im allgemeinen zu langsam[47]. Oft wurden Werbematerialien durch die Druckereien verspätet versandt, oder die mangelhafte Planung des Einsatzes von Referenten führte zu grotesken Auswüchsen[48]. Häufig nahmen Kreisverbände und Ortsvereine Plakate und Flugblätter überhaupt nicht an mit der Begründung, es sei kein Personal zur Verteilung vorhanden. In anderen Parteiorganisationen lagen Broschüren und allgemeines Werbematerial wochenlang unberührt in örtlichen Parteibüros. Die Zusammenarbeit zwischen Ortsvereinen und lokaler Presse funktionierte häufig ebensowenig wie die Information des Landessekretariats und des Partei-Pressedienstes über wichtige Ereignisse für die Partei in Gemeinden, Kreisen und Städten[49].

Am 1. April 1946 wurde die Abteilung Propaganda beim Landesvorstand ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe war es, die ersten Anfänge einer zentralen Planung und Lenkung der Propaganda zu bewirken, um auf diese Weise in Bayern den Boden für eine möglichst starke Resonanz der SPD in der Bevölkerung zu bereiten und die Organisationseinheiten schneller aufbauen zu können[50]. Am 17. Juli 1946 wurde ein Propagandaausschuß auf Landesbasis gebildet, dem Sachbearbeiter für Schrift, Bild, Presse, Film und Funk, Vertreter der Bezirke sowie der Arbeitsgemeinschaften und Sondergruppen auf Landesebene angehörten. Durch die Aktivität und Kooperation von Propagandaausschuß und Propagandaabteilung wurden 1946/47 10 395 000 Flugblätter, 770 000 Plakate und 400 000 Broschüren hergestellt und versandt[51].

Wie die Referate und Diskussionen auf den „Arbeitstagungen für sozialistische Propaganda" bewiesen, waren sich die leitenden Propagandafunktionäre durchaus der Bedeutung der persönlichen und individuellen Werbung bewußt: Die persönliche Werbung sei geradezu die Grundlage der Propaganda; der persönliche Einsatz der beste Werbefaktor[52]. Die Propaganda in den untersten Einheiten der Partei, in den Sektionen und Ortsvereinen, wurde als besonders wichtig erkannt[53]. Gerade hier zeigte sich jedoch auch am deutlichsten die mangelhafte Initiative und Qualifikation vieler sozialdemokratischer Funktionäre und Mitglieder. Die Etablierung von Bezirks-Werbe-Ausschüssen konnte dieser Malaise nur in geringem Umfange begegnen. Öffentliche Propaganda-Kampagnen der bayerischen SPD — wie etwa im Juni 1947 unter der provozierenden Fragestellung „Gibt es noch einen Ausweg?"[54] — intendierten in höherem Maße die Mobilisierung der Funktionäre und Mitglieder der eigenen Partei als die Aufklärung und Aktivierung der Öffentlichkeit. Durch die enge Kooperation von Propaganda, Presse und Politischer Bildungszentrale sollte nach dem Willen des Landesvorstandes eine möglichst homogene Willensbildung und Willensäußerung der gesamten Mitgliederschaft der SPD in Bayern

[45] Die umfassendsten Sammlungen sozialdemokratischer Plakate in Bayern befinden sich im Archiv des Landesverbandes (München) und des Unterbezirks Augsburg.
[46] Zu den Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung vgl. oben S. 56.
[47] Resümee der 4. Arbeitstagung für sozialistische Werbung, in: Tribüne der Partei, Dez. 1946.
[48] So übte der Landesvorstand heftige Kritik daran, „daß einzelne Referenten ohne planmäßigen Einsatz auf persönliche Abmachung hin wegen einer kleinen Versammlung durch halb Bayern reisen." (KdL 23, 20. 11. 47).
[49] KdL 31, 22. 3. 48.
[50] Arbeitsbericht der Abteilung Presse und Propaganda für das Berichtsjahr 1946/47, München, 24. 3. 47, S. 1 (SPD-A).
[51] Ebenda, S. 1 ff.
[52] Pressedienst, Brief Nr. 4/46, Arbeitstagung für sozialistische Propaganda am 10./11. 8. 46 in Pfaffenhofen (München, 14. 8. 46) (SPD-A).
[53] Ebenda.
[54] KdL 1, 2. 6. 47; 3 (ohne Datum; 2. Juni-Hälfte); 4, 23. 6. 47 u. ö.

erreicht werden[55]. Broschüren in den Händen von Funktionären und Mitgliedern wurden mehr und mehr zu dem Hauptinstrument der Propaganda der bayerischen SPD[56]. Dadurch sollte primär die Parteimitgliederschaft informiert und aktiviert werden, um die gesamte Parteiorganisation funktionsfähiger zu machen und die Ausstrahlungskraft der einzelnen sozialdemokratischen Mitglieder wie der Partei auf die Bevölkerung in Bayern zu erhöhen. Die propagandistische Einwirkung über den Rundfunk entfiel, als nach Anweisung der amerikanischen Militärregierung in Bayern die politischen Parteien nur mehr alle fünf Wochen — statt wie bisher alle vierzehn Tage — Gelegenheit hatten, in der Sendung „Tribüne der Parteien" wirksam zu sein[57]. Trotz aller organisatorischen Bemühungen funktionierte die Propaganda jedoch lediglich in den Bezirken Ober- und Mittelfranken sowie Niederbayern-Oberpfalz einigermaßen befriedigend, während propagandistische Aktionen in den anderen Bezirken, so insbesondere in Oberbayern mit dem wichtigen Betätigungsfeld der Landeshauptstadt, selten in der gewünschten Weise verliefen[58].

Die am umfangreichsten geplante Propagandakampagne zur Durchsetzung des sozialdemokratischen Wiederaufbauplanes im Rahmen der Aktion „A"[59] wurde zugleich zu dem größten Fehlschlag. Spätestens mit dieser Aktion mußte die Führung der bayerischen SPD erkennen, daß auch eine formal beispielhaft konzipierte Verbindung von politischem Programm und Propaganda scheitern mußte, wenn die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konstellationen nicht in Rechnung gestellt wurden. Die SPD spielte politisch in Bayern als Oppositionspartei gegenüber der CSU nur eine zweitrangige Rolle; Programm und Propaganda konnten ihre freiwillig aufgegebene Position in der Regierung nicht ersetzen. Weiterhin machten die bevorstehende Währungsreform auf wirtschaftlichem Gebiet und die Konzentration des Interesses der Bevölkerung auf die kleinen Dinge des notwendigen täglichen Bedarfs das Gelingen der Propagierung des Wohnungsbauprogramms illusorisch. Es kam hinzu, daß die bayerische SPD trotz aller Bemühungen in politischer Planung und Programmatik in der gesamten unmittelbaren Nachkriegszeit keine populären praktisch politischen Erfolge aufweisen konnte, die propagandistisch auszuwerten gewesen wären[60]. Der Fehlschlag der von den Spitzengremien der SPD in Bayern gut geplanten Propaganda trug mit dazu bei, daß vor der Landtagswahl 1950 die Regierungsbeteiligung erneut angestrebt wurde, um durch eine erfolgreiche Regierungspolitik in Bayern jenen Durchbruch zu erzielen, der der Partei trotz politischer und propagandistischer Anstrengungen in der Zeit ihrer Opposition nicht gelungen war.

[55] Hierzu dienten etwa die knappen Broschüren „Rededispositionen zum Volksentscheid und zur Landtagswahl am 1. Dez. 1946 in Bayern" (SPD-LV 1945—46); „Winke für den Redner im Gemeindewahlkampf", in: RD, Nr. 117; „Aufgaben der Kommunalpolitik (Rededisposition)", in: RD, Nr. 118; „Zu den Gemeinde- und Stadtratswahlen, Hinweise für Referenten", in: RD, Nr. 130 u. a.

[56] KdL 23, 20. 11. 47; 24, 27. 11. 47.

[57] Die Kürzung wurde von der Militärregierung „mit der allgemeinen Interesselosigkeit der Rundfunkhörer an diesen politischen Sendungen" motiviert. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, daß die bisherigen Radioreden keine konstruktiven Gedanken zum Ausdruck brachten, sondern in den meisten Fällen persönliche Diskriminierungen darstellten". (Zit. nach: KdL 24, 27. 11. 47).

[58] So wurde etwa die entgegen den Plänen des Landesvorstandes nur mangelhafte propagandistische Unterstützung der Gewerkschaftaktionen gegen die Regierung im Januar 1948 (vgl. oben S. 90) kritisiert (KdL 29, 26. 1. 48).

[59] Richtlinien zur Durchführung der Aktion ‚A', München 1948; An alle Aufbauwilligen. Aufbauplan ‚A' der SPD. Der erste Schritt. 100 000 Wohnungen, München 1948; Aufbautag des Volkes, München 1948; Plan ‚A' der SPD. Finanzierung und Durchführung. 2. Denkschrift, München 1948; Plakat ‚A' (alle SPD-LV 1948). — Vgl. auch oben S. 109 ff.

[60] Die Kritik Höhnes, „die Erfolge der SPD im Landtag (würden) nicht genügend der Öffentlichkeit zugänglich gemacht" (Prot. Landesausschußsitzung vom 7. 11. 49), mutet deswegen befremdend an.

5. FINANZIERUNG

Nach der Wiederzulassung war die Finanzierung der Partei das schwierigste Problem. Da die Mitgliederzahl noch gering war, von der ersten Stunde der Organisierung an der Partei jedoch Kosten für Personal, Räume, Einrichtungsgegenstände, Heizung und anderes entstanden, mußte zu den diversesten Finanzierungsmethoden gegriffen werden: Dem teils legalen, teils illegalen Handel mit Konsumgütern oder Makeln von Grundstücken, wobei der jeweilige finanzielle Gewinn der Partei zugute kam. Zur Behebung der schlimmsten Heizungsnot in den Räumen des Kreis-, Bezirks- und Landesverbandes in München stellten sich Bergleute in Penzberg zu freiwilligen Schichten zur Verfügung. Die Kohlen wurden in Ermangelung eines Kellers in einem Büroraum des Bezirksverbandes gelagert. Als Brennholz dienten alte Treppengeländer und Einrichtungsgegenstände[1]. Nach der reichlich improvisierten Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten finanzierte die SPD ihre Ausgaben auf Grund des raschen Anwachsens ihrer Mitglieder wie vor 1933 in erster Linie durch Beiträge und Spenden. Als Aufnahmebeitrag waren RM 1,– für Männer und Frauen vorgesehen. Der Mindestmonatsbeitrag für Männer war RM 1,–, für Frauen, Erwerbslose und Ganz-Invaliden RM –,50[2]. Den Mitgliedern war es freigestellt, höhere regelmäßige Beiträge zu leisten. Landesvorstand und untergeordnete Organe konnten Sonderbeiträge ausschreiben. Die sozialdemokratischen Mitglieder in politischen Institutionen verpflichteten sich zu regelmäßigen Abgaben eines Anteils ihrer Vergütungen[3]. Die Herkunft von Spenden über RM 100,– mußte in den Kassenbüchern ausgewiesen werden. Die Einziehung der Beiträge erfolgte monatlich. Die Abrechnung wurde von den Ortsvereinen vierteljährlich direkt an den Bezirk geleitet[4]. An den Mitgliederbeiträgen waren die einzelnen Organisationseinheiten der Partei wie folgt beteiligt:

Ortsvereine: 25 % des Gesamtbeitrages
hiervon Kassiererentschädigung:
5 % des Gesamtbeitrages

Bezirksverband: 75 % des Gesamtbeitrages
hiervon Leistung an den Kreisverband[5]:
25 % des Gesamtbeitrages
Leistung an den Landesvorstand:
10 % des Gesamtbeitrages
Leistung an den Parteivorstand:
10 % des Gesamtbeitrages[6].

Das Landesparteistatut von 1948 enthielt keine Angaben über die Finanzierung der Partei. Durch die Schlußbestimmung[7] entsprach es in dieser Frage der statuarischen Regelung der Gesamtpartei[8], die die Festlegung der Beitragshöhe den Bezirksparteitagen überließ[9] und lediglich Empfehlungen gab, denen die bayerischen Landesorganisationsstatuten von Ingolstadt und Landshut ohnehin entsprachen. Darüber hinaus hatte der

[1] Max Allmer, Sekretär des SPD-Bezirks Südbayern, (I). Ähnliche Angaben durch Haas (I).
[2] Statut Ingolstadt § 78; Statut Landshut § 73.
[3] Alle interviewten Personen machten persönliche Zahlenangaben, baten jedoch, diese nicht zu veröffentlichen. Die genannten Abgaben waren durchweg sehr hoch.
[4] Ingolstadt § 79; Landshut § 74.
[5] Es handelt sich hierbei offensichtlich in beiden Organisationsstatuten um eine falsche Angabe. Mit Sicherheit sind alle Kreisverbände eines Bezirkes gemeint.
[6] Ingolstadt § 82; Landshut § 77.
[7] § 15.
[8] Vgl. Prot. PT 1946, S. 162 ff.; Prot. PT 1947, S. 3 ff.
[9] § 8, Abs. 1.

Parteivorstand 1946 den Bezirksvorständen eine Staffelung der Beiträge für Mitglieder mit niederen bzw. höheren Einkommen empfohlen:

Bruttoarbeitsverdienst:	Monatsbeiträge:
bis 200 RM	1 RM
201— 300 RM	2 RM
301— 400 RM	3 RM
401— 500 RM	5 RM
501— 600 RM	7 RM
601— 800 RM	10 RM
801—1000 RM	20 RM[10]

Allerdings hatte der Parteivorstand eine Ablieferungspflicht von 15 % der eingehenden Beiträge durch die Bezirke an den Parteivorstand festgesetzt[11]. Entgegen den formalen Bestimmungen der bayerischen Organisationsstatuten 1946 und 1947 entsprachen die bayerischen SPD-Bezirke dem Verteilungsschlüssel des Parteivorstandes[12].

Die Einnahme der Beiträge in der vorgeschriebenen Höhe erfolgte jedoch keineswegs durchweg gemäß den Statuten, vielmehr blieb in jedem Jahr — mit Ausnahme von 1949 — die Mehrzahl der bayerischen Bezirke mit den durch die Mitglieder zu entrichtenden Mindestbeiträgen unter dem Durchschnitt der Gesamtpartei[13]. Bei dem Verkauf von Beitragsmarken über RM (bzw. DM) 1,— rangierten die bayerischen Bezirke — mit Ausnahme von Ober- und Mittelfranken 1947 — sogar stark unter dem Durchschnitt der Partei, wobei Oberbayern und Schwaben (bzw. Südbayern) am schlechtesten abschnitten[14]. Die Bezirke Ober- und Mittelfranken (später Bezirk Franken) waren die einzigen in Bayern, die regelmäßig überdurchschnittliche Beitragseinnahmen verzeichneten[15]. Durch die verhältnismäßig schlechte Beitragszahlung wurde die starke Inaktivität, ja das Desinteresse der Mitgliederschaft in den meisten bayerischen Bezirken der SPD deutlich. Gerade in der Frage der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge zeigte sich, wie wenig große Teile der Mitgliederschaft bereit waren, persönliche Opfer für die Partei zu bringen. Der starke Aderlaß an Mitgliedern 1948 konnte gerade für die SPD in Bayern gar nicht so schmerzhaft sein, verlor sie doch dadurch in erster Linie diejenigen, die ohnehin durch mangelhaftes Engagement in jeder Form dem Anliegen der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit mehr geschadet als genützt hatten.

Es waren aber nicht nur die Mitglieder in den bayerischen Bezirken der SPD, deren praktisches Verhalten nicht dem formalen Parteisystem entsprach, sondern auch die Bezirksvorstände wehrten sich gegen die statuarisch festgesetzte Ablieferung von 10 % ihrer Einnahmen an den Landesverband und die damit verbundene Finanzierung des „Apparates" des Landesvorstandes[16]. Durch den Druck des Parteivorstandes, der Bezirke und der Währungsreform mußte das Landessekretariat als Abteilung des Landesverban-

[10] SPD-Jb. 1946, S. 22.
[11] Ebenda.
[12] Vgl. SPD-Jb. 1947, S. 45.
[13] Vgl. Tabelle im Anhang. (Beitragsleistungen in den bayerischen Bezirken im Verhältnis zu den zu entrichtenden Mindestsätzen der Mitglieder [= 100]).
[14] Vgl. Tabelle im Anhang. (Verkauf von Beitragsmarken bis bzw. über RM (bzw. DM) 1,- in den bayerischen SPD-Bezirken 1947—1950, S. 253). Zur Kritik des Parteivorstandes vgl. Alfred Nau (Kassierer) in: SPD-Jb. 1950/51, S. 184 f.
[15] Vgl. Tabelle im Anhang. (Beitragseinnahmen in den bayerischen Bezirken der SPD 1947—1950, S. 253).
[16] Antrag des Bezirksverbandes Franken auf der Landesausschußsitzung am 7. 11. 49 in München (Prot. Landesausschußsitzung 7. 11. 49 und 12. 12. 50 [SPD-LV 49—50]).

des mit dem höchsten Personalbedarf[17] erhebliche personelle Einschränkungen vornehmen[18]. Mit Wirkung vom 1. Januar 1950 gab der Landesvorstand dem Drängen der Bezirke auf eine nur mehr fünfprozentige Beitragsabführung nach[19], die der Landesvorstand zu 2 % für Personal, zu 3 % für Schulung aufwandte[20]. Das Landessekretariat war durch die Währungsreform in derartige finanzielle Schwierigkeiten geraten, daß der ehemalige sozialdemokratische Wirtschaftsminister Zorn einen Kredit mit einer Laufzeit von drei Monaten aufnehmen mußte, den der Landesverband nicht einmal in der vorgeschriebenen Zeit zurückzahlen konnte. Die finanziellen und organisatorischen Forderungen der Bezirke nach 1948 zeigten deutlich deren gewachsenes Selbstbewußtsein. Sie waren nicht mehr bereit, eine übergeordnete Autorität auf Landesebene anzuerkennen und diese auch noch durch die ihrer Meinung nach überhöhten Beitragsleistungen zu finanzieren. Die Beiträge der Bezirke sollten der Unterstützung einer koordinierenden landespolitischen Parteiinstitution dienen, die dem gemeinsamen Willen der Bezirke Rechnung zu tragen hatte. Dazu waren sie bereit, einen permanenten Landesvorstand und ein Landessekretariat zu konzedieren, deren Kompetenzen jedoch — nicht zuletzt durch eine möglichst geringe Zuweisung an Mitteln — so stark wie möglich beschnitten sein sollten, um sie nur im Rahmen des Willens der bayerischen Bezirke der SPD tätig werden zu lassen. Auch durch finanziellen Druck wurde somit die ursprünglich in den Statuten von Ingolstadt und Landshut konzipierte Organisationsform, verbunden mit den allgemeinen politischen Wandlungen in der Nachkriegszeit und Änderungen in dem strukturellen Formationsprozeß der gesamten SPD, modifiziert. Generell lieferten die bayerischen Bezirke der SPD die Beitragsanteile an den Landesverband korrekt ab, wobei der Bezirk Franken am zuverlässigsten war[21].

Neben den Beiträgen spielten Spenden, die vorwiegend von Mitgliedern der Partei geleistet wurden, eine gewisse Rolle bei der Finanzierung der SPD in Bayern. Die Höhe dieser Spenden ist jedoch nicht durchgehend ausgewiesen. Die Jahresabrechnung 1947 weist einen Betrag von RM 4172,40 sowie freiwillige Beiträge für den „Kampf- und Kulturfonds" (für die Bildungsarbeit der Partei) in Höhe von RM 23 721,30 für den Landesverband der bayerischen SPD aus[22]. Nach dem Kassenbericht des bayerischen Landesverbandes für die Zeit vom 1. Januar 1948 bis 20. Juni 1948 betrugen „Spenden und verschiedene Einnahmen" RM 13 256,—, für die Zeit vom 21. Juni bis 31. Dezember 1948 „verschiedene Einnahmen (Broschüren u. ä.)" DM 10 519,05[23]. Durch direkte Spenden konnte der Landesverband am ehesten eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit gegen-

[17] Die immense Steigerung der Personalkosten des Landesverbandes in den ersten Nachkriegsjahren wird an einer Gegenüberstellung der Jahresabrechnungen 1946 und 1947 deutlich:

	Einnahmen	Ausgaben	
		sächlich	personell
Jahresabrechnung 1946 I)	195 304,40 RM	138 506,48 RM	9 391,55 RM
Jahresabrechnung 1947 II)	149 713,20 RM	75 549,03 RM	70 181,50 RM

I) Haushaltsvoranschlag für das III. Quartal 1948 (SPD-LV 48)
II) Ebenda; Jahresbericht 1947/48, S. 11 (SPD-LV 48)

[18] Vgl. oben S. 108 f.

[19] Göhler, Knoeringen, Frau Laufer, Haas, Baur, Höhne (I).

[20] Prot. Landesausschußsitzung vom 12. 12. 50 (SPD-LV 49—50).

[21] Göhler (I). — Die von den bayerischen SPD-Bezirken an den Landesverband abgelieferten Beitragsanteile betrugen (Haushaltsvoranschlag für das III. Quartal 1948 [SPD-LV 48])

1947		RM 121 819,50
1948	1. 1.—20. 6.	RM 76 600,60
	21. 6.—31. 12.	DM 11 261,12

und lagen damit bis zur Währungsreform über (Soll 1947: 120 875,94; Soll 1. 1.—30. 6. 48: 63 209,62), unmittelbar danach allerdings erheblich unter (Soll 1. 7.—31. 12. 48: 41 811,47 DM) einem 10 %igen Anteil der Einnahmen der bayerischen SPD-Bezirke, wie sie die SPD-Jahrbücher ausweisen (vgl. Anhang [Beitragseinnahmen in den bayerischen SPD-Bezirken 1947—1950], S. 253).

[22] SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48 (SPD-LV 47).

[23] 6. Landeskonferenz der SPD in Rosenheim vom 4.—6. Juni 1949, Vorlagen Nr. 3/1 und 3/2 (SPD-LV 49—50).

über den Bezirken wahren. Andererseits war damit die Gefahr verbunden, daß durch zweckgebundene Spenden außerparteiliche Gruppen versuchten, auf die politische Linie des Landesvorstandes Einfluß zu nehmen. Gerüchte von finanziellen Zuwendungen durch die Gewerkschaften, die insbesondere vor der zweiten Landtagswahl 1950 von politischen Gegnern der SPD in Bayern in Umlauf gesetzt wurden, dementierte der Landesvorstand allerdings energisch[24]. In der Tat ist es bis heute nicht gelungen, den Gewerkschaften eine direkte Finanzierung der SPD nachzuweisen[25].

6. KANDIDATENAUSLESE

Die Organisation einer politischen Partei kann ebensowenig wie die irgendeiner anderen Gruppe Selbstzweck sein. Die SPD neigte allerdings in ihrer Geschichte einer derartig verfehlten Auffassung zu[1], da sie, in unbeirrtem Glauben an die evolutionäre Realisierung ihrer sozio-ökonomisch-politischen Theorien und Spekulationen, die Parteiorganisation als stetig zu erweiternde Basis für die Zeit einer wirksamen Umgestaltung der Gesellschaft nach dem wie auch immer gearteten Zusammenbruch des Kapitalismus ansah. Überspitzt ausgedrückt: „Organisation wurde zum Ersatz für politische Aktion[2]."
Der Sinn einer jeglichen Organisation besteht darin, bestimmte Ziele einer Gruppe mit Hilfe dieser Organisation durchzusetzen. Für eine politische Partei hat die Organisation die Aufgabe, Mitglieder zu werben und zu integrieren, sie zu mobilisieren, zu delegieren und als Kandidaten für die politischen Institutionen auszuwählen. Selbstverständlich hatte die Organisation der Sozialdemokratie darüber hinaus immer die Aufgabe, Arbeitern und anderen Arbeitnehmern eine politische Heimat zu geben. Die Organisation diente als Instrument zur Bildung einer homogenen politischen Meinung und eines möglichst einheitlichen politischen Willens in der Partei. Dabei erhob die Sozialdemokratie immer den Anspruch, als demokratische Partei auch über eine demokratische Organisation zu verfügen, in der sich die politische Willensbildung von unten nach oben vollzog. Die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland und der Sozialdemokratischen Partei demonstriert allerdings, daß dies fast durchweg nicht der Fall war. Robert Michels[3], Otto Koellreutter[4] und Sigmund Neumann[5] — um nur einige der bekanntesten frühen Vertreter dieser Anschauung zu nennen — beobachteten dieses Phänomen primär in der Sozialdemokratischen Partei und deuteten es als Tendenz zu „Oligarchie" und „Caesarismus". Wie weit diese auch heute allenthalben vertretene Feststellung auf die bayerische SPD nach 1945 zutrifft, wird im folgenden untersucht.
In den vorhergehenden Kapiteln über die Organisationseinheiten und die Kommunikation der Partei wiesen wir bereits die politische Meinungs- und Willensbildung innerhalb

[24] Vgl. Knoeringen in: SZ, 24. 4. 50; 7. 11. 50.
[25] Vgl. Wolfgang Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, Köln und Opladen 1959, S. 54.
[1] Vgl. Nipperdey, S. 293 f.
[2] Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 116.
[3] Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 2. verm. Auflage, Leipzig 1925 (Philosophisch-soziologische Bücherei, Bd. 21), S. 342 ff., passim.
[4] Die politischen Parteien im modernen Staate, Breslau 1926, S. 53 f.
[5] Die deutschen Parteien, Berlin 1932, S. 98 ff.

der Parteiorganisation von oben nach unten nach[6]. Zwar waren die Bezirke auf Grund ihrer Finanzstärke im Falle einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand der Gesamtpartei von diesem unabhängig, aber der Parteivorstand verfügte über genügend Druckmittel[7], um die Renitenz eines einzelnen Bezirkes gegen den Parteivorstand erst gar nicht aufkommen zu lassen. Anders war das Verhältnis zwischen dem Landesvorstand und den bayerischen Bezirken ab 1948 gelagert. Der Landesvorstand hatte keinerlei organisatorische Machtfunktionen gegenüber den Bezirken; es lag jedoch im Interesse der Bezirke selbst, die Institution des Landesvorstandes und des Landessekretariats als permanente Koordinationsinstanzen für die Landespolitik zu unterstützen. Das gab wiederum dem Landesvorstand die Möglichkeit, durch geschicktes Taktieren und Manipulieren auf Parteitagen und Landesausschußsitzungen eine gewisse Präponderanz in der Festlegung der landespolitischen Richtlinien und damit des politischen Einflusses auf die SPD in Bayern überhaupt zu gewinnen. Mochten die politische Meinungs- und Willensbildung innerhalb der Partei und durch die Partei nach außen aber noch so sehr durch die oberen Führungsgremien bestimmt werden — die Kandidatenauslese und Bestellung von Delegierten, Vorständen und Abgeordneten vollzog sich formal von unten nach oben. Die Kandidaten für die politischen Institutionen wurden durch die auf entsprechender Ebene fungierenden Konferenzen der Organisationseinheiten der Partei, die sich aus den Delegierten der unmittelbar untergeordneten Organisationseinheiten zusammensetzten, bestimmt.

Die Delegierung innerhalb der Organisation der bayerischen SPD war nach 1945 zunächst in den Statuten von Ingolstadt (1946) und Landshut (1947) geregelt. Danach wählten die Mitglieder der Ortsvereine bzw. die Delegierten der Distrikte[8] in einer Jahreshauptversammlung die Delegierten für Kreis-, Bezirks- und Landeskonferenz sowie die Kandidaten für die örtlichen öffentlichen Ämter[9]. Der größtmögliche direkte Einfluß der Mitgliederschaft sollte dabei gewahrt bleiben[10]. Mit einer höheren Beteiligung der Mitglieder als 10—30 Prozent darf allerdings nicht gerechnet werden[11]. Die Kreiskonferenzen setzten sich aus 40 gewählten Delegierten zusammen, wobei die Ortsvereine nach dem Verhältnis ihrer Mitglieder zur Schlüsselzahl[12] beteiligt wurden. Die Kreiskonferenzen sollten auf Vorschlag der Ortsvereine die Kandidaten für die politischen Institutionen auf Kreis- und Landesebene sowie ebenfalls die Delegierten für die Bezirks- und Landeskonferenz

[6] Vgl. auch Schütz (S. 214), der bei aller Erkenntnis dieses Tatbestandes ebenso wie von der Heydte (von der Heydte - Sacherl, Soziologie der deutschen Parteien, München 1955, S. 150) darauf verweist, daß es sich dabei keineswegs um einen undemokratischen Zustand handelte, da die Vorstände auf allen Organisationsebenen bemüht bleiben müßten, in keinen eklatanten Widerspruch zu den Mitgliedern bzw. Delegierten zu geraten. Ähnlich Ulrich Lohmar, SS. 42 ff., 51. Dieser Auffassung entgegengesetzt der sehr anregende Aufsatz von Wolfgang Abendroth, Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, in: PVS 5, 1964, S. 307—338, bes. S. 325 ff. Entsprechend Abendroth argumentiert Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied a. Rh. und Berlin, 3. Aufl. 1968, S. 228 ff.

[7] Als solche wären u. a. zu erwähnen: Gründung eines Gegen-Bezirksverbandes, Abberufung der Mitglieder des Bezirksverbandes in den Führungsstäben der Gesamtpartei, Ausstoßung der Mitglieder des Bezirksverbandes aus Bundes- und Landtagsfraktion durch Beschluß eines Parteischiedsgerichtes.

[8] In Städten mit mehr als 500 Mitgliedern konnten die Distrikte Delegierte zu den Hauptversammlungen des Ortsvereins wählen, deren Anzahl mindestens 100, höchstens 500 betragen sollte.

[9] Ingolstadt § 6; Landshut § 6.

[10] Ingolstadt § 19; Landshut § 19.

[11] Die rechtliche Ordnung des Parteiwesens. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission, Frankfurt/M. 1957, S. 46.

[12] Die Schlüsselzahl wurde dadurch ermittelt, daß man sie als Divisor einsetzte in die Division, in der die Mitgliederzahl des Kreises der Dividend, die Anzahl der Delegierten (in unserem Falle 40) der Quotient war. Die so ermittelte Schlüsselzahl (Divisor) wurde analog auf die Mitgliederzahl eines jeden Ortsvereins angewendet, wodurch die Anzahl der Delegierten ermittelt wurde, die der Ortsverein zu der Kreiskonferenz entsenden durfte. Beispiel: Ein Kreisverband hatte 1000 Mitglieder. Bei einer Anzahl von 40 Delegierten für die Kreiskonferenz betrug die Schlüsselzahl 25. Entsprechend durfte ein Ortsverein mit 100 Mitgliedern auf Grund der Schlüsselzahl 25 4 Delegierte zu der Kreiskonferenz entsenden. (Ingolstadt § 29; Landshut § 29).

wählen[13]. In der Regel wurden die Vorschläge allerdings von den Vorständen unterbreitet, „die eine vorbereitete Kandidatenliste vorlegen, welche die Zahl der zu Wählenden meist etwas übersteigt, so daß eine gewisse Auswahlmöglichkeit gegeben ist"[14]. Frauen waren mindestens entsprechend der Stärke ihrer Mitgliederschaft bei der Delegation zu berücksichtigen[15]. Die Bezirkskonferenzen hatten auf Vorschlag der Landkreise die Kandidaten für die politischen Institutionen des Bezirkes zu bestellen[16]. Die Landeskonferenz beschickten die Ortsvereine mit je einem Delegierten auf 500 Mitglieder, wobei die Wahl in einer Mitgliederversammlung des Ortsvereins erfolgte[17]. Die Vorstände von den Ortsvereinen bis zum Landesverband wurden durch die Delegiertenkonferenzen bestellt[18]. Das „Statut des Landesverbandes der bayerischen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" von 1948 enthielt keine Hinweise über die organisatorischen Kompetenzen der Organisationseinheiten von den Bezirksverbänden abwärts[19]. Diese Organisationseinheiten regelten ihre Kandidatenauslese in Übereinstimmung mit dem Statut der Gesamtpartei[20].

Die Kandidatenauslese zu den *Kommunalwahlen 1946* erfolgte noch in recht improvisierter Weise. Einige der älteren führenden Mitglieder vor 1933 wurden vorgeschlagen und von den Delegiertenkonferenzen gewählt[21]. Für die *Verfassunggebende Landesversammlung* erfolgte gewissermaßen eine Vorauswahl durch die Berufung vieler der späteren Mitglieder dieser Institution in den *Beratenden Landesausschuß*, ein durch Ministerpräsident Hoegner auf Veranlassung der Militärregierung einberufenes Gremium zur Beratung der Regierung, dessen Mitglieder teils von den politischen Parteien, teils von der Staatsregierung benannt wurden[22]. Die Mitglieder der Verfassunggebenden Landesversammlung wurden größtenteils wiederum als Kandidaten zur Landtagswahl aufgestellt.

Über die Kandidaten der bayerischen SPD für den *Wirtschaftsrat* befand — ebenso wie später für den Parlamentarischen Rat — zuerst der Landesvorstand, jedoch wurden „feste Beschlüsse über die zu nominierenden Kandidaten ... noch nicht gefaßt"[23]. Es folgten eine Beratung mit dem Parteivorstand in Hannover im Rahmen einer Sitzung des Koordinationsausschusses der Landtagsfraktionen beider Zonen[24] sowie gemeinsame Besprechungen des Landesvorstandes mit Vertretern der Gewerkschaften[25] und des Wirtschaftspolitischen Landesausschusses der bayerischen SPD[26]. Erst nach diesen klärenden Vorbespre-

[13] Ingolstadt §§ 27, 43; Landshut §§ 27, 39. Die Anzahl der Delegierten wurde wie folgt aufgeteilt:
Bis zu 100 Mitglieder eines Landkreises . . . . 2 Delegierte
Bis zu 200 Mitglieder eines Landkreises . . . . 3 Delegierte
Auf alle weiteren 200 Mitglieder . . . . . 1 Delegierter

[14] Rechtliche Ordnung des Parteiwesens, S. 46. — Vgl. auch die einschränkenden Bemerkungen bei Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963, S. 44.

[15] Ingolstadt § 43; Landshut § 39.

[16] Ingolstadt § 41; Landshut § 37.

[17] Die bei der Delegierung von 500 : 1 nicht berücksichtigten Mitglieder der einzelnen Ortsvereine wurden zu weiteren 500 Mitgliedern zusammengefaßt, für die ebenfalls ein Delegierter zur Landeskonferenz entsandt wurde (Ingolstadt § 58; Landshut § 52).

[18]

	Ingolstadt	Landshut
Ortsverein	§ 6	§ 6
Kreisverband	§ 26	§ 26
Bezirk	§ 40	§ 36
Landesverband	§§ 49, 57	§§ 45, 53

[19] Vgl. oben S. 107 f. Siehe auch Anhang (S. 231 f.).

[20] Vgl. Statut des Bezirks Südbayern im Anhang (S. 233—236).

[21] Baur, Haas, Felder (I).

[22] Vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 243.

[23] Sitzung am 10. 6. 47 (KdL 2, 10. 6. 47).

[24] Sitzung am 13. 6. 47 (KdL 3, ohne Datum [2. Juni-Hälfte]).

[25] Ebenda.

[26] Tagung am 14./15. 6. 47 in Schweinfurt (Ebenda).

chungen und Beratungen des Ältestenrats im Landtag entschied die sozialdemokratische Landtagsfraktion über die vorgeschlagenen Kandidaten durch Wahl[27]. Die Vorschläge der SPD-Fraktion wurden ebenso wie die der anderen Parteien im Landtag einstimmig angenommen[28]. Für die bayerische SPD zogen in den Wirtschaftsrat ein:

Valentin Baur, Vorsitzender des SPD-Bezirksverbandes Schwaben, führendes Mitglied der Gewerkschaften und Mitglied der SPD-Landtagsfraktion;

Gerhard Kreyssig, Wirtschaftsfachmann, Wirtschaftsredakteur der „Süddeutschen Zeitung";

Georg Reuter, Generalsekretär des Bayerischen Gewerkschaftsbundes.

Die Auslese war damit ziemlich einseitig vollzogen, da die zur Wahl stehenden Kandidaten ausschließlich den beiden südbayerischen Bezirken angehörten und zwei der Kandidaten sich den Interessen der Gewerkschaften verpflichtet wußten.

Die Kritik an der unbefriedigenden Qualifikation und nicht zufriedenstellenden Arbeit von Baur und Reuter im Wirtschaftsrat sowie der Druck des Bezirksvorstandes Ober- und Mittelfranken, bei künftigen Kandidatenauslesen für überregionale Institutionen adäquat berücksichtigt zu werden[29], führte zu neuen Gesichtspunkten bei der Auswahl der Kandidaten der bayerischen SPD für den *erweiterten Wirtschaftsrat*. Der Landesvorstand mußte zukünftig bei der Kandidatenauswahl in weit höherem Maße fränkischen Interessen Rechnung tragen, wenn er es nicht zu einem offenen Bruch zwischen dem stärksten bayerischen Bezirk und dem Landesverband kommen lassen wollte. Die Kritik des fränkischen Vertreters Loßmann ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, wenn er feststellte, es ginge nicht an, daß die Nominierung der Kandidaten immer nur von München (das heißt durch den Landesvorstand) vorgenommen würde. Selbst wenn es sich dabei nicht um Münchner handle, wirke sich diese Art der Kandidatenauslese „ungünstig auf die Stimmung der Bezirke aus"[30]. Zwar konnte diese Betonung der fränkischen Interessen nichts an der politischen Vormachtstellung des Landesvorstandes ändern, die sich auch in der Kandidatenauslese solange niederschlug, als die Vertreter regionaler politischer Parteien für die überregionalen Institutionen nicht durch allgemeine Wahlen, sondern durch die Nomination in den Spitzengremien der Partei auf Landesebene bestellt wurden; aber eine stärkere Berücksichtigung von subregionalen Interessen innerhalb Bayerns und von Ansprüchen einzelner Verbände war unbedingt erforderlich.

Als Kandidaten für den erweiterten Wirtschaftsrat waren durch den Landesvorsitzenden Knoeringen nach Absprache mit dem Parteivorstand ursprünglich nominiert worden:

Walter Seuffert, „junger Genosse"[31] (41 Jahre alt), Rechtsanwalt, Fachmann für Staats- und Steuerrecht;

Anton Köhler, landwirtschaftlicher Fachmann und Vertreter der ausgewiesenen Sudetendeutschen;

Lisa Albrecht, Mitglied des kommunalpolitischen und Frauenausschusses beim Parteivorstand und Vorsitzende des Landes-Frauenausschusses der bayerischen SPD.

Ein Kandidat der fränkischen Bezirke war zunächst wiederum nicht berücksichtigt worden. Nun allerdings drangen die fränkischen Vertreter energisch auf die Nominierung ihres Kandidaten Fritz Rupprecht, der als Flüchtling außerdem mit der Unterstützung des Landesflüchtlingsausschusses und des Flüchtlingsvertreters im Landesvorstand rechnen konnte. Ein weiterer fränkischer Vorschlag betraf die Kandidatur des Mitgliedes einer Genossenschaft. Der Bezirksverband Niederbayern-Oberpfalz schlug einen Vertreter der Donau-Dampf-Schiffahrt, der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Schweinfurt

[27] KdL 4, 23. 6. 47.
[28] Sten. Ber. LT, 19. Sitzung vom 20. 6. 47, S. 565.
[29] Loßmann, Prot. Landesvorstandssitzung am 14. 2. 48 (SPD-LV 48).
[30] Ebenda.
[31] Knoeringen, Prot. Landesvorstandssitzung am 14. 2. 48 (SPD-LV 1948).

einen Vertreter Schweinfurts, Jean Stock ein Mitglied der SPD Aschaffenburg, der Bezirksverband Unterfranken den Bürgermeister der Stadt Würzburg vor[32]. Die endgültige Entscheidung erfolgte zwar in der Fraktion, jedoch war so gut wie sicher, daß die Fraktion die Vorschläge akzeptieren würde, die ihr der Landesvorstand nach Rücksprache mit dem Parteivorstand unterbreiten würde. Landesvorstand, Parteivorstand und Fraktion mußten den Willen der fränkischen Bezirke respektieren: Fritz Rupprecht kandidierte an Stelle von Lisa Albrecht. Die von der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag vorgeschlagenen Kandidaten der SPD für den erweiterten Wirtschaftsrat wurden einstimmig bestätigt[33].

Bei der Nominierung der Kandidaten der bayerischen SPD für den *Parlamentarischen Rat* nahm der Landesvorstand von Anfang an Rücksicht auf den fränkischen Vorschlag, Jean Stock als einen der vier sozialdemokratischen Kandidaten aus Bayern zu benennen. Weiter schlug der Landesvorstand vor: Wilhelm Hoegner und Arnold Hille, die — wie Stock — Befürworter eines stark föderalistischen Aufbaus des zukünftigen deutschen Bundesstaates waren, sowie Walter Seuffert, der sich zu einem mehr unitarischen System bekannte[34]. Bei der Auslese der Kandidaten mußten die Führungsgremien der bayerischen SPD die Notwendigkeit der Homogenität der sozialdemokratischen Fraktion im Parlamentarischen Rat berücksichtigen. Der „Außenseiter" Hoegner hätte eine schwere Belastung dargestellt; er lehnte unter Hinweis auf seine dienstlichen Pflichten seine von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion einstimmig vorgeschlagene Kandidatur ab[35]. Mit Stock und dem früheren sozialdemokratischen Innenminister Seifried nominierten in einer gemeinsamen Sitzung der Landesausschuß und die Landtagsfraktion der bayerischen SPD zwei Vertreter der stark föderalistischen Auffassung, denen in Hannsheinz Bauer und Willibald Mücke zwei Anhänger der eine starke zentrale Macht in einem deutschen Staat befürwortenden Linie des Parteivorstandes gegenüberstanden, die zudem noch Vertreter Frankens bzw. der Flüchtlinge waren[36]. Die Kandidatenauslese für den Parlamentarischen Rat demonstrierte das verstärkte Mitspracherecht der fränkischen Sozialdemokraten im besonderen und der bayerischen Bezirke im allgemeinen, denn die föderalistischen Konzeptionen über die zukünftige Struktur eines deutschen Staates, wie sie Stock und Seifried vertraten, stimmten weder mit der Auffassung des Parteivorstandes noch mit den damaligen Vorstellungen des Landesvorsitzenden Knoeringen und seiner beiden Stellvertreter, Richard Reitzner und Lisa Albrecht, überein. Nach der organisatorischen Konsolidierung machten die Bezirke bei der Kandidatenauslese von der ihnen auch auf diesem Gebiete zustehenden Souveränität Gebrauch. Am 25. August 1948 stimmte der Bayerische Landtag mit allen gegen sechs Stimmen für die von CSU, SPD und FDP vorgeschlagenen 13 Abgeordneten für den Parlamentarischen Rat[37].

Eine umfangreichere Planung der Kandidatenauslese durch die Bezirksvorstände, den Landes- und Parteivorstand erfolgte erst für die *Bundestagswahl 1949*[38]. Der Parteivorstand plante „. . . ca. 30 bis 40 . . ." Kandidaten als „. . . Gerüst . . ." der Fraktion[39] und

[32] Ebenda.
[33] Sten. Ber. LT, 54. Sitzung vom 18. 2. 48, S. 869.
[34] SZ, 24. 8. 48.
[35] Hoegner, Außenseiter, S. 305.
[36] spk, Nr. 1, 24. 8. 48.
[37] Sten. Ber. LT, 85. Sitzung vom 25. 8. 48, S. 20. — Wegen Erkrankung Seifrieds wurde an seiner Stelle Albert Roßhaupter am 14. 10. 48 durch einstimmige Wahl im Landtag in den Parlamentarischen Rat entsandt (Sten. Ber. LT, 90. Sitzung vom 14. 10. 48, S. 192).
[38] Die im folgenden dargestellte Kandidatenauslese für Bundes- und Landtagswahlen wird bis heute im wesentlichen unverändert beibehalten (Felder, Höhne, Knoeringen [I] sowie Rückfrage Felders bei dem Vorsitzenden des Bezirks Franken der SPD, Max Seidel [MdB]). — Zu der prinzipiellen Rolle von Parteiführungsstäben bei der Kandidatenauslese auf überregionaler Ebene vgl. u. a. Dayton D. McKean, Party and Pressure Politics, Cambridge (Mass.) 1949, S. 212 ff.; von der Heydte - Sacherl, S. 63; Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 361 ff.
[39] Wildenmann, Partei, S. 140.

entwarf Richtlinien, denen sich jeder Kandidat unterwerfen sollte[40]. Nicht übersehen werden darf allerdings die Rolle der Bezirksvorstände, die frühzeitig Empfehlungen unter Nennung der Namen der Kandidaten gaben und von deren Zustimmung die Realisierung des vom Parteivorstand entworfenen personellen Gerippes der Fraktion abhing[41]. Nach der Planung des Kerns der Fraktion durch den Parteivorstand wurden die SPD-Bezirksvorstände tätig, wobei in Bayern das Hauptgewicht der Planung der Landesliste bei Landesausschuß und Bezirksvorsitzenden lag[42]. „Der Parteivorstand hatte es schwer, Wünsche durchzusetzen[43]." Die letzte Entscheidung über die Kandidatenaufstellung in den Kreisen hatten die Delegiertenversammlungen der Kreisverbände bzw. Unterbezirke, die in ihrer Entscheidung souverän waren, sich jedoch durch übergeordnete Parteiinstanzen umstimmen lassen konnten[44]. Erst nach der Nominierung aller Kandidaten durch die Kreiskonferenzen nach Vorschlag durch die Kreisvorstände trat der Bezirksvorstand zusammen. Er setzte die Reihenfolge der Kandidaten auf der Bezirksliste und deren Platz auf der Landesliste fest. Die Zusammensetzung der Landesliste nach Bezirkszugehörigkeit der Kandidaten war bereits zuvor durch den Landesausschuß nach Absprache der Bezirksvorstände untereinander entschieden und durch Bezirksparteitage bestätigt worden.

Vor der Bundestagswahl 1949 trat der Landesausschuß am 30. Mai 1949 zur Erstellung der „vorläufigen Landesliste" auf Grund der Vorschläge der Bezirke zusammen[45]. Jeder Bezirk erhielt bestimmte Plätze auf der Landesliste fest zugesagt[46]. Bei der Abstimmung über die Reihenfolge der Kandidaten des jeweiligen Bezirks auf der Landesliste durften Bezirksvorstandsmitglieder, die selbst kandidierten, nicht teilnehmen, und der Bezirksvorstand wurde personell ergänzt, wobei selbstverständlich die Auswahl dieser Ergänzungspersonen durch den Bezirksvorstand wiederum von größter Bedeutung für die Placierung der Kandidaten war. Über die endgültige Landesliste entschieden der Landesausschuß und der für die Zeit der Wahl gebildete Landeswahlausschuß, dem außer dem Landesvorsitzenden und dem Landessekretär wichtige Persönlichkeiten der Partei in Fraktion und Bezirken angehörten. Vor der Bundestagswahl 1949 wurde die Landesliste endgültig in der Landesausschußsitzung am 18. Juli 1949 aufgestellt[47]. Einspruchsmöglichkeiten gegen die Kandidatenbestellung durch die Kreiskonferenzen hatten die Bezirksvorstände nur, falls Fehler bei der Abstimmung nachgewiesen wurden[48] oder dem bestellten Kandidaten persönliche Verfehlungen nachgewiesen werden konnten.

Das Verfahren zur Auslese der Kandidaten für die *Landtagswahl 1950* basierte auf den für die Bundestagswahl gewonnenen Erkenntnissen und daraus resultierenden notwen-

[40] Ebenda u. S. 152 A. 3.

[41] Dies geht eindeutig aus der Darstellung des Auswahlverfahrens in spk, Nr. 48, 30. 5. 49, hervor. Verifikation dieser Angabe durch Felder, Höhne, Baur, Haas, Knoeringen (I). Höhne (I) verwies auf das Interesse des Bezirks Niederbayern-Oberpfalz, wegen seiner wirtschaftlich und sozial stark agrarisch geprägten Struktur eine möglichst große Anzahl fähiger Agrarpolitiker des Bezirks in Bundes- und Landtagsfraktionen zu haben.

[42] spk, Nr. 48, 30. 5. 49; Höhne, Baur, Felder, Haas, Knoeringen (I).

[43] Felder (I). — Als Beispiel für die Übernahme eines Kandidaten auf Vorschlag des Parteivorstandes nannten alle Befragten die Placierung Adolf Arndts als Nummer 1 auf der Landesliste für die Bundestagswahl 1957. Höhne und Knoeringen (I) wiesen andererseits auf die Ablehnung des gleichen Ansinnens des Parteivorstandes im Falle Wenzel Jaksch durch die bayerischen Bezirksvorstände, den Landesausschuß und den Landesvorstand hin.

[44] Höhne, Felder und Knoeringen (I) verwiesen auf das Beispiel des Bundestagsabgeordneten G. Kreyssig in München, der wegen seiner starken politischen Beanspruchung nach Meinung der Delegiertenversammlung nur ungenügenden Kontakt mit seinem Wahlkreis pflegte und deshalb nicht mehr als Kandidat aufgestellt werden sollte. Erst auf Bitten Ollenhauers vom Parteivorstand, einem Verwandten Kreyssigs, wurde diese Entscheidung rückgängig gemacht. Ähnliches lag im Falle des Bundestagsabgeordneten Seuffert vor, ohne daß es allerdings zu einer derartigen Zuspitzung kam.

[45] spk, Nr. 48, 30. 5. 49.

[46] Diese Praxis galt bereits vor 1933 (Felder [I]).

[47] spk, Nr. 58, 18. 7. 49.

[48] z. B. Teilnahme Nicht-Abstimmungsberechtigter an der Abstimmung.

digen organisatorischen Verbesserungen[49]. Die bayerische SPD stimmte den auf der Konferenz in Herne am 16. November 1949 durch Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission beschlossenen organisationspolitischen Richtlinien zu, die auch für die Kandidatenauslese eine Straffung der organisatorischen Vorbereitungen und gezieltere Planung im Auswahlverfahren forderten[50]. Weiter waren für die Landtagswahl die aus dem Landeswahlgesetz sich ergebenden — gegenüber der Bundestagswahl allerdings geringfügigen — Modifikationen zu berücksichtigen[51]. Die Bezirksvorstände hatten bei der Erstellung der Wahlkreislisten, die je einen der bayerischen Regierungsbezirke umfaßten, weit mehr Freiheiten, die Kandidaten zu placieren, als dies bei der Landesliste für die Bundestagswahl der Fall war. Die Souveränität der Bezirksverbände bei der Kandidatenauslese schlug sich deutlich in den von den bayerischen SPD-Bezirken verabschiedeten Bezirksstatuten nieder[52]. Allerdings wurden auch die Wahlkreislisten abschließend durch den Landesausschuß und den Landeswahlausschuß einer Prüfung unterzogen[53]. Ein Problem besonderer Art vor der Landtagswahl 1950 bildete die Frage der Chancengleichheit einzelner Kandidaten in der Finanzierung der Wahlkampfkosten und die eventuelle Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes bei der Auslese von finanziell schwachen Kandidaten. Ein Beitrag der Fraktion wurde erwogen, scheiterte jedoch daran, daß die SPD-Fraktion — obwohl ebenfalls auf eine Erhöhung der Diäten bedacht — einen entsprechenden Antrag von CSU und FDP im Landtag ablehnte und eine erneute Behandlung taktisch auf die Zeit nach der Landtagswahl verschob[54].

Es läßt sich zusammenfassend feststellen, daß es im einzelnen von dem Durchsetzungsvermögen bzw. der Nachgiebigkeit der Kreis- bzw. Unterbezirksvorstände abhing, ob es dem betreffenden Bezirksvorstand gelang, einen Kandidaten „durchzuboxen"[55]. Die Nachgiebigkeit gegenüber dem Bezirksvorstand dürfte in vorwiegend ländlichen Wahlkreisen stärker als in Städten sein[56]. Bei Landtags- und Kommunalwahlen übten die Bezirksvorstände über den Landesausschuß und teilweise den Landesvorstand durch Planung der Kandidaten, frühzeitige Empfehlungen und Besuche in den Delegiertenversammlungen starken Einfluß auf die Kandidatenauslese aus[57]. In denjenigen der bayerischen Bezirksverbände, deren Vorstandschaft relativ homogen und konstant blieb — insbesondere betraf dies die Position des Sekretärs (Geschäftsführers)[58] — bildete sich eine „eigenwillige Auslegung des Bezirksstatuts"[59] heraus, die unter anderem ihren Ausdruck in der Institutionalisierung eines Wahlausschusses fand, dessen Tätigkeit nur als „wenig demokratisch"[60] bezeichnet werden konnte: Der erste und zweite Vorsitzende sowie der Geschäftsführer nahmen massiven Einfluß auf die Kandidatenaufstellung und regelten vor Wahlen „alles"[61]. Trotz aller den untersten Organisationseinheiten der Partei sta-

[49] Eine Aussprache über die zu treffenden Maßnahmen fand auf der Landesausschußsitzung am 7. 11. 49 statt. Es wurde jedoch kein Beschluß gefaßt, sondern auf die bevorstehende Herner Konferenz verwiesen (Prot. Landesausschußsitzung 7. 11. 49 [SPD-LV 49—50]).

[50] Herner Beschlüsse . . . (abgedr. bei Flechtheim, Dokumente V, S. 135 ff.).

[51] Vgl. Feneberg, SS. 1 ff, 54 ff.

[52] Vgl. Bezirksstatut Südbayern 1949 § 7 f; 1950 § 9, Abs. 1 f. Das Bezirksstatut Südbayern vom 4. 6. 49 befindet sich im Anhang (S. 233—236).

[53] Durch § 5 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei von 1950 wurde festgesetzt, daß „ . . . Wahlvorschläge für Bundestag und Landtage . . . vom Bezirksvorstand zusammengefaßt und durch den erweiterten Bezirksvorstand oder Bezirksparteitag im Benehmen mit dem Parteivorstand aufgestellt" werden (zit. nach Flechtheim, Dokumente I, S. 444). — Alle vorstehenden Angaben, soweit nicht eine andere Quelle genannt wurde, beruhen auf den Auskünften von Felder, Höhne und Knoeringen (I).

[54] Prot. Landesausschußsitzung vom 7. 11. 49.

[55] Höhne (I).

[56] Eindruck des Verfassers auf Grund zahlreicher von den interviewten Personen genannter Beispiele.

[57] Höhne (I); vgl. auch Wildenmann, Partei, S. 140.

[58] Vgl. Anhang (Fluktuation und Konstanz des Führungspersonals der bayerischen SPD, S. 240).

[59] Allmer (I).

[60] Allmer (I) verwies besonders auf den Bezirk Oberbayern, den späteren Bezirk Südbayern und den Bezirk Niederbayern-Oberpfalz.

[61] Allmer (I).

tuarisch zugesicherten Selbständigkeiten erwiesen sich die Bezirksverbände als die hauptsächlichen Clearing-Stellen in der Kandidatenauslese. Durch erfolgreiche Kandidaturen konnten die Bezirksverbände kommunal- und landespolitisch einen gewissen Einfluß ausüben, nicht jedoch im überregionalen Bereich, wie dies im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird.

7. PARTEIORGANISATION UND POLITISCHE INSTITUTIONEN

Eine Mitwirkung deutscher Beamter bei der lokalen Verwaltung wurde von den örtlichen Ämtern der amerikanischen Militärregierung ab Juli 1945 zugelassen. Die deutschen Beamten erfüllten ihre Aufgaben jedoch nicht auf Grund von Wahlen oder Beförderungen, sondern durch Ernennungen der amerikanischen Militärregierung. Ebenso vollzog sich die Übernahme der Verwaltung in den Regierungsbezirken durch deutsche Beamte. Bürgermeister und Landräte wurden nach vorbereiteten Listen durch örtliche Offiziere der amerikanischen Militärregierung bestellt, wobei im wesentlichen Wert auf eine gewisse intellektuelle Qualifikation und nazi-freie Vergangenheit gelegt wurde. Die frühere Zugehörigkeit zu anderen politischen Parteien spielte im Falle der Erfüllung dieser Grundvoraussetzungen ebensowenig eine Rolle wie der Beruf des Betreffenden[1]. Wie viele der ersten Bürgermeister und Landräte in Bayern nach dem Kriege Sozialdemokraten waren, ist nicht feststellbar.

Nachdem die Kommunalwahlen 1946 in Bayern durch die Sozialdemokratie wie die anderen politischen Parteien reichlich improvisiert vollzogen worden waren, fixierte die SPD das Verhältnis der Parteiorganisation zu Mitgliedern der Partei in politischen Institutionen in den Statuten von Ingolstadt (1946) und Landshut (1947). Der Vorsitzende und der Stellvertreter der *Gemeinde- bzw. Stadtratsfraktion* und die örtlichen Mitglieder der Kreis- und Landtagsfraktion gehörten dem Parteiausschuß der Ortsvereine mit Distriktsgliederung an[2]. In Ortsvereinen ohne Distriktsgliederung gab es keinen Parteiausschuß, und die Parteimitglieder in politischen Institutionen waren nicht im Vorstand vertreten[3]. Falls sie nicht auf Grund ihrer organisatorischen Funktion Mitglied der Vorstandschaft des Ortsvereines waren, blieben die Parteimitglieder in politischen Institutionen auf Gemeindeebene von der Vorstandschaft des Ortsvereins ausgeschlossen. Nach dem Statut von Ingolstadt spielte diese formal mögliche Trennung zwischen parteipolitisch-organisatorischer und politisch-institutioneller Führung von Parteimitgliedern auf Gemeindeebene deswegen keine Rolle, da die Ortsvereine ohnehin an die Beschlüsse des Kreis-, Bezirks- und Landesverbandes gebunden waren[4]. Bedeutsam war dies jedoch nach dem Organisationsstatut von Landshut, in dem die Kompetenzen der Ortsvereine in der Weise modifiziert worden waren, daß sie durchaus in lokal-organisatorischen Angelegenheiten selbst zuständig waren[5].

[1] In den Gemeinden wurden häufig Dorfpriestern und Schullehrern die durch die örtlichen Militärregierungsbehörden kontrollierten leitenden Tätigkeiten in der kommunalen Verwaltung übertragen (James A. Newman, The Story of Reconstruction and Reorientation at the Grass-Roots Level of Civil Affairs and Military Government, August 1949, zit. bei J. F. J. Gillen, S. 3/4).
[2] Ingolstadt § 9; Landshut § 9.
[3] Ingolstadt § 7; Landshut § 7.
[4] Ingolstadt § 8.
[5] Landshut § 8.

Dem Kreisvorstand gehörten der Vorsitzende und der Stellvertreter der *Kreistagsfraktion* an[6]. In der Kreiskonferenz waren neben dem Vorsitzenden und Stellvertreter der Kreistagsfraktion auch die örtlichen Mitglieder des Landtages mit Stimmrecht vertreten[7]. Die für die Hauptorgane der untersten Organisationsgliederungen der Partei formal-organisatorisch nicht festgelegte automatische Zugehörigkeit derjenigen Parteimitglieder, die in Gemeinden, Kreisen und Städten die Positionen eines Oberbürgermeisters, Bürgermeisters oder Landrates bekleideten oder in Gemeinden ohne parteiorganisatorische Distriktsgliederung Mitglieder des Gemeinderates waren, führte dazu, daß wiederholt durch „lokale Streitigkeiten", die ihre Ursache in der mangelnden Integration von politisch-institutionellen Repräsentanten in den Führungsgremien der untersten Organisationseinheiten der Partei hatten, „das Ansehen der Partei in Mitleidenschaft" gezogen wurde[8].

Nach dem Statut von Ingolstadt gehörten die Landtagsabgeordneten und der Vorsitzende der *Bezirkstagsfraktion* dem Bezirksausschuß als stimmberechtigte Mitglieder an. Außerdem konnte sich der Bezirksausschuß im Falle unaufschiebbarer politischer Entscheidungen durch folgende stimmberechtigten Personen erweitern und dadurch die Beschlußkraft einer Bezirkskonferenz erwerben:

durch die Kreisvorsitzenden der Stadt- bzw. Landkreise,
durch die Kreis- und Bezirkstagsmitglieder,
durch die sozialdemokratischen Landräte und Bürgermeister des Bezirkes[9].

Das Organisationsstatut von Landshut kannte weder den Bezirksausschuß noch den erweiterten Bezirksausschuß mit den Funktionen einer Bezirkskonferenz. Formal-organisatorisch waren somit keine Personalunionen von führenden Mitgliedern der Partei in den Bezirksverbänden und Parteimitgliedern in politischen Institutionen auf Gemeinde-, Kreis-, Stadt- und Regierungsbezirksebene vorgesehen. Da Personalunionen zwischen Bezirksvorständen und Positionen in politischen Institutionen vor allem die personellen Verbindungen von Bezirksvorsitzenden, ihren Stellvertretern und den qualifiziertesten Mitgliedern des Bezirksvorstandes mit der Landtagsfraktion implizierten — wobei die Landtagsfraktion ein Spitzengremium auf Landesebene war, das in Zusammenwirken mit dem Landesvorstand weit stärker politisch auf die Bezirke einwirkte, als dies umgekehrt der Fall war —, wurden die Bezirke zu Gliederungseinheiten der Partei mit vorwiegend organisatorischen Kompetenzen degradiert. Die politische Macht des Landesvorstandes wurde dadurch zusätzlich gestärkt.

Beide Statuten räumten den jeweils im Amt befindlichen Ministern und Staatssekretären sowie dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter der Landtagsfraktion Sitze im Landesvorstand[10] und den Abgeordneten des Bayerischen Landtags zusätzlich zu den bereits im Landesvorstand vertretenen Mitgliedern der politischen Institutionen auf Landesebene Sitze im Landesausschuß ein[11]. Das Organisationsstatut von Landshut kannte jedoch wiederum nicht den erweiterten Landesausschuß mit den Funktionen einer Landeskonferenz[12]. Durch die mangelhafte Berücksichtigung von Parteimitgliedern, die Funktionen in politischen Institutionen ausübten, in den Führungsgremien der Partei von der Bezirksebene abwärts präsentierte sich das Organisationsstatut von Landshut eindeutig als ein

6 Ingolstadt § 23; Landshut § 23.
7 Ingolstadt § 28; Landshut § 28.
8 Tenor von kritischen Zuschriften an das Landessekretariat der SPD in Bayern (KdL 24, 27. 11. 47). Haas (I) bestätigte derartige Vorkommnisse.
9 §§ 35, 37.
10 Ingolstadt § 48; Landshut § 44.
11 Ingolstadt § 53; Landshut § 49.
12 Vgl. Ingolstadt § 55.

Dokument zur Entpolitisierung der unteren und untersten Organisationseinheiten der Partei, ihrer vorwiegenden Beschränkung auf organisatorische Kompetenzen und ihrer Fixierung als in hohem Maße ausführende Organe der vor allem durch den Landesvorstand festgelegten politischen Richtlinien der Partei[13]. Das Organisationsstatut von Landshut ließ die Intention des Landesvorstandes erkennbar werden, durch statuarische Bestimmungen personelle Verflechtungen zwischen den Führungsgremien der unteren und untersten Organisationseinheiten einerseits und Positionen in politischen Institutionen andererseits zu vermeiden sowie durch die Konzentration eines möglichst großen politischen Einflusses innerhalb des Landesverbandes auf den Landesvorstand von dieser Zentrale aus die Parteiorganisation und die sozialdemokratischen Mitglieder in politischen Institutionen in Bayern politisch zu dominieren. In welch hohem Grade dies auch die Landtagsfraktion betraf, wurde bei den interfraktionellen Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CSU deutlich: Die Vorgespräche mit der CSU führte nicht etwa der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Stock, sondern ausschließlich der Landesvorsitzende Knoeringen. Auch während und zwischen den Verhandlungen war der Landesvorsitzende der entscheidende Sprecher der bayerischen SPD. Die Absprachen über die Verhandlungsführung erfolgten in erster Linie auf den Sitzungen des Landesvorstandes. Zwar wurden hierbei keine endgültigen Beschlüsse gefaßt, doch waren die Richtlinien soweit festgelegt, daß auf nachfolgenden Fraktionssitzungen nur noch geringfügige Abänderungen vorgenommen wurden[14].

Das „Statut des Landesverbandes der bayerischen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (1948) übertrug den mittleren und unteren Parteiorganisationseinheiten — insbesondere den Bezirksverbänden — weitere organisatorische Kompetenzen und beschränkte die Spitzengremien des Landesverbandes auf nahezu ausschließlich politische Funktionen. Eine Veränderung des Verhältnisses von Parteiorganisationseinheiten zu politischen Institutionen und der konstatierten weitreichenden politischen Vormachtstellung des Landesverbandes war damit nicht verbunden. Durch die vorübergehend praktizierten Personalunionen Landessekretär/Fraktionssekretär und Landesvorsitzender/Fraktionsvorsitzender (nach 1950) wurde der Landesvorstand als oberstes landespolitisches Spitzengremium sogar noch weiter gestärkt[15]. Wegen der zu unterschiedlichen Aufgabenstellungen für Landesverband und Fraktion wurden diese Personalunionen allerdings wieder aufgegeben[16], ohne daß damit eine Schwächung des landespolitischen Einflusses des Landesvorstandes verbunden war. Da die Landeskonferenz nur einmal im Jahr tagte und die Verpflichtung des Landesvorstandes, den Landesausschuß mindestens jeden dritten Monat einzuberufen[17], in dem Organisationsstatut von 1948 entfiel, lag die größte politische Macht der SPD in Bayern in der Verbindung von Landesvorstand und Landtagsfraktion. Die Einflußmöglichkeit der Bezirke auf die *sozialdemokratischen Abgeordneten im Bayerischen Landtag* reichte in gewissem Umfange nur bis zur Kandidatenaufstellung. Die zu Abgeordneten bestellten Kandidaten der einzelnen Bezirke unterstanden stark der Kontrolle in der Fraktion und deren politischen Leitlinien, die wiederum wesentlich durch den Landesvorstand bestimmt wurden bzw. in der Personalunion von

[13] Hoegner, Knoeringen und Göhler (I) bestätigten, daß der Landesvorstand bei genügendem Geschick seines Vorsitzenden die stärksten politischen Einflußmöglichkeiten innerhalb des bayerischen Landesverbandes der SPD hatte und auch heute hat.

[14] Dies geht aus den Berichten hervor in: KdL 7, 14. 7. 47; 11, 4. 8. 47. Vgl. weiterhin oben S. 107.

[15] Bericht über die Aufgaben des Landesvorstandes und des Landessekretariats vom 11. 12. 47 (Manuskript) (SPD-LV 48).

[16] Göhler, Knoeringen (I).

[17] Ingolstadt § 54; Landshut § 50.

Landesvorsitzendem und Fraktionsvorsitzendem ihren eindeutigen zentralen Stellenwert erhielten. Da — wie bereits erwähnt — bis 1949 Bezirksvorsitzende, deren Stellvertreter und ein erheblicher Teil der Bezirksvorstände in Personalunion Landtagsabgeordnete waren, ergab sich eine starke Interessengemeinschaft „Landtagsfraktion" in der bayerischen SPD, die unter Berücksichtigung der Richtlinien der Gesamtpartei — durch Konferenzen und Anordnungen des Parteivorstandes — so mächtig war, daß die Feststellung zutrifft: Landesvorstand und Landtagsfraktion bestimmten die sozialdemokratische Politik in Bayern bis hinab zu den Gemeinden[18].

Eine natürliche Konsequenz der starken, aber gegenüber der Parteiorganisation in hohem Maße isolierten Position der Landtagsfraktion lag in der schlechten Zusammenarbeit zwischen der Landtagsfraktion, den unteren und untersten Organisationseinheiten der Partei und den sozialdemokratischen Mitgliedern in Gemeinde- und Stadträten, Kreis- und Bezirkstagen[19]. Als durch die allgemeinen Reorganisationsmaßnahmen innerhalb des bayerischen Landesverbandes 1948 die Bezirksverbände zu den organisatorisch dominierenden Parteiinstanzen geworden waren, gleichzeitig allerdings — teils formal-statuarisch, teils informell-praktisch — Landesvorstand und Landtagsfraktion sich als nahezu ausschließlich politisch bestimmende Faktoren für die Partei in Bayern herausbildeten, ergab sich als Konsequenz eines eventuellen Bestrebens der unteren Organisationseinheiten, stärkeren Einfluß auf die Politik der SPD in Bayern und die politischen Institutionen zu nehmen, nur das Menetekel der vertikalen und horizontalen politischen Desintegration auf allen Organisationsebenen. Die unteren und untersten Organisationseinheiten beschieden sich mit gelegentlichen Initiativen auf kommunalpolitischem Gebiet, beugten sich jedoch in politischen Fragen von überlokaler Bedeutung — abgesehen von meist fruchtlosen Diskussionsbeiträgen auf Landeskonferenzen — dem politischen Votum von Landesvorstand und Landtagsfraktion[20].

Gemeinsame Sitzungen der bayerischen Bezirke fanden lediglich im Rahmen der Landesausschußsitzungen und der Landeskonferenzen statt, wobei Landesvorstand und Vertreter der Landtagsfraktion immer die Möglichkeit hatten, sich durch geschickte Taktik und Manipulation über gegensätzliche Auffassungen einzelner Bezirke — eine geschlossene Fronde der Bezirke gegen den Landesvorstand oder die Landtagsfraktion bildete sich nie heraus — hinwegzusetzen und ihrer Politik die nötige Zustimmung zu sichern[21].

Eine weitere Stärkung der parteiinternen politischen Willensbildung durch den Landesvorstand und ein Instrument der politischen Integration von Parteiorganisation und sozialdemokratischen Mitgliedern in politischen Institutionen bedeutete die Etablierung von Landesausschüssen für bestimmte politische Fragen beim Landesvorstand[22]. In den Landesfachausschüssen waren sämtliche bayerischen Bezirke vertreten. Die Mitglieder der Landesfachausschüsse wurden auf Landesausschußsitzungen durch die Vertreter der Bezirke nominiert und bildeten sozusagen das intellektuelle Rückgrat der politischen Planung des Landesvorstandes bei maximaler Berücksichtigung sachlich begründeter Interessen der einzelnen Bezirke. Manche der Landesfachausschüsse wurden als Gehirn-Trust bezeichnet. Sie lieferten auf Anforderung durch den Landesvorstand ausgearbeitete Programme, auf die wiederum der Landesvorstand die sozialdemokratischen Mitglieder in den politischen Institutionen in Bayern festlegte.

In dem Verhältnis Parteiorganisation - *sozialdemokratische Regierungsmitglieder* dominierten vor der ersten Landtagswahl 1946 eindeutig die Regierungsmitglieder. Die Kreis-

[18] Knoeringen (I) stimmte dieser vom Verf. gebrauchten Formulierung zu.
[19] Kritik Loßmanns auf der Landesausschußsitzung am 7. 11. 49 (Prot. SPD-LV 49—50).
[20] Diesen Zustand kritisierte Andreas Piehler (ebenda).
[21] Hoegner, Göhler, Knoeringen (I).
[22] Vgl. oben S. 113.

verbände waren mit eigenen Aufgaben belastet und hatten kaum Möglichkeit, auf landespolitische Fragen einzuwirken. Die Verbindung zwischen Parteiorganisation und sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern wurde 1946 fast ausschließlich durch die Person Hoegners hergestellt, der in Personalunion Ministerpräsident und Landesvorsitzender der SPD in Bayern war. Es ergab sich aus dieser Praxis der unmittelbaren Nachkriegszeit, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder auch in der Koalitionsregierung 1946/47 darauf bedacht waren, ihre politischen Auffassungen in der Regierung für die Partei verbindlich zu machen, zumindest jedoch ihre politische Unabhängigkeit gegenüber Landesverband und Bezirken zu wahren. Erst durch die Wahl Knoeringens zum Landesvorsitzenden an Stelle Hoegners und durch die damit vollzogene parteiinterne Degradierung und Isolierung Hoegners änderte sich dies. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder wehrten sich zwar auf den entscheidenden Sitzungen der Landtagsfraktion am 13. September 1947 und des Landesausschusses am 14. September 1947 mit Ausnahme Roßhaupters nach Kräften gegen den Austritt aus der Regierungskoalition, lehnten auch Punkt 2 des Beschlusses des Landesausschusses[23] geschlossen ab, unterlagen jedoch der überwältigenden Mehrheit in der Abstimmung[24]. Der Austritt der SPD aus der Regierungskoalition machte der Sonderstellung ihrer Regierungsmitglieder in der Parteiorganisation auf Landesebene ein Ende.

Gewarnt durch die Problematik des Verhältnisses zwischen Partei und Ministern in der Zeit von 1945 bis 1947 und in der Absicht, einen möglichst starken Einfluß auf Regierung und Verwaltung in Bayern in der Legislaturperiode 1950 bis 1954 auszuüben, erarbeitete der Landesvorstand „Überlegungen betr. die Unterstützung unserer Minister"[25]. Ziel der Konzeption des Landesvorstandes über das Verhältnis von Parteiorganisation und sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern war es, die sozialdemokratischen Minister so fest wie möglich an Partei und Fraktion zu binden und sie den Richtlinien des Landesvorstandes unterzuordnen. Weiterhin sollten sie mit einem kleinen Kreis parteineutraler oder sozialdemokratischer Fachleute umgeben werden, um gegen die Einflüsse des Koalitionspartners CSU und eines eventuellen oppositionellen Verhaltens der Ministerialbürokratie möglichst immun zu sein. Das Aufbegehren eines Ministers gegen diese Konstruktion hätte nach dem Willen des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion seine unmittelbare hoffnungslose Isolierung in Partei und Fraktion zur Folge gehabt. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder standen somit in völliger Abhängigkeit von Landtagsfraktion und Landesvorstand.

Der Bayerische *Senat* sollte nach dem Willen der Väter der Bayerischen Verfassung eine überparteiliche Institution mit ausschließlich beratender Funktion sein[26]. Da das „Gesetz über die Bildung des Senates" durch den Landtag erst am 18. Juli 1947 verabschiedet wurde[27], klammerten die sozialdemokratischen Organisationsstatuten von Ingolstadt (1946) und Landshut (1947) das Verhältnis der Partei zum Senat und dessen sozialdemokratischen Mitgliedern vollständig aus[28].

Eine Episode bei der personellen Besetzung der Positionen im Bayerischen Senat sollte typisch werden für seine Zusammensetzung und künftige Arbeitsweise. Die Berufung der Senatoren oblag nach dem Gesetz dem Landtag. § 15 besagt: „Er (der Landtag, W. B.)

[23] In Punkt 2 des Beschlusses des Landesausschusses wurden die sozialdemokratischen Minister und Staatssekretäre aufgefordert, aus der Regierung auszuscheiden. (Siehe Anhang, S. 257).
[24] Hoegner, Außenseiter, S. 295 ff.
[25] SPD-LV 49—50.
[26] Sten. Ber. V. A., 23. Sitzung vom 27. 8. 46, S. 495 ff.
[27] Sten. Ber. LT, 26. Sitzung vom 18. 7. 47, S. 836 ff.; Beilage 416.
[28] Die Zusammensetzung des Bayerischen Senats nach Personen und Verbandszugehörigkeit findet sich in: SZ, 11. 11. 47. Vgl. auch Sten. Ber. LT, 34. Sitzung vom 25. 11. 47, SS. 156 f., 167 f. Die Anzahl der Mitglieder, die der SPD angehörten, konnte nicht ermittelt werden.

hat dabei die Vorschläge zu berücksichtigen, die ihm seitens der in dem betreffenden Sachgebiet bestehenden Organisation unterbreitet werden[29]." Artikel 42 der Bayerischen Verfassung bestimmte: „... die Wahl (erfolgt) durch den Landtag unter Berücksichtigung der Vorschläge der Körperschaft ...". Zur Diskussion um die von Vertretern der freien Berufe zu besetzenden vier Senatorenpositionen standen u. a. Georg Lorenz, ein Mitglied der SPD, der von dem Verband der Berufsjournalisten in Bayern vorgeschlagen worden war, und der Redakteur Sattelmaier, den starke Kräfte in der CSU-Fraktion befürworteten. Sprecher der CSU im Landtag machten deutlich, daß sie die Wahl von Lorenz verhindern wollten, obwohl er von seiner Berufsorganisation vorgeschlagen worden war, während Sattelmaier einer entsprechenden Organisation überhaupt nicht angehörte[30]. Das Ergebnis der Wahl (Lorenz 85, Sattelmaier 63 Stimmen) spielt im Rahmen unserer Fragestellung keine Rolle; für das Verhältnis von politischen Parteien und der Institution des Senates war vielmehr die damit von allem Anfang an zum Ausdruck gebrachte starke parteipolitische Bestimmtheit der Bestellung von Senatoren typisch. Der Bayerische Senat nahm seine Tätigkeit unter der Dominanz des parteipolitischen Proporzes auf, der lediglich durch das Wirken einzelner unabhängiger Persönlichkeiten und durch die Abhängigkeit einer großen Anzahl von Senatoren von ihren Verbänden gemildert wurde[31]. Die Besetzung des Präsidiums trug — ebenso wie die Zusammensetzung des gesamten Senates[32] — dem Proporz zwischen CSU und SPD Rechnung. Präsident Singer war Mitglied der CSU, Erster Vizepräsident Schiefer war Mitglied der SPD und Zweiter Vizepräsident Alexander Rodenstock stand der CSU nahe[33]. Es war lediglich der durch die Verfassung festgelegten schwachen Position des Senates zuzuschreiben, daß sein parteipolitischer Proporz in der Folge nicht stärker zum Ausdruck kam.

Die bayerische SPD trug der in der Verfassung nicht vorgesehenen, unter stark parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommenen Zusammensetzung des Senates dadurch Rechnung, daß sie durch ihr Statut 1948 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates als Teilnehmer ohne Stimmrecht zu den Landeskonferenzen zuließ[34], und einem sozialdemokratischen Vertreter des Senats gestattete, sogar mit Stimmrecht an den Sitzungen des Landesausschusses teilzunehmen[35]. Auch kombinierte Sitzungen von Landesvorstand, Landtagsfraktion, Bezirksvorsitzenden und Mitgliedern des Senates wurden einberufen[36]. Die Richtlinien für das politische Verhalten der sozialdemokratischen Mitglieder im Senat legte der Landesvorstand in Übereinstimmung mit der Landtagsfraktion und den Ergebnissen der Beratungen der Landesfachausschüsse fest[37].

Das Verhältnis der SPD in Bayern zu ihren Mitgliedern in *überregionalen* politischen Institutionen war unterschiedlicher Natur. Ministerpräsident Hoegner und die sozialdemokratischen Minister seines Kabinetts waren bei den Beratungen im *Länderrat* in Stuttgart völlig unabhängig von ihrer Partei. Der „parlamentarische Beirat" beim Länderrat, in den die bayerische SPD zwei Vertreter entsandte, war als politische Institution für die Partei

[29] Beilage 416.
[30] Sten. Ber. LT, 34. Sitzung vom 25. 11. 47, S. 160 ff.
[31] An dieser Tatsache ging die Rede Ministerpräsident Ehards bei der Konstituierung des Bayerischen Senats am 4. Dez. 47, in der er den Senat als „Gegengewicht zum parteigebundenen Landtag" bezeichnete, ebenso vorbei wie der Hinweis des ersten Präsidenten des Senats, Josef Singer, der Senat sei „nicht ein Podium der einzelnen Berufs- und Standesgruppen zur Vertretung ihrer Interessen, sondern eine Einrichtung im Dienste des Volksganzen" (SZ, 6. 12. 47).
[32] Dies bestätigte Hoegner (I).
[33] SZ, 6. 12. 47. Hoegner (I).
[34] § 4, Abs. 2a.
[35] § 7, Abs. 1c.
[36] z. B. in der Frage der Planung einer konstruktiven Oppositionspolitik am 8.12. 48 (KdL 26, 9. 12. 47).
[37] Diese politische Einwirkung der Landesgremien der bayerischen SPD auf die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat bestätigte Hoegner (I).

deswegen ziemlich bedeutungslos, da er nur beratende Funktion hatte und jedes der repräsentierten Länder nur über eine Stimme verfügte, so daß sich die zwei Sozialdemokraten mit den drei Vertretern der CSU, einem der FDP und einem der WAV jeweils für die Abstimmung auf ein imperatives Mandat einigen mußten[38]. 1945/46 waren die Vertreter der bayerischen SPD beim Länderrat wegen der noch in anfänglichen Aufbauschwierigkeiten steckenden Organisierung der Partei relativ selbständig. Ab 1947 übte der Landesvorstand in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand einen zunehmenden Einfluß aus, ohne daß es ihm dadurch gelang, eigene Vorstellungen im Länderrat durchzusetzen oder nicht genehme Beschlüsse, die von der amerikanischen Militärregierung befürwortet wurden, zu verhindern[39].

Die Vertreter der bayerischen SPD im *Wirtschaftsrat* waren so gut wie vollständig in die sozialdemokratische Fraktion integriert, die den politischen Weisungen des Parteivorstandes und des in seinem Sinne tätigen Fraktionsvorstandes unterstand[40]. Das gleiche Verhältnis zwischen dem Parteivorstand und einer überregionalen sozialdemokratischen Fraktion zeigte sich im *Parlamentarischen Rat*[41]. Zwar hatte die bayerische SPD inzwischen durch ihr auf der Landeskonferenz in Fürth verabschiedetes Organisationsstatut festgelegt, daß „die sozialdemokratischen Mitglieder der gesamtdeutschen parlamentarischen Institution" an den Landeskonferenzen[42] und ein „Vertreter der bayerischen Mitglieder der gesamtdeutschen Parlamente" an den Landesausschußsitzungen teilnehmen konnte[43], eine Einflußnahme auf die bayerischen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamentarischen Rat war damit in praxi nicht verbunden.

In der sozialdemokratischen *Bundestagsfraktion* dominierte der vierköpfige Fraktionsvorstand, dem kein Sozialdemokrat aus Bayern angehörte. Von einer gewissen Bedeutung innerhalb der Fraktion waren lediglich diejenigen bayerischen Sozialdemokraten, die Mitglieder des Parteiorganisationskerns oder der Fachausschüsse beim Parteivorstand waren[44]. Die Mitgliedschaft von 60 Prozent des Parteivorstandes inklusive der beiden Parteivorsitzenden in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion[45] gab dem obersten Führungsgremium der Partei zusätzliche Möglichkeiten, seine Vorstellungen in Partei und Bundestagsfraktion durchzusetzen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion vermittelte damit mehr als andere Fraktionen — mit Ausnahme der KPD — das Bild einer von oberster Zentrale gesteuerten „straff organisierte(n) Spitzenvertretung der Partei"[46] für die politische Aktion in staatlichem und gesellschaftlichem Bereich sowie für die instrumentelle Mitwirkung bei der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung. Die Existenz der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion stellte den absolut dominierenden Einfluß des Parteivorstandes auf Parteiorganisation und politische Institutionen sicher und ließ lediglich in der Landespolitik den Führungsgremien der bayerischen SPD gewissen eigenen Spielraum[47]. Bayerische regionale Interessen brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Bayern im Ersten Deutschen Bundestag nur vereinzelt zur Geltung. Eine Interessenfront „Bayern" unter Beteiligung von CSU- und SPD-Abgeord-

[38] Vgl. SPD-Jb. 46, S. 9.
[39] Vgl. SPD-Jb. 47, S. 19 f.
[40] SPD-Jb. 1947, S. 15.
[41] SPD-Jb. 1948, S. 54.
[42] § 4, Abs. 2 b.
[43] § 7, Abs. 1 f.
[44] Vgl. Tabellen im Anhang (Verflechtung des Führungspersonals der bayerischen SPD 1950 [S. 239]; Anteil der bayerischen SPD an den Führungsstäben der Gesamtpartei [S. 238]).
[45] Wildenmann, Partei, S. 167 A. 16.
[46] Hans Fritz Roeder, Parteien und Parteienstaat in Deutschland, München 1930, S. 91.
[47] Vgl. Wildenmann, Partei, S. 160. Heinz Markmann, Das Abstimmungsverhalten der Parteifraktionen in deutschen Parlamenten, Meisenheim 1955, S. 81. — Knoeringen (I) stellte hierzu resignierend fest, daß die Bundestagsabgeordneten der bayerischen SPD nach ihrer Wahl „aus Bayern entschwinden".

neten aus Bayern wurde trotz gelegentlicher Kontakte wegen anstehender wichtiger bayerisch-regionaler Probleme[48] von den bayerischen Sozialdemokraten nicht erwogen.
Eine regionale Selbständigkeit der bayerischen SPD innerhalb der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion war auf Grund der zentralen Machtposition und generell überregional ausgerichteten Konzeption des Parteivorstandes nicht möglich[49]. Dabei kam dem Parteivorstand ein auf dem Parteitag 1948 einstimmig angenommener Beschluß entgegen, der bestimmte, daß sich „die Exponenten der deutschen Länderpolitik innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verpflichten . . ., Koordinierungsbeschlüsse und Richtlinien des Parteivorstandes und des Parteiausschusses einzuhalten. Sie verpflichten sich ferner, in kritischen Situationen und bei möglicher Überschneidung der Kompetenzen im Rahmen der Länderpolitik den Parteivorstand zu unterrichten und die in gegenseitiger Aussprache aus Richtlinien erarbeiteten Grundsätze jeweils zu vertreten . . ."[50]. Die volle Anerkennung der Kompetenzen des Parteivorstandes durch die bayerische SPD bewirkte, daß die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus Bayern weit mehr den Richtlinien der Gesamtpartei als irgendwelchen bayerischen Sonderinteressen verpflichtet waren. Die SPD-Bundestagsfraktion war in erster Linie ein Instrument des Parteivorstandes, was unter vielen anderen Belegen der Vorgang bewies, daß Vorschläge der bayerischen SPD, die die Politik der Bundestagsfraktion betrafen, nicht etwa über die bayerischen Abgeordneten in der Bundestagsfraktion liefen oder dem Fraktionsvorstand übermittelt wurden, sondern an den Parteivorstand und die Fachausschüsse beim Parteivorstand gerichtet waren[51]. Das Einverständnis mit dem Verhältnis Parteivorstand - Bundestagsfraktion unter nahezu völliger Ausschaltung der bayerischen Landesorganisation brachte der Landesausschuß der bayerischen SPD durch einstimmige Billigung der Arbeit der Bundestagsfraktion unter ausdrücklicher Erwähnung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus Bayern zum Ausdruck[52].
Kennzeichnend für das Verhältnis von Partei und politischen Institutionen war für die bayerische SPD jenes häufig bei der Analyse von politischen Parteien feststellbare Phänomen der starken Verflechtung des Führungspersonals der Partei mit Positionen in Landtag und Bundestag. Die innerparteilichen Personalunionen in den Führungsgremien auf Landes- und Bezirksebene in Verbindung mit personellen Verflechtungen in Landtag und Bundestag erhöhten die politische Macht einzelner Mitglieder der Führungsstäbe der SPD in Bayern[53]. Diese wenigen Führungskräfte stellten unter Beweis, daß durch politische Richtlinienkompetenzen und Personalunionen des Führungspersonals die Parteiorganisation die sozialdemokratischen Mitglieder in den politischen Institutionen auf Landesebene dominierte. Außerhalb Bayerns konnte allerdings auch dieses Führungspersonal der bayerischen SPD bestenfalls durch Mitgliedschaft in Parteivorstand oder Fachausschüssen beim Parteivorstand einen bescheidenen Einfluß auf die Gesamtpolitik der Partei und die Führungsrolle des Parteivorstandes gegenüber der Bundestagsfraktion ausüben. Die regionale Parteiorganisation hatte starken Einfluß auf die Parteimitglieder in den regionalen politischen Institutionen. Auf Gemeinde-, Kreis-, Stadt- und Bezirksebene hing es von den jeweils unterschiedlichen personellen Verflechtungen ab, inwieweit die Parteiorganisation das politische Verhalten ihrer Mitglieder in den politischen Institutionen bestimmen konnte. Außerhalb Bayerns war die regionale Parteiorganisation so gut wie völlig machtlos. In der Bundestagsfraktion ließ sich lediglich der starke Einfluß des Parteivorstandes nachweisen.

[48] Wildenmann, Partei, SS. 161, 169 A. 22; Markmann, S. 83 f.
[49] Über die Bedeutung von Parteizentralen für das politische Verhalten von Parteien und Fraktionen vgl. die prinzipiellen Ausführungen bei Duverger, S. 195 ff.
[50] Prot. PT 1948, S. 84.
[51] Prot. Landesausschußsitzung 27. 2. 50 (SPD-LV 49—50).
[52] Ebenda.
[53] Vgl. Tabelle im Anhang (Verflechtung des Führungspersonals der bayerischen SPD [S. 239]).

III. Analyse der Partei: Sozialstrukturierung

Für die SPD als eine Partei, die dem Typus der „demokratischen Integrationspartei"[1] nach 1945 erneut am nächsten kam, spielte die Mitgliederschaft eine besonders bedeutsame Rolle. Die Struktur der Mitgliederschaft ist — um einen weitergefaßten typologischen Begriff zu gebrauchen — für eine „Mitgliederpartei"[2] demokratischen Musters von fundamentaler Wichtigkeit für das Verständnis der sie kennzeichnenden spezifischen Phänomene. Die Mitglieder legitimieren die Führungsschicht der Partei — die Führungsschicht muß die häufig strukturell bedingten und erklärbaren Interessen der Mitglieder der Partei bei ihren Entscheidungen in Rechnung stellen, so daß in gewissem Umfange ein interdependentes Verhältnis zwischen Führung und Mitgliedern innerhalb der SPD besteht. „Wo Menschen auf Menschen Einfluß nehmen, ist die Gegenseitigkeitsrelation im Spiel... Gruppen haben nie anders funktioniert..."[3]. Die Analyse der sozialen Struktur der Mitgliederschaft der bayerischen SPD ist somit die notwendige Ergänzung und Erklärung zu der Organisationsstrukturierung der Partei, in der sich zwar die gesetzten Normen der Parteiführung niederschlagen, ohne daß indes Anwachsen und Abschwächung der Mitgliederbewegung, soziale Zusammensetzung der Partei, bestimmte politische Zielsetzungen, Kandidatenauslese, lokal unterschiedliche Wahlergebnisse u. a. m. erklärbar werden. Die Sozialstrukturierung von Mitgliedern, Führungspersonal und Wählern der SPD in Bayern ist deswegen im folgenden zu untersuchen.

1. MITGLIEDER

Einer exakten Analyse der Sozialstrukturierung der bayerischen SPD sind durch Versäumnisse der Partei in der Erstellung statistischer Tabellen in der unmittelbaren Nachkriegszeit Grenzen gesetzt. Die Tabellen im Anhang sind allerdings mit geringfügigen Einschränkungen als repräsentativ zu bezeichnen. Politologisch wichtig sind diese Strukturuntersuchungen ohnehin nur unter dem Aspekt ihrer Relevanz für die politischen Funktionen der Mitglieder. Hierfür sind die dürftigen statistischen Angaben ausreichend.
Nach der Wiederzulassung der Partei bildeten sich erneut in Bayern ihre traditionellen Schwerpunkte im nördlichen und nordöstlichen Oberfranken, in Mittelfranken in und

[1] Begriff bei Sigmund Neumann, erstmals in: Die politischen Parteien in Deutschland; jetzt neu erschienen unter dem Titel „Die Parteien der Weimarer Republik", Stuttgart 1965, insbesondere S. 106. — Narr (CDU—SPD, S. 217) weist mit Recht auf die Wandlung des Parteityps der SPD in den letzten 10 Jahren hin, die bewirkte, daß die SPD „keine demokratische Integrationspartei mehr in dem Sinne (ist), wie sie Sigmund Neumann beschrieben hat." In den Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit entspricht sie der Neumannschen Typologie allerdings noch in höchstem Maße.

[2] Vgl. prinzipiell über Mitglieder- und Wählerparteien: von der Heydte/Sacherl, S. 157. Der Begriff der „Mitgliederpartei" ist eindeutig dem der „Massenpartei", wie ihn etwa Duverger (S. 81 ff.) gebraucht, vorzuziehen. Zu der Kritik des Begriffes „Masse" vgl. Peter R. Hofstätter, Gruppendynamik, rowohlts deutsche enzyklopädie Bd. 38, Hamburg 1957, insbes. S. 25 ff; Theodor Geiger, Die Masse und ihre Aktion, Stuttgart 1929, S. 1; ders., Die Legende von der Massengesellschaft, in: ders., Demokratie ohne Dogma, München 1963; George Gurvitch, Essai d'une classification pluraliste des formes de sociabilité, in: ders., La vocation actuelle de la sociologie, 2. Aufl., Paris 1957, Bd. 1, S. 148 ff.

[3] Hofstätter, S. 26.

um Nürnberg sowie in München und — mit Einschränkungen — in Augsburg. Auf Grund dieser Angaben ist es zunächst möglich, die spezifischen Merkmale von Kristallisationspunkten sozialdemokratischer Mitglieder in lokalen oder subregionalen Bereichen festzustellen. Es besteht eine Interdependenz zwischen der Sozialstruktur eines Stadt-, Landkreises oder Regierungsbezirkes[4] auf der einen Seite und der Stärke der Mitgliederschaft einer politischen Partei in diesen Bereichen auf der anderen Seite. Der Vergleich von Analysen der Sozialstruktur der Bevölkerung und einer politischen Partei in kleineren geographischen Einheiten läßt schlüssige Aussagen zu.

Eine der wenigen zuverlässigen Angaben über die berufliche Gliederung der Mitgliederschaft in einem Kreisverband der SPD in Bayern, der Stadt- und Landkreis umfaßt, liegt für Nürnberg vor[5]. Selbstverständlich können diese Daten nicht ohne weiteres verallgemeinert werden, da in der Aufstellung die städtische Bevölkerung die ländliche bei weitem überwiegt und zudem bekanntermaßen der Landkreis einer Industriestadt wie Nürnberg in höherem Maße industriell orientierte berufliche Gliederungen aufweist als ein Landkreis, der von einem Industriezentrum weiter entfernt ist. Von grundsätzlicher Bedeutung ist allerdings das Ergebnis, daß der Anteil der Arbeiterschaft in diesem Kreisverband mehr als die Hälfte der gesamten Mitgliederschaft ausmacht und damit im Rahmen der Mitgliederschaft der SPD in Nürnberg wesentlich höher liegt als der Anteil der Arbeiterschaft im Rahmen der Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Nürnberg. Auffallend ist weiterhin die geringe Zahl von Angestellten in der Mitgliederschaft der SPD-Nürnberg im Verhältnis zu deren Anteil an der Nürnberger Gesamtbevölkerung sowie der niedere Anteil der Selbständigen (inklusive Landwirte) in der SPD gegenüber ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Während Beamte im Nürnberger SPD-Kreisverband leicht überrepräsentiert waren, war der Anteil der selbständigen Berufslosen etwas geringer als in der Gesamtbevölkerung.

Auf der Grundlage der Aufstellung des Kreisverbandes der SPD in Nürnberg läßt sich aussagen, daß die Arbeiterschaft das tragende Element in der Mitgliederschaft der bayerischen SPD auch nach 1945 darstellte. Eine Differenzierung der Arbeiterschaft in den bayerischen Regierungsbezirken läßt erkennen, daß der Anteil der Arbeiter in Industrie, Handel, Verkehr und Öffentlichen Diensten im Rahmen des Gesamtanteils der Arbeiterschaft an der erwerbsfähigen Bevölkerung am höchsten ist. Die Regierungsbezirke Niederbayern-Oberpfalz, Unterfranken und Schwaben wiesen 1946 den höchsten Anteil an Arbeitern in Land- und Forstwirtschaft auf. Der Anteil der Arbeiterschaft an der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung blieb in diesen Bezirken um 1,0 bis 5,4 % im Vergleich zu den Regierungsbezirken Oberbayern und vor allem Ober- und Mittelfranken zurück[6]. Die Gegenüberstellung der Stärke der Mitgliederschaft in den einzelnen Bezirken der SPD in Bayern[7] und des Anteils der nicht in Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter an der erwerbsfähigen Bevölkerung in den entsprechenden Regierungsbezirken läßt erkennen, wie entscheidend dieser Teil der Arbeiterschaft für die Gesamthöhe der Mitgliederschaft der SPD in den betreffenden Bereichen war.

Den mit Abstand zu dem Anteil der Arbeiterschaft zweithöchsten Anteil an der Mitgliederschaft des SPD-Kreisverbandes Nürnberg machten die selbständigen Berufslosen aus. Die damit vor allem umschriebenen Gruppen der Hausfrauen, Rentner und Studenten

[4] Vgl. Tabellen im Anhang (SS. 237, 244, 246)
[5] Vgl. Anhang (Berufl. Gliederung des Kreisverbandes Nürnberg [S. 244]).
[6] Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Heft 1, S. 9 ff.
[7] Vgl. Anhang (Mitgliederbewegung in den Bezirken der bayerischen SPD [S. 244]).

schwankten in den einzelnen Regierungsbezirken 1946 zwischen 19,6 % (Unterfranken) und 20,8 % (Oberbayern). Mochten bei Rentnern ein gewisses von ihrem früheren Beruf her bedingtes „Klassenbewußtsein" und bei Studenten eine wie auch immer geartete Form von „Linksintellektualität" den Ausschlag für ihre Mitgliedschaft in der SPD gegeben haben, so kann für die Mitgliedschaft von Hausfrauen keines von beiden Momenten als schlechthin bestimmend angeführt werden. Die Hausfrauen bildeten gleichzeitig die stärkste Gruppe in der Kategorie der selbständigen Berufslosen in der Partei, weswegen — gemäß obiger statistischer Feststellungen — der Anteil der Hausfrauen im SPD-Bezirk Oberbayern 1946 relativ hoch, im SPD-Bezirk Unterfranken relativ niedrig gewesen sein müßte. Die statistische Aufstellung des Anteils der Frauen an der Gesamtmitgliederschaft der Partei in den fünf bayerischen Bezirken 1946 vermittelt jedoch ein anderes Bild: Im Bezirk Schwaben machten die Frauen 28,4 % der gesamten Mitgliederschaft aus[8], während der Anteil der Frauen im Bezirk Niederbayern-Oberpfalz mit 14,1 % am niedrigsten lag. Dieses Phänomen ist nur unter Berücksichtigung des hohen Anteils der in der Partei organisierten Flüchtlings- und Vertriebenenfrauen sowie unterschiedlicher qualitativer organisatorischer Arbeit in den einzelnen Bezirken zu erklären[9].
Daß die konfessionelle neben der beruflichen Gliederung der Bevölkerung in Bayern ein wesentliches Merkmal für die Stärke der Mitgliederschaft der SPD in den einzelnen bayerischen Bezirken war, geht aus einem Vergleich des Anteils der katholischen Bevölkerung[10] und dem prozentualen Verhältnis von Einwohnern zu SPD-Mitgliedern in den bayerischen Regierungsbezirken[11] hervor. Bei dem Versuch, die Angaben des SPD-Kreisverbandes Nürnberg für eine allgemeine Analyse der sozialen Struktur der Mitgliederschaft der SPD in Bayern nutzbar zu machen, muß neben Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich um ein Industrieareal handelt, auch das Faktum in Rechnung gestellt werden, daß der Stadtkreis Nürnberg 1946 zu 61,9 % evangelisch und 33,6 % katholisch, der Landkreis Nürnberg zu 70,4 % evangelisch und 27,2 % katholisch war[12]. Das Beispiel Nürnberg erscheint damit eher als atypisch denn als repräsentativ für eine Analyse der sozialen Struktur der Mitgliederschaft der bayerischen SPD. Dennoch ist es möglich, bestimmte prinzipielle strukturelle Erkentnisse von dem exemplarischen Fall Nürnberg abzuleiten und zu brauchbaren Verallgemeinerungen sowie zu Erklärungen der Auswirkung unterschiedlicher subregionaler struktureller Gegebenheiten für die Gesamt- und Teilstrukturen der Mitgliederschaft der SPD in Bayern zu gelangen. Der Vergleich der konfessionellen Entwicklung mit dem Prozeß des Anteils der SPD-Mitglieder an der Gesamtzahl der Einwohner in Bayern von 1946 bis 1950 zeigt in den Regierungsbezirken, daß die konfessionelle Zugehörigkeit zwar eine bedeutende Rolle spielte, keinesfalls jedoch überbewertet werden darf, da beruflicher Status, Zugehörigkeit zu bestimmten (von der Statistik erfaßten und so genannten) Wirtschaftsabteilungen, organisatorische Maßnahmen der Partei sowie die allgemeinen politischen Konstellationen für einen Anstieg oder Rückgang des Anteils der SPD-Mitglieder an der gesamten Bevölkerung eines Regierungsbezirkes mindestens in gleicher Weise ausschlaggebend waren[13]. Nur so läßt sich bei relativer Konstanz des Anteils der katholischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den SPD-Bezirken Oberbayern und Schwaben (bzw. Südbayern) der Anstieg der

[8] Unter den weiblichen Mitgliedern der Partei stellten die Hausfrauen mit Abstand den höchsten Anteil. Vgl. Anhang (S. 244).
[9] Im Bezirk Südbayern machten 1950 nach statistischen Erhebungen der Partei *außerhalb Münchens die Flüchtlings- und Vertriebenenfrauen 90 % der weiblichen Parteimitglieder aus* (Fanny Baierl, Bericht des Frauensekretariats, SPD-Südbayern, Bezirks-PT 4./5. 3. 50 in Penzberg [SPD-BS]).
[10] Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Heft 1, S. 18.
[11] Vgl. Anhang (Prozentuales Verhältnis von Einwohnern und SPD-Mitgliedern in den bayerischen Regierungsbezirken 1946—1950 [S. 246]).
[12] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 145, Teil 1, S. 82 f.
[13] Vgl. Anhang (Mitgliederbewegung in den bayerischen SPD-Bezirken 1946—1950 [S. 244]).

SPD-Mitglieder im Verhältnis zu der Einwohnerzahl von 1946 bis 1950 um 0,22 % erklären. Der hauptsächliche Grund für diese Entwicklung der Mitgliederbewegung dürfte in dem Anstieg der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk um 11,9 %, der selbständigen Berufslosen um 12,3 % und der Erwerbstätigen in der Sparte „Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen" um 11,4 % zu suchen sein. Daß die Mitgliederschaft der SPD auf Grund dieser sozialökonomisch-strukturellen Veränderungen nicht stärker zunahm, dürfte ebenfalls weniger in der in katholisch-konservativen Kreisen anzutreffenden Distanzierung gegenüber der SPD seine Ursache gehabt haben, als vielmehr in der Tatsache, daß die SPD auf Grund ihrer schwachen Position in der Opposition in Bayern und ihrer reichlich erfolglosen politischen Arbeit in den Westzonen, die viele Anhänger enttäuschte, einen immensen Mitgliederschwund hinnehmen mußte, der sich durch strukturelle Analysen der Mitglieder nicht erklären läßt.

Stärker als im Bezirk Südbayern wirkten sich soziale Strukturwandlungen auf die Mitgliederschaft der SPD des Bezirkes Niederbayern-Oberpfalz aus. Hier kann man von einer nahezu direkten Interdependenz sprechen. Der Anteil der katholischen Bevölkerung stieg in der Zeit von 1946 bis 1950 um 1,9 %, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk um 11,5 % zurückging. Die gesamte Einwohnerschaft in dem Regierungsbezirk wies durch Abwanderung — insbesondere von nur vorübergehend ansässigen Flüchtlingen und Vertriebenen — einen Rückgang von 2,0 % auf. Diese Prozesse und Wandlungserscheinungen schlugen sich in einem Schwund des Anteils der SPD-Mitglieder an der Einwohnerzahl des Regierungsbezirks um 0,27 % nieder.

Am schwierigsten ist die Frage nach einem Interdependenzverhältnis zwischen der Struktur der Parteimitgliederschaft und der Bevölkerungsstruktur in Franken zu beantworten. Hier stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk von 1946 bis 1950 um 20,3 %. Gleichzeitig erhöhte sich leicht der Anteil der katholischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und machte in Ober- und Mittelfranken bei einer Einwohnerzahl von 2 400 062[14] 1950 40,8 %, in Unterfranken bei einer Bevölkerung von 1 038 136[15] 78,6 % aus. Die auf Grund der Veränderungen der beruflichen Gliederung in Franken zu konstatierenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandlungen hätten funktional einen Anstieg der SPD-Mitgliedschaft im Verhältnis zu der Einwohnerschaft nach sich ziehen müssen. Die Mitgliederzahl sank jedoch im Verhältnis zur Einwohnerzahl von 1946 bis 1950 um 0,11 %. Die Gründe hierfür müssen primär im politischen und organisatorischen Bereich sowie in einem gewissen, durch Stadien der Re-Industrialisierung vorübergehend bedingten Sättigungsgrad der parteiorganisatorischen Integration von potentiellen SPD-Mitgliedern gesucht werden.

Die auf empirischer Grundlage angestellten soziologischen und politischen Erwägungen lassen in dem Zeitraum von 1946 bis 1950 die folgende Aufstellung der beruflichen Gliederung der Mitgliederschaft der bayerischen SPD in runden Zahlen, die geringfügigen sozial-strukturellen Veränderungen einen gewissen Spielraum lassen, zu (Rubrik 1). Zum Vergleich werden Angaben über die berufliche Gliederung in der Partei aufgeführt, die auf dem Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Südbayern 1954[16] (Rubrik 2) und dem Dortmunder Parteitag 1952[17] (Rubrik 3) sowie durch den Parteivorstand[18] (Rubrik 4) gemacht wurden.

[14] Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Heft 1, S. 18.
[15] Ebenda.
[16] Bezirks-PT SPD-Bezirk Südbayern am 20./21. 3. 1954 in Hausham. Berufsmäßige Zusammensetzung der Mitgliedschaft: 1. Jan. 1954 (SPD-BS).
[17] Prot. PT Dortmund 1952, S. 170.

Berufliche Gliederung

Berufsgruppen	Rubrik 1	Rubrik 2	Rubrik 3	Rubrik 4
Arbeiter . . . . . rd.	50 %	41,5 %	45 %	55 %
selbständige Berufslose . . . . . rd.	20 %	24,4 %	9 %	16,3 %
(Hausfrauen, Rentner, Studenten)				
Angestellte und Mithelfende . . . . rd.	15 %	19,5 %	17 %	13,2 %[19]
(letztere insbesondere in der Landwirtschaft)				
Selbständige, Beamte, Landwirte . . rd.	15 %	14,6 %	19 %	15,5 %[20]
	100 %	100 %	100 %	100 %

Die Tabelle über die berufliche Gliederung der Mitgliederschaft der bayerischen SPD zeigt wie die zum Vergleich aufgeführten anderen Angaben den dominierenden Anteil der Arbeiter an der Parteimitgliederschaft. Der Auffassung von der Heydtes, „der Hundertsatz der Arbeiter unter den SPD-Mitgliedern (liege) knapp unter dem Hundertsatz, der den Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerungszahl ausdrückt . . .“[21], muß damit eindeutig widersprochen werden[22].

Auf Grund der obigen Angaben zur beruflichen Gliederung und mit Hilfe der von Morris Janowitz benutzten vier sozialen Schichtungskategorien[23] lassen sich folgende Anteile der Mitgliederschaft der SPD in Bayern an der sozialen Schichtung feststellen:

Obere Mittelschicht	1— 2 %
Untere Mittelschicht	25—30 %
Obere Unterschicht	35—40 %
Untere Unterschicht	30—35 %

65—75 % der Mitglieder der bayerischen SPD waren damit der Unterschicht zuzurechnen. Dieses Kriterium mußte selbstverständlich auch bei unterschiedlicher Sozialstrukturierung des Führungspersonals entscheidende Auswirkungen auf Programmatik und Politik der Partei haben.

Über die Altersgliederung der bayerischen SPD liegen für die ersten Nachkriegsjahre keine Angaben vor. Lediglich die Appelle seit dem ersten Landesparteitag der SPD in Erlangen 1946[24], die mittlere und insbesondere jüngere Generation für die Partei zu gewinnen, müssen als Hinweis darauf verstanden werden, daß diese Altersgruppen in der Partei unterrepräsentiert waren. Die Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahl 1949 für die bayerische SPD durch den Landesvorsitzenden Knoeringen kam zu der Schlußfolgerung, daß es der SPD weder gelungen war, in ihr bisher nicht nahestehende Bevölkerungsgruppen oder -schichten einzudringen, noch nennenswerten Einfluß auf die junge Generation zu gewinnen[25]. Die relative Konstanz der Struktur der Mitgliederschaft der

[18] Abgedr. in Ulrich Lohmar, S. 35. Diese Aufstellung vom Anfang der 60er Jahre ist wegen des großen zeitlichen Abstands zu den ersten Nachkriegsjahren und ihrer überregionalen Zusammenfassung auch für einen Vergleich von nur geringer Brauchbarkeit. Völlig irrelevant für unsere Untersuchung sind die entsprechenden Angaben bei Stephanie Münke, Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dez. 1950, Berlin 1952, S. 27, sowie die bei Kaden (S. 332 ff.) aufgeführten beruflichen Gliederungen zweier Berliner Kreisverbände. Die sozialstrukturellen Unterschiede sind in beiden Fällen im Vergleich zu Bayern zu stark. Ein Vergleich mit Nürnberg ergibt kaum gravierende Abweichungen.

[19] Ohne Angestellte im öffentlichen Dienst.

[20] Mit Angestellten im öffentlichen Dienst.

[21] Von der Heydte - Sacherl, S. 290/291.

[22] Weiterhin ist von der Heydtes Definition abzulehnen, daß Über- oder Unterrepräsentanz der Arbeiter in der SPD im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung als Kriterium dafür gelte, ob die SPD „als Arbeiterpartei erscheint“ (ebenda, S. 291).

[23] Morris Janowitz, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: ZfS 1958, S. 10.

[24] Unser Weg, S. 22 f (SPD-LV 45—46).

[25] Waldemar von Knoeringen, Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen . . . (Manuskript) (SPD-LV 49—50).

bayerischen SPD und die als in etwa repräsentativ für Bayern zu bezeichnende Struktur der Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben lassen es zu, die offiziellen Angaben auf dem Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Südbayern 1954[26] über die Altersgliederung der Parteimitgliederschaft in diesem Bezirk als in hohem Maße gültig für die bayerische SPD 1946—1950 heranzuziehen (Rubrik 1). Zum Vergleich werden die Angaben zur Altersstruktur der Gesamtpartei, die auf dem Parteitag der SPD in Dortmund 1952[27] gemacht wurden, aufgeführt (Rubrik 2). Eine Aufstellung über die altersmäßige Gliederung der bayerischen Bevölkerung 1950[28] (Rubrik 3) ermöglicht die entsprechende Gegenüberstellung von bayerischer SPD, Gesamtpartei und bayerischer Bevölkerung.

Altersgliederung

Altersgruppen	Rubrik 1	Rubrik 2	Rubrik 3
bis 25 Jahre	2,2 %	3 %	8,9 %
bis 35 Jahre	9,1 %	10 %	19,1 %
bis 45 Jahre	20,4 %	19 %	23,1 %
bis 55 Jahre	27,8 %	26 %	21,0 %
bis 65 Jahre	23,5 %	24 %	14,3 %
über 65 Jahre	17,0 %	18 %	13,6 %

Es ergibt sich aus dem Vergleich der Altersgliederung von Partei und Bevölkerung, daß die Altersgruppen unter 45 Jahren in der bayerischen SPD unterrepräsentiert waren, während die Altersgruppen darüber, insbesondere zwischen 55 und 65 Jahren, erheblich überrepräsentiert waren. Organisatorisch gelang es der bayerischen SPD nicht, diese Disparität zu überwinden. Die SPD war in Gefahr zu überaltern, da nahezu 70 % ihrer Mitglieder über 45 Jahre alt waren[29]. Inwieweit sich dieses Faktum auf die Führungsschicht der bayerischen SPD niederschlug, wird im folgenden Kapitel zu untersuchen sein.

Die allgemeine Mitgliederbewegung in den bayerischen Bezirken[30] zeigt bis 1948 einen raschen Anstieg, dem mit der Währungsreform ein starker Rückgang folgte. Die Währungsreform wurde vor allem deswegen zu einem Wendepunkt in der Mitgliederbewegung der Partei, da sich in dieser Maßnahme eine deutliche Wendung der westalliierten Politik gegenüber den westdeutschen Besatzungszonen offenbarte. Die SPD hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt in Bayern und in den meisten Teilen der Westzonen als nicht stark genug erwiesen, ihren oft proklamierten politischen Führungsanspruch in Deutschland durchzusetzen. In der Zeit der Besserung der Lebensbedingungen in Bayern stand die SPD als Opposition einer Regierung und einer Partei gegenüber, die sich auf die absolute Mehrheit im Landtag stützen konnten. Der Einfluß der SPD auf die Politik in Bayern war gering. Eine Mitgliedschaft in der bayerischen SPD konnte unter diesen Umständen einer persönlichen Karriere eher schaden als nützen. Da aber „an die Stelle der Mitglieder und Funktionäre, die einst in der und durch die Partei die Emanzipation des Proletariats ertrotzten, ... Anhänger (getreten waren), die die Partei vor allem als

[26] Bezirks-PT Südbayern 1954. Altersmäßige Zusammenstellung der Mitgliedschaft: 1. Jan. 1954 (SPD-BS).

[27] Prot. PT Dortmund 1952, S. 170. Siehe hierzu im Vergleich die Angaben über die Altersgliederung zweier Berliner Kreisverbände der SPD bei Kaden, S. 312 ff.

[28] Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Heft 1, S. 18/19.

[29] Über den Anteil der vor 1933 und nach 1945 eingetretenen Mitglieder an der gesamten Mitgliedschaft eines Kreisverbandes vgl. Anhang (S. 247). Siehe hierzu im Vergleich eine entsprechende Tabelle bei Kaden (S. 325 f.), der für zwei Berliner Kreisverbände der SPD einen gleichmäßigen Anteil von alten (vor 1933 beigetretenen) und neuen Mitgliedern (nach 1945 beigetreten) feststellte.

[30] Vgl. Anhang (S. 244).

Stellenvermittlung"[31] betrachteten, wurde die Partei, als sie die in sie gesetzten individuellen Hoffnungen auf Patronage nicht erfüllte, rücksichtslos im Stich gelassen. Im Grunde konnte dies nur als Vorteil für die bayerische SPD gedeutet werden, Parasiten und Postenjäger von sich zu trennen und der Realisierung ihrer intentionalen Struktur näher zu kommen. Es war aber die Frage, ob sich die Partei dieses Tatbestandes voll bewußt war, wenn sie immer wieder den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einschnitt der Währungsreform an sich als eigentlichen Grund für den Umschwung der Mitgliederbewegung anführte[32].

Die Abwärtsbewegung des Mitgliederstandes seit 1948 setzte sich in den folgenden Jahren fort. Lediglich der Bezirk Südbayern erreichte 1950 eine leichte Zunahme. Nichts zeigte deutlicher den Abschluß der ersten Phase der Nachkriegsgeschichte der bayerischen SPD und der Gesamtpartei als dieser Aderlaß an Mitgliedern. Für die fünfziger Jahre galt es, die in ihrer Sozialstruktur im wesentlichen unveränderte Mitgliederschaft zu konsolidieren. Dies war Aufgabe der Parteiorganisation. Die Landesausschußsitzung der bayerischen SPD und die Herner Beschlüsse im November 1949 bewiesen, daß sich bayerische SPD und Gesamtpartei der Notwendigkeit von Maßnahmen für die organisatorische Integration der Mitglieder in der Partei bewußt waren[33]. Aber das Problem der für die SPD ungünstigen sozialstrukturellen Bedingungen in Bayern konnte nicht ausschließlich durch organisatorische Maßnahmen zugunsten einer quantitativen und qualitativen, aktiven und engagierten Mitgliederbewegung gelöst werden, sondern nur durch eine regional populäre Programmatik und eine erfolgreiche Politik. Nicht die Organisation war das Allheilmittel zur Umwandlung der bayerischen SPD in eine „Volkspartei", wie dies bereits Hoegner auf dem Erlanger Landesparteitag 1946 proklamiert hatte[34], sondern die Anpassung von Programmatik und Politik an die politischen Konstellationen nach 1945[35]. Nur dadurch — wenn überhaupt — konnte eine regionalen und lokalen Sozialstrukturen einigermaßen entsprechende Parteimitgliederschaft als Voraussetzung einer erfolgreichen politischen Rolle der Partei in Bayern, in den anderen Bundesländern und im Bund mobilisiert werden.

2. FÜHRUNGSPERSONAL

Die Mitglieder des Landesvorstandes, des Landesausschusses, die Bezirksvorsitzenden und der Landtagsfraktionsvorstand im engeren, dieser Personenkreis und die Mitglieder der Bundestags- und Landtagsfraktion im weiteren Sinne bilden das Führungspersonal der SPD in Bayern. Nachdem bereits über die personellen Verflechtungen der Mitglieder

[31] Ossip K. Flechtheim, Zur Frage der innerparteilichen Demokratie, in: Neue Kritik, Heft 8, 1962, S. 19/20. — Reiches Material zu diesem Problem beinhalten die Akten „Mitglieder 1946 und Frauenbüro", „Unterbezirk Würzburg 1. 1. 1947 — 30. 6. 1947" sowie „Landesvorstand 1. 1. 49 — 31. 12. 55" des SPD-Unterbezirks Würzburg. In letzterer sind insbesondere bedeutsam:
a) Brief von Gerda Vey (Sekretärin des Unterbezirks Würzburg) an Generalanwalt Dr. Philipp Auerbach (München) vom 17. 10. 49.
b) Brief von Reumann (im Auftrag von Gerda Vey) an die SPD-Landtagsfraktion, z. Hd. Gen. Friedrich Zietsch vom 23. 3. 1950.
c) Antwortschreiben von Friedrich Zietsch an das SPD-Untersekretariat Würzburg vom 10. 5. 1950.

[32] Als ein Beispiel von vielen sei hier nur auf die Interpretation des PV verwiesen: „Durch die allgemeinen Schwierigkeiten, als Folgen der Währungsreform bedingt, war es nicht möglich, die Zahl der Mitglieder und Ortsvereine weiter . . . zu steigern . . ." (SPD-Jb. 1948—49, S. 52).

[33] Prot. Landesausschußsitzung 7. 11. 49 (SPD-LV 49—50); Herner Beschlüsse . . . (abgedr bei Flechtheim, Dokumente V, S. 135 ff.).

[34] Unser Weg, S. 28 (SPD-LV 45—46).

[35] Zu der Problematik dieses Vorgangs vgl. Narr CDU—SPD, S. 194 ff.

der Führungsstäbe innerhalb Bayerns und mit den Spitzengremien der Gesamtpartei gesprochen wurde[1], ist es Aufgabe dieses Kapitels, die Führungsschicht der bayerischen SPD einer soziologischen Analyse zu unterziehen, wobei insbesondere die Frage zu beantworten ist: Wie weit stellte das Führungspersonal der bayerischen SPD eine soziologisch faßbare Repräsentanz der Mitglieder der SPD in Bayern dar?

Die berufliche Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD war keineswegs dazu angetan, auch nur in etwa ein Spiegelbild der beruflichen Gliederung der Mitglieder der SPD in Bayern abzugeben. In dem dreiköpfigen Landesvorstand war von 1946 bis 1950 kein Arbeiter vertreten, im Landesausschuß waren nur knapp ein Siebtel der Mitglieder Arbeiter. Weder ein Bezirksvorsitzender noch ein Mitglied des Fraktionsvorstandes waren zuletzt beruflich als Arbeiter tätig gewesen. Demgegenüber läßt sich ein ungemeines Übergewicht der Berufsgruppe der Angestellten feststellen: 2 der 3 Mitglieder des Landesvorstandes, 2 der 4 Bezirksvorsitzenden und 9 der 20 Mitglieder des Landesausschusses übten zuletzt einen Beruf dieser Kategorie aus[2]. Die Gründe für eine derartige berufliche Gliederung des Führungspersonals sind nicht etwa darin zu suchen, daß in Partei und Fraktion Angehörige höherer über Angehörige niederer sozialer Schichten dominierten, sondern sie sind größtenteils erklärbar durch die qualitativen Ansprüche, die an das Führungspersonal einer politischen Partei gestellt werden und deswegen von vornherein das Gros der Arbeiterschaft für Führungspositionen disqualifizieren. Im allgemeinen gab es nur zwei Möglichkeiten, der Qualifikation für Führungsaufgaben der Partei zu genügen:

1. durch den Besuch einer Höheren Schule und eventuell einer Universität, wodurch der Betreffende von Anfang an in seiner beruflichen Tätigkeit nicht zur Arbeiterschaft zählte und schichtenmäßig mindestens der unteren Mittelschicht zuzurechnen war;
2. durch den Besuch von Fortbildungskursen im Anschluß an den Pflichtschulbesuch, womit häufig der berufliche Aufstieg und vertikale soziale Mobilität verbunden waren. Diese Fortbildung erfolgte häufig im Rahmen der Bildungsarbeit der Partei oder durch die Unterstützung von seiten der Partei.

Die genauesten Angaben über den beruflichen Werdegang liegen für die Abgeordneten der bayerischen SPD im Bayerischen Landtag und im Bundestag vor. Nach der beruflichen Gliederung[3] der sozialdemokratischen Abgeordneten des Bayerischen Landtages ergibt sich eine exakte Parallele für den Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion im Vergleich zu den Mitgliedern dieser Berufsgruppe in Führungsgremien der bayerischen SPD. Erstaunlich ist der Anteil der Beamten an der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die ein Drittel der Fraktion ausmachten. Im Verhältnis zur beruflichen Gliederung der Mitgliederschaft ungemein niedrig ist der Anteil der Arbeiter: Sie stellten nur etwas mehr als 3 % der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag[4].

Auch die soziale Mobilität der sozialdemokratischen Abgeordneten im Bayerischen Landtag findet ihre Entsprechung bei den Mitgliedern der Führungsgremien der bayerischen SPD im engeren Sinne. Die folgende Aufstellung weist quantitativ die soziale

[1] Vgl. oben S. 136 ff. Siehe auch Anhang (S. 239).
[2] Vgl. Anhang (Berufliche Gliederung des Führungspersonals [S. 242]).
[3] Die zuletzt ausgeübte berufliche Tätigkeit — politische Betätigung ausgenommen — gilt als Maßstab.
[4] Hingewiesen sei auf die völlig irreführende Aufstellung des Landesvorstandes über die berufliche Gliederung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten 1950 (spk Nr. 188, 30. 11. 50). Es werden 20 Arbeiter als Mitglieder der Landtagsfraktion angegeben, da die erlernten, nicht die zuletzt ausgeübten Berufe zugrundegelegt sind. Den Beruf „Arbeiter" als erlernten Beruf ermittelten wir bei 19 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten.

Mobilität der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten 1950 von ihrem erlernten bis zu ihrem zuletzt ausgeübten Beruf nach:

Soziale Mobilität
der 63 Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion 1950[5]

Erlernter Beruf	Zuletzt ausgeübter Beruf	Anzahl	%
Arbeiter	Angestellte	14	22,2
Arbeiter	Beamte	2	3,2
Arbeiter	Selbständige	1	1,6
Handwerker	Angestellte	5	7,9
Handwerker	Beamte	7	11,1
Handwerker	Selbständige	3	4,8
Angestellte	Beamte	5	7,9
Angestellte	Selbständige	1	1,6
Beamte	Selbständige	1	1,6
Selbständige Berufslose	Beamte	1	1,6
	Gesamt:	40	63,5

(Im erlernten Beruf verblieben 23 [= 36,5 %]).

Es ist nicht die Absicht dieser Aufstellung, die starke soziale Mobilität, die sich bei dem Führungspersonal der bayerischen SPD feststellen läßt, in Zusammenhang mit einer Patronage der Partei zu bringen. Bereits oben wiesen wir darauf hin, daß die Qualifikation für Führungspositionen in der Partei fast ausschließlich mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht ab der unteren Mittelschicht aufwärts und einer beruflichen Stellung über der Arbeiterschaft verbunden war. Daß die Partei strebsamen Mitgliedern auch für ihren beruflichen Aufstieg geholfen hat, steht außer Zweifel. Entscheidend war jedoch der politische und berufliche Ehrgeiz des Einzelnen, der es ermöglichte, mit der Partei und durch die Partei diesen Aufstieg zu vollziehen. Wenn die Führungsschicht der bayerischen SPD keine soziologisch faßbare Repräsentanz der Mitgliederschaft der Partei in Bayern darstellte, so war dennoch das Führungspersonal auf Grund seiner ursprünglichen sozialen und beruflichen Herkunft den Interessen der Mehrzahl der Mitglieder verpflichtet und wurde in seiner politischen Handlungsweise maßgeblich dadurch bestimmt[6]. Die SPD in Bayern war in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Partei, die in Programmatik und Politik vor allem der Meinung und dem Willen der die soziale Unterschicht repräsentierenden Parteimitglieder entsprach. Parteitradition und Sozialstruktur der Mitgliederschaft übten einen Druck aus, dem sich das Führungspersonal nicht entziehen konnte, selbst wenn es auf Grund seiner sozialen und beruflichen Herkunft von allem Anfang an der sozialen Mittelschicht zuzurechnen war, wie dies etwa auf den Landesvorsitzenden Knoeringen zutraf. Die traditionelle Sozialstruktur der Parteimitgliederschaft bestimmte die durch das sozial völlig andersartig strukturierte Führungspersonal der Partei erarbeitete Programmatik und Politik.
Die konfessionelle Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD spielte ebenso wie die der Parteimitgliederschaft für die politische Praxis der Partei insofern eine erheb-

[5] Nach: Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1951, S. 52 ff. — Zu der relativ starken sozialen Mobilität der Arbeiter in der SPD vgl. die unter Benutzung anderer Kategorisierungen erstellten Tabellen bei Stephanie Münke, SS. 78 ff., 266.
[6] Vgl. hierzu die knappen prinzipiellen Ausführungen bei H. G. Nicholas, The British General Election of 1950, London 1951, S. 48.

liche Rolle, als in überwiegend katholischen ländlichen Gebieten Bayerns großer Wert auf das religiöse Bekenntnis von Parteikandidaten und -repräsentanten gelegt wurde und noch immer gelegt wird. Im folgenden ist die konfessionelle Gliederung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion 1950, die in etwa repräsentativ ist für das gesamte Führungspersonal der bayerischen SPD, aufgeführt. Von den 63 Abgeordneten waren

29 Abgeordnete katholisch,
17 Abgeordnete evangelisch,
17 Abgeordnete freireligiös[7].

Selbstverständlich bedeutete dies eine Unterrepräsentanz von Katholiken und eine immense Überrepräsentanz von Freireligiösen als Mitglieder der Führungsgremien der bayerischen SPD im Verhältnis zu der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung. Inwieweit hierbei Übereinstimmung mit der konfessionellen Gliederung der Parteimitgliederschaft bestand, kann nicht nachgewiesen werden, da grundsätzlich keine Angaben der Mitglieder über ihre konfessionelle Zugehörigkeit durch die Parteiorganisation verlangt wurden[8].

Die altersmäßige Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD wies ein starkes Übergewicht der mittleren und älteren Generation auf[9]. Während in den Landtagsfraktionen 1946 und 1950 die Altersgruppen bis 45 Jahre durch je 17 Abgeordnete vertreten waren[10], gehörten dem engeren Führungspersonal nur zwei der Altersgruppe von 35 bis 45 Jahren an, wovon einer (Knoeringen) drei Spitzenpositionen in Personalunion vereinigte. Mit Knoeringen hatte die bayerische SPD in ihren obersten Landesführungsgremien einen ungemein jungen Politiker, dessen Ziel es war, der Überalterung der Führungsschicht der bayerischen SPD entgegenzuwirken. Vor der Landtagswahl 1950 trat er für eine radikale Verjüngung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein, konnte jedoch nicht verhindern, daß sich die Entwicklung der Überalterung weiter fortsetzte. Zwar erhöhte sich 1950 die Altersgruppe der sozialdemokratischen Abgeordneten im Bayerischen Landtag unter 35 Jahren von 2 auf 4, sie machte jedoch nur 6,4 % der Gesamtfraktion aus. Demgegenüber bildete sich eine noch stärkere Konzentration der Altersgruppen zwischen 45 und 65 Jahren heraus: Stellten sie in der Fraktion 1946 64,8 %, so waren es 1950 sogar 71,5 %, wobei die 55- bis 65jährigen 31,8 % ausmachten. Der Überalterung der Mitgliederschaft der bayerischen SPD lief die Überalterung ihrer Führungsgremien parallel. Dennoch war die SPD-Fraktion 1950 mit einem Durchschnittsalter von 48,4 Jahren[11] jünger als diejenige der CSU (50,3 Jahre), FDP (49,7 Jahre) und der Bayernpartei (48,6 Jahre).

Eine quantitative Analyse der beruflichen Gliederung der Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei in Bayern für den Bundestag 1949 und den Landtag 1950 zeigt, daß bei der Kandidatenauslese auf die berufliche Gliederung der gesamten Mitgliederschaft der Partei in Bayern Rücksicht genommen wurde und erst durch die Placierung auf Listen bzw. die Übertragung von Wahl- oder Stimmkreisen eine Vorentscheidung über die im Verhältnis zu der Parteimitgliederschaft andersartige berufliche Gliederung der Abgeordneten fiel. Man geht daher nicht fehl anzunehmen, daß bei der Kandidatenauslese die übergeordneten Parteiorgane berufsspezifische Strömungen in den unteren Parteiorganisationseinheiten in Rechnung stellen mußten, was zu dem relativ hohen Prozentsatz der Nominierung von Angehörigen bestimmter Berufsgruppen (z. B. Angestellten) als Kandidaten im Verhältnis zu deren späterer Repräsentanz in den Fraktionen führte. Besonders kraß fällt die Diskrepanz zwischen dem Anteil der selbständigen Berufslosen in der

[7] spk, Nr. 188, 30. 11. 50.
[8] Knoeringen, Göhler, Baur, Höhne (I).
[9] Vgl. Anhang (Altersmäßige Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD [S. 241]).
[10] Vgl. Anhang (Vergleich der altersmäßigen Gliederung der sozialdemokratischen Fraktionen im Bayer. LT 1946 und 1950 [S. 244]).
[11] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 7. — Bei einer eigenen Berechnung auf der Grundlage der Angaben des Landtagshandbuches 1951 kam Verf. allerdings auf einen Altersdurchschnitt von 50,6 Jahren.

Mitgliederschaft und deren Repräsentanz unter den Abgeordneten der bayerischen SPD auf. Während Hausfrauen im Landesvorstand und Landesausschuß adäquat vertreten waren, stellten sie im 1. Bayerischen Landtag überhaupt keine Abgeordnete, im 2. Bayerischen Landtag und in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion nur je 1 Abgeordnete. Andererseits kandidierten für die Bundestagswahl 1949 und die Landtagswahl 1950 je 8 Hausfrauen für die bayerische SPD[12]. Im 2. Landtag war die bayerische SPD insgesamt mit 4 weiblichen Abgeordneten vertreten[13].

Ähnliches gilt für die konfessionelle Gliederung der Kandidaten. Hierbei mußte die Partei berücksichtigen, daß in einer Vielzahl von Wahl- und Stimmkreisen die Konfession eines Kandidaten eine bedeutende Rolle spielte. Katholische sozialdemokratische Kandidaten waren in Wahl- bzw. Stimmkreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung dennoch nahezu chancenlos, was zu dem eklatanten Unterschied zwischen der Zahl katholischer sozialdemokratischer Kandidaten und späterer Abgeordneter führte. Altersmäßig lagen im Durchschnitt die Kandidaten für die Landtagswahl 1950 mit 47 Jahren[14] niederer als die gewählten Abgeordneten, die ein Durchschnittsalter von 48,4 Jahren aufwiesen[15]. Es scheint auf Grund dieses empirischen Befundes die Aussage berechtigt, daß die Kandidaten für die Fraktion von seiten der Spitzengremien der bayerischen SPD dazu benutzt wurden, eine Mittlerposition zwischen der Struktur der Parteimitgliederschaft und der sozialdemokratischen Wählerschaft einerseits und der Struktur des Führungspersonals der bayerischen SPD andererseits einzunehmen.

Es ist noch kurz auf die Haltung der Mitglieder in den sozialdemokratischen Führungsgremien in Bayern gegenüber dem Nationalsozialismus einzugehen. Das Führungspersonal der bayerischen SPD hatte durchweg in scharfem Gegensatz zum Hitler-Regime gestanden. Von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Landtagsfraktion 1950 verbrachten fast zwei Drittel der Abgeordneten eine kürzere oder längere Zeit während der nationalsozialistischen Herrschaft in Konzentrationslagern, Gefängnissen oder sonstiger Haft. Der entsprechende Anteil unter den bayerischen Mitgliedern der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion machte knapp 40 % aus[16]. In den Führungsstäben der bayerischen SPD bildeten die während der nationalsozialistischen Zeit Inhaftierten den Hauptanteil.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Führungspersonal der bayerischen SPD in seiner sozialen Strukturierung erheblich von der Mitgliederschaft differierte. Es wäre jedoch völlig verfehlt, den Schluß zu ziehen, daß auf Grund der sozial-strukturellen Unterschiede zwischen Führung und Parteivolk Spannungen oder Gegensätze innerhalb der Partei entstanden wären. In der bayerischen wie in der deutschen Sozialdemokratie standen gemeinsame Interessen und Zielsetzungen als richtungweisende Orientierung über der Zusammenarbeit in der Partei[17]. Die Notwendigkeit einer gewissen Elitebildung in den Führungsstäben der bayerischen SPD wurde von den Inhabern dieser Positionen als Auftrag aufgefaßt, den Status der in der sozialen Schichtung Niederstehenden innerhalb der Parteimitgliederschaft zu verbessern, um damit die Sozialstrukturierung der Partei im Sinne ihres immer stärkeren Anspruches einer „Volkspartei" proportional zu dem Wandel der allgemeinen Sozialstrukturierung zu gestalten.

[12] Vgl. Anhang (Gliederung der Bundestagskandidaten und -abgeordneten 1949 sowie der Landtagskandidaten und -abgeordneten der bayer. SPD nach erlernten Berufen [S. 243]).
[13] Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags 1951, S. 49 f.
[14] spk, Nr. 175, 23. 10. 50.
[15] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 7.
[16] Vgl. Anhang (Gliederung der Bundestagskandidaten . . . [S. 243]).
[17] Vgl. Otto Kirchheimer (Parteistruktur und Massendemokratie in Europa, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 79, 1954, S. 308), dessen Aussagen allerdings zu stark verallgemeinert sind.

3. WÄHLER

Eine Gegenüberstellung der Stärke der Mitgliederschaft mit den für die SPD abgegebenen Wahlstimmen in den bayerischen Bezirken zeigt eine gewisse Parallelität beider Phänomene[1]. Eine Übersicht über die sozialdemokratischen Mehrheiten nach den Landtagswahlergebnissen von 1946 und 1950 weist die Gebiete mit der relativ größten Mitgliederschaft gleichzeitig als diejenigen mit hohem sozialdemokratischen Stimmenanteil aus[2]. In Oberbayern hatte München, in Schwaben Augsburg durchweg eine sozialdemokratische Mehrheit; neu hinzu kamen in Oberbayern Stadt- und Landkreis Ingolstadt sowie die Landkreise München, Fürstenfeldbruck, Starnberg, Weilheim und Miesbach; in Schwaben Stadt- und Landkreis Neu-Ulm; in der Oberpfalz die Stadt- und Landkreise Neustadt a. d. W., Amberg und Burglengenfeld; in Oberfranken der Landkreis Kronach und in Unterfranken die Stadt- und Landkreise Aschaffenburg und Schweinfurt. Interessant ist, daß es der SPD in Mittelfranken nicht gelang, bis 1950 neue Mehrheiten außerhalb ihres ursprünglichen Schwerpunktes in und um Nürnberg zu erreichen. In Mittelfranken, Oberfranken und Oberbayern wurde die SPD bei der Landtagswahl 1950 stimmenstärkste Partei; in einem Nürnberger und einem Augsburger Stimmkreis erreichte sie als einzige Partei in der gesamten Landtagswahl die absolute Mehrheit[3]. 40 bis 50 % der Stimmen erhielt sie in den mittelfränkischen Stimmkreisen um Nürnberg und Fürth, in den oberfränkischen Stimmkreisen Hof und Wunsiedel und vier Münchener Stimmkreisen. Die geringste SPD-Dichte war erneut vor allem in agrarisch orientierten Stimmkreisen und Stimmkreisverbänden festzustellen.

Die günstigste Entwicklung in der Mitgliederbewegung wie in der Erhöhung des Stimmanteils wies auf Grund seiner wirtschaftlichen und sozialen strukturellen Entwicklung der Regierungsbezirk Oberbayern auf. In Niederbayern und der Oberpfalz machte sich ursprünglich der hohe Prozentsatz von Flüchtlingen und Vertriebenen günstig für die SPD bemerkbar. Nach der Gründung des BHE verlor die SPD einen erheblichen Anteil an diese Partei, wobei eine proportionale Entwicklung zwischen der Höhe der Rückläufigkeit dieser Stimmen und der Stärke der Flüchtlingsdichte in den Landkreisen feststellbar war[4]. Die hohe Abwanderungsquote von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Niederbayern und der Oberpfalz und der nur langsam sich vollziehende wirtschaftliche und soziale Strukturwandel, insbesondere in Niederbayern, ließen diesen SPD-Bezirk im Verhältnis zu den Bezirken Franken und Südbayern und allen Bezirken der SPD in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik auf unterdurchschnittlicher Erfolgsstufe, woran auch die Industrialisierung in Gebieten der Oberpfalz nichts wesentliches zu ändern vermochte. In Unterfranken bildeten sich Aschaffenburg und Schweinfurt durch ihre intensivierte Industrialisierung als neue Stützpunkte der SPD heraus.

Unter konfessionellem Aspekt zeigte sich bei Wahlen — ähnlich wie bei der Mitgliederbewegung — die Bevorzugung der SPD in Stadt- und Landkreisen mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Allerdings erwiesen sich — wenn auch überwiegend in Verbindung mit der konfessionellen Komponente — wirtschaftliche und soziale strukturelle Wandlungen als entscheidend für die prozentuale Zunahme der SP-Stimmen. Besonders

[1] Vgl. oben S. 144 ff.
[2] Vgl. Karte im Anhang (S. 250 ff.).
[3] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 14.
[4] Vgl. Tabelle in: ebenda, S. 31.

deutlich demonstrierte dies die Landtagswahl 1950, als die SPD ziemlich gleichmäßig in überwiegend katholischen wie überwiegend evangelischen Teilen des Landes bei allmählicher Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsverhältnisse um 5,1 % bzw. 5,7 % an Stimmen gegenüber der Bundestagswahl 1949 gewann[5]. Natürlich ist hierbei als weitere Komponente des Wählerverhaltens die subjektive Einschätzung der Bundespolitik zu berücksichtigen.

Domäne der SPD wurden auch nach dem Kriege wieder die Städte. Bei den Stadtkreiswahlen 1946 erreichte die Partei allerdings nur den zweiten Platz (38,0 %) hinter der CSU (45,1 %), wies jedoch bei den Stadtkreiswahlen 1948 die meisten Stimmen bei einem prozentualen Rückgang des Stimmenanteils auf 29,8 % auf[6]. Eine absolute Aufwärtsentwicklung in den Städten für die SPD zeigte sich bei der Landtagswahl 1950[7]. Allenthalben konnte festgestellt werden, daß eine möglichst stark der Sozialstruktur der Parteimitgliederschaft entsprechende Wählerschaft in Gemeinden, Städten und Kreisen in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit von örtlichen Wahlausschüssen der SPD und allgemeinen politischen Konstellationen die sichersten Erfolge für die SPD in politischen Wahlen garantierte. Am deutlichsten fiel der Unterschied zwischen den Wählern der SPD in Stadt und Land auf[8].

In den Gemeinden konnte die SPD von 1946 bis 1948 ihren Stimmenanteil nur um 1 % erhöhen und verlor im gleichen Zeitraum in den Landkreisen 1,5 %. Freilich wiesen die SPD-Wähler damit eine wesentlich größere Konstanz im Wahlverhalten auf, als die Wähler der CSU, obwohl 1948 für Flüchtlingsgruppen in den Gemeinden 11,3 %, in den Landkreisen 15,2 % der Stimmen abgegeben wurden[9], was die SPD weit stärker traf als die CSU. In Stadt- und Landkreisen mit einem besonders hohen Anteil an Arbeitnehmern schnitt die SPD überdurchschnittlich gut ab[10]. In den kreisfreien Städten gewann sie bei den Wahlen der Bürgermeister und Stadträte 1948 nach absoluten Zahlen, verlor allerdings relativ. Hatte die CSU 1946 noch 11 der 24 gewählten Bürgermeister gestellt und die SPD nur 8, so gewann die SPD 1948 in 41 kreisfreien Städten 11, die CSU 9 Bürgermeistersitze. Die Anzahl der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder stieg von 303 im Jahre 1946 bei einer Gesamtzahl von 824 auf 360 im Jahre 1948 bei einer Gesamtzahl von 1226, während diejenigen der CSU im gleichen Zeitraum von 410 auf 307 zurückgingen[11]. Am besten war die SPD in den bayerischen Großstädten vertreten[12].

Die Entwicklung 1949/50 in den Wahlen in Bayern zeigte, daß allein die SPD in sozial schwachen und überwiegend industriell strukturierten Stadt- und Landkreisen eine aufsteigende Tendenz bewies (+ 10,2 % bzw. + 5,7 %)[13]. Die Wahlresultate ließen eine für die SPD in Bayern durchaus günstige Entwicklung in der Zukunft erwarten, wenn sich die Partei in der Lage zeigte, durch eine populäre Programmatik und Politik und effektive organisatorische Maßnahmen, die sich für sie günstig entwickelnden strukturellen Bedingungen in Bayern zu nützen. Dabei bedurfte es allerdings noch in stärkerem Maße der Resonanz von Jungwählern und Neubürgern sowie des kontinuierlichen Eindringens in Bevölkerungsschichten, die traditionell der SPD distanziert gegenüberstanden[14]. Die SPD in Bayern hatte in den ersten Nachkriegsjahren wiederum ihren traditio-

[5] Vgl. Tabelle in: ebenda.
[6] Vgl. Tabelle im Anhang (Wahlergebnisse [S. 249]).
[7] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 23 ff.
[8] Vgl. Anhang (SPD-Wähler in Stadt und Land [S. 252]).
[9] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 147, SS. 10, 44.
[10] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 32.
[11] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 147, S. 30 f.
[12] Ebenda, S. 39/40.
[13] Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 33.
[14] Ähnlich das Ergebnis der Analyse Waldemar von Knoeringens, Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen . . . (SPD-LV 49—50).

nellen Wählerstamm hinter sich, der in Zusammensetzung und Anteil gleiche sozialstrukturelle Züge wie der Mitgliederstamm aufwies[15]. Die Überwindung sozialstruktureller Grenzen in Wähler- und Mitgliederschaft wurde trotz des Anspruches der Partei, sich zur „Volkspartei" zu entwickeln, nicht sichtbar. Die bayerische SPD wie die Gesamtpartei befanden sich „in der Gefahr einer Isolierung und der Abbröckelung ihrer Kraft"[16], wenn es ihnen nicht gelang, die nach 1945 trotz aller gegenteiligen Beteuerungen erneut in zunehmendem Maße dominierenden sozialstrukturellen Barrieren durch eine breit angelegte soziale Sammlungsbewegung an Stelle der Aufrechterhaltung von klassenkämpferischen Parolen zu durchbrechen[17]. Die bayerische SPD und ihr Exponent Knoeringen konnten für eine derartige Entwicklung in der deutschen Sozialdemokratie nur Impulse geben; die tatsächliche Wendung mußten die Führungsgremien der Gesamtpartei vollziehen.

IV. Analyse der Partei: Programmatik und Politik

Programmatik und Politik der SPD in Bayern waren in den ersten Monaten der Nachkriegszeit — abgesehen von prinzipiellen traditionellen sozialdemokratischen Forderungen — reichlich uneinheitlich und unpräzise. Die am meisten verbindlichen programmatischen und politischen Richtlinien stellten seit Oktober 1945 die Äußerungen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Bayern, Hoegner, dar, der seit Februar 1946 auch erster Landesvorsitzender der Partei war. Das Aktionsprogramm bei Zulassung der Partei auf Landesebene ging auf ihn zurück. Als Chef der Exekutive und Legislative in Bayern 1945/46 unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung bestimmte er weitgehend von seinem Staatsamt aus Programmatik und Politik der sich erst allmählich wieder formierenden Partei. Je stärker sich allerdings die Partei organisierte und die Führungsschicht der bayerischen SPD-Bezirke auf den Landesverband Einfluß nahm, um so schwächer wurde die Position Hoegners und die für den gesamten Landesverband von ihm konzipierte Programmatik und Politik. Der Druck des auf dem Parteitag in Hannover 1946 bestellten Parteivorstandes auf die eigenwilligen organisatorischen und programmatisch-politischen Vorstellungen Hoegners tat ein übriges, um eine Wandlung in der bayerischen SPD von einer „bajuwarisch" ausgerichteten Programmatik und Politik zu der politisch-konzeptionellen Integration im Rahmen der Richtlinien des Parteivorstandes zu bewirken. Das Aktionsprogramm der bayerischen SPD vom Dezember 1946[1], das die Grundlage für die Politik der bayerischen SPD als Regierungskoalitionspartner der CSU und in der nachfolgenden Opposition darstellte, kam durch die Kooperation des gesamten Führungspersonals der bayerischen SPD zustande. Es erkannte ausdrücklich die

[15] Die starke Identifikation der SPD-Wähler mit der Partei kam nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck, daß sie nach den Wählern der KPD etwa bei der Landtagswahl 1950 am wenigsten von Änderungsmöglichkeiten der Kandidatenpositionen auf den Wahlkreislisten Gebrauch machten (Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 16).

[16] Knoeringen, Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen . . . (SPD-LV 49—50).

[17] Vgl. zu dieser für die SPD nach 1945 so fundamentalen Problematik Narr, CDU—SPD, S. 135 f.

[1] Abgedr. im Anhang (Aktionsprogramm Dez. 1946 [S. 212—216]).

Richtlinien der durch den Parteiausschuß der Gesamtpartei beschlossenen Kölner Resolution vom 25. September 1946[2] an und brachte damit den Willen der bayerischen SPD zum programmatischen Ausgleich mit der Gesamtpartei zum Ausdruck.
Spätestens ab dem Nürnberger Parteitag 1947 gingen Landesverband und Bezirke der bayerischen SPD programmatisch und politisch vollständig auf die Linie des Parteivorstandes ein. Der demokratische Sozialismus mit dem Ziel der Schaffung einer demokratischen Ordnung auf sozialistischer Grundlage — wobei im wesentlichen der Parteivorstand und hier wiederum letztlich Schumacher bestimmten, was Demokratie und Sozialismus waren — wurde auch für die bayerische SPD zum ausschließlichen programmatischen und politischen Leitgedanken[3]. Ein spezifisch „bayerischer Weg" in Programmatik und Politik der bayerischen SPD war somit lediglich unter Hoegner 1945/46 festzustellen, wobei sich allerdings etwa der Bezirk Franken nie ausdrücklich zu dieser Linie bekannte. Die programmatischen und politischen Besonderheiten der bayerischen SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit gilt es im folgenden besonders zu präzisieren. Ab 1947 interessiert vor allem die konkrete Anwendung der Programmatik der Gesamtpartei auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Bayern durch die Spitzengremien der bayerischen SPD.

1. ENTNAZIFIZIERUNGSPOLITIK

Die SPD war nach 1945 neben der KPD diejenige politische Partei, die in Übereinstimmung mit der Politik der Alliierten[4] mit allem Nachdruck für die Verurteilung belasteter Nationalsozialisten und deren Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben eintrat[5]. Im Unterschied zu der KPD, deren taktisches Ziel es war, hinter dem Schleier des Antifaschismus eine Volksfrontpolitik, zumindest jedoch die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD durchzusetzen[6], galt das Bemühen der bayerischen SPD wie der Gesamtpartei der Verbindung von „negativer"[7] und „positiver Revolution": Der gesellschaftlichen Eliminierung der verantwortlichen Nationalsozialisten und deren Ersetzung durch „fortschrittliche" Kräfte zur Durchsetzung der sozialen Revolution[8]. Es muß allerdings betont werden, daß diese Interdependenz durch Schumacher weitaus klarer erkannt und geplant wurde als durch Hoegner[9].
Das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus"[10], das im wesentlichen auf die Arbeit bayerischer Kabinettsmitglieder unter Wilhelm Hoegner zurückging[11], bildete durch Länderratsbeschluß vom 5. März 1946 die Grundlage der Entnazi-

[2] Abgedr. in: Aktionsprogramm mit Erläuterungen, beschlossen auf der Landeskonferenz der SPD am 15. 12. 46 in München, S. 27 f. (SPD-LV 45—46).
[3] Zu dem Verhältnis von Demokratie und Sozialismus in Programmatik und Politik der SPD vgl. Narr, CDU—SPD, S. 110 ff.
[4] Potsdamer Abkommen III, A, 3 (II)—(IV), 5, 6 (abgedr. in: Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, S. 249); Gesetz Nr. 8 und Ausführungsverordnung (abgedr. in: Hemken, MGesetz Nr. 8, MGesetz Nr. 8, 1. Ausführungsverordnung).
[5] Aktionsprogramm (8. 1. 46), Punkt 3 (vgl. Anhang S. 211).
[6] Vgl. oben S. 76 ff.
[7] Begriff der „negativen Revolution" bei C. J. Friedrich, Der Verfassungsstaat der Neuzeit, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953, S. 171 ff.
[8] Reden Hoegners in München am 25. 11. 45 (Außenseiter, S. 221 f.) und Nürnberg am 2. 12. 45 (NN, 6. 12. 45).
[9] Vgl. Lizenzierungsprogramm der SPD in Hannover vom 20. 8. 45, abgedr. in: Flechtheim, Dokumente I, S. 59/60.
[10] Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mit den Ausführungsvorschriften und Formularen, hg. v. Erich Schullze, 2. Aufl. München 1947. Ebenfalls abgedr. in: Germany under occupation, S. 152 ff.
[11] Hoegner, Außenseiter, S. 231 f.

fizierung in der amerikanischen Zone[12]. Bei der Durchführung des Gesetzes ergaben sich jedoch enorme Schwierigkeiten, deren Konsequenz ernste Spannungen zwischen der Militärregierung, der bayerischen Regierung und den politischen Parteien[13] waren, obwohl Clay auf der einen, Hoegner auf der anderen Seite immer wieder die Entnazifizierung als eine der Grundlagen ihrer Politik bezeichneten[14].

Auf der Länderratssitzung am 5. November 1946 bezeichnete General Clay die Entnazifizierung als „ein Muß" und kritisierte scharf die unbefriedigenden Ergebnisse[15]. Die bayerische SPD unterstützte in der Sitzung des Verfassungsausschusses der Verfassunggebenden Landesversammlung am 12./13. November 1946 die Haltung der amerikanischen Militärregierung, erklärte jedoch gleichzeitig, daß eine Reorganisation der Entnazifizierungsverfahren unumgänglich sei[16]. Sie forderte eine Verlagerung des Schwergewichtes der Verfahren auf Belastete der Klassen I und II, wobei

1. die Hauptschuldigen der Klasse I in Einzelverfahren bei Anwendung „der ganzen Härte des Gesetzes" verurteilt werden sollten. „Die vorgesehenen Sühnemaßnahmen" erschienen der bayerischen SPD als „außerordentlich mild";
2. die in Klasse II Betroffenen generell zu einem gestaffelten Vermögenseinzug verurteilt werden sollten;
3. alle anderen von dem Entnazifizierungsgesetz Betroffenen sich zu freiwilligen Sühnemaßnahmen (Wiederaufbauarbeit, finanzielle Abgaben) verpflichten sollten.

Ziel der bayerischen SPD war es – in völliger Übereinstimmung mit der Gesamtpartei[17] –, das Offenhalten von Positionen in Verwaltung und Wirtschaft für entnazifizierte ehemalige Belastete zu verhindern[18]. Die SPD machte sich neben der KPD zum Protagonisten der Entnazifizierung in Bayern, wobei sie durch die amerikanische Militärregierung bestärkt wurde, die in den politischen Parteien die Hauptreinigungskräfte erblickte. Mit der Entnazifizierung sollten sie eine erste Bewährungsprobe für ihre künftige demokratische Position ablegen. Wie sehr die Entnazifizierung als Grundlage jeder konstruktiven Politik der bayerischen SPD nach 1945 erkannt wurde, geht daraus hervor, daß die Forderung nach Säuberung des politischen Lebens den Anfang des Aktionsprogramms vom 15. Dezember 1946 bildete. Die SPD geriet durch ihre Aktivität in der Entnazifizierung in den Geruch, sich als Großinquisitor über den Nationalsozialismus in Bayern aufzuwerfen[19].

Der sozialdemokratische Staatssekretär im Sonderministerium, Höltermann, entwickelte ein Entnazifizierungs-Schnellverfahren, das von der amerikanischen Militärregierung gutgeheißen wurde und unter Einschaltung von Gewerkschaften und allen Behörden die

[12] Lia Härtel, Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart und Köln 1951, S. 100; Hoegner, Außenseiter, S. 232 f.

[13] Clay, S. 293; „Säuberungskrise", in: NN, 17. 7. 46; Dorn (Tagesspiegel, 15. 7. 47) übte scharfe Kritik an „der Feigheit und Ermüdung der politischen Parteien".

[14] Zitat Clays bei Härtel, S. 100; Hoegner auf der Ministerratssitzung vom 11. 6. 46 (Hoegner, Außenseiter, S. 234). Die NZ („Tagebuch" 28. 10. 45) bezeichnete „die Energie, mit der Bayerns neuer Ministerpräsident, Dr. Hoegner, das Werk der Säuberung angepackt hat, . . . deshalb (als) besonders erfreulich, weil sich die Anzeichen häufen, daß Dr. Hoegners Reform auch die Glieder, nicht nur die Häupter erfaßt". Vgl. auch Hoegner, in: Niederschrift der 3. Arbeitstagung des Bayerischen Beratenden Landesausschusses am 12./13. 7. 46, München o. J., S. 13 ff. und den Aufruf der fünf politischen Parteien in Bayern vom 21. 6. 46, abgedr. bei Hoegner, Außenseiter, S. 234/235.

[15] SZ, 7. 11. 46; Bayerischer Staatsanzeiger, 9. 11. 46. Vgl. auch Härtel, S. 101/102.

[16] Pittroff, Sten. Ber. V. A., 37. Sitzung vom 13. 11. 46, S. 776 ff. Vgl. auch Wimmer über den sozialdemokratischen Vorschlag der Organisation der Entnazifizierungsverfahren in München (ebenda, S. 796 ff.).

[17] Vgl. insbesondere die Rede Schumachers auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg 1947, abgedr. in: Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Bd. 2, Reden und Schriften, Berlin 1953, S. 127.

[18] Pittroff, Sten. Ber. V. A., 37. Sitzung vom 13. 11. 46, S. 777 f.

[19] Daß es dessen ungeachtet bayerische Sozialdemokraten gab, die in Spruchkammerverfahren zugunsten belasteter ehemaliger Mitglieder der NSDAP Stellung nahmen, geht aus einer Anzahl kritischer Zuschriften an das Landessekretariat hervor (KdL 24, 27. 11. 47).

nationalsozialistische Vergangenheit von Betriebsangehörigen und Mitgliedern der Behörden aufzuhellen versuchte, um sie dann in vereinfachtem Verfahren, insbesondere was die Klasse IV der Mitläufer betraf, abzuurteilen[20]. Ein Versuch in Ingolstadt demonstrierte, daß es durch das Höltermann-Verfahren möglich war, in acht Tagen ebenso viele Entnazifizierungsfälle zu erledigen, wie in allen Verfahren des Jahres 1945 zusammengenommen[21]. Im Landtag stellte die bayerische SPD den Dringlichkeitsantrag, das von ihr befürwortete „Ingolstädter Verfahren" in der Entnazifizierung sofort in Kraft zu setzen und mit größter Beschleunigung allgemein durchzuführen[22]. Der Antrag wurde an den Entnazifizierungsausschuß überwiesen[23] und kam im Plenum des Landtags nicht mehr zur Sprache.

Das gesamte Entnazifizierungsproblem gestaltete sich in Bayern wie in den Westzonen äußerst unerfreulich und großenteils auch ineffektiv. Die bayerische SPD hatte den besten Willen, konstruktiv mitzuwirken. Die Sachlage war jedoch so kompliziert und das jeweilige Interesse der verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gruppen so kontrovers, daß die Entnazifizierungspolitik der bayerischen SPD — obwohl sie sich in Einklang mit der amerikanischen Militärregierung befand — von Anfang an ein Torso war und der Partei außerhalb ihrer Mitgliederschaft mehr Ablehnung als Zustimmung eintrug. Das Dilemma der von der bayerischen SPD befürworteten Entnazifizierungspolitik wurde offenkundig, als sich die amerikanische Militärregierung im März 1948 entschloß, nach mehrfachen Modifikationen die Entnazifizierungsverfahren grundlegend zu revidieren, um sie zu einem möglichst raschen Abschluß zu bringen[24]. Die Entnazifizierungskrise belastete die bayerische SPD, die so konsequent für die politische Säuberung eingetreten war, schwer in ihrem Verhältnis zu Wählern, politischen Parteien und Verbänden. Zwar fand die SPD für ihre Entnazifizierungspolitik in den Gewerkschaften einen gleichgesinnten Partner[25], die Kirchen standen allerdings dem Verfahren skeptisch gegenüber[26]. Wie sehr insbesondere das Verhältnis der SPD zu der der katholischen Kirche verbundenen Bevölkerung Bayerns belastet wurde, geht daraus hervor, daß katholische Geistliche großzügig Führungszeugnisse ausstellten, die für den Ausgang von Spruchkammerverfahren „kaum zu unterschätzen"[27] waren. Hoegner kleidet diese Praxis in die Worte: „Viele von denen . . ., die das Hakenkreuz angebetet hatten, krochen zum christlichen Kreuz und suchten Schutz vor drohender Strafe bei Geistlichen, die in pflichtgemäßer Übung der Tugend der christlichen Barmherzigkeit reumütige Sünder unter ihren Schutz nahmen[28]." Im Vergleich zu der SPD verschiedenartig waren auch — mit Ausnahme der KPD — die Einstellungen der anderen politischen Parteien in Bayern zu der Entnazifizierung[29]. In der Tat war das Wähler- und Mitgliederreservoir der bürger-

[20] Parlamentsdienst der sozialdemokratischen Pressekorrespondenz, 15. 4. 47.
[21] Ebenda.
[22] Beilage 220 (16. 4. 47).
[23] Sten. Ber. LT, 15. Sitzung am 3. 5. 47, S. 451.
[24] Vgl. Clay, S. 266 f.; Justus Fürstenau, Die Entnazifizierung in der deutschen Nachkriegspolitik, phil. Diss., Frankfurt/M. 1955, S. 98 ff.; SZ, 7. 2. 48.
[25] Die amerikanische Militärregierung hatte als eine der sechs Vorbedingungen für die Neubildung deutscher Gewerkschaften die Forderung nach deren Mitwirkung bei der politischen Säuberung in den Betrieben erhoben (Keesing 1945, S. 371 G). Vgl. auch Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. 4. 46 über die Einrichtung und Tätigkeit von Betriebsräten, Art. 5, Abs. 1 e (Hemken, K 22). Fürstenau (S. 179) weist allerdings darauf hin, daß die Mitarbeit der Gewerkschaften an der Entnazifizierung in der britischen und französischen Zone wesentlich stärker gewesen sei als in der amerikanischen.
[26] Keesing 1945, SS. 329 D, 392 A, 401 D; Fürstenau, S. 166 ff.
[27] Fürstenau, S. 178.
[28] Hoegner, Außenseiter, S. 242.
[29] Vgl. Rede Josef Müllers auf einer Kundgebung der CDU in Bremen (NZ, 3. 10. 47), in der er sich gegen die antikapitalistischen und sozialrevolutionären Tendenzen der Entnazifizierung wandte und sie als politischen Fehler bezeichnete.

lichen Parteien in weit höherem Maße von der Entnazifizierung betroffen, da höhere soziale Schichten weitgehend stärker belastet waren als niedere[30]. CSU und FDP[31] in Bayern hatten ein besonderes Interesse an einer möglichst raschen und vollständigen Beendigung der Entnazifizierung. Damit trafen sie den Tenor der öffentlichen Meinung zweifellos besser als SPD und KPD, denen die Befürwortung der unpopulären Entnazifizierungspolitik Stimmenverluste in Wahlen eintrug[32].

Die Zusammensetzung der Spruchkammern in Bayern 1946/47 war entgegen dem Willen der amerikanischen Militärregierung[33] weder paritätisch noch proportional den Wahlergebnissen. SPD und KPD waren eindeutig überrepräsentiert[34]. Der sich verstärkende Widerstand gegen die Entnazifizierung in Bevölkerung, Parteien und Verbänden erreichte spektakuläre Höhepunkte mit dem Rücktritt von Vorsitzenden und Klägern bei den Münchner Spruchkammern im September 1947[35] und der Kündigung nahezu aller Angestellten und Beamten in den Spruchkammern der Oberpfalz und Niederbayerns im Juni 1948. Als die bayerischen Gewerkschaften im Laufe des Jahres 1947 immer deutlicher eine ablehnende Haltung gegenüber der Entnazifizierung zum Ausdruck brachten, als weiterhin nach unzulänglichen Methoden verfahren wurde[36], bahnte sich eine Abschwächung der Entnazifizierungspolitik der SPD in Bayern an. Zwar wandte sich Hoegner in einer Landtagsrede dagegen, daß „in einer gewissen Presse ... fast nur noch von dem angeblichen Unrecht geschrieben (werde), das den ‚armen Nazis' in den Jahren von 1945 bis heute zugefügt worden sei"[37], aber die Haltung der bayerischen SPD gegenüber der Entnazifizierung hatte sich zumindest formal bis zu diesem Zeitpunkt bereits grundlegend geändert. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag nahm an den Beratungen des Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung lebhaften Anteil und brachte ihre Übereinstimmung mit CSU, FDP und Freier Fraktionsgemeinschaft (FFG) in der Entnazifizierung dadurch zum Ausdruck, daß sie den CSU-Abgeordneten Prittwitz und Gaffron auch im Namen ihrer Fraktion eine Erklärung zum Abschluß der politischen Befreiung abgeben ließ[38]. Durch das Abschlußgesetz zur Entnazifizierung wurde unter Mitarbeit der bayerischen SPD die politische Säuberung in Bayern am 27. Juli 1950 beendet[39].

Die Diskussion um die Entnazifizierung und deren Folgen hielt jedoch an. Ein Teil der führenden Persönlichkeiten der bayerischen SPD, wie Thomas Wimmer, ging so weit, die gesamte Schuld an den Auswüchsen der Entnazifizierung der amerikanischen Militärregierung zuzuweisen, ohne die entnazifizierungsfreundliche Rolle seiner Partei nur zu erwähnen[40]. In der Frage der Wiedereinstellung entnazifizierter Beamter entwickelte die Partei lange keine einheitliche Meinung[41]. Die drohende Gefahr einer damit verbundenen Renazifizierung schien der SPD in Bayern und in den Westzonen jedoch derart virulent zu sein[42], daß sie mit allem Nachdruck darauf drang, entsprechende Bestimmungen in das

30 Bericht des Instituts für Demoskopie in Allensbach, abgedr. bei Fürstenau, S. 193. Vgl. weiterhin Fürstenau, S. 22; „SOS-Ruf" der bayerischen Staatsregierung, in: NZ, 14. 6. 46; NZ, 5. 7. 46.

31 Vgl. Mauch, S. 158 ff.

32 Knoeringen, Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen . . ., S. 6 f. (SPD-LV 49—50). Vgl. auch Fürstenau, passim.

33 Prot. Entnazifizierungsausschuß beim Länderrat der amerikanischen Zone, 24. 4. 46, zit. bei Fürstenau, S. 197.

34 Vgl. Tabelle im Anhang (Zusammensetzung der Spruchkammern in Bayern 1946/47 nach Zugehörigkeit zu politischen Parteien [S. 259]).

35 spk, 11. 9. 47.

36 NZ, 24. 2. 47.

37 Sten. Ber. LT, 137. Sitzung vom 17. 1. 50, S. 446.

38 Sten. Ber. LT, 171. Sitzung vom 13. 7. 50, S. 693 f.

39 GVBl. 27. 7. 50, S. 107.

40 Sten. Ber. LT, 99. Sitzung vom 17. 7. 52, S. 2523 ff.

41 Vgl. etwa die gegensätzlichen Auffassungen von Wimmer (ebenda) und Kiene (Sten. Ber. LT, 111. Sitzung vom 31. 5. 49, S. 192).

42 Vgl. NZ, 25. 9. 48; Neuer Vorwärts, 5. 3. 49; Oberbayerische Volkszeitung 9. 4. 49.

Entnazifizierungsabschlußgesetz und in die Verordnungen über die Wiederbeschäftigung der von der Entnazifizierung Betroffenen aufzunehmen[43]. Weitere Maßnahmen, die die gesetzliche Regelung der Folgen der Entnazifizierung betrafen, blieben Bundestag und Bundesverfassungsgericht überlassen. Die bayerische SPD versuchte möglichst rasch, den Komplex ihrer gescheiterten Entnazifizierungspolitik, die sie einst als Grundlage ihrer Nachkriegspolitik schlechthin angesehen hatte, zu verdrängen.

2. FLÜCHTLINGS- UND VERTRIEBENENPOLITIK

In ihren ersten Verlautbarungen auf Landesebene nahm die bayerische SPD zu den Flüchtlings- und Vertriebenenproblemen überhaupt nicht Stellung. Erst auf der Landeskonferenz in Erlangen am 13./14. April 1946 erließ der Landesverband auf Bitten des Ausschusses für Flüchtlingswesen in der bayerischen SPD einen Aufruf „An die deutschen Ausgewiesenen in Bayern"[1], in dem den Flüchtlingen und Vertriebenen die Unterstützung der Partei bei der Ausarbeitung eines Flüchtlingsgesetzes und der Gleichstellung der Neubürger mit der eingesessenen Bevölkerung zugesagt wurde. In der Tat unternahm die bayerische SPD nun große Anstrengungen, um durch eine erfolgreiche Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik einen großen Teil der Neubürger in Gesellschaft und Partei zu integrieren, wofür vor allem die Flüchtlingsausschüsse der Partei auf allen Organisationsebenen Sorge tragen sollten[2]. Die Errichtung eines Ministeriums für das Flüchtlingswesen als zweites Sonderministerium stellte die SPD als Bedingung für eine Koalition mit der CSU[3]. Durch die Bildung des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen beim Innenministerium wurde dieser Forderung in gewissem Umfange entsprochen. In Regierung und Opposition setzte sich die SPD am stärksten von allen im 1. Bayerischen Landtag vertretenen Parteien für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen ein.
Wesentlichen Anteil hatte die bayerische SPD an dem auf Grund von Artikel 8 der Bayerischen Verfassung am 1. März 1947 von der Militärregierung in der amerikanischen Zone in Kraft gesetzten Flüchtlingsgesetz. Das gleiche gilt für die Ausführungsbestimmungen zum Flüchtlingsgesetz, an dessen Ausarbeitung Fachreferenten der SPD entscheidend beteiligt waren[4]. Weiterhin trat die sozialdemokratische Fraktion für die Schaffung einer Flüchtlingsgroßsiedlung ein, wurde jedoch ebenso wie die anderen Fraktionen durch die ablehnenden Mehrheitsstimmen der CSU überstimmt[5].
Nach ihrem Übertritt in die Opposition attackierte die bayerische SPD wiederholt scharf Regierung und CSU, die wegen ihrer zwiespältigen Einstellung zu den Flüchtlings- und Vertriebenenproblemen die Verwirklichung der Ausführungsbestimmungen zum Flücht-

[43] Eine Zusammenstellung der betreffenden Verordnungen und Gesetze findet sich in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, herausgegeben von den Mitgliedern des BVG, 3. Band, Tübingen 1954, S. 130 ff.
[1] Unser Weg, S. 27 ff. (SPD-LV 45—46).
[2] Über die Flüchtlingsausschüsse der bayerischen SPD vgl. oben S. 115 f. Die Grundkonzeption der Flüchtlingspolitik der bayerischen SPD geht aus dem „Bericht über die Vertrauensmännerkonferenz ostdeutscher Sozialdemokraten in Regensburg am 3. 11. 46" und den „Rededispositionen zum Volksentscheid und zur Landtagswahl am 1. Dez. 1946 in Bayern" (S. 12 f.: Flüchtlingshilfe) hervor (beide SPD-LV 45—46).
[3] Aktionsprogramm mit Erläuterungen (15. Dez. 1946), Punkt 31, S. 23 f. (SPD-LV 45—46) (vgl. Anhang S. 215).
[4] Die Brücke, Mitteilungsblatt für Neubürger, Sondernummer, 1. Jg., 21. 7. 47, hg. durch den Flüchtlingsausschuß des SPD-Landesverbandes in Bayern (SPD-LV) KdL 7, 14. 7. 47.
[5] Sten. Ber. LT, 26. Sitzung vom 18. 7. 47, S. 854 ff.

lingsgesetz hinauszögerten[6]. In ihrem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbauprogramm[7] erblickte die bayerische SPD ein geeignetes Instrument für eine erfolgreiche Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik[8]. Sie stellte ihr Wohnungsbauprogramm der Wohnungsnot der Flüchtlinge und Vertriebenen gegenüber und prangerte die Rücksichtslosigkeiten von Hausbesitzern und Wohnungsinhabern in der Oberpfalz, in Nieder- und Oberbayern gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe an[9].
Grundlegend für die Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik der SPD in Bayern wurde die Einschätzung der langfristigen Unmöglichkeit für die Neubürger, in ihre ursprüngliche Heimat zurückzukehren[10]. Nicht nur organisatorisch[11], sondern auch politisch bemühte sich die Partei um die soziale Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern[12]. Der Versuch der bayerischen SPD, den Flüchtlingen und Vertriebenen absolut den gleichen Status wie den Einheimischen einzuräumen, schlug sich politisch und taktisch in ihrer Argumentation zur Forderung der Auflösung des Landtages und Durchführung von Neuwahlen nieder: Es sei „unerträglich . . ., daß eine Million Ausgewiesene und Flüchtlinge aus der ersten gesetzgebenden Körperschaft des Landes — dem Landtag — ausgeschlossen seien . . .“[13]. Die auf Grund der Uneinheitlichkeit der Ansichten über die Flüchtlings- und Vertriebenenproblematik in Bayern bedingte Handlungsunfähigkeit der bayerischen Regierung und der CSU konnte die SPD weder programmatisch noch politisch als Oppositionspartei überwinden. Die Bilanz ihrer Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik war trotz aller konzeptionellen, organisatorischen und politischen Bemühungen negativ[14].

3. VERFASSUNGSPOLITIK

Der Wiederaufbau in Bayern und in Deutschland sollte sich nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie in einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus vollziehen. Freilich war die Definition dieses Begriffes durch den Parteivorstand eine andere als die des 1. Landesvorsitzenden der bayerischen SPD und Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner, der trotz aller Bekenntnisse zu Demokratie und Sozialismus geistig den traditionellen politischen Strukturen in Bayern verbunden blieb und sie durch seine persönlichen Erfahrungen im Schweizer Exil anzureichern versuchte. Hoegner war bei den Beratungen im Verfassungsausschuß der Verfas-

[6] Richard Reitzner, bis Februar 1948 trotz Bruches der Koalition als Sozialdemokrat einer der beiden Stellvertreter des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen, dann durch ein in Bayern gebürtiges CSU-Mitglied ersetzt (spk, 4. 2. 48), am 7. 11. 47 im Bayerischen Rundfunk (abgedr. in: RD, Nr. 63, 16. 12. 47): „Das Flüchtlingsgesetz ist Makulaturpapier geworden.“ „Mit Gesetzen, die sabotiert werden, und mit Verordnungen, die umgangen werden, ist den Flüchtlingen nicht gedient.“

[7] Vgl. unten S. 170 ff.

[8] Landesvorstandssitzung am 27. 4. 48 (KdL 33, 29. 4. 48).

[9] Richard Reitzner, Vom Ostwind verweht. Das Schicksal von Millionen, München 1948, insbes. S. 23 ff. (SPD-LV 1948).

[10] Stellungnahme des Landesvorsitzenden der SPD, Waldemar von Knoeringen, zur Flüchtlingsfrage, in: RD, Nr. 92, 24. 1. 48. Reitzner: „Wer kurzfristige Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr erweckt, der versündigt sich an den Interessen der Flüchtlinge. Wir müssen unser Leben hier so einrichten, als ob es kein Zurück mehr gäbe“ (spk, 9. 2. 48). Vgl. demgegenüber die sehr zweideutigen Ausführungen Ehards in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag am 24. 10. 47 (Sten. Ber. LT, 31. Sitzung vom 24. 10. 47, S. 87).

[11] Vgl. oben S. 115 ff.

[12] Knoeringen, spk, 16. 4. 48.

[13] Reitzner auf einer öffentlichen Kundgebung der SPD am 8. 2. 48 im Zirkus Krone in München (abgedr. in: spk, 9. 2. 48).

[14] Vgl. hierzu auch das Kap. „Flüchtlings- und Vertriebenenverbände“ (oben S. 94—96).

sunggebenden Landesversammlung 1946 der Hauptsprecher der SPD und bestimmte, nachdem der Verfassungsentwurf bereits wesentlich auf den von ihm geleisteten Vorarbeiten basierte, die sozialdemokratische Mitwirkung bei der Schaffung der Bayerischen Verfassung.
Erst gegen Ende der Verfassungsberatungen erhoben andere sozialdemokratische Mitglieder der Verfassunggebenden Landesversammlung Einwände gegen Hoegners Verfassungspolitik, so insbesondere gegen seine Vorstellung von der notwendigen Schaffung der Institution eines bayerischen Staatspräsidenten. Die Bestimmungen über das bayerische Regierungssystem in der Verfassung gehen allerdings in hohem Maße auf Hoegnersche Vorschläge und seine Kompromisse mit dem CSU-Vertreter Ehard zurück.
Die Stärkung der Selbstverwaltung in Bayern, insbesondere was eine weitergehende Unabhängigkeit der Gemeinden betraf, rührte ebenfalls von Ideen Hoegners her. Mit ihm bekannte sich die bayerische Sozialdemokratie zu dieser Demokratisierung vertikaler politischer Strukturen in Bayern bei gleichzeitiger Dezentralisierung der staatlichen Bürokratie.
In der Frage des Verhältnisses Bayerns zu einem künftigen deutschen Staat bestanden prinzipielle Gegensätze zwischen Hoegner und der überwiegenden Mehrheit der bayerischen SPD. Ab 1947 vertrat der Landesvorstand unter Knoeringen das gleiche Programm über das politische System des neuen deutschen Staates wie der Parteivorstand. Die fränkischen Bezirke und der Bezirk Niederbayern-Oberpfalz hatten den extrem-föderalistischen Konzeptionen Hoegners bereits ab 1945 eine Absage erteilt.

a) Das bayerische Regierungssystem

Die Festlegung des künftigen politischen Systems Bayerns im Rahmen einer Verfassung übernahm nach Schaffung eines Verfassungsentwurfs durch den Vorbereitenden Verfassungsausschuß[1] die Verfassunggebende Landesversammlung (15. Juli bis 26. Oktober 1946), deren Mitglieder durch die bayerische Bevölkerung gewählt worden waren. Von seiten der Sozialdemokraten übte Ministerpräsident Hoegner als Vorsitzender des Vorbereitenden Verfassungsausschusses durch die weitgehende Anerkennung seines Verfassungsvorentwurfes einen starken Einfluß auf die Verfassungsberatungen aus[2]. Für das politische System Bayerns wurde Übereinstimmung in folgenden Punkten erzielt:

1. Schutz der Demokratie vor ihren Gegnern,
2. Präsidentielles Regierungssystem[3],
3. Sozialstaat,
4. Selbstverwaltung der Gemeinden,
5. Verhältniswahlrecht unter möglichst starker Ausschaltung der Splitterparteien.

Keine Einigung erzielte man in den Fragen

1. der Zweiten Kammer,
2. des Staatspräsidenten[4].

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei in Bayern hatte sich in einer Entschließung am 3. Juni 1946 entgegen allen Einwänden Hoegners gegen die Errichtung einer Zweiten Kammer und gegen einen Staatspräsidenten ausgesprochen: „Die beiden Einrichtungen können allzu leicht zur Fälschung des wirklichen Volkswillens mißbraucht werden[5]."

[1] Sten. Ber. V. A., Bd. 1, S. 12 ff. — Vgl. auch oben S. 55.
[2] Hoegner, Außenseiter, S. 248. Hoegner stellte seinen Entwurf einer Bayerischen Verfassung in zwei Aufsätzen in der NZ (31. 5. 46 und 7. 6. 46) dar.
[3] Vgl. zu diesem wichtigen Punkt insbesondere Sten. Ber. V. A., 24. Sitzung vom 28. 8. 46, S. 513.
[4] Hoegner, Außenseiter, S. 249 ff.
[5] NN, 5. 6. 46.

In der am 30. Juni 1946 gewählten Verfassunggebenden Landesversammlung verfügte die CSU über 109, die SPD über 51, die KPD über 8, die WAV über 8 und die FDP über 4 Mandate. Die Vollversammlung übertrug einem Ausschuß von 21 Mitgliedern die eigentliche Verfassungsberatung. Hier waren die CSU mit 12, die SPD mit 6 Mitgliedern vertreten; je 1 Mitglied stellten die WAV, die FDP und die KPD. Der sozialdemokratischen Gruppe in dem Ausschuß gehörten Ministerpräsident Hoegner, die Minister Roßhaupter und Seifried, der Münchener Bürgermeister Wimmer sowie die fränkischen Abgeordneten Fischer und Pittroff an[6]. In den Ausschußsitzungen dominierten die verfassungspolitischen Vorstellungen von CSU und SPD, deren Kompromiß den Weg für eine konstruktive Kooperation in der Zukunft zu bahnen schien. Zu Einigungen kam es in den Fragen:

1. Wahlrecht: Während die SPD bei den Beratungen zunächst unnachgiebig das Verhältniswahlrecht forderte[7], wollte die CSU „grundsätzlich vom Verhältniswahlrecht ausgehen und dann die Varianten dazu suchen"[8], wobei für sie das „reine Verhältniswahlrecht" nicht zur Debatte stand[9]. Von dieser Ausgangsposition her war es möglich, in der Formel des „verbesserten Verhältniswahlrechts"[10] einen Kompromiß zu finden[10a]. Das weitere sollte ein Landeswahlgesetz regeln[11].
2. Senat: SPD und CSU einigten sich, daß der Senat ohne eigene politische Funktion als ausschließlich beratendes und begutachtendes Gremium bestehen sollte[12]. Hoegner wandte sich im Namen seiner Fraktion — wodurch er sich deren Disziplin unterwarf — gegen die Bezeichnung „Zweite Kammer", da dem Senat keinerlei Gesetzgebungsbefugnisse zustehen sollten[13]. Die CSU bekannte sich zu der gleichen Auffassung[14].
3. Stellung des Ministerpräsidenten: In der Frage des bayerischen Regierungssystems vollzog sich während der Verhandlungen eine Wandlung der Auffassungen vom stark präsidentiell orientierten zum parlamentarischen Regierungssystem. Die intendierte starke Stellung des Ministerpräsidenten und seiner Regierung[15] wurde durch den Passus „Er (der Ministerpräsident, W. B.) muß zurücktreten, wenn die politischen Verhältnisse ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen ihm und dem Landtag unmöglich machen"[16] derartig abgeschwächt und modifiziert, daß das bayerische Regierungssystem nach dem Willen von CSU und SPD voll und ganz als parlamentarisches zu bezeichnen ist.

Die umstrittenste Frage bei den Verfassungsberatungen war zwischen SPD und CSU sowie innerhalb beider Parteien die Institution eines bayerischen Staatspräsidenten[17]. Nachdem sich im Verfassungsausschuß die Vertreter der SPD und CSU für einen Staatspräsidenten ausgesprochen hatten[18], kam es zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten in der Vollversammlung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte für die entscheidende Ab-

[6] Sten. Ber. V. A., Bd. 1, S. 32.
[7] Wimmer, Sten. Ber. V. A., 4. Sitzung vom 24. 7. 46, S. 84.
[8] Ehard, ebenda.
[9] Hundhammer, ebenda.
[10] Hoegner, ebenda, SS. 85, 86; Hundhammer, ebenda, S. 85.
[10a] Bayer. Verf. Art. 70 Abs. 3, Art. 71, Art. 72, Art. 74 sowie Landeswahlgesetz (vgl. folgende Anmerkung). Zur praktischen Bedeutung vgl. oben S. 66.
[11] Ebenda, S. 93. — Über das Landeswahlgesetz vgl. oben S. 72 A. 123 und unten S. 185 Anmerkungen 47 und 50.
[12] Hoegner, Sten. Ber. V. A., 22. Sitzung vom 26. 8. 46, S. 489; Hundhammer, ebenda, 23. Sitzung vom 27. 8. 46, S. 495; Roßhaupter, ebenda.
[13] Hoegner, ebenda, 22. Sitzung vom 26. 8. 46, S. 489; vgl. auch Roßhaupter, ebenda, 23. Sitzung vom 27. 8. 46, S. 495.
[14] Hundhammer, ebenda, 23. Sitzung vom 27. 8. 46, S. 495.
[15] Hoegner, ebenda, 24. Sitzung vom 28. 8. 46, S. 513; Ehard, ebenda u. a.
[16] Nawiasky, ebenda, S. 515.
[17] Vgl. „Der umstrittene Staatspräsident", in: SZ, 17. 9. 46.
[18] Sten. Ber. V. A. 28. Sitzung vom 3. 9. 46, S. 598 ff.

stimmung mit 35 gegen 8 Stimmen den Fraktionszwang aufgehoben. In der Abstimmung lehnten 44 Sozialdemokraten den Staatspräsidenten ab, 5 (Hoegner, Fendt, Gentner, Roßhaupter und Seifried) befürworteten ihn. Das Abstimmungsergebnis der Vollversammlung erbrachte 85 Stimmen gegen, 84 Stimmen für den Staatspräsidenten. Auf Grund eines Antrages von Hundhammer wurde ein zweites Mal über den bereits abgelehnten Abschnitt der Verfassung, der den Staatspräsidenten betraf, abgestimmt. Als die sozialdemokratische Fraktion einstimmig beschlossen hatte, gegen den Staatspräsidenten zu stimmen, verließen Hoegner, Roßhaupter, Seifried und Fendt die Sitzung und nahmen an der Abstimmung nicht teil[19]. Das Abstimmungsergebnis von 87:81 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen gegen den Staatspräsidenten[20] bedeutete den endgültigen Abschluß der Diskussion über diese Frage. Gleichzeitig war es zu dem ersten deutlichen Bruch zwischen Hoegner, seiner Fraktion und Partei gekommen. Nicht nur für den Bereich der Verfassungspolitik, sondern der gesamten Programmatik und Politik hatte sich damit eine offene und deutliche Wendung der bayerischen SPD gegen ihren Landesvorsitzenden vollzogen.

b) Selbstverwaltung

Es war das besondere Anliegen von Wilhelm Hoegner, daß die Gemeinden, Kreise und Länder „ein wenig auf eigenen Füßen stehen innerhalb des großen deutschen Ganzen", da sonst „jede politische Freiheit auf dem Papier" stehe[21]. Die bayerische SPD behielt dieses Grundanliegen bei und beschloß die Verankerung dieses Prinzips in der Bayerischen Verfassung[22]. Das Eintreten der SPD in Bayern und in den Westzonen[23] für eine Stärkung der Selbstverwaltung hatte natürlich auch eine für die SPD sehr naheliegende Ursache: In Städten und Gemeinden mit starker Industrialisierung hatte es die SPD vor 1933 und nach 1945 zu Mehrheiten in den Stadträten gebracht sowie eine beträchtliche Anzahl der Bürgermeister gestellt[24] und wollte nun kraft dieser parteipolitischen Konstellation in den Kommunen Entscheidungen auch nach lokalen Gesichtspunkten treffen können ohne permanente Berücksichtigung der Anweisungen übergeordneter Organe des Landes.
In ihrem Aktionsprogramm vom 15. Dezember 1946 forderte die bayerische SPD „Vereinfachung, Entbürokratisierung und Demokratisierung der Verwaltung" sowie erneut „die Selbstverwaltung der Gemeinden gegenüber allen bürokratischen Hemmungen"[25]. Wie die überregionalen kommunalpolitischen Tagungen der SPD in Gandersheim am 15./16. Oktober 1946 und in Göttingen am 20. November 1946 zeigten, standen die kommunalpolitischen Zielsetzungen der bayerischen SPD im Einklang mit den Richtlinien der Gesamtpartei[26]. In den auf der kommunalpolitischen Tagung in Fürth vom 20. bis 22. September 1947 nach Vorarbeit durch den kommunalpolitischen Landesausschuß[27]

[19] Zu Hoegners Rechtfertigung s. Außenseiter, S. 255.
[20] Sten. Ber. V. V., 9. Sitzung vom 19. 11. 46, S. 394.
[21] Unser Weg, S. 14 (SPD-LV 45–46).
[22] Sozialdemokratische Partei, Landesvorstand Bayern, Entschließung, München, 1. Juni 1946 (Maschinenschrift, SPD-LV 45–46). – Zu der Haltung der SPD bei der Verfassungsberatung vgl. Sten. Ber. V. A., 34. Sitzung vom 11. 10. 46, S. 731 ff.
[23] SPD-Jb. 1946, S. 49.
[24] Vgl. hierzu für Bayern: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 147, SS. 4, 22 ff.
[25] Aktionsprogramm, Punkte 18 und 19 (vgl. Anhang S. 214); Erläuterungen S. 17 f.
[26] SPD-Jb. 1946, S. 52.
[27] KdL 11, 4. 8. 47.

beschlossenen Richtlinien für die Gemeindepolitik bekannte sich die bayerische SPD vor allem deswegen zu der kommunalen Selbstverwaltung, um durch Festigung der Demokratie auf der unteren Verwaltungsebene obrigkeitsstaatlichen Tendenzen entgegenzuwirken, das Interesse der Einwohnerschaft an öffentlichen Angelegenheiten zu heben sowie die Verwaltung auf allen Ebenen zu demokratisieren und möglichst stark zu entbürokratisieren[28]. Ein Widerspruch in der Programmatik der SPD ergab sich allerdings, da sie einerseits für freien Ermessensspielraum der Gemeinden bei der Errichtung und dem Betrieb wirtschaftlicher Unternehmungen eintrat[29], andererseits jedoch ab 1949 die Schaffung eines Landesentwicklungsplanes befürwortete, der unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer struktureller Interdependenzen in regionalen Abschnitten ein Optimum an Schwerpunktbildung und regionaler Planung auf wirtschaftlichem und sozialem Sektor erreichen sollte. Eine so weitgehende Selbstverwaltung, wie sie die SPD forderte, barg im Falle ihrer einschränkungslosen Realisierung zumindest die Möglichkeit der Undurchführbarkeit supralokaler oder subregionaler Gesamtplanungen in sich wegen des unnachgiebigen Beharrens auf dem Standpunkt des ausschließlichen Eigeninteresses in einzelnen Kommunen.

Die Forderungen der bayerischen SPD nach Erweiterung der kommunalen Selbstverwaltung wurden von der amerikanischen Militärregierung unterstützt, in deren Konzeption es lag, die Demokratie in Deutschland von unten nach oben aufzubauen und sie durch Dezentralisation der politischen Macht, also unter anderem durch die Schaffung starker Selbstverwaltungseinheiten, strukturell zu sichern[30].

Im November 1947 stellte die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag den Antrag, die Regierung möge gemäß dem Verfassungsauftrag[31] einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem die Bildung lebensfähiger Selbstverwaltungskörper bei den Regierungsbezirken und die Übertragung weiterer staatlicher Aufgaben von den Ministerien auf die Mittel- und Unterbehörden sowie unter Gewährung entsprechender Zuschüsse auch auf die Gemeindeverbände und Gemeinden vorgesehen sei. Die folgenden Maßnahmen sollten nach den grundlegenden Vorarbeiten durch den Landesfachausschuß für Kommunalpolitik[32] entsprechend den Vorstellungen der bayerischen SPD in dem Gesetzentwurf berücksichtigt werden:

1. Neueinteilung der Regierungsbezirke nach wirtschaftlichen, verkehrspolitischen und kulturellen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung der Stadt Nürnberg für Nordbayern;
2. Möglichst starke Unabhängigkeit der Städte München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Bamberg, Würzburg und Fürth von der Zuständigkeit der Regierungspräsidenten;
3. Vorschlagsrecht der Gemeindeverbände für die Besetzung wichtiger Beamtenstellen[33].

Im Januar 1949 billigte der Landtag den im Rechts- und Verfassungsausschuß leicht mo-

[28] Richtlinien der kommunalpolitischen Tagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, in Fürth am 20.—22. 9. 1947. Der Kommentar zu den kommunalpolitischen Richtlinien der SPD von Paul Hirsch aus dem Jahre 1929, neue Auflage: Köln 1947, wurde als verbindlich für die kommunalpolitische Arbeit erklärt. — In einer Rundfunkrede am 21. April 1948 stellte Knoeringen fest, daß „die Gemeinde das Fundament des Staates in einer politischen Demokratie" sei. Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, sei für die Gemeinden auch eine Steigerung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit notwendig (RD, Nr. 132, 27. 4. 48, S. 143; spk, 21. 4. 1948). Ähnliche Gedanken Knoeringens in: „Richtlinien für die Vorbereitung der Gemeindewahlen 1948" (RD, Nr. 118, ohne Datum); „Die Sozialdemokratie zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen" (spk, 16. 4. 48). Die Forderung nach Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden war in den kommunalpolitischen Richtlinien noch nicht enthalten.

[29] Richtlinien der kommunalpolitischen Tagung Fürth 1947, Abschnitt A, Punkt 10.

[30] KdL 23, 20. 11. 47.

[31] Verf. Bayern, Art. 10, Abs. 4; Art. 11, Abs. 3; Art. 83, Abs. 3; Art. 77, Abs. 2.

[32] KdL 25, 5. 12. 47.

[33] Beilage 878.

difizierten[34] sozialdemokratischen Antrag[35]. Die Regierung legte den Gesetzentwurf in der ersten Legislaturperiode des Landtags allerdings nicht mehr vor.
In ihren Koalitionsbedingungen nach der Landtagswahl 1950 trat die bayerische SPD für die Durchführung der Verwaltungsreform unter Zugrundelegung der von ihr aufgestellten Richtlinien, für die Schaffung der verstärkten Selbstverwaltung der Gemeinden auf der Grundlage der von ihr erarbeiteten Gemeindeordnung und für eine allgemeine Entbürokratisierung und Demokratisierung der Verwaltung ein[36]. Zusätzlich forderte sie die Beseitigung der Doppelarbeit von Bundes- und Landesbehörden. In der zweiten Legislaturperiode des Landtags erreichte die bayerische SPD — nicht zuletzt auf Grund des starken persönlichen Engagements ihres Innenministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Hoegner — die Erstellung und Verabschiedung einer Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung für Bayern[37]. Die programmatische Forderung nach Selbstverwaltung konnte damit durch die Rückkehr der SPD in die bayerische Regierung teilweise verwirklicht werden.

c) Bayern und der Bund

Die Diskussion in der bayerischen SPD um das politische System des künftigen deutschen Staates und um die Stellung Bayerns in ihm war 1945—46 belastet durch die mißverständlichen Konzeptionen und Äußerungen des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoegner, der vor und während der ersten Phase seiner Zeit als Landesvorsitzender im wesentlichen die Programmatik und Politik der bayerischen SPD bestimmte. Hatte sein Aufsatz „Föderalismus, Unitarismus oder Separatismus?"[38], in dem er den „Berliner Unitarismus" als „Schreckgespenst" und „unheimlichen Moloch" bezeichnete, ihm bereits den Protest der Vorstände der politischen Parteien Berlins beim Kontrollrat eingetragen[39], so waren seine Äußerungen in der folgenden Zeit nicht geeignet, seine uneinheitlichen Interpretationen des bayerischen Föderalismus zu klären[40] und ihm auf die Dauer die Zustimmung seiner eigenen Partei zu sichern[41]. Die Mißverständlichkeit der Äußerungen Hoegners zwingt zu einer kurzen Feststellung dessen, was er beabsichtigte. Er wollte die Errichtung eines — wie er sagte — deutschen Bundesstaates, der in praxi allerdings wohl mehr der Konstruktion eines Staatenbundes entsprochen hätte, da ein Höchstmaß an Kompetenzen und Kontrollrechten den Ländern verbleiben sollte. Er trat für die ausschließliche Existenz von Landesorganisationen — ob Parteien oder Verbände[42] — ein. Die Wahl der Abgeordneten zu dem späteren Bundestag sollte

[34] In Ziffer 1 wurden hinter dem Wort „Nordbayern" die Worte „und der Stadt Augsburg für Schwaben" eingefügt (Beilage 2149).
[35] Sten. Ber. LT, 100. Sitzung vom 27. 1. 49, S. 619.
[36] Koalitionsbedingungen, München, 4. 12. 50 (masch. geschr.; SPD-LV 49—50).
[37] Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 52 (GVBl., S. 19); Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 52 (GVBl., S. 39); Bezirksordnung für den Freistaat Bayern vom 27. 7. 53 (GVBl., S. 107). Vgl. weiterhin Hoegner, Außenseiter, S. 315 f.
[38] SZ, 13. 11. 45.
[39] Die Begründung war, daß Hoegner „die Autonomie verlangte und separatistische Gelüste hätte" (Hoegner, Außenseiter, S. 278).
[40] Vgl. ebenda.
[41] Die Angriffe der Delegierten des Landesparteitages in Rosenheim 1949 gegen Hoegner basierten zum wesentlichen Teil auf seiner umstrittenen Haltung in der Frage des Föderalismus.
[42] Vgl. oben S. 102.

nicht direkt durch das deutsche Volk, sondern indirekt durch die Landesparlamente vollzogen werden, was die Praktizierung des imperativen Mandats einschloß[43].
Die Verwirrung in der Frage des Systems des künftigen deutschen Staates wurde dadurch erhöht, daß am 9. Mai 1946 der Gouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General McNarney, Hoegners Vorstellungen guthieß[44] und auch Carlo Schmid ähnliche Erklärungen abgab[45]. In der bayerischen SPD setzten sich jedoch zunehmend diejenigen Kräfte durch, die in Übereinstimmung mit den traditionellen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie und der Mehrzahl der Mitglieder des Parteivorstandes in Hannover der Auffassung waren, daß das System des zukünftigen Deutschland zwar föderalistisch sein dürfe, jedoch ausgestattet mit einer starken zentralen Führungsspitze. In Resolutionen hatte sich die 1. Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Bayern in Erlangen im April 1946 bereits eindeutig für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands als einer dringenden Notwendigkeit ausgesprochen und allen separatistischen Bestrebungen in Bayern den schärfsten Kampf angesagt[46]. Seit dem Nürnberger Parteitag der Gesamtpartei 1947 stand die bayerische SPD wie in ihrer gesamten Politik so auch in ihrer Deutschlandpolitik auf dem Boden der dort beschlossenen Richtlinien[47]. Die bayerischen Bezirke schlossen sich dieser Linie des Landesverbandes und der Gesamtpartei an[48].
Die positive Phase der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik, die Schaffung der Bizone und die weitere Entwicklung bis zur Entstehung der Bundesrepublik Deutschland gaben der bayerischen SPD Gelegenheit, ihre Auffassung vom System des künftigen deutschen Staates scharf von der der CSU und der Bayernpartei abzugrenzen[49]. Die SPD zeigte vor allem in der Deutschlandpolitik die enge geistige Verbindung zwischen diesen Parteien und der ehemaligen Bayerischen Volkspartei auf[50], verwies auf die „gefährliche Richtung zu einer neuen Ordnungszelle"[51] und einen „katholischen Länderblock" „hinter der Nebelwand föderalistischer Proklamationen"[52]. Auf Grund von Äußerungen des französischen Botschafters Bonnet stand die bayerische SPD Kontakten bayerischer Politiker mit französischen — insbesondere katholischen — Kreisen, betont mißtrauisch gegenüber[53]. Eine eindeutige Klarstellung der Deutschlandpolitik der bayerischen SPD erfolgte auf dem Landesparteitag in Fürth 1948. Der Landesverband bekannte sich als integraler Bestandteil der Gesamtpartei und befürwortete den einheitlichen Reichsgedanken. Er distanzierte sich von dem „bayerischen CSU-Föderalismus mit seiner nach Rom gerichteten Tendenz" und betonte nochmals die auf dem Nürnberger Parteitag beschlossenen Richtlinien als Grundlagen seiner Politik: Er strebte einen Bundesstaat an, in dem die Eigenständigkeit der Länder „im Sinne einer gesunden Dezentralisation gewährleistet wird"[54]. Entsprechend fand auch das Ergebnis der Beratung der Ministerpräsidenten in

[43] Alle Angaben durch Interview Hoegner. Vgl. demgegenüber den wesentlich milderen Föderalismus Vollmars. Hoegner (I) wandte sich entschieden gegen Zeitungsberichte, nach denen er zur Durchsetzung seiner Konzeption eines künftigen deutschen Staates Verbindung zu gaullistischen Kreisen gehabt haben soll und vermutete dahinter führende fränkische CSU-Politiker. (Vgl. auch Außenseiter, S. 205).
[44] Hoegner, Außenseiter, S. 280.
[45] So etwa in einer Rede in Reutlingen am 10. Februar 1946 (zit. ebenda).
[46] Unser Weg, S. 25/26 (SPD-LV 45—46).
[47] RD, Nr. 86, 19. 1. 48, S. 86.
[48] Besonders wichtig ist die Entschließung der Konferenz des traditionell sehr eigenständigen Bezirks Oberbayern der SPD vom 29. Febr. 48 in: RD, Nr. 121, S. 121/122.
[49] Ministerpräsident Ehard sprach zum ersten Mal in seiner Regierungserklärung „von dem Vorhandensein eingehender Vorarbeiten für eine föderalistische Bundesverfassung", ohne bis zu diesem Zeitpunkt Beratungen mit anderen Parteien darüber gehabt zu haben (Sten. Ber. LT, 31. Sitzung vom 24. 10. 47, S. 93).
[50] Vertraute Klänge in: RD, Nr. 125, 4. 3. 48, S. 125, und spk, 26. 2. 48.
[51] So die Kritik des Landesvorstandes der bayerischen SPD an der Rede Ehards im Münchner Prinzregententheater am 30. 11. 47 (KdL 25, 5. 12. 47).
[52] KdL 26, 9. 12. 47 und KdL 27, 15. 12. 47.
[53] Von Ellwangen bis Brückenau, in: RD, Nr. 140, 27. 4. 48, S. 150.
[54] Südost-Kurier, 16. 6. 1948.

Koblenz, die sogenannten Koblenzer Beschlüsse, die volle Billigung des Landesausschusses der bayerischen SPD[55].
Der Gründung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Willen der westlichen Alliierten und auf dem Boden des Grundgesetzes stimmte die bayerische SPD zu, wenn sich auch ihr „Außenseiter" Hoegner nur mühsam zu einer ähnlichen Haltung durchringen konnte[56]. In der Landtagsdebatte über Annahme oder Ablehnung des Grundgesetzes in Bayern stellte sich die bayerische SPD in scharfen Gegensatz zu der CSU, die mit ihrer absoluten Mehrheit ihrer Stimmen das Grundgesetz ablehnte[57]. Ein weiteres Mal war die SPD als parlamentarische Opposition im Bayerischen Landtag nicht stark genug, ihre Vorstellungen in einer wichtigen politischen Frage durchzusetzen.

4. WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

In ihren Programmen bei Wiederzulassung auf Kreis- bzw. Landesebene vertrat die SPD in Bayern die traditionellen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie[1]. Hoegner interpretierte eine Sozialisierung genossenschaftlich[2] und — soweit es Grundstoff- und Großindustrie, Großbanken und größere Versicherungsunternehmen, Währungs- und Kreditwesen betraf — staatsmonopolistisch[3]. Die entsprechenden Bestimmungen des Hoegnerschen Verfassungsentwurfs hob allerdings die amerikanische Militärregierung auf[4]. Nach der Forderung an die Regierung, die bayerischen Hütten- und Bergbaubetriebe zu verstaatlichen[5], und nach der Anerkennung der Kölner Resolution der Gesamtpartei vom 25. September 1946, die sich zu einer geplanten Wirtschaft bekannte[6], setzte sich die bayerische SPD in ihrem Aktionsprogramm vom 15. Dezember 1946 und in dem Ergebnis der Beratung ihrer Landtagsfraktion am 28./29. Januar 1947[7] für eine starke Wirtschaftsplanung unter demokratischer Kontrolle, eine paritätische Einschaltung der Gewerkschaften in die Kontrollorgane der Wirtschaft[8], den schnellsten Umbau der Wirtschaftsverwaltung[9] sowie Maßnahmen gegen Mißstände und Korruption im wirtschaftlichen Bereich ein. Diese sozialdemokratischen Forderungen konnten allerdings nicht konkret durch die Verfassung belegt werden[10]. Da im Landtag die sozialisierungsfreundlichen Abgeordneten der CSU nur eine Minderheit bildeten,

[55] Entschließung des Landesausschusses der SPD, Landesverband Bayern, am 17./18. 7. 1948 in Kochel, in: Pressedienst der SPD, 18. Juli 1948 (SPD-A. 1948).
[56] Sten. Ber. LT, 110. Sitzung vom 19./20. 5. 47, S. 169 f.
[57] Vgl. oben S. 70 f.
[1] Vgl. Programm der SPD Augsburg vom 1. 12. 45 und Aktionsprogramm der SPD bei Wiederzulassung auf bayerischer Landesebene 1946 (beide im Anhang SS. 210/211 und 211/212).
[2] Unser Weg, S. 17 (SPD-LV 45—46).
[3] Vgl. Punkt 5 des Aktionsprogramms der SPD bei Wiederzulassung auf bayerischer Landesebene.
[4] Interview Hoegner: „Die Sozialisierungsfrage spielte für Bayern nicht die Rolle." Hoegner erklärte die Sozialisierungsforderungen in dem von ihm verfaßten Aktionsprogramm mit der chaotischen Situation nach 1945, von der er seinerzeit glaubte, daß sie nur durch Sozialisierung (vor allem der gesamten Elektrizitätswirtschaft) und Planung überwunden werden könne. — Zu der Intervention der amerikanischen Militärregierung vgl. Hoegner, Außenseiter, S. 256.
[5] LPT Erlangen, Unser Weg, S. 26 (SPD-LV 45—46).
[6] Abgedr. in: Aktionsprogramm mit Erläuterungen 1946, S. 27/28.
[7] Der Pressebrief, Mitteilungen und Informationen des Pressedienstes der SPD, Nr. 3/47, München, 29. 1. 47, hg. vom Landesvorstand der SPD Bayern.
[8] Aktionsprogramm mit Erläuterungen, S. 8.
[9] Gemeint war wohl die seit 1. Januar 47 existierende bizonale Verwaltung für Wirtschaft in Minden.
[10] Vgl. Verfassung Bayern, Art. 153, 155, 160.

konnte die SPD nicht auf eine Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen rechnen. Den Anspruch des Parteivorstandes, „daß die wirtschaftliche und damit politische Entmachtung der Großbesitzer die wichtigste Voraussetzung für die endgültige Festigung der Demokratie und des Friedenswillens in Deutschland ist"[11], vermochte die bayerische SPD — die zu dieser Frage in den altbayerischen Gebieten eine traditionell reservierte Haltung einnahm[12] — nicht zu verwirklichen.

Gegenüber den im Sinne einer Zentralverwaltungswirtschaft mißdeutbaren und mit dem Anspruch ausschließlicher Richtigkeit vorgebrachten Sozialisierungskonzepten der Führungsgremien der Gesamtpartei[13] entwickelte der sozialdemokratische Wirtschaftsminister in Bayern, Rudolf Zorn, eine wegweisende Alternative, die bei seinen ersten Darlegungen im Bayerischen Landtag[14] zwar von seiner Fraktion als eine „Sensation"[15] empfunden wurde, sich jedoch nicht unmittelbar in der Wirtschafts-[16] und Sozialpolitik der SPD niederschlug. Dennoch wurden seine Gedanken für die spätere Entwicklung der SPD so bedeutsam, daß sie kurz dargestellt werden müssen. Zorn stellte dem Begriff der Planwirtschaft, den er als die totale Planung der Wirtschaft durch den Staat definierte, den Begriff der Wirtschaftsplanung gegenüber, der unter Beachtung der wirtschaftlichen Theorien und Gesetzmäßigkeiten eine Synthese von Planung und freiem Markt beinhalte. Eine Verstaatlichung sollte nur insoweit realisiert werden, als dadurch tatsächliche wirtschaftliche und soziale Verbesserungen für die Allgemeinheit erreicht werden konnten. Auf dem Parteitag der SPD 1948 in Düsseldorf erklärte Zorn, daß das oberste sozialistische Ziel, die Entproletarisierung des Proletariats, nur durch eine Kombination der beiden extremen Wirtschaftssysteme erreicht werden könne, indem soziale und wirtschaftliche Kontrolle und Freiheit sich sinnvoll gegenseitig ergänzten[17]. Die weitere Entwicklung in der bayerischen SPD und in der Gesamtpartei zeigte jedoch, daß die Mehrzahl der führenden Politiker in der Partei noch nicht bereit war, die Ideen Zorns als akzeptable, allgemein verbindliche Programmatik für Wirtschafts- und Sozialpolitik in der SPD anzuerkennen, obwohl Knoeringen in einer die wirtschaftlichen Probleme umgreifenden politischen Rede im Landtag sich voll zu den wirtschaftspolitischen Ideen Zorns bekannte[18] und diese Rede durch den Landesvorstand „als grundsätzliche Stellungnahme der bayerischen SPD zur Wirtschaftspolitik" bezeichnet wurde[19].

[11] Herbert Kriedemann, Wirtschaft ist Schicksal, in: SPD-Informationsdienst, Nr. 4, 4. März 1947.

[12] Hoegner (I). Seiner persönlichen Einstellung nach teilte Hoegner die Auffassung dieser subregionalen Gruppen seiner Partei. Zu seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption 1945/46 vgl. oben S. 170 A. 4.

[13] Vgl. hierzu Narr (CDU-SPD, S. 112 ff.), dessen Darstellung in diesem Punkt — mitbedingt durch das Fehlen einer verbindlichen Aussage der Parteiführung, was letztlich durch eine Sozialisierung bewerkstelligt werden sollte — selbst nicht ohne Widerspruch ist (vgl. S. 113: „Dieser freiheitliche Sozialismus . . . wurde . . . mit dem Pathos der Ausschließlichkeit als die einzig mögliche Wirtschaftsform verkündet . . .". Demgegenüber S. 114: „Dies Wirtschaftsprogramm . . . war ja durchaus nicht doktrinär.").

[14] Sten. Ber. LT, 22. Sitzung vom 26. 6. 47, S. 660 ff.

[15] Parlamentsdienst der SPD (spk), 27. Juni 1947.

[16] Auf die Gestaltung der wirtschaftspolitischen Richtlinien der Partei hatte — mit Zustimmung Schumachers — Ernst Nölting den stärksten Einfluß, dessen Konzeptionen sich teilweise mit denjenigen Zorns deckten (RD, Nr. 90, 24. 1. 48, S. 96). Vgl. auch Viktor Agartz, Sozialistische Wirtschaftspolitik, Rede auf dem PT der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 9. Mai 1946 in Hannover, Hamburg-Wandsbek o. J. (1946). An den Formulierungen waren Ernst Nölting und Gerhard Weisser beteiligt, so daß das Referat allgemeinverbindlichen Charakter für die Wirtschaftspolitik der SPD trug. Die Ausführungen von Agartz standen nirgends in grundsätzlichem Widerspruch zu Zorn, betonten jedoch bei aller Anerkennung wirtschaftlicher Selbstverwaltung (S. 16) stärker die zentrale staatliche Planung (S. 14).

[17] Rudolf Zorn, Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe. Referat, gehalten auf dem PT in Düsseldorf, Rosenheim 1948, insbes. S. 8 f. Vgl. auch ders., Gedanken zur wirtschaftlichen Neuorientierung, München 1948. Vgl. auch SZ, 18. Sept. 48.

[18] Sten. Ber. LT, 24. Sitzung vom 16. Juli 47, S. 760 ff.

[19] KdL 8, 21. 7. 47.

Die Debatte um den Etat des bayerischen Wirtschaftsministeriums im Dezember 1947[20] zeigte allerdings auf Grund der mangelnden Einheitlichkeit der Argumentationen der Redner der SPD-Fraktion, „daß die Fragen der sozialistischen Planwirtschaft in unseren (der bayerischen SPD, W. B.) eigenen Reihen noch intensiver diskutiert werden müssen"[21]. Als Diskussionsgrundlage empfahl der Landesvorstand mehrfach das Buch von Paul Sering[22] „Jenseits des Kapitalismus", in dem allerdings — teilweise im Gegensatz zu dem Zornschen Wirtschaftsmodell — eine staatliche Planung als „das unentbehrliche Organ für die Steuerung der hierarchisch organisierten Produktion"[23] bezeichnet wurde.

Als die bayerische SPD auf Grund des Beschlusses des erweiterten Landesausschusses am 13./14. September 1947 aus der Koalition austrat[24], legte sie das Schwergewicht ihrer Oppositionstätigkeit im Landtag zunächst auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die vom wirtschaftspolitischen Landesausschuß[25] und dem „Gehirn-Trust"[26] beim Landesvorstand ausgearbeiteten „Vier Gesetze zur Demokratisierung der Wirtschaft"[27] wurden zur wesentlichen Grundlage der künftigen Oppositionspolitik erklärt:

1. Gesetz zur Durchführung des Art. 175 der Bayerischen Verfassung und für Demokratie in der Wirtschaftsverwaltung (Betriebsrätegesetz);
2. Gesetz über Errichtung von Beiräten in der Wirtschaftsverwaltung zur Sicherung des Gemeinwohls;
3. Gesetz über Gemeinunternehmen;
4. Gesetz über wirtschaftsdemokratische Schulung[28].

Die schwache Stellung der SPD in der Opposition und die einseitig durch den Demontagebefehl der Alliierten bestimmte Aktualität der Wirtschafts- und Sozialpolitik machten eine rasche Realisierung der wirtschaftlichen und sozialen Programmatik der SPD in Bayern unmöglich. In der Demontage-Frage versuchte die bayerische SPD, einen mäßigenden Einfluß auf die amerikanische Militärregierung auszuüben[29], und fand damit sowie durch die rasche Aufnahme von Kontakten mit den Betriebsleitungen und durch die Ausarbeitung eines präzisen Memorandums über die Auswirkungen der Demontagen in Bayern bei Betrieben[30] und Regierung[31] Anerkennung. Als Opposition konnte sie sich allerdings dadurch nicht profilieren.

In einzelnen Städten und im Landtag buchte die bayerische SPD einen Erfolg, als das auf der Grundlage der Richtlinien des sozialdemokratischen Praktikerausschusses (sogenannter Gehirn-Trust II)[32] erarbeitete Notprogramm mit 45 gegen 40 Stimmen angenommen wurde[33]. Die hauptsächlichen, längerfristig geplanten wirtschaftlichen und sozialen Programmpunkte der bayerischen SPD erhielten jedoch keine Gesetzeskraft, da CSU und bayerische Regierung trotz der von der SPD mit Anerkennung aufgenommenen pro-

[20] Lorenz Hagen, Sten. Ber. LT, 37. Sitzung vom 28. 11. 47, S. 267 ff.; Wimmer, Sten. Ber. LT, 38. Sitzung vom 3. 12. 47, S. 280 ff.; Piehler, ebenda, S. 293 ff.; Drechsel, ebenda, S. 303 ff.

[21] KdL 25, 5. 12. 47.

[22] Pseudonym für Richard Löwenthal.

[23] S. 205.

[24] Vgl. oben S. 65 f.

[25] KdL 3, ohne Datum (Mitte Juni 1947).

[26] Vgl. oben S. 106.

[27] „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist Kernstück der sozialdemokratischen Politik; die praktischen Schritte in Bayern hierzu sind die 4 Gesetze zur Demokratisierung der Wirtschaft" (RD, Nr. 39, Dez. 47).

[28] KdL 13, 25. 8. 47; Arbeitstagung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 25.—29. Aug. 1947, mit Beilagen; Landesausschuß-Tagung der SPD am 13./14. Sept. 1947, mit Beilagen; Pressekonferenz der SPD (von Knoeringen) in München, am 9. 10. 47 (sämtliche in SPD-LV 47).

[29] Erklärung des Landesvorsitzenden der SPD in Bayern zur Demontage (RD, Nr. 24, Okt. 1947; KdL 20, 27. 10. 47; Pressekonferenz der SPD-Landtagsfraktion zur Demontage, spk, 10. 11. 47).

[30] spk, 10. 11. 47; KdL 21, 30. Okt. 47; Betriebsräte von Kugelfischer danken der SPD (RD 32, Nov. 47).

[31] Ehard, Sten. Ber. LT, 33. Sitzung vom 31. 10. 47, S. 137.

[32] Vgl. oben S. 106.

[33] Sten. Ber. LT, 39. Sitzung, 5. 12. 47, S. 332, Beilage 802; KdL 26, 9. 12. 47; parteiliche Stellungnahme der SPD in: KdL 21, 30. Okt. 47.

grammatischen Rede des Wirtschaftsministers Seidel[34] auf Grund ihrer inneren Zerrissenheit nicht in der Lage waren, sich zu einer einheitlichen und konstruktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzuringen[35]. Eine zusätzliche Erschwernis der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Bayern bedeutete die Haltung der amerikanischen Besatzungsmacht, die immer deutlicher auf eine Ablehnung fast sämtlicher Sozialisierungsvorstellungen hinauslief[36]. Die scharfen Stellungnahmen des Landesvorsitzenden von Knoeringen und der Landtagsfraktion der SPD in Bayern gegen eine Rede des Direktors für Wirtschaft in Frankfurt, Semler, in der dieser Kritik an der amerikanischen Besatzungspolitik geübt hatte[37], müssen als Versuche der bayerischen SPD gewertet werden, ihr Verhältnis zur amerikanischen Militärregierung zu verbessern, um dadurch in Bayern und im Bizonen-Wirtschaftsrat stärkeren Einfluß zu gewinnen[38].

Die politischen Konstellationen in Bayern[39] zwangen Landesvorstand und Landtagsfraktion ab Februar 1948, eine Schwerpunktänderung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik von den „Vier Gesetzen zur Demokratisierung der Wirtschaft" auf den Wohnungsbau vorzunehmen. Knoeringen wies auf die Bedeutung des Wohnungsbaus für die gesellschaftliche Entwicklung in Bayern hin und betonte, ohne Wohnungen gebe es keine Demokratie[40]. Bewußt stellte die SPD eine Besserung der Ernährungslage, die sich durch die alliierte Politik bereits ankündigte, als wesentlich leichter zu lösendes Problem gegenüber der Deckung des Wohnungsbedarfs dar, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung in dieser wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgabe auf die sozialdemokratische Programmatik zu lenken. In elf Punkten forderte die SPD-Fraktion Maßnahmen zur Errichtung von 100 000 Wohnungen von 1948 bis 1950. Sie erhob die Losung „Baut Wohnungen!" zu ihrem „Kampfruf"[41] und begann damit die politische Aktion zur Durchsetzung ihres Aufbauplanes[42]. Ein erfolgreiches sozialdemokratisches Wohnungsbauprogramm in Bayern bot für die SPD die Möglichkeit, einen starken Stimmenzuwachs in der Bevölkerung zu erreichen, um dadurch Volksbegehren und Volksentscheid durchzuführen oder spätestens bei der nächsten Landtagswahl günstig abzuschneiden[43]. In erster Linie war das Wohnungsbauprogramm der bayerischen SPD als ein Demonstrationsobjekt gedacht, um für jedermann deutlich zu unterstreichen, daß die chaotische wirtschaftliche und soziale Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht durch privatwirtschaftliche Initiative, sondern nur durch konzentrierte Planung im Landesmaßstab

[34] Sten. Ber. LT, 39. Sitzung vom 5. 12. 47. — Die SPD stellte die Übereinstimmung in wesentlichen Punkten zwischen Seidel und Zorn fest und betonte die daraus erwachsende Gefahr für ihre wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik (KdL, Nr. 26, 9. 12. 47).

[35] Ein Beispiel hierfür boten die CSU-Redner in der Debatte um den Wirtschaftsetat. Ihre Konzeptionen reichten von der Betonung der freien Unternehmerinitiative (Stinglwagner), Sten. Ber. LT, 37. Sitzung vom 28. 11. 47, S. 265 ff. über die Sozialisierung der Monopolindustrie und einen christlichen Sozialismus (Schefbeck, Sten. Ber. LT, 38. Sitzung vom 3. 12. 47, S. 275 ff.) bis zur Planwirtschaft (Kroll, Sten. Ber. LT, 38. Sitzung vom 3. 12. 47, S. 313 ff.). Zum Standpunkt der SPD: Die Verschleppungstaktik der CSU, Rede des SPD-Abgeordneten Albert am 5. Dez. 47 im Bayerischen Rundfunk (abgedr. in: RD, Nr. 59, Dez. 47, S. 46/47).

[36] Vgl. „Amerika und Sozialisierung in Deutschland", in: RD, Nr. 62, 16. Dez. 47, S. 51/52. — Vgl. auch oben S. 56 f. Vgl. als Beispiel für die sozialisierungsfeindliche Haltung der amerikanischen Militärregierung Kommentierung und Stil der von der amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebenen „Neuen Zeitung". Sie veröffentlichte etwa zwei ausführliche Artikel von Ludwig Erhard, dem Direktor der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung, während ein Beitrag von Rudolf Zorn erst nach langwierigen Umarbeitungen, langen Verzögerungen, sinnentstellenden Kürzungen und irreführenden Zwischenüberschriften veröffentlicht wurde. Hierüber ausführlich: spk, 16. 4. 48.

[37] Vgl. unten S. 179 f.

[38] RD, 81, 13. Jan. 1948, S .78; RD, 85, 19. 1. 48, S. 78; RD, 87, 19. Jan. 48, S. 87; RD, 88 bis 99, 19. Jan. 48, S. 88—95; KdL 30, 26. 2. 48; Sten. Ber. LT, 45. Sitzung vom 16. 1. 48, SS. 553 ff., 570.

[39] Vgl. oben S. 68.

[40] Sten. Ber. LT, 54. Sitzung vom 18. 2. 48, S. 871 ff.

[41] Ebenda, S. 880.

[42] KdL 30, 26. 2. 48.

[43] Vgl. oben S. 67 ff.

und durch die Unterstützung des Landtages, der Landesregierung, der Verbände (vor allem der Gewerkschaften und Genossenschaften) und selbstverständlich der SPD selbst zu meistern war. Das Wohnungsbauprogramm sollte auf Initiative der SPD eine gemeinsame Aktion aller aufbauwilligen Kräfte in Bayern bewirken und der SPD eine dominierende Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Aufbaupolitik in Bayern sichern[44]. Gerade mit ihrem großangelegten und von Spezialisten durchdachten Wohnungsbauprogramm mußte die bayerische SPD in der Folge die ganze Bitterkeit einer Oppositionspartei erfahren, die einer Regierungspartei mit absoluter Mehrheit gegenüberstand. Die SPD-Fraktion forderte im Landtag zwar ein Gesetz zur Beschaffung von Bauland als Voraussetzung zur Realisierung ihres Wohnungsbauprogramms[45], der Antrag wurde jedoch weder von der SPD noch von der Regierung weiter verfolgt.

Die Arbeit des sogenannten Bauhauptausschusses der Partei und die Veröffentlichung einer Broschüre „Plan ‚A'" bildeten die fachliche und propagandistische Vorbereitung des Wiederaufbauplanes der SPD, der im Mittelpunkt des Landesparteitages in Fürth 1948 stand und im Rahmen der „Aktion A" der SPD zum politischen Durchbruch in Bayern verhelfen sollte[46]. Mit der Beschlußfassung über die Finanzierungsmöglichkeiten durch den Landesausschuß der bayerischen SPD am 17./18. Juli 1948[47] und mit der Gründung des „Volksbauwerkes Bayern" zur Durchführung des Planes „A" auf einer überparteilichen Ebene unter Beteiligung von bayerischer SPD, von Vertretern der Gewerkschaften sowie den bayerischen Wohnungsbaugenossenschaften, den bayerischen Städten und Gemeinden am 18. Oktober 1948[48] schienen die Voraussetzungen für ein Gelingen der sozialdemokratischen Wiederaufbaupolitik in Bayern gegeben zu sein. Die faktischen Bedingungen der bayerischen Politik liefen jedoch den Interessen der Sozialdemokratie zuwider. Die CSU konnte den Erfolg auf dem wichtigen Sektor des Wiederaufbaus in Bayern nicht der SPD überlassen[49], die SPD andererseits ihren Plan ohne Mitwirkung der staatlichen Verwaltung und ohne gesetzliche Grundlagen nicht realisieren. Hinzu kamen enorme organisatorische Schwierigkeiten und Mängel in der bayerischen SPD selbst, die dazu führten, daß die Richtlinien des Landesverbandes zur Durchführung des Planes „A" auch nicht entfernt durchgeführt wurden[50].

Durch die Besserung des wirtschaftlichen und sozialen Standards in Bayern konnte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD nicht mehr auf die Resonanz in der Bevölkerung hoffen, wie noch in den Jahren zuvor. Das politische Interesse der Öffentlichkeit konzentrierte sich in stärkerem Maße auf die Entwicklung der Deutschlandpolitik, die in der Institutionalisierung des Wirtschaftsrates, des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee, des Parlamentarischen Rates und schließlich des Bundestages ihre immer deutlichere Ausprägung fand. Das Programm des Planes „A" der bayerischen SPD erwies sich in eben dem Moment, als es Politik werden sollte, als eine rein theoretische und fachliche Arbeit des Landesvorstandes in Verbindung mit Spezialisten ohne jegliche Aussicht auf

[44] RD; 130, 1. 4. 48.
[45] Beilage 1280, 18. 3. 48.
[46] KdL 34, 11. 5. 48, P. 1; spk, 19. Mai 1948. Zu den organisatorischen Maßnahmen der SPD vgl. oben S. 109 f. Zu den Veröffentlichungen vgl. unten SPD-LV 1948, S. 274/275.
[47] Entschließung des Landesausschusses der SPD, Landesverband Bayern, am 17./18. 7. 48 in Kochel, masch. geschr. für: Pressedienst der SPD, München, 18. Juli 1948, mit Beilage zur Entschließung des Landesverbandes Bayern der SPD: „Richtlinien zur sofortigen Finanzierung des Planes ‚A'". Plan „A" der SPD, Finanzierung und Durchführung, 2. Denkschrift, hg. vom Landesverb. Bayern der SPD, Rosenheim, Aug. 1948 (sämtliche in SPD-LV 48). Vgl. auch Rudolf Zorn „Plan A der bayerischen SPD" in: SZ, 13. Juli 48; vgl. ebenso Südost-Kurier, 21. Juli 1948.
[48] SZ, 23. Okt. 48.
[49] Vgl. Willi Ankermüller, Staatsminister des Innern, Bayerns Aufbauprobleme, in: SZ, 31. 7. 1948.
[50] Vgl. oben S. 110 ff.

Realisierung in der praktischen Politik. Der Versuch einer konstruktiven und in der Öffentlichkeit wirksamen Opposition der bayerischen SPD mit dem Schwergewicht auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik, und hier zunächst auf den „Vier Gesetzen zur Demokratisierung der Wirtschaft" und anschließend auf dem Plan „A", scheiterte daran, daß die SPD in Bayern nicht die exekutive und legislative politische Übermacht der CSU in ihr Programm einkalkulierte, sondern in Überschätzung der eigenen politischen Kraft der Illusion einer erfolgreichen sozialdemokratischen Oppositionspolitik vor allem auf den Gebieten der Wirtschaft und des Sozialen verfiel und glaubte, dadurch eine „Volksbewegung" in Bayern zugunsten der SPD auslösen zu können. Die wirtschaftliche und soziale Wiederaufbauprogrammatik der SPD in Bayern erwies sich als eine wertvolle Anregung für Regierung und CSU — der SPD in der Opposition brachte sie keinen Erfolg. Zu spät erkannte die bayerische SPD nach ihrem Austritt aus der Koalitionsregierung, daß es nicht Aufgabe einer parlamentarischen Opposition sein kann, perfekt ausgearbeitete Pläne auf bestimmten politischen Gebieten vorzulegen, die dann vielleicht die Regierungspartei übernimmt, sondern die Regierung kritisch zu kontrollieren und konstruktive Vorschläge zu machen, deren vertiefte Ausarbeitung für die Oppositionspartei erst im Falle eines Wechsels in die Regierung von politischem Nutzen ist.

Als die Bestrebungen der bayerischen SPD, durch eine selbständige erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Mehrheit der bayerischen Bevölkerung zur Auflösung des Landtages zu erhalten, scheiterten, zog sie daraus die Konsequenz, daß ihr politischer Erfolg davon abhing, ob sie ihre Programmatik mit oder — noch besser — in der Regierung realisieren konnte[51]. Im Januar 1948 stellte die SPD den Antrag, die Regierung solle ein Programm für den Aufbau, Ausbau und Neubau von zunächst 30 000 Wohnungen vorlegen[52]. Dem gekürzten Antrag stimmten der Wirtschaftsausschuß des Landtages[53] und der Landtag[54] zu. Die SPD legte damit in Anerkennung der politisch-parlamentarischen Konstellation in Bayern den Wohnungsbau in die Hände des neu zu konstituierenden Ausschusses für Wohnungs- und Siedlungsbau, dem Knoeringen als stellvertretender Vorsitzender angehörte[55], und der Regierung, an der sie ab 1950 erneut beteiligt war[56].

Die Bilanz der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Bayern 1945 bis 1950 ist negativ. Das lag nicht an den wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen der bayerischen Sozialdemokraten, die in Rudolf Zorn einen richtungweisenden Exponenten in Theorie und Praxis[57] hatten. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der bayerischen SPD war aus ihrer Tradition, in der Konzeption Zorns und in der parlamentarischen Arbeit weniger dogmatisch als die des Parteivorstandes in Hannover; sie fiel jedoch der falschen Taktik der Partei zum Opfer, die sich insbesondere in dem Austritt der SPD aus der bayerischen Regierung 1947 offenbarte. In der Opposition war die sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik trotz ihrer zukunftsweisenden Bedeutsamkeit zur Bedeutungslosigkeit einer an der politischen Verantwortung nicht unmittelbar beteiligten Minderheit verurteilt.

Zu den Koalitionsbedingungen der bayerischen SPD nach der Landtagswahl 1950 zählten auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet in erster Linie die Schaffung eines Landesentwicklungsplanes und eines Gesetzes über die Landesplanung unter besonderer Be-

[51] Vgl. oben S. 75 f.
[52] Beilage 2182, 26. 1. 49.
[53] Beilage 2300, 10. 3. 49.
[54] Sten. Ber. LT, 105. Sitzung vom 17. 3. 49, S. 836.
[55] Sten. Ber. LT, 109. Sitzung vom 18. 5. 49, S. 51.
[56] Beilage 3344, 7. 2. 50; Beilage 3749, 3. 5. 50; Beilagen 240, 310 u. ö. (1950 ff.).
[57] Zorn war 1947 bayerischer Wirtschaftsminister (vgl. Anhang, S. 262).

rücksichtigung der Industrie- und Wohnraumplanung[58]. In der Koalition ab 1950 wäre eine konstruktive sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Landesmaßstab — 1949 hatte ohnehin der Bund starke wirtschaftspolitische Kompetenzen an sich gezogen — nur durch einen starken sozialdemokratischen Wirtschaftsminister realisierbar gewesen. Da die SPD in diesem Ressort jedoch keinen Einfluß hatte und sich auch nicht sonderlich darum bemühte, da — wie sie glaubte — sich im Wirtschaftsministerium „nichts Weltbewegendes ereignen" werde[59], mußte sie sich auf eine möglichst breit angelegte Sozialpolitik konzentrieren, die ihr Arbeitsminister Oechsle durchzusetzen hatte, und abwarten, bis es ihr möglich war, wieder in einem bayerischen Kabinett den Wirtschaftsminister zu stellen oder bis der Druck der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konstellationen auch andere Parteien dazu zwang, in regionalem Maßstab zu programmieren und zu planen. Den Wirtschaftsminister konnte die SPD in Bayern bis heute nicht mehr stellen — die Landesplanung ist heute eine von allen politischen Parteien in Bayern anerkannte Notwendigkeit geworden.
Die SPD beabsichtigte in der Koalition ab 1950 eine mit besonderen Vollmachten ausgestattete Position im Wirtschaftsministerium zu erhalten, um sich der Schaffung des Landesentwicklungsplanes ungehindert von der Bürokratie widmen zu können. Zustande kam jedoch lediglich ein Beirat zur Aufstellung der Richtlinien eines Landesentwicklungsplanes[60]. Erst 1957 schuf das Gesetz über die Landesplanung die rechtlichen Voraussetzungen für die von der SPD seit 1949 erstrebte „übergeordnete zusammenfassende Planung für eine den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernissen entsprechende Ordnung des Raumes"[61].

5. AGRARPOLITIK

Die politische und soziale Bedeutung der Landwirtschaft in Bayern ergibt sich aus dem Prozentsatz der in ihr tätigen Erwerbspersonen. 1946 waren 36,3 % der erwerbstätigen Bevölkerung Bayerns in der Landwirtschaft tätig[1]. Ziel der sozialdemokratischen Politik mußte es sein, diesem bedeutsamen Bestandteil der bayerischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur gerecht zu werden. Bei ihrer Wiederzulassung auf Landesebene forderte die SPD die „gesetzliche Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Kleinbauern und Landarbeiter"[2]. Diese programmatische Forderung war — von der wirtschaftlichen Rentabilität und Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen ganz abgesehen — deswegen unrealistisch, da für Bayern traditionell die mittelbäuerliche Betriebsstruktur charakteristisch war[3], sich ohnehin eine Verlagerung des zahlenmäßigen Schwergewichts

[58] Koalitionsbedingungen, München, 4. 12. 50, (hektographiert in SPD-LV 49—50).
[59] Überlegungen betr. die Unterstützung unserer Minister (masch. geschr. in SPD-LV 49—50).
[60] Sten. Ber. LT, 17. Sitzung vom 4. 4. 51, SS. 420 ff., 427; Beilagen 257, 340.
[61] Abgedr. bei Josef Umlauf, Wesen und Organisation der Landesplanung, Essen 1958, S. 205 ff.
[1] Die Wirtschaftsgruppe „Landwirtschaft" schließt in den Statistiken Tierzucht und Gärtnerei ein. Zum Vergleich: In Industrie und Handwerk waren 1946 in Bayern 33,6 % der Erwerbspersonen tätig (Beiträge zur Stat. Bayerns, H. 146, Teil II, SS. 19 und 133).
[2] Aktionsprogramm der SPD (SPD-LV 1945—46).
[3] Bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung am 22. Mai 1949 machten die bewirtschafteten Betriebsflächen von 5 bis unter 20 ha 45 % der rd. 503 800 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Bayern aus. (Bayern in Zahlen, 3. Jg., 1949, S. 202). Vgl. zum Besitzstand 1938: Stat. Hdb. f. Bayern, hg. v. Bayer. Stat. Landesamt, München 1946, S. 43 f.; Hoegner, Außenseiter, S. 261.

von den großen zu den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben ergab[4] und die großbäuerlichen Betriebe und Großgüter nur einen Anteil von 13 bis 14 % an der Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Bayern hatten, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß vor allem unter den Großbetrieben häufig reine Waldgebiete anzutreffen waren[5]. Die sozialdemokratische landwirtschaftliche Programmatik entsprach nicht den Interessen der Mehrzahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen in Bayern, weil sie in keiner Weise auf die aktuellen Strukturen der Landwirtschaft abgestimmt war. Durch ihre radikale Forderung nach Enteignung von Großbetrieben in der Landwirtschaft machte die bayerische SPD nach 1945 gerade jenen verhängnisvollen Fehler, den mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor Georg von Vollmar nicht begangen hatte, indem er bemüht war, Programmatik und Politik der bayerischen Sozialdemokratie den Interessen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung anzupassen und damit auch Erfolg hatte[6]. Interessant ist, daß für das Aktionsprogramm der SPD bei Wiederzulassung auf Landesebene 1946 Hoegner verantwortlich zeichnete, dessen Vorbild Vollmar war und der auf Grund seiner eigenen Herkunft vom Lande (er besuchte unter anderem drei Dorfschulen) große Sympathien für die agrarische Bevölkerung hatte[7]. Die sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik in Bayern nach 1945 erschien durch die verfehlte Ausgangsposition in den altbayerischen und schwäbischen Landesteilen suspekt, während sie in Franken mit seiner vorwiegend kleinbäuerlichen Agrarstruktur nicht ohne positive Resonanz blieb[8]. So mußte es Aufgabe der Sozialdemokratie in Bayern sein, die ursprünglichen Programmfehler zu überwinden und das Vertrauen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu gewinnen.

Eine Neuorientierung der sozialdemokratischen Landwirtschaftspolitik in Bayern vollzog sich nach einigen vorbereitenden Veröffentlichungen[9] auf der ersten Landeskonferenz in Erlangen am 13./14. April 1946[10]. Im Mittelpunkt der landwirtschaftspolitischen Forderungen stand die Bildung von Genossenschaften unter Beibehaltung des Eigentumsrechts und der Selbstverwaltung. Zusätzlich war zwar noch die Rede von „der Beendigung des Großgrundbesitzes mit Ausnahme der nötigen Saat-, Muster- und Moorgüter"[11], demgegenüber wurde jedoch ausdrücklich betont, daß „leistungsfähige Gutsbetriebe, die ihren Verpflichtungen auch in sozialen Beziehungen ... nachkommen, ... ruhig weiterbestehen ..." können, da „Mittel- und Kleinbetriebe allein ... die Ernährung der Bevölkerung nicht sicherstellen"[12].

In den Vordergrund der sozialdemokratischen Landwirtschaftspolitik in Bayern traten die Gesichtspunkte einer möglichst rentablen und produktiven Landwirtschaft, weswegen eine Bodenreform, die diesen Prinzipien — wie etwa in der sowjetischen Besatzungszone — nicht Rechnung trug, scharf abgelehnt wurde[13]. Die neue Einstellung der bayerischen SPD zu der Landwirtschaft und deren besonderer Bedeutung in Bayern schlug sich — nachdem am 18. September 1946 entsprechend dem Willen der amerikanischen Militär-

[4] Vgl. die betriebliche Struktur der bayerischen Landwirtschaft in: Bayern in Zahlen, 3. Jg. 1949, S. 202 ff.
[5] Ebenda, S. 203.
[6] Vgl. oben S. 36 f.
[7] Hoegner, Außenseiter, S. 7 und (I).
[8] Hoegner (I).
[9] Vgl. Sepp Bauernfreund, Sozialdemokratie und Landwirtschaft, in: Münchner Post, 5. April 1946.
[10] Die beiden Referate — L. Schmitt „Der Bauer heute und morgen" und Hans Gentner „Schutz den Bauern!" — wurden veröffentlicht in: Informationsdienst, hg. vom Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayern, Sondernummer, 23. April 1946; Sondernummer, 27. Mai 1946 und Sondernummer 2, im Mai 1946. Vgl. weiterhin die Forderungen der Bauern-Tagung im Rahmen der Landeskonferenz Erlangen, abgedr. in: Unser Weg, S. 20 (SPD-LV 45—46).
[11] Ebenda; vgl. weiter: Informationsdienst, Sondernummer, 23. April 1946 und 27. Mai 1946.
[12] Gentner, in: Informationsdienst, Sondernummer 2, im Mai 1946, S. 2.
[13] Ebenda.

regierung das Gesetz zur Bodenreform im Ministerrat beschlossen worden war[14] — bei den Beratungen der Bayerischen Verfassung und in der Verfassung selbst nieder[15]. Die landwirtschaftspolitische Aktivität der bayerischen SPD kam in der Schaffung eines agrarpolitischen Ausschusses beim Landesvorstand und in der Fixierung und Propagierung eines Bauernprogramms zum Ausdruck[16]. Ziel der Verhandlungen der bayerischen SPD mit Gewerkschaften und Bauernverband war es, organisatorisch und politisch neben den Arbeitern auch die Bauern für die Ziele der Sozialdemokratie zu gewinnen[17].

Erst im Laufe des Jahres 1946 entwickelte sich der agrarpolitische Ausschuß beim Parteivorstand in Hannover[18]. Seine Ausarbeitung eines „Gesetzentwurfes für die Bodenbesitzreform" war für die Gesamtpartei verbindlich und sollte in der agrarpolitischen Arbeit der Bezirksausschüsse verwertet werden[19]. Der bayerischen SPD wurde durch Herbert Kriedemann vom Parteivorstand allerdings ausdrücklich zugebilligt, daß „Bayern das einzige Land mit einer wirklich durchorganisierten agrarpolitischen Arbeit sei" und aus den Erfahrungen der bayerischen Sozialdemokraten „die Bezirke lernen können, die sich noch weit zurückbefinden"[20]. Ausgangspunkt der Programmatik des agrarpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand war das Bekenntnis zur Bodenreform[21].

1947 führte die bayerische SPD in jedem ihrer Bezirke zwei agrarpolitische Bezirkskonferenzen durch[22]. Der Landesvorstand der bayerischen SPD erklärte die nach den Grundsätzen des Parteivorstandes in Hannover erarbeitete Broschüre „Bauer und Arbeiter" von Max Walther, München (1947), für die agrarpolitische Arbeit der SPD-Bezirke für verbindlich[23]. Auf dieser Grundlage veröffentlichten die „Bauernbriefe" Stellungnahmen der Partei zu aktuellen landwirtschaftlichen Problemen. Weiterhin erschienen Beiträge in „Tribüne der Partei"[24].

Das unlösbare Dilemma der sozialdemokratischen Landwirtschaftspolitik bestand insbesondere darin, daß die Partei einerseits für eine leistungsfähige Landwirtschaft eintrat, was im wesentlichen die Beibehaltung von Mittel- und Großbetrieben in sich schloß, andererseits jedoch gerade die Kleinbauern von der SPD eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage erwarteten[25]. Die Alternative bestand zwischen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und der Gewinnung der Kleinbauern als Mitglieder und Wähler. Die bayerische SPD entschloß sich politisch mehr für ersteres und konnte deswegen auch von den Kleinbauern außerhalb Frankens kaum Stimmengewinne erzielen.

[14] Veröffentlicht in GVBl. Nr. 21/1946 vom 25. Nov. 1946, S. 326.

[15] Diese Verfassungsparagraphen stammen von Hoegner, womit nach dem vorher Dargelegten (S. 204) bewiesen wäre, *daß Hoegner sich einer äußerst widersprüchlichen Landwirtschaftspolitik befleißigte.* Vgl. zu der Haltung Hoegners und Roßhaupters bei der Beratung der Art. 153 und 163 im Verfassungs-Ausschuß: Sten. Ber. V. A., 26. Sitzung vom 30. 8. 46, S. 569 f.; 28. Sitzung vom 3. 9. 46, S. 637 ff.

[16] Das „Bauern-Programm", das auf der Sitzung des agrarpolitischen Landesausschusses am 8. 8. 46 einstimmig angenommen wurde (RD, 58, Dez. 47, S. 45), befindet sich hektographiert ebenfalls in SPD-LV 45—46. Vgl. weiterhin: Agrarpolitische Richtlinien für die sozialdemokratische Partei in Bayern, Entwurf: Genosse Max Walther, Lauf (Pegnitz) 1946. Die beiden letztgenannten Veröffentlichungen der SPD wiesen insbesondere in der Frage der Bodenreform keine einheitliche Haltung auf. Das „Bauern-Programm" als offizielles Programm stand jedoch mehr auf der Linie, die von der bayerischen SPD seit ihrer Landeskonferenz in Erlangen praktiziert wurde. Als historischer Anknüpfungspunkt wurde das Agrarprogramm des Kieler PTs von 1927 angesehen, wozu sich auch die Entschließung zur Agrarpolitik auf dem Nürnberger PT der SPD bekannte (RD, 58, Dez. 47, S. 45).

[17] Vgl. oben S. 86 ff.

[18] SPD-Jb. 1946, S. 47.

[19] Ebenda.

[20] Brief Kriedemanns an den Landesvorstand, undatiert, auszugsweise abgedr. in: KdL 27, 15. 12. 47.

[21] SPD-Jahrbuch 1946, S. 47.

[22] KdL 11, 4. 8. 47; 21, 30. 10. 47; 24, 27. 11. 47; 25, 5. 12. 47; 27, 15. 12. 47.

[23] KdL 27, 15. 12. 47.

[24] z. B. Sondernummer 1947.

[25] Vgl. agrarpolitische Bezirkskonferenz für Oberbayern in Rosenheim am 30. 11. 47 (KdL 25, 5. 12. 47).

Die Debatte über den Haushalt für das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bayerischen Landtag im November 1947 brachte der bayerischen SPD die Genugtuung, daß die Regierung und die Regierungspartei über keine einheitliche landwirtschaftspolitische Konzeption verfügten, und die unter dem Druck der Militärregierung durchgeführten Bodenreformen mehr den Vorstellungen der SPD als der CSU entsprachen[26]. Dennoch zeigte die bayerische SPD in Übereinstimmung mit den agrarpolitischen Richtlinien des Parteivorstandes in Hannover ihre Unzufriedenheit über das Gesetz zur Bodenreform in Bayern und dessen Durchführungsbestimmungen[27]. In der Durchführung der Bodenreform in Bayern wünschte die SPD einen größeren Elan[28]. Entscheidend für die Agrarpolitik im Vereinigten Wirtschaftsgebiet waren die mit Zustimmung der Militärregierung erlassenen Direktiven des Direktors für Ernährung und Landwirtschaft beim Zweizonenwirtschaftsrat in Frankfurt, Schlange-Schöningen, denen sich auch die SPD in Bayern zu beugen hatte, weswegen ihre Angriffe gegen Landwirtschaftsminister Baumgartner wegen schlechter Erfassung und Verteilung landwirtschaftlicher Güter, insbesondere der Kartoffelernte[29], von diesem mit dem Hinweis auf die ihm übergeordnete Instanz — obwohl es sich um einen CDU-Politiker handelte[30] — in Frankfurt zurückgewiesen werden konnten[31]. Am Ende der Debatte bewilligte der Bayerische Landtag einstimmig den Etat des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten[32] und unterstützte damit — trotz aller Gegensätzlichkeiten — die Agrarpolitik der CSU, die allerdings in den Ausführungen ihres Landwirtschaftsministers mehr Profil gewann als in den Verlautbarungen von CSU-Fraktion und Partei. Am 15. Januar 1948 brachte die SPD-Fraktion im Landtag eine Interpellation ein, in der sie von der Staatsregierung Angaben über die am 31. Dezember 1947 abgeschlossene Durchführung der Bodenreform in Bayern verlangte[33]. Die Antwort des Landwirtschaftsministers auf eine erneute Anfrage der SPD am 13. Oktober 1948 zeigte, in welch geringem Umfange die Bodenreform in Bayern — darin durchaus Hessen und Württemberg-Baden vergleichbar — durchgeführt und wie wenig Land zugeteilt wurde[34]. Die sozialdemokratischen Prinzipien der Bodenreform waren in Bayern trotz gleicher Bestrebungen der amerikanischen Militärregierung nicht entfernt verwirklicht worden[35].

Die Ankündigung von Kürzungen der Lebensmittelrationen und die Rede des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Semler, vor dem Landesausschuß der CSU am 4. Januar 1948 in Erlangen, in der die Politik der amerikanischen Militärregierung scharf kritisiert wurde[36], gaben der bayerischen SPD Gelegen-

[26] Zietsch, Sten. Ber. LT, 35. Sitzung vom 26. 11. 47, S. 195 ff.

[27] Maag, Sten. Ber. LT, 36. Sitzung vom 27. 11. 47, S. 204 ff. — Die „Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform" (GSB) vom 26. Febr. 47 ist veröffentlicht in: GVBl. Nr. 8/1947 vom 3. April 1947, S. 92.

[28] Maag, Sten. Ber. LT, 36. Sitzung vom 27. 11. 47, S. 204.

[29] Wegen der Ernteerträge an Kartoffeln kam es zu dem berüchtigten „Kartoffelkrieg".

[30] Hierauf wies besonders Zietsch (Sten. Ber. LT, 35. Sitzung, 26. 11. 47, S. 196) hin.

[31] Sten. Ber. LT, Fischer, 36. Sitzung, 27. 11. 47, S. 206 ff., insbes. S. 211 f.

[32] Ebenda, S. 233.

[33] Sten. Ber. LT, 44. Sitzung, 15. 1. 48, S. 142; Beilage 1018.

[34] Schlögl, ebenda, S. 142 f.

[35] Vgl. auch NZ, 26. 3. 49; Anfrage des CSU-Abgeordneten Rindt (Sten. Ber. LT, 111. Sitzung vom 31. 5. 49, S. 189) und Beantwortung durch Landwirtschaftsminister Schlögl (Sten. Ber. LT, 114. Sitzung vom 22. 6. 49, S. 339 ff.); Kiene (Sten. Ber. LT, 158. Sitzung vom 19. 4. 50, S. 318): „Die Siedlungs- und Bodenreform befindet sich in einem ausgesprochenen Dilemma, und zwar deswegen, weil einerseits ausreichend Grund und Boden für die Ansetzung von Siedlern zur Verfügung steht, andererseits aber die Geldmittel fehlen, um den Grund und Boden auch tatsächlich mit den entsprechenden Gebäulichkeiten und mit dem erforderlichen Maschinenbesatz und Tierbesatz auszustatten."

[36] Die Kernsätze des Anstoßes in der Rede Semlers waren: „Man hat den Mais geschickt und das Hühnerfutter und wir zahlen es teuer." . . . „Geschenkt wird es nicht." . . . „Wir zahlen es in Dollar aus deutscher Arbeit und deutschen Exporten und sollen uns noch dafür bedanken. Es wird Zeit, daß deutsche Politiker darauf verzichten, sich für diese Ernährungszuschüsse zu bedanken." (RD 87, 19. Jan. 48, S. 87).

heit, mit Gewerkschaften und Bauernverband die Regierung scharf anzugreifen[37] und auf regionaler Ebene der Taktik des Parteivorstandes in Hannover gegenüber den Direktoren des Frankfurter Wirtschaftsrates, die sämtlich von der CDU/CSU gestellt wurden, insbesondere gegenüber dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, zu entsprechen[38].

Die Forderung nach notwendigen praktischen Maßnahmen gegen das Ernährungselend stand im Mittelpunkt einer Resolution, die die bayerische SPD auf ihrer Landesausschußsitzung am 18. Januar 1948 faßte[39]. Die SPD prangerte darin die Tatenlosigkeit der bayerischen Regierung an und wies ihr — abgesehen von Fehlern der alliierten Mächte — die Hauptverantwortung für die ernährungswirtschaftliche Misere zu, da sie nicht die von der SPD-Fraktion verlangten und vom Landtag beschlossenen Notstandsmaßnahmen vorbereitet hatte[40]. In ihrer Großoffensive gegen die Agrarpolitik der bayerischen Regierung und des Frankfurter Wirtschaftsrates konnte die bayerische SPD in einer kurzen Anfrage darauf hinweisen, daß schwerwiegende Mängel in der Verteilung der Nahrungsmittel dazu führten, daß diese zu nicht unerheblichem Teil verdarben[41].

Bei grundsätzlicher scharfer Opposition der SPD gegen Regierung und CSU in Bayern zeichnete sich doch mit der Wahl Alois Schlögls zum Landwirtschaftsminister eine gewisse Entspannung auf diesem Sektor ab[42]. Die beginnende Erhöhung der Nahrungsmittelrationen ab März 1948 machte weitere Attacken der SPD in Bayern gegen die Ernährungspolitik der Regierung und des Wirtschaftsrates weitgehend psychologisch unwirksam[43]. Dies war der Zeitpunkt, in dem die bayerische SPD in verstärktem Maße ihre Politik auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen — insbesondere Wohnungen und Ernährung — konzentrierte[44]. Deutlich wurde diese Politik der SPD in den Anträgen zur Verbesserung der Fettversorgung der Bevölkerung Frankens, der Aufforderung an die Bayerische Staatsregierung, sie möge darauf hinwirken, daß Normalverbraucher in Bayern die gleichen Rationssätze an Brot und Fisch erhielten wie die Normalverbraucher der übrigen Länder der Bizone, und dem Ersuchen an die Bayerische Staatsregierung, alles zu tun, um die bayerische Bevölkerung bis zum Ernteanschluß 1948 mit Brot zu versorgen[45].

Nach dem Wirtschaftsrat in Frankfurt, der bereits maßgeblich die Landwirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern der Bizone bestimmte, wurden die Kompetenzen auf agrarpolitischem Sektor durch die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland, vor allem was die Gesetzgebung anbelangte, in noch höherem Maße den Ländern entzogen. Ebenso wie die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik geriet damit auch die Landwirtschaftspolitik in Bayern in den Schatten Bonns. Für die bayerische SPD bedeutete dies, daß sie den Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion darauf festlegen mußte, besondere bayerische Interessen auf dem Sektor der Landwirtschaft zu berücksichtigen.

Die Bedingungen der bayerischen SPD zur Bildung der Koalition nach der Landtagswahl 1950 machten deutlich, daß es ihr nicht gelungen war, ihre ursprünglich prinzipiellen Vorstellungen in der Landwirtschaft zu verwirklichen. Sie mußte weiterhin die „konsequente und beschleunigte Durchführung der Bodenreform" sowie die „Förderung des landwirt-

[37] Sten. Ber. LT, 45. Sitzung vom 16. 1. 48, S. 553 ff.; Beilage 988. Vgl. weiterhin oben S. 87 f.
[38] spk 17. 12. 47 kommentierte: „Baumgartner geht — Schlange-Schöningen bleibt!"
[39] Prot. Landesausschußsitzung 10. 1. 48 (SPD-LV 48).
[40] Vgl. hierzu oben S. 90.
[41] Sten. Ber. LT, 45. Sitzung vom 16. 1. 48, Beilage 990. Vgl. auch Wimmer, Sten. Ber. LT, 50. Sitzung vom 4. 2. 48, SS. 743 f., 745 f.; Rede Alberts in der Sendereihe „Tribüne der Partei" im Bayerischen Rundfunk am 18. Febr. 1948 (teilweise wiedergegeben in: RD 109, 19. Febr. 48, S. 115).
[42] Vgl. oben S. 88.
[43] Hinweise für Referenten, 17. 3. 48 (hektogr. in SPD-LV 1948); vgl. oben S. 68.
[44] Ebenda; RD 130, 1. April 1948, S. 140.
[45] Sten. Ber. LT, 69. Sitzung vom 30. 4. 48, S. 1376; Beilagen 1343, 1348, 1349.

schaftlichen Genossenschaftswesens"[46] betonen und damit zugeben, daß sie es nicht erreicht hatte, auf die Gestaltung der Landwirtschaftspolitik in Bayern entscheidenden Einfluß zu nehmen. Die erneute Besetzung des Postens des Landwirtschaftsministers mit Alois Schlögl zeigte, daß sich die bayerische SPD trotz der Besetzung des Staatssekretariats im Landwirtschaftsministerium durch ihren Abgeordneten Maag mit einer Fortsetzung der bisherigen Landwirtschaftspolitik der CSU abfinden mußte. In der Landwirtschafts- wie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte sich die SPD 1950 darauf eingestellt, daß sich „nichts Weltbewegendes ereignen"[47] werde. Die Entwicklung nach 1950 zeigte, daß die bayerische SPD auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Bayerischen Landtag und wegen politischer Unzulänglichkeiten, die sich meist weniger in Deklamationen, dafür um so stärker in der politischen Handlung niederschlugen, keinen nennenswerten Einfluß auf die bayerische Landwirtschaftspolitik gewinnen konnte[48].

6. KULTURPOLITIK

In ihrem Programm zur Wiederzulassung auf Landesebene und ihrer praktischen Politik betrieb die SPD in Bayern Kulturpolitik in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Bestimmung ihres Standortes zu den Kirchen, vor allem zu der katholischen Kirche[1]. Dies wird erklärlich aus der Tatsache, daß 1946 in drei der fünf bayerischen Regierungsbezirke (Niederbayern-Oberpfalz, Oberbayern und Schwaben) der Anteil der katholischen Bevölkerung über 80 % betrug, in einem weiteren Regierungsbezirk (Unterfranken) nur knapp darunter[2]. Die Kulturpolitik der bayerischen SPD, die 1945/46 vor allem von Wilhelm Hoegner konzipiert und praktiziert wurde, sah vor, die konfessionellen Gegensätze in Bayern auszugleichen und durch eine kirchenfreundliche Politik einem möglichst großen Anteil der katholischen Bevölkerung Bayerns den Zugang zur Sozialdemokratie zu ermöglichen. Entsprechend trat die bayerische SPD unter der Regie Wilhelm Hoegners bei den Beratungen der Bayerischen Verfassung für das Primat der Bekenntnisschulen in Bayern ein, um einen „Schulkampf" zu vermeiden[3].
Um so erstaunlicher war es dann, als die Partei durch ihr Aktionsprogramm vom 15. Dezember 1946 zu erkennen gab, daß sie „nach wie vor auf dem Boden der Gemeinschaftsschule"[4] stehe. Die bayerische SPD erkannte erst jetzt den Zwang zu „sinnlosen Doppelausgaben"[5] wegen der verfassungsmäßig garantierten Existenz zweier Schultypen und

[46] Koalitionsbedingungen, München, den 4. 12. 50, (hektograph. in SPD-LV 49—50); Forderungen der SPD zur Agrarpolitik, in: Landeswahlprogramm 1950 (Referentenmaterial zur LTswahl), hg. vom LA der SPD, LV Bayern, S. 97 ff. (SPD-LV 49—50; SPD-A).
[47] Überlegungen betr. die Unterstützung unserer Minister (masch. geschr. in SPD-LV 49—50).
[48] Eine gewisse Ausnahme machte das Flurbereinigungsgesetz vom 11. Aug. 1954 (GVBl. S. 165) und dessen Durchführung. Für die 2. Legislaturperiode vgl. Bayerischer LT, Tätigkeitsbericht über die 2. Wahlperiode 1950/54, bearb. vom Archiv des Landtagsamtes, o. O., (München), o. J. (1954). S. 45 f.; Halbzeit in der bayerischen Koalition, hg. vom Landesvorstand und von der Landtagsfraktion der SPD, Landesverband Bayern, München, o. J. (1952), S. 31. (SPD-A).
[1] Vgl. Aktionsprogramm der SPD, o. O. (München), o. J. (1946) (SPD-LV 1945—1946).
[2] Vgl. Tabelle im Anhang (S. 237).
[3] Vgl. zur Beratung des Art. 135 der Bayer. Verfassung: Hoegner, Sten. Ber. V. A., 10. Sitzung vom 1. 8. 46, S. 255; ders., Sten. Ber. V. A., 14. Sitzung vom 8. 8. 46, S. 350; ders., Sten. Ber. V. A., 15. Sitzung vom 9. 8. 46, S. 356; für die „Christliche Gemeinschaftsschule": Fendt, ebenda, S. 352 f. Vgl. auch oben S. 83 ff. — Text des Art. 135 im Anhang (S. 260).
[4] S. 22.
[5] Ebenda.

die „Desorganisation des demokratischen Schulaufbaues" wegen der „Entlassung von beruflich geeigneten Lehrkräften aus konfessionellen Gründen"[6]. Da wegen fehlender Schulgebäude und Mangel an Lehrern vielerorts überhaupt keine Möglichkeit bestand, eine Schulpolitik in Bayern nach dem Buchstaben der Verfassung durchzuführen, vereinbarten Hoegner in seiner Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident einerseits und die Vertreter der Kirchen, Kardinal Faulhaber und Landesbischof Meiser, andererseits, am 20. Dezember 1946 wegen der „zeitbedingten Schwierigkeiten"[7] eine Lockerung des starren Prinzips der Bekenntnisschule. Es war dies jedoch nur eine Übergangslösung, die von den Kirchen nach wenigen Jahren wieder gekündigt wurde, da sie sich auf Konkordat und Verfassung beriefen[8].

Die Grundlage der sozialdemokratischen Kulturpolitik in Bayern bildete ab Mitte 1947 das „Gesetz über die Neuordnung des Schulwesens"[9]. Der sozialdemokratische Staatssekretär im Kultusministerium, Claus Pittroff, hatte es im Zusammenwirken mit dem schulpolitischen Ausschuß der bayerischen SPD[10] ausgearbeitet. Nach Zustimmung des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion sollte der Schulplan dem Landtag vorgelegt werden[11]. In die Präambel bezog der Plan das christliche Bekenntnis als Grundlage der gesamten Schulbildung ein[12]. Allgemeine Schulpflicht sollte vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr bestehen[13]. Die bayerische SPD erstrebte den unentgeltlichen Unterricht an allen öffentlichen Schulen, verbunden mit Lernmittelfreiheit an Grund-, Mittel- und Oberstufen[14]. Der Aufbau des Schulwesens war nach dem Willen der bayerischen SPD einheitlich zu planen und durchzuführen[15]. Eine Differenzierung durch Schwerpunktbildung im Unterricht war bereits auf der Mittelstufe (Klassen 7—9 vom 12. bis 15. Lebensjahr) vorgesehen[16]. Auf der Oberstufe sollten weitere Differenzierungen folgen[17]. Ein verspäteter Übergang in die differenzierten Zweige wurde durch mögliche Übergangsprüfungen ebenso ins Auge gefaßt[18], wie der Besuch von Hochschulen und Universitäten durch den erfolgreichen Abschluß eines differenzierten Zweiges der Oberstufe[19]. Der Besuch von Hochschulen und Universitäten sollte grundsätzlich auch begabten Berufsschülern offenstehen, die nach vollendetem 18. Lebensjahr durch eine Sonder-Reifeprüfung und nach dem Besuch von höheren Fachschulen oder Volkshochschulen durch eine besondere Übergangsprüfung ihre fachliche Eignung unter Beweis gestellt hatten[20]. Einer Universitätsreform war die Aufgabe gestellt, die drohende Isolierung dieser Bildungsinstitution zu verhindern[21]. Weiterhin sollte durch eine Sozialreform die Möglichkeit des Universitätsstudiums in stärkerem Maße auf alle sozialen Schichten aus-

[6] Ebenda.
[7] Die Vereinbarung ist abgedr. bei Hoegner, Außenseiter, S. 240/241.
[8] Hoegner, Außenseiter, S. 241; vgl. auch oben S. 84.
[9] Claus Pittroff, Revolution in der pädagogischen Provinz, München, August 1947, Aufl. 20 000, S. 11 ff. Weiterhin abgedr. in: Sopade-Informationsdienst Nr. 283, 23. 9. 47, V, Kulturpolitik; Nachrichtenblatt der SPD, Nr. 16, 1. Aug.-Ausgabe 1947.
[10] Der schulpolitische Ausschuß der SPD konstituierte sich am 27. 6. 47 in München. Seine Aufgabe bestand in der Beratung des Schulreformplanes. Mitglieder waren Staatssekretär Claus Pittroff, München; Heinz Beck, München; Franz Marx, München; Hans-Heinz Bauer, Würzburg; der Rektor der Universität Erlangen, Brenner; Reg.-Schulrat Köhl, Würzburg; Bez.-Schulrat Staudt, Kelheim; Willi Cronauer, München; Elisabeth Käser, München; Hans Weinberger, München; Oberstudiendir. Karl Simmet, München; Kurt Rugenstein, Ingolstadt (KdL 4, 23. 6. 47).
[11] KdL 1, 2. 6. 47.
[12] Pittroff, S. 11.
[13] Ebenda, Art. 4.
[14] Ebenda, Art. 28.
[15] Ebenda, Art. 3.
[16] Ebenda, Art. 6.
[17] (Klassen 10—12, vom 15.—18. Lebensjahr). Ebenda, Art. 7.
[18] Ebenda, Art. 8.
[19] Ebenda, Art. 9.
[20] Ebenda, Art. 14.
[21] Ebenda, Art. 16; S. 14 f.

gedehnt werden[22]. Verwaltungsreform[23] und Unterrichtsreform[24] wurden als weitere Bestandteile einer allgemeinen Bildungsreform gesehen.
Bereits am 4. Juni 1947 hatte Pittroff in seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Kultusministerium eine Pressekonferenz abgehalten, in der er den Organisationsplan einer Einheitsschule darlegte. Als geistige Väter des Planes bezeichnete er außer sich Schulfachleute und amerikanische Pädagogen[25]. Eine direkte Einflußnahme des Parteivorstandes oder der Sozialistischen Kulturzentrale beim Parteivorstand bestand demnach offenbar nicht. Die bayerische SPD, in deren Namen Pittroff sprach, sah die Schule in erster Linie als eine pädagogische Institution für die Demokratie. Die Reform des Bildungswesens in Bayern könne nicht in einer „Reformation der Schule"[26] bestehen, sondern „wir müssen die Schule vom Kindergarten bis zur Hochschule revolutionieren"[27].
Mitte der zweiten Julihälfte brachte die SPD-Landtagsfraktion den „Gesetzentwurf über die Schulreform" im Landtag ein[28]. Die Ausgangsposition für eine zumindest teilweise Realisierung des sozialdemokratischen Schulplanes schien nicht ungünstig in Anbetracht der Tatsache, daß die amerikanische Militärregierung den von Kultusminister Hundhammer ausgearbeiteten Schulplan abgelehnt hatte und die bayerische SPD durch ihren Staatssekretär Pittroff eine nicht zu unterschätzende Position im Kultusministerium besaß. Als die bayerische SPD im September 1947 jedoch die Koalition kündigte, ging ihr Einfluß auf die Arbeit der Bürokratie im bayerischen Kultusministerium verloren und von ihrer auf Grund der Mehrheitsverhältnisse schwachen Position in der Opposition im Landtag war sie nicht in der Lage, entscheidende Vorstöße zu unternehmen. Die Übermacht der CSU im Bayerischen Landtag kam bei der Entscheidung über die Entwürfe der SPD und der CSU zur Neuordnung des bayerischen Schulwesens im Haushaltsausschuß im September 1947 zum Ausdruck[29]. Trotz der Warnungen und Gegenstimmen der SPD und FDP stimmte die CSU für den Entwurf, den Hundhammer als „Generalplan für das Schulwesen" bezeichnete[30]. Damit war erneut eines der wesentlichsten Programme der bayerischen SPD nach 1945 zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.
Die Debatte über den Kultusetat im Bayerischen Landtag vom 9. bis 12. Dezember 1947 gab der bayerischen SPD Gelegenheit, ihr kulturpolitisches Verhältnis zur CSU und zu deren Kultusminister Hundhammer abzustecken und damit die eigene Position vor dem Landtag zu klären. Pittroff wies darauf hin, daß „mit der gesamten Schul- und Kulturpolitik . . . jetzt das Prinzip der Trennung und Spaltung, der Zerreißung des Volkes tatsächlich in Angriff genommen" werde[31]. Er warf dem Kultusminister vor, nach eigenem Ermessen Bekenntnisschulen errichtet und damit die Verfassung verletzt zu haben. Aus seinen eigenen Erfahrungen als Staatssekretär im Kultusministerium bis zur Kündigung der Koalition stellte Pittroff vor dem Landtag fest, daß im bayerischen Kultusministerium „kein Hauch des Willens zum Neubau des Schulwesens . . . zu spüren"[32] und es leichter sei, „ein Kamel durch ein Nadelöhr zu bringen, als einen neuen Geist und neue Formen

[22] Ebenda, Art. 17.
[23] Ebenda, Art. 18.
[24] Ebenda, Art. 20.
[25] Der Inhalt der Pressekonferenz ist abgedr. in: Parlamentsdienst der sozialdemokratischen Pressekorrespondenz (spk), München, 4. Juni 1947.
[26] Ebenda.
[27] Ebenda.
[28] Beilage 726.
[29] Nachrichtenblatt der sozialdemokratischen Partei, Landesverband Bayern, Ausgabe Oberbayern/Schwaben, 2. Jg., Nr. 20, München, 1. Okt.-Ausgabe 1947.
[30] Vgl. hierzu die scharfe Zurückweisung und Charakterisierung der CSU und ihrer Politik als rückschrittlich, in: „Der kalte Hauch der Reaktion", in: Das Volk Nr. 4, Nov. 47 sowie RD, 6 und 7, Okt. 47.
[31] Sten. Ber. LT, 40. Sitzung, 9. 12. 47, S. 379.
[32] Ebenda.

in das bayerische Kultusministerium zu bringen"[33]. Die Demokratisierung des bayerischen Volkes werde durch diese Kultur- und Schulpolitik verhindert. Die Redner der SPD betonten, daß sie nichts gegen die christliche Erziehung der Jugend einzuwenden hätten, wohl aber gegen den praktizierten Dogmatismus, der in den Bekenntnisschulen dazu führe, daß „etwas vom Gifthauch des Glaubenshasses, der im Dreißigjährigen Krieg durch Deutschland ging"[34], in ihnen liege. Im Mittelpunkt der kulturpolitischen Angriffe der bayerischen SPD stand die Person Hundhammers, in dem sie mehr und mehr ihren politischen Hauptgegner in Bayern schlechthin erkannte[35]. Hundhammer war für die bayerische SPD nicht nur der Exponent des dogmatischen politischen Katholizismus in Bayern, sondern zugleich auch in seinen sozialen Konzeptionen ein Reaktionär feudalistischer Prägung. Letzteres prangerte die SPD insbesondere durch ihre entschiedene Absage an die Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung in den Volksschulen Bayerns an. Nach sozialdemokratischer Auffassung war „die Prügelstrafe in den Schulen . . . der historische Rest einer überlebten Auffassung von Herren und Knechten, ein Rückstand aus einer Zeit, die den Begriff der Menschenwürde noch nicht kannte"[36]. In ihrer Erklärung zum Kultusetat, der durch die Stimmen der CSU und WAV angenommen wurde, brachte die bayerische SPD eindeutig zum Ausdruck, daß sie Hundhammer in seinem Amte fachlich und politisch für absolut untragbar hielt[37]. Dennoch brachte die Debatte der CSU und ihrem Kultusminister einen vollen Erfolg, da — nach eigenem Eingeständnis der bayerischen SPD — „die sachliche Fundierung der Kritik am Kultusministerium nicht präzis und wirkungsvoll genug war, um die Position Hundhammers ernsthaft zu erschüttern"[38].
Peinlich wurde die kulturpolitische Situation für die CSU und für Hundhammer, als dessen Schulreformplan durch die amerikanische Militärregierung zum zweiten Male abgelehnt wurde[39]. Bemerkenswert war dabei allerdings, daß die amerikanische Militärregierung Fragen des technischen Ablaufs als Anlaß ihrer Zurückweisung nannte, während sich die Ablehnung der bayerischen SPD auf Organisation und ideellen Grundgehalt des Hundhammerschen Schulplanes bezog. Nachdem die amerikanische Militärregierung schließlich die dritte Fassung des Hundhammerschen Schulplanes akzeptiert hatte, ließ sich auf kulturpolitischem Sektor ein deutliches Nachlassen der sozialdemokratischen Aktivität bemerken. Die Partei hatte den Schwerpunkt ihrer Oppositionstätigkeit fast ausschließlich auf das Wiederaufbauprogramm gelegt und in der Kulturpolitik bereits seit den ersten Monaten des Jahres 1948 immer deutlicher resigniert.
In ihrem Arbeitsprogramm für die Legislaturperiode 1950—1954 nannte die bayerische SPD die Kulturpolitik unter den wichtigsten Arbeitsgebieten und stellte dabei besonders die Durchführung ihres Schulreformplanes in den Vordergrund. Das besagte nichts anderes, als daß es der bayerischen SPD auf kulturpolitischem Sektor genau so wenig wie auf wirtschafts-, sozial-, landwirtschafts- und flüchtlingspolitischem Sektor gelungen war, ihre Vorschläge auch nur entfernt in der ersten Legislaturperiode des Bayerischen Landtags durchzusetzen[40]. Es sprach deswegen auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik alles für eine Regierungsbeteiligung der SPD nach der Landtagswahl 1950. In der Koalitions-

[33] Ebenda, S. 374.
[34] Behrisch, Sten. Ber. LT, 41. Sitzung vom 10. 12. 47, S. 399.
[35] Vgl. auch oben SS. 72 ff., 75 f., 84, 86.
[36] Georg Hagen, Sten. Ber. LT, 42. Sitzung vom 11. 12. 47, S. 479.
[37] Marx, Sten. Ber. LT, 43. Sitzung vom 12. 12. 47, S. 499.
[38] KdL 27, 15. 12. 47.
[39] RD 83, 13. 1. 48, S. 79 f.
[40] Vgl. „Programmatische Erklärung des Landesvorsitzenden. Letzter Appell der Partei an die Wähler", in: Münchner Merkur, 25./26. 11. 1950; SZ, 22. 11. 50; 25./26. 11. 50.

regierung erhielt die SPD im Kultusministerium den Posten eines Staatssekretärs, der die sozialdemokratischen Bedingungen für die Regierungskoalition mit zu realisieren hatte:

1. Ausbau des Berufsschulwesens zu einem modernen System der Volksbildung mit entsprechender Berücksichtigung staatsbürgerlicher und wirtschaftspolitischer Bildung,
2. Lehrerbildung an pädagogischen Instituten der Universitäten (Simultanbildung),
3. Staatsbürgerliche Erziehung als Unterrichtsprinzip in allen Schulen,
4. Bildungsplan für das gesamte bayerische Schulwesen[41].

In der folgenden Legislaturperiode gelang es der bayerischen SPD, einigen ihrer Programmpunkte Gesetzeskraft zu verleihen, so durch das Berufsschulgesetz vom 25. März 1953[42] und durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lernmittelfreiheit vom 20. Dezember 1951[43]. Unerledigt blieb jedoch auch weiterhin der Antrag betr. Gesetz zur Änderung des Schulorganisationsgesetzes[44] sowie der Antrag betr. Gesetz über die Ausbildung für das Lehramt an Volksschulen[45] — zwei zentrale Punkte der kulturpolitischen Programmatik der bayerischen SPD. Der sozialdemokratische Staatssekretär, der ehemalige Rektor der Universität Erlangen, Brenner, blieb in seiner Wirksamkeit durch die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Stellung eines Staatssekretärs beschränkt[46].

Wie gering der Handlungsspielraum für die SPD selbst in dem Fall war, daß starke Teile oder gar eine Mehrheit der bayerischen Bevölkerung in der Kulturpolitik — als dem Kernstück jeder Landespolitik in der Bundesrepublik — der CSU ablehnend gegenüberstanden, verdeutlicht in einem exemplarischen Ausblick für das hier Dargestellte die schulpolitische Situation 1966 bis 1968. Zunächst gilt es festzuhalten, daß nicht die SPD in dieser während der gesamten Nachkriegspolitik latent kritischen Frage die Initiative ergriff, sondern die bayerische FDP durch eine Unterschriftensammlung[47] ab 31. August 1966 ein Volksbegehren zur Änderung des Artikels 135 der bayerischen Verfassung[48] einzuleiten suchte. Das FDP-Volksbegehren, dessen Einzeichnungsfrist vom 2. bis 30. Januar 1967 lief[49], scheiterte zwar[50], doch nun wurde die SPD durch Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Änderung des umstrittenen Verfassungsartikels[51] am 17. April 1967 im Bayerischen Landtag aktiv. Die Ablehnung des Gesetzentwurfes in der ersten Lesung durch die CSU-Fraktion, die auch in diesem Landtag über die absolute Mehrheit verfügte und noch verfügt, veranlaßte die SPD, ihrerseits ein Volksbegehren zur Änderung des Artikels 135 anzustreben. Grundlage hierfür war der Wortlaut des abgelehnten Gesetzentwurfes.

Die tatsächliche Schwäche der Position der CSU in der Schulfrage wurde durch deren Reaktion deutlich: Die Staatsregierung erklärte sich nun ebenfalls grundsätzlich bereit, auf eine Änderung des Schulartikels in der bayerischen Verfassung hinzuwirken[52]. Die „Schulsorgen" zwangen die CSU — insbesondere nachdem am 10. Juni 1967 die gemeinsame Unterschriftensammlung von SPD und FDP als Voraussetzung zur Einreichung

41 Koalitionsbedingungen (masch. geschr. in SPD-LV 49—50), München 4. 12. 50.
42 GVBl., S. 35.
43 GVBl., S. 227.
44 Beilage 5386.
45 Beilage 3765.
46 Vgl. hierzu den Rechenschaftsbericht in: Halbzeit in der bayerischen Koalition, S. 27 (SPD-A).
47 Laut bayerischem Landeswahlgesetz mit Landeswahlordnung (vgl. Feneberg, passim) müssen zunächst mindestens je 25 000 Wahlberechtigte ein Volksbegehren durch ihre Unterschrift beantragen.
48 Wortlaut des Art. 135 der bayerischen Verfassung und des Änderungsantrags der FDP im Anhang (S. 260).
49 Vgl. hierzu insgesamt „Der bayerische Schulkonflikt in Dokumenten", in: Die Bayerische Schule, 21. Jg., Heft Nr. 19, 5. 7. 68, S. 317—327 und Heft Nr. 20, 15. 7. 68, S. 334—354.
50 Vgl. die knappe, jedoch die bayerischen Verhältnisse trefflich wiedergebende Darstellung der durch katholische Kirche und staatliche Behörden vorgenommenen Behinderungen und einseitigen Parteinahmen gegen das FDP-Volksbegehren in: Archiv der Gegenwart 1967, S. 12982 C. — Die bayerische Landeswahlleitung gab am 1. Februar 1967 bekannt, daß nur 9,4 % statt den nach der Verfassung notwendigen 10 % der Wahlberechtigten das FDP-Volksbegehren unterschrieben hätten (ebenda).
51 Der SPD-Gesetzentwurf findet sich im Wortlaut im Anhang (S. 260).
52 Ergebnis der Ministerratssitzung vom 24. 5. 67. Vgl. Die Bayer. Schule, 5. 7. 68, S. 318.

des Volksbegehrens begann[53] – zur „Suche nach einer politischen Antwort auf das Volksbegehren der SPD . . ."[54]. Als die – freilich gemäßigte – Auseinandersetzung zwischen SPD und FDP einerseits sowie der CSU andererseits über die Schulfrage in der Öffentlichkeit andauerte, SPD und FDP vielerorts überparteiliche Bürgerkomitees zur Unterstützung ihres Volksbegehrens ins Leben riefen[55], von sozialdemokratischer Seite nach einem Gespräch zwischen Vertretern ihrer Partei und der CSU im Landtag über die „Möglichkeiten einer Änderung des Artikels 135" verlautete, das Vorhaben des SPD-Volksbegehrens sei dadurch nicht berührt worden, und sich auch außerparlamentarisch Verbände wie der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV: rund 30 000 Mitglieder) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)[56] intensiv der Problematik annahmen, offenbarte sich das Dilemma der katholischen Kirche, deren schul- und kulturpolitische Konzeptionen bisher bei der CSU in so guten Händen waren. Besorgt schaltete sie sich durch den Leiter des katholischen Schulkommissariats in Bayern, Prälat Ludwig Fischer, in die immer stärkere öffentliche Diskussion mit dem Hinweis ein, sie „sei daran interessiert, daß die Schulpolitik bis zur Sommerpause wieder auf die parlamentarische Ebene zurückgeschraubt"[57] werde.

Nach dem Antrag von SPD und FDP auf Einleitung eines Volksbegehrens am 17. Juli 1967 beschloß der CSU-Landesvorstand am darauffolgenden Tag, ebenfalls eine Unterschriftensammlung als Voraussetzung zur Durchführung eines Volksbegehrens zu beginnen[58]. Am 1. September schloß die CSU diese Aktion erfolgreich ab[59]. Es folgten die Volksbegehren der SPD (3. bis 30. Oktober 1967) und der CSU (16. Oktober bis 13. November 1967). Für den Vorschlag der SPD sprachen sich 863 822 = 12,9 %, für den der CSU 1 157 781 = 17,2 % der Wahlberechtigten aus[60]. Damit waren beide Volksbegehren erfolgreich verlaufen[61], was zwei Volksentscheide zu dem gleichen Problem nach sich ziehen mußte[62]. Die SPD stand – wie so oft in der bayerischen Nachkriegspolitik – vor der Alternative, *entweder* zu versuchen, ihre Konzeption kompromißlos durchzusetzen[63] und trotz der für sie in weiten Teilen der bayerischen Bevölkerung günstigen Stimmung spätestens bei der Fixierung eines Ausführungsgesetzes im Landtag an der absoluten Mehrheit der CSU zu scheitern, *oder* durch einen rechtzeitig erarbeiteten Kompromiß zusammen mit der FDP die ungewohnt unter Druck stehende CSU[64] ebenfalls zu weiterreichenden Zugeständnissen zu bewegen. Die SPD – in nunmehr klarer Einschätzung nach 27 Jahren Nachkriegspolitik in Bayern – entschloß sich zu letzterem, wobei ihr zweifellos die gemeinsame Haltung von Kardinal Döpfner und dem evangelischen Landesbischof Dietzfelbinger, niedergelegt in den „Leitsätzen für den Unterricht und die

[53] Ebenda, S. 319.
[54] SZ, 13. 6. 67.
[55] „Einen Schritt weiter", in: Memminger Zeitung, 7. 2. 68.
[56] Vgl. „Der bayerische Schulkonflikt", passim; SZ, 10. 12. 67.
[57] Die Bayer. Schule, 5. 7. 68, S. 319.
[58] Wortlaut des CSU-Gesetzesantrags im Anhang (S. 260).
[59] Die Bayer. Schule, 5. 7. 68, S. 320.
[60] Ebenda, SS. 322, 324.
[61] Bayerische Verfassung Art. 74 Abs. 1: „Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Staatsbürger das Begehren nach Schaffung eines Gesetzes stellt".
[62] Vgl. hierzu „Tücke im Termin", in: Der Spiegel Nr. 41, 2. Okt. 1967, S. 38.
[63] So die Stellungnahme der Humanistischen Union in München, deren Vorsitzender Gerhard Szczesny vor einer „Kapitulation der SPD und FDP vor den Kirchen" und einem „Diktat einer unbelehrbaren konservativ-klerikalen Minderheit" warnte (Die Bayer. Schule, 5. 3. 68, S. 108).
[64] Vgl. die Charakterisierung der Lage durch Wilhelm Ebert, Präsident des BLLV: „ . . . zum ersten Mal habe ich den Eindruck, daß auch bedeutende Kirchenmänner die Gefahr sehen, daß sie mit der mangelnden Bereitschaft, Pseudopositionen aufzugeben, eine ernstzunehmende Verständnislosigkeit in der Bevölkerung riskieren. Eine Verständnislosigkeit, die bis in ihre eigenen Reihen geht!" (abgedr. in: Die Bayer. Schule, 5. 7. 68, S. 324).

Erziehung nach den gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse"[65], die Entscheidung erleichterte.

Von Dezember 1967 bis Februar 1968 fanden mehrere Spitzengespräche zwischen CSU, SPD und FDP statt[66]. Schließlich einigten sich die Vertreter der Parteien auf einen Kompromiß, der öffentliche Volksschulen zu gemeinsamen Schulen für alle volksschulpflichtigen Kinder erklärte, die dort „nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen" werden sollten. In einer Anmerkung zu dem geänderten Artikel 135 wurde allerdings festgelegt, daß die Parteien damit nichts gegen die Bildung „bekenntniseinheitlicher Klassen unter den im (ebenfalls geänderten — W. B.) Volksschulgesetz angegebenen Voraussetzungen" einzuwenden hätten. Zusätzliche Vereinbarungen betrafen die gemeinsame staatliche Volksschullehrerausbildung, die Verwendbarkeit von Schulbüchern in allen Klassen und die gleiche Schülerzahl paralleler Jahrgangsklassen. Die Schlußformel beinhaltete den Hinweis auf die nunmehr anstehenden Gespräche mit den Kirchen über die Neufassung der Kirchenverträge, die Hinzuziehung von je einem Vertreter der CSU, SPD und FDP zu den Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und den Kirchen und die Einbringung der Verfassungsänderung und der Neufassung des Volksschulgesetzes als interfraktionelle Anträge der an den Verhandlungen beteiligten Parteien im Landtag[67].

Nach der Genehmigung des Kompromisses durch die jeweiligen Parteispitzengremien[68] und nach der uneingeschränkten Zustimmung der evangelischen Landeskirche[69], des BLLV[70] und der öffentlichen und veröffentlichten Meinung[71] schienen plötzlich doch noch Änderungs- und Ergänzungswünsche des Vatikans, der stärker als erwartet mit den Bestimmungen des Konkordats argumentierte, das gesamte Schulreformwerk in Frage zu stellen[72]. Kultusminister Huber erklärte hierzu auf einer Pressekonferenz, „Staatsregierung und CSU seien nicht bereit, den Parteien-Kompromiß gegen den Widerstand des Heiligen Stuhls durchzusetzen"[73]. Die Kompromißbefürworter hatten sich allerdings bereits auf so breiter Front gesammelt, daß die in dieser Frage keineswegs mehr geschlossen operierende CSU — auch der CSU-Landesvorsitzende Strauß vertrat keineswegs die dogmatische Auffassung seines Stellvertreters Huber[74] — keine wirksame politische Stütze mehr für die Konzeption der katholischen Kirche darstellte. Die in der bayerischen Verfassung vorgesehenen Fristen zwischen Volksbegehren, Behandlung im Landtag und

[65] Das Dokument wurde am 21. Nov. 1967 der Öffentlichkeit übergeben (ebenda, S. 326). — Am 1. Dez. 67 wurde allerdings die „Erklärung der Bischöfe zur Schulfrage" veröffentlicht, in der unnachgiebig auf Bekenntnisschulen beharrt wurde. Die „Leitsätze" wurden demgegenüber von der bayerischen Bischofskonferenz nie offiziell gebilligt (Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 342).

[66] Vgl. Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 334—339. — An den Gesprächen waren beteiligt: Für die *CSU:* Landesvorsitzender Franz Josef Strauß, die stellvertretenden Vorsitzenden Bundesminister Werner Dollinger und Kultusminister Ludwig Huber sowie der Generalsekretär Max Streibl. Für die *SPD:* Landesvorsitzender Volkmar Gabert, die stellvertretenden Vorsitzenden Oberbürgermeister Hans Jochen Vogel und Landrat Helmut Rothemund sowie Ministerpräsident a. D. Wilhelm Hoegner. Für die *FDP:* Landesvorsitzender Dietrich Bahner und die stellvertretenden Vorsitzenden Josef Ertl und Georg Letz.

[67] Die angestrebte Änderung des Artikels 135 im Schlußprotokoll befindet sich im Anhang (S. 260).

[68] Landesvorstandssitzung der SPD am 13. 2. 68; Landesausschußsitzung der CSU am 16. 3. 68; am 20. 4. 68 fand eine außerordentliche Landeskonferenz der SPD in Regensburg statt, wobei die Delegierten ebenfalls dem Kompromiß ihre Zustimmung gaben („Neue Schulgespräche mit den Kirchen", in: Augsburger Allgemeine Zeitung, 8. 4. 68; Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 341).

[69] Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 341.

[70] Ebenda, S. 339.

[71] Ebenda, S. 340.

[72] Vgl. „Bayerns Schulkompromiß in Gefahr", in: Augsburger Allgemeine Zeitung, 23. 3. 68; „Schulgespräch jetzt mit dem Nuntius", in: SZ, 25. 3. 68; „Lehrerverein mahnt Kurie, Dank an die Landeskirche", in: Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, SS. 343, 345.

[73] „Bayerns Schulkompromiß . . .", a. a. O.

[74] Vgl. hierzu etwa Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 345.

Volksentscheid[75] taten ein übriges, auch eine hinhaltende Taktik zur Durchsetzung weiterreichender Wünsche der katholischen Kirche unmöglich zu machen. So einigten sich am 25. April 1968 beide Kirchen mit Staatsregierung, CSU, SPD und FDP auf den Kompromißvorschlag der Parteien, wobei allerdings die katholische Kirche trotz der für sie recht ungünstigen Situation noch ein Maximum an Vorstellungen in die zu ändernden Kirchenverträge einzubringen vermochte[76].

Am 7. Juli 1968 fand der Volksentscheid nach Abstimmung der Werbung der drei beteiligten Parteien[77] und nach Appellen der Kirchen[78] und Lehrerverbände[79] über drei Gesetzentwürfe zur Änderung des Artikels 135 der bayerischen Verfassung statt:

Gesetzentwurf Nr. 1: Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags (Kompromiß von CSU, SPD, FDP und den beiden Kirchen);

Gesetzentwurf Nr. 2: Volksbegehren der CSU „CSU – Christliche Volksschule" (Text des CSU-Volksbegehrens);

Gesetzentwurf Nr. 3: Volksbegehren der SPD/FDP „Christliche Gemeinschaftsschule" (Text des SPD/FDP-Volksbegehrens)[80].

2 798 784 Stimmberechtigte (= 41,4 %) beteiligten sich an der Wahlentscheidung. Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf[81]:

Gesetzentwurf Nr.	Ja-Stimmen (in %)	Nein-Stimmen (in %)
1	74,8	3,2
2	8,4	15,1
3	13,2	13,5

Damit hatte die bayerische SPD – wenn auch erst auf die Initiative der FDP hin – 22 Jahre nach Vollendung der bayerischen Nachkriegsverfassung eine Grundsatzentscheidung für eine Modernisierung der Kultur- und Schulpolitik erreicht, für die sie seit ihrem Kampf gegen die Hundhammersche Kulturpolitik eingetreten war. Die Entscheidung vom 7. Juli 1968 zeigte freilich auch, daß es der SPD in Bayern nach wie vor nur möglich war, durch Kompromisse *mit* der CSU und nicht *gegen* sie bestimmte Vorstellungen in der Politik durchzusetzen.

[75] Bayerische Verfassung, Art. 74 Abs. 5: „Rechtsgültige Volksbegehren sind von der Volksvertretung binnen drei Monaten nach Unterbreitung zu behandeln und binnen weiterer drei Monate dem Volk zur Entscheidung vorzulegen . . ."

[76] Der Wortlaut der Änderungen der Kirchenverträge findet sich in: Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 345 f.

[77] „Parteien werben gemeinsam", in: Münchner Merkur, 11. 6. 68.

[78] Vgl. Brief Landesbischof Dietzfelbingers vom 17. 5. 68 an alle Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (Auszug veröffentlicht in: Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 351); „Erklärung der bayerischen Bischöfe zum Volksentscheid" vom 30. 6. 68 (abgedr. ebenda, S. 353).

[79] Vgl. Flugblatt des BLLV, abgedr. in: Die Bayer. Schule, 25. 6. 68, S. 306/307.

[80] Ein Stimmzettel ist wiedergegeben auf dem Flugblatt des BLLV (vgl. vorhergehende Anmerkung).

[81] Die Bayer. Schule, 15. 7. 68, S. 354.

V. Zusammenfassung und Bewertung

Vergleichbar der Gesamtpartei konnte die SPD in Bayern ihre Pläne von der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung nach 1945 nicht verwirklichen. Das hatte zum größten Teil seine Ursache in dem für eine sozialistische Partei traditionell und strukturell ungünstigen politischen Klima in Bayern, wodurch die erfolgreichen Anfänge der SPD unter Vollmar durch den Schock der Eisnerschen Novemberrevolution und die unsichere Haltung Auers zunichte gemacht wurden. Hoegner versuchte nach 1945 an die Vollmarsche Zeit anzuknüpfen, war jedoch ohne die Unterstützung aller bayerischen Bezirke nicht in der Lage, einen starken und auf die Dauer funktionierenden bayerischen Landesverband ohne volle Integration in die Gesamtpartei zu schaffen. Hoegner war als kommissarischer Ministerpräsident der Jahre 1945/46 und durch seine persönliche Aktivität für Staat und Partei die einzige Führungspersönlichkeit, die sich für die bayerische SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit anbot. Sein unüberbrückbarer Gegensatz zu Kurt Schumacher und der Anspruch des Parteivorstandes in Hannover, alleinige zentrale Instanz der Partei zu sein, der sich die anderen Organisationseinheiten unterzugliedern hatten, führten zu der Stärkung und Revolte jener Kräfte, die für eine geschlossene Gesamtpartei, möglichst große Souveränität der Bezirke in organisatorischen Fragen und gegen eine Bajuwarisierung der SPD in Bayern eintraten. Der allmählichen Konsolidierung der Organisation der bayerischen SPD und dem Abtreten Hoegners als Ministerpräsident 1947 folgte die immer stärkere Umorientierung der Partei in Richtung Parteivorstand in Hannover. Mit der Wahl Knoeringen zum Landesvorsitzenden an der Stelle Hoegners wurde diese Intention personell in die Tat umgesetzt und die ehemals so starken Gegensätze zwischen Landesvorstand und Parteivorstand wurden rasch abgebaut.

Mit der Integration in die Gesamtpartei gelang es der bayerischen SPD allerdings noch nicht, die allgemeinen organisatorischen Mängel — insbesondere auf der unteren Organisationsebene — zu beseitigen. Dem formalen Organisationssystem entsprach nicht die Effektivität in der Praxis. Die Währungsreform 1948 tat ein übriges, die Partei finanziell schwer zu erschüttern. Reorganisationsmaßnahmen wurden in Angriff genommen, konnten bis 1950 jedoch nicht mehr zu durchschlagendem Erfolg führen.

Die Versuche der bayerischen SPD, die Jugend durch die Organisation der Jungsozialisten, die Frauen durch die Frauengruppen, Flüchtlinge und Arbeiter in Flüchtlings- und Betriebsgruppen für die Parteiarbeit zu gewinnen, schlugen ebenfalls weitgehend fehl. Presse und Propaganda hatten mit den schwierigen Umständen der unmittelbaren Nachkriegszeit zu kämpfen und waren in ihrer Wirkung reichlich ineffektiv. Der große Plan einer sozialistischen Hochschule wurde zwar mit der Errichtung der Georg-von-Vollmar-Schule in Kochel realisiert, eine für die Partei wirksame Bildungsarbeit konnte damit jedoch bei den schlechten finanziellen Verhältnissen bis 1950 kaum erreicht werden.

Die organisatorische Schwäche der bayerischen SPD in der Praxis hatte ihre Ursache nicht zum wenigsten in dem größtenteils überalterten Führungspersonal und in den mangelhaften Qualitäten von Funktionären auf unterer Organisationsebene. Hinzu traten die politischen Mißerfolge der Partei, die die anfänglichen Illusionen von dem nicht zu bremsenden Aufstieg der Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland und in Bayern rasch zerstörten. Durch ihren Austritt aus der Koalition 1947 unternahm die Partei einen weiteren Schritt, sich selbst die politische Verantwortung in der Regierung zu nehmen und eine reichlich unfruchtbare Rolle als Oppositionspartei zu spielen. Die Oppositionspolitik 1947 bis 1950 zeigte einen Fehlschlag nach dem anderen, den die in vielen Punkten weg-

weisende und modernen Anforderungen Rechnung tragende Programmatik der SPD hinnehmen mußte. Einfluß auf die Politik war nur durch die Regierungsbeteiligung möglich, wie die SPD zu Ende ihrer Oppositionszeit in der ersten Legislaturperiode erkannte. Nach Erfüllung der einzigen ernsthaften Koalitionsbedingung der SPD — der Entfernung Hundhammers als Kultusminister — versuchte die SPD 1950 in der Regierung mit konstruktivem Programm dort anzuknüpfen, wo sie 1947 aus eigenem Antrieb unterbrochen hatte.

Die ursprüngliche politische Konstellation in Bayern 1945 war — relativ gesehen — nicht ungünstig für die SPD. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften war traditionell gut, der Bayerische Bauernverband zeigte anfangs großes Interesse an der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und SPD, der SPD gelang es, einen beachtlichen Einfluß auf Flüchtlingsgruppierungen in Bayern auszuüben und das Verhältnis zu den Kirchen — insbesondere die problematische Beziehung zur katholischen Kirche — gestaltete sich dank der kompromißbereiten reference-group-Haltung Hoegners als Ministerpräsident vielversprechend. Die radikalen Töne führender Sozialdemokraten nach der ersten Konsolidierung der Partei auf der programmatischen Grundlage der Kölner Resolution und des Aktionsprogrammes der bayerischen SPD vom 15. Dezember 1946 trübten diese Verhältnisse sehr rasch. Die SPD fand sich nicht mit den unter der Regie Hoegners getroffenen Kompromissen in der Verfassung auf dem Gebiet der Schulpolitik ab und stellte dadurch das traditionelle Spannungsverhältnis zu der katholischen Kirche wieder her. Die Einflußlosigkeit der SPD nach ihrem Austritt aus der Koalition machte sie für Bauernverband und Flüchtlingsverbände uninteressant, zumal die führenden Persönlichkeiten dieser Verbände nach der ersten Phase des Aufbaues sehr eigenwillige Ziele verfolgten. Die Gewerkschaften, beseelt von der Idee der Einheitsgewerkschaft, zeigten gewisse Reserven gegenüber der SPD. Die Zurückhaltung schlug sich allerdings weniger in einer gemeinsamen Auffassung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nieder als vielmehr in den lange reichlich erfolglosen Versuchen der SPD, eine erfolgreiche Betriebsgruppenarbeit im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften aufzubauen.

Um eine stärkere Position im Rahmen der politischen Konstellationen nach 1945 in Bayern zu gewinnen, hätte sich die SPD in weit geringerem Maße auf unumstößliche Prinzipien festlegen dürfen, was nicht besagt, daß das Bestreben der SPD in einer möglichst getreuen Kopierung von Struktur, Programmatik und Politik der CSU hätte liegen sollen. Die soziale Struktur Bayerns erlaubte es einer politischen Partei, die erfolgreich sein wollte, nicht, sich mit der katholischen Kirche und den Bauern anzulegen.

Aufgabe der SPD in Bayern nach 1945 wäre es gewesen, die aus der veränderten sozialen Struktur resultierenden stärker heterogenen Interessen so stark wie möglich pragmatisch zu integrieren, anstatt den Dogmatismus mächtiger Verbände mit einer starren Parteiideologie zu beantworten. Die SPD in Bayern machte sich unter dem bestimmenden Einfluß der Parteizentrale in Hannover einen politischen Standort zu eigen, der sich als Fixpunkt in dem Koordinatensystem bayerischer Politik jeglicher Anpassung oder Annäherung an politische Parteien, Verbände oder soziale Gruppen, die nicht den ideologischen Postulaten der Partei entsprachen, versagte. Die SPD in Bayern begab sich so bis zu den ersten feststellbaren Wandlungen ihrer Politik ab 1950 der Chance des Eindringens in konfessionelle und berufliche Teilbereiche der strukturellen Gesamtkonstellationen Bayerns und damit der Stärkung ihrer parlamentarischen Position als Voraussetzung eines politischen Erfolges.

Der SPD war im Laufe ihrer Geschichte mehr und mehr der revolutionäre Elan abhanden gekommen. Grotesk war es, daß sie sich dennoch fiktiv revolutionär gebärdete, ohne in der Praxis erwähnenswerte Anstrengungen zu unternehmen, entsprechende Programmpunkte zu realisieren. Sie stritt wortreich für eine Politik, deren Durchsetzung ihr unmöglich war, deren Propagierung ihr jedoch mannigfache Ablehnung in der Öffentlichkeit

brachte und schwerwiegende Ursache ihres teilweise schwachen Abschneidens in den Wahlen war.

Ende der vierziger Jahre stand die SPD ohne weitergehende Bindung an starke Gruppen — mit Ausnahme der Gewerkschaften — in hohem Maße isoliert in dem Rahmen der politischen Konstellationen in Bayern. Sie mußte versuchen, aus dieser Isolierung herauszukommen durch eine als erfolgreich anerkannte Politik, die wiederum nur als Regierungspartei zu verwirklichen war. Die SPD in Bayern nahm — nach dem Höhepunkt ihrer politischen Anti-Haltung gegenüber Regierung und CSU auf dem Rosenheimer Parteitag 1949 — Abschied von den Prinzipien der Kölner Resolution und der subjektiv-dialektischen Kompromißlosigkeit, wie sie in dem politischen bipolaren Denken Kurt Schumachers zum Ausdruck kam[1]. Sie war bereit, mit einer Regierungsbeteiligung Abstriche an ihrem Programm hinzunehmen, um durch eine Kombination aus Kompromiß, Durchsetzungsvermögen und Nachgeben wenigstens einen Teil ihrer programmatischen Ziele zu erreichen. Die SPD in Bayern, die unter Hoegner 1945/46 Gefahr lief, sich in einer partikularistischen Außenseiterposition zu verlieren, die sich unter Knoeringen 1947 bis 1949 widerstandslos in die Organisation der Gesamtpartei ein- und den Richtlinien des Parteivorstandes unterordnete, gewann nach den wider Erwarten schlechten Wahlergebnissen der Kommunalwahlen 1948 und der Bundestagswahl 1949 vor der Landtagswahl 1950 zunehmend erneut eigenes politisches Profil, das in hohem Maße durch den Pragmatismus Knoeringens geprägt wurde. Zumindest ein Teil der Führungsspitze der bayerischen SPD kann damit in Anspruch nehmen, in den fünfziger Jahren wertvolle praktische Hinweise für eine Revision der gesamten sozialdemokratischen Programmatik und Politik der Nachkriegszeit gegeben zu haben, wie sie sich unter starker Mitwirkung Knoeringens im Godesberger Programm 1959 niederschlug. Neben dieser Ausstrahlung der SPD in Bayern auf die Gesamtpartei war die zunehmende Besinnung ihhrer Führung auf die Aufgaben einer regionalen politischen Partei bestimmend für ihren weiteren Weg. Die durch das Wahlsystem in Bayern begünstigte Tendenz zum Zweiparteiensystem, die sich nach einer Phase der Pluralisierung des Parteiensystems vom Ende der vierziger Jahre bis zum Ende der fünfziger Jahre ausprägte, kam der traditionell starken christlichen Partei in Bayern — nach 1945 der CSU — zugute. Die strukturellen Wandlungserscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft Bayerns, die die SPD erkannte und programmatisch zu meistern suchte, brachten dieser Partei ebenfalls stetige Stimmengewinne.

Die politische Rolle der SPD war in Bayern während der Krisenzeiten 1918/19 und 1945/46 bedeutsam. Ansonsten blieb es jedoch der mit den regionalen Strukturen in sozialer Zusammensetzung und politischer Zielrichtung in höherem Maße interdependenten BVP bzw. CSU vorbehalten, fast ausschließlich die politischen Geschicke des Landes zu bestimmen. Dieses Faktum erlaubt die These, daß es der SPD in Bayern erst dann gelingen kann, eine dominierende politische Rolle zu spielen, wenn das Vertrauen weiter Kreise der bayerischen Bevölkerung in die CSU durch eine schwerwiegende politische, wirtschaftliche oder personelle Krise erschüttert würde. Diese Erkenntnis, verbunden mit der bereits konstatierten, durch die Bestimmungen des bayerischen Landeswahlgesetzes mitbedingten Tendenz zum Zweiparteiensystem, legt es nahe, die SPD in Bayern als eine regionale politische Partei zu charakterisieren, der es auf Grund folgender Faktoren nicht gelang, einen politischen Durchbruch in Bayern zu erzielen:

1. Keine Adaption — weder strukturell-organisatorisch noch programmatisch-politisch — an die besonderen sozialen Bedingungen in Bayern;

[1] Vgl. hierzu Lewis J. Edinger, Kurt Schumachers politische Perspektive, in: PVS 3, 1962, S. 339 ff.; ders., Kurt Schumacher, A Study in Personality and Political Behavior, Stanford (Cal.) and London 1965, passim.

2. Schwere politische Fehler — darin durchaus der Gesamtpartei vergleichbar — insbesondere in den beiden unmittelbaren Nachkriegsphasen nach 1918 und 1945 sowie starke Mängel bei dem Versuch, diese Fehler in der Folgezeit zu korrigieren;
3. Unzureichende Zahl geeigneter und populärer Führungspersönlichkeiten; dies in Bayern um so schwerwiegender, da es der CSU zumindest an einer populären Führungsgarnitur nicht mangelte;
4. Enorme Schwerfälligkeit bei der politischen Gestaltung verbunden mit starker Unbeweglichkeit der Parteiorganisation; daraus resultierend mangelnde Anpassungsfähigkeit an die durch andere politische Kräfte — insbesondere die dominierende CSU — neu geschaffenen Situationen[2].

Die politische Entwicklung bis heute zeigt, daß trotz politischer und sozialer Wandlungen und trotz entsprechender programmatischer und politischer Bemühungen die eigentliche Chance der bayerischen SPD — wesentlich bedingt durch die oben aufgeführten Mängel und Versäumnisse —, eine Änderung des politischen Willensbildungsprozesses in Bayern zu ihren Gunsten herbeizuführen, nur zu einem geringen Teil auf der eigenen Programmatik und Politik beruhen kann[3], dagegen fast ausschließlich auf dem adäquaten politischen Verhalten im Falle eklatanter, allgemein einsichtiger Fehlleistungen der CSU[4].

[2] Hierunter ist nicht die „Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse" zu verstehen, die Wolfgang Abendroth (Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt 1964; das Zitat stammt ebenso wie das folgende aus dem Untertitel) zu Recht als „Zweckentfremdung einer politischen Partei" kritisiert. Aufgabe politischer Parteien muß es allerdings sehr wohl sein, geschaffene politische Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und durch die Einstellung ihres Verhaltens auf die jeweilige politische Situation (Anpassungsfähigkeit) erst Möglichkeiten zu deren Überwindung und Veränderung zu entwickeln. Im umgekehrten Fall liefe die Haltung einer Partei auf das Ignorieren politischer Realitäten hinaus, was langfristig ihren eigenen Realitätsverlust zur Folge haben könnte (!).

[3] Hierfür exemplarisch in der jüngsten Vergangenheit die Rolle der SPD im bayerischen Schulkonflikt 1966—68 (vgl. oben S. 185—188).

[4] Damit wird nicht notwendigerweise einem „Ende des Parteienstaates" in Bayern das Wort geredet. Zwar sind manche der Aspekte für die Beweisführung einer „Opposition ohne Alternative" bei Manfred Friedrich (Opposition ohne Alternative? Über die Lage der parlamentarischen Opposition im Wohlfahrtsstaat, Köln 1962) auch für die aktuelle Parteienkonstellation in Bayern als zutreffend zu bezeichnen, die gesellschaftliche Basis als wichtiger Bezugspunkt des Agierens politischer Parteien in einer Demokratie bleibt jedoch bei Friedrich — durch den Begriff des Wohlfahrtsstaates nur völlig unzureichend umschrieben — unscharf. Hier gilt es, durch weitaus tiefer vordringende Analysen genauere diagnostische und therapeutische Anhaltspunkte für jenen zweifellos zu konstatierenden „Strukturfehler der Demokratie" zu gewinnen, der dadurch zum Ausdruck kommt, daß „mangels Vorliegens einer ausreichend intensiven und konkreten, d. h. aber in Einzelheiten notwendigerweise differenzierten politischen Willensbetätigung breiter Bevölkerungsschichten der gesellschaftliche Pluralismus in einer monokratisch organisierten, zwar präzis funktionierenden, aber leerlaufenden Staatsmaschine erstarrt" (Ernst Fraenkel, Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/64, 26. Febr. 1964, S. 14). Was Wunder, wenn Autoren, die sich bei ihrer Untersuchung des Parteienstaates nicht von einer derartigen Auffassung leiten lassen (wie z. B. Ekkehart Krippendorff, Das Ende des Parteienstaates?, in: Der Monat, Heft 160, 1962, S. 64—70, oder Ernst-August Roloff, Demokratie ohne Parteien?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/65, 10. 11. 65, S. 3—16 (letzterer in betonter Frontstellung gegen Fraenkel [S. 14]), in spekulativen Resultaten enden? — Vgl. zu der Gesamtproblematik auch die vorzügliche knappe Darstellung bei Narr, CDU-SPD, S. 38 ff.

B. Theoretische Betrachtung – Elemente und Thesen einer Theorie regionaler politischer Parteien im Rahmen einer allgemeinen Parteientheorie

ERSTER TEIL: VORAUSSETZUNGEN, ELEMENTE UND ZIELSETZUNGEN EINER THEORIE REGIONALER POLITISCHER PARTEIEN

Der Versuch von Maurice Duverger, eine „allgemeine Theorie der Parteien"[1] zu konzipieren, ist vor allem infolge einer übertrieben formalistischen Methodik gescheitert[2]. Ohne näher auf die Arbeit von Duverger einzugehen, möchten wir in Frontstellung gegen die in seiner Parteitheorie angewandte Methodik folgende für unsere Untersuchung relevanten Punkte hervorheben:

1. Die Notwendigkeit einer weit stärkeren und kontinuierlichen historischen Reflexion über die Rolle politischer Parteien in Gesellschaft und Staat;
2. Die Notwendigkeit fundierter Analysen von regionalen Strukturen politischer Parteien;
3. Die Notwendigkeit der Herstellung eines Bezugssystems zwischen historischen Phänomenen, der Parteistrukturierung und regionalen sozialen Morphologien, deren Resultate allgemeine Schlüsse auf Organisation, Programmatik und Politik politischer Parteien zulassen.

Die mit der Fixierung dieser Punkte gestellte Aufgabe einer stärkeren Berücksichtigung regionaler politischer Parteien als selbständige politische und organisatorische Einheiten einer übergeordneten Gesamtpartei kann nur befriedigend gelöst werden durch umfangreiche empirische Studien regionaler politischer und sozialer Erscheinungen unter Wahrung einer historischen Perspektive[3] und durch die Systematisierung der erreichten Ergebnisse in einer Theorie regionaler politischer Parteien als Bestandteil einer allgemeinen Parteientheorie.

Wenn der Appell von Robert K. Merton — wie wir glauben — zu Recht besteht, sich zunächst der Theoriebildung „mittlerer Reichweite" zuzuwenden, um damit einerseits über erste elementare Ansätze zu Theorien hinauszukommen, andererseits sich nicht zu früh in umfassenden, empirisch nicht abgesicherten „Gesetzen" und „Regeln" zu verlieren, so bieten regionale empirische Analysen politischer Parteien und daraus resultierende theoretische Systeme die geeignete und zugleich unumgängliche Zwischenstufe. Weiterhin wird bei Anerkennung von Konflikt und Wandel[4] als normaler, Stabilität und Ordnung

[1] M. Duverger, Die politischen Parteien. Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, Bd. 9, Tübingen, 1959, S. IX.

[2] Zur Kritik vgl. insbes. G. E. Lavau, Partis politiques et réalités sociales. Contribution à une étude réaliste des partis politiques. Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques, vol. 38, Paris 1953, S. 8 ff.; Werner Conze, Wahlsoziologie und Parteigeschichte, in: Aus Geschichte und Politik, Festschrift für Ludwig Bergsträsser, Düsseldorf 1954, S. 244.

[3] Dies fordert auch Wolfgang Abendroth, Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: VZG 1957, S. 300 ff. Vgl. auch Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, Berlin-Dahlem 1963, S. 9 A. 1. — Zu der prinzipiellen Notwendigkeit von Detailstudien zur exakten Erfassung von Gesamtprozessen vgl. auch Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928—1933, Stuttgart 1959, S. 19.

[4] Auf die Wichtigkeit einer strukturell-funktionalen empirischen und theoretischen Analyse unter Beachtung von Konflikts- und Wandlungserscheinungen weist insbesondere Dahrendorf, Struktur und Funktion, Talcott Parsons und die Entwicklung der soziologischen Theorie, in: ders., Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München, 1961, S. 77 ff., hin.

als pathologischer[5] Situation die Bedeutung regionaler Parteiensysteme für die Parteiensysteme auf nationaler Ebene deutlich, indem innerhalb der hierarchisch-organisatorischen Strukturen aller politischen Parteien manifeste und latente Funktionen, Dysfunktionen[6] und Konflikte ihren wesentlichen Niederschlag auf regionaler Ebene als Verbindungsglied zwischen den Parteizentralen auf nationaler Ebene und lokalen Parteiorganisationen finden. Sicherlich ist die praktische Durchführung dieses Denkansatzes in Wissenschaft und Forschung nicht leicht, gibt es doch bis heute weder ausreichende Untersuchungen regionaler politischer Parteien[7], noch eine befriedigende Theorie des Konflikts[8]. Gerade die mangelnde Einbeziehung des Konflikts und einer strukturell-funktionalen Betrachtung läßt die überwiegende Mehrzahl der ansonsten wegweisenden französischen Arbeiten zur Wahlsoziologie als rein statische regionale Strukturanalysen erscheinen, die sich zudem mehr der Analyse des Wählerverhaltens als einer subtilen Strukturbetrachtung politischer Parteien zuwenden[9]. Die bisherigen Arbeiten der regionalen Wahlsoziologie stehen damit in Gefahr, durch eine statische oder ausschließlich historische Betrachtungsweise mehr zu einer historischen Modellbildung regionalen Wählerverhaltens beizutragen, als zu der hier geforderten regionalen Parteianalyse und -theorie als Voraussetzung für eine allgemeine Theorie politischer Parteien und dem besseren Verständnis der Interdependenz von politischen und sozialen Prozessen, in denen — wie die neuere Politische Wissenschaft erkannt hat — die politischen Parteien eine hervorragende Rolle spielen. Jüngere Arbeiten zur Wahlsoziologie befleißigen sich einer weitaus stärkeren Analyse des prozessualen Charakters im Verhältnis von Parteien, Staat und Gesellschaft und deren interdependenten Auswirkungen auf die Wahlergebnisse, ohne indessen zumeist regionale Gesichtspunkte befriedigend zu berücksichtigen[10]. Arbeiten, die ausschließlich oder in

[5] „Normal" und „pathologisch" werden hier im Sinne Emile Durkheims gebraucht; vgl. E. Durkheim, Die Regeln der soziologischen Methode, hg. von R. König, Neuwied 1960.

[6] Vgl. zu diesen Begriffen Robert K. Merton, S. 19 ff.

[7] Wenn wir von einer Anzahl regionaler Parteimonographien, die ihren Sinn in einer ideengeschichtlichen Darstellung unter Ausschluß von Strukturbetrachtungen sehen oder die Parteistruktur isoliert von der sie umgebenden politischen und sozialen Multidimensionalität analysieren, absehen, so ist lediglich zu verweisen auf die Studien der „Géographie électorale", die ihren Anfang mit dem klassischen Werk von André Siegfried, Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République, Paris 1913, nehmen. Sie wurden fortgesetzt durch: ders., Le tableau des partis en France, Paris 1931; ders., Géographie électorale de l'Ardèche sous la Troisième République, Paris 1949; François Goguel und Georges Dupeux, Sociologie électorale. Esquisse d'un bilan guide de recherches, Paris 1951 (mit Bibliographie zur regionalen Wahlsoziologie); Partis politiques et classes sociales en France. Association Française de Science Politique. Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques. Partis et elections Bd. 74, Paris 1955 (Bibliographie, hg. von M. Duverger). — Zu dem Gesamtbereich der „Sociologie électorale" vgl. Werner Conze, Wahlsoziologie, S. 243 ff.; Gerhard Lehmbruch, Die Soziologie der Wählerschaft in der internationalen Forschung, in: Gesellschaft — Staat — Erziehung, 1957, S. 269—279; Josef Gugler, Die neuere französische Soziologie, Ansätze zu einer Standortbestimmung der Soziologie, Soz. Texte Bd. 5, Neuwied und Berlin 1961, S. 74 f.; Rudolf von Albertini, Die französische Wahlgeographie und Wahlsoziologie, in: Schweizer Zeitschrift für Geschichte, 4, 1954, S. 395—406; sowie die ausgezeichnete Gesamtdarstellung von Nils Diederich, Empirische Wahlforschung, Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich,Staat und Politik Bd. 8, Köln und Opladen 1965.

[8] Vgl. hierzu insbesondere den Versuch von Lewis A. Coser (Theorie sozialer Konflikte [Originaltitel: The Functions of Social Conflict], Soziologische Texte, Bd. 30, Neuwied a. Rh. und Berlin 1965, SS. 80 ff., 183 ff.), in Konfrontation mit Georg Simmel (Der Streit, in: ders., Soziologie, Leipzig 1908, Kap. IV, S. 247 ff.), dessen Thesen neu zu formulieren. Vgl. weiterhin die kritischen Anmerkungen im Zusammenhang mit der strukturell-funktionalen Theorie bei Dahrendorf, Struktur und Funktion, passim. Dahrendorfs eigene Versuche einer Theoriebildung des sozialen Konflikts in seinem Aufsatz „Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts", in: ders., Gesellschaft und Freiheit, S. 197—235.

[9] Neben der bereits erwähnten allgemeinen Kritik Dahrendorfs an dieser Betrachtungsweise sei im besonderen verwiesen auf Rudolf Heberle, Social Movements, An Introduction to Political Sociology, New York 1951, S. 211, der im Rahmen der „political ecology" die möglichst umfassende Einbeziehung aller für den Untersuchungsgegenstand relevanten Faktoren in ihrer funktionalen und prozessualen Interdependenz fordert.

[10] Zu verweisen wäre vor allem auf die für diese Art der dynamischen Betrachtung relevante Arbeit von Paul F. Lazarsfeld, Bernard R. Berelson und Hazel Gaudet, The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign, New York 1949 (Deutsche Übersetzung: Wahlen und Wähler. Soziologische Texte Bd. 18, Neuwied und Berlin, 1964); V. O. Key, Politics, Parties and Pressure Groups, 2. Aufl.,

hohem Maße regionale Strukturen bei der Analyse von Wahlen und Parteien einbeziehen, liegen kaum vor[11].

Es ist interessant, daß Lavau bei aller Kritik an Duvergers formalistischer Parteientheorie und trotz der Forderung nach fundierten empirischen Detailstudien nicht auf die völlig mangelhafte Behandlung regionaler Parteistrukturen bei Duverger[12] eingeht, sondern sich ausschließlich auf die nationale Ebene beschränkt[13]. Bei aller Zustimmung zu exakten empirischen Ergebnissen als Voraussetzung fundierter Theorien muß in diesem Fall für Lavau doch ein mangelnder Einblick in differenzierte und pluralistische nationale Strukturen konstatiert werden, von föderativen staatlichen und politischen Strukturen ganz zu schweigen. „Globale Gesellschaften"[14] „sind ausnahmslos strukturiert"[15], zeichnen sich durch ihre „Multidimensionalität"[16] aus und können überhaupt nur durch deren Einbeziehung in soziologische Analysen verstanden werden. Es ist deswegen völlig irrelevant, „Totalphänomene"[17] systematisch-theoretisch einzuordnen ohne grundlegende empirische

New York 1948; die Veröffentlichungen des Nuffield-Colleges (H. G. Nicholas, D. E. Butler, U. Kitzinger); Les elections du deux Janvier 1956. Sous la direction de M. Duverger, F. Goguel et Jean Touchard, Paris 1957; Georges Dupeux, Le front populaire et les élections de 1936, Paris 1959; Rudolf Heberle, From Democracy to Nazism. A regional case study on political parties in Germany, Baton Rouge 1945. Deutsch (ursprüngliche Fassung) unter dem Titel: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918—1932 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 6), Stuttgart 1963. Perry H. Howard, Political Tendencies in Louisiana 1812—1952, Baton Rouge 1957, eine beispielhafte Arbeit, in der nach Darstellung der historischen Gesamtkonstellationen regionale Differenzierungen vorgenommen und somit soziale und politische Wandlungen in ihrer funktionalen und prozessualen Interdependenz nachgewiesen werden. Die Aufgabe seiner Untersuchung sieht Howard in „the search for basic political tendencies in situations of change" (S. 6). Ähnlich R. Heberle im „Editor's Preface", S. VIII.; Stephanie Münke, Wahlkampf und Machtverschiebung, Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 1, Berlin 1952), vor allem S. 325; O. H. v. d. Gablentz, Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, Berlin 1952; Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953, Berlin und Frankfurt/M. 1957 (für regionale Analysen vgl. S. 264 ff. Ursachen und Ausnahmen bestimmter regionaler Phänomene werden allerdings nicht ermittelt). Wichtige Hinweise auf regionale Differenzierungen finden sich bei Gerhard Lehmbruch, Das Mouvement Républicain Populaire in der Vierten Republik, phil. Diss., Tübingen 1962, S. 282 ff.

[11] Eine der wenigen Ausnahmen bilden neben der bereits erwähnten Arbeit von Heberle, From Democracy to Nazism: Bernhard Ehrenfeuchter, Die Reichstagswahlen in Niedersachsen 1871—1912, phil. Diss. Göttingen 1952. Vgl. weiterhin die bei Nils Diederich, S. 144 A. 2, aufgeführte Literatur. Weiterhin Günther Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1949, Bremen-Horn 1957; Schneider, a. a. O. — Die — um nach Hinweisen in Sekundarliteratur zu schließen — offensichtlich bemerkenswerte Arbeit von E. Tananbaum, Christian Democracy in Italy, Cornell University, PhD Thesis 1952, war mir leider nicht zugänglich.

[12] Die politischen Parteien, S. 72 f.

[13] Lavau, SS. 8 f, 12, 52 ff.

[14] Zentraler Begriff in der Soziologie George Gurvitchs; vgl. Vocation actuelle de la sociologie, Paris, 2e éd., 1957, vol. 1, insbes. SS. 1—26, 443—504; Traité de sociologie, I, Paris 1958, insbes. SS. 205 ff., 216 ff. Gurvitch definiert formal den Begriff der „Globalen Gesellschaft" durchaus im Sinne des historischen und politischen Begriffes der Nation.

[15] Traité I, S. 210.

[16] Gurvitch, Sociologie en profondeur, in: Traité I, S. 157 ff.

[17] „Phénomènes sociaux totaux": Zentraler Begriff bei Marcel Mauss (Sociologie et Anthropologie, Paris 1950), der damit — ähnlich wie später Gurvitch mit seiner „Tiefensoziologie" (sociologie en profondeur) und „Multidimensionalität" (pluridimensionalité) — die Vielgestaltigkeit und Vielschichtigkeit sozialer Phänomene zu umgreifen sucht. — Ein durchaus vergleichbarer Ausgangspunkt für Analyse und Theorie sozialer Prozesse — wenn auch stärker marxistisch-dialektisch zugespitzt — liegt vor bei Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, SS. 21 ff., 39 ff. — Zu dem philosophisch-methodologischen Gebrauch des Begriffes „Totalität" bei Hegel und in seiner Nachfolge (Marx, Lenin) vgl. die treffende Darbietung bei Herbert Marcuse, Vernunft und Revolution, Soziologische Texte Bd. 13, Neuwied a. Rh. und Berlin 1962, SS. 135 ff., 144 ff., 274 ff. Der gegenwärtige Gebrauch des Begriffes in der soziologisch-theoretischen Methodendiskussion läßt leider gelegentlich die nötige definitorische Schärfe vermissen, vgl. dazu die berechtigte Kritik von Hans Albert (Der Mythos der totalen Vernunft, in: ZfS 1964, S. 228 ff.) an Jürgen Habermas (Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum 60. Geburtstag, hg. von Max Horkheimer, Frankfurt 1963) und dessen Erwiderung (Gegen einen positivistischen halbierten Rationalismus, in: ZfS 1964), in der er allerdings nichts zu der Klärung dessen, was er unter „Totalität" versteht, beiträgt. Soziologisch-analytisch und -theoretisch brauchbar sind die begrifflichen Bestimmungen der „Totalität" bei Theodor W. Adorno, Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: ZfS 1962, S. 250. Vgl. hierzu auch oben S. 14.

Analysen ihrer horizontalen und vertikalen strukturell-funktionalen Interdependenz[18] im Rahmen der Multidimensionalität globaler Gesellschaften[19].

Nach Methodik und Terminologie von Talcott Parsons und E. A. Shils wären in unserem Falle zunächst regionale politische Parteien als „ad hoc klassifizierende Systeme" zu analysieren[20], die auf Grund der empirischen Verifikation ihrer Interdependenzen in das „kategoriale System" einzuordnen und einander zuzuordnen wären. Daraus wäre es möglich, „theoretische Systeme" (Gesetze) zu gewinnen, die die volle abstrahierende Integration empirischer Ergebnisse erlauben und Möglichkeiten des „empirisch-theoretischen Systems" — der empirisch und theoretisch fundierten Prognose — aufzeigen[21]. Für eine Theoriebildung der regionalen politischen Parteien im Rahmen allgemeiner nationaler Parteiensysteme stehen wir noch auf der untersten Stufe des „ad hoc klassifizierenden" und „kategorialen" Systems in spärlichen Ansätzen.

Als Forderung an die Arbeitsmethodik regionaler Studien[21a] der Politischen Wissenschaft ergibt sich, daß in weit höherem Maße jene Wissenschaftsgebiete berücksichtigt werden müssen, die sich mit der sozialen Morphologie beschäftigen. Nur dadurch ist es möglich, zu einem exakten Grundlagenwissen über regionale Strukturen und die sich in ihnen und durch sie bildende Multidimensionalität zu gelangen, in deren Interdependenz und Spannungsfeld allein verläßliche strukturelle Analysen politischer Parteien durchgeführt werden können. Es ist in der Tat erstaunlich, daß die Politische Wissenschaft von den bereits Jahrzehnte zurückliegenden, in ihrem Grundgehalt immer noch unübertroffenen Arbeiten eines Marcel Mauss auf den Gebieten der Soziogeographie und Demographie[22] und eines

[18] Zu der historischen Rolle des Begriffes „Interdependenz" in der soziologischen und politischen Theorie vgl. Vilfredo Pareto, Fatti e teorie, Firenze 1920, S. 252/253, und die erstaunlich damit übereinstimmenden Äußerungen des späten Friedrich Engels (Karl Marx / Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Berlin 1952, SS. 458/459, 466).

[19] Vgl. auch François Goguel (La sociologie électorale, in: Traité de sociologie, vol. II., hg. v. G. Gurvitch, Paris 1960, S. 48), der sich für eine möglichst umfassende interdependente „Faktoren"-Analyse zur Erklärung von Wahlverhalten einsetzt.

[20] Parsons versteht darunter allerdings vor allem die isolierte theoretische Analyse des später in das interdependente theoretische System einzuordnenden Gegenstandes, da er eine möglichst enge Verbindung von theoretischen Systemen und empirischen Generalisierungen „bei unserem heutigen Wissensstand" für nicht miteinander vereinbar hält (Die jüngsten Entwicklungen in der strukturell-funktionalen Theorie, in: ZfS 1964, S. 30). In diesem Zusammenhang kritisiert Parsons die angebliche Nichtbeachtung der Probleme der analytischen Theorie und das einseitige Verständnis von Theorie als „Gruppe empirischer Generalisierungen" bei Dahrendorf (Die jüngsten Entwicklungen, S. 48/49 A. 4). Zur Widerlegung vgl. Dahrendorf, Struktur und Funktion, SS. 51 ff., 56, 82 ff. Zusammenfassend: Paul Drewe, Die „strukturell-funktionale Theorie" und der soziale Wandel. Ein Nachwort zur Kontroverse zwischen Dahrendorf und Parsons, in: ZfS 1966, S. 329—336. — Vgl. dazu auch Hans L. Zetterberg (Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, hg. v. R. König, Bd. 1, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 64): „ . . . der moderne Theoretiker, wie wir ihn verstehen, muß mehr empirische Forschungsergebnisse kennen als der empirische Forscher. Denn der Theoretiker beschäftigt sich mit der Systematisierung des gesammelten Wissens . . .".

[21] Talcott Parsons und E. A. Shils, Toward a General Theory of Action, Cambridge (Mass.) 1951, S. 50 f.

[21a] Vgl. als grundlegende Literatur Walter Isard / Thomas A. Reiner, Regional Science, in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, hg. v. d. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1966, Spalte 1697—1708, sowie die deutsche Zusammenfassung von Edwin von Böventer, ebenda, Spalte 1708—1711. Weiterhin knappe einführende Bemerkungen in dem Aufsatz von Helmut Wagner, Strukturen und Typen deutscher Länder. Eine Untersuchung über den Regionalismus in Deutschland, in: PVS 10, 1969, S. 80—98. Hinzuweisen ist besonders auf die bei Wagner aufgeführte Literatur zur Regionalforschung (ebenda, S. 80/81, A. 2—6). Unter wirtschaftlichem Aspekt sehr instruktiv ist der Aufsatz von Herbert Ehrenberg, Regionalpolitik: Konzentration auf Schwerpunkte, in: Der Volkswirt Nr. 45, November 1968.

[22] Mauss, Divisions et proportions des divisions en sociologie, in: Année Sociologique N. S., Bd. 2, 1924—25.

Lucien Febvre mit der besonderen Betonung der historischen Ingredienzen[23] fast keine Notiz genommen hat[24].

Die Bedeutung der regionalen sozialen Morphologie für politikwissenschaftliche Untersuchungen kann mit den Worten Pierre Georges zusammengefaßt werden: „L'application de la méthode géographique aux données sociales a pour objet la définition des faits et des catégories de faits observables dans un milieu spatial déterminé et la recherche des possibilités de plus ou moins complète universalisation de ces faits et catégories de faits[25]." Freilich ist hierin impliziert, daß auch auf die Soziologie als entscheidend wichtiger Grundwissenschaft für die Politische Wissenschaft auf regionalem Gebiet bisher vernachlässigte Aufgaben warten, ohne deren Erfüllung der Politikwissenschaftler sich auf das Gebiet des Soziologen begeben müßte, um die an ihn gestellten Probleme zu lösen. Das beste wäre, die heute allerseits anerkannte interdisziplinäre Arbeitsweise zwischen Politischer Wissenschaft und Soziologie für regionale Aufgabenbereiche zu intensivieren, um damit zu detaillierteren und differenzierteren empirischen und nachfolgenden theoretischen Aussagen für politische und soziale Gesamtstrukturen zu gelangen[26].

Aus den gewonnenen Ergebnissen der Analysen regionaler politischer Parteien sind wichtige Aufschlüsse über regionale Parteiensysteme und die Auswirkungen einzelner regionaler Parteien und Parteiensysteme auf nationale Parteien und nationale Parteiensysteme zu erwarten[27]. Die ermittelten empirischen und theoretischen Erkenntnisse ermöglichen Aussagen über die Einwirkungen regionaler Parteienverbände auf die Gesamtpartei und umgekehrt, geben Antworten auf Stufen der Zentralisation und Dezentralisation politischer Parteiorganisationen und wirken somit äußerst hilfreich mit für die wissenschaftliche Erklärung des Gesamtphänomens „Politische Parteien". Theoretische Vergleiche im internationalen Maßstab sind nach entsprechenden empirischen Untersuchungen möglich und notwendig[28]. Nicht zu vergessen sind die Möglichkeiten der Anwendungen dieser Analysen auf politische Parteien in totalitären Systemen. So wären etwa regionale Strömungen in totalitären Parteien und daraus resultierende Schwierigkeiten für die zentralistische Steuerung der innerparteilichen Willensbildung sowie dadurch bedingte parteiinterne Konflikte mit Auswirkungen auf Außen- und Innenpolitik zu untersuchen.

[23] L. Febvre, La terre et l'évolution humaine, Paris 1922. Vgl. auch die Kritik an dem häufig anzutreffenden „abstrakten Empirismus" und der ahistorischen Betrachtungsweise der Sozialforschung, wie sie Charles Wright Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, Neuwied-Berlin, Soziologische Texte Bd. 8, 1963, SS. 93 ff., 192 ff., formuliert. Er fordert, daß „jede Soziologie, die ihren Namen verdient, . . ." „historische Soziologie" ist (S. 195). Vgl. weiterhin Johan Huizinga (Geschichte und Kultur, Stuttgart 1954, S. 13 f), der die Notwendigkeit der geschichtlichen Betrachtung in dem „Sich-Rechenschaft-Geben" einer Kultur über ihre Vergangenheit sieht und damit auch für die sozialwissenschaftliche Forschung auf die Unentbehrlichkeit des historischen Bezuges verweist.

[24] Als besonders eklatantes Beispiel des völligen Unverständnisses regionaler Besonderheiten innerhalb politischer Parteien seien erwähnt: R. D. Chartier, Les Contradictions Internes des Groupements, in: Revue Française des Sciences Politiques, Oct.-Dec. 1951, SS. 465, 474. Soziologisch und politisch ebenfalls völlig verständnislos zu diesem Problem von der Heydte/Sacherl, Soziologie der deutschen Parteien, S. 11 f.

[25] Sociologie geographique, in: Traité I, S. 255. — Nicht zuzustimmen ist dagegen Goguels Ansicht, daß eine derartige Methodik eine Autonomie für das Gebiet der „sociologie électorale" beanspruchen müsse (Charles Morazé u. a., Etudes de sociologie électorale [Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris 1947, S. 3]). Mit R. Heberle (Principles of Political Ecology, in: Soziologische Forschung in unserer Zeit, Leopold v. Wiese zum 75. Geburtstag, hg. von Karl Gustav Specht, Köln und Opladen 1951, S. 189) ist dem entgegenzuhalten, daß gerade in der Integration die Vorteile dieser Methodik beruhen.

[26] Vgl. Perry H. Howard, der es als selbstverständlich ansieht, daß „techniques of several of the social sciences are employed in (political) ecological analysis, combining geographical, historical, sociological and statistical methods" (S. 3); über die Wichtigkeit der Kooperation zwischen Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften vgl. Mills, S. 192 ff.; Hans L. Zetterberg, S. 67 f.

[27] Eine derartige Methodik fordert auch Abendroth, Wahlsoziologie, S. 303 ff.

[28] Vgl. Rudolf Heberle (Social Movements, S. 262 f.), der in dem Rahmen der von ihm betriebenen politischen Ökologie zu der gleichen Aussage gelangt, allerdings — auch mit Recht — vor der Mutmaßung einer uneingeschränkten internationalen Vergleichbarkeit warnt.

ZWEITER TEIL: THESEN ALS GRUNDLAGEN EINER THEORIE REGIONALER POLITISCHER PARTEIEN

Aus den bisherigen Bemerkungen zu der Rolle der regionalen politischen Parteien im Rahmen einer Theorie der politischen Parteien ergibt sich, daß die im folgenden aufgeführten Thesen als erste Elemente und Voraussetzung einer differenzierten allgemeinen Theorie politischer Parteien keinesfalls den Anspruch erheben, unumstößliche und endgültige Konstanten für eine allgemeine Theorie politischer Parteien darzustellen. Sie bilden vielmehr den Versuch eines ersten notwendigen Ansatzpunktes, der in der Zukunft vielfacher Überprüfungen durch empirische und theoretische vergleichende Verfahren bedarf, was Modifikationen oder Falsifikationen durchaus einschließen mag. Der erste Versuch einer Theoriebildung für die regionalen politischen Parteien im Rahmen der allgemeinen Parteientheorie in Form von Thesen versteht sich als Anregung und Beitrag für die noch zu leistenden Arbeiten über politische Parteien überhaupt, bei denen — wie wir meinen— das Problem der regionalen politischen Parteien einer wesentlich stärkeren Beachtung bedarf, als dies bisher geschehen ist.

Mit den hier vorgelegten Thesen möge gleichzeitig ein Hinweis darauf gegeben werden, wie fruchtbar die theoretische Auswertung von Einzelfallstudien zu der Bildung von Theorien in Form einer induktiven Generalisierung sein kann[1]. Selbstverständlich kann die genauere theoretische Bestimmung politischer Phänomene, wie etwa der politischen Parteien im allgemeinen und der regionalen politischen Parteien im besonderen, nur durch Deduktionen aus einer Vielzahl von Einzelfallstudien oder einer Reihe logischer Sätze gewonnen werden. Wir leisten hierzu einen ersten, keineswegs abgeschlossenen Beitrag, indem wir auf Grund der empirischen Deskription und Diagnose einer regionalen politischen Partei weiterführende operationale Thesen aufstellen. Eine in den ersten Ansätzen dieser Art vorgenommene Typologie hat sich immer dem Prinzip des „Trial and Error" unterzuordnen[2]. Zudem soll hier nicht der Anspruch erhoben werden, eine regionale Parteiuntersuchung mit all den ihr eigenen partiellen Eigenschaften in einer Weise zu verallgemeinern, daß etwa behauptet werden könnte, das Problem regionaler politischer Parteien sei mit den hier gewonnenen Thesen bereits — wie es selbstverständlich Ziel einer systematischen Theorie ist — vollständig umrissen[3]. Die folgenden Thesen

[1] Vgl. hierzu Zetterberg, S. 97.

[2] Vgl. hierzu die treffenden Ausführungen bei Karl Popper, Conjectures and Refutations, London 1963, passim. Popper nennt nicht nur explizit theoretische Sätze, sondern auch „Basis-Aussagen" (d. i. empirisch gewonnene und systematisierte Erkenntnisse) grundsätzlich revidierbar, da — wie er mit Recht sagt — letzteren auf Grund der subjektiv bestimmten Abgrenzung des Standortes des Untersuchenden ebenfalls teilweise nicht verifizierbare theoretische Elemente immanent sind.

[3] Zu der Problematik der Verallgemeinerung partieller Theorien vgl. Karl Popper, The Open Society and Its Enemies, 4. Aufl. London 1962, Bd. 2, S. 260 f.; Dahrendorf, Sozialwissenschaft und Werturteil, in: Gesellschaft und Freiheit, S. 38 f. Auf Dahrendorf Bezug nehmend: René König, Einige Überlegungen zur Frage der „Werturteilsfreiheit" bei Max Weber, in: ZfS 1964, S. 7.

sollen mithelfen, vorläufige und relative Erkenntnisse zu liefern, die als Voraussetzung für die weitere Anwendung induktiver und deduktiver Methoden zur Theoriebildung gelten zu können. Die Debatte über die ausschließliche Anwendung individualisierender oder generalisierender Methoden ist heute in Geschichtswissenschaft und Politischer Wissenschaft — von der Soziologie ganz zu schweigen — ohnehin überwunden[4]. Die Fruchtbarkeit der sinnvollen Koordination beider Methoden ist erkannt worden. Die individualisierende Methode liefert wertvolle Voraussetzungen für spätere umfassende Deduktionen, die wiederum als hilfreiche heuristische Instrumente im Rahmen der Anwendung der individualisierenden Methodik dienen[5].

Die folgenden Thesen erstreben die Zusammenfassung des vorläufigen Ergebnisses als Elemente einer Theorie der regionalen politischen Partei im Rahmen der allgemeinen Parteientheorie[6]. Um einen hohen Informationsgehalt[7] zu erreichen, wäre es notwendig, die vorgelegten Thesen als Generalisierungen aus Einzelergebnissen unter eine These mit hohem Informationsgehalt (Theorie) zu subsumieren[8]. Die Aufgabe der Herstellung eines hohen Informationsgehaltes und einer daraus resultierenden stärker fundierten Theorie muß allerdings künftigen Arbeiten überlassen bleiben. Bisherige empirische und theoretische Vorarbeiten sowie unsere eigenen empirischen Untersuchungen erlauben nur erste typologische Ansätze als Beitrag und Anregung zu weiterer empirischer und theoretischer Arbeit auf dem Gebiet der regionalen politischen Parteien.

Unsere Thesenbildung erfolgt a posteriori, indem zunächst die Daten erarbeitet wurden, auf deren Grundlage erste, von individuellen Faktoren beeinflußte Thesen möglich sind[9]. Sie sind allerdings noch nicht in der Lage, auf Grund von unabhängig voneinander durchgeführten empirischen Untersuchungen eine Art „systematische Theorie" darzustellen und damit gleichzeitig den als Aufgabe späterer Analysen anzustrebenden höheren Informationsgehalt der Thesen zu erreichen[10]. Es bleibt allerdings oberstes Ziel dieses ersten Ansatzes zu einer Theorie der regionalen politischen Parteien, durch ein umfassendes System verifizierter Thesen den aktuellen Zustand regionaler und überregionaler politischer Parteien unter dem Aspekt der geographischen Gliederung und Differenzierung auf Grund einer regionalen Analyse politisch-ökologisch zu diagnostizieren, den möglichen weiteren Prozeß zu prognostizieren und — falls eine Fehlentwicklung konstatiert wird — praktikable sozialtherapeutische Mittel zu benennen[11].

Wir formulieren die folgenden neun Thesen, die als typologische Abstrahierung aus unseren empirisch gewonnenen Ergebnissen unter Berücksichtigung weiterer Untersuchungen über regionale politische Parteien resultieren:

1. Innerhalb einer Region oder Subregion ist das politische Verhalten der Gesellschaft um so eigenständiger ausgeprägt, je stärker sie sie als primär gegenüber einem staatlichen und politischen übergeordneten Ganzen empfindet.

[4] Vgl. Herbert von Borch: „Die Antithese zwischen individualisierender und generalisierender Methode, die Rickert so scharf herausgearbeitet hatte, ist von der Synthese strukturierender Geschichtsbetrachtung überwunden worden, ohne die auch die Historiker nicht mehr auskommen." (Grundlagen der Geschichtssoziolgie, in: Alfred Weber, Einführung in die Soziologie, München 1955, S. 172).

[5] Vgl. hierzu vomhistorischen Gesichtspunkt Hans Mommsen, Historische Methode, S. 91. — Über die Anwendung von a-priori-Theorien in Modellen, die nur teilweise aus induktiven Generalisierungen gewonnen wurden und schrittweise neuen empirischen Forschungsergebnissen angeglichen werden müssen, vgl. Fritz Croner, Tatsachen, Theorie und Wertungen, in: ZfS 1961, S. 577 ff.

[6] Zu der Bildung von Thesen in den Sozialwissenschaften vgl. Zetterberg, S. 80 ff.

[7] Zum Informationsgehalt von Thesen vgl. Zetterberg, S. 84 ff.

[8] Vgl. ebenda, S. 85.

[9] Vgl. hierzu ebenda, S. 95; Ernest Greenwood, Experimental Sociology. A Study in Method, New York 1949, Kap. 4 und 8.

[10] Vgl. Zetterberg, S. 95: „Seine (des Ex-post-Theoretikers, W. B.) Aufgabe ist es, Dimensionen herauszuheben, die verschiedenen Zusammenhängen gemeinsam sind, und Thesen zu formulieren, die informativ genug sind, um die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zu decken."

[11] Vgl. dazu die grundsätzlichen Ausführungen bei Zetterberg, S. 67.

2. Erfolge und Mißerfolge von politischen Parteien werden — bei aller Bedeutung ihrer Politik, Organisation, personellen Struktur und Kommunikationstechnik — innerhalb bestimmter Regionen oder Subregionen besonders durch dort dominierende historische Strukturen (Kirche, Wirtschaftsverfassungen u. a.) bestimmt. Ebenso ist die historische Rolle einer politischen Partei innerhalb einer Region oder Subregion in hohem Maße entscheidend für ihre Erfolge oder Mißerfolge in politischen Wahlen der Folgezeit. Die Stimmenanteile an Wahlergebnissen können für regionale politische Parteien auf Grund der durch historische Ereignisse und Entwicklungen bedingten Vorurteile und Ressentiments in der Gesellschaft für Jahrzehnte bestimmt werden.
3. Die starke strukturelle Homogenität eines nationalstaatlichen Gebildes hat die Angleichung regionaler Unterschiede zur Folge, führt zu einer verstärkten Überwindung regionaler Gegensätze innerhalb politischer Parteien und begünstigt die Zentralisierung der Parteiorganisation unter Abschwächung der Einflüsse regionaler Parteiinstanzen. Im Falle einer über regionale Unterschiede hinweg feststellbaren Erhöhung der sozialen Mobilität stellt sich zudem eine Herabminderung der Konflikte zwischen politischen Parteien her[12].
4. Im Falle stärkerer regionaler Unterschiede innerhalb eines gesamtstaatlichen Gebildes ist eine zu starke programmatische, politische und organisatorische Abhängigkeit einer regionalen Partei von den überregionalen Parteiinstanzen problematisch, da sie an Effektivität gegenüber regional anpassungsfähigen Parteien (evtl. ausschließlichen Landesparteien) einbüßt.
5. Je mehr es eine regionale politische Partei versteht, ihre Sozialstruktur der von Region oder Subregionen anzupassen, um so mehr Erfolgschancen hat sie. Programmatik, Politik und Struktur regionaler politischer Parteien im Rahmen von Gesamtparteien müssen um so differenzierter sein, je differenzierter die Strukturen eines gesamtstaatlichen Gebildes auf Grund der regionalen Verschiedenheiten sind. Negativ ausgedrückt: Je undifferenzierter eine nationale Sozialstruktur ist, desto undifferenzierter können Programmatik, Politik, Struktur usw. politischer Parteien innerhalb dieses Staates sein. Wichtig ist eine möglichst enge sozialstrukturelle Interdependenzrelation zwischen Parteimitgliederschaft und Parteiführung einerseits, Gesellschaft und Staatsführung andererseits[13]. Es ist selbstverständlich, daß eine Partei in einer Region oder Subregion nur „Volkspartei" werden kann, wenn es ihr gelingt, die regionale Sozialstruktur als Ganzes anzusprechen, und sie sich nicht nur auf spezifische Schichtungen und Gruppen beschränkt. Die offene Haltung einer politischen Partei gegenüber sozialen Gruppen und Individuen durch Programmatik, Propaganda und Politik führt dazu, daß diese Gruppen und Individuen sich den Normen der politischen Partei annähern[14]. Auf einen Satz reduziert: Die politische Partei muß sich in einer Region oder Subregion auf die regionale Multidimensionalität einstellen und sich ihr programmatisch, politisch und strukturell anzupassen versuchen. Die erfolgreiche regionale Partei hat die Möglichkeit, ihrerseits Einfluß auf regionale Strukturen zu nehmen und so ein echtes Interdependenzverhältnis zwischen Parteistruktur und regionaler Sozialstruktur zu erreichen. Regionale Sozialstrukturen vermögen ein derartiges

[12] Vgl. Dahrendorf, Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts, S. 223.

[13] Der Hinweis auf diese drei wesentlichen Beziehungen findet sich bei C. J. Friedrich, Der Verfassungsstaat der Neuzeit, S. 494/495.

[14] Vgl. dazu auch die reziproke Formulierung der These über das Verhältnis von Gruppenmitglied und Gruppe bei Henry W. Riecken und George C. Homans, Psychological Aspects of Social Structure, in: G. Lindzey (Hg.), Handbook of Social Psychology, Cambridge (Mass.) 1954, S. 789: „Je mehr ein Mitglied sich den Normen seiner Gruppe entsprechend verhält, desto günstigere Einschätzungen erfährt es von seiten der Gruppe". Vgl. insgesamt ebenda, S. 786—832.

Element der Explosivität darzustellen, daß sich selbst in totalitären Systemen Einheitsparteien zu bestimmten Zugeständnissen an regionale Bedingungen verstehen müssen, um nicht ihre eigene Geschlossenheit zu gefährden. Nur die Zuordnung von regionalen sozialen Strukturen und regionalen politischen Parteien — und damit die Fähigkeit des regionalen politischen und sozialen Systems, Strukturwandlungen im Rahmen permanenter Reformen des Systems zu erkennen und entsprechend zu handeln — bewirken jene flexible und dynamische Stabilität, auf der allein ein demokratisches Gesamtsystem existenz- und aktionsfähig zu bleiben vermag. Der Erfolg des Nationalsozialismus war strukturell deswegen möglich, da es die demokratischen Parteien auch in den Ländern, Kreisen und Gemeinden, in denen sie eine Mehrheit hatten, nicht verstanden, große Teile der sozialen Schichten fest für sich zu gewinnen[15].

6. Die Gefahr politischer Diskrepanzen in einer regionalen politischen Partei ist besonders groß, wenn sie als relativ starke Partei in Regierung und Parlament einer Region politische Verantwortung zu tragen hat, da dort mit dem politischen Gegner eingegangene Kompromisse zum Teil nicht in Übereinstimmung stehen mit den Richtlinien der Gesamtpartei und dadurch ernste Spannungen zwischen regionaler Partei und Gesamtpartei auftreten können. Das gleiche gilt für Spannungen innerhalb der regionalen Partei selbst, die sich insbesondere bipolar zwischen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten einerseits und mehr oder weniger großen Teilen der Parteimitgliederschaft andererseits niederschlagen.
7. Für eine regionale politische Partei ist die Organisation von geringerer Bedeutung als für die Gesamtpartei. Sinnvoll verteilte Stützpunkte genügen am Anfang, bis sich ein Netz untergeordneter Organisationseinheiten gebildet hat, die in enger Fühlungnahme mit übergeordneten Parteiinstanzen stehen. Entscheidend ist die der Region oder Subregion — insbesondere ihren sozialen Strukturen — entsprechende Programmatik und Politik. Die These von Julius Hatschek[16], daß die Organisation einer Partei für ihre Effektivität das unbedingte Primat vor ihrer Programmatik habe, läßt sich allgemeingültig nicht verifizieren. Für Erfolg oder Mißerfolg einer regionalen Partei sind in erster Linie sozial-strukturelle, kulturelle (allgemein akzeptierte Werte und Normen) sowie persönliche Sympathien[17] maßgeblich. Gelingt es Organisationen *und* Programmatik, hier eine Korrelation herzustellen, so wachsen die Chancen der regionalen Partei für einen Erfolg in politischen Wahlen. Die Organisation ist zwar das Charakteristikum der modernen politischen Partei — auch der regionalen politischen Partei — aber keineswegs das primär konstituierende Element ihres Erfolgs.
8. Eine zu starke Zentralisation eines nationalen Staates wird durch dezentralistisch organisierte regionale Parteien verhindert.
9. Die Führungspersönlichkeiten einer regionalen politischen Partei müssen — je mehr das Bewußtsein der Eigenständigkeit in einer Region oder Subregion ausgeprägt ist, desto stärker — den Vorstellungen und der Mentalität der regionalen Gesellschaft entsprechen[18].

Wir unterlassen es bewußt, die aufgeführten Thesen durch Reduzierung auf die in ihnen feststellbaren Anknüpfungs- und Überschneidungspunkte auf eine geringere Anzahl von

[15] T. Parsons, Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany, in: Essays on Sociological Theory Pure and Applied, Glencoe (Ill.) 1954, S. 125 ff; Seymour Martin Lipset, Soziologie der Demokratie. Soziologische Texte Bd. 12, Neuwied-Berlin 1962, S. 87 ff.; Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 415. — Für die regionale Betrachtung besonders wichtig: Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928—1933; Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus; Günther Franz, a. a. O.

[16] Englisches Staatsrecht, Bd. 2, 1905, S. 8 ff.

[17] S. unten Punkt 9.

[18] Vgl. hierzu u. a. Michels, SS. 65 ff., 88 ff., 200 ff.

Thesen höheren Informationsgehaltes zu reduzieren. Es kann nicht Aufgabe eines ersten Ansatzes von Thesen sein, die noch unzureichenden allgemeinen empirischen Kenntnisse auf Grund einer regionalen Parteistudie so auszuweiten, als ob damit bereits eine Theoriebildung hohen Informationsgehaltes regionaler politischer Parteien im Rahmen der allgemeinen Parteitheorie möglich wäre.

Abschließend noch einige Bemerkungen zu der Notwendigkeit der stärkeren Berücksichtigung regionaler politischer Parteien im Rahmen von Gesamtparteiensystemen durch die Politische Wissenschaft: Wir halten den damit verbundenen Parteidezentralismus bzw. -föderalismus aus folgenden Gründen für unumgänglich notwendig:

1. Um den vielfältigen regionalen Interessen zu entsprechen.
2. Um überstarke Zentralisationstendenzen in Parteihierarchien und Staatsstrukturen zu hemmen.
3. Um die innerparteiliche Demokratie als wesentliche Voraussetzung für eine allgemeine Demokratie zu sichern.
4. Um den demokratischen Gedanken nicht in Anonymität verwässern zu lassen, sondern ihm auch im kleineren Bereich — auf regionaler und lokarer Ebene —, in parteilichen und politischen Strukturen deutlichen Ausdruck zu verleihen und um engere interdependente Bindungen zwischen Gesellschafts-, Partei- und politischen Strukturen zu ermöglichen.

Wir plädieren nicht für eine Provinzialisierung der Politik und der politischen Parteien, sondern für die Anerkennung pluralistischer Strukturen in unserer modernen Gesellschaft, die nicht nur in Schichten und Gruppen und deren organisatorischer Verfestigung in Form von Verbänden, sondern auch in regionalen Besonderheiten zum Ausdruck kommen. Die Anerkennung regionaler Strukturen wird die Politische Wissenschaft eines Teils ihres heute noch häufig anzutreffenden Formalismus berauben und sie um Erkenntnisse zur Erstellung der notwendigen differenzierten Theorien bereichern.

Anhang

1. ZEITTAFEL: DIE BAYERISCHE SPD 1945—1950

1945

7.—9. Mai	Gesamtkapitulation der deutschen Wehrmacht
28. Mai	Amerikanische Militärregierung bestellt Fritz Schäffer (früher BVP) zum bayerischen Ministerpräsidenten
27. August	Amerikanische Militärregierung erlaubt politische Parteien auf Kreisebene (ab 23. Nov. 1945 auf Landes-, ab 28. Febr. 1946 auf Zonenebene)
19. September	Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung
28. September	Wilhelm Hoegner (SPD) durch amerikanische Militärregierung zum Nachfolger Schäffers bestimmt
6. Oktober	„Erste Reichskonferenz" der SPD in Wennigsen bei Hannover
1. bzw. 3. Nov.	Wiederzulassung der SPD in München bzw. Nürnberg

1946

8. Januar	Wiederzulassung der SPD auf bayerischer Landesebene
27. Januar	Gemeinderatswahlen in Bayern
2. Februar	Außerordentliche Landeskonferenz der bayerischen SPD in Pfaffenhofen a. d. Ilm. Hoegner zum Landesvorsitzenden gewählt.
9. Februar	Konstituierung des Vorbereitenden Verfassungsausschusses
13./14. April	1. SPD-Landeskonferenz in Erlangen
16. April	„Zusammenfassende Richtlinien für den Aufbau deutscher politischer Parteien" durch amerikanische Militärregierung erlassen
28. April	Kreistagswahlen in Bayern
9.—11. Mai	1. SPD-Parteitag in Hannover
26. Mai	Stadtratswahlen in Bayern
30. Juni	Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung
25. September	Kölner Resolution des SPD-Parteiausschusses
19./20. Oktober	2. SPD-Landeskonferenz in Ingolstadt. Verabschiedung der Satzung
1. Dezember	1. Bayerische Landtagswahl und Volksentscheid über Annahme der Bayerischen Verfassung
14./15. Dezember	3. Landeskonferenz der bayerischen SPD in München. Verabschiedung eines Aktionsprogramms
21. Dezember	Bildung der Koalitionsregierung CSU — SPD — WAV

1947

9./10. Mai	4. SPD-Landeskonferenz in Landshut. Knoeringen Nachfolger Hoegners als Landesvorsitzender
25. Juni	Konstituierung des (ersten) Wirtschaftsrates der Bizone
29. Juni—6. Juli	2. SPD-Parteitag in Nürnberg
13./14. September	Tagung des SPD-Landesausschusses in München beschließt Austritt aus der Regierung

1948

24. Februar	Konstituierung des (zweiten) Wirtschaftsrates der Bizone
25. April/30. Mai	Gemeinde-, Kreistags- und Stadtkreiswahlen in Bayern
11./12. Juni	5. SPD-Landeskonferenz in Fürth (Neues Statut, Plan „A")

11.—14. September	3. SPD-Parteitag in Düsseldorf
1. September	Konstituierung des Parlamentarischen Rates

1949

19./20. Mai	Der Bayerische Landtag lehnt mit den Stimmen der CSU, gegen die Stimmen von SPD und FDP, die Annahme des Grundgesetzes ab
4.—6. Juni	6. SPD-Landeskonferenz in Rosenheim mit Beteiligung Kurt Schumachers
14. August	1. Bundestagswahl

1950

21.—25. Mai	4. SPD-Parteitag in Hamburg
26. November	2. Bayerische Landtagswahl
18. Dezember	Bildung der Koalitionsregierung CSU — SPD — BHE/DG

2. PROGRAMME

a) *Entwurf eines Aktionsprogramms der bayerischen SPD, vorgelegt auf der 1. (außerordentlichen) Landeskonferenz der bayerischen Sozialdemokraten in Pfaffenhofen a. d. Ilm am 10./11. XI. 1945*

Programm der sozialdemokratischen Partei[1].

Die Neuentwicklung der Weltlage und die vollkommene Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse während der letzten 25 Jahre machen zwar nicht die grundsätzliche Änderung des Programms der sozialdemokratischen Partei, beschlossen auf den Parteitagen von Erfurt und Heidelberg, nötig, sie erfordern aber eine Umgestaltung und Anpassung an die neue Situation. Hierzu ist nur ein ordentlicher Parteitag berufen. Die augenblickliche politische Lage aber erfordert zur Wiedergründung und einheitlichen Ausrichtung der durch den Blutterror der Nationalsozialisten zerschlagenen Partei ein Aktionsprogramm. Dieses Aktionsprogramm soll außerdem die Richtschnur bilden für alle in Staat und Wirtschaft tätigen Genossen.

Das Aktionsprogramm lautet:

1. Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Parteien bei der Ausrottung der nationalsozialistischen Einflüsse in Staat, Wirtschaft und Kultur.
2. Geheimes, freies und direktes Wahlrecht für alle über 25 Jahre alten nichtnationalsozialistischen Männer.
3. Glaubens- und Gewissensfreiheit.
4. Neugestaltung der Schule auf interkonfessioneller Grundlage.
5. Demokratische Neuordnung der Rechtspflege.
6. Unterstützung der Gewerkschaften bei der Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen für Arbeiter, Angestellte und sonstige Lohn- und Gehaltsempfänger.
7. Schutz des bäuerlichen Klein- und Mittelbesitzes; Auskämmung von standesfremden Elementen.
8. Schutz des Kleingewerbes und des Handwerks durch scharfe Kontrolle des Großhandels mit möglichster Ausschaltung der Zwischenlieferanten.
9. Nationalisierung der Banken und Kreditanstalten.
10. Nationalisierung von Theatern, Kinos und sonstigen öffentlichen Kulturstätten.
11. Nationalisierung der Elektrizitäts- und Wasserwerke, sowie der Bergwerke.
12. Nationalisierung der Brauereien und Branntweinbrennereien.
13. Nationalisierung des Personen- und Gütertransportes mit Ausnahme der kleinen Fuhrunternehmen.
14. Schaffung eines staatlichen Tabakmonopols.
15. Beseitigung von Unternehmergewinnen bei Verlagen, Druck von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern jeder Art.
16. Wiedergutmachung aller durch den nationalsozialistischen Blutterror zugefügten Schäden durch Heranziehung nationalsozialistischer Kriegs- und Parteigewinnler.

[1] SPD-A

b) Programm der Sozialdemokratischen Partei Augsburg, beschlossen am 1. Dezember 1945 in Augsburg

Ziele und Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei[2]

Die Sozialdemokratische Partei ist ein Bund der Schaffenden in Stadt und Land. Demgemäß erstrebt sie den Zusammenschluß aller, die auf den Ertrag der eigenen Arbeit angewiesen sind.

Eingedenk ihrer großen Vergangenheit als Vorkämpferin für Demokratie und Sozialismus setzt sich die demokratische Partei nach zwölfjähriger Unterdrückung und Knebelung aufs neue für die alten Rechte und Forderungen des schaffenden Volkes ein. Frieden und Freiheit, Rechte und Menschenwürde erkennt sie als die unumstößlichen Grundsätze an, welche die Beziehungen der Menschen und Völker untereinander beherrschen müssen.
Mit ehrlichem Willen und in lauterer Gesinnung wirkt und kämpft die Sozialdemokratische Partei für ihre großen Ziele: Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie tritt daher ein für eine demokratisch-parlamentarische Republik, die dem Volke alle demokratischen Rechte und Freiheiten gewährleistet. In der Überzeugung, daß ein wahrer Sozialismus nur in einem demokratischen Staate erreicht werden und gedeihen kann, ist sie bereit, zur Aufrichtung, Erhaltung und Sicherung eines solchen Staates mit allen Gleichgesinnten zusammenzuarbeiten.

Die Diktatur der nationalsozialistischen Verbrecher hat die deutsche Heimat zum wüsten Trümmerfeld gemacht, die deutsche Wirtschaft vernichtet und das ganze Volk in grauenvolles Elend, in tiefste Schmach und Schande gestürzt. Aber der trostlosen Gegenwart muß eine bessere Zukunft folgen. Unter schwierigsten Verhältnissen, aber mit unbeugsamem Willen und in unermüdlicher Arbeit muß sich das deutsche Volk aus Not und Erniedrigung erheben, um die Heimat wieder aufzubauen, die Wirtschaft neu zu beleben und dereinst wieder einen achtbaren Platz in den Reihen der friedlichen und freiheitsliebenden Völker einzunehmen. Mit all ihrer Kraft wird sich die Sozialdemokratische Partei diesen Gegenwartsaufgaben widmen. Dabei legt sie, dem Sinn ihrer edlen Ziele entsprechend, der großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbauarbeit folgende Forderungen zugrunde:

Nie wieder Krieg! Nie wieder Diktatur! Daher Kampf gegen Militarismus und Nationalsozialismus, gegen Reaktion in all ihren Erscheinungsformen; Enteignung der Schuldigen zugunsten der Wiedergutmachung und vordringlicher sozialer Maßnahmen.

Planmäßiger Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

Vergesellschaftung der Schwerindustrie, des Bergbaues, der Elektrizitäts- und Wasserkraftwerke sowie der chemischen Großbetriebe.

Vergesellschaftung der Banken, Kredit- und Versicherungsanstalten. Vergesellschaftung des Verkehrswesens.

Lenkung und Überwachung von Industrie und Handel, damit jede Bereicherung und versteckte Kriegsvorbereitung verhindert wird.

Förderung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Sicherung des Einflusses der Gewerkschaften in allen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie in öffentlichen Körperschaften.

Schutz des Kleingewerbes und Förderung des Handwerks. Scharfe Überwachung des Großhandels und möglichst weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels. Bekämpfung des Schwarzhandels.

[2] SPD-A

Durchführung der landwirtschaftlichen Bodenreform. Schutz des bäuerlichen Besitzes. Entfernung nichtbäuerlicher Elemente aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz.

Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für das gesamte schaffende Volk. Ausreichende Altersversorgung.

Beschleunigter Wiederaufbau des zerstörten Wohnraumes, insbesondere durch gesetzliche Förderung der sozialen Baubetriebe und der gemeinnützigen Baugenossenschaften und Wohnungsbaugesellschaften.

Demokratischer Neuaufbau der Rechtspflege.

Freiheit für Kunst und Wissenschaft. Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Neuaufbau des gesamten Schul- und Bildungswesens auf konfessionell neutraler Grundlage.

Vergesellschaftung der Theater, Lichtspielunternehmungen und sonstigen Kulturstätten.

Beschränkung der Unternehmergewinne beim Verlag und Druck von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern jeder Art.

Befreiung der deutschen Jugend aus der geistigen Verwirrung.

Erziehung des deutschen Volkes zur verständnisvollen Zusammenarbeit mit allen anderen Völkern.

c) *Programm der Sozialdemokratischen Partei in Bayern bei Wiederzulassung auf Landesebene am 8. Januar 1946.*

Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei in Bayern[3]

1. Föderalistische Gliederung des Reiches.

2. Verwerfung jeder Kriegs- und Gewaltpolitik. Friedliche internationale Zusammenarbeit mit allen Völkern.

3. Wiederherstellung der persönlichen und politischen Freiheitsrechte. Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände als Grundlage für den Aufbau einer leistungsfähigen Demokratie von unten nach oben. Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. Aufhebung aller nationalsozialistischen Rechtsvorschriften und Einrichtungen. Ausschluß aller Nationalsozialisten, ihrer Wegbereiter und Förderer aus allen wichtigen öffentlichen Ämtern und führenden Stellungen in der Wirtschaft. Sühne aller Naziverbrechen. Möglichste Wiedergutmachung des von den Nationalsozialisten begangenen Unrechts. Enteignung des Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher.

[3] Bayerische Arbeiter, Bauern und Bürger! (Flugblatt), hg. v. Landesverband Bayern der SPD (SPD-LV 1945–46); Hoegner, Außenseiter, S. 221.

4. Selbstverwaltung der Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften, religiöse Toleranz. Neuaufbau des Erziehungswesens auf der Grundlage der geistigen und sittlichen Werte der Kulturvölker.

5. Planmäßiger Wiederaufbau der Volkswirtschaft. Bekämpfung von Hunger, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Gesetzliche Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der Kleinbauern und Landarbeiter. Überführung der Bodenschätze, Kraftquellen, lebenswichtigen Großindustrien, Großbanken und größerer Versicherungsunternehmungen in Gemeinbesitz. Lenkung des Währungs- und Kreditwesens nach den Bedürfnissen der Volksgesamtheit. Weitgehendste Förderung des Genossenschaftswesens.

6. Koalitionsfreiheit. Schutz aller Schaffenden vor Unternehmerwillkür und Ausbeutung. Wiederherstellung freier Gewerkschaften als gleichberechtigtes Glied der Wirtschaft. Rückgabe ihres von den Nazis gestohlenen Vermögens. Wiederherstellung des Betriebsräterechts. Angemessene Mindestlöhne. Stabile Löhne und Preise. Recht auf Arbeit und bezahlten Jahresurlaub. Vierzigstundenwoche. Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerorganisationen an der Entwicklung der Produktivkräfte. Organischer Ausbau der Sozialversicherung und Fürsorge. Planmäßige Förderung der Volksgesundheit.

7. Soziale Steuerpolitik unter Festsetzung eines steuerfreien Existenzminimums sowie Schonung der Leistungsschwachen und des Massenverbrauchs.

d) Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, beschlossen auf der Landeskonferenz am 15. Dezember 1946 in München[4]

Die Säuberung des politischen Lebens

1. Die politische Säuberung ist mit größter Beschleunigung und ohne Ansehen der Person durchzuführen. Aktivisten, Militaristen und Nutznießer sind mit Strenge zu bestrafen. Sie sind jedes politischen und wirtschaftlichen Einflusses zu entkleiden. Mitläufer und Minderbelastete sollen durch Sühnebescheide in summarischen Verfahren schnellstens in das Leben der Nation wieder eingegliedert werden. Die Jugendamnestie ist raschestens durchzuführen.

2. Gegen nationalsozialistische Propaganda, Terror und Denunziantenunwesen sind gesetzliche Handhaben zu schaffen, die mit unnachsichtiger Strenge im beschleunigten Verfahren anzuwenden sind.

Planung und Bedarfsdeckung

3. Die Deckung der vordringlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung und der planmäßige Aufbau der Produktion erfordert die Zusammenfassung aller Planungs- und Wirtschaftsbehörden an einer zentralen Stelle. In der Ausübung des demokratischen Kontrollrechts hat das Parlament mit besonderer Aufmerksamkeit die Arbeit dieser Zentralstelle zu überwachen, zu unterstützen und zu beschleunigen. Der Bürokratie sind Schranken zu setzen.

4. Die vorhandenen Vorräte und die laufende Produktion sind von den Wirtschafts- und Planungsstellen unter verantwortlicher Mitarbeit der Gewerkschaften und der Betriebsräte

[4] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, Aktionsprogramm mit Erläuterungen, München 1947 (SPD-LV 1945–46).

restlos zu erfassen. Um eine gerechte planmäßige Verteilung zu gewährleisten, werden bei den Wirtschaftsbehörden Kontrollausschüsse der Verbraucher unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften eingerichtet.

5. Das gegenwärtige Bewirtschaftungssystem muß durch Anwendung aller organisatorischen, juristischen und politischen Mittel vor weiterem Verfall bewahrt werden. Für Schwarzhandel, Warenhamsterung und Verletzung der Ablieferungspflicht sind strenge Strafen im Schnellverfahren, vor allem Einweisung in Arbeitslager, zu verhängen. Beamte und Behördenangestellte, die sich der Korruption oder der Beteiligung am Schwarzhandel schuldig gemacht haben, werden bestraft. Ihr Vermögen wird eingezogen.

Kredit- und Investierungspolitik

6. Die Investierungspolitik der Geld- und Kreditinstitute und der Versicherungsgesellschaften ist zu beaufsichtigen und der Gesamtplanung unterzuordnen.

Währungsreform und Lastenausgleich

7. Das zerrüttete Geldwesen muß beschleunigt durch Währungsreform im Zusammenhang mit der Steigerung der Produktion im gesamtdeutschen Rahmen neugestaltet werden. Kriegs- und Schiebergewinne sind wegzusteuern. Die Lasten, die sich aus der Währungsreform ergeben, sind unter Heranziehung des Gesamtbesitzes zu verteilen. Der Besitz des kleinen Mannes ist zu schonen.

8. Im Zuge der finanziellen Neuordnung ist ein Lastenausgleich zwischen den Besitzenden und den durch den Krieg hart Betroffenen, Flüchtlingen, Ausgebombten, Kriegsversehrten, Witwen und Waisen vorzunehmen.

9. Die Ansprüche der politisch, rassisch und religiös Verfolgten sollen beschleunigt festgestellt werden. Auf die künftigen Entschädigungen können in Notfällen sofort Vorschüsse gezahlt werden.

Arbeitsbeschaffung und Arbeitsmarktpolitik

10. Wir verlangen, daß die zuständigen Stellen unverzüglich alle Vorbereitungen treffen, um sobald als möglich öffentliche Arbeiten, Straßenausbesserungen, Umbauten, Neubauten, Gewinnung weiterer Wasserkräfte, Kanalbauten, Flußkorrekturen usw. in großem Umfange aufnehmen zu können.

11. Die planvolle Führung der Wirtschaft ist unmöglich ohne geordnete Arbeitsmarktpolitik. Die vorhandenen Arbeitskräfte müssen durch Lenkung, Schulung und Umschulung zielbewußt eingesetzt werden. Die Neubürger, Versehrten und Jugendlichen sind planmäßig einzubauen. Die für alle Erhaltung der Familie durch die Frau geleistete Arbeit ist der Berufsarbeit gleich zu erachten.

12. Zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion und zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft ist ein Ernährungssatz von zunächst 2 400 Kalorien für Normalverbraucher anzustreben unter besonderer Berücksichtigung der Fett- und Eiweißrationen.

Bauwirtschaft und Wohnungswesen

13. Eines der vordringlichsten Ziele der Planwirtschaft ist die Beseitigung des Wohnungselendes. Die Bewirtschaftung des vorhandenen Wohnraums muß den Bedürfnissen aller in gerechter Weise Rechnung tragen. Vor allem ist mit größter Beschleunigung vorzunehmen: Die Schaffung von neuem Wohnraum; die Vornahme von Reparaturen; der Ausbau von Wohnungen; die Beschaffung von Bauplätzen und Baustoffen und die Inangriffnahme von Neubauten. Die Bautätigkeit ist durch die staatliche und gemeindliche Förderung von Bau-

genossenschaften anzuregen. Bei Verteilung von Wohnraum sollen Vertreter der Ortseingesessenen, der Neubürger und Ortsfremde zusammenwirken.

14. Alle Erfindungen und jede technische Vervollkommnung zur Verbesserung der Produktion sind zu berücksichtigen. Die Erfinder sind zu fördern.

Sozialisierung

15. Wir verlangen die sofortige Inangriffnahme der Überführung des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und -versorgung und des Verkehrs in den Besitz der Allgemeinheit. Die Arbeitnehmer dieser Betriebe sind an der Kontrolle und Leitung zu beteiligen. Die unter Vermögenskontrolle stehenden Betriebe der Aktivisten und Hauptschuldigen sollen in allen geeigneten Fällen in die öffentliche Hand oder in die Rechtsform gemeinnütziger Genossenschaften überführt werden.

Staatshaushalt

16. Steuer- und Haushaltspolitik ist auf folgende Erfordernisse abzustellen: Die kleinen Einkommen zu entlasten; die Störung des Wirtschaftslaufs zu verhüten; Arbeit für Jedermann zu beschaffen. Den privaten und öffentlichen Investierungen ist die Richtung auf die Erhaltung und Verbesserung der deutschen Produktionskraft und Exportfähigkeit zu geben. Steuerliche Lasten sind in sozial gerechter Weise zu verteilen.

17. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die zur Herbeiführung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands geeignet erscheinen. Wir setzen uns für die sofortige Errichtung eines zentralen beratenden Organs für Wirtschafts- und Finanzfragen beim Kontrollrat ein.

Verwaltung, Gemeindepolitik, Gesundheitswesen

18. Wir fordern die Vereinfachung, Entbürokratisierung und Demokratisierung der Verwaltung durch die Heranziehung geeigneter, wenn auch nicht akademisch vorgebildeter Kräfte in die höchsten Staatsstellen.

19. In der Selbstverwaltung der Gemeinden fordern wir die Durchführung der freiheitlichen Grundsätze gegenüber allen bürokratischen Hemmungen.

20. Die Planung, Leitung und Überwachung des gesamten Gesundheitswesens ist in erster Linie Aufgabe des Staates.

Sozialversicherung und Fürsorge

21. Der Neubau des gesamten Sozialversicherungswesens muß einheitlich für alle Besatzungszonen in engster Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden beschleunigt vorgenommen werden.
22. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des ersten und zweiten Weltkrieges sowie der durch Bombeneinwirkung körperlich Geschädigten ist eine vordringliche Staatsaufgabe.

Justiz

23. In der Rechtspflege fordern wir die rascheste Wiedereinführung der Schöffengerichte und der alten Schwurgerichte.

Agrarpolitik

24. Das Bodenreformgesetz muß sofort durchgeführt werden. Die Durchführung des Bodenreformgesetzes muß in erster Linie die Schaffung selbständiger bäuerlicher Existenzen für

die durch den Krieg heimatlos gewordenen Bauern zum Ziele haben. In der Umgebung von Städten und Industriezentren ist die Schaffung von möglichst vielen Kleinst- und Gartensiedlungen anzustreben.

25. Alle in den Händen von Industrie und Handel befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und sonstigen Betriebsmittel sind sofort zu beschlagnahmen. Sie sind über die Ernährungsämter zu verteilen. Bei der Durchführung dieser Verteilung sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften maßgeblich zu beteiligen.

26. Wir fordern die planmäßige Lenkung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Die Verteilung hat unter Mitwirkung der Verbraucher mit dem Ziel der Minderung überhöhter Preisspannen und der Sicherung einer auskömmlichen Existenz für die Bauern zu erfolgen.

27. Die Besteuerung der Landwirtschaft ist durch die Einführung einer einheitlichen Grundwertsteuer zu vereinfachen.

28. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind zu fördern.

Kulturpolitik

29. Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden der Gemeinschaftsschule. Unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Notstandes muß durch Zusammenfassung der Schulpflichtigen in einheitlichen Volksschulen der gegenwärtige Zustand beibehalten werden. Die Pflege der religiösen Duldsamkeit im gesamten Volksleben ist zu fördern.

Jugendschutz

30. Die drohende geistige und sittliche Verwahrlosung der durch die Zeitverhältnisse entwurzelten Jugend ist tatkräftig durch besondere Erziehungseinrichtungen, Heime und geeignete Lehrwerkstätten zu bekämpfen.

Flüchtlingsproblem

31. Die Sozialdemokratie fordert ein Ministerium für das Flüchtlingswesen als zweites Sonderministerium.

    Die Aufgabe dieses Ministeriums ist die Verwirklichung des Artikels 8 der bayerischen Verfassung und der Vollzug des Flüchtlingsgesetzes. Dem Ministerium obliegt ferner die Sicherung der grundlegenden materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Ausgewiesenen, Ausgebombten und Evakuierten und ihre rascheste Eingliederung in das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben des Landes.

32. Als grundlegende Lebensbedingung sieht die Sozialdemokratie an:
    1. Schaffung menschenwürdiger Wohnungsverhältnisse,
    2. Sofortmaßnahmen zur Beseitigung des Bekleidungsmangels,
    3. Berufsrichtige Eingliederung in den Arbeitsprozeß,
    4. Maßnahmen zur Sicherung der Renten und Ruhegehälter,
    5. Wiedervereinigung der Flüchtlingsfamilien,
    6. Bevorzugte Berücksichtigung bei der Durchführung von Siedlungs- und Bodenreform,
    7. Maßgebliche Einschaltung bei der Verteilung der für die Flüchtlinge bestimmten Waren,
    8. Verwirklichung des Lastenausgleichs für Ausgewiesene.

    Internationale Hilfe für die Lösung des Flüchtlingsproblems ist unbedingt erforderlich.

Kriegsgefangene und Reparationspolitik

33. Die Sozialdemokratische Partei will alles tun, um die schnelle Rückkehr der Kriegsgefangenen zu ermöglichen.

34. Die deutsche Sozialdemokratie anerkennt die Pflicht zur Wiedergutmachung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des deutschen Volkes. Sie will bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitarbeiten. Sie muß jedoch allen Ernstes darauf hinweisen, daß das deutsche Volk zu einer solchen Leistung nur befähigt wird, wenn seine Lebensbedingungen dem europäischen Durchschnitt angepaßt werden, wenn der gesteigerte Bedarf an Rohstoffen und Industrieerzeugnissen infolge des Flüchtlingsstroms berücksichtigt wird und wenn weitere Zerstörungen des deutschen Produktionsapparates unterbleiben.

Die Entindustrialisierung Deutschlands beraubt nicht nur Deutschland seiner wesentlichsten Existenzquelle, sondern auch die Welt der Mitarbeit eines hochwertigen Industrievolkes.

35. Die Sozialdemokratie betont, daß ohne Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen die Wiederbelebung der Wirtschaft ebensowenig möglich ist wie die Leistung von Reparationen. Sie wird sich dafür einsetzen, daß der britisch-amerikanische Wirtschaftsplan raschestens in Gang kommt.

3. STATUTEN

a) Satzung der Sozialdemokratischen Partei Augsburg vom 1. Dezember 1945[5]

Von dem Willen beseelt, den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau nach Kräften zu fördern, dem Weltfrieden und der Völkervereinigung zu dienen und das ganze Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen, haben alte und junge Sozialisten einmütig ihren Bund erneuert und folgende Satzung errichtet:

§ 1
Die Sozialdemokratische Partei Augsburg erstrebt den Zusammenschluß aller, die sich zu den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei bekennen und sich für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen. Sie bildet die örtliche Organisation der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Augsburg und hat ihren Sitz in Augsburg.

§ 2
(1) Organe der Sozialdemokratischen Partei Augsburg sind:
a) die Generalversammlung (Mitgliederversammlung),
b) der Parteivorstand,
c) der Parteiausschuß.
(2) Um eine gleichmäßige Entfaltung ihrer Tätigkeit in allen Teilen des Stadt- und Landkreises Augsburg zu ermöglichen, gliedert sich die Sozialdemokratische Partei Augsburg in Sektionen. Die Zahl der Sektionen und deren örtliche Abgrenzung werden durch den Parteiausschuß bestimmt.

§ 3
Zur Zuständigkeit der Generalversammlung gehören folgende Gegenstände:
1. Entgegennahme des Berichtes des Parteivorstandes,
2. Festlegung der Richtlinien für die politische Tätigkeit der Partei,
3. Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes, Wahl des Parteisekretärs,
4. Aufstellung der Kandidaten für die Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Landtagswahlen,
5. Angelegenheiten, welche von dem Parteivorstand oder von dem Parteiausschuß der Generalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden,
6. Beschlußfassung über Anträge von Sektionen oder Mitgliedern.

§ 4
(1) Die ordentliche Generalversammlung findet jährlich einmal und zwar möglichst im Laufe des Monats April statt.
(2) Eine außerordentliche Generalversammlung ist zu berufen, wenn das Interesse der Partei es erfordert. Sie muß außerdem berufen werden:
1. auf Grund eines Beschlusses des Parteiausschusses,
2. auf schriftlichen Antrag von mindestens fünf Sektionen,
3. auf schriftlichen Antrag von mindestens hundert Mitgliedern.

[5] SPD-A

§ 5
(1) Die Generalversammlung wird durch den Parteivorstand berufen. Die Berufung hat unter Bekanntgabe der vorgeschlagenen Tagesordnung spätestens vier Wochen vor dem Versammlungstage durch Benachrichtigung der Sektionen und, soweit möglich, durch Bekanntmachung in der Presse zu erfolgen.
(2) Bei außerordentlichen Generalversammlungen kann in dringenden Fällen die vorstehend genannte Frist herabgesetzt werden.
(3) Weigert sich der Parteivorstand, einem nach § 4, Abs. 2 Ziffer 1 bis 3 gestellten Antrag stattzugeben, so ist die Generalversammlung von den Antragstellern unter Hinweis auf diese Satzungsbestimmung zu berufen.

§ 6
(1) Die Generalversammlung ist bei ordnungsmäßiger Berufung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig.
(2) Anträge von Sektionen oder von Mitgliedern, welche nicht mindestens zehn Tage vor dem Versammlungstage bei dem Parteivorstand schriftlich eingereicht sind, werden in der Generalversammlung nur behandelt, wenn diese die Dringlichkeit der Anträge mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder anerkennt.
(3) Soweit die Satzung nichts anderes vorschreibt, ist zur Gültigkeit eines Beschlusses der Generalversammlung die Zustimmung von mehr als der Hälfte der anwesenden Mitglieder erforderlich.
(4) Die Leitung der Generalversammlung obliegt dem ersten Vorsitzenden des Parteivorstandes. Tagesordnung und Geschäftsordnung werden durch die Generalversammlung bestimmt.

§ 7
(1) Die Mitglieder des Parteivorstandes werden in der ordentlichen Generalversammlung gewählt. Sie versehen ihr Amt bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung.
(2) Die Wahl erfolgt geheim unter Verwendung von Stimmzetteln in einem Wahlgang mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Soweit diese nicht erreicht wird, findet Stichwahl zwischen jenen zwei Kandidaten statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet das Los.
(3) Eine im Laufe der Amtszeit etwa erforderliche Ersatzwahl wird den vorstehenden Bestimmungen entsprechend durch den Parteiausschuß vorgenommen.
(4) Die Wahl des Parteisekretärs erfolgt in einem besonderen Wahlgang, wobei die Bestimmungen in Absatz 2 und 3 entsprechende Anwendung finden.

§ 8
(1) Der Parteivorstand besteht aus:
   a) dem ersten Vorsitzenden,
   b) dem zweiten Vorsitzenden,
   c) aus sieben weiteren Mitgliedern.
(2) Der Parteivorstand bestimmt die regelmäßigen Obliegenheiten seiner Mitglieder.
(3) Die Mitglieder des Parteivorstandes vertreten sich gegenseitig.

§ 9
Vorstand im Sinne des Gesetzes ist der erste Vorsitzende des Parteivorstandes.

§ 10
(1) Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte und überwacht die politische Tätigkeit der Partei.
(2) Ein Beschluß des Parteivorstandes ist gültig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder zustimmen.
(3) Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke der Partei. Er ist befugt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei Augsburg zustehenden Ansprüche gegen Schuldner geltend zu machen.

§ 11
Der Sekretär der Partei übt seine Tätigkeit im Auftrage und unter der Aufsicht des Parteivorstandes aus.

§ 12
(1) Der Parteiausschuß besteht aus:
a) den Mitgliedern des Parteivorstandes,
b) den Sektionsleitern,
c) zwei Vertretern der sozialdemokratischen Rathausfraktion Augsburg,
d) den sozialdemokratischen Mitgliedern des Kreistages Augsburg-Land,
e) den im Bezirk des Stadt- und Landkreises Augsburg wohnenden sozialdemokratischen Mitgliedern des Bezirkstages von Schwaben und des Bayerischen Landtages,
f) den sozialdemokratischen besoldeten Stadträten von Augsburg und den im Stadt- und Landkreis Augsburg ansässigen Genossen in ähnlichen Stellungen bei der Regierung von Schwaben und bei der Landesregierung,
g) einem im Landesarbeitsamt Schwaben oder im Arbeitsamt Augsburg tätigen Genossen,
h) einem Vertreter der Presse,
i) einer in der Frauenbewegung tätigen Genossin,
k) einem Jugendleiter,
l) einem Vertreter des Vereins Arbeiterwohlfahrt,
m) drei Genossen aus dem Kreise der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung,
n) weiteren zugewählten Mitgliedern.
(2) Die unter Buchstaben g bis n genannten Mitglieder werden alljährlich durch den Parteiausschuß gewählt.

§ 13
Zur Zuständigkeit des Parteiausschusses gehören:
1. die Beschlußfassung über wichtige, die Partei berührende Fragen, über Organisationsangelegenheiten und Parteieinrichtungen,
2. die Vorbereitung der in der Generalversammlung zu behandelnden Gegenstände, wobei die Stellungnahme des Parteiausschusses beschlußmäßig festzulegen und in der Generalversammlung bekanntzugeben ist,
3. die Beschlußfassung über Angelegenheiten, welche dem Parteiausschuß durch die Generalversammlung zur Erledigung überwiesen werden,
4. in dringenden Fällen die Beschlußfassung über Gegenstände, welche satzungsgemäß zur Zuständigkeit der Generalversammlung gehören. Derartige Beschlüsse sind in der nächsten Generalversammlung bekanntzugeben,
5. Benennung der Referenten,
6. Entsendung von Delegierten.

§ 14
(1) Der Parteiausschuß ist bei Anwesenheit von mehr als zwanzig Mitgliedern beschlußfähig. Ein Beschluß des Parteiausschusses ist gültig, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden Mitglieder zustimmen.
(2) Die Sitzungen des Parteiausschusses werden von dem ersten Vorsitzenden des Parteivorstandes geleitet. Tagesordnung und Geschäftsordnung werden von dem Parteiausschuß bestimmt.
(3) Der Parteiausschuß ist befugt, für besondere Angelegenheiten Kommissionen, gegebenenfalls mit dem Recht der Beschlußfassung an seiner Statt, einzusetzen sowie einzelne Genossen mit besonderen Obliegenheiten zu beauftragen.

§ 15
(1) Die Organe der Sektionen sind:
a) die Sektionsleitung, welche aus dem Sektionsleiter, dem Schriftführer und dem Kassierer besteht,
b) der Sektionsausschuß,

c) die Sektionsversammlung.
(2) Für die Organe der Sektionen gelten sinngemäß die Vorschriften über die Generalversammlung, den Parteivorstand und den Parteiausschuß.
(3) Die Sektionen haben das Recht, ihre Angelegenheiten selbständig zu regeln, üben jedoch ihre Tätigkeit unter der Aufsicht des Parteivorstandes aus und sind an die Weisungen der Parteiorgane gebunden.

§ 16
(1) Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Augsburg kann jede unbescholtene Person nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rasse, Staatsangehörigkeit, Religion und Beruf, werden, wenn sie sich zu den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei bekennt. Über die Aufnahme beschließt der Parteivorstand.
(2) Gegen einen die Aufnahme ablehnenden Beschluß des Parteivorstandes kann durch zwei Mitglieder der Partei im Namen des Antragstellers Berufung an den Parteiausschuß eingelegt werden. Die Entscheidung des Parteiausschusses ist endgültig.
(3) Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Augsburg kann nicht sein, wer einer anderen politischen Partei angehört oder eine solche finanziell unterstützt.
(4) Ehemalige Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen können nur aufgenommen werden, wenn sie nachweisen, daß sie sich in jenen Organisationen nicht aktiv betätigt haben.

§ 17
Jedes Mitglied gehört derjenigen Sektion an, welche für seine Wohnung örtlich zuständig ist. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Parteivorstandes zulässig.

§ 18
Ein Mitglied kann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder durch beharrliche Zuwiderhandlung gegen Beschlüsse der Parteiorgane das Interesse der Partei schädigt.

§ 19
(1) Der Ausschluß erfolgt durch Beschluß des Parteivorstandes. Eine Ausfertigung des Beschlusses ist dem ausgeschlossenen Mitglied zuzustellen und der Ausschluß gegebenenfalls öffentlich bekannt zu machen.
(2) Gegen den Beschluß des Parteivorstandes kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zustellung der Ausfertigung Einspruch erhoben werden.
(3) Über den Einspruch entscheidet ein aus sieben Genossen bestehendes Schiedsgericht.
(4) Je drei Beisitzer des Schiedsgerichtes sind von dem Parteivorstand und von dem Beschuldigten, der Vorsitzende des Schiedsgerichtes von dem Parteiausschuß zu bestimmen. Unterläßt es der Beschuldigte, innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Schiedsrichter zu benennen, so ist der Beschluß des Parteivorstandes endgültig. Erscheint der Beschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so hat das Schiedsgericht das Recht, in Abwesenheit des Beschuldigten zu verhandeln und zu entscheiden. Die Zustellung einer Ausfertigung der Entscheidung erfolgt durch den Parteivorstand.
(5) Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht dem Beschuldigten und dem Parteivorstand die Berufung an die Generalversammlung zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung der Entscheidung bei dem Parteivorstand schriftlich mit Begründung eingereicht werden.

§ 20
(1) Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Parteivorstand zu richten. Vor der Beschlußfassung des Parteivorstandes über die Wiederaufnahme ist die Sektion zu hören, welcher der Ausgeschlossene angehört hat.
(2) Gegen den ablehnenden Beschluß des Parteivorstandes steht dem Ausgeschlossenen die Berufung an den Parteiausschuß zu. Die Berufung muß innerhalb einer Frist von vier Wochen

nach Zustellung des ablehnenden Beschlusses bei dem Parteivorstand eingereicht werden. Die Entscheidung des Parteiausschusses ist endgültig.

§ 21
Die Höhe des Parteibeitrages und des Eintrittsgeldes wird durch Beschluß der Generalversammlung bestimmt.

§ 22
Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis zum 31. März.

§ 23
(1) Satzungsänderungen können, soweit sie nicht auf Grund einer Bestimmung der Militär-Regierung oder einer behördlichen Anordnung erfolgen müssen, nur durch die Generalversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
(2) Zur Beschlußfassung über die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei Augsburg ist eine Mehrheit von drei Vierteln der in der Generalversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Im Falle der Auflösung ist das Vermögen der Partei einem der Arbeiterbewegung in Augsburg dienlichen Zwecke zuzuführen.

Augsburg, den 1. Dezember 1945

b) Zusammenfassende Richtlinien für den Aufbau deutscher politischer Parteien, erlassen durch die amerikanische Militärregierung am 16. April 1946[6]

1. a) Die politischen Parteien haben die folgenden Vorschriften zu beachten, die in ihre Satzungen aufzunehmen sind: Parteifunktionäre aller Grade werden jährlich einmal in geheimer Wahl gewählt. Alle Mitglieder und Delegierten, welche zur Wahl von Parteifunktionären berechtigt sind, haben ein uneingeschränktes Vorschlagsrecht. Es muß diesen Mitgliedern und Delegierten angemessene Zeit zur Verfügung stehen, um vor der Wahl die Kandidaten kennenzulernen. Die Wahl geschieht nur nach Stimmenmehrheit mit Stichwahl, falls erforderlich. Kandidaten für öffentliche Ämter werden in gleicher Weise aufgestellt.
   b) Alle Sitzungen und Versammlungen, zugleich mit der Tagesordnung, müssen wenigstens eine Woche vorher angekündigt werden, mit Ausnahme von dringenden Eilfällen.
   c) Vereinigungen mit anderen Parteien sind zulässig unter der Bedingung, daß die Frage einer Parteiversammlung unterbreitet worden ist, die aus auf demokratischer Grundlage gewählten Delegierten besteht.
   d) Den Mitgliedern sind regelmäßig zweckdienliche Berichte über die finanzielle Lage zu erstatten. Die Rechnungsbücher sind laufend von unabhängigen, amtlich zugelassenen Buchprüfern zu prüfen.
   e) Allen Mitgliedern und Parteianwärtern ist eine klare Mitteilung über die Rechte und Pflichten der Mitglieder gegenüber der Partei zu machen.
   f) Kein Mitglied darf ausgeschlossen werden ohne vorherige Anhörung vor einem unparteiischen Ausschuß der Partei, in dem seine örtliche Parteigruppe vertreten ist.

2. Die in vorstehendem Absatz erwähnten Wahlen für Parteifunktionäre sind vor der Kandidatenaufstellung für die im Juni abzuhaltenden Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung vorzunehmen.

3. Kandidaten der Parteien für die genannte Verfassunggebende Versammlung sind aufzustellen in der im obigen Absatz 1 a—c dargelegten Art.

[6] NZ, 22. April 1946

c) Satzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, beschlossen auf der Landeskonferenz der SPD in Ingolstadt am 19./20. Oktober 1946[7]

§ 1 Die Sozialdemokratische Partei ist eine Landespartei mit dem Sitz in München. Sie hat das Recht in ganz Bayern in allen Kreisen sozialdemokratische Ortsvereine zu gründen.

§ 2 Die Mitglieder sind in Ortsvereinen zusammengefaßt. Größere Orte können sich nach den örtlichen Gegebenheiten in Distrikte aufgliedern. Diese entsprechen zweckmäßig den Stadtteilen. Die Distrikte können sich in Sektionen, entsprechend den Stimmbezirken untergliedern.

Ortsverein

§ 3 Organe des Ortsvereins sind:
1. die Vorstandschaft
2. der Parteiausschuß
3. der Funktionärkörper
4. die Hauptversammlung.

§ 4 Vorstandschaft, Parteiausschuß und Vertrauensmänner der Sektionen bilden den Funktionärkörper des Ortsvereins.

§ 5 Der Funktionärkörper tritt in kleineren Orten regelmäßig, in größeren Ortsvereinen unregelmäßig, zusammen. Seine Aufgabe ist: Schulung und Information. Der Funktionärkörper kann Anträge an die Hauptversammlung des Ortsvereins beschließen.

§ 6 Die Mitglieder des Ortsvereins bzw. die Delegierten des Distriktes wählen in einer Jahreshauptversammlung:
1. die Vorstandschaft des Ortsvereins
2. die Delegierten zu Kreis- und Bezirkskonferenzen, sowie zur Landeskonferenz
3. die Kandidaten für die öffentlichen Ämter
4. Sekretäre, soweit erforderlich.

§ 7 Die Vorstandschaft setzt sich zusammen aus:
1 Vorsitzender
1 Stellvertreter
1 Schriftführer
1 Kassier
1 Frauenvertreterin
1 Vertreter der Jungsozialisten
1 Beisitzer für mehr als 50 Mitglieder
1 weiterer Beisitzer für mehr als 300 Mitglieder
1 weiterer Beisitzer für mehr als 1000 Mitglieder
1 weiterer Beisitzer für mehr als 3000 Mitglieder
den örtlichen Sekretären.

§ 8 Zu den Aufgaben des Ortsvereins gehören:
1. die in § 14 beschriebenen Betätigungsgebiete
2. die Beteiligung an den politischen Einrichtungen der Gemeinden bzw. des Staates
3. die Abwicklung der Kassengeschäfte mit dem Bezirksverband.

Der Ortsverein ist an die Beschlüsse des Kreis-, Bezirks- und Landesverbandes gebunden.

§ 9 Ortsvereine mit Distriktgliederung bilden einen Parteiausschuß. Diesem gehören stimmberechtigt an:

[7] SPD-LV 1945–46

1. Ortsvereinsvorstand
2. Distriktsobmänner
3. Vorsitzende und Stellvertreter der Gemeinde- bzw. Stadtratsfraktion und die örtlichen Mitglieder der Kreis- und Landtagsfraktionen
4. örtliche Parteisekretäre
5. Vorsitzende örtlicher Arbeitsgemeinschaften ohne Stimmrecht.

§ 10 Der Parteiausschuß wird von dem Ortsverein mindestens einmal monatlich einberufen. Eine außerplanmäßige Einberufung hat auf Verlangen von $^2/_5$ der stimmberechtigten Mitglieder des Parteiausschusses zu erfolgen. Der Ortsvorstand ist dem Parteiausschuß zur Berichterstattung über die politischen Vorgänge des vergangenen Quartals verpflichtet.

§ 11 Zwei Wochen vor allen Kreiskonferenzen müssen Hauptversammlungen der Ortsvereine durchgeführt werden. Auf Verlangen der Mehrheit des Parteiausschusses oder $^2/_5$ der Mitglieder ist durch den Ortsvereinsvorstand eine Hauptversammlung einzuberufen.

§ 12 Organe des Distriktes sind:
1. der Distriktsausschuß
2. der Funktionärkörper
3. die Mitgliederversammlung.

§ 13 Die Mitglieder des Distriktes wählen:
I. den Distriktsausschuß, bestehend aus:
1 Obmann
1 Stellvertreter
1 Kassier
1 Schriftführer
1 Frauenvertreterin
1 Vertreter der Jungsozialisten
1 Beisitzer für mehr als 300 Mitglieder, je einen weiteren Beisitzer für je weitere 300 Mitglieder, bis zu einer Höchstzahl von 4 Beisitzern.
II. Vertrauensleute nach Maßgabe der Sektionen.

§ 14 Zu den Aufgaben des Distriktes gehört:
Die Unterrichtung der Mitglieder über alle politischen und organisatorischen Vorgänge, um eine Stellungnahme der Mitglieder herbeizuführen. Die Durchführung organisatorischer Aufgaben, wie Beitragserhebung, Mitgliederwerbung, Wahlvorbereitungen und die Pflege des demokratisch-sozialistischen Geistes.

§ 15 Distriktsausschuß und Vertrauensmänner der Stimmbezirke bilden den Funktionärkörper des Distriktes.

§ 16 Der Funktionärkörper tritt regelmäßig zusammen. Seine Aufgabe ist die Schulung und Information. Der Funktionärkörper kann Anträge an die Mitgliederversammlung beschließen.

§ 17 Die Mitglieder einer Sektion können einen Sektionsausschuß wählen. Dieser besteht aus:
1 Vertrauensmann
1 Stellvertreter
1 Kassier.

§ 18 Die Aufgabe des Sektionsausschusses ist rein verwaltungstechnischer Art.

§ 19 In Städten mit mehr als 500 Mitgliedern können zur Hauptversammlung des Ortsvereins Delegierte gewählt werden. Zu den Hauptversammlungen sind mindestens 100 und höchstens 500 Delegierte zu wählen. Die Schlüsselzahl ist möglichst niedrig zu halten, um den größtmöglichsten, direkten Einfluß der Mitgliedschaft zu sichern.

§ 20 Mindestens eine Woche vor den Hauptversammlungen des Ortsvereins sind Mitgliederversammlungen der Distrikte durchzuführen.

Kreisverband

§ 21 Die Ortsvereine des Landkreises (Landratsbezirke) werden zu Kreisverbänden zusammengefaßt. Die kreisunmittelbaren Städte arbeiten selbständig im Rahmen des Bezirksverbandes.

§ 22 Die Organe des Kreisverbandes sind:
1. der Kreisvorstand
2. die Kreiskonferenz.

§ 23 Der Kreisvorstand besteht aus:
1 Vorsitzenden
1 Stellvertreter
1 Kassier
1 Schriftführer
1 Frauenvertreterin
1 Vertreter der Jungsozialisten
1 Beisitzer bis 500 Mitglieder, je einem weiteren Beisitzer für je weitere 500 Mitglieder bis zur Höchstzahl von 4 Beisitzern
dem Vorsitzenden und Stellvertreter der Kreistagsfraktion
den Kreissekretären, wenn vorhanden.

§ 24 Zu den Aufgaben des Kreisverbandes gehören:
Die Unterrichtung der Ortsvereine über alle politischen und organisatorischen Vorgänge, die Durchführung organisatorischer Aufgaben wie Werbung und Wahlvorbereitungen.

§ 25 3 Wochen vor allen Bezirkskonferenzen müssen Kreiskonferenzen durchgeführt werden. Auf Verlangen von $^2/_5$ der dem Kreisverband angeschlossenen Ortsvereine muß eine Kreiskonferenz durchgeführt werden.

§ 26 Zu den Aufgaben der Jahres-Kreiskonferenz gehören:
1. die Wahl des Kreisvorstandes
2. die Behandlung von allen Angelegenheiten kreispolitischer Bedeutung
3. die Wahl der Kreissekretäre unter Berücksichtigung des § 30 der Satzung.

§ 27 Die Kreiskonferenzen wählen auf Vorschlag der Ortsvereine die Kandidaten für die politischen Einrichtungen des Kreises und des Staates, die Delegierten für die Bezirks- und Landeskonferenzen.

§ 28 Die Kreiskonferenz setzt sich zusammen aus:
1. dem seitherigen Kreisvorstand
2. den Delegierten der Ortsvereine
3. den örtlichen Mitgliedern des Landtages
4. dem Vorsitzenden und Stellvertreter der Kreistagsfraktion
5. den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Kreisbasis ohne Stimmrecht.

§ 29 Die Kreiskonferenz setzt sich aus 40 gewählten Delegierten zusammen. Die Beteiligung der einzelnen Ortsvereine richtet sich nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl zur Schlüsselzahl.
(Beispiel: 1000 Mitglieder im Kreis = 40 Delegierte, Schlüsselzahl 25.
Ortsverein: 100 Mitglieder = 4 Delegierte).

§ 30 Die Kreisverbände können erforderlichenfalls mit Zustimmung des Bezirksvorstandes Kreissekretariate einrichten. Die Unterhaltung derselben richtet sich nach den Vereinbarungen mit dem Bezirksvorstand.

Bezirksverband

§ 31 Die Stadt- und Landkreise eines Regierungsbezirkes bilden einen Bezirksverband.

§ 32 Organe des Bezirksverbandes sind:
1. der Bezirksvorstand
2. der Bezirksausschuß
3. die Bezirkskonferenz (Bezirksparteitag).

§ 33 Der Bezirksvorstand besteht aus:
1 Vorsitzenden
1 Stellvertreter
1 Kassier
1 Schriftführer
1 Frauenvertreterin
1 Vertreter der Jungsozialisten
den Bezirkssekretären.

§ 34 Der Bezirksvorstand übt eine geschäftsführende Tätigkeit aus und ist möglichst aus Mitgliedern des Bezirksvorortes zu bilden.

§ 35 Der Bezirksausschuß setzt sich zusammen aus dem Bezirksvorstand und weiteren, von der Bezirkskonferenz gewählten 9 Mitgliedern. Diese können nicht aus dem Bezirksvorort sein und müssen sich aus dem Gesamtgebiet des Bezirkes zusammensetzen. Die Landtagsabgeordneten und der Vorsitzende der Bezirkstagsfraktion gehören dem Bezirksausschuß als stimmberechtigte Mitglieder an, ebenso die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Bezirksbasis ohne Stimmrecht.

§ 36 Der Bezirksausschuß tritt am 1. Sonntag eines jeden Vierteljahres zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Er hat die Aufgabe, die politischen Vorgänge zu beraten und zu agitatorischen und organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Außerordentliche Tagungen des Bezirksausschusses müssen einberufen werden, wenn es der Bezirksausschuß beschließt oder $^2/_5$ seiner Mitglieder dieses Verlangen stellen. Die Bezirksausschüsse sind verpflichtet, geeignete Einrichtungen zur Weiterbildung der Funktionäre zu schaffen.

§ 37 Liegen unaufschiebbare politische Entscheidungen vor, welche der Natur nach durch einen Bezirksparteitag entschieden werden müßten, kann sich der Bezirksausschuß durch nachfolgend aufgeführte Organe erweitern und erwirbt dadurch die Beschlußkraft einer Bezirkskonferenz:
den Kreisvorsitzenden der Stadt- und Landkreise
den Kreis- und Bezirkstagsmitgliedern
den sozialdemokratischen Landräten
den sozialdemokratischen Bürgermeistern des Bezirkes
den Vorsitzenden der Bezirks-Arbeitsgemeinschaften ohne Stimmrecht.

§ 38 Eine unaufschiebbare politische Entscheidung liegt vor in Fragen der Beteiligung an der Regierung oder Anordnungen von Behörden, welche die Tätigkeit der politischen Parteien augenblicklich maßgeblich verändern.

§ 39 4 Wochen vor allen Landeskonferenzen müssen Bezirkskonferenzen durchgeführt werden. Auf Verlangen von $^2/_5$ der dem Bezirksverband angeschlossenen Kreisverbände muß zu einer Bezirkskonferenz eingeladen werden.

§ 40 Zu den Aufgaben der Jahreskonferenz gehören:
die Wahl des Bezirksvorstandes und der Bezirkssekretäre, die Behandlung von allen Angelegenheiten bezirklicher Bedeutung.

§ 41 Die Bezirkskonferenzen wählen auf Vorschlag der Landkreise die Kandidaten für die politischen Einrichtungen des Bezirkes und des Staates.

§ 42 Die Bezirkskonferenz setzt sich zusammen aus:
den Mitgliedern des erweiterten Bezirksausschusses
den Delegierten der Stadt- und Landkreise.

§ 43 Die Delegierten werden von Kreiskonferenzen auf Vorschlag der Ortsvereine gewählt. Es entfallen:

bis zu 100 Mitglieder eines Landkreises	2 Delegierte
bis zu 200 Mitglieder eines Landkreises insgesamt	3 Delegierte
auf je volle weitere 200 Mitglieder	1 Delegierter.

Der Mitgliederstand der letzten Beitragsabrechnung gilt dabei als Maßstab. Die Frauen sind mindestens entsprechend der Stärke ihrer Mitgliederschaft bei der Delegation zu berücksichtigen.

§ 44 Die Bezirksverbände müssen ein Bezirkssekretariat unterhalten, die kostenlose Bereitstellung des Propagandamaterials für die Untergliederungen, die Abwicklung der Kassengeschäfte mit dem Landesverband sowie dem Parteivorstand und den Kreisvorständen vornehmen.

§ 45 Auf Antrag der Landkreise kann der Bezirksausschuß die Zusammenfassung mehrerer Landkreise zu einem Unterbezirk beschließen.
Der Unterbezirk besitzt nur ein Verwaltungsorgan, das sich aus
1 haupt- oder nebenamtlichen Sekretär und
den Vorsitzenden der beteiligten Landkreise
zusammensetzt.
Die Unterbezirksverwaltung ist in der Geschäftsordnung den Bezirkssekretariaten unterstellt.

Landesverband

§ 46 Die Bezirksverbände bilden den Landesverband.

§ 47 Organe des Landesverbandes sind:
1. der Landesvorstand
2. der Landesausschuß
3. die Landeskonferenz.

§ 48 Der Landesvorstand besteht aus:
1 Vorsitzender
1 Stellvertreter
10 Beisitzer
1 Frauenvertreterin
1 Vertreter der Jungsozialisten
den jeweils im Amt befindlichen Ministern und Staatssekretären
dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter der Landtagsfraktion
dem Landessekretär.

§ 49 1. Die Wahl des Landesvorstandes erfolgt in geheimer Abstimmung durch die ordentliche Landeskonferenz. Die Kandidaten sind mindestens 14 Tage vor der Landeskonferenz durch die Delegierten der Bezirksverbände zu benennen.

2. Sämtliche Delegierte besitzen das uneingeschränkte Vorschlagsrecht. Das Landessekretariat ist verpflichtet, die vollständige Liste der Kandidaten mindestens 5 Tage vor der

Abstimmung den Delegierten zu unterbreiten. Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen, mindestens jedoch eine Stimme über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Gegebenenfalls erfolgt Stichwahl. Wird bei der Stichwahl die absolute Mehrheit nicht erreicht, gelten die Kandidaten in der Reihenfolge der Stimmabgabe als gewählt. Vorstandsmitglieder und Kandidaten für öffentliche Ämter können nur aus dem Kreise der stimmberechtigten Delegierten gewählt werden. Die Frauenvertreterin wird auf Vorschlag der Bezirksfrauenausschüsse gewählt. Der Vertreter der Jungsozialisten ist von den Bezirksausschüssen der Jungsozialisten vorzuschlagen, der Wahlvorgang ist der gleiche wie bei den übrigen Kandidaten. Die Vorsitzenden gehen aus direkter Wahl durch die Landeskonferenz hervor.

§ 50 Die Bezirksvorstände können entsprechend der Mitgliederstärke Vorschläge zu den Beisitzern des Landesvorstandes einbringen. Kein Bezirk kann jedoch mehr als die Hälfte der Beisitzer beanspruchen, jeder Bezirk muß vertreten sein.

§ 51 Zu den Aufgaben des Landesverbandes gehören:
Die Beteiligung an den politischen Einrichtungen des Landes, die Bereitstellung von Propagandamaterial für die Bezirksverbände gegen Unkostenerstattung, die Unterhaltung des Landessekretariates, die Herausgabe von Parteizeitungen, Zeitschriften und Broschüren. Zu diesem Zwecke können geeignete Unternehmen geschaffen werden.

§ 52 Der Landesvorstand vollzieht im Zusammenwirken mit dem Landessekretär die im § 51 beschriebenen Aufgaben. Der Landesvorstand kann beratende Ausschüsse bilden. Er pflegt den Verkehr mit den außerbayerischen Verbänden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und kann diese Aufgaben den Bezirksverbänden übertragen. Der Landesvorstand vertritt den Landesverband nach außen. Die Vorsitzenden vertreten den Landesverband bei Behörden, sie können andere Mitglieder des Landesvorstandes oder den Landessekretär mit der Vertretung beauftragen. Die Sitzungen des Landesvorstandes werden vom Vorsitzenden einberufen. Eine Vorstandssitzung ist einzuberufen, wenn $^2/_5$ der stimmberechtigten Mitglieder dieses Verlangen stellen.

§ 53 Der Landesausschuß setzt sich zusammen aus:
dem Landesvorstand
den Abgeordneten des bayerischen Landtags,
je 5 auf den Bezirkskonferenzen gewählten Mitgliedern der Bezirksvorstände,
den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf Landesbasis ohne Stimmrecht.

§ 54 Der Landesausschuß wird vom Landesvorstand mindestens jeden 3. Monat einberufen. Eine außerplanmäßige Einberufung hat auf Verlangen von mindestens $^2/_5$ der stimmberechtigten Mitglieder des Landesausschusses zu erfolgen. Der Landesvorstand ist dem Landesausschuß zur Berichterstattung über die politischen Vorgänge des vergangenen Quartals verpflichtet. Mißbilligt der Landesausschuß die Maßnahmen des Landesvorstandes, ist die Entscheidung durch eine Landeskonferenz herbeizuführen.

§ 55 Liegen unaufschiebbare politische Entscheidungen im Sinne des § 38 vor, welche der Natur nach durch eine Landeskonferenz entschieden werden müßten, kann sich der Landesausschuß durch Hinzuziehung sämtlicher Bezirksvorstandsmitglieder erweitern und erwirbt dadurch die Beschlußkraft einer Landeskonferenz.

§ 56 Im April jeden Jahres beruft der Landesvorstand eine Landeskonferenz ein. Der Termin kann um einen Monat vor- oder zurückverlegt werden, wenn dies besondere Umstände erfordern (Wahlen und dergl.).
Eine außerordentliche Landeskonferenz muß einberufen werden, wenn 2 von 5 Bezirksverbänden dieses Verlangen stellen oder besondere Umstände im Sinne des § 54 vorliegen.

§ 57 Zur Zuständigkeit der Landeskonferenz gehören:
a) die Wahl des Landesvorstandes und eines Landessekretärs.
b) Die Behandlung aller Angelegenheiten von landespolitischer Bedeutung, insbesondere Beteiligung an der Landesregierung, Vereinbarungen mit anderen Parteien und außerbayerischen Landesverbänden der SPD und Änderungen des Partei-Programms oder der Satzungen.

§ 58 Die Ortsvereine jedes Bezirksverbandes entsenden für je 500 Mitglieder einen Delegierten, die Wahl erfolgt in den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine. Für angefangene weitere 500 Mitglieder erfolgt Zusammenfassung mit anderen Ortsvereinen des Kreis- bzw. Bezirksverbandes. Die Mandatskosten trägt der Ortsverein.

§ 59 Anträge zur Landeskonferenz sind 3 Wochen vor Stattfinden derselben beim Landessekretariat einzureichen. Der Wortlaut sämtlicher Anträge ist den gemeldeten Delegierten mindestens 5 Tage vor der Landeskonferenz zur Kenntnis zu geben. Jeder Delegierte hat das Recht, Anträge zu stellen.
Anträge, die in der Konferenz gestellt werden, gelten als Dringlichkeitsanträge. Sie müssen mit $^2/_3$ Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten zur Verhandlung qualifiziert sein. Anträge einzelner Delegierter bedürfen zur Behandlung der Unterstützung von 10 % der stimmberechtigten Delegierten.

§ 60 Alle Beschlüsse sämtlicher Konferenzen, Tagungen und Versammlungen werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 61 Die Bestimmungen des § 49 Abs. 2 und § 59 gelten sinngemäß für alle Untergliederungen.

Mitgliedschaft

§ 62 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, kann jeder Wahlberechtigte werden, der seinen Wohnsitz in Bayern hat und das Programm der Partei, sowie die Rechte und Pflichten anerkennt.

§ 63 Ausgeschlossen von der Mitgliedschaft sind alle diejenigen Personen, die ursprünglich in die Kat. I und II des Gesetzes „Gesetz für Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 fallen, auch wenn Bewährungsfrist zugebilligt wurde. Dieser Ausschluß gilt solange, bis durch einen endgültigen Spruchkammerentscheid festgestellt wird, daß der Betroffene in die Kat. I und II nicht eingereiht ist. Nach Ablauf der Bewährungsfrist kann die Mitgliedschaft erworben werden, sofern nicht durch die zuständigen Organe des Staates die endgültige Einreihung in die Kat. I und II erfolgt.

§ 64 Ausnahmen werden gemacht, wenn Personen auf Grund des Fragebogens von der Militärregierung genehmigt wurden, bis zu dem Zeitpunkt eines endgültigen Entscheides der Spruchkammer. Werden die Betroffenen durch Spruchkammerentscheid in Kat. I und II evtl. mit Bewährungsfrist eingereiht, kommen die Bestimmungen des § 63 in Anwendung.

§ 65 Die Mitgliedschaft ist auf Antrag zu gewähren. Dem Antragsteller ist das Parteistatut und das Parteiprogramm mit klaren Bestimmungen über die Rechte und Pflichten eines Mitgliedes auszuhändigen. Der Antragsteller bestätigt durch Unterschrift, daß er nicht zu dem in § 63 beschriebenen Personenkreis gehört und trägt volle, persönliche Verantwortung für diese Angaben.

Ausschluß

§ 66 Ein Mitglied kann nur von einem unparteiischen Ausschuß aus der Partei ausgeschlossen werden, der sich aus 3 Vertretern des Kreisverbandes und 2 Vertretern des Ortsvereins zusammensetzt.
Als Ausschlußgründe gelten:

a) Grobe Verstöße gegen die Parteigrundsätze,
b) Ehrlose Handlungen,
c) Politische Unzuverlässigkeit im Sinne des § 63.

§ 66a Liegt ein nach § 66 Abschnitt a und b ausgesprochener Ausschluß vor, kann der Betroffene beim Bezirksvorstand Einspruch erheben. Der bezirkliche Ausschuß für das Ausschlußverfahren setzt sich zusammen:
aus einem Vertreter des Landesvorstandes
zwei Vertretern des Bezirksvorstandes
einem Vertreter des Kreisvorstandes und
einem Vertreter des Ortsvereins.
Landesvorstand, Bezirksvorstand, Kreisvorstand und Ortsverein können in besonderen Fällen eine Entscheidung durch die Landeskonferenz herbeiführen. Dem persönlich Betroffenen ist in allen Fällen die Möglichkeit zur persönlichen Rechtfertigung gegeben.

Zusammenkünfte

§ 67 Alle Zusammenkünfte und Versammlungen sind unter Bekanntmachung der Tagesordnung wenigstens zwei Wochen vorher den Mitgliedern mitzuteilen. Ausnahmen nur in dringenden Fällen.

§ 68 Eine Versammlung oder Zusammenkunft ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Eingeladenen teilnimmt. Ist dies nicht der Fall, muß erneut Einladung zu einer frühestens nach 8 Tagen und spätestens 2 Wochen später stattfindenden Zusammenkunft ergehen. Die zweite Zusammenkunft ist beschlußfähig, ohne Rücksicht auf die Teilnehmerzahl.

Sekretariate

§ 69 Alle Sekretariate unterliegen in der Ausführung ihrer geschäftlichen, organisatorischen und agitatorischen Arbeit der Überwachung durch die zuständigen Vorstände der Ortsvereine, Kreis- und Bezirksverbände sowie des Landesverbandes nach einer zu bestimmenden Geschäftsordnung.

§ 70 Das Landessekretariat ist verpflichtet, den Bezirkssekretariaten, Bezirks- und Kreisvorständen alle zur Durchführung der Parteigeschäfte erforderlichen behördlichen Anordnungen in entsprechender Weise bekanntzugeben.

Jungsozialisten

§ 71 Die jugendlichen Parteimitglieder können zur Pflege ihrer geistigen und gesellschaftlichen Interessen innerhalb der Ortsvereine besondere Gruppen bilden. Sie stellen jedoch keine eigene Organisation dar und sind den allgemeinen Bestimmungen der Satzung in jeder Hinsicht unterworfen.

§ 72 Zur Durchführung besonderer organisatorischer Aufgaben, die sich aus der Tätigkeit dieser Gruppen ergeben, können geschäftsführende Organe gewählt werden. Die Vorsitzenden dieser Organe gehören den Ortsvereins- und Distriktsvorständen nach § 7 und § 13 an.

§ 73 1. Die Gruppen der Jungsozialisten der Ortsvereine eines Kreises haben das Vorschlagsrecht für die Wahl ihres Vertreters in den Kreisvorstand (§ 23). Sie können einen Kreisausschuß wählen.
2. Die Kreisausschüsse der Jungsozialisten haben das Vorschlagsrecht für die Wahl ihres Vertreters in den Bezirksvorstand (§ 33). Sie können einen Bezirksausschuß der Jungsozialisten wählen.
3. Die Bezirksausschüsse der Jungsozialisten haben das Vorschlagsrecht für die Wahl ihres Vertreters in den Landesvorstand (§ 48). Sie können einen Landesausschuß der Jungsozialisten wählen.

Frauengruppen

§ 74 Die Frauen der Partei können unter den gleichen Bedingungen, wie in § 69 festgelegt, Frauengruppen bilden. Ihre Vertretung in die Orts-, Kreis- und Bezirksvorstände sowie in den Landesvorstand vollzieht sich nach § 70, § 71 Abs. 1—3.

§ 75 Veranstaltungen der Jungsozialisten und Frauengruppen müssen allen Mitgliedern offenstehen, besondere Beiträge werden nicht erhoben.

Arbeitsgemeinschaften

§ 76 Beratende Arbeitsgemeinschaften können sich zur Bearbeitung von Fachgebieten auf landesmäßiger, bezirklicher, Kreis- oder Ortsbasis bilden. Sie bedürfen der ausdrücklichen Bestätigung durch den Landesvorstand. Sie können sich geschäftsführende Organe wählen, bilden keine eigenen Organisationen und sind allen Bestimmungen der Parteisatzungen unterworfen.

Schulungsarbeit

§ 77 Der Landesverband führt besondere Lehrgänge für die sozialistische und demokratische Weltanschauung seiner Mitglieder durch. Die Errichtung und Unterhaltung von Schulungsheimen ist Aufgabe des Landesvorstandes.

Beiträge

§ 78 Der Aufnahmebeitrag beträgt für Männer und Frauen 1,— Mark. Der Mindestmonatsbeitrag für Männer beträgt 1,— Mark, für Frauen, Erwerbslose und Ganzinvaliden RM —,50. Den Mitgliedern ist es freigestellt, höhere, regelmäßige Beiträge zu leisten. Landesvorstand und untergeordnete Organe können Extrabeiträge ausschreiben. Spenden über RM 100,— müssen in den Kassenbüchern nach Herkunft ausgewiesen werden.

§ 79 Die Einziehung der Beiträge erfolgt monatlich, die Abrechnung wird vom Ortsverein vierteljährlich direkt an den Bezirk getätigt, spätestens bis zum 5. des auf den Schluß eines jeden Kalendervierteljahres folgenden Monats.

§ 80 Ausreichende und regelmäßige Berichte über die finanzielle Lage müssen den Mitgliedern gegeben werden. Die Kontobücher müssen periodisch durch zuverlässige und unabhängige Bücherrevisoren geprüft werden.

§ 81 Die Orts- und Kreiskassiere haben die Kassenbücher nach einem einheitlichen, vorgeschriebenen Schema zu führen. Zur Prüfung der Kassenführung werden für die Ortsvereine, Kreisverbände und den Bezirksverband gemäß § 80 Bücherrevisoren bestellt. Über alle Einnahmen und Ausgaben im Bezirksverband hat der Bezirksvorstand das Kontrollrecht.

§ 82 An den Mitgliederbeiträgen sind die Gliederungen der Partei wie folgt beteiligt:
Ortsvereine: 25 % des Gesamtbeitrages
hiervon Kassierer-Entschädigung 5 % des Gesamtbeitrages.
Bezirksverband: 75 % des Gesamtbeitrages
hiervon Leistung an den Kreisverband 25 % des Gesamtbeitrages,
Leistung an den Landesvorstand 10 % des Gesamtbeitrages,
Leistung an den Parteivorstand 10 % des Gesamtbeitrages.

Interzonenpartei

§ 83 Wenn die Partei auf Interzonenbasis genehmigt ist, kann die Angleichung vorstehender Statuten an die Statuten dieser Partei unter Berücksichtigung der behördlichen Vorschriften für die Bildung der politischen Parteien in Bayern erfolgen.

d) Statut des Landesverbandes der bayerischen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, angenommen auf der Landeskonferenz in Fürth am 12. Juni 1948[8]

§ 1 Name und Sitz
Die bayerischen Bezirksverbände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bilden einen Landesverband mit dem Sitz in München.

§ 2 Aufgaben
Der Landesverband hat im Rahmen der Gesamtpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die landespolitischen und die von den Bezirken übertragenen Aufgaben zu erfüllen, einschließlich der Kontrolle der auf Landesbasis erscheinenden Presseerzeugnisse.

§ 3 Zuständigkeiten
Zur Durchführung der Aufgaben sind zuständig:
a) Die Landeskonferenz
b) Der Landesausschuß
c) Der Landesvorstand
d) Die Landespressekommission.

§ 4 Landeskonferenz
1. Der Landeskonferenz gehören mit Stimmrecht an:
   a) Der Landesausschuß
   b) Die Delegierten der Bezirksverbände. Als stimmberechtigte Delegierte entsenden die Bezirke für je 750 Mitglieder einen Delegierten. Kreisverbände mit über 750 Mitgliedern senden für je weitere angefangene 750 Mitglieder einen weiteren Delegierten, jedoch für jeden Kreisverband mindestens einen Delegierten.
   c) Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtags.
2. Der Landeskonferenz gehören ohne Stimmrecht an:
   a) Die übrigen Mitglieder der Landtagsfraktion und die Mitglieder des Senats.
   b) Die sozialdemokratischen Mitglieder der gesamtdeutschen parlamentarischen Institution.
   c) Delegierte, die durch besonderen Beschluß des Landesausschusses zur Landeskonferenz eingeladen werden.

§ 5 Zu den Aufgaben der Landeskonferenz gehören:
1. Die Behandlung aller Angelegenheiten von grundsätzlicher landespolitischer Bedeutung.
2. Die Wahl des Landesvorsitzenden und seiner Stellvertreter.
3. Die Festlegung der Richtlinien für die Tätigkeit des Landesvorstandes und des Landesausschusses.
4. Die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Landesausschusses.
5. Wahl der 3 Mitglieder zum Landesausschuß (§ 7 d).
6. Erledigung der eingegangenen Anträge.
7. Wahl eines Vertreters der Parteipresse zum Landesausschuß.

§ 6 Die Landeskonferenz tritt möglichst im Mai jeden Jahres zusammen. Sie ist vom Landesausschuß einzuberufen. Eine außerordentliche Landeskonferenz muß unverzüglich einberufen werden, wenn die Mehrzahl der Bezirke durch Bezirkskonferenzbeschluß ihre Einberufung verlangt.

[8] SPD-LV 1948

Landesausschuß

§ 7 1. Der Landesausschuß setzt sich zusammen aus:
   a) Dem Landesvorsitzenden und 2 Stellvertretern, darunter eine Frau.
   b) Dem 1. Bezirksvorsitzenden oder seinem Stellvertreter und einem von den Bezirken zu wählenden Beisitzer. Bezirke mit über 20 000 Mitgliedern erhalten für je weitere vollendete 20 000 Mitglieder einen weiteren Beisitzer.
   c) 2 Vertretern der Landtagsfraktion und einem Vertreter des Senats.
   d) Höchstens 3 weiteren von der Landeskonferenz zu wählenden Beisitzern, davon mindestens eine Frau und ein Jungsozialist.
   e) Dem Vertreter der Parteipresse.
   f) Einem Vertreter der bayerischen Mitglieder der gesamtdeutschen Parlamente.
   g) 2 Vertretern der Flüchtlinge.

2. Dem Landesausschuß gehören die jeweils im Amt befindlichen Minister und Staatssekretäre mit beratender Stimme an.

3. Der Landesvorstand kann im Bedarfsfall Vertreter der auf Landesbasis errichteten Fachausschüsse zu den Sitzungen des Landesausschusses mit beratender Stimme heranziehen.

§ 8 Der Landesausschuß wird vom Landesvorsitzenden einberufen. Er ist einzuberufen, wenn $^2/_5$ seiner stimmberechtigten Mitglieder die Einberufung verlangen. Der Landesausschuß kontrolliert die Kassenführung des Landesvorstandes.

Landesvorstand

§ 9 Der Landesvorstand besteht aus dem Landesvorsitzenden und 2 Stellvertretern. Ein Mitglied des Landesvorstandes muß der Landtagsfraktion angehören. Der Landesvorstand wird von der Landeskonferenz in geheimer Wahl mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Scheidet ein Mitglied während der Jahresperiode aus, so hat der Landesausschuß eine Ersatzwahl vorzunehmen.
Die Landespressekommission, deren Vorsitzender der Landesvorsitzende ist, besteht aus je einem Vertreter der Bezirke.

§ 10 Der Landesvorsitzende oder im Falle seiner Behinderung ein Stellvertreter vertritt die Partei nach außen.

Durchführung der Aufgaben des Landesverbandes

§ 11 Landesausschuß und Landesvorstand vollziehen die in § 5 festgelegten Aufgaben.

Abstimmungen

§ 12 Alle Konferenzbeschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

Kosten

§ 13 1. Delegationskosten werden von den jeweils delegierenden Gremien getragen.
2. Die anfallenden Kosten des Landesverbandes tragen die Bezirke im Umlageverfahren.

Statutenänderung

§ 14 Statutenänderungen können nur von der Landeskonferenz mit einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden.

Schlußbestimmungen

§ 15 Im übrigen gelten die Bestimmungen des Organisationsstatutes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

e) Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Südbayern, vom 4. Juni 1949[9]

Name und Sitz

§ 1 Die Ortsvereine der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben bilden den Bezirksverband Südbayern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Sitz des Bezirksvorstandes und des Bezirkssekretariats ist München.

Aufgaben

§ 2 Der Bezirksverband hat die Aufgabe, in Übereinstimmung mit den politischen Grundsätzen und dem Organisationsstatut der Gesamtpartei, durch geeignete Maßnahmen für die Sozialdemokratische Partei zu werben und die Ideen des demokratischen Sozialismus zu vertreten und zu verbreitern.

Mitgliedschaft

§ 3 Die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei regelt sich nach dem Organisationsstatut der Gesamtpartei. Jedes Mitglied erhält einen Mitgliedsausweis, dieser ist das Eigentum der Partei und ist beim Ausscheiden zurückzugeben. Die Mitgliedschaft beginnt bei Aushändigung des Mitgliedbuches.
Jedes Parteimitglied kann nur dem für seinen Wohnsitz zuständigen Ortsverein angehören.

Eintrittsgeld und Beiträge

§ 4 Das Eintrittsgeld beträgt für Frauen —,50 DM und für Männer 1,— DM und wird durch eine besondere Marke quittiert.
Der Monatsbeitrag ist nach dem monatlichen Bruttoeinkommen gestaffelt und zwar

bis 250 DM	1,20 DM Monatsbeitrag
von 251 DM bis 300 DM	1,80 DM Monatsbeitrag
von 301 DM bis 350 DM	2,40 DM Monatsbeitrag
von 351 DM bis 400 DM	3,60 DM Monatsbeitrag
von 401 DM bis 500 DM	6,— DM Monatsbeitrag
von 501 DM bis 600 DM	8,40 DM Monatsbeitrag
von 601 DM bis 800 DM	12,— DM Monatsbeitrag
von 801 DM bis 1000 DM	24,— DM Monatsbeitrag
von 1001 DM bis 1200 DM	30,— DM Monatsbeitrag
über 1200 DM	36,— DM Monatsbeitrag

Für Ehefrauen, nicht berufstätige Familienmitglieder, Invaliden und Rentner —,60 DM, Erwerbslose —,60 DM.
In krassen Fällen, jedoch nur nach Überprüfung vom jeweiligen Ortsvorstand, kann ein Mindestbeitrag von —,30 DM gewährt werden. Die Ermäßigung ist zeitlich zu begrenzen.

Finanzwesen

§ 5 Der Bezirksvorstand bestreitet aus seinem Beitragsanteil alle organisatorischen und agitatorischen Ausgaben der Bezirksorganisation. Für alle vom Bezirksvorstand erstellten Sekretariate trägt dieser die Kosten. Alle finanziellen Rechtsgeschäfte der unteren Organisationsinstanzen unterliegen der Zustimmung des Bezirksvorstandes.
Mitgliedsbücher und Beitragsmarken werden vom Bezirkssekretariat geliefert.
Von den Eintrittsgeldern verbleiben 50 Prozent den Ortsvereinen, 50 Prozent müssen an den Bezirksverband abgeliefert werden. Von den Mitgliedsbeiträgen werden durch die

[9] SPD-BS

Ortsvereine 65 Prozent an den Bezirksverband abgeführt. Die Aufteilung der verbleibenden 35 Prozent zwischen Ortsverein und Kreisverbänden bleibt der Beschlußfassung durch die Kreiskonferenz überlassen.
Ortsvereine oder Kreisverbände, die sich in politischer oder organisatorischer Hinsicht als Schwerpunkte erweisen, müssen vom Bezirksvorstand besonders berücksichtigt werden.
Erhebung von Sonderbeiträgen sowie deren Aufteilung und Verwendung kann nur der Bezirksvorstand beschließen.

Partei- und Vertrauensämter

§ 6 Zu einem Vertrauensamt der Partei darf nur gewählt werden, wer nach § 3 mindestens 1 Jahr Mitglied der Partei ist. Ausnahmen können nur mit Zustimmung des Bezirksvorstandes zugelassen werden. Im übrigen gilt das Organisationsstatut der Gesamtpartei.

Gliederungen

Ortsvereine:

§ 7 Die unterste Gliederung des Bezirksverbandes bilden die Ortsvereine, in denen die Mitglieder einer Gemeinde oder einer Stadt zusammengeschlossen werden. Aus Zweckmäßigkeitsgründen können mehrere kleine Orte zu einem Ortsverein vereinigt werden. In größeren Ortsvereinen wird dieser noch in Sektionen unterteilt. Die Leitung des Ortsvereins hat der Ortsvereinsvorstand. Er wird für die Dauer eines Jahres auf der Jahreshauptversammlung von den Mitgliedern oder Delegierten gewählt. Diese Jahreshauptversammlung muß zu Beginn eines jeden Kalenderjahres stattfinden.

Der Ortsvorstand setzt sich zusammen aus:
dem Ortsvereinsvorsitzenden,
dem stellvertretenden Vorsitzenden,
dem Kassier,
dem Schriftführer,
der Frauenvertreterin,
dem Vertreter der Jungsozialisten,
einem Beisitzer für mehr als 50 Mitglieder,
ein weiterer Beisitzer für mehr als 300 Mitglieder,
ein weiterer Beisitzer für mehr als 1000 Mitglieder,
ein weiterer Beisitzer für mehr als 3000 Mitglieder,
denen besondere Aufgaben zugewiesen werden können.
Ist ein örtlicher Sekretär vorhanden, gehört er dem Vorstand an. Weiter gehören dem Vorstand an:
der Vorsitzende und dessen Stellvertreter der Stadtrat- bzw. Gemeinderatsfraktion.
Außerdem sind zwei Revisoren zu wählen.

Der Kreisverband:
Die Ortsvereine eines Kreises bilden den Kreisverband. Der Kreisvorstand wird für die Dauer eines Jahres auf einer ordentlichen Kreiskonferenz zu Beginn des Kalenderjahres gewählt. Die Anzahl der Delegierten für die Kreiskonferenz wird auf die Mitgliederzahl des Kreisverbandes aufgeschlüsselt. Auf jeden Fall muß jeder Ortsverein mindestens einen Delegierten entsenden.

Der Kreisvorstand besteht aus:
dem Kreisvorsitzenden,
seinem Stellvertreter,
dem Kassier,
dem Schriftführer,
der Frauenvertreterin,
dem Vertreter der Jungsozialisten,
dem Vertreter der Ausgewiesenen,

den Beisitzern,
für je 500 Mitglieder einen Beisitzer, bei je angefangenen 500 Mitgliedern einen weiteren Beisitzer,
bis zur Höchstzahl von vier Beisitzern.

Der Unterbezirk:
Die Kreisverbände können vom Bezirksvorstand zu Sekretariatsbezirken (Unterbezirk) zusammengefaßt werden. In diesem Falle ist ein Unterbezirksausschuß zu bilden, bestehend aus den Vorsitzenden der beteiligten Kreisverbände und dem Unterbezirkssekretär. Die Aufgaben dieses Ausschusses sind nur organisatorischer Art.

Der Bezirksverband:
Alle Gliederungen arbeiten im Rahmen der vom Bezirksvorstand gegebenen Richtlinien und sind dem Bezirksvorstand, der seine Vollmacht durch den Bezirksparteitag erhält, verantwortlich.
Dem Bezirksvorstand obliegt:
a) die Geschäftsführung des Bezirksverbandes,
b) die Betreuung der Ortsvereine und Kreisverbände,
c) die Vertretung der Partei nach innen und außen, mit dem Recht, jederzeit den politischen Forderungen entsprechend Erklärungen der Öffentlichkeit oder Dritten gegenüber abzugeben,
d) die Einberufung des Bezirksparteitages, die Vorbereitung seiner Tagesordnung, die Ausführung der Beschlüsse und der vom Bezirksparteitag überwiesenen Aufgaben,
e) die Errichtung und Einrichtung des Bezirkssekretariats und der Unterbezirkssekretariate. Einstellung und Besoldung aller nicht gewählten Angestellten,
f) die Durchführung von Wahlkämpfen und Werbeaktionen,
g) die Herausgabe von Publikationen- und Agitationsmaterial, Besetzung der politischen Redaktion der Parteipresse.

Der Bezirksvorstand wird vom Bezirksparteitag auf die Dauer von zwei Jahren gewählt und setzt sich zusammen aus:
dem ersten Vorsitzenden (der zugleich Mitglied des Landesausschusses ist) und
den zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
den beiden Bezirkssekretären,
den Beisitzern, und zwar für je volle 4000 Mitglieder einen Beisitzer, je Regierungsbezirk mindestens 4 Beisitzer, je einen Vertreter der Jungsozialisten und Frauen.
Es sind außerdem zwei Revisoren zur Kassenprüfung zu wählen, die nicht dem Bezirksvorstand angehören dürfen.

Der Bezirksausschuß:
Der Bezirksausschuß hat bei wichtigen politischen Fragen, deren eilige Erledigung die Einberufung eines außerordentlichen Bezirksparteitages nicht möglich macht, Entscheidungen herbeizuführen.
Der Bezirksausschuß setzt sich zusammen aus:
dem Bezirksvorstand,
den Vorsitzenden der Kreisverbände,
den Abgeordneten des Bezirkes, den Unterbezirkssekretären, sowie je einem Vertreter der gewählten Fachausschüsse.
Der Bezirksausschuß muß einmal jährlich einberufen werden. Er muß ferner einberufen werden, wenn ein Drittel der Kreisvorsitzenden dies verlangt.

Der Bezirksparteitag:
Der Bezirksparteitag ist oberstes beschließendes Organ des Bezirksverbandes. Er muß mindestens alle zwei Jahre zur Entgegennahme der Tätigkeitsberichte der Bezirksinstanzen einberufen werden. Er wählt den Bezirksvorstand.

Die Einladung mit Angabe der Tagesordnung ist mindestens 5 Wochen vor Stattfinden des Bezirksparteitages den Kreisverbänden zuzustellen und in der Parteipresse bekanntzugeben. Anträge sind spätestens 3 Wochen vor dem Parteitag dem Bezirksvorstand einzureichen und spätestens 1 Woche vor dem Parteitag den Delegierten bekanntzugeben.
Der Bezirksvorstand oder zwei Drittel des Bezirksausschusses können die Einberufung eines außerordentlichen Bezirksparteitages beschließen. In diesem Falle kann die Frist der Einberufung verkürzt werden.
Die Delegierten für den Bezirksparteitag werden auf Kreiskonferenzen auf Vorschlag der Ortsvereine gewählt und sind 14 Tage vor dem Bezirksparteitag dem Bezirksvorstand bekanntzugeben.
Es entfällt auf je volle 300 Mitglieder ein Delegierter. Auf jeden Kreisverband mindestens ein Delegierter.
Als Grundlage gelten die Abrechnungen der Beiträge der letzten sechs Monate vor Stattfinden des Bezirksparteitages.
Außer den Delegierten nehmen die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene stimmberechtigt an dem Bezirksparteitag teil.
Zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern und den Jungsozialisten sowie den Ausgewiesenen im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.
Die Delegationskosten trägt die delegierende Organisation.

Ausschluß und Wiederaufnahme

§ 8 Der Ausschluß aus der Partei oder die Wiederaufnahme regelt sich nach den §§ 27 bis 30 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei.

Abänderungen des Statuts

§ 9 Abänderungen des Statuts können nur durch Beschluß des Bezirksparteitages erfolgen.

Schlußbestimmungen

§ 10 Der Bezirk Südbayern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist ein Teil der Gesamtpartei, für den im übrigen das Statut der Gesamtpartei Gültigkeit hat.

München, den 4. Juni 1949

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirk Südbayern

a) Die Grundstruktur der bayerischen SPD-Bezirke 1950[10]

Bezirk	Einwohner 13. 9. 1950	Fläche qkm	Bevölkerungsdichte Einwohner pro qkm	Konfession der Bevölkerung ev. %	kath. %	Es beziehen ihr Einkommen aus: Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- u. Jagdwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei %	Industrie und Handwerk %	Handel, Dienstleistung und Verkehrswesen %	Öffentlich. Dienst u. Öffentl. Dienstleistungen im öffentlich. Interesse %	Selbständige und Berufslose (z. B. Rentner) %
Südbayern	3 709 477	26 227	141	15,2	82,6	18,3	33,7	19,7	10,1	18,2
Niederbayern-Oberpfalz	1 977 335	20 401	97	12,1	87,2	30,0	30,4	13,7	7,2	18,7
Franken	3 431 823	23 610	145	47,2	51,4	19,7	38,1	16,1	8,6	17,5
Zum Vergleich: Bundesrepublik (ohne Berlin)			194	51,1	45,2	14,9	38,7	18,4	9,7	18,3

[10] Nach: SPD-Jb. 1950/51, S. 172

b) Bayerische Sozialdemokraten in den SPD-Führungsstäben 1950[11]

	Gesamtzahl der Positionen	Davon durch bay. Sozial-dem. besetzt	Anteil der bay. SPD an der Gesamtzahl der Positionen
Parteivorstand:			
a) Vorsitzender und Stellvertreter	2	—	—
b) besoldete Mitglieder	4	—	—
c) Beisitzer	24	3	12,6 %
Gesamt-Vorstand:	30	3	10,0 %
Partei-Ausschuß:	34	5	14,7 %
Kontrollkommission:	8	1	12,5 %
Fachausschüsse:			
a) Verfassungspol. Ausschuß	12	—	—
b) Außenpolitischer Ausschuß	14	1	7,1 %
c) Kommunalpolitischer Ausschuß	15	—	—
d) Wirtschaftspol. Ausschuß	17	1	5,9 %
e) Flüchtlingsausschuß	11	3	27,3 %
f) Frauenausschuß	20	2	10,0 %
g) Organisationsausschuß	11	2	18,2 %
h) Sozialpolitischer Ausschuß	15	3	20,0 %
i) Agrarpolitischer Ausschuß	18	2	11,1 %
j) Kulturpolitischer Ausschuß	21	2	9,5 %
k) Ausschuß für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen	14	2	14,3 %
l) Zentraler Ausschuß d. Jungsoz.	8	1	13,0 %
m) Rechtspolitischer Ausschuß	19	1	5,3 %
n) Rundfunkpolitischer Ausschuß	16	1	6,2 %
Gesamt:	211	21	10,0 %

c) Quantitatives Verhältnis Gesamt-SPD — bayerische SPD[12]

	Gesamtzahl	Davon in Bayern	Proz. Anteil d. bay. SPD an Gesamtpart.
Mitglieder	683 896	100 386	14,7 %
Bezirke	21	3	14,3 %
Beitragseinnahmen der Bezirke	5 966 641,15	701 629,60	8,4 %

[11] Nach: SPD-Jb. 1950/51, S. 158 ff.

[12] Nach: SPD-Jb. 1950/51, SS. 170, 182.

d) Verflechtung des Führungspersonals der bayerischen SPD 1950[13]

Positionen		Knoeringen	Fischer	Baur	Kiene	Hofmann	Höhne	K. Strobel	Albrecht	Mücke	Marx	Wönner	Reitzner	Piehler	Zorn	Stock	Maag	Hoegner	Werner	Franke	Seidel	Schwund	
3	LV	x												x								2	66,6 %
20	LA	x	x	x	x	x	x	x		x	x			x	x	x	x	x	x			15	75 %
4	BV		x	x	x	x																4	100 %
53	LTF	x			x	x								x	x	x	x	x		x		9	17,0 %
3	PV	x	x						x													3	100 %
5	PA						x	x													x	3	60 %
21	PVA			x	x		x	x	x	x	x	x	x						x	x	x	12	57,1 %
—	KK																					—	— %
18	BF	x	x	x			x	x	x	x	x	x	x									10	55,5 %
127		5	4	4	4	3	4	4	3	3	3	2	2	3	2	2	2	2	2	2	2	58	45,7 %

Personalunionen pro Person

[13] Quellen: 1. spk. 49, 7. 6. 1949
2. spk. 64, 19. 8. 1949
3. LThdb. 1948
4. Die Volksvertretung, Handbuch des Deutschen Bundestages, hg. von Fritz Sänger, Stuttgart 1949.

e) Fluktuation und Konstanz des Führungspersonals der bayerischen SPD 1946—1950[14]

	Anzahl der Positionen	Anzahl der Personen
Im Landesvorstand:[15]	(3)	(10)
Landesvorsitzende	1	2
Stellvertreter	2	8
Im Landesausschuß:[15]	(10/13)	(28)
Landesvorstand	3	10
Bezirksvorsitzende[16]	4/5	10
Bezirkssekretär[16]	3/5	8
Landtagsfraktion[16]	53/63	83

[14] Hoegner, Außenseiter, passim.
spk, Nr. 2, 31. 8. 48; spk, Nr. 61, 28. 7. 49.
LThdb. 1948 und 1951.
Knoeringen, Hoegner, Höhne, Baur, Haas, Frau Laufer (I).

[15] Die Zahlen in Klammern geben nicht die Gesamtzahl der Positionen oder Personen im Landesvorstand bzw. Landesausschuß, sondern lediglich die Anzahl der von einflußreichen Persönlichkeiten der Partei besetzten Schlüsselstellungen an.

[16] Die Angabe über unterschiedliche Anzahlen von Bezirksvorsitzenden, -sekretären und Landtagsabgeordneten resultiert aus der Veränderung der Anzahl der Bezirke der bayerischen SPD 1949/50 und der unterschiedlichen Anzahl der Landtagsmandate der bayer. SPD 1946 und 1950.

f) Altersmäßige Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD 1949/1950[17]

	Positionen	bis 35 J.	%	bis 45 J.	%	bis 55 J.	%	bis 65 J.	%	über 65 J.	%
Landesvorstand	3			1	33,3	1	33,3	1	33,3		
Landesausschuß	20			2	10,0	13	65,0	5	25,0		
Bezirksvorsitzende	4					3	75,0	1	25,0		
Landtagsfraktions-vorstand	2			1	50,0			1	50,0		
Engeres Führungs-personal	29			4	13,8	17	58,6	8	27,6		
Landtagsfraktion	63	4	6,4	13	20,6	25	39,7	20	31,7	1	1,6
Bundestagsfraktion	18			4	22,2	10	55,6	3	16,7	1	5,5
Wirtschaftsrat	6			1	16,7	3	50,0	2	33,3		
Parlamentarischer Rat	4			1	25,0	1	25,0	2	50,0		
Weiteres Führungspersonal (z. T. m. engerem Führungspersonal in Personalunion)	91	4	4,4	19	20,9	39	42,9	27	29,7	2	2,1

[17] Nach: spk, Nr. 2, 31. 8. 48; spk, Nr. 61, 28. 7. 49; Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags 1951; Die Volksvertretung, hg. von F. Sänger, 1949.

g) Berufliche Gliederung des Führungspersonals der bayerischen SPD (1949/50)[18]

	Engerer Landesvorstand	Landesausschuß	Bezirksvorsitzende und Bezirkssekretäre	Fraktionsvorsitzender	
Arbeiter		3			3
Angestellte	2	9	2		13
Beamte		2	2		4
Selbständige		3		1	4
Selbständige Berufslose	1	3			4
	3	20	4	1	
	Engeres Führungspersonal				

Berufliche Gliederung

[18] Quellen: 1. spk Nr. 49, 7. 6. 49
2. Aufl. Landtagshandbuch 48
3. SZ, 11. Nov. 1947

h) Gliederung der Bundestagskandidaten und -abgeordneten 1949 sowie der Landtagskandidaten und -abgeordneten 1950 der bayerischen SPD nach Berufen, Verbandszugehörigkeit und KZ oder Gefängnishaft während des Dritten Reiches[19]

	Bundestagskandidaten 1949		Bundestagsabgeordnete 1949		Landtagskandidaten 1950		Landtagsabgeordnete 1950	
	Absolute Zahl	%	Absolute Zahl	%	Absolute Zahl	%	Absolute Zahl	%
Arbeiter	11	19,0	2	11,1	39	27,9	2	3,2
Landwirte	1	1,7	—	0,0	3	2,1	—	0,0
Hausfrauen	8	13,8	1	5,55	8	5,7	1	1,6
Handwerker	3	5,2	1	5,55	19	13,6	3	4,8
Angestellte	16	27,6	7	38,9	34	24,3	30	47,6
Beamte	14	24,1	5	27,8	23	16,4	21	33,3
Selbständige	5	8,6	2	11,1	14	10,0	6	9,5
Insgesamt:	58	100,0	18	100,0	140	100,0	63	100,0
Davon:								
Flüchtl. u. Vertriebene	10	17,2	2	11,1	27	19,3	9	14,3
Mitgl. d. Gewerkschaften	keine Angaben!		9	50,0	101	72,1	51	81,0
KZ oder Gefängnishaft während NS-Zeit	keine Angaben!		7	38,9	65	46,4	41	65,1
Konfession kath.					65	57,1	29	46,0
ev.			keine Angaben!		22	19,3	17	27,0
freirelig.					27[20]	23,6[21]	17	27,0

[19] Nach: spk, Nr. 61, 28. 7. 49; spk, Nr. 175/176, 26. 10. 50; spk, Nr. 188, 30. 11. 50; Die Volksvertretung, Handbuch des Deutschen Bundestages, hg. von Fritz Sänger, Stuttgart 1949; LThdb. 1950.

[20] Angaben sind unvollständig.

[21] Berechnet im Verhältnis zu der Gesamtzahl der vorliegenden Angaben.

i) Vergleich der altersmäßigen Gliederung der sozialdemokratischen Fraktion im Bayerischen Landtag 1946 und 1950 (J = Jahre) [22]

		bis 35 J.	bis 45 J.	bis 55 J.	bis 65 J.	über 65 J.	Gesamt:
Landtags-fraktion 1946	An-zahl	2	15	20	14	2	53
	%	3,7	27,8	37,0	26,4	3,7	100,0
Landtags-fraktion 1950	An-zahl	4	13	25	20	1	63
	%	6,4	20,6	39,7	31,7	1,6	100,0

j) Vergleich der beruflichen Gliederung der SPD-Mitglieder mit der beruflichen Gliederung der Bevölkerung in Nürnberg-Stadt und -Land 1946/1948[23]

	Mitglieder 1948	%	Bevölkerung 1946	%
Arbeiter	5 242	55,6	117 268	39,1
Angestellte	1 393	14,6	79 067	26,4
Beamte	369	3,8	7 801	2,6
Selbständige (auch Landwirte)	495	5,2	27 608	9,2
Selbst. Berufslose (z. B. Hausfrauen, Rentner)	1 969	20,8	67 989	22,7
Gesamt	9 468	100,0	299 733	100,0
Davon Frauen	1 627[24]	17,2	62 588	20,9
Davon Hausfrauen	1 141	10,4	13 223	4,4

k) Mitgliederbewegung in den bayerischen SPD-Bezirken 1946—1950[25]

		1946	1947	1948	1949	1950
Oberbayern	Südbayern	18 130	24 809	39 708	35 588	36 438
Schwaben	Südbayern	8 421	16 425			
Ober- u. Mittelfranken	Franken	9 615	11 620	58 524	53 645	51 680
Unterfranken	Franken	42 906	50 533			
Niederbayern/Oberpfalz		15 560	20 480	17 247	13 795	12 268
Bayern insgesamt		94 632	123 867	115 479	103 028	100 386

[22] Quellen: 1. Amtl. Handbuch des Bayer. Landtags 1948.
2. Amtl. Handbuch des Bayer. Landtags 1951, S. 62 ff.
3. Bayern in Zahlen 1947, S. 123.
4. Beiträge zur Statistik Bayerns, H. 163, S. 7.

[23] SPD-Kreisverband Nürnberg-Stadt und -Land, Jahresbericht 1949, S. 13; Beitr. z. Stat. Bayerns, H. 146, S. 121 f.

[24] Ohne „Freie Berufe". Hier differenziert der Jahresbericht nicht zwischen männlich und weiblich!

[25] Nach: SPD-Jbb. 1946, S. 23; 1947, S. 39; 1948/49, S. 61; 1950/51, S. 170

l) Anzahl der Ortsvereine in den bayerischen SPD-Bezirken 1946—1950[26]

		Zahl der selbst. Gemeinden		1946 Ortsvereine	1946 % zur Zahl der selbst. Gemeinden	1947 Ortsvereine	1947 % zur Zahl der selbst. Gemeinden	1948 Ortsvereine	1948 % zur Zahl der selbst. Gemeinden	1949 Ortsvereine	1949 % zur Zahl der selbst. Gemeinden	1950 Ortsvereine	1950 % zur Zahl der selbst. Gemeinden
Oberbayern	Südbayern	1 138	2 157	418	36,7	329	28,8						
Schwaben		1 019		52	5,1	171	16,7	578	26,8	728	23,7	662	21,5
Ober- und Mittelfr.	Franken	2 084	3 077	477	22,9	571	27,3						
Unterfranken		993		260	26,2	281	28,2	840	27,3	624	24,2	597	27,7
Niederb./Oberpf.		1 278	1 278	348	27,2	365	28,5	394	30,8	373	29,2	348	27,2

[26] Nach: SPD-Jbb. 1947, S. 38; 1948/49, S. 62; 1950/51, S. 171

m) Das Verhältnis der Mitgliederzahl der bayerischen SPD-Bezirke[27] zur Einwohnerzahl 1946 und 1950[28]

Durchschnittliches prozentuales Verhältnis der Mitgliederzahl aller SPD-Bezirke zu der Einwohnerzahl in der Bundesrepublik (ohne Berlin) 1950: 1,35 %

	1946			1950		
	Einwohner	SPD-Mitgl.	Verhältnis Einw./SPD-Mitgl. in %	Einwohner	SPD-Mitgl.	Verhältnis Einw./SPD-Mitgl. in %
Südbayern	3 546 001	26 551	0,75	3 968 312	36 438	0,97
Niederbayern/ Oberpfalz	1 972 972	15 560	0,89	1 977 956	12 268	0,62
Franken	3 270 677	52 521	1,61	3 438 198	51 680	1,50
Bayern gesamt:	8 789 650	94 632	1,08	9 184 466	100 386	1,09

[27] Es werden die seit 1948/49 existierenden 3 Bezirke Südbayern, Niederbayern/Oberpfalz und Franken zugrundegelegt!

[28] Quellen: a) Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 145, Teil 1, S. 38.
b) Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, Heft 1, S. 18.
c) SPD-Jb. 1946, S. 23.
d) SPD-Jb. 1950/51, S. 170.

n) Zeitraum der Zugehörigkeit sozialdemokratischer Mitglieder zur Partei in einem Kreisverband (Würzburg-Stadt) am 31. 12. 46[29]

Ersteintritt:	Jahr	Anzahl der Beitritte		
	1946	167	1945/46 :	329
	1945	162		
	1933	1	1895—1933 :	308
	1930—32	7		
	1925—29	44		
	1920—24	24		
	1915—19	10		
	1910—14	23		
	1905—09	21		
	1900—04	12		
	1895—99	6		

[29] Quelle: Archiv des SPD-Unterbezirks Würzburg „Mitglieder 1946 und Frauenbüro".

a) Zentrum und SPD in den bayerischen Landtagswahlen 1881—1912[30] *(in %)*

	abgegebene gültige Stimmen	Zentrum	SPD
1881	33	58,3	0,005
1887	23	54,0	2,1
1893	31	47,0	3,7
1899	39	48,2	15,3
1905	52	52,7	18,0
1907	73	44,3	17,7
1912	82	40,9	19,5

b) BVP und SPD in den bayerischen Landtagswahlen 1919—1933[31] *(in %)*

Wahl vom	BVP	SPD
12. 1. 1919[32]	35,0	33,0
6. 6. 1920	39,4	16,4
6. 4. 1924[33]	32,9	17,3
20. 5. 1928	31,6	24,2
24. 4. 1932	32,6	15,4

[30] Nach: Bayerns Entwicklung nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik seit 1840, hg. v. Königlichen Statistischen Landesamt, München 1915, S. 133 f. — Bis 1905 indirekte Wahlen (Wahlmänner).
[31] Nach: Ernst Deuerlein, Kleine Geschichte Bayerns, Nürnberg 1949, S. 245.
[32] Mit den Wahlergebnissen in der Pfalz vom 2. Februar 1919.
[33] Mit den Wahlergebnissen in der Pfalz vom 4. Mai 1924.

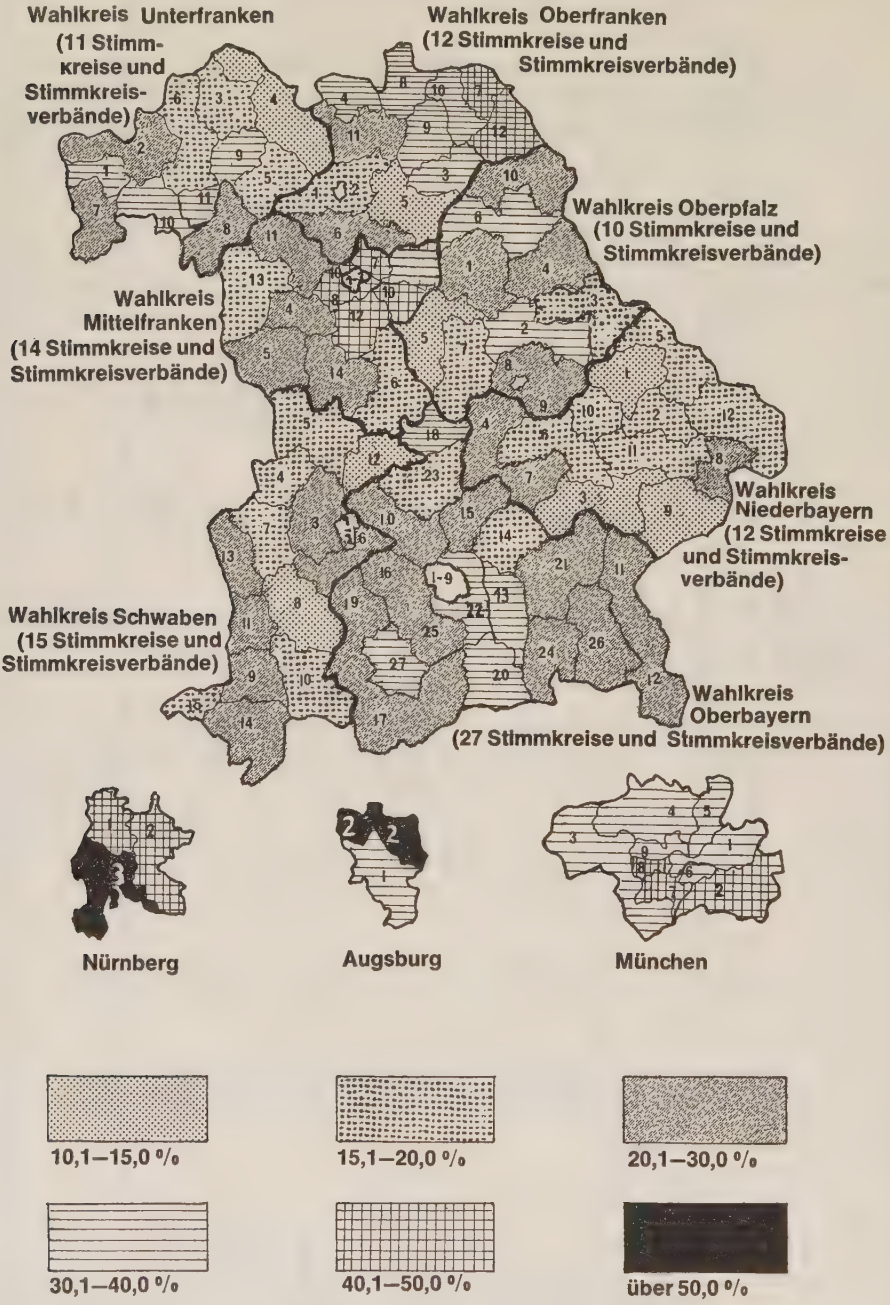
c) SPD und CSU in den bayerischen Wahlen 1946–1950 (in %)[34]

		Gemeinderatswahl 27. Jan. 46	Kreistagswahl 28. 4. 1946	Stadtratswahl 26. Mai 46	Wahl zur Verfassunggebenden Landesvers. 30. 6. 1946	Landtagswahl 1. 12. 1946	Gemeinderatswahl 25. 4. 1948	Kreistagswahl 25. 4. 1948	Stadtratswahl 30. 5. 1948	Bundestagswahl 14. 8. 1949	Landtagswahl 26. 11. 1950
Wahlbeteiligung (gesamt		86,9	73,1	86,8	72,1	75,7	87,3	87,5	78,1	81,1	79,9
Oberbayern	SPD	8,7	24,2	37,7	29,8	28,7	10,0	20,7	27,3	22,0	29,8
	CSU	59,5	60,6	45,9	54,8	48,2	23,4	36,1	19,1	23,0	22,1
Schwaben	SPD	3,2	16,3	33,0	21,5	23,0	6,3	15,4	25,3	20,0	23,9
	CSU	18,4	76,7	52,5	66,0	59,6	15,8	47,6	28,1	36,5	30,9
Niederbayern	SPD	7,5	19,6	30,7		25,5	9,5	18,5	17,9	14,2	17,9
	CSU	61,7	69,5	59,3	SPD 24,9	60,9	37,5	46,7	24,8	26,8	29,8
Oberpfalz	SPD	7,5	20,8	29,0	CSU 67,7	26,3	11,2	25,3	22,5	23,3	25,5
	CSU	42,3	74,3	64,3		62,7	32,2	54,6	33,6	35,2	33,9
Oberfranken	SPD	16,3	33,5	38,1		36,5	14,0	28,6	30,4	29,3	32,1
	CSU	20,0	53,6	42,7	SPD 37,1	42,9	12,9	38,8	18,6	23,2	19,8
Mittelfranken	SPD	8,7	23,2	46,2	CSU 46,2	33,9	10,8	24,4	38,2	30,1	36,4
	CSU	14,5	61,3	34,5		38,7	10,7	42,7	13,6	24,0	24,0
Unterfranken	SPD	7,9	19,4	30,8	21,7	23,7	8,7	20,8	29,6	20,1	26,5
	CSU	41,4	75,1	43,6	69,2	64,5	25,8	52,3	32,2	44,9	39,6
Bayern gesamt:	SPD	8,7	22,9	38,0	28,8	28,6	10,0	21,4	29,8	22,8	28,0[35]
	CSU	36,8	67,9	45,1	58,3	52,3	22,5	44,2	20,4	29,2	27,4

[34] Nach: Beitr. z. Stat. Bayerns, H. 147, SS. 4, 22/23, 34 ff, 43 f, 46/47; Heft 163, SS. 9 ff, 78/79; Mitteil. d. Bayer. Stat. Landesamtes, Nr. 13, Sept. 1946, S. 8 f; Bayern in Zahlen 1947, S. 119 ff; Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 10, S. 14; Stat. Jb. f. Bayern 1947, hg.v. Bayer. Stat. Landesamt, München 1948, S. 316 ff.

[35] Auf Grund der Bestimmungen der Artikel 48, Abs. II u. IV, und 50 des Landeswahlgesetzes erhielt die CSU 64, die SPD 63 Sitze.

d) Stimmenanteile der SPD an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen bei der Landtagswahl am 26. November 1950[36]



[36] Nach: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, Seite 13.

Wahlkreis Oberbayern
(27 Stimmkreise und Stimmkreisverbände)
Stimmkreise 1—9: München-Stadt
Stimmkreis 10: Aichach
Stimmkreis 11: Altötting
Stimmkreis 12: Berchtesgaden
Stimmkreis 13: Ebersberg
Stimmkreis 14: Erding
Stimmkreis 15: Freising
Stimmkreis 16: Fürstenfeldbruck
Stimmkreis 17: Garmisch-Partenkirchen
Stimmkreis 18: Ingolstadt
Stimmkreis 19: Landsberg
Stimmkreis 20: Miesbach
Stimmkreis 21: Mühldorf
Stimmkreis 22: München-Land
Stimmkreis 23: Pfaffenhofen a. d. Ilm
Stimmkreis 24: Rosenheim
Stimmkreis 25: Starnberg
Stimmkreis 26: Traunstein
Stimmkreis 27: Weilheim

Wahlkreis Schwaben
(15 Stimmkreise und Stimmkreisverbände)
Stimmkreise 1—2: Augsburg-Stadt
Stimmkreis 3: Augsburg-Land
Stimmkreis 4: Dillingen
Stimmkreis 5: Donauwörth
Stimmkreis 6: Friedberg
Stimmkreis 7: Günzburg
Stimmkreis 8: Kaufbeuren
Stimmkreis 9: Kempten
Stimmkreis 10: Markt Oberdorf
Stimmkreis 11: Memmingen
Stimmkreis 12: Neuburg a. d. D.
Stimmkreis 13: Neu-Ulm
Stimmkreis 14: Sonthofen
Stimmkreis 15: Lindau

Wahlkreis Niederbayern
(12 Stimmkreise und Stimmkreisverbände)
Stimmkreis 1: Bogen
Stimmkreis 2: Deggendorf
Stimmkreis 3: Eggenfelden
Stimmkreis 4: Kelheim
Stimmkreis 5: Kötzting
Stimmkreis 6: Mallersdorf
Stimmkreis 7: Landshut
Stimmkreis 8: Passau
Stimmkreis 9: Pfarrkirchen
Stimmkreis 10: Straubing
Stimmkreis 11: Vilshofen
Stimmkreis 12: Wegscheid

Wahlkreis Oberpfalz
(10 Stimmkreise und Stimmkreisverbände)
Stimmkreis 1: Amberg
Stimmkreis 2: Burglengenfeld
Stimmkreis 3: Cham
Stimmkreis 4: Nabburg
Stimmkreis 5: Neustadt i. d. O.
Stimmkreis 6: Neustadt a. d. W.
Stimmkreis 7: Parsberg
Stimmkreis 8: Regensburg-Stadt
Stimmkreis 9: Regensburg-Land
Stimmkreis 10: Tirschenreuth

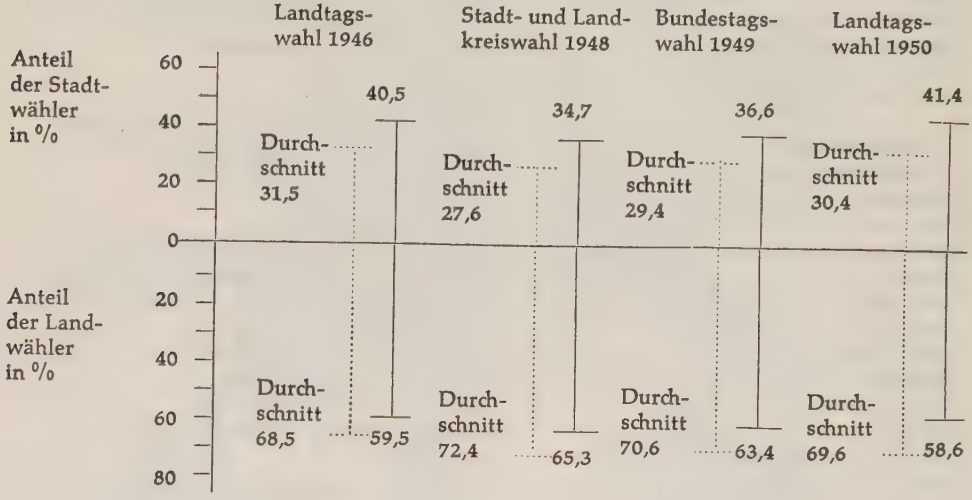
Wahlkreis Oberfranken
(12 Stimmkreise und Stimmkreisverbände)
Stimmkreis 1: Bamberg-Stadt
Stimmkreis 2: Bamberg-Land
Stimmkreis 3: Bayreuth
Stimmkreis 4: Coburg
Stimmkreis 5: Ebermannstadt
Stimmkreis 6: Forchheim
Stimmkreis 7: Hof
Stimmkreis 8: Kronach
Stimmkreis 9: Kulmbach
Stimmkreis 10: Münchberg
Stimmkreis 11: Staffelstein
Stimmkreis 12: Wunsiedel

Wahlkreis Mittelfranken
(14 Stimmkreise und Stimmkreisverbände)
Stimmkreise 1—3: Nürnberg-Stadt
Stimmkreis 4: Ansbach
Stimmkreis 5: Dinkelsbühl
Stimmkreis 6: Eichstätt
Stimmkreis 7: Erlangen
Stimmkreis 8: Fürth-Stadt
Stimmkreis 9: Lauf (Pegnitz)
Stimmkreis 10: Nürnberg-Land u. Fürth-Land
Stimmkreis 11: Scheinfeld

Stimmkreis 12: Schwabach
Stimmkreis 13: Uffenheim
Stimmkreis 14: Weißenburg i. B.

Wahlkreis Unterfranken
(11 Stimmkreise und Stimmkreisverbände)
Stimmkreis 1: Aschaffenburg
Stimmkreis 2: Alzenau
Stimmkreis 3: Bad Kissingen
Stimmkreis 4: Ebern
Stimmkreis 5: Gerolzhofen
Stimmkreis 6: Hammelburg
Stimmkreis 7: Miltenberg
Stimmkreis 8: Ochsenfurt
Stimmkreis 9: Schweinfurt
Stimmkreis 10: Würzburg-Stadt
Stimmkreis 11: Würzburg-Land

e) Stadt- und Landwähler der bayerischen SPD 1946–1950 (Durchschnitt = Durchschnitt aller Parteien)[37]



[37] Nach: Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 163, S. 27.

6. FINANZEN

a) Beitragseinnahmen in den bayerischen SPD-Bezirken 1947—1950[38]

	1947 RM	1948 (1. 1.—30. 6.) RM	1948 (1. 7.—31. 12.) DM	1949 DM	1950 DM
Oberbay. / Schwab. (Südbayern)	246 575,25 / 128 964,60	114 671,50 / 74 852,15	95 311,75 / 44 359,00	240 505,50	235 219,00
Niederbay./ Oberpfalz	204 174,00	106 572,00	56 975,50	92 444,50	81 420,00
Ober- u. Mittelfranken / Unterfranken (Franken)	525 395,50 / 103 650,00	269 865,00 / 66 135,50	185 319,70 / 36 148,70	415 284,30	384 990,60
Zum Vergleich: Westzonen bzw. Bundesrepublik (mit Berlin)	411 738,01	235 478,39	157 299,54	314 919,00	284 125,77

b) Beitragsleistungen in den bayerischen SPD-Bezirken im Verhältnis zu den zu entrichtenden Mindestsätzen der Mitglieder (= 100)[39]

	1947	1948[40]	1949	1950
Oberbayern / Schwaben (Südbayern)	98,94 / 79,44	71,9	69,9	81,6
Niederbayern/Oberpfalz	94,87	83,2	85,5	84,6
Ober- und Mittelfranken / Unterfranken (Franken)	89,14 / 69,15	70,4	84,9	98,9
Zum Vergleich: Westzonen bzw. Bundesrepublik (mit Berlin)	93,05	78,7	83,2	87,7

[38] Nach: SPD-Jbb. 1947, S. 45; 1948/49, S. 69 f.; 1950/51, S. 182.
[39] Nach: SPD-Jbb. 1947, S. 51; 1948/49, S. 72; 1950/51, S. 180.
[40] Berechnet aus Durchschnitt von drittem und viertem Quartal.

c) Beitragsmarkenverkauf in den bayerischen SPD-Bezirken 1947—1950[41]

Bezirke	1947		1948		1949		1950	
	Marken bis RM 1,— %	Marken über RM 1,— %	Marken bis RM 1,— %	Marken über RM 1,— %	Marken bis DM 1,— %	Marken über DM 1,— %	Marken bis DM 1,— %	Marken über DM 1,— %
Oberbayern } Süd-	100	—	99,4	0,6	98,9	1,1	98,7	1,3
Schwaben } bayern	98,41	1,59						
Niederbayern Oberpfalz	94,21	5,79	95,6	4,4	97,8	2,2	98,1	1,9
Ober- und Mittelfranken } Fran-	92,57	7,43	94,9	5,1	96,5	3,5	97,0	3,0
Unterfranken } ken	97,40	2,60						
Zum Vergleich: Westzonen bzw. Bundesrepublik (mit Berlin):	93,68	6,32	93,9	6,1	95,2	4,8	95,4	4,6

[41] Nach: SPD-Jbb. 1947, S. 47 ff; 48/49, S. 75 f.; 50/51, S. 184

7. SONSTIGES

a) Liste der Bürger für die SPD im Stadt- und Landkreis Augsburg, eingereicht an die amerikanische Militärregierung am 2. November 1945[42]

Liste für die Bürgen der Sozialdemokratischen Partei
Stadt-und Landkreis Augsburg

An die Militärregierung eingereicht am 2.11.1945

Partei genehmigt am 1.Oktober 1945.

1. August Ulrich, Göggingen, v.d.Ostenstr.12
2. Karl Wernthaler, Augsburg, Mendelsohnstr.2
3. Hans Kramer, Augsburg, Mittl.Osterfeldstr.11
4. Valentin Bauer, Augsburg, Sieglindenstr.8
5. Willy Sälzenfuss, Augsburg, Fichtelbachstr.6
6. Karl Krötz, Augsburg, Stuibenstr.7
7. Josef Schmid, Augsburg, Helmschmidstr.6
8. Friedrich Schmelzle, Augsburg, Brückenstr.6
9. August Stiftner, Augsburg, Emilienstr.21
10. Stefan Kiss, Augsburg, Dietrichstr.12
11. Fritz Eichleiter, Augsburg, Dietrichstr.12
12. Friedrich Erhard, Augsburg, Möchstetterstr.12
13. Ludwig Moosmann, Augsburg, Elise Holl Platz 2.
14. Karl Kauersbek, Augsburg, Metzstr.24
15. Hans Hundsmann, Augsburg, Bauernfeindstr.34
16. Xaver Gross, Göggingen, v.d.Ostenstr.12
17. Xaver Winkelmann, Augsburg, Pfladergasse 20
18. Josef Schmid, Augsburg, Lange Gasse 20
19. Karl Danner, Augsburg, Mummelstr.31
20. Ludwig Wörner, Augsburg, Eisenerter 2
21. Josef Baur, Augsburg, Alfonsstr.7
22. Gustav Weise, Augsburg, Stralsunderstr.9
23. Josef Stettberger, Göggingen, v.d.Ostenstr.12
24. Thusnelda Ulrich, Göggingen, v.d.Ostenstr.12
25. Konrad Baumeier, Göggingen, Hindenburgstr.38

[42] SPD-A

b) Lizenzierungsurkunde der SPD im Stadt- und Landkreis Augsburg, ausgestellt durch die amerikanische Militärregierung SK/LK Augsburg am 3. Januar 1946[43]

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT
FOR SK & LK AUGSBURG
DETACHMENT F-214
APO 403

3 Jan 1946

To whom it may concern:

This is to certify that the Social Democratic Party was given permission to be constituted as a political party in SK/LK Augsburg on 2 Oct 1945. The fragebogens of 25 sponsors were submitted and these sponsors were vetted (überprift) by Special Branch and found to be politically clear.

Certified by: Robert Glass
ROBERT GLASS
Capt. CAC
MG SK/LK Augsburg

Allied Expeditionary Force
No. 18
AUGSBURG
Military Government

[43] SPD-A

c) Beschluß des Landesausschusses der bayerischen SPD am 14. September 1947 über die Aufhebung der Koalition mit der CSU[44]

1. Die Entscheidung der CDU und CSU in Frankfurt, die sozialistenfeindlichen Wendungen in der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard in Eichstätt und die Gesamthaltung der CSU im Landtag und in vielen Stadt- und Landkreisen haben das Vertrauen der SPD in die Koalitionstreue der CSU erschüttert. Der Landesausschuß der SPD erklärt, daß er zu Reden und Versprechungen der CSU kein Vertrauen mehr hat. Die SPD betrachtet sich deshalb an die Koalitionsvereinbarungen vom 28. Januar 1947 nicht mehr gebunden.

2. Der Landesausschuß fordert die sozialdemokratischen Minister und Staatssekretäre auf, aus der Regierung auszuscheiden.

3. Er beauftragt die Landtagsfraktion und den Vorstand, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um durch Neuwahlen zum Landtag eine Klärung der politischen Verhältnisse herbeizuführen.

d) Sozialdemokraten unter den Verlegern, Chefredakteuren und Redakteuren der Gemeinschaftszeitungen in Bayern 1946/47[45]

Süddeutsche Zeitung, München	1 Lizenzträger/Chefredakteur 1 Wirtschaftsredakteur
Münchener Mittag, München	1 Lizenzträger (Stellv.) 1 Redakteur
Schwäbische Landeszeitung, Augsburg	1 Lizenzträger/Chefredakteur 1 Lokalredakteur 1 Sport-Redakteur
Der Allgäuer, Kempten	1 Lizenzträger (Chefredakteur)
Hochlandbote, Garmisch	1 Lizenzträger (Chefredakteur) 1 stellvertr. Chefredakteur 1 Lokalredakteur
Oberbayerisches Volksblatt, Rosenheim	2 Lizenzträger (Verlag und Redaktion)
Südost-Kurier, Bad Reichenhall	1 Lizenzträger (Chefredakteur) 1 Redakteur
Isarpost, Landshut	1 Lizenzträger (Verleger)

[44] SPD-LV 1947; Hoegner, Außenseiter, S. 297.

[45] Nach: Arbeitsbericht der Abteilung Presse und Propaganda für das Berichtsjahr 1946/47, München, 24. 3. 1947, S. 5 f. (SPD-A); 60 Jahre Sozialdemokratische Partei in Stadt und Kreis Kaufbeuren, Festschrift, hg. v. d. Sozialdemokratischen Partei des Kreises Kaufbeuren. o. J. (1947), rückwärtige Umschlagseite.

Mittelbayerische Zeitung, Regensburg	1 Lizenzträger (Verleger) 1 Chefredakteur 1 Wirtschaftsredakteur
Der neue Tag, Weiden	1 Lizenzträger (Chefredakteur)
Fränkische Presse, Bayreuth	1 Lizenzträger (Verleger) 1 Lizenzträger (Chefredakteur) 3 Redakteure
Fränkischer Tag, Bamberg	1 Lizenzträger (Verlag und Redaktion)
Main-Echo,Aschaffenburg	1 Lizenzträger (Chefredakteur)
Frankenpost, Hof	1 Lizenzträger (Verleger)
Volkswille, Schweinfurt	1 Lizenzträger (Verleger) 1 Chefredakteur
Nürnberger Nachrichten, Nürnberg	1 Chefredakteur, 1 Lokalredakteur
Neue Presse, Coburg	1 Lizenzträger (SPD nahestehend)
Passauer Neue Presse, Passau	1 Redakteur
Niederbayerische Zeitung, Straubing	1 Lizenzträger (Verleger)
(Main-Post, Würzburg	ohne SPD)
(Donau-Kurier, Ingolstadt	ohne SPD)
(Fränkische Landeszeitung, Ansbach	ohne SPD).

e) Die Zusammensetzung der Spruchkammern in Bayern nach Parteizugehörigkeit 1946/1947[46]

Partei	Vorsitzender	Öffentl. Kläger	Zusammen	%	Beisitzer	%	Stimmanteil LTwahl 1946 in %
KPD							
1946	24	47	71	10	867	28	6,1
1947	26	32	58	6	554	16	
SPD							
1946	101	116	217	31	1026	32	28,6
1947	147	158	305	33	1255	38	
CSU							
1946	123	77	200	29	981	32	52,3
1947	96	60	156	17	1126	33	
FDP							
1946	7	9	16	2	120	4	5,6
1947	17	8	25	3	165	5	
WAV							
1946	1	1	2	—	18	—	7,4
1947	11	7	18	2	55	2	
Splitterparteien							
1946	1	2	3	—	65	2	—
1947	3	1	4	—	12	—	
Parteilose							
1946	99	94	193	28	49	2	—
1947	222	117	339	37	215	6	
Zusammen							
1946	356	346	702	100	3126	100	100,0
1947	522	383	905	100	3382	100	

[46] Nach einer nicht registrierten Aufstellung in den Entnazifizierungsakten des Württemberg-Badischen Staatsarchivs, Eingangsvermerk vom 19. 11. 46 und Otto Gritschneder, Sackgasse Säuberung, Eine kritische Denkschrift zum 2. Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, München 1947, S. 51 (als privates Manuskript vervielfältigt), beide zitiert bei Fürstenau, S. 198.
Vgl. demgegenüber die Angaben in NN, 1. Juni 1946:

CSU:	Vorsitzende	33 %
	Ankläger	19 %
	Beisitzer	16 %
SPD:	Vorsitzende	20 %
	Ankläger	25 %
	Beisitzer	16 %
KPD:	Vorsitzende	5 %
	Ankläger	22 %
	Beisitzer	17 %

Der Rest wurde vor allem durch Parteilose und Mitglieder von Splitterparteien gebildet.

f) Artikel 135 der bayerischen Verfassung und die Änderungsanträge von FDP, SPD und CSU sowie der drei Parteien gemeinsam während des bayerischen Schulkonflikts 1966—1968

I) Artikel 135 der Bayerischen Verfassung vom 2. Dezember 1946

(1) Die öffentlichen Volksschulen sind Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschulen. Die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten frei. Gemeinschaftsschulen sind jedoch nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten.

(2) An den Bekenntnisschulen werden nur solche Lehrer verwendet, die geeignet und bereit sind, die Schüler nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen.

II) Antrag der FDP auf Änderung des Artikels 135 (Volksbegehren vom 2.—30. Januar 1967)[47]

(1) Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Gemeinschaftsschulen oder Bekenntnisschulen. Die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten frei.

(2) An den Bekenntnisschulen werden nur solche Lehrer verwendet, die geeignet und bereit sind, die Schüler nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen.

III) Gesetzesantrag der SPD auf Änderung des Artikels 135 im Bayerischen Landtag am 17. April 1967; gleichzeitig Antrag von Volksbegehren (3.—30. Oktober 1967) und Volksentscheid (7. Juli 1968)[48]

Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Gemeinschaftsschulen. Öffentliche Bekenntnisschulen und Weltanschauungsschulen sind auf Antrag von Erziehungsberechtigten zu errichten, wenn ein geordneter Schulbetrieb ermöglicht ist.

IV) Antrag der CSU auf Änderung des Artikels 135 durch Volksbegehren (16. Oktober—13. November 1967) und Volksentscheid (7. Juli 1968)[49]

(1) Die öffentlichen Volksschulen (Grund- und Hauptschulen) sind christliche Schulen.

(2) In Klassen mit Schülern verschiedener Bekenntnisse wird nach den gemeinsamen Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen; in solchen mit Schülern eines Bekenntnisses richtet sich die Erziehung nach den Grundsätzen dieses Bekenntnisses.

(3) Wo die Schulgliederung es gestattet, sind Klassen für Schüler eines Bekenntnisses einzurichten, wenn deren Erziehungsberechtigte zustimmen.

(4) Der Besuch privater Volksschulen ist an keine anderen Bedingungen oder Kosten gebunden als der öffentlichen Schulen.

V) Antrag auf Änderung des Artikels 135 im Schlußprotokoll der Verhandlungen zwischen CSU, SPD und FDP (6. Februar 1968); gleichzeitig Antrag im Volksentscheid (7. Juli 1968)[50]

Die öffentlichen Volksschulen sind gemeinsame Schulen für alle volksschulpflichtigen Kinder. In ihnen werden die Schüler nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen. Das Nähere bestimmt das Volksschulgesetz.

Anmerkung: Die Parteien gehen davon aus, daß die Formulierung des Artikels 135 der Verfassung die Bildung bekenntniseinheitlicher Klassen unter den im Volksschulgesetz angegebenen Voraussetzungen nicht behindert.

[47] Die Bayerische Schule, 21. Jg., Heft 19, 5. 7. 68, S. 317.
[48] Ebenda, S. 318.
[49] Ebenda, S. 320.
[50] Die Bayerische Schule, 21. Jg., Heft 20, 15. 7. 68, S. 338 f.

8. DIE BAYERISCHEN KABINETTE 1945—1950[51]

Kabinett Schäffer 28. Mai bis 28. September 1945

Ministerpräsident (zugleich Finanzminister):	Schäffer, Fritz, Staatsrat
Inneres:	Fischer, Karl August, Ministerialdirektor 7. Juni bis 1. September 1945
Justiz:	Dr. Ehard, Hans, Senatspräsident
Kultus:	Dr. Hipp, Staatsminister 16. Juni bis 29. September 1945
Wirtschaft:	Dr. Lange, Staatsminister 6. Juni bis 20. September 1945
Landwirtschaft:	Rattenhuber, Staatsrat
Bahn:	Dr. Rosenhaupt, Reichsbahnpräsident
Post:	Dr. Geiger, Hugo, Ministerialrat, seit 17. Juli 1945 Präsident der Reichspostdirektion München

Kabinett Hoegner 3. Oktober 1945 bis 16. Dezember 1946

Ministerpräsident (zugleich Justizminister):	Dr. Hoegner, Wilhelm (SPD)
Arbeitsminister (zugleich stellv. Ministerpräsident):	Roßhaupter, Albert (SPD)
Innenminister:	Seifried, Josef (SPD)
Kultusminister:	Dr. Fendt, Franz (SPD)
Finanzminister:	Dr. Terhalle, Fritz (parteilos)
Wirtschaftsminister:	Dr. Erhard, Ludwig (parteilos)
Landwirtschaftsminister:	Dr. Baumgartner, Josef (CSU)
Verkehrsminister:	Helmerich, Michael (CSU) seit 9. Februar 1946
Sonderminister:	Schmitt, Heinrich (KPD) bis 1. Juli 1946 ab 3. Juli 1946 Dr. Pfeiffer, Anton, Staatsrat (CSU).

Staatssekretäre

Bayerische Staatskanzlei:	Dr. Pfeiffer, Anton (CSU) bis 3. Juli 1946, dann bis 10. Januar 1947 Dr. Kraus, Hans, Min.-Dir. (CSU)
Innenministerium:	Ficker, Ludwig (KPD)
Justizministerium:	Dr. Ehard, Hans (CSU)
Kultusministerium:	Dr. Meinzolt, Hans (CSU)
Finanzministerium:	Dr. Müller, Hans (CSU)
Wirtschaftsministerium:	Fischer, Georg (KPD) vom 17. Januar bis 8. Juni 1946
Landwirtschaftsministerium:	Thunig, Ewald (KPD) bis 3. März 1946, dann Dr. Niklas, Staatsrat
Arbeitsministerium:	Krehle, Heinrich (CSU)
Verkehrsministerium:	Waldhäuser, Josef (SPD)

[51] Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1951, S. 7 ff.

Staatsminister

Ministerpräsident:	Dr. Ehard, Hans (CSU)
Justizminister (zugleich stellv. Ministerpräsident):	Dr. Hoegner, Wilhelm (SPD)
Innenminister:	Seifried, Josef (SPD)
Kultusminister:	Dr. Dr. Hundhammer, Alois (CSU)
Finanzminister:	Dr. Kraus, Hans (CSU) seit 10. Januar 1947
Wirtschaftsminister:	Dr. Zorn, Rudolf (SPD) seit 10. Januar 1947
Ernährungsminister:	Dr. Baumgartner, Josef (CSU)
Arbeitsminister:	Roßhaupter, Albert (SPD)
Verkehrsminister:	Frommknecht, Otto (CSU) seit 10. Januar 1947
Sonderminister:	Loritz, Alfred (WAV) bis 24. Juni 1947, ab 15. Juli 1947 Dr. Hagenauer, Ludwig (CSU)

Staatssekretäre

Bayerische Staatskanzlei:	Dr. Pfeiffer, Anton, Staatsminister (CSU) wieder seit 10. Januar 1947
Innenministerium:	Dr. Ankermüller, Willi (CSU) seit 10. Januar 1947 Bauwesen: Fischer, Franz (CSU) seit 10. Januar 1947 Flüchtlingswesen: Jaenicke, Wolfgang (parteilos) seit 31. Januar 1947
Justizministerium:	Dr. Hagenauer, Ludwig (CSU) 10. Januar 1947 bis 15. Juli 1947, ab 18. Juli 1947 Dr. Lacherbauer, Carl Hansjörg (CSU)
Kultusministerium:	Pittroff, Claus (SPD) Dr. Sattler, Dieter (CSU) seit 31. Januar 1947
Finanzministerium:	Dr. Müller, Hans (CSU)
Wirtschaftsministerium:	Geiger, Hugo (CSU) seit 10. Januar 1947
Planung und Wiederaufbau:	Sedlmayr, Lorenz (CSU) seit 10. Januar 1947
Ernährungsministerium:	Gentner, Hans (SPD) seit 10. Januar 1947
Arbeitsministerium:	Krehle, Heinrich (CSU)
Verkehrsministerium:	Schubert, Johann (CSU) 10. Januar 1947 bis 31. August 1947, ab 1. Oktober 1947 Sedlmayr, Lorenz (CSU)
Sonderministerium:	Höltermann, Arthur (SPD) bis 28. Mai 1947, seit 15. Juli 1947 Sachs, Camille (SPD)

Kabinett Ehard II ab 21. September 1947 — alle CSU —

	Staatsminister
Ministerpräsident:	Dr. Ehard, Hans
Justizminister (zugleich stellv. Ministerpräsident):	Dr. Müller, Josef
Innenminister:	Dr. Ankermüller, Willi
Kultusminister:	Dr. Dr. Hundhammer, Alois
Finanzminister:	Dr. Kraus, Hans zurückgetreten am 8. Februar 1950
Wirtschaftsminister:	Dr. Seidel, Hanns
Ernährungsminister:	Dr. Baumgartner, Josef bis 15. Januar 1948, ab 20. Februar 1948 Dr. Schlögl, Alois
Arbeitsminister:	Krehle, Heinrich
Verkehrsminister:	Frommknecht, Otto
Sonderminister:	Dr. Hagenauer, Ludwig gestorben 20. Juli 1949
	Staatssekretäre
Bayerische Staatskanzlei:	Dr. Pfeiffer, Anton, Staatsminister
Innenministerium:	Dr. Schwalber, Josef Bauwesen: Fischer, Franz Flüchtlingswesen: Jaenicke, Wolfgang
Justizministerium:	Dr. Lacherbauer, Carl Hansjörg bis 1. Dez. 1948 Dr. Konrad, Anton seit 15. Dezember 1949
Kultusministerium:	Dr. Sattler, Dieter
Finanzministerium:	Dr. Müller, Hans
Wirtschaftsministerium:	Geiger, Hugo
Ernährungsministerium:	Sühler, Adam
Arbeitsministerium:	Dr. Grieser, Andreas seit 24. Oktober 1947
Verkehrsministerium:	Sedlmayr, Lorenz
Sonderministerium:	Sachs, Camille

Kabinett Ehard III ab 18. Dezember 1950

	Staatsminister
Ministerpräsident:	Dr. Ehard, Hans (CSU)
Innenminister (zugleich stellv. Ministerpräsident):	Dr. Hoegner, Wilhelm (SPD)
Justizminister:	Dr. Müller, Josef (CSU)
Kultusminister:	Dr. Schwalber, Josef (CSU) seit 3. Januar 1951
Finanzminister:	Dr. Zorn, Rudolf (SPD) seit 3. Januar 1951
Wirtschaftsminister:	Dr. Seidel, Hanns (CSU)

Ernährungsminister:	Dr. Schlögl, Alois (CSU)
Arbeitsminister:	Dr. Oechsle, Richard (SPD)

Staatssekretäre

Innenministerium:	Dr. Nerreter, Paul (CSU) seit 3. Januar 1951 Flüchtlingswesen: Dr. Oberländer, Theodor (BHE)
Justizministerium:	Dr. Koch, Fritz (SPD)
Kultusministerium:	Dr. Brenner, Eduard (SPD) seit 3. Januar 1951
Finanzministerium:	Dr. Ringelmann, Richard (CSU)
Wirtschaftsministerium:	Dr. Guthsmuths, Willi (BHE)
Ernährungsministerium:	Maag, Johann (SPD)
Arbeitsministerium:	Krehle, Heinrich (CSU)

9. KURZBIOGRAPHIEN BAYERISCHER SOZIALDEMOKRATEN

a) Vor 1933[52]

Auer, Erhard (1874—1945)

Geboren am 22. 12. 1874 in Dommestadt bei Passau in ärmlichen Verhältnissen. Mit 12 Jahren Entbindung vom Volksschulbesuch, um selbst verdienen zu können. 1886—1894 landwirtschaftlicher Arbeiter. Gefängnisstrafe wegen Gründung einer Landarbeiterorganisation 1889. Militärdienst. 1896 Bote in einem Münchener Handelshaus. Aufstieg zu leitender Tätigkeit. 1900 Angestellter der Ortskrankenkasse.
1907 Wahl als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag. Zunächst ehrenamtlicher, dann hauptamtlicher Landessekretär. Im 1. Weltkrieg Landsturm-Unteroffizier. Trat 1918 vor dem bayerischen König erfolglos für die Beendigung des Krieges ein.
Im November 1918 Innenminister im Kabinett Eisner und Vizepräsident des Landtags. Am 21. 2. 1919 nach der Ermordung Eisners von einem Linksradikalen im Bayerischen Landtag niedergeschossen. Bis 1920 im Krankenhaus, dann Rückkehr in das politische Leben. Erneut Vizepräsident des Bayerischen Landtags. Ein ebenfalls gewonnenes Reichstagsmandat legte Auer nieder.
Chefredakteur der „Münchner Post". Bildung einer Schutzwehr (sog. „Auergarde"), die später im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aufging. Im Mai 1933 Mißhandlung durch SA und mehrfache Verhaftung. Flucht unter falschem Namen in den Schwarzwald. Nach dem Attentat gegen Hitler im Juli 1944 von Gestapo aufgespürt, jedoch wegen schwerer Krankheit nicht verhaftet.
Gestorben am 20. 3. 1945 in Bingen an der Brenz.

Ehrhart, Franz Josef (1853—1908)

Geboren am 6. 2. 1853 in Eschbach bei Landau (Rheinpfalz). Gelernter Tischler, frühzeitige Betätigung für sozialistische Ideen. Gefängnisstrafe. Während der Sozialistengesetze Emigration nach London und Hilfe bei der illegalen Einfuhr und Verbreitung der dem Anarchismus zuneigenden Zeitschrift „Freiheit" in Deutschland. Sozialdemokratische Agitation in der Rheinpfalz. 1882 und 1888 erneut 3 Monate Gefängnis. Seit den 80er Jahren Führer der rheinpfälzischen Sozialdemokratie.
1889 Stadtrat in Ludwigshafen, 1893 Abgeordneter des bayerischen Landtags, 1898 Abgeordneter des Reichstags. Auseinandersetzungen mit dem Parteivorstand wegen seiner regional bedingten Taktik.
1899 geheimes Wahlbündnis mit dem Zentrum.
Gestorben am 20. 7. 1908.

Grillenberger, Karl (1848—1897)

Geboren am 22. 2. 1848 in Zirndorf als Sohn eines Lehrers. Wegen des frühzeitigen Todes des Vaters mußte Grillenberger, anstatt Lehrer zu werden, als Schlosser mit für den Unterhalt der Mutter und weiterer 4 Geschwister sorgen.

[52] Franz Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960, SS. 71 f., 102 ff., 318 ff., 348 f.

Mehrjährige Gesellenfahrt durch Deutschland, Österreich und die Schweiz.
1869 Eintritt in die Nürnberger Sozialdemokratie. Nach dem Kriege 1870/71 Führer und Organisator der Nürnberger Sozialdemokratie. Beruflich als Werkmeister und Redakteur eines Wochenblattes tätig. Übernahme der Redaktion des sozialdemokratischen „Nürnberger Anzeigers". Ab 1873 Reichstagsabgeordneter. Anstelle der Parteizeitung schuf er die „Fränkische Tagespost", die die Zeit des Sozialistengesetzes überdauerte. Heimlicher Druck des „Sozialdemokrat".
Ab 1884 Aufbau einer sozialdemokratischen Organisation in Franken.
1887 durch einen Polizeispitzel schwer verletzt.
1893 Abgeordneter des bayerischen Landtags.
Gestorben am 19. 10. 1897 in München an den Folgen eines Schlaganfalls im Anschluß an einen Antrag im bayerischen Landtag für eine Änderung des Wahlrechts.

von Vollmar, Georg, Freiherr (1850—1922)

Geboren als Sohn eines angesehenen altbayerischen Adelsgeschlechtes am 5. 3. 1850 in Veltheim bei München. Streng katholisch erzogen. Als 16jähriger Eintritt als Reiterfähnrich in die bayerische Armee und Teilnahme am Krieg von 1866 auf österreichischer Seite. Nach Friedensschluß Austritt aus der Armee, um zu studieren. Januar 1868 Meldung zur Päpstlichen Garde in Rom, Dezember 1868 Austritt. 1869 Besuch eines Polytechnikums, anschließend Beamter bei den bayerischen Verkehrsanstalten. Teilnahme am deutsch-französischen Krieg 1871. Schwere Verletzungen: Schuß ins linke Bein; Rückenmarkverletzung bei Zusammenbruch der Tragbahre. Bis 1896 auf Krücken angewiesen.
Auf dem Krankenlager philosophische und sozialwissenschaftliche Studien. Mitarbeit an demokratischen Zeitungen. Mitglied der Sozialdemokratie. 1877 verantwortlicher Redakteur des sozialdemokratischen „Dresdner Volksboten". Presseprozeß.
1878 10-monatige Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung.
1879 auf Wunsch der Parteileitung Übernahme der Schriftleitung des „Sozialdemokrat" in Zürich.
1880 Niederlegung der Redaktion wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Parteileitung (Vollmar betonte die revolutionäre Aktion und sprach geringschätzig über parlamentarische Mitarbeit). Studien in Paris. Umgang mit russischen, polnischen und französischen Revolutionären. Aufenthalte in Brüssel und Lüttich. 1881 Reichstagsabgeordneter im sächsischen Wahlkreis Mittweida. Im Gegensatz zu Bebel Aufruf zur Gewalt gegen das bestehende System in der Schrift „Aufhebung des Sozialistengesetzes". 1883 erneut 9 Monate Gefängnis. Im selben Jahr Abgeordneter von Chemnitz im sächsischen Landtag. Wandel vom Revolutionär zum Reformisten.
1889 Rückkehr nach München. 1890 Münchener Abgeordneter im Reichstag. Sogenannte Eldorado-Reden. Führer der bayerischen Sozialdemokratie. Kontroverse mit Bebel auf dem Dresdener Parteitag 1903 über den Revisionismus. 1893 Abgeordneter des bayerischen Landtags. 1894 im Gegensatz zu Bebel aus landespolitischen Erwägungen Zustimmung zum bayerischen Budget. 1903 Eisenbahnunfall. 1908 an den Händen gelähmt. Nach Ausbruch des 1. Weltkrieges Verfechter militaristischer und imperialistischer Thesen.
Gestorben am 30. 6. 1922.

b) 1933—1945[53]

Frieb, Hermann (1909—1943)

Geboren am 11. 12. 1909 als Sohn des Volkswirts Eduard Frieb. Er besuchte in München das Realgymnasium und die Universität und war vor 1933 der letzte Leiter der sozialistischen

[53] Eugen Nerdinger, S. 11 f.

Studentengruppe. Abschluß seiner Berufsausbildung als Dipl.-Volkswirt und anschließende Tätigkeit in München als Steuerberater. Nach 1933 nahm er von sich aus die Verbindung mit der Vertretung des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Prag auf und entwickelte von 1934 an eine intensive politische Tätigkeit. Er wurde zum Haupt der illegalen Sozialdemokratie in München. Zusammen mit Bebo Wager, Augsburg, leitete er die illegale sozialistische Organisation Südbayern, soweit sie systematisch aktiv arbeitete.
1941 rückte Hermann Frieb zum Militär ein. Über seine Mutter hielt er die Verbindung zu seiner Organisation aufrecht. Am 26. 3. 1942 wurde er an der Front verhaftet, am 27. 5. 1943 in Innsbruck vom 6. Senat des Volksgerichtshofs zum Tode verurteilt und am 12. 8. 1943 in München-Stadelheim hingerichtet.

Wager, Bebo (1905—1943)

Geboren am 29. Dezember 1905 in Augsburg als Sohn eines Arbeiters. Erlernung des Dreher-, später des Elektrotechnikerberufes. 1922 Mitglied und Funktionär der SAJ.
1933 Gründer der Kampfgruppe der „Revolutionären Sozialisten". Am 12. April 1942 verhaftet, am 27. Mai 1943 in Innsbruck vom 6. Senat des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt. Am 12. August 1943 im Gefängnis Stadelheim München durch das Fallbeil hingerichtet. Am 8. Februar 1946 exhumiert und in einem Ehrengrab der Stadt Augsburg beigesetzt.

c) Nach 1945[54]

Baur, Valentin

Geboren am 19. 12. 1891 in Augsburg als Sohn eines Taglöhners. Gelernter Schlosser, 7 Jahre Volksschule, 3 Jahre Fortbildungsschule.
1909 Mitglied der freien Gewerkschaft „Deutscher Metallarbeiterverband". Auf Wanderschaft durch Deutschland und die Schweiz.
1911 Mitglied der SPD und der Arbeitersportbewegung.
Ab 1912 Soldat, zweimal verwundet, zweimal mit Verdienstkreuz und EK II ausgezeichnet.
Am 8. November 1918 Ersatztruppenteile in Augsburg in den Aufstand geführt und die Offiziere entmachtet sowie den Soldatenrat gebildet und dessen Führung übernommen. Am selben Tag mit dem abends gebildeten Arbeiterrat das Rathaus besetzt und die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates übernommen. 1. Vorsitzender des Garnisonssoldatenrates sowie 2. Vorsitzender des gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenrates.
1919 als Abgeordneter des Soldatenrates im Rätekongreß in München. Nach Auflösung des Arbeiterrates und Soldatenrates zurück in die Industrie als Schlosser.
1922 Mitglied des Betriebsrates, 1923 Betriebsratsvorsitzender, Mitglied in mehreren Aufsichtsräten, 2. Vorsitzender der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Augsburg und Mitglied des Konzernbeirats beim Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes in Berlin.
1924 in das Augsburger Rathaus als Mitglied des Stadtrates eingezogen. Dort tätig bis zum Verbot der SPD 1933.
1925 ehrenamtlich im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Augsburg-Schwaben, 1933 entlassen, 1945 bis 1959 wieder eingesetzt.
15. 3. 1933 in Schutzhaft genommen, am 20. Mai wieder entlassen. Am 26. Juni 1933 ins Saargebiet, im Oktober 1933 in die Schweiz geflüchtet. Als politischer Flüchtling anerkannt, am 8. 7. 1940 interniert.
Ende August 1945 Rückkehr nach Augsburg.
Am 3. 9. 45 von der Militärregierung zum Leiter des Wohnungsamtes bestimmt. Anfang des Jahres 1946 von Ministerpräsident Hoegner in das bayerische Vorparlament berufen, im

[54] Hdb. d. Bay. LT 1962; Hdb. d. Deutschen BT 1966; schrift. Angaben von Baur und Göhler. Sonstige Quellen sind besonders vermerkt.

Dezember 1946 in den 1. Bayerischen Landtag gewählt, im Juni 1947 vom Landtag in den Zweizonen-Wirtschaftsrat delegiert. Dort im Verkehrs- und Sozialausschuß bis zu dessen Ablösung durch den 1. Bundestag im August 1949. Bundestagsabgeordneter seit 1957.
1945 Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei in Augsburg, 1945—63 Mitglied des Parteivorstandes in Augsburg, 1945—52 Mitglied des Landesausschusses in Bayern.
Auf dem Landesparteitag 1946 zum 1. Vorsitzenden des Bezirks Schwaben und Neuburg gewählt, 1949—52 Mitglied des Bezirksvorstandes Südbayern.
1946 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, 1. Vorsitzender der Augsburger Ortsverwaltung und daneben Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft in Stuttgart.

Felder, Josef

Geboren am 24. 8. 1900 in Augsburg.
Realschule, Ausbildung im graphischen Gewerbe.
1924—1933 Redakteur „Schwäbische Volkszeitung".
1920 Mitglied der SPD.
1930—1933 Stadtrat in Augsburg. Vorstands-Mitglied Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und zuletzt Parteivors. SPD Augsburg. 1932 Abgeordneter des Reichstages; 1933 gegen Ermächtigungsgesetz gestimmt. Flucht nach Österreich; illegale Tätigkeit bis 1934.
Flucht nach Brünn und Prag. Juni 1934 illegal nach Deutschland. Bis 1936 KZ Dachau.
1946 Verleger, Chefredakteur „Südostkurier", Bad Reichenhall.
1955—1957 Chefredakteur „Vorwärts", Bad Godesberg.
Gründungsmitglied Deutsches Nationalkomitee des Intern. Presseinstituts Zürich. Mitglied Landesausschuß Bayern und Bez.-Vorstand Franken SPD.

Gabert, Volkmar

Geboren am 11. 3. 1923 in Dreihunken bei Teplitz-Schönau. Volksschule, Realschule.
1938 Flucht nach England. Landwirtschaftlicher Arbeiter, später Monteur, bis 1946 Eisendreher.
Ab 1946 in München Leiter des Referates „Jugend und Flüchtlingsfragen" beim Landesvorstand der SPD.
Seit 1950 Abgeordneter des Landtages.
1950—1957 Landesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied des Landesausschusses der SPD.
1958—1962 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion; ab 1962 Fraktionsvorsitzender.
Seit 1963 Landesvorsitzender.

Göhler, Heinz

Geboren 1916 in Dresden.
Vor 1933 Mitglied in SPD, SAJ, Gewerkschaft, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Nach 1933 erfolglose Versuche, eine Widerstandsbewegung in Sachsen zu organisieren. Nach 1945 nach Bayern. Seit 1948 Sekretär des Landesverbandes der SPD in Bayern.

Haas, Franz

Geboren am 16. 1. 1904 in Kornhöfstadt, Kreis Scheinfeld/Steigerwald. 1918—22 Lehre als Schriftsetzer. Berufsfortbildungsschule für Buchdrucker.
Bis 1925 Lagerarbeiter und -verwalter in Nürnberg. Ab 1925 Buchdrucker.
1925 Mitglied der SPD, tätig für die sozialistische Jugend.
Nach 1933 illegale Organisation der SPD.
1934—36 Haft und eineinhalb Jahr KZ Dachau.
Ab 1940 Wehrmacht.
Nach dem Kriege wieder Mitarbeit in der Nürnberger SPD.
1946 Parteisekretär in Nürnberg, 1950—56 Vorsitzender der SPD in Nürnberg, Stadtrat, Mitglied des Landesvorstandes, Abgeordneter des Bayerischen Landtags 1946—58, seit 1958 Bürgermeister der Stadt Nürnberg.

Hoegner, Dr. Wilhelm

Geboren am 23. September 1887 in München.
Dr. jur. 1912, Große Staatsprüfung 1917, Staatsanwalt, Landgerichtsrat, 1945 Senatspräsident am Oberlandesgericht München, 1948 Staatsrat.
Seit August 1946 Honorarprofessor an der Universität München.
1924—32 Mitglied des Bayerischen Landtags,
1930 bis Juni 1933 Abgeordneter des Reichstags. Von den Nationalsozialisten im April 1933 aus dem Staatsdienst entlassen.
August 1933 bis Februar 1934 politischer Flüchtling in Österreich, 1934—1945 in der Schweiz.
1945/46 bayerischer Ministerpräsident und Justizminister,
1946/47 Vorsitzender der SPD Bayern, Mitglied des Landesausschusses der SPD,
1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, Mitglied des Bayerischen Landtags seit 1946,
1946/47 Justizminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten,
1954—1957 Ministerpräsident.
Seit 1957 Vizepräsident des Landtags.

Höhne, Franz

Geboren am 13. 6. 1904 Regensburg.
Volksschule, Maschinenschlosserlehre, Fortbildungsschule.
1922 SPD und Gewerkschaften. Maschinenschlosser im Reichsbahndienst.
1933 Stadtverordneter in Regensburg.
1934 aus politischen Gründen entlassen. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat zweieinhalb Jahre Gefängnis. Anschließend bis November 1938 KZ Dachau.
1939—1944 im Beruf tätig. Nach dem 20. 7. 1944 3 Wochen KZ Flossenbürg.
Nach Kriegsende am Wiederaufbau der Stadtverwaltung Regensburg beteiligt.
1946—1948 Stadtrat. Bez.-Vors. SPD Niederbayern-Oberpfalz. Mitglied des Landesausschusses, Mitglied der Kontroll-Kommission SPD. Seit 1949 Mitglied des Bundestages.

von Knoeringen, Waldemar Freiherr
Geboren am 6. Oktober 1906 in Rechetsberg, BA Weilheim.
1926 Mitglied der SPD, leitender Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend München. Leiter der illegalen Auslandsstelle der SPD für Bayern.
1927 Verwaltungsassistent in Rosenheim, praktische Arbeit im Volksbüchereiwesen.
1933 in Österreich, 1934 in der CSR, 1938 in Frankreich, 1939 in England als Leiter der unabhängigen sozialistischen Sendestation „Europäische Revolution".
Ab 1942 Zusammenfassung von antifaschistischen Kriegsgefangenen in besonderen Lagern in England, Nordafrika und Italien.
1944 Einrichtung und Leitung der Kriegsgefangenensendung am Londoner Rundfunk. Lehrer an der Kriegsgefangenenschule Wilton-Park.
1946 Rückkehr nach Deutschland. Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung.
Seit 1946 Mitglied des Bayerischen Landtages. 1949—1953 Abgeordneter des Bundestages, Mitglied des Parteivorstandes der SPD.
1947—1963 1. Landesvorsitzender der SPD.

Laufer, Gerda, geb. Vey

Geboren am 3. 1. 1910 in Würzburg.
Volksschule, Institut der Englischen Fräulein, Lyzeum.
Kassiererin, Einkäuferin, Abteilungsleiterin in einem Warenhaus.
Ab 1937 berufslos aus politischen Gründen.
Seit 1929 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft.
1945 Stadtbeirätin, später Stadträtin in Würzburg.
Beirätin im Bezirkstag Franken und Mitglied des Bezirkstags Unterfranken.
Parteisekretär des Bezirks Unterfranken der SPD. Seit 1952 geschäftsführende Vorsitzende

der Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Unterfranken. 2. Vorsitzende der SPD, Bezirk Franken, Mitglied des Frauenausschusses im Parteivorstand in Bonn.
Seit 1954 Abgeordnete des Landtags, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Roßhaupter, Albert[55]

Geboren am 8. April 1878 in Pillnach, Bez.-Amt Regensburg, als Sohn eines Häuslers und Korbmachers.
Besuchte die Volksschule und Fortbildungsschule und wurde Lackierergehife in München.
Seit 1897 Mitglied der SPD, 1907—1933 Mitglied des Bayerischen Landtags, 1918 Bayerischer Minister für militärische Angelegenheiten. 1933—1945 mehrmals verhaftet. 1945—47 Bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge, 1946 Mitglied des Vorberatenden Verfassungsausschusses und der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates. Gestorben 1949 in München.

Wimmer, Thomas[56]

Geboren am 7. Januar 1887 in Siglfing, Landkreis Erding/Obb. Erlernte das Schreinerhandwerk mit Ornamentik in der Holzbildhauerei. Die Wanderjahre führten ihn durch Württemberg und Baden in die Schweiz. Durch Studienreisen in ganz Deutschland und Teilen von Italien versuchte er sein Wissen zu erweitern. Ab Ende 1918 bekleidete er bis 1933 eine Fachvermittlerstelle für das Holzgewerbe für das Arbeitsamt München und ab 1928 in der Rechtsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Seit 1925 SPD-Stadtrat in München. 1933 in Schutzhaft, im Gefängnis in Landsberg und im KZ Dachau. Im August 1945 zum 3. Bürgermeister in München berufen, 1946 zum 2. Bürgermeister gewählt. Mitglied des Vorberatenden Verfassungsausschusses, der Verfassunggebenden Landesversammlung 1946 und des Bayerischen Landtags 1946—1956. 1948—1960 Oberbürgermeister von München. 1957 Ehrenbürger dieser Stadt. 1963 gestorben in München.

[55] Schwend, S. 585; Schade, S. 25/26.
[56] Hdb. d. Bay. LT 1948; Wer ist wer? Das deutsche Who's who. XIV. Ausgabe von Degeners Wer ist's, Bd. 1, Bundesrepublik Deutschland und Westberlin, hg. v. Walter Habel, Berlin-Grunewald 1963, S. 1715/1716.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Av. N.	Stadtarchiv Nürnberg
BA	Bezirksamt
BF	Bundestagsfraktion
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BLLV	Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband
BP	Bayernpartei
BT	Bundestag
BV	Bezirksvorstand
BVG	Bundesverfassungsgericht
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DG	Deutsche Gemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FT	Fränkische Tagespost
GB	Gesamtdeutscher Block
GVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Hdb.	Handbuch
H. St. A., M. Inn.	Hauptstaatsarchiv München, Ministerium des Innern
HZ	Historische Zeitschrift
I	Interview
Jb.	Jahrbuch
KdL	Kurzinformationen des Landesvorstandes (der bayerischen SPD)
KK	Kontrollkommission
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LA	Landesausschuß
LPT	Landesparteitag
LT	Landtag
LTF	Landtagsfraktion
LV	Landesvorstand
NN	Nürnberger Nachrichten
NZ	Neue Zeitung
OMGB	Office of the Military Government for Bavaria
PA	Parteiausschuß
Prokl.	Proklamation
Prot.	Protokoll
Prov. N R	Provisorischer Nationalrat des Volksstaates Bayern
PVA	Ausschüsse beim Parteivorstand
PT	Parteitag
PV	Parteivorstand
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RD	Referentendienst (des LV der bayerischen SPD)
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend

SM	Süddeutsche Monatshefte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-A	SPD-Unterbezirk Mittelschwaben, Augsburg
SPD-BF	SPD-Bezirk Franken, Nürnberg
SPD-BN-O	SPD-Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Regensburg
SPD-BS	SPD-Bezirk Südbayern, München
SPD-LV	SPD-Landesverband Bayern, München
SPD-N	SPD-Unterbezirk Nürnberg
SPD-W	SPD-Unterbezirk Würzburg
spk	Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz
St. A. N.	Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg
St. B. N.	Stadtbibliothek Nürnberg
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
SZ	Süddeutsche Zeitung
VA	Verfassungsausschuß der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung
VV	Vollversammlung der Verfassunggebenden Landesversammlung
VZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WAV	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
ZfS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. STAATLICHE ARCHIVE

1. *Bayerisches Staatsarchiv Nürnberg (St. A. N.)*

Akten des Stadtkommissariats Nürnberg Nr. 30. Allgemeiner Bayerischer Arbeiterkongreß in Nürnberg vom 2.—4. April 1849.
Genehmigung des Staats-Ministeriums des Innern zur Abhaltung (des 5. Vereinstages) des Deutschen Arbeitervereins am 5., 6. und 7. September in der Stadt Nürnberg vom 24. 8. 1868 (Reg. v. Mfr. Abg. 1932, Tit. II, Nr. 584 I).

2. *Stadtarchiv Nürnberg (Av. N.)*

Statuten des Arbeiter-Bildungs-Vereines Nürnberg, 1866. Akten des Stadtkommissariats Nürnberg IX 34 b.

II. PARTEIARCHIVE

1. *SPD-Landesverband Bayern, München*

a) Archiv 1945—46:

Agartz, Viktor, Sozialistische Wirtschaftspolitik. Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 9. Mai 1946 in Hannover, Hamburg-Wandsbek, o. J. (1946)
Bayerische Arbeiter, Bauern und Bürger! (Flugblatt), hg. vom Landesverband Bayern der SPD
Aufruf der jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaft und des Aktionsausschusses in München (Organisationsfragen), o. O. (München), o. J. (1946)
Bauern-Programm, angenommen auf der Sitzung des agrarpolitischen Landesausschusses am 8. 8. 46
Kurzer Bericht über die Begegnung zwischen Albert Roßhaupter und Kurt Schumacher in Frankfurt/Main am 29. November 1945
Bericht über die Vertrauensmännerkonferenz ostdeutscher Sozialdemokraten in Regensburg am 3. 11. 46
Besprechungsprotokoll zwischen dem Landesvorsitzenden Hoegner und Landessekretär Albert vom 28. 3. 46
Brief des Sekretärs des Bezirks Mittel- und Oberfranken, Loßmann, vom 30. 4. 46 an alle Bürgen der Parteigründung
Brief Thomas Wimmers an Kurt Schumacher vom 10. November 1945 (Kopie)
Gentner, Hans, Schutz den Bauern!, in: Informationsdienst, hg. vom Landesvorstand der SPD Bayern, Sondernummer 2, im Mai 1946
Information der Politischen Bildungszentrale der SPD, Landesverband Bayern, o. O. (München), o. J. (1946)
Lizenzierungsurkunde der SPD für Bayern vom 8. Januar 1946

Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD, München, hg. von der Kommunistischen Partei, Landesbezirk Bayern, o. O. (München), o. J. (1946)
30 Punkte der Union. Richtlinien der Christlich-Sozialen Union in Bayern zur Überwindung der inneren und äußeren Not unserer Völker, hg. v. d. Landesleitung der CSU, München 1946
Rededispositionen zum Volksentscheid und zur Landtagswahl am 1. Dezember 1946 in Bayern
Monthly Report of the SPD Bayern, Dec. 1946
Resolution, gefaßt auf der 1. Sitzung des bayerischen Landesvorstandes der SPD in Garmisch am 4. Mai 1946
Agrarpolitische Richtlinien für die sozialdemokratische Partei in Bayern, Entwurf: Genosse Max Walther, Lauf (Pegnitz), August 1946, Lauf (Pegnitz) 1946
Satzung der Sozialdemokratischen Partei, Landesverband Bayern, verabschiedet auf der Landeskonferenz in Ingolstadt am 19./20. Oktober 1946
Schmitt, L., Der Bauer heute und morgen, in: Informationsdienst, hg. vom Landesvorstand der SPD Bayern, Sondernummer, 23. 4. 46; Sondernummer, 27. 5. 46
Sozialdemokratische Partei, Landesverband Bayern, Entschließung (zu der Verfassungsberatung), München, 1. Juni 1946 (maschinengeschr. Manuskript)
SPD-Aktionsprogramm mit Erläuterungen, beschlossen auf der Landeskonferenz der SPD am 15. Dezember 1946 in München, München 1947
Unser Weg im Geiste des demokratischen Sozialismus, 1. Landeskonferenz der SPD am 13./14. April 1946 in Erlangen

b) Archiv 1947:

Arbeitstagung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 25.—29. August 1947, mit Beilagen
Beschluß des Landesausschusses am 14. 9. 1947 zur politischen Lage
Brief Erich Fleischers (Verlagsleiter „Das Volk") an alle Ortsvereine der SPD in Bayern (6. 10. 1947) (hektographiert)
Brief des Kirchenrates Simon (Nürnberg vom 24. Februar 1948 an die SPD-Landesleitung)
Brief des Präsidenten des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Gustav Schiefer, vom 22. 8. 47 an den Landesvorstand der SPD Bayern
Geschäftsordnung des Landessekretariats der SPD, Landesverband Bayern (1947)
Hennig, Arno, Christentum unmodern — Sozialismus unchristlich?, o. O., 1946
Hirsch, Paul, Kommentar zu den kommunalpolitischen Richtlinien der SPD, 2. Aufl. Köln 1947
Landesausschuß-Tagung der SPD am 13./14. September 1947, mit Beilagen
Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Oberbayern (1947)
Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, beschlossen am 11. Mai 1947 in Landshut
Pittroff, Claus, Revolution in der pädagogischen Provinz, München, August 1947
Pressekonferenz des SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen in München vom 9. 10. 1947 (Manuskript)
Richtlinien der kommunalpolitischen Tagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Bayern, in Fürth vom 20.—22. 9. 1947
Sechzig Jahre Sozialdemokratische Partei in Stadt und Kreis Kaufbeuren, Festschrift, hg. v. der Sozialdemokratischen Partei des Kreises Kaufbeuren, Kaufbeuren o. J. (1947)
Walther, Max, Bauer und Arbeiter, München 1947

c) Archiv 1948:

Aufbautag des Volkes, hg. v. Landesverband Bayern der SPD, München 1948
An alle Aufbauwilligen. Aufbauplan A. Der erste Schritt. 100 000 Wohnungen, hg. v. Landesverband Bayern der SPD, verantwortlich: von Knoeringen, Rosenheim 1948
Bericht über die Aufgaben des Landesvorstandes und des Landessekretariats vom 11. 12. 47 (Manuskript)

Entschließung des Landesausschusses der SPD, Landesverband Bayern, am 17./18. 7. 48 in Kochel mit Beilage zur Entschließung des Landesverbandes Bayern der SPD „Richtlinien zur sofortigen Finanzierung des Planes ‚A'"

Haushaltsvoranschlag für das III. Quartal 1948 (Landessekretariat)

Hinweise für Referenten, hg. v. LV der Sozialdemokratischen Partei Bayerns, 17. 3. 48

Landeskonferenz der SPD in Fürth vom 11.—13. 6. 48. Richtlinien zur Durchführung der Aktion „A"

Plakat „A"

Plan „A" der SPD. Finanzierung und Durchführung. 2. Denkschrift, hg. v. Landesverband Bayern der SPD, München 1948

Protokoll der Landesvorstandssitzung am 10. 1. 48 in München

Protokoll der Landesvorstandssitzung am 14. 2. 1948 in München

Reitzner, Richard, Vom Ostwind verweht. Das Schicksal von Millionen, München 1948

Richtlinien zur Durchführung der Aktion „A", hg. v. LV der SPD Bayern, München 1948

SPD-Landesverband Bayern, Jahresbericht 1947/48, München 1948

Statut des Landesverbandes der bayerischen Bezirke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, angenommen auf der Landeskonferenz in Fürth am 12. Juni 1948

Zorn, Rudolf, Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe, Referat, gehalten auf dem Parteitag in Düsseldorf, Rosenheim 1948

d) Archiv 1949—50:

Brief Willy Fischers (Vorsitzender des Bezirks Franken) an den Landesausschuß der bayerischen SPD vom 22. 1. 50

Brief Waldemar von Knoeringens an den Bezirk Südbayern vom 26. 4. 50

Brief Uhlmann (Landesflüchtlingsausschuß) an den Landesvorstand der SPD in Bayern vom 3. 5. 50 mit Anlagen

von Knoeringen, Waldemar, Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen vom 14. 8. 49 im Verhältnis zur SPD, Landesverband Bayern (Manuskript)

Koalitionsbedingungen, München, 4. 12. 50 (maschinengeschr. Manuskript)

6. Landeskonferenz der SPD in Rosenheim vom 4.—6. Juni 1949, Vorlage 2/4, Vorlage 3/1 und 3/2, Organisationsbericht des Landesverbandes

Landeswahlprogramm 1950 (Referentenmaterial zur Landtagswahl), hg. vom Landesausschuß der SPD, Landesverband Bayern

Protokoll der Landesausschußsitzung am 7. 11. 49 in München

Protokoll der Landesausschußsitzung am 27. 2. 50 in München

Protokoll der Landesausschußsitzung am 12. 12. 1950

Protokoll der Sitzung des Landesflüchtlingsausschusses am 20. März 1950 in München

An die bayerische Regierung! (Flugblatt), verantwortlich: Karl Füß, Auflage: 50 000, o. O., o. J. (1949)

Richtlinien zur Betriebsgruppenarbeit, hg. v. Landesverband der SPD Bayern, verantwortlich: Heinz Göhler, München, o. J. (1950)

Überlegungen betr. die Unterstützung unserer Minister (Manuskript, 1950)

2. SPD-Bezirk Franken, Nürnberg

Bericht über die Reorganisation der Partei im Bezirk Franken von Julius Loßmann, Nürnberg, vom 28. Januar 1947, an den Parteivorstand der SPD in Hannover (Kopie)

Akte „Bezirksvorstand 1949—1952"

3. SPD-Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Regensburg

Satzung der SPD für den Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Regensburg, o. J. (1945)

Wo stehen wir, wohin gehen wir?, Referat von Otto Grotewohl, gehalten in Regensburg am 25. November 1945, hg. v. Bezirksverband Niederbayern-Oberpfalz der SPD, Regensburg 1945. Auflage: 50 000.

4. SPD-Bezirk Südbayern, München

Baierl, Fanny, Bericht des Frauensekretariats, SPD-Südbayern, Bezirks-Parteitag SPD-Bezirk Südbayern am 4./5. März 1950 in Penzberg

Bezirks-Parteitag SPD-Bezirk Südbayern am 20./21. 3. 1954 in Hausham: Altersmäßige Zusammenstellung der Mitgliedschaft: 1. Januar 1954. Berufsmäßige Zusammensetzung der Mitgliedschaft: 1. Januar 1954

Lizenzierungsurkunde der SPD für München am 1. November 1945

Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Südbayern, vom 4. Juni 1949

Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Südbayern (1950)

5. SPD-Unterbezirk Mittelschwaben, Augsburg

Arbeitsbericht der Abteilung Presse und Propaganda für das Berichtsjahr 1946/47, München 24. 3. 1947

Bericht über die Arbeitstagung für sozialistische Propaganda am 10./11. 8. 46 in Pfaffenhofen (München, 14. 8. 46)

Entwurf eines Programmes der SPD Bayern in Pfaffenhofen am 10./11. November 1945

Halbzeit in der bayerischen Koalition, hg. v. Landesvorstand und von der Landtagsfraktion der SPD, Landesverband Bayern, München o. J. (1952)

Landeswahlprogramm 1950 (Referentenmaterial zur Landtagswahl), hg. v. Landesausschuß der SPD, Landesverband Bayern, München 1950

Liste der Bürgen für die SPD im Stadt- und Landkreis Augsburg, eingereicht an die amerikanische Militärregierung am 2. November 1945

Lizenzierungsurkunde der SPD im Stadt- und Landkreis Augsburg, ausgestellt durch die amerikanische Militärregierung SK/LK Augsburg am 3. Januar 1946

Organisationsstatut der SPD in Augsburg vom 1. Dezember 1945

Programm der Sozialdemokratischen Partei Augsburg, beschlossen am 1. Dezember 1945 in Augsburg

Akte „U. G. D." (Unabhängige Gewerkschaft Deutschlands), Organisationsvorschlag der Gemeinschafts-Kommission der „Union deutscher Sozialisten in der Schweiz" (1. Juli 1945), Vorschlag zum Neubau der Heimat und deren wirtschaftlicher und politischer Organisation

Das Volk GmbH., Aufbau des Wirtschaftsunternehmens der Partei, München, März 1947

6. SPD-Unterbezirk Nürnberg

Lizenzierungsurkunde der SPD für Nürnberg am 3. November 1945

SPD-Kreisverband Nürnberg-Stadt und -Land, Jahresbericht 1949, Nürnberg 1949

7. SPD-Unterbezirk Würzburg

Akte „Bezirk Franken, 3. 4. 49—27. 9. 51"
Brief von Gerda Vey (später Frau Laufer) an Max Seidel (Sekretär des Bezirks Franken, Nürnberg) vom 22. 2. 51

Akte „Landesvorstand 1. 1. 49—31. 12. 55" (Korrespondenz):
Brief von Gerda Vey an Generalanwalt Dr. Philipp Auerbach (München) vom 17. 10. 1949
Brief von Reumann (im Auftrag von Gerda Vey) an die SPD-Landtagsfraktion z. H. Gen. Friedrich Zietsch vom 23. 3. 1950.
Antwortschreiben von Friedrich Zietsch an das SPD-Untersekretariat Würzburg vom 10. 5. 1950

Akte „Mitglieder 1946 und Frauenbüro" (Aufstellungen über Mitglieder)

Akte „Unterbezirk Würzburg 1. 1. 1947—30. 6. 1947" (Allgemeine Korrespondenz)

III. DOKUMENTE UND DOKUMENTENSAMMLUNGEN

1. Allgemein

Deuerlein, Ernst, Die Einheit Deutschlands, Bd. I, Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941—1949, Darstellung und Dokumente, Frankfurt/M. und Berlin, 1961

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin (Ost), o. J.

Zwei Erklärungen der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz vom 6.—8. Juni 1947, abgedr. in: Europa-Archiv 1948, S. 1145

2. Verfassungs-, Gesetzes-, Vertragsdokumente

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hg. v. den Mitgliedern des BVG, 3. Bd., Tübingen 1954

Feneberg, Hermann, Das Bayerische Landeswahlgesetz mit Landeswahlordnung, München-Berlin 1950

Germany under Occupation, Illustrative Materials and Documents, hg. v. James K. Pollock, James H. Meisel und Henry Bretton, Ann Arbor, Michigan 1949

Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mit den Ausführungsvorschriften und Formularen, hg. v. Erich Schullze, München 2. Aufl. 1947

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 1945—1953

Die deutschen Konkordate und Kirchenverträge der Gegenwart, hg. v. Werner Weber, Göttingen 1962

Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und von der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven, hg. v. R. Hemken, Stuttgart 3. Aufl. 1946

Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 — Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Deggendorf o. J.

3. Parteiprogramme

Was ist, was will die Bayernpartei?, hg. v. Bayernverlag, München 1950

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hg. v. Ossip K. Flechtheim, Bde. 1, 2, 3, 5, Berlin 1962 ff.

Treue, Wolfgang, Deutsche Parteiprogramme 1861—1956, Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1956

IV. JAHRESBERICHTE

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hg. vom Vorstand der SPD 1946, 1947, 1948—49, 1950/51

Jahresbericht 1909/10 des Sozialdemokratischen Vereins für die Reichstagswahlkreise München I und II, 1910

Keesing's Archiv der Gegenwart 1945, 1946/47; Archiv der Gegenwart 1967

Bayerischer Landtag, Tätigkeitsbericht über die 2. Wahlperiode 1950/54, bearb. vom Archiv des Landtagsamtes, o. O. (München), o. J. (1954)

Die Sozialdemokratie im Bayerischen Landtag 1893/99
Die Sozialdemokratie im Bayerischen Landtag 1899/1905
Die Sozialdemokratie im Bayerischen Landtag 1905/1907

V. PARTEITAGSPROTOKOLLE (SPD-BEZIRK FRANKEN, NÜRNBERG)

Prot. PT Halle 1890
Prot. LPT Regensburg 1892
Prot. PT Frankfurt 1894;
Prot. LPT Würzburg 1898;
Prot. PT Jena 1905;
Prot. LPT Schweinfurt 1906;
Prot. PT Erfurt 1891;
Prot. LPT München 1894;
Prot. PT Breslau 1895;
Prot. LPT Landshut 1912;
Prot. LPT Fürth 1900;
Prot. LPT München 1918;
Prot. PT Hannover 1946;
Prot. PT Nürnberg 1947;
Prot. PT Düsseldorf 1948;
Prot. PT Dortmund 1952.

VI. STENOGRAPHISCHE BERICHTE

Niederschrift der dritten Arbeitstagung des Bayerischen Beratenden Landesausschusses am 12. und 13. Juni 1946 in der Universität München, Hörsaal 224, hg. v. Bayerischen Landtagsamt, München 1947
Wörtlicher Bericht der 1.—29. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wiesbaden, Jg. 1947/48 (Bis Jg. 1947, 3 u. d. T.: Zweizonen-Wirtschaftsrat, Wörtlicher Bericht . . .)
Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Bundestages 1949/50
Stenographische Berichte der Verhandlungen des Bayerischen Landtags, hg. v. Bayerischen Landtagsamt, München 1946 ff.; Beilagen 1946 ff.
Stenographische Berichte der Verhandlungen des Provisorischen Nationalrats des Volksstaates Bayern, 1918, hg. v. Bayerischen Landtagsamt, 2 Bde., München 1919
Stenographische Berichte der Verhandlungen des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates, Bonn, 1948/49
Stenographische Berichte der Verhandlungen des Plenums des Parlamentarischen Rates, Bonn, 1948/49
Stenographische Berichte der Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung 1946, hg. v. Bayerischen Landtagsamt, 3 Bde., München 1947

VII. HANDBÜCHER

Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, hg. vom Bayerischen Landtagsamt, München 1948 und 1951
Handbuch der Parteitage 1863—1908, München 1910

Die Volksvertretung. Handbuch des Deutschen Bundestages, hg. v. Fritz Sänger, Stuttgart 1949
Wer ist wer? Das deutsche Who's who. XIV. Ausgabe von Degeners „Wer ist's", Bd. 1, Bundesrepublik Deutschland und Westberlin, hg. v. Walter Habel, Berlin-Grunewald 1963

VIII. STATISTIKEN

Bayerns Entwicklung nach den Ereignissen der amtlichen Statistik seit 1840, hg. v. Königlichen Statistischen Landesamt, München 1915
Bayern in Zahlen, hg. v. Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1947, 1949
Beiträge zur Statistik Bayerns, hg. v. Bayerischen Statistischen Landesamt, München, H. 145, Teil 1, H. 146, Teil 2, H. 147, H. 163
Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, 1890 ff.
Statistisches Handbuch für Bayern, hg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1946
Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 1906—1919
Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 35, H. 1, Wiesbaden 1950
Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, hg. v. Bayer. Statist. Landesamt, München 1948

IX. INTERVIEWS

Allmer, Max, München 1. 2. 66
Baur, Valentin, Augsburg 12. 7. 66
Felder, Josef, Erlangen 9. 9. 66
Gabert, Volkmar, München 26. 7. 66
Göhler, Heinz, München 1. 2. 66 und 13. 7. 66
Haas, Franz, Nürnberg 14. 7. 66
Dr. Hoegner, Wilhelm, München 5. 7. 66
Höhne, Franz, Regensburg 19. 8. 66
von Knoeringen, Waldemar, München 30. 8. 66
Laufer, Gerda, geb. Vey, Würzburg 12. 7. 66
Schmude, Heinz, Nürnberg 18. 1. 66

X. ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

1. Aus dem Archiv des SPD-Landesverbandes[1]

Bauernbriefe, hg. vom agrarpolitischen Landesausschuß der SPD, Landesverband Bayern, München 1947
Die Brücke, Mitteilungsblatt für Neubürger, hg. v. Flüchtlingsausschuß des SPD-Landesverbandes in Bayern, München 1947 ff. (SPD-LV)

[1] Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Einordnung nach Jahreszahlen im Archiv des SPD-Landesverbandes Bayern. Falls die Jahreszahl fehlt, ist die Zeitung oder Zeitschrift nicht entsprechend registriert.

Gewerkschaftszeitung, hg. vom Bayerischen Gewerkschaftsbund, München 1947 ff.
Informationsblatt der Kommunistischen Partei, Landesvorstand Bayern, München 1946 ff. (SPD-LV)
Informationsdienst, hg. vom Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayern, München 1946 (SPD-LV)
Kurzinformationen des Landesvorstandes, München 1947/48
Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union, hg. v. d. Landesleitung der CSU, München 1947 (SPD-LV 1947)
Parlamentsdienst der SPD, hg. v. der Landtagsfraktion der SPD Bayern, München 1947 (SPDLV 1947)
Der Pressebrief, Mitteilungen und Informationen des Pressedienstes, hg. v. Landesvorstand der SPD Bayern, München 1946/1947 (SPD-LV)
Pressedienst der SPD, hg. v. Landesverband Bayern der SPD, München 1948 (SPD-A)
Referentendienst, hg. v. Landesvorstand der SPD Bayern, München 1947/48
Sopade Informationsdienst, hg. v. Parteivorstand der SPD 1947
Sozialistische Monatshefte 1908
SPD-Nachrichtenblatt 1946/1947, Ausgabe Oberbayern/Schwaben, Ausgabe Niederbayern/Oberpfalz, Ausgabe Franken (SPD-LV, SPD-A, SPD-N, SPD-BN-O)
spk-Sozialdemokratische-Presse-Korrespondenz, hg. v. Landesvorstand der SPD Bayern, München 1947—1950 (SPD-LV 1948)
Süddeutsche Monatshefte 1908 und 1922
Die Südpost, hg. v. LV der SPD Bayern, München 1946 ff (SPD-LV)
Tribüne der Partei, Mitteilungen für Funktionäre, hg. v. Landessekretariat der SPD Bayern, München 1946/1947 (SPD-LV 1945—46)
Das Volk, Zeitschrift für grundsätzliche und aktuelle Fragen des demokratischen Sozialismus, hg. v. Landesvorstand der SPD Bayern, München 1947 (SPD-LV)

2. Tageszeitung[2]

Augsburger Allgemeine Zeitung, Augsburg 1968
Bayerische Staatszeitung, München 1918/1919
Bayerischer Staatsanzeiger, München 1946 ff.
Der Spiegel, Hamburg 1967
Fränkische Tagespost, Nürnberg 1918; 1946 ff.
Isar-Post, Landshut 1947
Memminger Zeitung, Memmingen 1968
Münchner Merkur, München 1950; 1968
Münchner Mittag, München 1947
Münchner Post, München 1890; 1946 ff.
Neuer Vorwärts, Hannover 1949
Neue Zeitung, München 1945 ff.
Nürnberger Nachrichten, Nürnberg 1945 ff.
Oberbayerische Volkszeitung, Rosenheim 1949 (früher: Oberbay. Volksblatt)
Schwäbische Volkszeitung, Augsburg 1946 ff.
Süddeutsche Zeitung, München 1945 ff; 1967
Tagesspiegel, Berlin 1945 ff.

[2] Vgl. Aufstellung über Sozialdemokraten unter den Verlegern, Chefredakteuren und Redakteuren der Gemeinschaftszeitungen in Bayern 1946/47 im Anhang (S. 257 f.).

XI. SONSTIGE LITERATUR

Abendroth, Wolfgang, Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie, in: VZG 1957, S. 300 ff.

— ders., Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Frankfurt/M. 1964

— ders., Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, in: PVS 5, 1964, S. 307—338

Adler, H. G., Selbstverwaltung und Widerstand in den Konzentrationslagern der SS, in: VZG 1960

Adler, Viktor, Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954

Adorno, Theodor W., Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: ZfS 1964

Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts, hg. v. Alois Schlögl, München 1954

Albert, Hans, Der Mythos der totalen Vernunft, in: ZfS 1964, S. 228 ff.

— ders., Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 29, Berlin 1963

von Albertini, Rudolf, Die französische Wahlgeographie und Wahlsoziologie, in: Schweizer Zeitschrift für Geschichte 4, 1954, S. 395—406

Albrecht, Willy, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912—1918. Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, hg. v. Karl Bosl, Berlin 1968

Anderle, O. F., Theoretische Geschichte, in: HZ 185, 1958

Ankermüller, Willi, Bayerns Aufbauprobleme, in: SZ, 31. 7. 1948

Allgemeiner Bayerischer Arbeiterkongreß im Bamberger Hof zu Nürnberg am 2. 4. 1849, Zeitungsausschnitt aus „Der freie Staatsbürger" Nr. 94 (St. B. N.)

von Aretin, Erwein, Krone und Ketten, hg. v. Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin, München 1955

Die Attentate im Bayerischen Landtag, Der Prozeß gegen Alois Lindner und Genossen vor dem Volksgericht München, München 1919

Auer, Erhard, Das neue Bayern, München 1919

Auer, Ignaz, Nach zehn Jahren, Nürnberg 1913

Ay, Karl-Ludwig, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des 1. Weltkrieges. Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, hg. v. Karl Bosl, Berlin 1968

Balfour, Michael, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland, Düsseldorf 1959

Balser, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49—1863, Stuttgart 1962

Barnard, Chester I., The Functions of the Executive, 9. Aufl. Cambridge, Mass. 1951

Barraclough, G., Factors in German History, 1946

Bauer, Arnold, Die Bayernpartei als föderalistische Landespartei, in: Parteien in der Bundesrepublik, S. 470 ff.

— ders., Die WAV, der gescheiterte Versuch einer mittelständischen Massenpartei, in: Parteien in der Bundesrepublik, S. 483 ff.

Bauer, Bruno, Geschichte der konstitutionellen und revolutionären Bewegungen im südlichen Deutschland in den Jahren 1831 bis 1834, Bd. 1, Charlottenburg 1845

Bauernfreund, Sepp (Pseudonym), Sozialdemokratie und Landwirtschaft, in: Münchner Post, 5. April 1946

Bebel, August, Aus meinem Leben, Bd. 1 und 2, Berlin 1946 (unveränderter Nachdruck der 1. Auflage)

Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, 11. Aufl., hg. v. Wilhelm Mommsen, München—Wien 1965

Bericht über den 5. Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine vom 5., 6. und 7. September 1868 in Nürnberg, 2. Aufl. (Neudruck 1928) (St. B. N.)

Besson, Waldemar, Württemberg und die Deutsche Staatskrise 1928—1933, Stuttgart 1959

— ders., Neuere Literatur zur Geschichte des Nationalsozialismus, in: VZG 9, 1961
— ders., Periodisierung, Zeitgeschichte, in: Geschichte, Fischer-Lexikon 24, hg. v. W. Besson, Frankfurt/M. 1961, S. 264 ff.
— ders., Engagierte Wissenschaft, in: Offene Welt 75, 1962, S. 29 ff.
Beyer, Hans, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin 1957
Beyersdorf, Peter, Militärregierung und Selbstverwaltung. Eine Studie zur amerikanischen Besatzungspolitik auf der Stufe einer Gemeinde in den Jahren 1945—48, dargestellt an Beispielen aus dem Stadt- und Landkreis Coburg, phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1966
Blank, R., Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik N. F. 2, 1905, S. 507 ff.
Bloch, Ernst, Subjekt — Objekt, Frankfurt/Main 1962
Böhm, Walter, Hundert Jahre SPD in Augsburg, in: Schwäbische Volkszeitung, 28. 11. 64 (Sonderausgabe)
von Borch, Herbert, Grundlagen der Geschichtssoziologie, in: Alfred Weber, Einführung in die Soziologie, München 1955
Bosl, Karl und H. Schreibmüller, Geschichte Bayerns, Bd. 2, München 1955
Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 4), Stuttgart-Düsseldorf 1957
— ders., zusammen mit W. Sauer, G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 14), Köln und Opladen 1960, S. 35 f.
— ders., Wissenschafts- und zeitgeschichtliche Probleme der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: ZfS, 17. Jg. 1965, S. 447—464
Braun, Adolf, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe, Nürnberg 1914
Brunner, L., Politische Bewegungen in Nürnberg 1848/49, Heidelberg 1907
Buchheim, Hans, Die nationalsozialistische Zeit im Geschichtsbewußtsein der Gegenwart, in: Gibt es ein deutsches Geschichtsbild? (Studien und Berichte der katholischen Akademie in Bayern, H. 14) Würzburg 1961
Bußhoff, Heinrich, Ein offener politiksoziologischer Begriff des Politischen?, in: PVS 10, 1969, S. 108—115
Butler, David Edgeworth, The British General Election of 1955, London 1955
Chartier, R. D., Les Contradictions Internes des Groupements, in: Revue Française des Sciences Politiques, Oct.-Dec. 1951
Christentum und demokratischer Sozialismus, Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, hg. v. Karl Forster, H. 3, München 1958
Clay, Lucius D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950
Conze, Werner, Wahlsoziologie und Parteigeschichte, in: Aus Geschichte und Politik, Festschrift für Ludwig Bergsträsser, Düsseldorf 1954
— ders., Strukturgeschichte als Forschungsproblem des technisch-industriellen Zeitalters, Köln 1961
Coper, Rudolf, Failure of a Revolution, Germany in 1918—19, Cambridge 1955
Coser, Lewis A., Theorie sozialer Konflikte (amerikanisch: The Functions of Social Conflict), Soziologische Texte Bd. 30, Neuwied a. Rh. und Berlin 1965
Croner, Fritz, Tatsachen, Theorie und Wertungen, in: ZfS 1961, S. 577 ff.
Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart, München 1961
— ders., Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965
Dehio, Ludwig, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, 1955
Deuerlein, Ernst, Kleine Geschichte Bayerns, Lauf b. Nürnberg 1948
Deuerlein, Ernst, Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten 1870—1918, Regensburg 1955,
— ders., Die Einheit Deutschlands, Bd. I. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941—1949, Darstellung und Dokumente, Frankfurt/M. und Berlin 1961
— ders., Der Freistaat Bayern zwischen Räteherrschaft und Hitler-Putsch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/64, 28. Okt. 1964

Diederich, Nils, Empirische Wahlforschung, Konzeptionen und Methoden im internationalen Vergleich, Staat und Politik Bd. 8, Köln und Opladen 1965
Dirr, Pius, Auswärtige Politik Kurt Eisners und der Bayerischen Revolution, in: Süddeutsche Monatshefte, Febr. 1922, S. 246 ff.
— ders., Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, 3. Aufl., München und Berlin 1925
Doeberl, Michael, Sozialismus, Soziale Revolution, Sozialer Volksstaat, München 1920
Drewe, Paul, Die „strukturell-funktionale Theorie" und der soziale Wandel. Ein Nachwort zur Kontroverse zwischen Dahrendorf und Parsons, in: ZfS 1966, S. 329—336
Dupeux, Georges, Le front populaire et les élections de 1936, Paris 1959
Durkheim, Emile, Die Regeln der soziologischen Methode, hg. v. René König, Neuwied 1960
Duverger, Maurice, Die politischen Parteien, Veröffentlichungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, Bd. 9, Tübingen 1959
— ders., Methodes de la science politique, Paris 1959
Easton, David, The Political System, New York 1953
— ders., A Systems Analysis of Political Life, New York—London—Sidney 1965
Eberle, Theo, Die großen politischen Parteien und die Revolution 1918/19 in München, phil. Diss., Tübingen 1951
Eckert, Hugo, Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung. Industrielle Welt, hg. v. Werner Conze, Bd. 9, Stuttgart 1968
Edinger, Lewis J., German Social Democracy and Hitler's „National Revolution" of 1933: A Study in Democratic Leadership, in: World Politics, vol. V, No. 3 (April 1953), S. 330 ff.
— ders., Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933—1945, Hannover/Frankfurt/M., 1960
-- ders., Kurt Schumachers politische Perspektive, in: PVS 3, H. 4, Dez. 1962, S. 339 ff.
— ders., Kurt Schumacher, A Study in Personality and Political Behavior, Stanford (Cal.) and London 1965
Eheberg, Karl Theodor, Die industrielle Entwicklung Bayerns seit 1800, Erlangen 1897
— ders., Allgemeine bäuerliche Verhältnisse in Bayern, in: Bäuerliche Zustände in Deutschland 3 (1883)
Ehrenberg, Herbert, Regionalpolitik: Konzentration auf Schwerpunkte, in: Der Volkswirt Nr. 45, Nov. 1968
Ehrenfeuchter, Bernhard, Die Reichstagswahlen in Niedersachsen 1871—1912, phil. Diss., Göttingen 1952
Eisner, Kurt, Die neue Zeit, München 1919
— ders., Welt werde froh!, hg. v. der Büchergilde Gutenberg, Berlin 1929
Les élections du deux Janvier 1956. Sous la direction de M. Duverger, F. Goguel et Jean Touchard, Paris 1957
Ellwein, Thomas, Klerikalismus in der Deutschen Politik. Heiße Eisen Bd. 1, München 1955
Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, München 1948
Erdmann, Karl Dietrich, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VZG 3 (1955), S. 1—19
Erger, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20. Beitr. zur Gesch. d. Parlamentarismus u. der pol. Parteien, Bd. 35, Düssedorf 1967.
Febvre, Lucien, La terre et l'évolution humaine, Paris 1922
Fechenbach, Felix, Der Revolutionär Kurt Eisner, Berlin 1929
von Ferber, Christian, Der Werturteilsstreit 1909—1959, Versuch einer wissenschaftsgeschichtlichen Interpretation, in: ZfS 1959
Fijalkowski, Jürgen, Die Bedeutung der Soziologie für die politische Wissenschaft, in: Gesellschaft-Staat-Erziehung, 10. Jg. 1965, S. 6—11
Finer, Samuel E., Research in Political Science in Britain 1945—1960, in: Politische Forschung, Beiträge zum 10jährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, hg. v. Otto Stammer, Köln und Opladen 1960, S. 21 ff.
Flechtheim, Ossip K., Grundlegung der Politischen Wissenschaft, Meisenheim 1958
— ders., Zur Frage der innerparteilichen Demokratie, in: Neue Kritik, H. 8/1962
— ders., Zum Wertproblem in der Politik, in: PVS 1964, S. 188 ff.

— ders., Die politische Wissenschaft zwischen Ideologie und Utopie, in: Wh werkhefte — zeitschrift für probleme der gesellschaft und des katholizismus, München 20. Jg., Mai 1966, S. 157—166
Foerster, Friedrich Wilhelm, Erlebte Weltgeschichte 1869—1953, Nürnberg 1953
Fraenkel, Ernst, Das amerikanische Regierungssystem, Köln und Opladen 1960
— ders., Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/64, 26. Febr. 1964
Franz, Günther, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1949, Bremen-Horn 1957
Friedensburg, Wilhelm, Stephan Born und die Organisation der Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongreß, Leipzig 1923
Friedrich, Carl Joachim, Der Verfassungsstaat der Neuzeit, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953
Friedrich, Manfred, Opposition ohne Alternative? Über die Lage der parlamentarischen Opposition im Wohlfahrtsstaat, Köln 1962
Fürstenau, Justus, Die Entnazifizierung in der deutschen Nachkriegspolitik, phil. Diss., Frankfurt/M. 1955
von der Gablentz, Otto Heinrich, Macht, Gestaltung und Recht — die drei Wurzeln politischen Denkens, in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 2). Mit Beiträgen von K. D. Bracher, Martin Draht, O. H. v. d. Gablentz, A. R. L. Gurland, Berlin 1952
— ders., Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, Berlin 1952
— ders., Politische Forschung in Deutschland, in: Politische Forschung, Beiträge zum 10jährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, hg. v. Otto Stammer, Köln und Opladen 1960
Gärtner, Georg, Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868—1908, Nürnberg 1908
— ders., Karl Grillenberger, Nürnberg 1930
Geiger, Theodor, Die Masse und ihre Aktion, Stuttgart 1929
— ders., Demokratie ohne Dogma, München 1963
George, Pierre, Problèmes de morphologie sociale, in: Traité de sociologie, vol. I., S. 255—344
Gillen, J. F. J., State and Local Government in West Germany, 1945—1953, Bad Godesberg-Mehlem 1953
Gimbel, John, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945—1952, Köln-Berlin, 1964
Glashauser, Gabriele, Das Entstehen der politischen Parteien in Bayern 1848, phil. Diss., München 1944
Goguel, François et Georges Dupeux, Sociologie électorale, Esquisse d'un bilan. Guide de recherches, Paris 1951
— ders., La sociologie électorale, in: Traité de sociologie, vol. II
Gollwitzer, Heinz, Zur Geschichte des bayerischen Parteiwesens, in: Unser Geschichtsbild. Wege zu einer universalen Geschichtsbetrachtung, hg. v. Karl Rüdinger, München 1954, S. 181 ff.
— ders., Bayern 1918—1933, in: VZG 4 (1955), S. 366 ff.
Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966
Greenwood, Ernest, Experimental Sociology, A Study in Method, New York, 1949
Grewe, Wilhelm, Parteienstaat — oder was sonst?, in: Der Monat, 3. Jg., 1951, H. 36, S. 563 ff.
Grosser, Alfred, Die politisch-wissenschaftliche Forschung in Frankreich, in: Politische Forschung, Beiträge zum 10jährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, hg. v. Otto Stammer, Köln u. Opladen 1960
Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinn, hg. v. Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft „Demokratisches Deutschland": Dr. Josef Wirth, Reichskanzler a. D.; Dr. Otto Braun, Preußischer Ministerpräsident a. D.; Dr. Wilhelm Hoegner, Staatsanwalt; Dr. J. J. Kindt-Kiefer, Schriftsteller; H. G. Ritzel, Oberregierungsrat, Bern 1945
Gugler, Josef, Die neuere französische Soziologie, Ansätze zu einer Standortbestimmung der Soziologie, Soziologische Texte Bd. 5, Neuwied und Berlin 1961
Gurvitch, Georges, La vocation actuelle de la sociologie, Bd. 1, 2. Aufl. Paris 1957
— ders., Problèmes de sociologie générale, in: Traité de sociologie, Bd. 1, Paris 1958, S. 155—251

Habermas, Jürgen, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum 60. Geburtstag, hg. v. Max Horkheimer, Frankfurt 1963
— ders., Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus, in: ZfS 1964
— ders., Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Rh. und Berlin, 3. Aufl. 1968
Haerdter, Robert, Die Parteien und die deutsche Demokratie, in: Die Gegenwart, Nr. 58/59, 1948, S. 7 ff.
Härtel, Lia, Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart und Köln 1951
Hättich, Manfred, Der Begriff des Politischen, in: PVS, März 1967, S. 40—50
Hatschek, Julius, Englisches Staatsrecht, Bd. 2, 1905
Hausenstein, Wilhelm, Erinnerung an Eisner, in: Der Neue Merkur, 3. Jg., April 1919, S. 56 ff.
Heberle, Rudolf, From Democracy to Nazism. A Regional Case Study on Political Parties in Germany, Baton Rouge 1945. Deutsch (urspr. Fassung) unter dem Titel: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918—1932 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte f. Zeitgesch. Nr. 6), Stuttgart 1963
— ders., Social Movements. An Introduction to Political Sociology, New York 1951 (deutsch unter d. Titel: Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1965
— ders., Principles of Political Ecology, in: Soziologische Forschung in unserer Zeit, Leopold von Wiese zum 75. Geburtstag, hg. v. Karl Gustav Specht, Köln und Opladen 1951
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Sämtliche Werke, hg. v. Hermann Glockner, Bd. XI, Stuttgart 1928
Hennis, Wilhelm, Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Politica, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hg. v. W. Hennis u. H. Maier, Bd. 14, Neuwied am Rhein und Berlin 1963
Heubl, Franz Die staatsrechtliche Entwicklung Bayerns im Jahre 1945, Diss., München 1948
von der Heydte, August und Karl Sacherl, Soziologie der deutschen Parteien, München 1955
Hirsch, Emanuel, Die Beisetzung der Romantiker in Hegels Phänomenologie, in: Die idealistische Philosophie und das Christentum, Gütersloh 1926
Hirsch-Weber, Wolfgang und Klaus Schütz, Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953, Berlin und Frankfurt/Main 1957
— ders., Gewerkschaften in der Politik, Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 13, Köln und Opladen 1959
Hoegner, Wilhelm, Föderalismus, Unitarismus oder Separatismus?, in: SZ, 13. November 1945
— ders., Die Bayerische Verfassung (I u. II), in: NZ, 31. Mai 1946, S. 3 und 7. Juni 1946, S. 2
— ders., Der Entwurf eines bayerischen Landeswahlgesetzes, in: SZ, 7. 10. 48
— ders., Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts, München 1949
— ders., Sozialismus in bayerischer Tracht. Ein Porträt Georg von Vollmars zu seinem 100. Geburtstag, in: SZ, 4./5. 3. 50.
— ders., Der schwierige Außenseiter, München 1959
— ders., Georg von Vollmar — ein bayerischer Parlamentarier, in: politische studien, heft 153, 15. jahrg., jan./febr. 1964, hg. v. günter olzog, münchen, S. 53—64
— ders., Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit (1945—63). Historisch-politische Schriftenreihe des Neuen Presseclubs, München, H. 2, München o. J.
Hofstätter, Peter R., Gruppendynamik, rowohlts deutsche enzyklopädie Bd. 38, Hamburg 1957
Homans, George C., Theorie der sozialen Gruppe, Opladen 1960
Howard, Perry H., Political Tendencies in Louisiana 1812—1952, Baton Rouge 1957
Howley, Frank L., Berlin Command, New York 1950
Hüllbüsch, Ursula, Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik, phil. Diss., Heidelberg 1958
Hundhammer, Alois, Geschichte des Bayerischen Bauernverbandes, phil. Diss., München 1924
— ders., Die landwirtschaftliche Berufsvertretung in Bayern, staatswiss. Diss., München 1926
Huizinga, Johan, Geschichte und Kultur, Stuttgart 1954
Hurwitz, Harold J., The Bavarian Revolution and its Significance for the Sociology of Revolution and National Development, Bates College 1946
Isard, Walter und Thomas A. Reiner, Regional Science, in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, hg. v. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover

1966, Spalte 1697—1708 (deutsche Zusammenfassung von Edwin von Böventer, ebenda, Spalte 1708—1711)
Janowitz, Morris, Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: ZfS 1958
Jansen, Reinhard, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958
Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964
Kampffmeyer, Paul, von Vollmar und die Sozialdemokratie. Gegen das Vollmartum in der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 1892
Kant, Immanuel, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Ausgewählte kleine Schriften, Hamburg 1965
Keil, Wilhelm, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Stuttgart 1947/48
Kempski, Hans Ulrich, Parlamentssitze unter dem Rechenstift, in: SZ, 29. 11. 50
von Kempski, Jürgen, Wissenschaft von der Politik — sozusagen, in: Merkur — Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, XX. Jg. H. 5 — Mai 1966 — S. 454—468
Key, V. O., Politics, Parties and Pressure Groups, 2. Aufl., New York 1948
Kirchheimer, Otto, Parteistruktur und Massendemokratie in Europa, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 79, 1954
Kirchpfennig, Eugen, Der Weg in die Freiheit, 80 Jahre Sozialdemokratie in Bayern, München 1948
Kitzinger, Uwe Webster, Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957, Göttingen 1960
Kliem, Kurt, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen", phil. Diss. Marburg 1957
Kluth, Hans, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945—1956, Köln und Opladen 1959
von Knoeringen, Waldemar, Die SPD im Wahlkampf, in: SZ, 9. 8. 49
— ders., Kulturpolitik als Staatspolitik, in: Christentum und demokratischer Sozialismus, Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern, hg. v. Karl Forster, H. 3, München 1958
Koellreutter, Otto, Die politischen Parteien im modernen Staate, Breslau 1926
König, René, Einige Überlegungen zu der Frage der „Werturteilsfreiheit" bei Max Weber, in: ZfS 1964, S. 1 ff.
Koeppen, W., Die Anfänge der Arbeiter- und Gesellenbewegung in Franken (1830—1852), Erlangen 1935
Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919, Düsseldorf 1962
Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur, Heidelberg 1958
Kraft, Viktor, Grundlagen einer wissenschaftlichen Wertlehre, 2. Aufl., Wien 1951
Die Kriegsschuldlüge vor Gericht, Bericht über den Prozeß um Eisners Dokumenten-Fälschung am Amtsgericht München I, 27. April bis 11. Mai 1922, in: Süddeutsche Monatshefte, Mai 1922, S. 49 ff.
Krippendorff, Ekkehart, Das Ende des Parteienstaats?, in: Der Monat, H. 160, 1962, S. 64—70
Landauer, Gustav, Mein Lebensgang in Briefen, 2 Bde., Frankfurt 1929
Lange, Hermann, Ideen und Praxis der sozialdemokratischen Außenpolitik in der Deutschen Republik (1918—1926), phil. Diss., Erlangen 1949
Lange, Max Gustav, Politische Soziologie, Berlin und Frankfurt a. M. 1961
Lapp, Elmar, Vorgeschichte und Gesetzgebung des Länderrates der US-Zone, Diss., München 1948
Lasswell, Harold D. und Abraham Kaplan, Power and Society, New Haven 1950
Lavau, G. E., Partis politiques et réalités sociales. Contribution à une étude réaliste des partis politiques. Cahiers de la fondation nationale de sciences politiques, vol. 38, Paris 1953
Lazarsfeld, Paul F., Berelson und Hazel Gaudet, The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign, New York 1949 (Deutsche Übersetzung: Wahlen und Wähler, Soziologische Texte Bd. 18, Neuwied und Berlin 1964)
Lehmbruch, Gerhard, Die Soziologie der Wählerschaft in der internationalen Forschung, in: Gesellschaft-Staat-Erziehung, 1957, S. 269—279
— ders., Das Mouvement Républicain Populaire in der Vierten Republik. Der Prozeß der politischen Willensbildung in einer französischen Partei, phil. Diss., Tübingen 1962

Lipinski, Richard. Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, 2 Bde., Leipzig 1929
Lipset, Seymour Martin, Soziologie der Demokratie, Soziologische Texte Bd. 12, Neuwied-Berlin 1962
Lohmar, Ulrich, Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Soziologische Gegenwartsfragen, N. F., Nr. 18, Stuttgart 1963
Lukacs, Georg, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923
Maier, Hans, Die Lehre der Politik an den deutschen Universitäten vornehmlich vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, hg. v. Dieter Oberndörfer, Freiburg 1962
— ders., Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland, in: VZG 10, 1962, S. 225—249
Marcuse, Herbert, Vernunft und Revolution, Soziologische Texte Bd. 13, Neuwied a. Rh. und Berlin 1962
Markmann, Heinz, Das Abstimmungsverhalten der Parteifraktionen in deutschen Parlamenten, Meisenheim 1955
Marx, Karl und Friedrich Engels, Das kommunistische Manifest, München 1948
— ders., Das Kapital, Bd. III, Berlin 1949
— ders., und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Berlin 1952
Mattes, Wilhelm, Die bayerischen Bauernräte, Stuttgart-Berlin 1921
Matthias, Erich, Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938, Stuttgart o. J. (1952)
— ders., Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945, Tübingen 1954
— ders., Zur Geschichte der Weimarer Republik, in: Die Neue Gesellschaft, 1956, S. 312 ff.
— ders., Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933, in: VZG 4, 1956
— ders., Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960
Mauch, Berthold, Die bayerische FDP, 1945—1949, Porträt einer Landespartei, phil. Diss., Erlangen-Nürnberg 1965
Mauss, Marcel, Divisions et proportions des divisions en sociologie, in: Année Sociologique N. S., Bd. 2, 1924—25
— ders., Sociologie et Anthropologie, Paris 1950
Mayo, Elton, Probleme industrieller Arbeitsbedingungen, Frankfurt/M., 1950
Mc Kean, Dayton D., Party and Pressure Politics, Cambridge (Mass.) 1949
Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 3 u. 4, 2. Aufl. Stuttgart 1903
Merl, Wilhelm, Die arbeits- und lohnpolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften in Bayern nach 1945 bis Ende 1947, staatswirtschaftl. Diss., München 1948
Merton, Robert K., Social Theory and Social Structure, Glencoe (Ill.), 2. Aufl. 1959
Meyerhoff, Hans, The Reconstruction of Government and Administration, in: The Struggle for Democracy in Germany, hg. v. Abraham Almond, Chapel Hill 1949
Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 2. verm. Aufl., Leipzig 1925
Mills, Charles Wright, Kritik der soziologischen Denkweise, Soziologische Texte, Bd. 8, Neuwied/Rh. — Berlin 1963
Mitchell, Allan, Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967
Mobilisierung der Demokratie, hg. unter der Leitung von Waldemar von Knoeringen, München 1966
Mommsen, Hans, Historische Methode, in: Geschichte, Das Fischer-Lexikon 24, hg. v. Waldemar Besson, Frankfurt/M. 1961, S. 78—91
— ders., Zum Verhältnis von politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, in: VZG 10, 1962, S. 341—372
Morazé, Charles, Etudes de sociologie électorale. Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris 1947
von Müller, Karl Alexander, Das Bayerische Problem in der deutschen Geschichte, München und Berlin 1931

— ders., Mars und Venus, Erinnerungen 1914—1919, Stuttgart 1954
— ders., Lola Montez und ein Münchener Polizeidirektor, in: Am Rande der Geschichte, 1957
Müller, Walter, Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/46, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3 (1961), Sonderheft anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED, S. 117—138
Müller-Meiningen, Ernst, Aus Bayerns schwersten Tagen, Berlin und Leipzig 1923
Münke, Stephanie, Wahlkampf und Machtverschiebung, Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950, Berlin 1952
Narr, Wolf-Dieter, CDU-SPD, Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966
— ders., David Eastons Systemanalyse. Ein Königs- oder Holzweg einer allgemeinen Theorie des politischen Verhaltens, in: PVS 1967, S. 424—444
— ders., Theorienbegriffe und Systemtheorie. Einführung in die moderne politische Theorie, Bd. 1, Stuttgart 1969
Naschold, Frieder, Systemsteuerung. Einführung in die moderne politische Theorie, Bd. 2, Stuttgart 1969
Nerdinger, Eugen, Die unterliegen nicht, die für eine große Sache sterben! Fragen und Antworten über Tat, Grund und Bedeutung des Augsburger Widerstandskämpfers Bebo Wager, Augsburg 1965
Neubauer, Helmut, München und Moskau 1918/19. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern, München 1958
Neumann, Franz, Die Wissenschaft von der Politik in der Demokratie (Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik), Berlin 1950
— ders., The Democratic and the Authoritarian State. Essays in Political and Legal Theory, ed. by Herbert Marcuse, Glencoe (Ill.) 1957 (deutsch unter demTitel: Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/M. 1967)
— ders., Angst und Politik, Tübingen 1954 (auch in obigem Sammelband; dt. Ausg. S. 261—291)
Neumann, Sigmund, Die deutschen Parteien, Berlin 1932. Neu erschienen unter dem Titel: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965
— ders., Die politische Forschung in den Vereinigten Staaten, in: Politische Forschung, Beiträge zum 10jährigen Bestehen des Instituts für Politische Wissenschaft, hg. v. Otto Stammer, Köln und Opladen 1960, S. 1 ff.
Nicholas, H. G., The British General Election of 1950, London 1951
Niebuhr, Reinhold, Consensus in einer demokratischen Gesellschaft, in: PVS 2, 1961, S. 202 ff.
Niethammer, Lutz, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: VZG 15, 1967, S. 153—210
Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen politischen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961
Noske, Gustav, Aufstieg und Niedergang der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1947
Oberndörfer, Dieter, Politik als praktische Wissenschaft, in: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundlagen ihrer Tradition und Theorie, hg. v. D. Oberndörfer, Freiburg 1962 S. 9—58
von Oertzen, Peter, Die großen Streiks der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: VZG 6 (1958)
— ders., Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963
— ders., Überlegungen zur Stellung der Politik unter den Sozialwissenschaften, in: ZfS, 17. Jg. 1965, S. 503—520
Die rechtliche Ordnung des Parteiwesens. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission, Frankfurt/M. 1957
Oschilewski, Walther G., Ernst Paul und Peter Raunau, Erich Ollenhauer, der Führer der Opposition, Berlin o. J.
Osterroth, Franz, Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960
Pareto, Vilfredo, Fatti e teorie, Firenze 1920

Parsons, Talcott und E. A. Shils, Toward a General Theory of Action, Cambridge (Mass.) 1951
— ders., The Social System, London 1952
— ders., Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany, in: Essays on Sociological Theory Pure and Applied, Glencoe (Ill.) 1954, S. 125 ff.
— ders., Die jüngsten Entwicklungen in der strukturell-funktionalen Theorie, in: ZfS 1964
Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, mit Beiträgen von Max Gustav Lange u. a. (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 6) Stuttgart-Düsseldorf 1955
Partis politiques et classes sociales en France. Association Française de science politique. Cahiers de la Fondation nationale des Sciences Politiques. Partis et elections vol. 74, Paris 1955 (Bibliographie, hg. von M. Duverger)
Pfeiffer, Anton, Gedankenwelt und Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei, München 1922
Pflaume, Heinz, Organisation und Vertretung der Arbeitnehmer in der Bewegung von 1848, phil. Diss. Jena 1933, Weimar 1934
Pirker, Theo, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945—1964, München 1965
Popper, Karl, The Open Society and Its Enemies, 4. Aufl., London 1962, Bd. 2
— ders., Conjectures and Refutations, London 1963
Prager, Eugen, Geschichte der USPD, Berlin 1921
Quarck, Max, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus, Leipzig 1924
Reichhardt, Hans J., Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 12 (1963)
Rellik, Robert (Pseudonym), Streiflichter auf hundert Jahre, in: 1863—1963, 100 Jahre SPD ... ihr Wirken in Bayern, Festschrift, hg. v. SPD-Bezirk Südbayern, München o. J. (1963)
Riecken, Henry W. und George C. Homans, Psychological Aspects of Social Structure, in: G. Lindzey (Hg.), Handbook of Social Psychology, Cambridge (Mass.) 1954
von Riezler, Sigmund, Das glücklichste Jahrhundert bayerischer Geschichte 1806—1906, München 1906
Ritter, Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, Berlin-Dahlem 1963
Roeder, Hans Fritz, Parteien und Parteienstaat in Deutschland, München 1930
Röder, Werner, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940—45, Hannover 1969
— ders., Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942—45, in: VZG 17, 1969, S. 72—86
Roloff, Ernst-August, Demokratie ohne Parteien?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/65, 10. 11. 65, S. 3—16
Ronneberger, Franz, Verfassungswirklichkeit als politisches System, in: Der Staat, H. 4, 1968
Rosenberg, Arthur, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1955
Rothfels, Hans, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VZG 1, 1953
Rousseau, Jean Jacques, Der Gesellschaftsvertrag „Contrat Social", Stuttgart 1958
Rückel, Gert, Die Fränkische Tagespost, hg. im Auftrage der Stadt Nürnberg — Schul- und Kulturreferat — von der Stadtbibliothek, Nürnberg 1964
Rüdinger, Karl, Die Arbeiterbewegung in Bayern 1848—1850. Ein Beitrag zur Geschichte der 48er Bewegung in Bayern, phil. Diss. München 1933, Bottrop 1934
Schade, Franz, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 1, Hannover 1961
Scheele, Godfrey, The Weimar Republik. Overture to the Third Reich, 1946
Scheidemann, Philipp, Memoiren eines Sozialdemokraten, 1. Bd., Dresden 1928
Schlessinger, Georg Friedrich Wilhelm, Die Agrartheorien der deutschen Sozialdemokratie vom Breslauer Parteitag 1895 bis 1914, staatswissenschaftl. Diss., München 1938
Schlögl, Alois, Bayerischer Bauernverband, Entstehung und Geschichte, München 1947

Schmitt, Carl, Der Hüter der Verfassung, Beiträge zum öffentlichen Recht der Gegenwart, Nr. 1, Tübingen 1931
— ders., Der Begriff des Politischen, Hamburg 1933
Schmitt, Franz August, Die neue Zeit in Bayern, München 1919
— ders., Der 21. Febr. vor Gericht II, Der Lindner-Prozeß, in: Politische Zeitfragen, Jg. 2, H. 4 (15. Febr. 1920)
Schneider, Erich, Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—1899, phil. Diss., Mainz 1956
Schricker, Rudolf, Rotmord über München, Berlin o. J.
Schröder, Wilhelm, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, in: Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung 4—5, hg. v. Max Grunwald, Dresden 1912, S. 71 ff.
Schütz, Klaus, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 6), Stuttgart und Düsseldorf 1955
Der bayerische Schulkonflikt in Dokumenten, in: Die Bayerische Schule, 21. Jg., Heft Nr. 19, 5. 7. 68, S. 317—327, und Heft Nr. 20, 15. 7. 68, S. 334—354
Schumann, Hans Gerd, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung (Schriftenreihe des Inst. für wissenschaftliche Politik, Marburg/Lahn 6), Hannover und Frankfurt/M. 1958
Schumpeter, Joseph Alois, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl., München 1950
Schwarz, Hans-Peter, Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland, in: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, hg. v. Dieter Oberndörfer, Freiburg 1962
Schwend, Karl, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918—1933, München 1954
Sendtner, Kurt, Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954
Sering, Paul (Pseudonym für Richard Löwenthal), Jenseits des Kapitalismus, Lauf b. Nürnberg 1946 und München 1948
Sherif, M. u. C. W., Groups in Harmony and Tension. An Integration of Studies on Intergroup Relations, New York 1953
Siegfried, André, Tableau politique de la France de L'Ouest sous la Troisième République, Paris 1913
— ders., Le tableau des partis en France, Paris 1931
— ders., Géographie électorale de l'Ardèche sous la Troisième République, Paris 1949
Simmel, Georg, Der Streit, in: ders., Soziologie, Leipzig 1908 (4. Aufl., Berlin-München 1958)
Simon, Matthias, Evangelische Kirchengeschichte Bayerns, 2. Aufl., Nürnberg 1952
Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 8. Aufl., Stuttgart 1954
Sontheimer, Kurt, Zum Begriff der Macht als Grundkategorie der Politischen Wissenschaft, in: Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, hg. v. Dieter Oberndörfer, Freiburg 1962, S. 197 ff.
Die bayerische Sozialdemokratie vom 8. Nov. 1918 bis 2. Juni 1920, hg. v. Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayerns, München 1921
Speckner, Herbert, Die Ordnungszelle Bayern, Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, phil. Diss., Erlangen 1955
Stammer, Otto, Politische Soziologie, in: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, hg. v. Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, 2. Aufl., Düsseldorf 1955
Stonequist, E. V., The Marginal Man, New York 1937
Süßheim, Max, Revolution und Bayerische Verfassung, München o. J.
Sumner, William G., Folkways, Boston, New York, Chicago, London 1940 (zuerst 1906)
Taylor, A. J. P., The Course of German History, 1945
Thieringer, Rolf, Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik, phil. Diss., Tübingen 1954
Thoma, Ludwig, Ein Leben in Briefen (1875—1921), München 1963
Timm, Johannes, Die Arbeiterpolitik im bayerischen Landtag, in: SM XIV (1908)
Tormin, Walter, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954
Traité de sociologie, hg. v. Georges Gurvitch, 2 Bde., Paris 1958/1960
Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, Bd. 2, Reden und Schriften, hg. v. Arno Scholz u. W. G. Oschilewski, Berlin 1953

Umlauf, Josef, Wesen und Organisation der Landesplanung, Essen 1958
Varain, Heinz Josef, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920). Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 9, Düsseldorf 1956
Virchow, Martin, Der GB/BHE — ein neuer Parteientyp?, in: Parteien in der Bundesrepublik
von Vollmar, Georg, Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Zwei Reden, gehalten am 1. Juni und 6. Juli im „Eldorado" zu München, München 1891; 2. Aufl. mit den Reden auf dem Parteitag zu Erfurt und vier Aufsätzen vom „Optimismus", München 1898
— ders., Über Staatssozialismus, Nürnberg 1892
— ders., Der Staatssozialismus unter Bismarck und Wilhelm II., in: Die Gesellschaft, H. 11, 1892
— ders., Zur Streitfrage über den Staatssozialismus, in: Die neue Zeit, Stuttgart, 11. 1. 1892
— ders., Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern, Nürnberg 1896
— ders., Sozialdemokratie und Vaterland, Rede zum Militäretat am 11. Jan. 1906, München 1906
Wagner, Hans, Die Organisation der politischen Parteien auf der Unter- und Mittelstufe, Diss. Würzburg 1964
Wagner, Helmut, Strukturen und Typen deutscher Länder. Eine Untersuchung über den Regionalismus in Deutschland, in: PVS 10, 1969, S. 80—98
Weber, Max, Bemerkungen im Anschluß an den vorstehenden Aufsatz (R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands), in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik N. F. 2, 1905
— ders., Gesammelte politische Schriften, München 1921
— ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1947
Wildenmann, Rudolf, Partei und Fraktion, Meisenheim 1954
— ders., Macht und Konsens, Frankfurt/M. 1963
Zetterberg, Hans L., Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, hg. v. R. König, Bd. 1, Stuttgart, 2. Aufl. 1967
Ziebura, Gilbert, Probleme der politologischen Forschung, in: PVS 4, 1963, S. 94—97
Zimmermann, Ludwig, Die Einheits- und Freiheitsbewegung und die Revolution von 1848 in Franken, Würzburg 1951
Zimmermann, Werner Gabriel, Bayern und das Reich 1918—1923, München 1953
Zorn, Rudolf, Gedanken zur wirtschaftlichen Neuorientierung, München 1948
— ders., Plan A der bayerischen SPD, in: SZ, 13. Juli 1948
Zorn, Wolfgang, Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1648—1870. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des schwäbischen Unternehmertums, Augsburg 1961
— ders., Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1860—1933. Bayerische Heimatforschung H. 14, München-Pasing 1962

PERSONENREGISTER[1]

Abendroth, W. 130, 192, 195, 199
Adenauer, K. 90
Adler, F. 51
Adler, H. G. 48
Adler, V. 37
Adorno, Th. W. 14, 197
Agartz, V. 123, 171
Albert, H. 13, 197
Albert, M. 62 f., 101, 103, 180
Albertini, R. v. 196
Albrecht, L. 62, 105, 115, 132 f.; Anh.: 239
Albrecht, W. 39
Allmer, M. 93, 99, 112, 126, 135; I.: 279
Anderle, O. F. 23
Ankermüller, W. 174; Anh.: 262 f.
Arndt, A. 134
Aretin, E. v. 44 f.
Aretin, K. O. v. 45
Arnold, K. 91
Auer, E. 35, 38—48, 50, 189; B.: 265
Auer, I. 33
Auerbach, Ph. 150
Ay, K. L. 39

Bahner, D. 187
Baierl, F. 146
Balderer, H. 113
Balfour, M. 53
Balser, F. 29 ff.
Barnard, Ch. I. 21
Barraclough, G. 43
Bauer, A. 81
Bauer, B. 29
Bauer, H. 133, 182
Bauernfreund, S. (Pseudonym) 177
Baumgartner, J. 70 f., 76, 87, 179 f.; Anh. 261 ff.
Baur, V. 51, 89 ff., 97 f., 101, 103 ff., 117 f., 128, 131 f., 134, 153; Anh.: 239, 255; B.: 267 f.; I.: 279
Bebel, A. 31 f., 34, 36 f., 104
Beck, H. 62, 182
Behrisch, A. 103, 184
Berelson, B. R. 196
Bergsträsser, L. 37
Besson, W. 14, 16 f., 195, 203
Beyer, H. 41
Beyersdorf, P. 54
Bezold, O. 92
Birk, G. 33
Bismarck, O. v. 35
Blank, R. 37
Bloch, E. 14
Bloch, J. 34
Böckler, H. 90
Böhm, W. 31, 98
Böventer, E. v. 198
Bonnet, H. 169
Borch, H. v. 201
Born, St. 30
Bosl, K. 19, 29, 39
Bracher, K. D. 16 f.
Brandmann, I. 99
Brandt, W. 112
Braun, A. 31
Braun, O. 52
Brenner, E. 182, 185; Anh.: 264
Brüning, H. 51
Brunner, L. 30
Buch, W. 100
Buchheim, H. 16
Bußhoff, H. 13
Butler, D. E. 197

Chartier, R. D. 198
Clay, L. D. 53—56, 159 f.
Conze, W. 23, 195 f.
Coper, R. 43
Coser, L. A. 196
Cronauer, W. 182
Croner, F. 201
Crossman, R. 51

Dahrendorf, G. 100
Dahrendorf, R. 14, 22, 195 f., 198, 200, 202 f.
Dandl, O. v. 39
Dehio, L. 16
Deuerlein, E. 37, 39, 52 f., 158
Diederich, N. 196 f.
Dietzfelbinger, H. 186, 188

[1] Statt eines *Sachregisters* wird auf das Inhaltsverzeichnis und die umfangreichen Hinweise auf entsprechende Stellen in den Anmerkungen der Arbeit verwiesen.
Seitenangaben für den Anhang (= Anh.) sind im *Personenregister* nur aufgeführt, falls die betreffenden Personen in Text oder Anmerkungen der Arbeit vorkommen bzw. für das Thema von unmittelbarer Bedeutung sind.
B. = Biographie, I. = Interview (Datum).

Dirr, P. 42
Doeberl, M. 39 f.
Döpfner, J. 186
Dollinger, W. 187
Donsberger, J. 63
Dorn, W. 53, 56, 159
Drechsel, M. 172
Drewe, P. 198
Drexel, J. E. 77
Dulles, A. 51 f.
Dupeux, G. 196 f.
Durkheim, E. 196
Duverger, M. 17 f., 133, 143 f., 195 ff.

Easton, D. 13
Eberle, Th. 40
Ebert, F. 43
Ebert, W. 186
Eckert, H. 25, 29
Edinger, L. J. 26, 47, 50, 56, 59, 103, 105, 107, 191
Ehard, H. 55, 57, 59—63, 65 f., 69, 72, 75 f., 88, 141, 163 ff., 169, 172; Anh.: 257, 261 ff.
Eheberg, K. Th. 29
Ehrenberg, H. 198
Ehrenfeuchter, B. 197
Ehrhart, F. J. 34 f., 45; B.: 265
Eisner, K. 19, 29, 38—45, 189
Eisenhower, D. D. 53
Ellwein, Th. 85
Endres, F. 47
Engels, F. 123, 198
Epp, F. X. v. 46 f.
Erdmann, K. D. 43
Erger, J. 43
Erhard, L. 74, 90, 173; Anh.: 261
Ernst, M. 98
Ertl, J. 187
Essl, E. 118

Faulhaber, M. v. 83 f., 86, 182
Febvre, L. 198
Fechenbach, F. 41 f.
Fechner, M. 77
Feitenhansl, K. 94
Felder, J. 41, 44 ff., 48 ff., 97, 111, 131, 133 ff.; B.: 268; I.: 279
Fendt, F. 84, 97, 166, 181; Anh.: 261
Feneberg, H. 72, 75, 135, 185
Ferber, Ch. v. 13
Ficker, L. 77 f.; Anh.: 261
Fijalkowski, J. 17
Finer, S. E. 17
Fischer, L. 186
Fischer, W. 116, 165, 179; Anh.: 239
Flechtheim, O. K. 13, 17, 60, 77, 81, 112, 122, 135, 150, 158
Fleischer, E. 121
Foerster, F. W. 42
Fraenkel, E. 15, 192
Franke, H. Anh.: 239
Franz, G. 197, 203
Frieb, H. 48 f.; B.: 266 f.
Friedensburg, W. 30
Friedrich, C. J. 158, 202
Friedrich, M. 192
Fürstenau, J. 160 f.

Gabert, V. 81, 95, 112 ff., 116, 187; B.: 268; I.: 279
Gablentz, O. H. v. d. 17 f., 197
Gärtner, G. 30—34
Gaitskell, H. 50
Gaudet, H. 196
Geiger, Th. 144
Gentner, H. 166, 177; Anh.: 262
George, P. 199
Gillen, J. F. J. 54 f., 97, 136
Gimbel, J. 54
Glashauser, G. 30 f.
Glass, R. Anh.: 256
Göhler, H. 45, 81, 89 f., 105 f., 109—112, 114, 117 f., 121, 128, 138 f., 153; B.: 268; I.: 279
Götzendorff, G. 95 f.
Goguel, F. 196—199
Gollwitzer, H. 40, 44
Grebing, H. 129
Greenwood, E. 201
Grewe, W. 16
Grillenberger, K. 32—35, 37, 45; B.: 265
Grosser, A. 17
Grotewohl, O. 77, 100
Gugler, J. 196
Gurvitch, G. 144, 197

Haas, F. 41, 45, 48, 77, 97 f., 104 ff., 111 f., 126, 128, 131, 134, 137; B.: 268; I.: 279
Haas, J. O. 49
Habermas, J. 130, 197
Haerdter, R. 54
Härtel, L. 159
Hättich, M. 13
Hagen, G. 184
Hagen, L. 87, 90, 92, 98, 172
Hatschek, J. 203
Hausenstein, W. 43
Haussleiter, A. 82
Heberle, R. 196 f., 199, 203
Hegel, G. W. F. 15, 197
Hemken, R. 54, 158, 160
Hennig, A. 85
Hennis, W. 13, 15, 17

Heubl, F. 54
Heydte, A. v. d. 130, 133, 144, 148, 198
Hielscher, E. 62, 97
Hilferding, R. 51
Hille, A. 133
Hirsch, E. 15
Hirsch, P. 167
Hirsch-Weber, W. 47, 89, 93, 129, 197
Hitler, A. 46 f., 50 f., 78, 154
Hoegner, W. 23, 25 f., 33, 35, 40, 44—60, 62 f., 65 ff., 71 f., 77—80, 83 f., 86 ff., 90 f., 93 f., 97—105, 107, 112, 114, 119, 131, 133, 138—141, 150, 157—161, 163—166, 168—171, 176 ff., 181 f., 187, 189 ff., Anh.: 207, 239, 261 ff.; B.: 269; I.: 279
Höhne, F. 89 ff., 93, 97—100, 104 ff., 108, 117 f., 121, 125, 128, 133 ff., 153; Anh.: 239; B.: 269; I.: 279
Höltermann, A. 159 f.; Anh.: 262
Hoffmann, J. 45 f.
Hofmann, L. 98; Anh.: 239
Hofstätter, P. R. 144
Homans, G. C. 20 f., 202
Horlacher, K. 118
Horlacher, M. 63
Howard, P. H. 197, 199
Howley, F. L. 54
Huber, F. J. 62
Huber, L. 187
Hüllbüsch, U. 47
Huizinga, J. 198
Hundhammer, A. 57, 59, 62—65, 70 ff., 74 ff., 84, 86, 88, 92, 165 f., 183 f., 188, 190; Anh.: 262 f.
Hurwitz, H. J. 25

Isard, W. 198

Jaksch, W. 134
Janowitz, M. 148
Jansen, R. 25, 33 ff., 37 f.

Kaden, A. 77 f., 80, 97, 100, 148 f.
Käser, E. 182
Kahr, G. v. 44, 46
Kaisen, W. 103
Kampffmeyer, P. 36
Kant, I. 15
Kaplan, A. 13
Kapp, W. 46
Kautsky, K. 37
Keil, W. 37, 44
Keller, F. 56
Kempski, H. U. 74 f.
Kempski, J. v. 17
Kern, G. 99
Key, V. O. 196
Kiene, J. 121, 161, 179; Anh.: 239
Kindt-Kiefer, J. J. 52
Kirchheimer, O. 154
Kirchpfennig, E. 30
Kitzinger, U. 197
Kitzmann, R. 113 f.
Kliem, K. 50 f.
Kluth, H. 81
Knoeringen, W. v. 23, 26, 45, 47, 49 ff., 62—76, 81 f., 84 ff., 88, 91, 93, 96, 104—107, 110, 112, 114, 116 f., 119, 121 ff., 128 f., 132—135, 138 ff., 142, 148, 152 f., 156 f., 161, 163 f., 167, 171 ff., 175, 189, 191; Anh.: 207, 239; B.: 269; I.: 279
Köhl, S. 182
Köhler, A. 132
Koellreutter, O. 129
König, R. 13, 200
Koeppen, W. 30
Kolb, E. 43
Koszyk, K. 46
Kraft, V. 13
Kraft, W. 96
Kramer, H. 98, 115; Anh.: 255
Krehle, H. 55; Anh.: 261—264
Kreyssig, G. 132, 134
Kriedemann, H. 171, 178
Krippendorff, E. 192
Kröpelin, K. 78 f., 103
Kroll, P. 173
Kroth, A. 77
Künneth, W. 85

Lacherbauer, C. H. 63; Anh.: 262 f.
Lafargue, P. 34
Landauer, G. 41
Lange, H. 42
Lange, M. G. 15
Lapp, E. 54
Lassalle, F. v. 31 f.
Lasswell, H. D. 13
Laufer, G. (geb. Vey) 97, 99, 115, 123, 128, 150; B.: 269 f.; I.: 279
Lavau, G. E. 18, 195, 197
Lazarsfeld, P. F. 196
Legien, C. 38
Lehmbruch, G. 196 f.
Lenin, W. I. 197
Letz, G. 187
Liebknecht, W. 36 f.
Lindner, A. 40
Lindzey, G. 202
Lipinski, R. 30 ff.
Lipset, S. M. 203
Löwenthal, R. (s. Sering, P.)

Lohmar, U. 110, 130 f., 148
Lorenz, G. 141
Loritz, A. 55, 81 f.; Anh.: 262
Loßmann, J. 62, 78, 98 f., 101, 103, 107 f., 112, 132, 139
Lukács, G. 197

Maag, J. 87, 179, 181; Anh.: 239, 264
Maier, H. 16 f.
Marcuse, H. 197
Markmann, H. 142 f.
Marshall, G. 90
Marx, F. 62 f., 113 f., 182, 184; Anh.: 239
Marx, K. 15, 197 f.
Mattes, W. 43
Matthias, E. 26, 43 f., 47, 50 f.
Mauch, B. 81, 161
Mauss, M. 197 f.
Mayo, E. 20 f.
McCloy, J. J. 54 f.
McKean, D. D. 133
McNarney, J. T. 169
Mehring, F. 31—34, 36, 38
Meier, A. 98
Meiser, H. 83, 182
Meixner, G. 86
Merl, W. 89, 91
Merton, R. K. 13, 20, 23, 195 f.
Meyerhoff, H. 55
Michels, R. 129, 203
Mills, Ch. W. 198 f.
Mitchell, A. 25
Mommsen, H. 15 f., 22, 201
Montez, L. 30
Morazé, Ch. 199
Mücke, W. 133; Anh.: 239
Müller, J. 57—60, 62 ff., 69, 72, 160; Anh.: 263
Müller, K. A. v. 29 f., 39
Müller, W. 77—80
Müller-Meiningen, E. 39 f., 42
Münke, St. 148, 152, 197
Muller, W. 56

Narr, W. D. 13, 15, 144, 150, 157 f., 171, 192
Naschold, F. 13
Nau, A. 103 f., 127
Nawiasky, H. 55, 59, 165
Nerdinger, E. 26, 48 f.
Neubauer, H. 43
Neumann, F. L. 15, 17
Neumann, S. 17, 129, 144
Newman, J. A. 136
Nicholas, H. G. 153, 197
Niebuhr, R. 15
Niethammer, L. 53
Nimmerfall, C. 45
Nipperdey, Th. 33, 129
Nölting, E. 171
Noske, G. 39

Oberndörfer, D. 15, 17
Oechsle, R. 176; Anh.: 264
Oertel, K. 34
Oertzen, P. v. 16 f., 43
Ollenhauer, E. 60, 65, 103 f., 107, 134
Op ten Orth, F. 106
Oschilewski, W. G. 50

Pareto, V. 198
Parsons, T. 22, 198, 203
Paul, E. 50
Peschel, M. 97
Pfeiffer, A. 41, 55, 57 f., 60, 64; Anh.: 261 ff.
Pflaume, H. 30
Pfülf, T. 47
Piehler, A. 118, 139, 172; Anh.: 239
Pirker, Th. 74
Pittroff, C. 65, 159, 165, 182 f.; Anh.: 262
Podewils, B. v. 37
Pöschke, M. 62
Popper, K. 200
Prager, E. 43
Prittwitz und Gaffron, F. v. 161

Quarck, M. 30

Raunau, P. 50
Rauschning, H. 51
Reichhardt, H. J. 50
Reiner, Th. A. 198
Reitzner, R. 91, 95, 105, 133, 163; Anh.: 239
Rellik, R. (Pseudonym) 35
Reumann, M. 150
Reuter, E. 103
Reuter, G. 89, 92, 107, 132
Rickert, H. 201
Riecken, H. W. 202
Riezler, S. v. 29
Rindt, R. 179
Ritter, G. A. 195
Ritzel, H. G. 52
Rob, S. 113 f.
Rodenstock, A. 141
Roeder, H. F. 142
Röder, W. 26, 50
Rögner, A. 31
Roith, Ch. 78, 80
Roloff, E. A. 192
Ronneberger, F. 13
Rosenberg, A. 43

Roßhaupter, A. 48, 55 f., 77—80, 97 f., 101, 105, 108, 133, 140, 165 f., 178; Anh.: 261 f.; B.: 270
Rothemund, H. 187
Rothfels, H. 16
Rousseau, J. J. 15
Rückel, G. 46
Rüdinger, K. 30 f.
Rugenstein, K. 182
Rupprecht, F. 132 f.

Sacherl, K. 130, 133, 144, 148, 198
Sattelmaier, L. 141
Sauer, W. 16
Schade, F. 25, 29, 33, 35 f., 39 f., 40, 43
Schäfer, J. 110
Schäffer, F. 53, 83; Anh.: 207, 261
Scharnagl, J. 55
Scheele, G. 43
Schefbeck, O. 173
Scheidemann, Ph. 33
Schiefer, G. 78 f., 86, 89, 97, 141
Schilling, D. 47
Schinabeck, M. 98
Schlange-Schöningen, H. v. 179 f.
Schlessinger, G. F. W. 37
Schlögl, A. 86 ff., 179 ff.; Anh.: 263 f.
Schmid, C. 169
Schmidt, H. 78, 80
Schmidt, H. J. 91
Schmitt, C. 15
Schmitt, F. A. 38, 40 ff.
Schmitt, H. 55; Anh.: 261
Schmitt, L. 177
Schmude, H. 101; I.: 279
Schneider, E. 30, 34, 36, 197
Schöttle, E. 63
Schreibmüller, H. 29
Schricker, R. 41 f.
Schröder, W. 32
Schütz, K. 50, 58, 61 f., 130, 197
Schullze, E. 158
Schulz, G. 16
Schulze-Delitzsch, H. 31
Schumacher, K. 24, 56, 59 f., 62 f., 65, 72, 74, 77 f., 80, 100 f., 103—107, 158 f., 171, 189, 191; Anh.: 208
Schumann, H. G. 47
Schumpeter, J. A. 15
Schwarz, H. P. 18
Schwend, K. 25, 44 ff., 65
Seidel, H. 173; Anh.: 263
Seidel, M. 123, 133; Anh.: 239
Seifried, J. 55, 63, 97 f., 133, 165 f.; Anh.: 261 f.
Semler, J. 63, 173, 179
Sendtner, K. 37
Sering, P. (Pseudonym für Löwenthal, R.) 123, 172
Seuffert, W. 132 ff.
Sherif, C. W. 20
Sherif, M. 20
Shils, E. A. 198
Sichler, F. 98
Siegfried, A. 196
Simon, J. 98
Simon, M. 83, 85
Simmel, G. 196
Simmet, K. 182
Singer, J. 141
Sittich, G. 99
Sombart, W. 29
Sontheimer, K. 13, 17
Speckner, H. 40 f.
Stammer, O. 15 f.
Stampfer, F. 50
Staudt, T. 182
Stinglwagner, N. 173
Stock, J. 63, 66, 69, 71, 88, 103, 118, 133, 138; Anh.: 239
Stonequist, E. V. 23
Stranka, P. 113
Strauß, F. J. 63, 187
Streibl, M. 187
Strobel, K. Anh.: 239
Süßheim, M. 41
Sumner, W. G. 23
Szczesny, G. 186

Tananbaum, E. 197
Taylor, A. J. P. 43
Thieringer, R. 47
Thoma, L. 39
Timm, J. 38, 47
Tormin, W. 43
Touchard, J. 197
Trettenbach, H. 92
Treu, M. 46
Treue, W. 60, 81

Uhlmann, J. 116
Ulrich, A. 98; Anh.: 255
Umlauf, J. 176
Unterleitner, H. 51

Vansittart, R. G. 50
Varain, H. J. 38, 43
Vey, G. (s. Laufer, G.)
Virchow, M. 82, 96
Vogel, H. 45, 50 f.
Vogel, H. J. 187

Vollmar, G. v. 33—42, 44 f., 59, 86, 98, 104, 112, 169, 177, 189; B.: 266
Vollmar, J. v. 38

Wager, B. 26, 48 f.; B.: 267
Wagner, Hans 111
Wagner, Helmut 198
Walther, M. 178
Weber, A. 201
Weber, M. 13, 15, 17, 37
Weber, W. 83
Weinberger, H. 182
Weinberger, L. 115
Weisser, G. 171
Wels, O. 50
Wendel, J. 86
Werner, U. Anh.: 239
Wernthaler, K. 98; Anh.: 255
Wildenmann, R. 58, 101, 112, 133, 135, 142 f.
Wilhelm II. 34
Wimmer, Th. 47 f., 55, 78, 97, 101, 159, 161, 165, 172, 180; B.: 270
Wirth, J. 52
Wittelsbach, R. v. 37
Wönner, M. 90 f.; Anh.: 239

Zetterberg, H. L. 198—201
Ziebura, G. 17 f.
Zietsch, F. 150, 179
Zimmermann, L. 29 ff.
Zimmermann, W. G. 25, 39, 46
Zorn, R. 74, 85, 128, 171—175; Anh.: 239, 262 f.
Zorn, W. 19

Kurzbiographie des Autors

Wolfgang Behr, geboren 1940 in Erlangen, studierte an den Universitäten Heidelberg und Erlangen-Nürnberg Geschichte, Anglistik, Politische Wissenschaft und Soziologie. Nach seiner pädagogischen Ausbildung als Studienreferendar ist er seit 1968 als wissenschaftlicher Assistent für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe tätig.